Zweiter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2016 – 31.12.2016 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“

Autor/innen ISS e.V.:

Irina Bohn

Jan Saßmannshausen

Sybille Kühnel

Autor/innen Camino gGmbH:

Sabine Behn

Dr. Kari-Maria Karliczek

Till Sträter

Wolfgang Stuppert

Jonas Köhler

Inhalt

1	**Zusammenfassung**	**1**
2	**Evaluationsgegenstand und Fragestellungen**	**6**
2.1	Evaluationsgegenstand	6
2.2	Fragestellungen und Schwerpunkte der Wissenschaftlichen Begleitung	7
2.2.1	Schwerpunkt 1: Prozessbegleitendes Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie	7
2.2.2	Schwerpunkt 2: Gesamtindex zur Zielerreichung: PfD-Demokratie-Index	8
2.2.3	Schwerpunkt 3: Jugendpartizipation	9
2.2.4	Schwerpunkt 4: Inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsstrategien und die Arbeit von Begleitausschüssen	10
2.2.5	Schwerpunkt 5: Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Koordinator/innen der Koordinierungs- und Fachstellen	11
2.2.6	Schwerpunkt 6: Die Koordinierungs- und Fachstellen	12
2.2.7	Schwerpunkt 7: Vernetzung – Leistungsfähige Netzwerke	12
2.2.8	Schwerpunkt 8: Öffentlichkeitswirksamkeit	13
2.2.9	Schwerpunkt 9: Der Aktions- und Initiativfonds	14
3	**Untersuchungsdesign und methodische Umsetzung der Wissenschaftlichen Begleitung**	**15**
3.1	Grundsätze und Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung	15
3.2	Methodisches Vorgehen des ISS-Frankfurt a. M.	16
3.2.1	Schwerpunkt 1: Prozessbegleitendes Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie	16
3.2.2	Schwerpunkt 2: Gesamtindex zur Zielerreichung: PfD-Demokratie-Index	17
3.2.3	Schwerpunkt 3: Jugendpartizipation	19
3.2.4	Schwerpunkt 4: Inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsstrategien und die Arbeit von Begleitausschüssen	19
3.2.5	Schwerpunkt 5: Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen	20
3.3	Methodisches Vorgehen von Camino gGmbH	21
3.3.1	Sampling	22
3.3.2	Datenerhebung	23
3.3.3	Datenauswertung	25
3.3.4	Transferworkshops	25
3.3.5	Ausblick	26
4	**Ergebnisse**	**27**
4.1	Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie	27
4.1.1	Strukturdaten	27
4.1.2	Steuerungsgremien und -prozesse	37
4.1.3	Inhaltliche Ausrichtung der Partnerschaften für Demokratie	51
4.1.4	Die Jugendforen der Partnerschaften für Demokratie	60
4.1.5	Lokales Klima der Bedrohung in den Partnerschaften für Demokratie	71
4.1.6	Coaching und weitere Unterstützungsbedarfe	82
4.1.7	Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion	84

4.2	Demokratische Qualität in der kommunalen Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit	86
4.2.1	Demokratische Qualität lokaler Partnerschaften für Demokratie	91
4.2.2	Befunde – Die Ausprägung der Demokratiequalität lokaler Partnerschaften	99
4.2.3	Das PfD-Demokratiebarometer	101
4.2.4	Merkmale demokratischer Partnerschaften für Demokratie	103
4.2.5	Kurzzusammenfassung	111
4.3	Die Koordinierungs- und Fachstellen	112
4.3.1	Umfassende Koordinationsleistung	112
4.3.2	Begriffsdefinition und Operationalisierung	113
4.3.3	Verteilung der Partnerschaften, die eine umfassende Gesamtkoordination erzielen	118
4.3.4	Typen der Gesamtkoordination	119
4.3.5	Gelingensbedingungen für die Gesamtkoordination	120
4.3.6	Zielführende Pfade zu einer umfassenden Koordinationsleistung	122
4.3.7	Fazit	123
4.4	Leistungsfähige Netzwerke	123
4.4.1	Entwicklungsstände leistungsfähiger Netzwerke	125
4.4.2	Die Leistungsfähigkeit lokaler Netzwerke	129
4.4.3	Typen der Leistungsfähigkeit lokaler Netzwerke	130
4.4.4	Gelingensbedingungen für die Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke	131
4.4.5	Pfade zur Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke	134
4.4.6	Fazit	136
4.5	Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie	137
4.5.1	Programmanliegen und Fragestellung	137
4.5.2	Bewertung der Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie	139
4.5.3	Typen von Öffentlichkeitswirksamkeit	143
4.5.4	Gelingensbedingungen für Öffentlichkeitswirksamkeit	144
4.5.5	Pfade zum Erreichen von Öffentlichkeitswirksamkeit	147
4.5.6	Fazit	148
4.6	**Der Aktions- und Initiativfonds**	**148**
4.6.1	Merkmale der Projekte der Partnerschaften für Demokratie	149
4.6.2	Trägerschaft der Projekte	153
4.6.3	Verhältnis der Projektumsetzenden zu den Partnerschaften für Demokratie	155
4.6.4	Gender- und Diversity-Mainstreaming und Inklusion im Rahmen der Umsetzung von Projekten	156
4.6.5	Exkurs: Einordnung der Befunde zur inhaltlichen Ausrichtung der Projekte	159
4.6.6	Projektarbeit in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus	160
4.6.7	Fazit	163
5	**Empfehlungen**	**165**

6 Anhang 170
6.1 Gelingensbedingungen und weitere Fallbewertungskriterien für die QCA 170
6.2 Qualität des Samples der Befragung von Einzelmaßnahmenträgern 171
6.3 Literatur 172
6.4 Tabellen 178

Abbildungsverzeichnis **251**

Tabellenverzeichnis **253**

1 Zusammenfassung

Mit dem Anspruch lokale Vorgehensweisen zur (Extremismus-)Prävention sowie zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu implementieren, fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Lokale Partnerschaften für Demokratie“. In diesen Co-Governance-Arrangements kooperieren kommunale und zivilgesellschaftliche Akteure und engagieren sich gemeinsam gegen demokratie- und menschenfeindliche Tendenzen vor Ort.

Entwicklung der operativen Umsetzung der lokalen Partnerschaften für Demokratie

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden 233 solcher Partnerschaften umgesetzt. Damit setzt „Demokratie leben!“ den Ausbau des kommunalen Engagements für eine demokratische politische Kultur konsequent fort und fördert mit Blick auf das Vorgängerprogramm insgesamt 85 zusätzliche Standorte. In den alten Bundesländern werden mehrheitlich Partnerschaften auf kommunaler Ebene und in den neuen Bundesländern auf Landkreisebene gefördert.

Der strukturelle Aufbau der Partnerschaften ist weitgehend abgeschlossen, dabei hat die Aufstockung der förderfähigen Personal- und Sachmittel zu einer Erhöhung des Stellenvolumens der Koordinierungs- und Fachstellen beigetragen. Hinsichtlich der finanziellen Ausstattung zeigt sich, dass die Partnerschaften unter sehr heterogenen Bedingungen arbeiten, da einzelne Standorte zusätzlich über Landesprogramme oder kommunale Budgets gefördert werden. So kommt es dazu, dass sowohl die zur Verfügung stehenden Mittel für die Koordinierungs- und Fachstellen als auch die Aktions- und Initiativfonds um ein Vielfaches voneinander abweichen.

Die weiteren operativen Gremien und Strukturen, d.h. Begleitausschüsse und Demokratiekonferenzen, sind weitgehend implementiert. In ihnen engagierten sich nach Angaben der Koordinator/innen insgesamt 10.783 Personen. Es ist hervorzuheben, dass ein Viertel der Akteure in den Begleitausschüssen ehrenamtlich und nicht professionell engagiert ist und auch die Beteiligung von Bündnissen zumindest bei den Demokratiekonferenzen gut gelingt. Im Jahr 2016 gelang zudem ein wesentlicher Ausbau der Jugendforen. In den nunmehr 166 existierenden Foren engagieren sich 2.566 Jugendliche. Im Zeitraum eines Jahres konnten 304 Projekte umgesetzt werden.

Das Coaching wirkt sich aus Sicht der Koordinator/innen in positiver Weise auf die Umsetzung der Partnerschaften aus und wird sehr positiv bewertet. Vier von zehn Förderstandorten nehmen diese Unterstützung im Jahr 2016 in Anspruch. Trotz dieses zufriedenstellenden Settings zeigt sich, dass die Mehrzahl der Partnerschaften für Demokratie lokal verfügbare Ressourcen bei der Aktivierung und verbindlichen Einbindung von Akteuren noch nicht vollumfänglich ausgeschöpft hat. Ausbaupotentiale zeigen sich vor allem hinsichtlich der Einbindung von Migranten(selbst)organisationen, Jugendlichen sowie von Vertreter/innen der Bereiche Wirtschaft, Schule und auch Sport. Es zeigt sich zudem, dass sich die Mitglieder des Begleitausschusses vorwiegend bei der Planung des lokalen Vorgehens und der Bewilligung von Projekten engagieren. Ihre Engagementintensität fällt entgegen bestehender Bedarfe sowohl hinsichtlich der Steigerung des öffentlichen Bekanntheitsgrades der Partnerschaften als auch der aktiven Vernetzung und Einbindung neuer Akteure in die Steuerungsgremien bislang eher gering aus.

Entwicklung der inhaltlichen Umsetzung der lokalen Partnerschaften für Demokratie

Ein zentraler Kernbefund ist, dass die Partnerschaften für Demokratie in hohem Maße mit polarisierenden öffentlichen Auseinandersetzungen im Themenfeld Flucht und Asyl konfrontiert sind. In etwa drei von vier Förderregionen finden diese Auseinandersetzungen im öffentlichen und/oder virtuellen Raum statt. In mehr als der Hälfte der Standorte wurden zudem Geflüchtete Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen. Hierbei ist zu konstatieren, dass sich ein postfaktischer Diskurs etabliert und die Auseinandersetzungen auf der Emotions- statt auf

der Sachebene ausgetragen werden. Die Koordinator/innen berichten, dass sie bei Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte und Zuwanderung eine Durchmischung von rechten Szenen und Teilen der asylablehnenden Bevölkerung wahrnehmen. Die Proteste sind nicht mehr ausschließlich auf zugewanderte Personen gerichtet, sondern schließen auch Personen mit ein, die demokratische Werte offen vertreten, leben und für diese beruflich aktiv sind. Engagierte Akteure aus der Zivilgesellschaft sind dabei ebenso häufig von Anfeindungen und Übergriffen betroffen wie Geflüchtete. Diese erfolgen online oder in persönlichem Kontakt und schaffen ein Klima von Ermüdung und Angst. Es formiert sich aber auch Gegenwehr, insbesondere dann, wenn die Unterstützung der Betroffenen breit ausdifferenziert ausfällt, durch die politisch verantwortlichen Spitzen öffentlich erkennbar und von einer guten Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden gestützt ist.

Die Befunde zeigen ferner, dass eine bisher wenig breit thematisierte und aus Sicht der Koordinator/innen auch „neue“ Dimension der lokalen Auseinandersetzung um demokratische Werte konstatiert werden kann. Lokale Partnerschaften werden bei ihrer Arbeit systematisch eingeschränkt und exponierte Akteure sollen durch Bedrohungen zum Rückzug aus ihrem Engagement bewegt werden.

Prioritären Handlungsbedarf sehen die Koordinator/innen in ihren Förderregionen einerseits im Bereich der Demokratieförderung, andererseits in der Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt. Entsprechend gaben jeweils knapp neun von zehn Koordinator/innen an, dass im Jahr 2016 die Schwerpunkte Demokratieförderung und Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete bearbeitet werden. Es zeigt sich, dass die konzeptionelle Ausrichtung der Partnerschaften für Demokratie auf die Förderung von Partizipation und Sensibilisierung ausgerichtet ist. Die Ausrichtung der Projekte ist durch einen Fokus auf junge Menschen gekennzeichnet. In hohem Maße werden dabei Kinder/Jugendliche mit Migrationshintergrund angesprochen. Darüber hinaus ist jeder dritte freie Träger der Koordinierungs- und Fachstellen im Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe aktiv. Entsprechend den aktuellen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen benennt die überwiegende Mehrheit der Partnerschaften Geflüchtete/Asylsuchende als Zielgruppe, jedoch steht bislang vor allem das Engagement für diese Personengruppe im Vordergrund. Eine aktive Einbindung in die Gremienarbeit gelingt nur in Ausnahmefällen.

Entwicklung der Jugendpartizipation

Im Jahr 2016 gingen vom Programm „Demokratie leben!“ deutliche Impulse zur Ausweitung des Engagements von Jugendlichen in den Jugendforen aus. Etwa drei von vier Jugendforen wurden erstmals im Zuge der Umsetzung Lokaler Partnerschaften für Demokratie eingerichtet. Dabei wird die Mehrzahl als offenes Partizipationsformat umgesetzt. Die Initiierung neuer Foren gelang entweder mittels eines Trichter- oder eines Keimzellenmodells. Speziell in Standorten ohne bestehende Strukturen der Jugendpartizipation hat es sich im Sinne eines Keimzellenmodells als förderlich erwiesen, lokale Kleininitiativen von Jugendlichen zu befördern und mit den Möglichkeiten des Programms vertraut zu machen.

Die Koordinator/innen nehmen die Förderung von Jugendpartizipation als stetige Herausforderung wahr. Es bedarf kontinuierlicher Bemühungen nicht nur bei der Strukturentwicklung, sondern darüber hinaus auch um Jugendpartizipation angesichts steter Fluktuation aufrechtzuerhalten. Zunehmend beteiligen verantwortliche Akteure daher auch vor Ort existierende Projekte und Organisationen bei der Unterstützung der Jugendforen, wie in etwa Freiwilligenagenturen. Mit den Mitteln des Jugendfonds haben Jugendliche eine Vielzahl an Projektansätzen realisiert, die von Aktivitäten im sozialen Nahraum über den Einsatz für Geflüchtete, Aktionen gegen Rassismus, Antisemitismus. Fremdenfeindlichkeit und Homo- bzw. Transfeindlichkeit bis hin zu Aufklärung über Rechtsextremismus und Nationalsozialismus reichen.

Entwicklung der demokratischen Qualität in der kommunalen Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit

Eine gelingende Demokratieförderung hängt nicht nur von der Entwicklung integrierter Handlungsstrategien, sondern auch von der Ausgestaltung zentraler Strukturen und Prozesse ab. So leisten Partnerschaften für Demokratie insbesondere dann einen Beitrag zur Stärkung der politischen Kultur, wenn sie grundlegende demokratische Prinzipien in ihre spezifischen Strukturen und Prozesse einbinden und über das Alltagshandeln erfahrbar machen. Die Befunde lassen erkennen, dass es vielerorts bereits gelungen ist, die Arbeitsweisen der Partnerschaften entsprechend auszurichten. Einerseits werden sämtliche durch die Wissenschaftliche Begleitung definierten Dimensionen demokratischer Qualität realisiert, zugleich zeichnen sich jedoch relative Stärken in den Bereichen Kooperation und Vernetzung sowie Schwächen u.a. und überraschenderweise in der Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements ab.

Die demokratische Ausgestaltung vollzieht sich weitgehend unabhängig der lokalen Ausgangslagen, so dass sich die Co-Governance-Arrangements als flexibel einsetzbares Instrument der Demokratieförderung erweisen. Zugleich bestehen für zwei von drei Partnerschaften aktuell deutliche Verbesserungspotentiale. Hier wird es insbesondere von Interesse sein, den Progreß in den nächsten Förderjahren nachzuzeichnen. Als entwicklungsrelevante Kriterien haben sich fünf Faktoren herauskristallisiert – die Entwicklung einer tragfähigen Kooperationskultur, die systematische und planvolle Integration der für die Zielerreichung notwendigen Akteure, die umfassende zivilgesellschaftliche Verankerung der Partnerschaften und ihre Etablierung als Netzwerk von Ansprechpartner/innen vor Ort sowie die Ausrichtung auf Menschenrechtsorientierung als Leitmotiv.

Die Entwicklung der Koordinierungs- und Fachstellen

Bereits 15 der 24 qualitativ untersuchten Partnerschaften für Demokratie erzielen eine umfassende Gesamtkoordinationsleistung. Als umfassend wird eine Koordinationsleistung bewertet, wenn die notwendigen Wissensbestände verfügbar sind, die es ermöglichen, die fachlichen sowie organisatorischen Impulse zur Umsetzung einer Partnerschaft zu geben, und wenn zweckdienliche Zugänge zu den regional relevanten Strukturen vorhanden sind, um diese im Sinne der Partnerschaft zu aktivieren. Die Koordination der Partnerschaften für Demokratie wird als Gesamtleistung der Koordinierungs- und Fachstellen und der federführenden Ämter in den Blick genommen. Es zeigt sich, dass für eine gute Gesamtkoordinationsleistung den federführenden Ämtern häufig eine gewichtige Rolle zukommt. Dies gilt insbesondere bei der Erschließung von Zugängen zu kommunalen Institutionen, d.h. dem lokalpolitischen Bereich und der Kommunalverwaltung. Weiterhin übernehmen federführende Ämter Mentoren-Funktionen in einigen Partnerschaften, in denen programmunerfahrene Träger und Koordinator/innen die Koordinierungs- und Fachstellen vertreten. Als eine wichtige Bedingung für das Gelingen einer umfassenden Gesamtkoordination erweist sich das Vorhandensein eigenständiger themenrelevanter Engagementstrukturen, z.B. Bürgerinitiativen oder „Bündnisse gegen Rechts“, in der Förderregion.

Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie

Eine sehr gute Öffentlichkeitswirksamkeit ist gegeben, wenn unterschiedliche Teilbereiche von Öffentlichkeit erreicht und aktiviert werden: die Fachöffentlichkeit, also Akteure, die in einem professionellen Bezug zu den Themen der Partnerschaften für Demokratie oder zu deren Zielgruppen stehen, die lokalpolitische Öffentlichkeit, d.h. die lokalpolitischen Spitzen und Abgeordneten sowie die allgemeine Öffentlichkeit. Im Ergebnis bleibt festzustellen, dass die 24 qualitativ untersuchten Partnerschaften für Demokratie überwiegend bereits erfolgreich im Erreichen der

Fachöffentlichkeit und der lokalen politischen Öffentlichkeit sind. Im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit wird jedoch noch in zu geringem Maße eine Öffentlichkeitswirksamkeit erzielt: Nur neun Partnerschaften erreichen hier derzeit eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit.

Die allgemeine Öffentlichkeit wird dort gut erreicht, wo Problemlagen anerkannt werden, es eine umfassende Gesamtkoordination gibt, zielgerichtet zusammengearbeitet wird und die Partnerschaften für Demokratie durch die politischen Spitzen sichtbar unterstützt werden. Alternativ kann die allgemeine Öffentlichkeit durch die Umsetzung einer „kompetenten Öffentlichkeitsarbeit“ erreicht werden. Hierzu gehören neben einer strategischen Planung und der Nutzung heterogener Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit sowie deren professioneller Unterstützung auch die Nutzung Sozialer Medien, die jedoch oft mit Unsicherheiten verbunden ist.

Vernetzung

Es zeigt sich, dass gerade der Aufbau eines leistungsfähigen Netzwerks eine anspruchsvolle Aufgabe ist. Nur ein Viertel der qualitativ untersuchten Partnerschaften für Demokratie konnte bereits in der Aufbauphase ein leistungsfähiges Netzwerk vorweisen. Die meisten der Partnerschaften, die noch kein leistungsfähiges Netzwerk aufbauen konnten, hatten bisher vor allem mit der vollumfänglichen Einbindung von relevanten Akteuren Schwierigkeiten. Ein Sechstel der Partnerschaften lässt insgesamt noch keine erfolgreichen Ansätze für den Aufbau der Leistungsfähigkeit ihrer Netzwerke erkennen.

Wenn allerdings Partnerschaften für Demokratie leistungsfähige Netzwerke früh aufbauen, dann gestaltet sich die nachfolgende Arbeit in vielem einfacher. Durch die breite Einbindung von lokalen Akteuren können organisationale Ressourcen, Kontakte zu möglichen Kooperationspartnern oder Zielgruppen und politisches Kapital für die Partnerschaften erschlossen werden. Der Aufbau von integrierenden Arbeitsroutinen im Netzwerk vereinfacht wiederum die Zusammenarbeit all dieser Akteure zur Zielerreichung.

Unter den sechs Partnerschaften, denen es bisher gelungen ist, ein leistungsfähiges Netzwerk aufzubauen, gibt es nur eine Partnerschaft, die nicht schon bereits durch ein Vorgängerprogramm von „Demokratie leben!“ gefördert wurde. Dies zeigt, dass gerade Partnerschaften, die unter „Demokratie leben!“ neu mit dem Aufbau von Netzwerken in ihrer Kommune beginnen, zusätzliche Unterstützung benötigen.

Der Grad der Öffnung der Demokratiekonferenzen, der Projektförderung durch den Aktions- und Initiativfonds und des Begleitausschusses gegenüber Außenstehenden erweist sich als ein wichtiger strategischer Faktor im Aufbau leistungsfähiger Netzwerke. Unter den sechs Partnerschaften, die bisher ein leistungsfähiges Netzwerk aufbauen konnten, haben vier mittels dieser Mitwirkungsformen eine hohe Zugänglichkeit zu ihren Netzwerken geschaffen.

Die Nutzung des Aktions- und Initiativfond

Für die Projekte der Partnerschaften für Demokratie ist Willkommenskultur ein wichtiges Thema, häufig auch verbunden mit der Zielstellung, Rechtspopulismus präventiv entgegenzuwirken, indem für die Situation von Geflüchteten sensibilisiert wird. Ein weiterer Schwerpunkt der Projekte war im Jahr 2015 die Demokratieförderung im ländlichen Raum.

Um Rechtspopulismus entgegenzuwirken, setzen die Projekte auf Mobilisierung gegen rechtspopulistische Demonstrationen und Veranstaltungen sowie auf Aufklärung über rechtspopulistische Bewegungen und Parteien. Im Bereich Rechtspopulismus im Web bzw. in den Sozialen Netzwerken werden trotz festgestelltem hohen Handlungsdruck nur wenige Projekte umgesetzt; hier besteht Handlungsbedarf. Generell lässt sich festhalten, dass spezifische Formate zur Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus ausgebaut bzw. weiterentwickelt werden sollten.

Die Projektumsetzenden fühlen sich „ihrer“ Partnerschaft für Demokratie verbunden und fügen sich – so die daraus folgende Annahme – in die Gesamtstrategie der Partnerschaft ein.

Betrachtet man die Projektumsetzenden genauer, ist festzustellen, dass die Bedeutung des Ehrenamtes hoch ist: Die Projektförderung kommt zu einem Drittel ehrenamtlich organisierten Vereinen zugute. Insgesamt werden insbesondere Träger gefördert, in denen sich viele Ehrenamtliche engagieren. Vor diesem Hintergrund sollte die Thematik des Ehrenamtes auch in die Fortbildungen für Koordinator/innen und Veranstaltungen für Erfahrungsaustausch aufgenommen werden.

Betrachtet man die Leitprinzipien Gender-Mainstreaming, Diversity-Mainstreaming und Inklusion des Bundesprogramms, wird deutlich, dass Migrant/innen eine wichtige Zielgruppe vieler Projekte sind, Frauen und Mädchen hingegen deutlich seltener als explizite Zielgruppe genannt werden. Menschen mit Behinderung haben kaum Zugang zu Projekten.

2 Evaluationsgegenstand und Fragestellungen

2.1 Evaluationsgegenstand

Die im Rahmen des neuen Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ geförderten Partnerschaften für Demokratie knüpfen konzeptionell die Ansätze der Lokalen Aktionspläne an. Damit wird ein bewährtes Konzept für die Entwicklung gemeinwesenorientierter Strategien zur Stärkung der Zivilgesellschaft, zur Förderung von Prozessen zur Demokratieentwicklung sowie zur Entwicklung lokaler/regionaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus fortgeschrieben. Die Partnerschaften für Demokratie zielen auf eine Weiterentwicklung der erfolgreichen Arbeit der Lokalen Aktionspläne, die im Rahmen der Vorgängerprogramme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (2007–2010) und „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ (2011–2014) durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wurden. Damit werden einerseits bereits bestehende Strukturen unterstützt, um Nachhaltigkeit zu entwickeln, und andererseits eine Entwicklung von handlungsfähigen Strukturen zur Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung in erstmals geförderten Regionen unterstützt.

Die Partnerschaften für Demokratie führen den Ansatz der kommunalen sowie auf das Gemeinwesen ausgerichteten Strategien fort und setzen dabei neue Schwerpunkte um. Von der Annahme ausgehend, dass eine gelebte demokratische Kultur der beste Garant für eine gesellschaftliche Wehrhaftigkeit gegen rechtsextreme und menschenfeindliche Erscheinungsformen ist, zielt das neue Bundesprogramm mittels der Partnerschaften für Demokratie stärker als bisher auf die Förderung des vielfältigen zivilgesellschaftlichen Engagements und hierbei insbesondere auf die Aktivierung von Jugendpartizipation, auf die Erweiterung der thematischen Ausrichtung auf aktuelle Themen- und Problemstellungen – insbesondere Phänomene der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Schaffung einer Willkommenskultur für Zuwanderer/innen und Arbeit mit Asylsuchenden und Flüchtlingen –, die Stärkung von Strukturen vor Ort – auch zur Entwicklung und Sicherung von Fachlichkeit und Kompetenz in der Region – sowie die Verstetigung und den Ausbau von Netzwerken und Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren sowie auf eine öffentlichkeitswirksame Verbreitung der Anliegen und Ziele der kommunalen Gesamtkonzepte.

Die zentralen Ziele des Programms „Demokratie leben!“ lassen sich zusammenfassen unter (Extremismus-)Prävention sowie Förderung von Demokratie und Vielfalt. D.h. es gilt sowohl, zielgerichtete Präventionsstrategien gegen demokratiegefährdende gesellschaftliche Entwicklungen zu gestalten und umzusetzen als auch ziviles Engagement und demokratisches Verhalten sowie die Akzeptanz von und den Umgang mit einer vielfältigen, diversen Gesellschaft auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene zu fördern.

Konkrete Zielstellungen für die Partnerschaften für Demokratie sind die Förderung demokratischer Entwicklungsprozesse und der zielgerichteten Zusammenarbeit der relevanten lokalen Akteure in Bezug auf die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit, die nachhaltige Umsetzung lokaler und regionaler Bündnisse in diesen Themenfeldern, die (Weiter-)Entwicklung von Strategien und Konzepten zur Förderung von Demokratie und Vielfalt vor Ort sowie die Unterstützung einer Kultur der Kooperation, des respektvollen Miteinanders und der gegenseitigen Anerkennung und Unterstützung.

Zielgruppen des Programms und damit auch der Partnerschaften für Demokratie sind Kinder und Jugendliche, Eltern und andere Erziehungsberechtigte, pädagogische Fachkräfte, Multiplikator/innen sowie lokal einflussreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure.

Die übergreifenden Leitprinzipien des Programms Gender und Diversity Mainstreaming sowie Inklusion sollen auf allen Ebenen bei der Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie berücksichtigt werden und betreffen sowohl die unterschiedlichen Gremien als auch die zu fördernden Projekte.

Verantwortlich vor Ort für die Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie sind die Kommunen als Gebietskörperschaften (Städte/Landkreise/kommunale Zusammenschlüsse), die ein federführendes Amt und eine lokale Koordinierungs- und Fachstelle bestimmen. Die Koordinierungs- und Fachstelle, die in der Regel bei einem freien Träger angesiedelt ist, ist für die Koordination und Steuerung der Partnerschaft zuständig, fungiert darüber hinaus als inhaltlicher Ansprechpartner und ist verantwortlich für Wissenstransfer und Qualifizierung in der Region. Weitere wichtige Gremien der Partnerschaften für Demokratie sind der Begleitausschuss, dem zivilgesellschaftliche und kommunale Akteure angehören, sowie das Jugendforum, das im Begleitausschuss vertreten ist, und das eine eigenständige Form der Jugendpartizipation in den Fördergebieten ermöglicht. Die konkrete Ausgestaltung der Partnerschaft vor Ort erfolgt u.a. durch unterschiedliche Einzelmaßnahmen, die auf der Basis einer von Begleitausschuss festgelegten Strategie aus einem Aktions- und Initiativfonds gefördert werden. Auf diesem Weg werden auch unterschiedliche lokale Träger in die Partnerschaft einbezogen. Die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie wird durch vielfältige Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit bekannt gemacht, mit denen sowohl Bürger/innen erreicht und zur Beteiligung motiviert als auch Fachakteure einbezogen werden. Eine wichtige Rolle hierbei nehmen die jährlichen Demokratiekonferenzen ein. Für diese Maßnahmen werden gesonderte Mittel zur Verfügung gestellt.

2.2 Fragestellungen und Schwerpunkte der Wissenschaftlichen Begleitung

2.2.1 Schwerpunkt 1: Prozessbegleitendes Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie

Ein Handlungsstrang der Wissenschaftlichen Begleitung bezieht sich auf die quantitative Erhebung der Struktur- und Prozessebene des Programms mit Hilfe eines jährlichen prozessbegleitenden Monitorings der Implementierung und Umsetzung Lokaler Partnerschaften für Demokratie. Die quantitative Datenerhebung hat im Kontext der Wissenschaftlichen Begleitung zwei zentrale Zielsetzungen:

- Eine umfassende systematische Dokumentation der Partnerschaften für Demokratie zu erstellen, um eine repräsentative Abbildung und eine Analyse von lokalen Organisations- und Handlungsmustern zu ermöglichen und diese Daten sowohl für die Programmverantwortlichen als auch für die Fachöffentlichkeit und beteiligten Akteure strukturiert und zeitnah zugänglich zu machen, sowie
- die Generierung und Auswertung von Informationen, die über alle Fördergebiete hinweg eine Beurteilung der Entwicklungen vor Ort und der hierbei förderlichen sowie hinderlichen Faktoren abbilden. Die quantitative Analyse bietet – insbesondere in einer Verschränkung mit den Daten aus den weiteren Teiluntersuchungen und den qualitativen Befunden – eine solide Basis für valide Aussagen über kausale bzw. korrelative Beziehungen zwischen strukturellen Rahmenbedingungen und Arbeitsergebnissen.[1]

Mittels des prozessbegleitenden Monitorings ist es der Wissenschaftlichen Begleitung möglich, komprimierte Aussagen sowohl über die Gesamtheit der Partnerschaften für Demokratie als über die komplexe Akteursstruktur der einzelnen Partnerschaften hinweg zu treffen. Daher ist es für die Wissenschaftliche Begleitung neben der Dokumentation des Entwicklungsstands von Interesse, mit dem Monitoring insbesondere übergeordnete Fragestellungen, die das Gesamt-

1 Vgl. hierzu Atteslander 2000, S. 273 ff.

programm betreffen, zu beantworten. Hierzu gehört einerseits die Beschreibung der organisatorischen Ausgestaltung der Partnerschaften und der inhaltlichen Ausrichtung der integrierten Handlungsstrategien vor dem Hintergrund der je spezifischen Ausgangsbedingungen der Fördergebiete. Von Interesse ist, wie sich die Partnerschaften in ihrer praktischen Ausgestaltung in ihren Regelmäßigkeiten bzw. auch Unterschieden beschreiben lassen, welche Veränderungen in der operativen Ausgestaltung im Zeitverlauf vorgenommen werden und welche Entwicklungstendenzen darüber identifizierbar sind. Hierzu gehört zukünftig z.B. auch die Beantwortung der Fragen, welche Auswirkungen die kommunale Kofinanzierung auf die Umsetzung der Partnerschaften haben wird und nicht zuletzt welchen Grad an Nachhaltigkeit die Partnerschaften für Demokratie erreichen.

Im vorliegenden Bericht wird angesichts der bundesweiten Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit insbesondere der Frage nachgegangen, wie sich die aktuelle Lage in den Förderregionen hinsichtlich Bedrohungen, Anfeindungen und/oder Übergriffen ausgestaltet. Dabei werden Situationen der Unsicherheit und Unterstützungsbedarfe der Koordinator/innen konturiert.

Das Monitoring bildet ferner den Entwicklungsstand der Partnerschaften für Demokratie zum Erhebungszeitpunkt ab und beantwortet Fragen u.a. danach wie sich die Aufstockung der förderfähigen Personal- und Sachkosten für die Koordinierungs- und Fachstellen vollzieht. Mit Blick auf die Vorgaben der Leitlinien zur Kofinanzierung der Partnerschaften wird darüber hinaus die finanzielle Ausstattung der Partnerschaften expliziert.

2.2.2 Schwerpunkt 2: Gesamtindex zur Zielerreichung: PfD-Demokratie-Index

In den Leitlinien des Programms „Demokratie leben!“ wird der zivilgesellschaftlich orientierte Ansatz früherer Programme aufgegriffen und in Form der „Partnerschaften für Demokratie“ weiterentwickelt. Konzipiert als integrierte Handlungsstrategie kooperieren in diesem Modell kommunale und zivilgesellschaftliche Akteure. Sie entwickeln in einem partizipativ angelegten Prozess unter Bezug auf die regionale Ausgangslage konkrete Lösungsansätze und engagieren sich gemeinsam gegen rechtsextreme und menschenfeindliche Tendenzen vor Ort.

Integrierte Handlungsstrategien haben sich als konzeptionell flexible Instrumente zur gemeinwesenorientierten Stärkung von Demokratie und Vielfalt etabliert, deren Erfolg sich nicht ausschließlich bzw. nur eingeschränkt über die Veränderung konkreter lokaler Problemlagen beschreiben lässt. Ihr Erfolg konturiert sich vielmehr auch darin, ob und in welchem Umfang es gelingt, grundlegende demokratische Prinzipien in die spezifischen Strukturen und Prozesse vor Ort einzubinden und über das Alltagshandeln nach innen und nach außen erfahrbar zu machen, also Impulse für eine demokratische politische Kultur zu setzen.

Die Wissenschaftliche Begleitung hat im Rahmen der Evaluation der ehemaligen Bundesprogramme bislang die Erreichung der operativen Querschnittsziele untersucht, also von Zielen, die sich auf die Arbeitsweisen der Aktionspläne beziehen und die im Zusammenwirken der Akteure die notwendigen Voraussetzungen schaffen, um auf lokaler Ebene Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wirksam präventiv zu begegnen.

In Weiterentwicklung der bisher vorliegenden Befunde richtet die Wissenschaftliche Begleitung nunmehr den Fokus verstärkt auf die Annahme aus, dass der Beitrag der Partnerschaften zur Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur auch von ihrer demokratischen Qualität ihrer Umsetzungsprozesse abhängt.

In Anlehnung an das „International IDEA Framework“, das eine Forscher/innen-Gruppe um David Beetham entwickelte, ist für die Wissenschaftliche Begleitung von Interesse, die demokratische Qualität der Prozesse innerhalb der Partnerschaften für Demokratie entlang der Dimensi-

onen „Partizipation“, „Autorisierung“, „Responsivität“, „Menschenrechtsorientierung“, „Repräsentation“ und „Verantwortlichkeit“ zu untersuchen.[2]

Mit diesem Vorgehen verbindet sich das Anliegen, die bestehende Praxis in den Partnerschaften demokratietheoretisch zu rahmen und fachlich zu bergen. Es sind ein Konzept bzw. auch ein Instrument entwickelt worden, mit denen die komplexen Arbeitszusammenhänge und demokratischen Prozessebenen der Partnerschaften für Demokratie nachgezeichnet, verständlich aufbereitet und vergleichend bewertet werden können. Ferner wird über den zeitlichen Verlauf der Arbeit der Partnerschaften hinweg nachgezeichnet werden, in welchen Dimensionen von demokratischer Qualität Fortschritte erzielt werden können und vertiefend untersucht, welches die hierfür förderlichen und ggf. auch hinderlichen Faktoren sind.

Im vorliegenden Bericht wird der Frage nachgegangen, ob und inwiefern es zum gegenwärtigen Zeitpunkt gelingt grundlegende demokratische Prinzipien in die spezifischen Strukturen und Prozesse der Partnerschaften einzubinden. Mit dem PfD-Demokratie-Index wird ein ganzheitliches empirisches Modell zur Bewertung des Erreichungsgrades operativer Querschnittsziele vorgestellt und auf mögliche entwicklungsbedingende Hintergrundfaktoren hin überprüft.

2.2.3 Schwerpunkt 3: Jugendpartizipation

Ein innovatives Element des aktuellen Förderarrangements der Partnerschaften für Demokratie ist die Einrichtung und finanzielle Ausstattung von Jugendforen, mit denen junge Menschen die Gelegenheit erhalten, sich verstärkt selbstorganisiert und aktiv gestaltend in die kommunale Auseinandersetzung einzubringen. Hierzu können lokal vorhandene Beteiligungsstrukturen für Jugendliche konzeptionell weiterentwickelt oder neue Strukturen aufgebaut werden, sollen unterschiedliche lokale Jugendkulturen repräsentativ eingebunden und das Jugendforum personell im Begleitausschuss vertreten sein.

Für die Wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften für Demokratie ergibt sich aus den Anforderungen des Handlungsfelds und den theoretisch-konzeptionellen Vorannahmen in diesem Untersuchungsfeld, dass Jugendpartizipation auf drei Ebenen in den Blick genommen werden muss.[3]

Die erste Ebene umfasst den **Output**, also das Arrangement der Jugendforen als Organisationsform von Jugendpartizipation.

Bei der Untersuchung der Organisationsformen der Jugendbeteiligung geht es einerseits um eine Beschreibung der gewählten und realisierbaren Verfahren vor Ort. Von Interesse ist, welche Beteiligungsform unter welchen Bedingungen umgesetzt wird bzw. gegebenenfalls auch nicht realisiert werden kann. Ferner sind Entwicklungen in der Qualität der partizipativen Verfahren zu analysieren und förderliche sowie hinderliche Faktoren zu identifizieren.[4]

Die zweite Ebene umfasst den **Outcome**, also die abbildbaren Effekte der partizipativen Arrangements. Hierzu gehören auf der einen Seite, die Perspektiven der beteiligten jungen Menschen, ihre Motivation, Erfahrungen und Lernzuwächse sowie auf der anderen Seite die durch die Partnerschaften für Demokratie konstituierten strukturellen Rahmenbedingungen für Jugendpartizipation, d.h. die vor Ort entwickelten und verfügbaren Ressourcen wie i.e. qualifiziertes Personal oder die Etablierung einer Anerkennungskultur.

Bei der Untersuchung der Effekte der Jugendbeteiligung geht es vorrangig darum nachzuzeichnen und zu beurteilen, ob sich die für eine Beförderung von Jugendpartizipation ausschlaggebenden Faktoren erweitern. In Hinblick auf engagierte Jugendliche sind dies z.B. der Grad ihrer

2 Vgl. Landman 2008.

3 Vgl. Bertelsmann Stiftung 2005.

4 Vgl. Stange 2008.

Informiertheit, das subjektive Qualifikationsempfinden oder auch die Zufriedenheit mit den Prozessen und Ergebnissen der Partizipation.[5] In Hinblick auf die strukturellen Rahmenbedingungen von Jugendpartizipation sind dies z.B. die Faktoren der qualifizierten Begleitung, der Einbettung von Maßnahmen in schulische Strukturen und die Anerkennungskultur.[6]

Die dritte Ebene liegt auf der Ebene des **Impacts** und nimmt das Agenda Setting in den Blick, das aus den Prozessen der Jugendbeteiligung resultieren kann. Hier geht es vorrangig darum nachzuzeichnen, welche Perspektiven auf lokale Problemlagen durch Jugendliche ergänzend eingebracht und durch die Partnerschaften für Demokratie aufgegriffen werden sowie welche neuen Handlungsoptionen daraus entstehen.

Bei der Untersuchung der Auswirkungen der Jugendbeteiligung auf die durch die Partnerschaften für Demokratie bearbeiteten Themenstellungen soll vorrangig untersucht werden, welche „politischen Streitfragen" aus der Sicht der beteiligten Jugendlichen aufgeworfen werden, inwieweit sich diese von den Themenstellungen der erwachsenen Akteure der Partnerschaften für Demokratie unterscheiden und inwieweit es gelingt, diese „politischen Streitfragen" in die Diskurse und Handlungsstrategien der Partnerschaften für Demokratie einzubringen.

Über alle Untersuchungsebenen hinweg lassen sich im Querschnitt die erkenntnisleitenden Fragestellungen der Wissenschaftlichen Begleitung folgendermaßen zusammenfassen:

- *Sind Jugendforen ein probates Instrument zur Förderung von Jugendpartizipation im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie?*

Untersucht werden die Lern-, Motivations- und Erfahrungszuwächse bei Jugendlichen sowie die Ausbildung und Weiterentwicklung von strukturellen Rahmenbedingungen für Jugendpartizipation.

- *Welche Jugendlichen beteiligen sich in den Jugendforen?*

Von Interesse ist hierbei, welche jugendkulturellen Milieus sich im Rahmen der Jugendforen engagieren sowie ihr spezifischer Veränderungswille und die Motivation für ihr Engagement.

- *Wie verändert sich das Agenda Setting vor Ort durch den Einfluss der Jugendlichen?*

Es wird der Frage nachgegangen, welche inhaltlichen Themenstellungen junge Menschen in die Partnerschaften für Demokratie einbringen und welche realen Einflussbereiche sich die Jugendlichen erwirken können.

Im vorliegenden Bericht werden die Verfahren der Aktivierung von Jugendforen und die realisierten Partizipationsformate dargestellt. Darüber hinaus werden die thematischen Schwerpunkte, mit denen sich junge Menschen in den realisierten Jugendfondsprojekten befassen, expliziert und die Ansätze, die sie hierbei wählen, vorgestellt, um das Engagement der jungen Menschen sichtbar werden zu lassen.

2.2.4 Schwerpunkt 4: Inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsstrategien und die Arbeit von Begleitausschüssen

Die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren im Rahmen der Begleitausschüsse hat sich weitestgehend bewährt. Ihr Erfolg basiert auf ihrer konzeptionellen Flexibilität, die es ermöglicht, auf die jeweils vor Ort bestehenden Problemlagen angepasste Handlungsstrategien zu implementieren. Er basiert aber insbesondere auch auf der Grundidee, die Verantwortung für die Prävention in die Hände von Zivilgesellschaft in Kooperation mit staatlichen Akteuren zu legen und Möglichkeitsräume zur aktiven Partizipation möglichst vieler und vielfältiger gesellschaftlicher Gruppen zu schaffen. Da der Begleitausschuss das zentrale

5 Vgl. Meinhold-Henschel/Schack 2007.

6 Vgl. Olk/Roth 2008.

Steuerungsgremium der Partnerschaft für Demokratie darstellt, beeinflusst die Qualität seiner Arbeit in hohem Maß die Zielerreichung der Arbeit vor Ort als Ganzes.

Für die Wissenschaftliche Begleitung ist zunächst von Interesse zu untersuchen, wie die verantwortlichen Akteure die integrierten Handlungsstrategien angesichts der erweiterten Förderschwerpunkte des Programms „Demokratie leben!“ aber auch angesichts der aktuellen Herausforderungen im Kontext von Zuwanderung, Flucht und Asyl inhaltlich ausgestalten. In einem zweiten Schritt wird von Bedeutung sein, die den Handlungsstrategien hinterlegten Wirkungsannahmen zu explizieren, zu beschreiben und schließlich kriterienbasiert auf ihren Erreichungsgrad hin zu bewerten. Hierzu nutzt und erweitert die Wissenschaftliche Begleitung das bereits im Vorläuferprogramm entwickelte Konzept des Wirkungsquadrats, das Prozesse der politischen Sozialisation an die Rahmenbedingungen der Partnerschaften für Demokratie adaptiert.[7]

Weitere Fragestellungen der Wissenschaftlichen Begleitung richten sich auf die konkrete Ausgestaltung der Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren in den Begleitausschüssen und die Frage unter welchen Kontextbedingungen es den beteiligten Akteuren gelingt, bürgerschaftliches Engagement durch ihre Arbeit in den Begleitausschüssen zu befördern.

Im vorliegenden Bericht wird untersucht, inwiefern es gelingt, die Zusammenarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure in den Begleitausschüssen entlang erfolgskritischer Merkmale der (Kern-)Netzwerkarbeit zu entwickeln. Zudem wird die Rezeption der Ausgangslagen in den Förderregionen entlang der verschiedenen Arbeitsschwerpunkte nachgezeichnet und ein erster, quantitativ fundierter Einblick in zentrale Handlungselemente der Partnerschaften ermöglicht.

2.2.5 Schwerpunkt 5: Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Koordinator/innen der Koordinierungs- und Fachstellen

Die Bundeszentrale für Politische Bildung, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und Parts Gesellschaft für soziale Praxis und Projekte mbH haben auf der Basis von Workshops und einer durch das ISS-Frankfurt a.M. durchgeführten Befragung zu den Fortbildungsbedarfe der Koordinator/innen eine Weiterbildungsreihe für die Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie konzipiert, die sie seit August 2015 gemeinsam durchführen.[8] Dieses Weiterbildungsangebot soll den Prozess der Fortentwicklung der Koordinierungsstellen zu lokalen Fachstellen unterstützen und die Koordinator/innen für die Wahrnehmung ihres neuen umfassenden Aufgabenprofils qualifizieren.

Die Weiterbildung erstreckt sich über ca. neun Monate, ist in fünf Module aufgeteilt und wird inhaltlich prozess- und praxisorientiert gestaltet.

Das Evaluationsvorhaben zu diesem Leistungsbaustein baut auf den gesammelten Erfahrungen des Bildungscontrollings regionalisierbarer Weiterbildungsangebote „HandlungsKOMPETENZ“ auf.[9] Es ist als eine Längsschnittanalyse mit einem ausgeglichenen Methodenmix angelegt und beinhaltet formative und summative Aspekte. Die Untersuchung zielt darauf ab,

- den Bildungsträgern die Bewertungen der Teilnehmenden zur Umsetzung der einzelnen Module zeitnah zurück zu spiegeln, damit notwendige Anpassungen im Bildungsangebot rechtzeitig und bedarfsgerecht vorgenommen werden können,

7 Vgl. ISS/Camino 2014, S. 32.

8 Vgl. ISS 2014a.

9 Vgl. ISS 2014b.

- den Zuwachs an fachlichen und persönlichen Kompetenzen sowie an Handlungssicherheit der Koordinator/innen abzubilden,
- den Einfluss der Weiterbildungsveranstaltungen auf die Professionalisierung der Koordinator/innen und die Fortentwicklung der Koordinierungsstellen zu Fachstellen im Zeitverlauf zu analysieren sowie
- den Verlauf und die Ergebnisse der Weiterbildungsveranstaltungen zusammenfassend zu dokumentieren.

Die Ergebnisse der Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Koordinator/innen der Koordinierungs- und Fachstellen sind **nicht Teil des vorliegenden Berichts**. Die Ergebnisse sind den Bildungsträgern in einem eigenständigen Arbeitspapier zurückgespiegelt worden.

2.2.6 Schwerpunkt 6: Die Koordinierungs- und Fachstellen

Die Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie haben in „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ eine erweiterte Aufgabenbeschreibung erhalten: Neben den Aufgaben, die sie in den Vorläuferprogrammen bereits wahrgenommen haben, übernehmen sie in stärkerem Maße inhaltlich-fachliche Aufgaben. Vor diesem Hintergrund bezieht sich eine zentrale Fragestellung der Wissenschaftlichen Begleitung darauf, wie die Umsetzung dieser neuen fachlichen Aufgaben der Koordinierungs- und Fachstellen inhaltlich ausgestaltet wird. Konkret ist dabei von besonderem Interesse, für welche Anliegen und auf welche Art und Weise die Expertise der Koordinierungs- und Fachstellen von den Akteuren vor Ort genutzt wird und welche Formen der fachlichen Qualifizierung weiterer Akteure durch die Koordinierungs- und Fachstellen umgesetzt werden.

Es geht bei den Fragestellungen der Wissenschaftlichen Begleitung jedoch nicht nur um die innere Entwicklung der Koordinierungs- und Fachstellen, sondern auch um deren Ausstrahlung in die Region. Eine weitere zentrale Fragestellung ist daher, wie die Koordinierungs- und Fachstellen dazu beitragen können, dass in der jeweiligen Förderregion Gelegenheitsstrukturen und Möglichkeitsräume für die Entwicklung von Fachlichkeit geschaffen werden. Für den Handlungsspielraum der Koordinierungs- und Fachstelle sind dabei zwei Faktoren relevant: Auf welche Ressourcen kann sie zurückgreifen, um fachlich-inhaltliche Impulse in die Förderregion zu tragen? Inwieweit wird sie innerhalb der Förderregion als Fachakteur wahrgenommen und angefragt?

Im Fokus der Untersuchung steht insbesondere in der letzten Phase des Programms die Frage, inwieweit ein nachhaltiger Aufbau von Strukturen, die darauf abzielen, Fachlichkeit auch über die Programmlaufzeit hinaus zu sichern, gelingt.

In **diesem Bericht** wird die Koordination der Partnerschaften für Demokratie als Gesamtleistung der Koordinierungs- und Fachstellen und der federführenden Ämter in den Blick genommen. Es wird untersucht, welche Konstellationen von Gelingensbedingungen eine umfassende Gesamtkoordination der Partnerschaften für Demokratie befördern. Hierzu wird analysiert, auf welche Wissensbestände und Zugänge zu regionalen Akteuren die Koordinierungs- und Fachstellen und die federführenden Ämter zurückgreifen können, und es werden verschiedene Typen von Gesamtkoordination unterschieden.

2.2.7 Schwerpunkt 7: Vernetzung – Leistungsfähige Netzwerke

Die Partnerschaften für Demokratie sollen die zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteure gegen Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für ein demokratisches Gemeinwesen ermöglichen. Die Netzwerkarbeit der Partnerschaften muss damit sowohl eine breite Einbindung von Akteuren als auch eine weitreichende Abstimmung der

Netzwerkakteure untereinander zum Ziel haben. Zu letzterem gehören ein inklusiver Zielentwicklungsprozess und die Etablierung von netzwerkeigenen Arbeitsprozessen.

Es ist deshalb ein zentrales Anliegen der Wissenschaftlichen Begleitung, zu untersuchen, unter welchen Umständen es den Partnerschaften für Demokratie gelingt, leistungsfähige Netzwerke zu entwickeln. Dazu widmet sie sich zunächst der Frage, in welchem Ausmaß Partnerschaften in ihren Netzwerken Leistungsfähigkeit herstellen bzw. hergestellt haben. Vor diesem Hintergrund untersucht die Wissenschaftliche Begleitung, inwieweit die umfassende Einbindung der relevanten Akteure aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik gelingt und inwieweit sie zu einer zielgerichteten Zusammenarbeit finden. Besonderes Augenmerk liegt hier auf der Frage, wie sich diese vielfältigen Akteure in einen partizipativen Zielformulierungsprozess einbeziehen lassen und es gelingen kann, ihre Zusammenarbeit an gemeinsamen Zielen auszurichten.

Zur Untersuchung der Gelingensbedingungen für eine hohe Leistungsfähigkeit lokaler Netzwerke richtet die Wissenschaftliche Begleitung ihre Aufmerksamkeit sowohl auf den Kontext als auch auf das strategische Handeln der Partnerschaften.

In **diesem Bericht** wird zunächst untersucht, inwieweit es in der Aufbauphase der Partnerschaften gelungen ist, leistungsfähige Netzwerke zu etablieren. Die Darstellung soll es insbesondere ermöglichen, die Herausforderungen und Erfolge bei der Einbindung relevanter Akteure und beim Aufbau von Grundlagen zielgerichteten Zusammenarbeitens nachzuvollziehen. Eine qualitative vergleichende Analyse der Charakteristika von 24 Partnerschaften dient dazu, die Gelingensbedingungen für den Aufbau leistungsfähiger Netzwerke zu identifizieren. Auf dieser Grundlage können vier Pfade beschrieben werden, die unter den untersuchten Partnerschaften für Demokratie bisher zu leistungsfähigen Netzwerken führten.

2.2.8 Schwerpunkt 8: Öffentlichkeitswirksamkeit

Im Bereich Öffentlichkeitswirksamkeit ist es Aufgabe der Wissenschaftlichen Begleitung, zu untersuchen, inwieweit die Maßnahmen der Partnerschaften für Demokratie zur Erreichung von Öffentlichkeit erfolgreich sind und was sie bewirken. Zentral sind dabei nicht nur die Fragen, ob Öffentlichkeit erreicht werden kann und inwieweit es gelingt, zu sensibilisieren, zu aktivieren und ein Mehr an Partizipation zu schaffen, sondern auch, mit welchen Strategien und Maßnahmen bzw. Maßnahmenkombinationen dies besonders gut gelingt. Hierbei stellt sich als eine zentrale Frage, wie die unterschiedlichen Öffentlichkeitsebenen – allgemeine Öffentlichkeit, Fachöffentlichkeit, lokale politische Öffentlichkeit – erreicht werden können. Auf dieser Basis kann der Prozess des Erreichens von Öffentlichkeitswirksamkeit mit seinen Entwicklungsfortschritten, aber auch Stagnationsmomenten oder Rückschritten analysiert werden. Des Weiteren geht es darum, aufzuzeigen, welche Konstellationen von Faktoren zu Öffentlichkeitswirksamkeit führen und wie eine Partnerschaft für Demokratie sich folglich aufstellen sollte, wenn sie in dieser Beziehung erfolgreich sein möchte.

Weitere Fragestellungen, die sich mit der Umsetzung der neuen Programmvorgaben befassen, beziehen sich darauf, was mit den Mitteln für Partizipations-, Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit gefördert wird und wie sich die geförderten Maßnahmen bewähren, sowie auf die Umsetzung der Demokratiekonferenzen: Wie werden sie gestaltet und für die Öffentlichkeitswirksamkeit nutzbar gemacht, welche Effekte lassen sich feststellen?

Als zentrale Fragestellung beschäftigt sich **dieser Bericht** damit, inwieweit die Partnerschaften für Demokratie öffentlichkeitswirksam geworden sind und ob es bestimmte Teil-Öffentlichkeiten gibt, die sie besonders gut oder besonders schlecht erreichen. Es wird weiterhin danach gefragt, welche Gelingensbedingungen zum Erreichen einer hohen Öffentlichkeitswirksamkeit beitragen.

2.2.9 Schwerpunkt 9: Der Aktions- und Initiativfonds

Die Förderung von Einzelmaßnahmen macht einen zentralen Bestandteil der Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie aus. Hier haben sich die Vorgaben bei „Demokratie leben!“ im Vergleich zu den Vorgängerprogrammen geändert und die für die Projektförderung zur Verfügung stehenden Mittel wurden reduziert. Gleichzeitig setzt das Programm auch auf inhaltlicher Ebene neue Akzente – so durch die Betonung der Auseinandersetzung mit Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder mit Rechtspopulismus.

Vor diesem Hintergrund stellen sich für die Wissenschaftliche Begleitung die übergreifenden Fragen, welche Auswirkungen diese Mittelreduzierung auf die Projektförderstrategie der Partnerschaften für Demokratie hat, auf welche Weise Projektträger darauf reagieren und inwieweit sich die Landschaft der geförderten Projekte verändert. Wie gelingt es, die Einzelmaßnahmen so zu planen und umzusetzen, dass sie einen relevanten Beitrag zur Zielerreichung der Partnerschaft für Demokratie leisten? Eine weitere Fragestellung der Wissenschaftlichen Begleitung bezieht sich darauf, Aussagen dazu zu treffen, inwieweit eine Partnerschaft für Demokratie in der Lage ist, mit dem Aktions- und Initiativfonds auf aktuelle Problemlagen effektiv zu reagieren.

Die konkrete Ausgestaltung der Projektarbeit innerhalb der Partnerschaften für Demokratie steht ebenso im Fokus der Wissenschaftlichen Begleitung. Es gilt, zu untersuchen, wie die konkrete Umsetzung vor Ort in Bezug auf geförderte Akteure, Projektformate und -inhalte, Ziele und Zielgruppen usw. erfolgt. Wie reagieren die Projekte bzw. ihre Träger auf die aktuellen Entwicklungen vor Ort und inwieweit werden neue Themen aufgegriffen? Inwieweit werden die Zielgruppen in die konkrete Ausgestaltung der Arbeit einbezogen? Wie wird Niedrigschwelligkeit gewährleistet und wie werden die Leitprinzipien Gender- und Diversity-Mainstreaming sowie Inklusion berücksichtigt? Weitere Fragestellungen der Wissenschaftlichen Begleitung beziehen sich auf die konkrete Ausgestaltung der lokalen Rahmenbedingungen – also z.B. auf die Art und Weise, wie sich die Kommune in die Förderung der Einzelmaßnahmen einbringt.

In **diesem Bericht** geht es darum, darzustellen, wie die Partnerschaften für Demokratie aktuell den Aktions- und Initiativfonds nutzen. Leitende Fragestellungen sind: Was kennzeichnet die umgesetzten Einzelmaßnahmen, was sind ihre Schwerpunkte und Ziele, welchen Umfang haben sie und durch wen werden sie umgesetzt? Weiterhin interessiert, wie sich die Projekte in die Strategien der Partnerschaft für Demokratie einfügen und welche Kooperationen entstehen bzw. wie Kooperationen genutzt werden. Ein weiterer interessierender Aspekt ist, wie Gender- und Diversity-Mainstreaming als leitende Prinzipien des Programms umgesetzt werden. Unter inhaltlichen Aspekten stehen Projekte im Fokus, die sich im Rahmen unterschiedlicher Arbeitsansätze mit der Thematik Rechtspopulismus auseinandersetzen.

3 Untersuchungsdesign und methodische Umsetzung der Wissenschaftlichen Begleitung

3.1 Grundsätze und Gesamtdesign der Wissenschaftlichen Begleitung

Die Wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften für Demokratie wird den Programmgestaltern Wissen zur Verfügung stellen, um informierte Entscheidungen für die weitere Programmplanung und -umsetzung zu treffen. Auch der intermediären Ebene, also der Regiestelle und anderen programmbegleitenden Akteuren, können Ergebnisse, die zu einer Verbesserung der Praxis beitragen, bereits während der Laufzeit des Programms zur Verfügung gestellt werden. Damit entspricht die Wissenschaftliche Begleitung in ihrer Form sowohl der „entscheidungsgesteuerten" Evaluation, die Programmverantwortlichen Informationen zur Verfügung stellt, als auch der „spannungsthemengesteuerten" Evaluation, die problemorientiert Hinweise für die weitere Programmumsetzung gibt.[10] Ergebnisse werden nicht nur summativ präsentiert, sondern fließen formativ in den Prozess der Programmgestaltung und -umsetzung ein. Um diesem Anspruch an die Wissenschaftliche Begleitung zu genügen, muss das Untersuchungsdesign sowohl ergebnis- als auch prozessorientiert sein. Erhebungs- und Auswertungsinstrumente müssen responsiv sein, d.h. genügend Flexibilität bieten, um im Untersuchungsverlauf auf die Bedarfe der Programmgestaltenden und Programmumsetzenden einzugehen.

Die im Rahmen der Evaluation gewonnenen Erkenntnisse fließen ferner in die Partnerschaften für Demokratie zurück und werden in einem Kommunikationsprozess mit den beteiligten Akteuren überprüft. Demzufolge gehören die Durchführung von Workshops mit Praktiker/innen und die Erstellung von Handreichungen von Beginn an zu den Leistungen der Wissenschaftlichen Begleitung. Der Austausch mit Praktiker/innen ermöglicht es zum einen, Fragestellungen, die sich aus der praktischen Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie ergeben, im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung zu berücksichtigen. Zum anderen ist durch einen solchen Austausch aber auch eine kommunikative Validierung und somit eine zusätzliche Sicherung der Qualität der Befunde gewährleistet.[11] Darüber hinaus werden den Akteuren der Partnerschaften Kenntnisse für die weitere Implementierung ihrer Partnerschaften zur Verfügung gestellt.

Die Wissenschaftliche Begleitung orientiert sich an den „Standards für Evaluationen" der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation e.V. Bei einer Evaluation, aber auch bei einer praxisbegleitenden Forschung spielen vor diesem Hintergrund vier grundlegende Eigenschaften eine zentrale Rolle: Nützlichkeit, Durchführbarkeit, Fairness und Genauigkeit. Die DeGEval-Standards dienen der Qualitätssicherung in systematischen, datenbasierten Evaluationsverfahren zur Beschreibung und Bewertung von Projekten, Programmen, Rechtsvorschriften und Institutionen. Um eine entsprechende Qualität zu sichern und Transparenz auf allen Beteiligungsebenen zu gewährleisten, wird das Evaluationsdesign offengelegt.

Die Erhebung und Auswertung der Daten erfolgt unter strikter Berücksichtigung des Bundesdatenschutzgesetzes, wobei die §§3a (Datensparsamkeit), 5 (Datengeheimnis), 9 (technische und organisatorische Maßnahmen) und 40 für die Untersuchung als besonders relevant angesehen werden.

Erhoben werden nur Daten, die für die Wissenschaftliche Begleitung von Relevanz sind. Eine Auswertung der Daten erfolgt ausschließlich anonymisiert bzw. pseudonymisiert. Rückschlüsse auf Personen oder Standorte sind aufgrund der Auswertung nicht möglich. Die Daten werden gesichert aufbewahrt, Zugang haben nur projektbezogene Mitarbeiter/innen, die sich zur Einhaltung der Datenschutzbestimmung verpflichtet haben.

---

10 Vgl. Beywl 2006, S. 103 f.; S. 106 f.

11 Vgl. Giel 2015, S. 121 f.; Glock 2014, S. 10.

Zur Umsetzung der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie wird folgendes Vorgehen umgesetzt:

Abbildung 1: Untersuchungsdesign der Wissenschaftlichen Begleitung

Quelle: Eigene Darstellung. Die blau unterlegten Leistungsteile werden durch das ISS-Frankfurt a.M., die beige unterlegten Leistungsteile durch Camino gGmbH umgesetzt.

3.2 Methodisches Vorgehen des ISS-Frankfurt a. M.

Aufgabe der Wissenschaftlichen Begleitung ist es zum Einen, auf der Basis quantitativer Abfragen, Daten bei allen Partnerschaften für Demokratie zu erheben und dabei aufeinander abgestimmte, hinreichend vergleichbare Daten zu ermitteln, zum Anderen, qualitative Analysen zu ausgewählten Teilmengen von Partnerschaften zu spezifischen Fragestellungen der Evaluation zu erstellen. Die Verschränkung von qualitativen und quantitativen Befunden stellt somit sicher, dass sowohl die qualitative Itemgenerierung auf begründbaren Konzepten beruht als auch, dass die quantitativen Befunde im Blick auf bestimmte Sinnzusammenhänge und unterschiedliche Erklärungsmuster erklärbar sind.

Das Team der Wissenschaftlichen Begleitung legt großen Wert darauf, dass die Befunde nach gültigen Standards der empirischen Sozialforschung erstellt werden und einen hohen Grad an Generalisierbarkeit aufweisen. Dies wird insbesondere dadurch sichergestellt, dass eine statistische Repräsentativität durch (mehrfache) online-gestützte Vollerhebungen in den Partnerschaften für Demokratie gewährleist wird und, dass das Untersuchungsdesign die Triangulation auf Methoden-, Daten- und Befragtengruppen umfasst. Alle zentralen Aussagen werden insofern mehrfach validiert.

3.2.1 Schwerpunkt 1: Prozessbegleitendes Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie

Die methodische Umsetzung des prozessbegleitenden Monitorings ist als eine jährliche Befragung der Koordinator/innen der Koordinierungs- und Fachstellen angelegt. Durch eine Vollerhebung der Daten mit Hilfe eines bewährten online-gestützten Verfahrens wird nicht nur eine zügige Bereitstellung der Erkenntnisse über alle Partnerschaften hinweg sichergestellt, sondern

auch gewährleistet, dass die erhobenen Daten auf verschiede Zusammenhänge und Einflussfaktoren im Zeitverlauf statistisch überprüft werden können. Die Entwicklung des Befragungsinstruments basiert einerseits auf den Erkenntnissen und Instrumenten der Wissenschaftlichen Begleitung aus den Vorjahren, diese werden jedoch zugleich einer regelmäßigen Revision unterzogen und unter Beachtung unterschiedlicher Zielstellungen fortentwickelt.

Zum Ersten ist es wichtig, die Kontinuität und somit die Vergleichbarkeit der Strukturdaten der Partnerschaften für Demokratie im Sinne einer summativ angelegten Evaluation sicherzustellen. Daher wurde eine Reihe von Fragen wie z.B. hinsichtlich der regionalen Verteilung der Partnerschaften, der Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen, der Zusammensetzung der Begleitausschüsse weitgehend aus den bereits entwickelten Instrumenten übernommen. Um die Vergleichbarkeit der Daten zu gewährleisten, wurden und werden auch zukünftig einige Datenbestände wie z.B. die Anzahl der geförderten Projekte zu einem festgelegten Stichtag abgefragt.

Zum Zweiten ist es von hoher Bedeutung, das Erhebungsinstrument auf aktuelle Vorgaben des Bundesprogramms sowie gegenwärtige Themenstellungen hin auszurichten und Ergänzungen (z.B. hinsichtlich der Verwendung zusätzlicher Personal- und Sachmittel, der Ausgestaltung relevanter Kontextbedingungen oder auch der Unterstützungsbedarfe beteiligter Akteure) möglichst praxisgerecht zu operationalisieren. Hierzu wurden u.a. die aktualisierten Leitlinien sowie Coachingberichte herangezogen und auf programmrelevante Vorkenntnisse der Wissenschaftlichen Begleitung zurückgegriffen.

Die Revision des Instruments erfolgte drittens in enger Abstimmung mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI). In diesem Kontext wurden unter anderem Fragebatterien zur Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion (fort-)entwickelt und etablierte Instrumente an die Bedarfe der Programmevaluation angepasst.

Die Online-Befragung der Koordinator/innen fand zwischen Juni und August 2016 statt, also zu einem Zeitpunkt, an dem die Partnerschaften des dritten Interessenbekundungsverfahrens noch nicht oder nur eingeschränkt mit der Strukturentwicklung begonnen hatten. Die zugehörigen Förderstandorte waren entsprechend nicht Teil der Erhebung. Insofern stellt das prozessbegleitende Monitoring eine Momentaufnahme dar, die den Stand der Umsetzung von 218 Partnerschaften für Demokratie abbildet. Die erhobenen Strukturdaten wurden mit Hilfe des Statistikprogramms SPSS bi- und univariat ausgewertet, in Abbildungen und Tabellen graphisch aufbereitet und überwiegend beschreibend dargestellt. Im Kontext der weiteren Arbeitsschwerpunkte waren sie zudem Gegenstand multivariater (Regressions-)Analysen.

Die aktuelle Situation in den Förderregionen wurde mit Blick auf unterschiedliche Bedrohungslagen einerseits auf Grundlage des Monitorings und somit quantitativ fundiert analysiert. Andererseits wurden im Sinne eines multi-methodischen Ansatzes sechs problemzentrierte Interviews durchgeführt. Hierzu wurden Koordinator/innen ausgewählt, die im Rahmen der standardisierten Erhebung von Bedrohungen, Anfeindungen und/oder Übergriffen berichtet hatten. Die qualitativen Interviews wurden sowohl vor Ort als auch telefonisch geführt, aufgenommen, transkribiert und inhaltsanalytisch mit Hilfe des Programms MAXQDA ausgewertet.

3.2.2 Schwerpunkt 2: Gesamtindex zur Zielerreichung: PfD-Demokratie-Index

Die Zielsetzung einer empirischen Erfassung der demokratischen Qualität von Verfahren und Prozessen der kommunalen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Gewalt in den Partnerschaften für Demokratie, stellte die Wissenschaftliche Begleitung vor einer Reihe konzeptioneller und methodischer Herausforderungen. Einerseits wurde der Anspruch verfolgt, dieses Instrument im Sinne angewandter Forschung theoriebasiert und gleichwohl auch praxisgerecht zu entwickeln. Andererseits sollte das zu entwickelnde Instru-

ment zusammenfassend, bilanzierend und ergebnisorientiert sein. Schließlich war es für eine Längsschnittanalyse der Entwicklungen in den Partnerschaften von hoher Bedeutung, die Entwicklungspotentiale der Partnerschaften von Anbeginn an zu berücksichtigen und diese im Sinne eines Idealzustandes zu operationalisieren.

Entsprechend erfolgte die Entwicklung des Instrumentes im Jahr 2015 anhand mehrerer methodischer Schritte. In einem ersten Arbeitsschritt wurde eine Literaturrecherche durchgeführt mit dem Ziel, empirisch abgesicherte Instrumente zu identifizieren, die bereits in ähnlichen Kontexten erprobt wurden bzw. für den Untersuchungsgegenstand der Wissenschaftlichen Begleitung anpassungsfähig sind. Es wurde jedoch festgestellt, dass die empirische Erfassung von Demokratiequalität vor allem mit Blick auf nationalstaatliche Vergleichbarkeit erfolgt.[12] Im Ergebnis kristallisierte sich schließlich das „International IDEA Framework" als zumindest übertragbares Konzept heraus.[13] In einem zweiten Arbeitsschritt erfolgte sowohl in Anlehnung an die Indikatoren des IDEA-Frameworks als auch auf Basis der bisherigen Befunde der Wissenschaftlichen Begleitung eine erste Generierung möglicher Indikatoren. Auf Basis dieser Ergebnisse befragte die Wissenschaftliche Begleitung sieben Koordinator/innen bzw. Coaches. Hierbei ging es darum, die Sicht der Praxis auf die demokratischen Prozesse und Strukturen von Partnerschaften zu bergen. Mit dem vierten Arbeitsschritt verfolgte die Wissenschaftliche Begleitung die Absicht, die angepassten Indikatoren durch Expert/innen validieren zu lassen und auf das benötigte Minimum zu reduzieren. Dieser Arbeitsschritt erfolgte durch eine Delphi-Befragung von fünf erfahrenen Expert/innen. Das Instrument gliederte sich nunmehr in die sechs Dimensionen „Partizipation", „Autorisierung", „Responsivität", „Menschenrechtsorientierung", „Repräsentanz" und „Verantwortlichkeit" und umfasste 36 Indikatoren. In dieser Form wurde es in einem quantitativen Pretest erprobt und validiert.[14] Befragt wurden jeweils ein Mitglied der Begleitausschüsse aus der Verwaltung und der Zivilgesellschaft, also zwei Personen pro Fördergebiet.

Das derart validierte Instrument war schließlich Bestandteil einer zwischen April und Mai diesen Jahres durchgeführten Online-Befragung. Diese richtete sich je Partnerschaft an drei Akteure. Analog zum Ansatz des Pretests wurden zwei Mitglieder der Begleitausschüsse (je eines aus der Verwaltung und eines aus der Zivilgesellschaft) um die Teilnahme gebeten. Darüber hinaus nahmen die Koordinator/innen an der Befragung teil. Die quantiativen Datenbestände wurden aufbereitet und mit dem Datensatz des prozessbegleitenden Monitorings gematched. Aus den Angaben je Förderstandort wurden sodann Mittelwerte gebildet und derart ein multiperspektivischer Ansatz verfolgt. Die Analysen erfolgten mit Hilfe der Statistikprogramme SPSS und MPLUS und waren uni-, bi- sowie multivariater Natur. Zur grafischen Aufbereitung wurde das Programm EXCEL genutzt.

Um die quantitativ gewonnen Erkenntnisse zu relevanten Hintergrundfaktoren demokratischer Qualität weiter zu spezifizieren, führte die Wissenschaftliche Begleitung 10 Expert/inneninterviews mit ausgewählten Koordinator/innen. Hierzu wurden auf Grundlage der Online-Erhebung solche Standorte bestimmt, an denen ein Faktor möglichst stark, die jeweilig übrigen jedoch möglichst schwach ausgeprägt waren. Die qualitativen Interviews wurden aufgenommen, transkribiert und anhand des Programms MAXQDA inhaltsanalytisch ausgewertet.

Im November 2016 wird zudem ein Workshop in Frankfurt a.M. mit bis zu 15 ausgewählten Praktiker/innen stattfinden. Er dient

12 Vgl. Roth 2013, S. 4.

13 Vgl. Beetham et al. 2008.

14 Hierzu wurden 30 Partnerschaften für Demokratie nach den Kriterien „Förderperiode", „regionale Ansiedlung" (West/Ost) sowie „Verwaltungsform" (Kommune/Landkreis) ausgewählt.

- einer vertiefenden Diskussion aktueller Fragestellungen bzgl. der Arbeit der Partnerschaften für Demokratie sowie
- Revision und Aktualisierung der Erkenntnisse zur demokratischen Qualität

3.2.3 Schwerpunkt 3: Jugendpartizipation

Die Untersuchung der Jugendpartizipation wird als Längsschnittuntersuchung angelegt, sodass zehn ausgewählte Jugendforen im Laufe des Bundesprogramms wissenschaftlich begleitet und vertiefend untersucht werden können. Der Auswahl der zehn Standorte lagen zunächst die drei Kriterien zu Grunde, die sich hinsichtlich einer Zusammenstellung von qualitativen Samples im Rahmen des Programms weitgehend bewährt haben, nämlich wiederum die Förderperiode der Partnerschaften, ihre regionale Verteilung in den alten und neuen Bundesländern sowie die Verwaltungsform der Förderregionen. Die Untersuchung der Jugendpartizipation erfolgt auf der Basis eines Mixed-Methods-Ansatzes, sodass sowohl quantifizierbare Erkenntnisse aus jährlichen Jugendbefragungen als auch erklärende Wissensbestände aus Interviews mit Akteuren aus den Jugendforen erhoben werden. Die Ergebnisse der Untersuchung werden auf Wunsch der Jugendlichen zurückgespiegelt und bedarfsgerecht reflektiert. Darüber hinaus ist vorgesehen, praxisrelevante Informationen in Form einer Handreichung aufzubereiten und den Praktiker/innen zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr 2016 wurde mit allen Koordinator/innen bzw. Trägern der Jugendforen der Partnerschaften qualitative Interviews geführt, um den Stand der Entwicklung der Jugendforen nachzeichnen zu können sowie förderliche und hemmende Rahmenbedingungen zu identifizieren. Drei Partnerschaften im qualitativen sample verfügten auch im Jahr 2016 noch über kein kontinuierlich tagendes Jugendgremium. Zudem fand in drei Standorten eine teilnehmende Beobachtung bei der Durchführung von Jugendforen bzw. der Sitzung eines Jugendparlaments statt. Nachfolgend wurden mit zwölf Jugendlichen Interviews zu ihren Erfahrungen und Erwartungen geführt. Die quantitative Befragung der Jugendlichen wurde im September 2016 über What's App Gruppen und e-mail Versand gestartet. Hierbei zeigte sich, dass der Rücklauf, wenn er auf die Jugendlichen im qualitativen sample beschränkt bleibt, nicht ausreichend groß für eine Längsschnittuntersuchung sein wird. Die Befragung wird daher bis Ende des Jahres auf alle aktiven Jugendlichen ausgeweitet. Die Interviews wurden aufgenommen, transkribiert und inhaltsanalytisch mit Hilfe des Programms MAXQDA ausgewertet. Zusätzlich zum geplanten Vorgehen wurden auf Grundlage jener Anträge, die bei der Regiestelle im Zeitraum zwischen Juli 2015 und Ende Juni 2016 gestellt worden sind, weitere datenbasierte Wissensbestände zu jugendfondsgeförderten Initiativen und Projekten generiert.

3.2.4 Schwerpunkt 4: Inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsstrategien und die Arbeit von Begleitausschüssen

Im Jahr 2016 lag ein Fokus der Wissenschaftlichen Begleitung darauf, die quantitativen Instrumente zur Erfassung der wahrgenommenen Problemlagen sowie der zu ihrer Bearbeitung gewählten Handlungsansätze (fort-)zu entwickeln und somit die Grundlage der als Längsschnittsstudie angelegten Wirkungsevaluation zu legen. Hierbei konnte an bestehende Vorerfahrungen angeknüpft und das bereits etablierte „Strategiequadrat" unter Berücksichtigung der neu hinzugekommenen Arbeitsschwerpunkte fortentwickelt werden.

Ausgehend von den Ergebnissen des im Jahr 2015 durchgeführten „Wirkungsdialogs", sowie von in den „Fachaustauschen" der Partnerschaften für Demokratie gewonnen Einsichten wurden problemzentrierte Expert/inneninterviews mit sieben Koordinator/innen durchgeführt. In den qualitativen face-to-face Interviews wurden die angedachten Wirkungserwartungen der Befragten mit Blick auf die lokale Ausgangslage und die jeweilig gewählten Handlungsansätze rekonstruiert. Zudem wurde das „Strategiequadrat" in einer an die Interviews anschließenden Ar-

beitsphase gemeinsam und vor dem Hintergrund der in den Interviews gewonnen Erkenntnisse reflektiert und redigiert. Alle Interviews wurden aufgenommen, transkribiert und inhaltsanalytisch mit Hilfe des Programms MAXQDA ausgewertet. Die Ergebnisse flossen in die Fortentwicklung der Instrumente sowohl zu Erfassung der Handlungsansätze als auch zur Operationalisierung der angestrebten Wirkungen ein. Das Instrument zur Bestimmung der Handlungsansätze umfasst 24 Items, die sich auf vier übergeordnete strategische Ziele und je zwei Handlungsdimensionen beziehen. Das Instrument zur Erfassung der wahrgenommenen Situationsveränderung vor Ort bezieht sich auf insgesamt neun Arbeitsschwerpunkte. Es basiert auf 69 Statements.

Beide Instrumente wurden in den Fragebogen des diesjährigen prozessbegleitenden Monitorings eingebettet und den Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie zur Beantwortung vorgelegt. Die Angaben bezüglich der aktuellen Situation in den Förderregionen stellen somit den ersten zweier Messzeitpunkte des Längsschnittdesigns dar. Die Analysen erfolgten mit Hilfe der Statistikprogramme SPSS und MPLUS und waren uni-, bi- sowie multivariater Natur. Im Sinne multimethodischer Erhebungsdesigns werden die quantitativ gewonnen Erkenntnisse im November und Dezember des Jahres 2016 mittels qualitativer Interviews validiert und vertieft. Hierzu wird ein Sample aus acht Standorten gebildet, an denen Wirkungserwartungen, Strategien und beobachtete Veränderungen im Zeitverlauf und aus multiperspektivischer Betrachtung sowohl unmittelbar an den Partnerschaften beteiligter als auch externer Akteure eruiert werden.

Die Analyse erfolgskritischer Merkmale der Zusammenarbeit in den Begleitausschüssen erfolgte unter Rückgriff auf bestehende Konzepte der Netzwerktheorie. Ausgehend von einer Literaturrecherche wurden auf Grundlage der Arbeiten von Neugebauer und Beywl sechs Dimensionen bestimmt – Komplementarität, Netzwerkvision, Interaktionsdichte, Netzwerkkoordination, Nutzen, Nachhaltigkeit – und anhand von jeweils drei Items operationalisiert. Diese wurden ebenfalls in das prozessbegleitende Monitoring eingebettet und den Koordinator/innen zur Beantwortung vorgelegt. Die Analysen erfolgten mit Hilfe der Statistikprogramme SPSS und MPLUS und waren uni-, bi- sowie multivariater Natur. Zur grafischen Aufbereitung wurde EXCEL genutzt.

3.2.5 Schwerpunkt 5: Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen

Das Evaluationsdesign der Weiterbildungsangebote besteht sowohl aus quantitativen als auch qualitativen Teilen und wird in mehreren Arbeitsschritten realisiert.

Jeweils zu Beginn und zum Abschluss der Weiterbildungsveranstaltungen werden die Teilnehmer/innen gebeten, einen schriftlichen Fragebogen auszufüllen. Durch die Eingangsbefragung werden in komprimierter Form soziodemographische Daten, berufliche Hintergründe, Vorerfahrungen, Motivation, fachliche und persönliche Kompetenzen sowie aktuelle Aufgabenstellungen der Koordinator/innen erhoben. Die Abschlussbefragung wird so konzipiert, dass Veränderungen in den Bereichen der fachlichen und persönlichen Kompetenzen sowie der Handlungssicherheiten erfasst werden und in Bezug zu den Angaben einzelner Teilnehmer/innen zu Beginn der Weiterbildung gesetzt werden können. Zudem wird den Koordinator/innen die Möglichkeit gegeben, eine Gesamtbewertung der Veranstaltungen vorzunehmen sowie ihre Einschätzungen bzgl. der Realisierbarkeit des Gelernten in der Praxis abzugeben. Nach jedem Veranstaltungsmodul werden jeweils bis zu drei Teilnehmer/innen pro Weiterbildung telefonisch kontaktiert und in Form von kurzen Telefoninterviews qualitativ befragt.

Mindestens sechs Monate nach Abschluss der Weiterbildung werden die Teilnehmer/innen zur Beteiligung an einer Online-Befragung eingeladen. In diesem Arbeitsschritt wird explizit den Fragen nachgegangen, ob, inwiefern und unter welchen Rahmenbedingungen die Koordina-

tor/innen ihre Aufgabenstellungen besser als zuvor wahrnehmen können und ggf. inwiefern sie die Veränderungen in ihrer Arbeitsweise auf die Teilnahme an der Weiterbildungsveranstaltung zurückführen können. Um die quantitativen Erkenntnisse zu diesen Fragen zu vertiefen, werden bis zu drei Teilnehmer/innen pro Weiterbildung erneut telefonisch interviewt.

Zusätzlich zur Evaluation der Lerneffekte der Veranstaltungen wird eine regelmäßige Erfassung der Bewertungen der Teilnehmer/innen bzgl. der einzelnen Weiterbildungsmodule stattfinden. Hierzu werden die Teilnehmer/innen gebeten, u.a. Rahmenbedingungen, Referent/innen, eingesetzte didaktische Verfahren sowie erlernte Inhalte und eingesetzte Methoden zu bewerten und ggf. aus ihrer Sicht notwendige Anpassungen zu benennen. Die Erfassung dieser Daten erfolgt durch eine Online-Befragung der Koordinator/innen direkt nach den einzelnen Modulen der Weiterbildungsreihe. Die Angaben werden zeitnah ausgewertet und den Bildungsträgern zurückgespiegelt, um rechtzeitige und bedarfsgerechte Anpassungen der Lerninhalte bzw. didaktischen Methoden zu ermöglichen.

3.3 Methodisches Vorgehen von Camino gGmbH

Anliegen der Wissenschaftlichen Begleitung ist es, Untersuchungen zu spezifischen zentralen Fragestellungen der Partnerschaften für Demokratie zu erstellen.

Die relevanten Themenfelder in der Wissenschaftlichen Begleitung durch Camino sind

- die Umsetzung und Weiterentwicklung der Koordinierungs- und Fachstellen,
- die Formen der Vernetzung,
- die Öffentlichkeitsarbeit sowie
- die Nutzung des Aktions- und Initiativfonds.

In diesen Bereichen werden Gestaltungsprozesse nachgezeichnet und erreichte Ergebnisse dargestellt. Eine kontinuierliche Erhebung und Auswertung von Daten ermöglicht die Nachverfolgung des Umsetzungsprozesses. Entwicklungsschritte und Ergebnisse werden sichtbar und können mit unterschiedlichen Einflussfaktoren verknüpft werden. Durch strukturierte Vergleiche können Rahmenbedingungen identifiziert werden, die als Voraussetzungen für gelingende Prozesse unabdingbar sind. Beobachtete Phänomene können systematisch erklärt und in übergreifende Erkenntnisse überführt werden.[15] Es werden „effektive Prinzipien“ aufgezeigt, die als Grundlage für die Weiterentwicklung des Programms dienen, aber auch auf andere Programme und Projekte übertragen werden können.[16]

Zum Tragen kommen zwei Bewertungsgrundlagen: Zum einen werden Ergebnisse und Wirkungen an den Zielen und Erwartungen des Programms auf übergeordneter Ebene sowie an denen der Partnerschaft für Demokratie auf konkreter Ebene gemessen und Wege dahin nachgezeichnet. Dieses Vorgehen entspricht einer „theoriebasierten Evaluation“. Diese nutzt die Annahmen, die einem Programm oder Projekt zugrunde liegen – die sogenannte Programmtheorie – und stützt sich somit auf das in der Praxis vorhandene Wissen.[17]

Jedoch bleiben bei einer rein aus der Praxis entwickelten und somit rekursiven Bewertung zwangsläufig blinde Flecken: Akteure als Beobachter „erster Ordnung“ können nur aus der ihnen eigenen Perspektive beobachten und beschreiben, bestimmte Prozesse und Gegebenheiten verschließen sich ihrer Reflexion. Luhmann beschreibt dies als systeminterne Beschränkungen des Beobachtens mit der Folge, dass eine bestimmte Beobachtung wahrscheinlich,

15 Stark et al. 2012, S. 9.

16 Vgl. hierzu Gutknecht-Gmeiner 2015, S. 134f.

17 Giel 2015, S.113f.; ausführlich Giel 2013.

eine andere hingegen unwahrscheinlich ist.[18] Aus diesem Grund wird die Wissenschaftliche Begleitung eine zweite Bewertungsebene nutzen, die sich auf wissenschaftstheoretische Annahmen und Erkenntnisse stützt. Die Bewertung stützt sich hier auf Wissen, das nicht kontextgebunden und generalisiert ist. Dieses wird genutzt, um Bewertungsschemata zu entwickeln und zu operationalisieren. Der Bezug auf gültige Theorien ermöglicht „Erklärungen, Prognosen und gezielte Praxis[-gestaltung] gleichermaßen".[19]

Der Nachteil einer solchen wissenschaftstheoretischen Bewertung ist die Gefahr, dass die Handlungspraxis aus dem Blick gerät. Dem wird durch die Zusammenführung der beiden Bewertungsebenen entgegengewirkt. Die Bewertung erfolgt gleichsam aus zwei Perspektiven: einer programmimmanenten und einer programmexternen.

Neben der Validierung durch Austausch mit und Rückspiegelung der Ergebnisse an Vertreter/innen der Partnerschaften für Demokratie wird eine Validierung der Befunde durch die Nutzung unterschiedlicher Daten und Datenquellen sichergestellt. Qualitative Interviews mit den Fachkoordinator/innen, Vertreter/innen der federführenden Ämter sowie mit weiteren Akteuren aus der Region gewährleisten unterschiedliche Perspektiven auf die Umsetzung und die Umsetzungsbedingungen. Ergänzt werden sie durch teilnehmende Beobachtungen und durch die Analyse unterschiedlicher Dokumente, z.B. von Anträgen und erstellten Materialien. Aussagen zur Entwicklung der Aktions- und Initiativfonds werden auf der Basis einer quantitativen Erhebung unter den Trägern der Einzelmaßnahmen getroffen. Die qualitativ gewonnenen Daten ermöglichen hier einen explorativen Zugang zum Themenfeld und die fachlich qualifizierte Entwicklung des Erhebungsinstruments.

Neben der Begleitung der Partnerschaften für Demokratie ist es Aufgabe der Wissenschaftlichen Begleitung, Aussagen zur Nachhaltigkeit der Vorläuferprogramme zu treffen. Hierfür kommt ein Nachhaltigkeitsmodell zum Einsatz, welches speziell für Programme und Projekte aus dem Bereich der Demokratieförderung entwickelt und bei der Wissenschaftlichen Begleitung der Lokalen Aktionspläne erprobt wurde.[20] Diesem Konzept liegt ein dynamisches Nachhaltigkeitsverständnis zu Grunde, d.h. es geht nicht um einen statischen Fortbestand von Wirkungen, sondern um einen prozesshaften, zirkulären Rückbezug, der zu einer Weiterentwicklung von Zielen und damit auch Wirkungen führt. Berücksichtigt werden dabei die Dimensionen strukturelle Nachhaltigkeit, Relevanzerhalt, handlungswirksame Lernprozesse in den Bereichen der Zivilgesellschaft und der Verwaltung sowie nutzenorientierte Nachhaltigkeit.

3.3.1 Sampling

Im folgenden Abschnitt werden zunächst die Kriterien erläutert, nach denen die Partnerschaften ausgewählt wurden, auf die sich die qualitative Datenerhebung konzentriert. Außerdem wird die Ziehung eines Samples für die quantitative Umfrage unter Einzelmaßnahmenträgern beschrieben.

3.3.1.1 Auswahl der Interviewpartner/innen der qualitativen Befragung

Für die qualitativen Erhebungen im Rahmen der Schwerpunkte „Entwicklung der Koordinierungs- und Fachstellen", „Vernetzung" und „Öffentlichkeitswirksamkeit" wurden 24 Partnerschaften für Demokratie ausgewählt. Die Auswahl erfolgte theorie- und hypothesengeleitet. Entsprechend der Strategie des „purposive sampling"[21] wurde in Bezug auf untersuchungsrelevante

18 Luhmann 1990, S. 40.

19 Esser 1993, S. 51.

20 Karliczek 2012, S. 249ff.; Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S. 119ff.

21 Vgl. hierzu Lamnek 2010, S. 172.

Aspekte ein möglichst heterogenes Sample mit folgenden Merkmalen für die Untersuchung ausgewählt:

- Programmgeneration,
- räumliche Verteilung (Bundesländer),
- Charakteristika und regionale Besonderheiten,
- inhaltliche Ausrichtung.[22]

3.3.1.2 Auswahl der quantitativen Stichprobe für die Einzelmaßnahmenträger-Befragung

Die Grundgesamtheit für die quantitative Umfrage unter Einzelmaßnahmenträgern wurde mithilfe von vier Kriterien definiert. Erstens wurden nur diejenigen Partnerschaften für Demokratie ausgewählt, die nicht schon in den Vorgängerprogrammen von „Demokratie leben!“ in Form von Lokalen Aktionsplänen gefördert wurden. Zweitens wurden nur Projekte untersucht, die über den Aktions- und Initiativfonds gefördert wurden. Ausgenommen davon wurden drittens solche Einzelmaßnahmen, die als Mikrofonds umgesetzt wurden. Diese Umsetzungsform haben Partnerschaften gewählt, um lokalen Akteuren flexibel kleinere finanzielle Summen zur Verfügung stellen zu können, das heißt, sie stellen selbst keine Projekte dar. Zuletzt wurden nur solche Einzelmaßnahmenträger befragt, deren Projekte im Jahr 2015 bewilligt wurden.

Angestrebt wurde eine Vollerhebung der so definierten Grundgesamtheit. Die Daten über die Einzelmaßnahmenträger basierten auf den Eintragungen der Koordinierungs- und Fachstellen in die Einzelmaßnahmenträger-Datenbank der Regiestelle im Rahmen der Abrechnung des ersten Förderjahres. Bis zum 01. Juli 2016, dem Stichtag für die Einzelmaßnahmenträger-Befragung, hatten erst 41 der 75 „neuen“ Partnerschaften ihre Eintragungen vorgenommen. Nach unserer Analyse (siehe Anhang) ergeben sich durch diese Abdeckungslücken jedoch keine systematischen Verzerrungen unseres Samples. Mit Hilfe der genannten Kriterien wurden im Rahmen der 41 Partnerschaften 322 umgesetzte Einzelmaßnahmen identifiziert, welche von 264 Projektträgern durchgeführt wurden.

3.3.2 Datenerhebung

Die nachfolgenden Kapitel gehen auf die Datenerhebung ein. Im Rahmen der Datenerhebung für diesen Bericht wurden qualitative Interviews mit federführenden Ämtern, die quantitative Umfrage unter Einzelmaßnahmenträgern sowie ergänzend teilnehmende Beobachtungen und Dokumentenanalysen durchgeführt. Der Bericht basiert außerdem auf den Erkenntnissen aus den qualitativen Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen.

3.3.2.1 Qualitative Interviews

Eine qualitative Untersuchung ermöglicht einen verstehenden Zugang zum Untersuchungsfeld: Abläufe und Strukturmerkmale sozialer Prozesse können ebenso wie individuelle Deutungsmuster erfasst und verknüpft werden.[23] Um über die qualitative Erhebung ein holistisches Fallverständnis zu erreichen, werden für diesen Bericht sowohl die Interviews mit den Koordinierungs- und Fachstellen (von 2015) als auch die 24 in diesem Jahr geführten Interviews mit den Vertreter/innen der federführenden Ämter berücksichtigt.

Während im Jahr 2015 die Interviews mit den Vertreter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen als problemzentrierte Interviews geführt wurden und so durch eine relative Offenheit geprägt waren, wurde für die Interviews 2016 ein deutlich stärker strukturierter Leitfaden genutzt. Dieser berücksichtigte die auf Basis der vorausgehenden Erhebung bereits entwickelten inhaltlichen

22 Ausführlich ISS/Camino 2015, S. 23ff.

23 Karliczek 2004, S. 210.

Kategorien und die für die Bereiche „Entwicklung der Koordinierungs- und Fachstelle“, „Öffentlichkeitswirksamkeit“ und „Vernetzung“ relevanten Aspekte.[24] Dadurch war es möglich, über alle untersuchten Partnerschaften hinweg gleiche Inhalte zu erfassen – unabhängig von der Bedeutungszumessung durch die befragten Akteure. Dies ist Voraussetzung, um einen systematischen Vergleich zwischen den Regionen vornehmen zu können.

Wie auch die Fachkoordinator/innen wurden die Vertreter/innen der federführenden Ämter als Expert/innen für die Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie befragt. Ziel war es, neben dem Umsetzungsstand auch die institutionell-organisatorischen Kohärenzen sowie relevante Faktoren in Bezug auf

- die Umsetzung und Weiterentwicklung der Koordinierungs- und Fachstelle,
- die Formen der Vernetzung,
- Öffentlichkeitswirksamkeit sowie
- die Nutzung des Aktions- und Initiativfonds

zu erfassen.

3.3.2.2 Quantitative Befragung der Einzelmaßnahmenträger

Befragt wurden 264 Einzelmaßnahmenträger, die 322 Projekte durchgeführt hatten. Diese wurden per E-Mail zu einer Online-Umfrage eingeladen, welche im Zeitraum vom 03. August bis zum 02. September 2016 stattfand. Mit der Einladung wurden den Befragten verschiedene Incentives geboten, in deren Genuss sie unabhängig vom Ausfüllen der Umfrage kommen konnten. Die Eingeladenen wurden außerdem durch mehrere E-Mails und eine telefonische Kontaktaufnahme an die Befragung erinnert. Rückläufer wurden regelmäßig bearbeitet. Die Bemühungen wurden mit einer Ausschöpfungsquote von 62% belohnt (siehe Anhang). Es liegen somit Daten von 164 Einzelmaßnahmenträgern zu 201 durchgeführten Projekten vor. Außerdem wurden aus jeder der 41 Partnerschaften für Demokratie Daten von mindestens einem Projektträger erfasst.

Zur Sicherstellung der Verständlichkeit und Eindeutigkeit des Fragebogens wurden im Vorfeld von ausgewählten Projektträgern im Rahmen persönlicher Interviews Rückmeldungen eingeholt und Anregungen aufgenommen. Weiterhin wurde vom 22. Juli bis zum 15. August 2016 ein Pretest mit ausgewählten Projektträgern durchgeführt, welche schon seit Längerem durch das Programm „Demokratie leben!“ gefördert werden. Die Daten der quantitativen Umfrage wurden mittels einfacher Konsistenztests getestet und anschließend bereinigt.

3.3.2.3 Dokumentenanalyse und teilnehmende Beobachtung

Dokumentenanalyse und teilnehmende Beobachtung liefern zusätzliche Informationen, die zum Verständnis und zur Bewertung der Daten beitragen können.

Teilnehmende Beobachtungen vermitteln Kenntnisse der sozialen Realität vor Ort. Unterschiedliche Blickwinkel und Perspektiven auf das Untersuchungsfeld werden deutlich und tragen einerseits dazu bei, komplexe Zusammenhänge verständlich zu machen. Außerdem werden in der Untersuchung möglicherweise noch vernachlässigte, in der Praxis aber relevante Aspekte des Forschungsfelds sichtbar. Teilnehmende Beobachtungen wurden bei unterschiedlichen Veranstaltungen der Partnerschaften für Demokratie umgesetzt sowie bei Veranstaltungen, die auf Ebene des Programms dem thematischen Austausch der Projektumsetzenden dienen.

In die Dokumentenanalyse wurden Förderanträge der Partnerschaften für Demokratie sowie einzelner Projektträger, von den Koordinator/innen in die Einzelmaßnahmenträger-Datenbank

24 Vgl. hierzu ISS/Camino 2015, S. 78ff.

der Regiestelle eingestellte Projektdokumentationen, Materialien der Partnerschaften, Websites sowie Dokumentationen von Demokratiekonferenzen einbezogen.

3.3.3 Datenauswertung

Die nachfolgenden Abschnitte gehen auf die verwendeten Methoden der Datenauswertung und -aufbereitung ein. Im Fall der qualitativen Daten erfolgte diese in Form einer qualitativen vergleichenden Analyse (QCA), im Fall der quantitativen Daten in Form von deskriptiven statistischen Verfahren.

3.3.3.1 Auswertung der qualitativen Daten (QCA)

Eine zentrale Frage der Wissenschaftlichen Begleitung lautet: Unter welchen Umständen entwickeln lokale Partnerschaften eine umfassende Gesamtkoordinationsleistung, eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit und leistungsfähige Netzwerke? Zur Beantwortung dieser Frage haben wir mittels einer qualitativen vergleichenden Analyse (QCA) „Pfade“ identifiziert, auf denen erfolgreiche Partnerschaften die genannten Zielstellungen erreicht haben. Grundlage für diese Analyse sind detaillierte Fallstudien der 24 Partnerschaften des qualitativen Samples.

Die Wissenschaftliche Begleitung hat Interviews mit federführenden Ämtern und Fachkoordinator/innen, Dokumentenanalysen und teilnehmende Beobachtungen genutzt, um die ausgewählten Partnerschaften nach verschiedenen Kriterien zu bewerten. Diese Kriterien betrafen lokale Kontextbedingungen, Eigenschaften der federführenden Ämter und Koordinierungs- und Fachstellen sowie deren strategisches Handeln. Außerdem wurde auf diesem Wege vergleichend bewertet, in welchem Maß die jeweiligen Partnerschaften den Zielen einer umfassenden Gesamtkoordinationsleistung, einer hohen Öffentlichkeitswirksamkeit und eines leistungsfähigen Netzwerks nähergekommen waren.

Die so gewonnenen Daten wurden genutzt, um in drei qualitativen vergleichenden Analysen Kombinationen von Gelingensbedingungen für die Erreichung der genannten Ziele im Bereich Koordinierungs- und Fachstellen, Öffentlichkeitswirksamkeit und Vernetzung zu identifizieren. Für eine Zielstellung können dies verschiedene Kombinationen aus Kontextbedingungen, Akteurseigenschaften und strategischen Entscheidungen sein. Sie stellen somit parallele „Pfade“ dar, die erfolgreiche Partnerschaften auf dem Weg zur Erreichung eines Ziels beschreiten können.

3.3.3.2 Auswertung der quantitativen Daten

Die Auswertung der Stichprobe erfolgte mit Hilfe verschiedener Statistikprogramme. Der Schwerpunkt der Auswertung lag auf deskriptiven Verfahren. Die Auszählung der Daten erfolgte, abhängig von der jeweiligen Fragestellung, auf Ebene der Partnerschaften für Demokratie, auf Ebene der Einzelmaßnahmenträger oder auf Ebene der Projekte. Zur eingängigeren grafischen Aufbereitung in Tabellen und Diagrammen wurden die Daten nachträglich gruppiert. Zur Repräsentativität der quantitativen Erhebung siehe Kapitel 6.2 im Anhang.

3.3.4 Transferworkshops

Transferworkshops dienen der Rückspiegelung der Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung an die Akteure der Partnerschaften für Demokratie – in erster Linie an die Koordinator/innen – und somit dem Transfer und der Weiterentwicklung des gewonnenen Wissens. Weiterhin haben sie eine wichtige Funktion im Rahmen des Erfahrungsaustauschs der Akteure: Sie bieten den beteiligten Akteuren Gelegenheiten, ihre eigene Arbeit im Austausch mit anderen Beteiligten zu reflektieren und gemeinsam Ansatzpunkte für deren Verbesserung zu entwickeln. Insgesamt sind acht Transferworkshops geplant.

Im Jahr 2016 fand ein Transferworkshop statt. Mit dem Ziel einer kommunikativen Validierung wurden die Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung vorgestellt und insbesondere die Gelingensbedingungen und zielführenden Pfade bezogen auf die inhaltlichen Schwerpunkte der Wissenschaftlichen Begleitung diskutiert. Ein weiterer Schwerpunkt des Workshops war das Thema „Umgang und Erfahrungen der Partnerschaften für Demokratie mit Rechtspopulismus". Ziel war es, einerseits positive Ansätze zu identifizieren, andererseits aber auch Schwierigkeiten zu benennen.

Die im Verlauf des Workshops eingebrachten Einschätzungen und Bewertungen der Teilnehmer/innen wurden zur Plausibilisierung der Einschätzungen der Wissenschaftlichen Begleitung genutzt und flossen in die Empfehlungen ein.

3.3.5 Ausblick

Im Jahr 2017 werden die qualitativen Interviews mit den Koordinator/innen wiederholt. Die zentralen Themen der Erhebung werden die Entwicklung der Koordinierungsstelle zur Fachstelle, die Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie sowie die sich im Rahmen der Partnerschaften entwickelnden Netzwerke sein. Um die Befunde der quantitativen Befragung der Projekte von neu geförderten Partnerschaften inhaltlich zu vertiefen und ein Verständnis für die Projektumsetzung sowie das Verhältnis zwischen dem einzelnen Projekt und der Partnerschaft für Demokratie zu gewinnen, werden mit Projektumsetzenden ebenfalls qualitative Interviews geführt.

Ein weiteres Thema der Wissenschaftlichen Begleitung ist die Nachhaltigkeit. 2017 werden in ca. acht Regionen, in denen Lokale Aktionspläne durch die Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT" und/oder „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN" gefördert wurden, die aber im jetzigen Programm keine Förderung beantragt haben, Interviews mit zentralen Akteuren geführt. Ziel ist es, in den jeweiligen Regionen nachhaltige Entwicklungen, die durch die Bundesprogramme angestoßen werden konnten, zu erfassen.

Im Rahmen einer formativen Evaluation werden für ausgewählte Partnerschaften für Demokratie Logische Modelle entwickelt, die sich auf den Bereich der Öffentlichkeitswirksamkeit beziehen. Die Wissenschaftliche Begleitung wird diese in einem gemeinsamen Prozess mit Akteuren der jeweiligen Partnerschaft erarbeiten und diskutieren. Ziel ist es, eine fundierte Strategie zur Erreichung von Öffentlichkeitswirksamkeit zu erarbeiten und gleichzeitig ein Instrument zu entwickeln, welches Erfolge in Bezug auf Öffentlichkeitswirksamkeit darstellen kann.

Die teilnehmenden Beobachtungen und Dokumentenanalysen werden im Jahr 2017 fortgesetzt.

2017 werden von Camino außerdem zwei Transferworkshops umgesetzt: Einer richtet sich an Projektumsetzende – insbesondere aus den neuen Partnerschaften –; ein weiterer Workshop richtet sich an die Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie.

4 Ergebnisse

4.1 Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie

Um den aktuellen Umsetzungsstand der Partnerschaften für Demokratie zu dokumentieren und Veränderungen über den zeitlichen Verlauf des Programms hinweg sichtbar zu machen, werden im Rahmen des prozessbegleitenden Monitorings jährlich zentrale Struktur- und Entwicklungsdaten erhoben. An der zwischen Juni und August diesen Jahres durchgeführten Online-Befragung nahmen die Koordinator/innen all jener Standorte teil, die bis zum Beginn der Feldphase einen positiven Förderbescheid erhalten und mit der Strukturentwicklung ihrer Partnerschaft begonnen hatten.

In Bezug auf die 218 Regionen der ersten beiden Interessenbekundungsverfahren liegt somit eine lückenlose Datengrundlage vor. Da das dritte Interessenbekundungsverfahren mit Beginn der Feldphase noch nicht vollumfänglich abgeschlossen, bzw. die Implementierungsprozesse noch in der Planungsphase befindlich waren, sind die neu hinzugekommen Partnerschaften nicht oder nur eingeschränkt Gegenstand der folgenden Analysen.

4.1.1 Strukturdaten

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden insgesamt 233 Partnerschaften für Demokratie gefördert. Dabei wurden bereits im ersten Programmjahr von „Demokratie leben!“ die Förderanträge von 218 Standorten positiv beschieden. Im Rahmen des jüngsten Interessenbekundungsverfahrens wurden 15 weitere Regionen ausgewählt und mit der Entwicklung einer Integrierten Handlungsstrategie beauftragt. Damit setzt „Demokratie leben!“ den Ausbau des kommunalen Engagements für eine demokratische politische Kultur konsequent fort. So sind achtundsiebzig Partnerschaften seit dem Vorläuferprogramm „VIELFALT TUT GUT.“ aktiv. Siebzig weitere setzen sich seit dem Bundeprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ auf kommunaler Ebene für Demokratie und Vielfalt ein. Unter Berücksichtigung der jüngsten Erweiterung werden mit „Demokratie leben!“ nunmehr 85 neue Standorte gefördert.[25]

4.1.1.1 Regionale Verortung

Diese 85 neuen Partnerschaften verteilen sich deutschlandweit. 27 % (23) sind in den neuen Bundesländern, 69 % (59) in den alten und 4 % (3) in Berlin angesiedelt. [26] 62 % (53) der Antragsstellenden waren Kommunen, 29 % (25) Landkreise und zu 8 % (7) Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften. [27] Mit Blick auf die 233 Förderstandorte lässt sich somit auch nach dem jüngsten Ausbau die aus den Vorgängerprogrammen bekannte Verteilung erkennen. In den alten Bundesländern werden mehrheitlich Partnerschaften auf kommunaler und in den neuen Bundesländern vorwiegend auf Landkreisebene gefördert.[28] Abbildung 2 gibt neben den Gebietskulissen auch Aufschluss über die regionale Verteilung der 233 Partnerschaften für Demokratie. Von ihnen sind 14 in Berlin (6 %), 88 (38 %) in den neuen und 131 (56 %) in den alten Bundesländern verortet.[29]

25 Vgl. Tabelle 1 im Anhang.

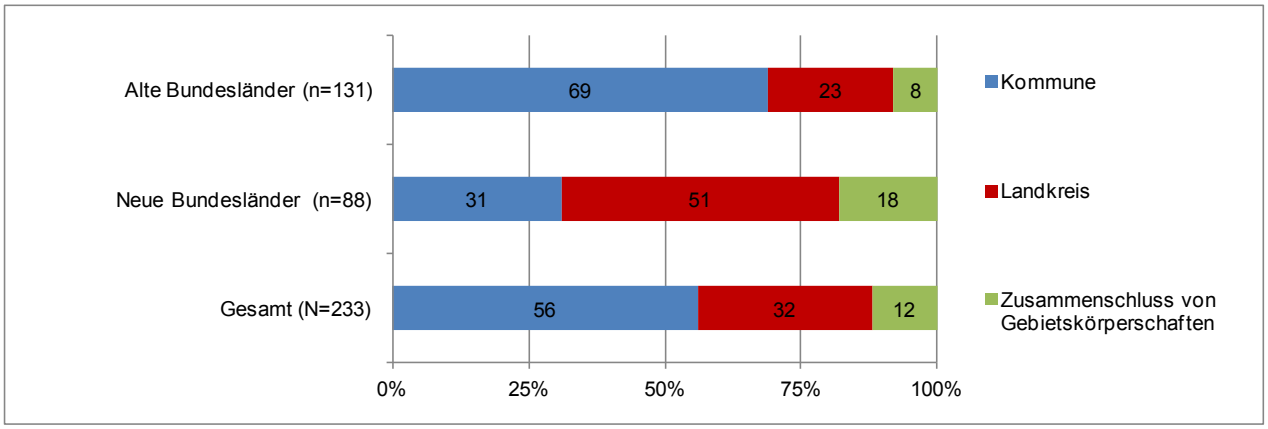
26 Vgl. Tabelle 2 im Anhang.

27 Vgl. Tabelle 3 im Anhang.

28 Vgl. Tabelle 4 im Anhang.

29 Vgl. Tabellen 5 und 6 im Anhang.

Abbildung 2: Regionale Verteilung der lokalen Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungsform[30]



Quelle: Angaben der Regiestelle 2016 (N=233).

Die Partnerschaften für Demokratie sind unter heterogenen Rahmenbedingungen aktiv.

Der Gebietskulisse und der regionalen Verortung kommen unter anderem deshalb besondere Bedeutung zu, da die mit der Implementierung einer Partnerschaft angestoßenen Governance-Prozesse durch die jeweiligen Kontexte bestimmt werden.[31] So hängt die erfolgreiche Umsetzung unmittelbar davon ab, ob und inwiefern es gelingt, zivilgesellschaftliche Akteure in ihrem Engagement zu fördern und sie für die Themenstellungen der Partnerschaften zu aktivieren.

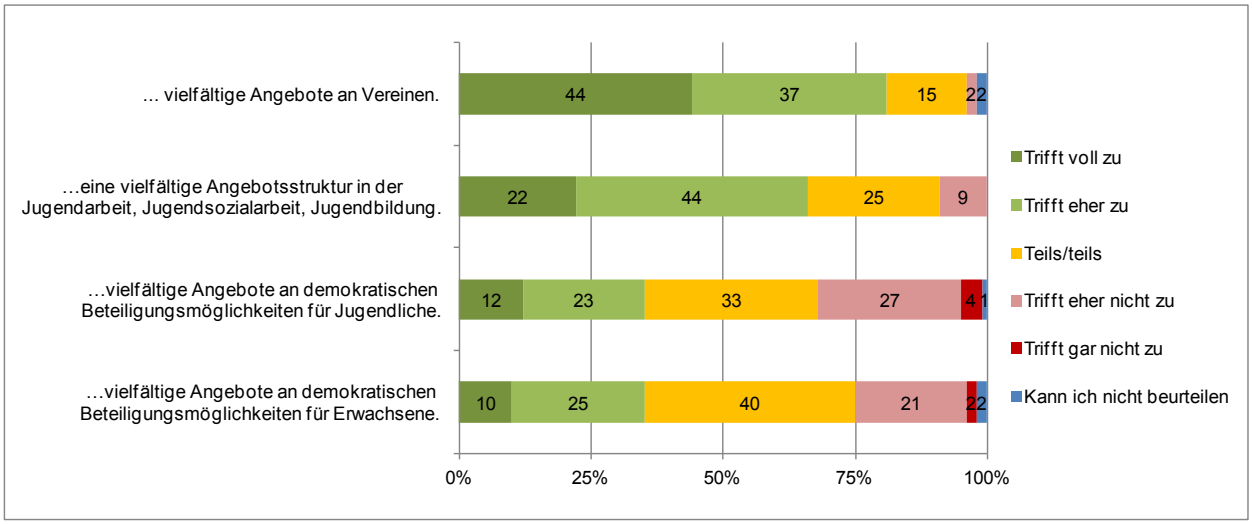
Dabei ist es naheliegend, dass Kommunen mit vielfältigen Beteiligungsangeboten über grundsätzlich bessere Voraussetzungen zur Bündelung der Engagementpotentiale verfügen als in dieser Hinsicht strukturschwache Regionen. Die Beurteilung der Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Beteiligung durch die Koordinator/innen deutet ebenfalls in diese Richtung.

Auffällig ist zunächst, dass die Bewertung der Partizipationsmöglichkeiten vor Ort eher positiv ausfällt. 81% der 218 Befragten stimmen dem Statement „In unserer Förderregion gibt es vielfältige Angebote an Vereinen“ eher oder voll zu. Zwei Drittel (66%) nehmen zudem eine vielfältige Angebotsstruktur in der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und/oder Jugendbildung wahr. Skeptischer hingegen wird das Vorhandensein explizit demokratischer Partizipationsangebote sowohl für Erwachsene als auch für Jugendliche bewertet.

30 Vgl. Tabelle 7 im Anhang.

31 Vgl. Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S. 26.

Abbildung 3: Beurteilung der strukturellen Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es…“[32]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Die strukturellen Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung werden in Landkreisen vergleichsweise skeptisch eingeschätzt.

Erwartungsgemäß variieren diese Einschätzungen entlang der unterschiedlichen Gebietskulissen. So beurteilen die Koordinator/innen kommunal angesiedelter Partnerschaften die Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung positiver als jene, die Kooperationsarrangements in Landkreisen oder Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften begleiten.

Auch im Vergleich der alten und neuen Bundesländer zeigen sich entsprechende Differenzen. Während zwischen den kommunal verorteten Partnerschaften im Ost-West-Vergleich nur geringe Unterschiede bestehen, fallen diese sowohl auf Ebene der Landkreise als auch auf Ebene der Gebietskörperschaften deutlicher aus. In den jeweiligen Standorten der neuen Bundesländer werden die Angebote an Vereinen und (demokratischen) Beteiligungsmöglichkeiten wesentlich kritischer eingeschätzt als in den westlicher gelegenen Gegenstücken.[33]

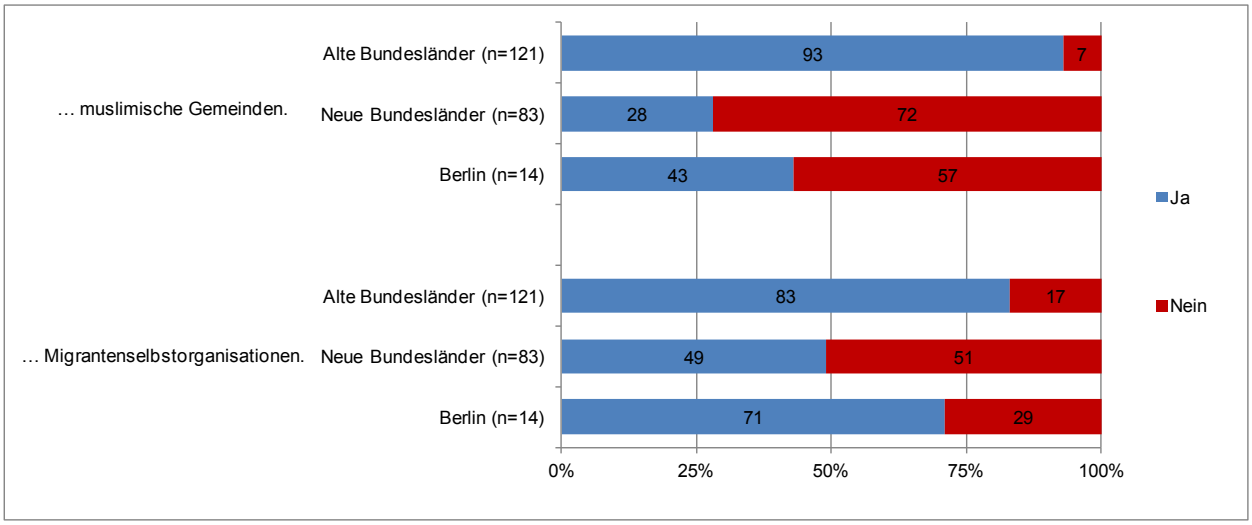
In sämtlichen Förderregionen wurden Geflüchtete aufgenommen, die Ausgangsbedingungen der Partizipation von Migrantenselbstorganisationen variieren jedoch in hohem Maße.

In sämtlichen Förderregionen wurden zum Zeitpunkt der Erhebung Geflüchtete/Asylsuchende aufgenommen. Folglich rückt die Bündelung der Engagementpotentiale von Menschen mit Migrationshintergrund bzw. die Einbindung entsprechender Kooperationspartner/innen noch stärker als bislang in den Fokus der Programmakteure. Die Bemühungen erfolgen jedoch auch hier unter heterogenen Rahmenbedingungen. So können u.a. Migranten(selbst)organisationen eine wichtige Mittlerrolle einnehmen, sie können darüber hinaus selbst als Mitglieder der Partnerschaften auftreten oder Projekte umsetzen. In den Förderregionen der neuen Bundesländer sind solche freiwilligen Zusammenschlüsse, Initiativen und Vereine jedoch relativ selten vertreten.

32 Vgl. Tabelle 9 im Anhang.

33 Vgl. Tabelle 10 im Anhang.

Abbildung 4: Beurteilung der strukturellen Voraussetzungen: „In unserer Förderregion gibt es…“[34]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Die Ausführungen machen die besonderen Rahmenbedingungen deutlich, mit denen sich Partnerschaften der neuen Bundesländer allgemein und bei der Einbindung spezifischer Zielgruppen im Speziellen konfrontiert sehen. Dies trifft auch auf die Einbindung von Glaubensgemeinschaften zu. So sind in den Fördergebieten der alten Bundesländer an nahezu allen Standorten muslimische Gemeinden vorhanden (93 %, 113). In jenen des östlichen Bundesgebietes ist dies hingegen deutlich seltener der Fall (28 %, 23). Darüber hinaus zeigen sich Unterschiede bezüglich der Verwaltungsform. 57 % (13) der kommunal angesiedelten Partnerschaften berichten von existierenden muslimischen Gemeinden. In Landkreisen (18 %, 8) und Gebietskörperschaften (13 %, 2) fallen diese Anteile wesentlich geringer aus.[35]

4.1.1.2 Personal

Angesichts der heterogenen Problem- und Ressourcenlagen wurden die Partnerschaften als flexibles Instrument zur gemeinwesenorientierten Stärkung von Demokratie und Vielfalt konzipiert. Entsprechend können sie inhaltlich wie auch strukturell auf lokale Erfordernisse ausgerichtet werden. Dabei sind sie bei aller Anpassungsfähigkeit durch eine charakteristische institutionelle Struktur gekennzeichnet, deren Implementierung ungeachtet der Ausgangslage an jedem Förderstandort erfolgt.

Der Begleitausschuss bildet das Steuerungsgremium. Seine Mitglieder entscheiden nicht nur über die strategische Ausrichtung der Partnerschaft sondern auch über ihre faktische Umsetzung. Das Jugendforum stellt ein weiteres Strukturelement dar. Dessen Einrichtung ist erstmalig mit „Demokratie leben!“ vorgesehen und zielt explizit auf die Einbindung von Heranwachsenden ab. Die Koordinierungs- und Fachstelle ist schließlich für die operative Ebene zuständig. Ihr Arbeitsprofil umfasst u.a. die Beratung und Betreuung der Projekte sowie die Vorbereitung der Sitzungen des Begleitausschusses. Somit fungiert sie wie schon in früheren Förderperioden als Scharnier- und Servicestelle zwischen Einzelmaßnahmen und Steuerungsgremien. Gemäß den Leitlinien ist sie im Regelfall verwaltungsextern bei einem freien Träger anzusiedeln.

34 Vgl. Tabelle 10 im Anhang.

35 Vgl. Tabelle 11 im Anhang.

Die Koordinierungs- und Fachstellen sind überwiegend verwaltungsextern angesiedelt – zugleich nutzen 10 % der Partnerschaften alternative Modelle.

Eine solche externe Koordinierungs- und Fachstelle wurde in 195 (90 %) Förderregionen eingerichtet. 20 Standorte[36] (9 %) machten hingegen von der Sonderregelung Gebrauch, wonach in begründeten Ausnahmefällen die Anbindung an kommunale Verwaltungsstrukturen möglich ist.[37] Drei (1 %) Partnerschaften gaben an, eine Mischform zu realisieren und die Koordinierungs- und Fachstelle sowohl verwaltungsintern als auch durch einen freien Träger zu besetzen.[38] Hiermit wird nicht zuletzt eine engere Kooperation und flexiblere Aufgabenverteilung angestrebt. Neben der strukturellen Verzahnung zeichnet sich mit der Zuweisung der Koordinierungsaufgaben von mehreren Förderregionen an einen einzelnen freien Träger eine weitere Sonderform ab.[39]

Jeder dritte freie Träger der Koordinierungs- und Fachstellen ist im Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe aktiv.

Die Wahl des Trägers der externen Koordinierungs- und Fachstellen ist von weitreichender Bedeutung für die Umsetzung der Partnerschaften. Dabei stellten in der Vergangenheit neben der Vernetzung auch die jeweilig zugeschriebenen Kompetenzen wichtige Entscheidungskriterien dar. Entsprechend sind die Akteure vorwiegend in themenverwandten Handlungsfeldern aktiv. Hier zeichnet sich insbesondere eine kinder- und jugendhilfespezifische Ausrichtung ab (32 %, 64), aber auch Bildungsträger (28 %, 55) und Träger der sozialen Arbeit (17 %, 33) werden genannt.[40] Dabei handelt es sich mehrheitlich um eingetragene/gemeinnützige Vereine ohne (51 %, 100) oder mit (20 %, 40) Bindung an einen Wohlfahrtsverband.[41] Koordinierungs- und Fachstellen, die innerhalb der Verwaltungsstrukturen lokalisiert sind, sind überwiegend an Fachreferate im Jugendamt (auch in gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung mit anderen Geschäftsbereichen) angebunden (46%, 11).[42]

Die Koordinierungs- und Fachstellen sind durchschnittlich mit 1,8 Mitarbeiter/innen besetzt und einem Stellenvolumen von 79,2 % ausgestattet.

In den Koordinierungs- und Fachstellen stehen für die Umsetzung der Partnerschaften durchschnittlich 1,8 Mitarbeiter/innen mit einem gemeinsamen Stellenvolumen von insgesamt 79,2 % zur Verfügung.[43] Wird nach verwaltungsinterner und -externer Verortung differenziert, ergeben sich leichte Unterschiede. Im Falle der Lokalisierung bei einem externen freien Träger sind die

---

36 Im Falle einer Partnerschaft befand sich die externe Koordinierungs- und Fachstelle bereits im Aufbau. Diese Phase der Strukturentwicklung war bis zum Erhebungszeitpunkt jedoch noch nicht abgeschlossen. Daher wird der Fall den Angaben der befragten entsprechend im Rahmen dieses Berichtes als von einer internen Koordinierungs- und Fachstelle begleitet behandelt.

37 Vgl. BMFSFJ 2015, S. 8.

38 Vgl. Tabelle 12 im Anhang.

39 Von einer solch gemeinsamen Koordinierungs- und Fachstelle versprechen sich die Beteiligten u.a. die Stärkung der überregionalen Kooperation bzw. eine bessere Vernetzung der jeweiligen Standorte. Die überdurchschnittliche personelle Besetzung erlaube es zudem die Aufgabenprofile der Mitarbeiter/innen weiter auszudifferenzieren. Zwar wird speziell in der Implementierungsphase von einem erhöhten Betreuungs- und Koordinierungsaufwand berichtet, jedoch könnten zunehmend standardisierte Arbeits- und Planungsprozesse bzw. die Bündelung von Aufgaben z.B. im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit gleichermaßen Zeitpotentiale freisetzen.

40 Vgl. Tabelle 13 im Anhang.

41 Vgl. Tabelle 14 im Anhang.

42 Vgl. Tabelle 15 im Anhang.

43 Der Durchschnittswert bezieht sich ausschließlich auf die personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen. Mitarbeiter/innen im federführenden Amt wurden demnach nur dann in die Berechnungen einbezogen, wenn keine externe Koordinierungs- und Fachstelle eingerichtet worden ist. In einem Fall war zum Erhebungszeitpunkt die Koordinierungs- und Fachstelle nicht besetzt. Vgl. Tabelle 16 im Anhang.

Koordinierungs- und Fachstellen durchschnittlich mit 1,7 Personen besetzt, die gemeinsam über 76,8 % einer Vollzeitstelle verfügen. Unterstützt werden sie in diesem Modell von durchschnittlich 1,5 Mitarbeiter/innen des federführenden Amtes in einem Umfang von etwas weniger als einem halben VzÄ.[44]

Die personellen Kapazitäten der 20 Standorte ohne externe Koordinierungs- und Fachstelle belaufen sich hingegen auf durchschnittlich 2,4 Personen im federführenden Amt, die in einem Umfang von insgesamt 95 % einer Vollzeitstelle tätig sind. Die drei Partnerschaften mit geteilter Koordinierungs- und Fachstelle weisen mit durchschnittlich 3,3 Mitarbeiter/innen und einem Stellenvolumen von 131,7 % die umfangreichste personelle Ausstattung auf.[45]

Das durchschnittliche Stellenvolumen fällt in den neuen Bundesländern höher aus als in den Förderstandorten des alten Bundesgebiets.

Unterschiede in der personellen Ausstattung sind nicht nur in Bezug auf die Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen festzustellen sondern auch hinsichtlich der regionalen Verortung. Dabei fällt zunächst auf, dass das durchschnittliche Stellenvolumen[46] der Partnerschaften in den neuen Bundesländern (87,2 % einer Vollzeitstelle) höher ausfällt als jenes der Förderstandorte in den westlicher gelegenen Gebieten (72,1 % einer Vollzeitstelle).[47] Gleichzeitig sind die erstgenannten mit weniger Mitarbeiter/innen ausgestattet. So verteilt sich das Stellenvolumen in den Partnerschaften der neuen Bundesländer auf durchschnittlich 1,5 Mitarbeiter/innen, während die Koordinierungs- und Fachstellen im ehemaligen Westdeutschland mit knapp zwei Mitarbeiter/innen besetzt sind.[48]

Abbildung 5: Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung

	n	Anzahl der Personen (Mittelwert)	Prozent eines VZÄ (Mittelwert)
Alte Bundesländer	121	1,9	72,1 %
Neue Bundesländer	82	1,5	87,2 %
Berlin	14	2,1	93,8 %
Gesamt	217	1,8	79,2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen (n=217) 2016. In einer Partnerschaft war die Koordinierungs- und Fachstelle zum Zeitpunkt der Befragung nicht besetzt.

Die Aufstockung der förderfähigen Personal- und Sachmittel wurde in 59 % der Fälle für eine Erhöhung des Stellenvolumens der Mitarbeiter/innen genutzt.

Die beschriebene personelle Ausstattung ist nicht zuletzt auf eine umfassende Aufstockung der Fördermittel durch das Programmmanagement zurückzuführen. So sollten die Koordinierungs- und Fachstellen u. a. angesichts der hohen Vernetzungs- und Unterstützungsbedarfe ehrenamtlich Engagierter sowie den Herausforderungen in Kontext Flucht und Asyl gezielt gestärkt

44 Vgl. Tabelle 17 im Anhang.

45 Vgl. Tabellen 18 und 19 im Anhang. Hier ist auf die eingeschränkte Vergleichbarkeit der Angaben hinzuweisen. In den drei Sonde fällen wurden sämtliche VzÄ bzw. Mitarbeiter/innen in die Berechnungen aufgenommen, da eine Differenzierung auf Basis der Zahlengrundlage nicht möglich war.

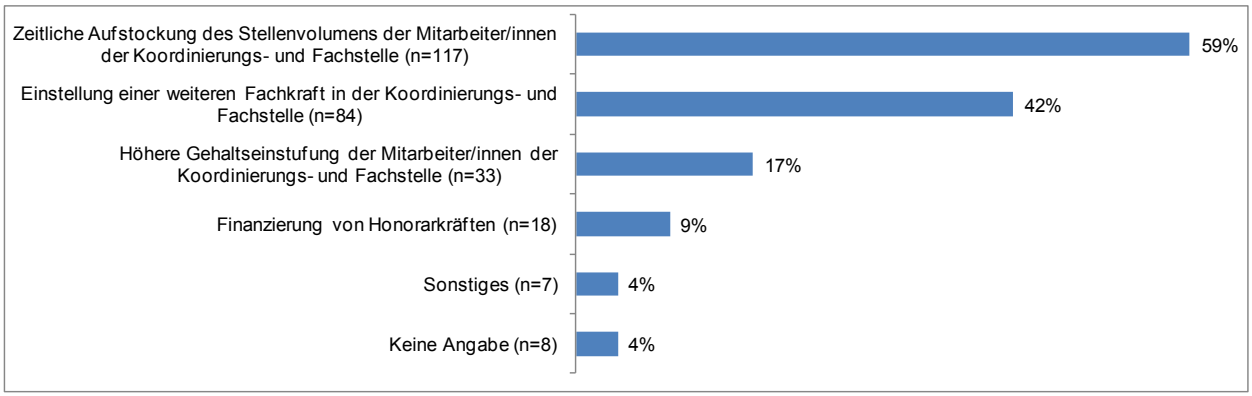
46 Der Durchschnittswert bezieht sich ausschließlich auf die personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen. Mitarbeiter/innen im federführenden Amt wurden demnach nur dann in die Berechnungen einbezogen, wenn keine externe Koordinierungs- und Fachstelle eingerichtet worden ist. In einem Fall war zum Erhebungszeitpunkt die Koordinierungs- und Fachstelle nicht besetzt.

47 Vgl. Tabelle 20 im Anhang.

48 Die Berliner Standorte verfügen mit 93,8 % über das größte Stellenvolumen, welches auf durchschnittlich 2,1 Mitarbeiter/innen verteilt ist.

werden. Entsprechend wurden die förderfähigen Personal- und Sachausgaben für die verwaltungsexterne Koordinierungs- und Fachstelle von zunächst 25.000 € auf 45.000 € pro Kalenderjahr erhöht.[49] Diese zusätzlichen Mittel wurden in 117 (59 %) Fällen dazu genutzt, das Stellenvolumen der Mitarbeiter/innen aufzustocken. In 84 Partnerschaften (42 %) wurden darüber hinaus weitere Fachkräfte eingestellt.

Abbildung 6: Verwendung der zusätzlichen Bundesmittel für die Umsetzung der externen Koordinierungs- und Fachstelle[50]



Quelle: Angaben der extern angesiedelten Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=198). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine Angabe".

Die qualitative Begleitforschung von Camino macht diesbezüglich deutlich, dass die zusätzlichen Fachkräfte überwiegend in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Jugendpartizipation eingesetzt werden. In einigen Partnerschaften soll zudem eine doppelte Besetzung der Koordinierungs- und Fachstelle dazu beitragen, die Projektbegleitung zu intensivieren.

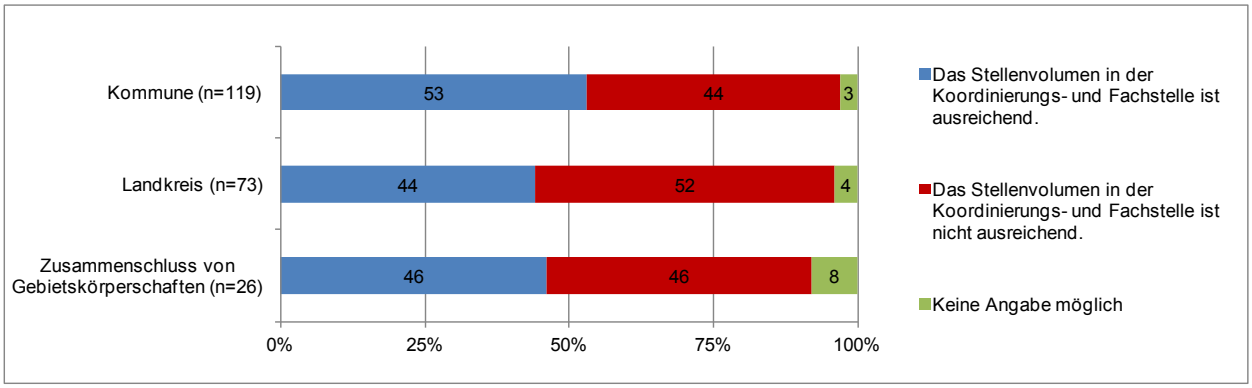
> *„Also weil es eben einfach unmöglich ist im Moment, … Projekte wirklich zu begleiten, nicht? Andererseits eben geht es ja auch mal wieder um Konzeptentwicklung und so was, und eben auch diese ganze Kommunikation wirklich sicherzustellen, die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern. Das sind alles so Punkte, wo wir halt mehr Kapazitäten brauchen." (FA12_816)*

Die faktische Stärkung der Koordinierungs- und Fachstellen zeichnet sich nicht nur in der Mittelverwendung sondern auch in der Wahrnehmung der Koordinator/innen ab. Sie bewerten die zur Verfügung stehenden Stellenvolumen im Vergleich zu früheren Erhebungen relativ positiv. Jedoch variieren die Einschätzungen entlang der unterschiedlichen Gebietskulissen. Zwar lassen sich hinsichtlich der Verwaltungsform kaum Unterschiede in den tatsächlich vorhandenen Personalressourcen erkennen, wohl aber in deren Bewertung.

49 Bei der Ansiedlung einer Koordinierungs- und Fachstelle in der kommunalen Verwaltung selbst sind Personal- und Sachausgaben nicht förderfähig. Hier wurden stattdessen die Mittel des Aktions- und Initiativfonds zur Umsetzung von Einzelmaßnahmen um 20.000 € erhöht. Entsprechend sind die 20 Partnerschaften mit interner Koordinierungsstelle in Abbildung 6 nicht berücksichtigt.

50 Vgl. Tabelle 21 im Anhang.

Abbildung 7: Einschätzung der Koordinator/innen zum vorhandenen Stellenvolumen in der Koordinierungs- und Fachstelle[51]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Während etwas mehr als die Hälfte der Koordinator/innen kommunal organisierter Partnerschaften das jeweilige Stellenvolumen als ausreichend beurteilt (53%, 63), fallen die entsprechenden Anteile auf Landkreisebene (44 %, 32) und auch bei Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (46 %, 12) geringer aus. Diese vergleichsweise kritische Einschätzung ist angesichts der heterogenen Rahmenbedingungen wenig überraschend. So wurde in den vorangehenden Abschnitten auf die besondere Ausganslage der Landkreise verwiesen, zumal mit den oftmals in der Fläche größeren Fördergebieten ein erhöhter Fahrt- wie auch Koordinierungsaufwand einhergeht.

Knapp jede dritte Partnerschaft wird seit mindestens sechs Jahren durch ihre/n Koordinator/In begleitet.

Die Tätigkeit als Koordinator/in einer Partnerschaft für Demokratie ist in mehrfacher Hinsicht herausfordernd und bedarf eines spezifischen Kompetenzprofils, welches mit der Weiterentwicklung der Koordinierungs- hin zur Fachstelle nochmals erweitert worden ist. Neben Fähigkeiten in den Bereichen Projekt- und Netzwerkmanagement sind z.B. Handlungskompetenzen im Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Phänomen zu nennen. Diese Kompetenzen werden u.a. im Rahmen einer Weiterbildungsreihe gezielt und über mehrere Module hinweg gefördert.[52]

Mit dem Monitoring des vergangenen Jahres wurde jedoch eine nicht unerhebliche Personalfluktuation festgesellt. Diese war u.a. auf die hohe Zahl neu implementierter Partnerschaften, die Weiterentwicklung der Koordinierungs- hin zu Fachstellen sowie die hiermit einhergehende Förderung ihrer verwaltungsexternen Verortung zurückzuführen. In der diesjährigen Erhebung wurde daher der Frage nachgegangen, inwiefern die Begleitung der Partnerschaften von personeller Kontinuität gekennzeichnet ist.

Hier ist zunächst festzuhalten, dass der/die dienstälteste Mitarbeiter/in jeder dritten Koordinierungs- und Fachstelle (31 %, 67) die Partnerschaft bereits seit mindestens sechs Jahren begleitet. Zugleich hat in jedem zehnten (11 %, 24) Förderstandort die/der dienstälteste Mitarbeiter/in erst mit dem Jahr 2016 die jeweiligen Koordinierungsaufgaben übernommen. Hierbei handelt es sich sowohl um Standorte, die im Rahmen des Förderprogramms „Demokratie Leben!“ imple-

51 Diese Abbildung berücksichtigt die Angaben sämtlicher Partnerschaften. In Förderregionen mit verwaltungsinterner Koordinierungs- und Fachstelle wurde die Angaben zur Zufriedenheit mit den Stellenvolumen im federführenden Amt herangezogen, in Förderregionen mit externer Koordinierungs- und Fachstelle wurden die Angaben zur Zufriedenheit mit der personellen Ausstattung der externen Koordinierungs- und Fachstellen herangezogen. Vgl. Tabelle 22 im Anhang.

52 Hinsichtlich der formalen Qualifikation zeigt sich, dass 83% der Koordinator/innen einen Hochschulabschluss aufweisen (311) Vgl. Tabelle 25 im Anhang.

mentiert wurden (8) als auch um solche, die bereits im Rahmen des/der Vorgängerprogramms/e (16) gefördert worden sind.[53] Speziell bei letzteren ist von einem Personalwechsel auszugehen. Da die Strukturelemente zudem nicht in jedem Fall von mindestens zwei Mitarbeiter/innen besetzt sind (s.o.), sind hier durchaus Herausforderungen bezüglich Einarbeitung, Wissens- bzw. Erfahrungstransfer und Erhalt von Netzwerkstrukturen anzunehmen.

4.1.1.3 Finanzen

Die Programmsteuerung legt in den Leitlinien Dauer, Höhe und Umfang der Bundesförderung fest. Im vergangenen Jahr wurden dabei die förderfähigen Personal- und Sachausgaben der verwaltungsexternen Koordinierungs- und Fachstelle von 25.000 € auf 45.000 € je Kalenderjahr aufgestockt. Darüber hinaus wurde die Höhe der Sachausgaben für Öffentlichkeits-, Vernetzungs- und Partizipationsarbeit, die durch Bundesmittel getragen werden, angehoben. Sie liegt aktuell bei 10.000 € pro Jahr. Die mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ implementierten Fondsmodelle zur inhaltlichen Umsetzung der Integrierten Handlungsstrategien wurden hingegen in der bestehenden Form und Finanzierungshöhe beibehalten. Aktions- und Initiativ- sowie Jugendfonds bilden somit auch aktuell die zentralen Instrumente zur Überführung der Handlungskonzepte in die Praxis. Für den Aktions- und Initiativfonds stehen je Kalenderjahr maximal 20.000 € aus Bundesmitteln zur Verfügung. Falls die Koordinierungs- und Fachstelle in der kommunalen Verwaltung selbst verankert ist, besteht zudem die Möglichkeit, die Mittel auf bis zu 65.000 € aufzustocken. Der Jugendfonds ist mit bis zu 5.000 € an Bundesmitteln pro Kalenderjahr ausgestattet.

Im Hinblick auf die Höhe des zu Verfügung stehenden Gesamtbudgets ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen Partnerschaften der alten und neuen Bundesländer.

Die Maximalförderung an Bundesmitteln aus dem Programm „Demokratie leben!“ beläuft sich demnach auf 80.000 €.[54] Diese Fördersumme wurde von der Mehrheit der Partnerschaften (88 %, 191) in vollem Umfang beantragt.[55] Gemäß den Leitlinien des Bundesprogramms ist zudem ab dem zweiten Förderjahr die Förderung des Aktions- und Initiativfonds sowie des Jugendfonds von einer Mitfinanzierung durch die Kommune bzw. der Einbringung von Drittmitteln abhängig.[56] Diese beläuft sich auf Mittel in Höhe von 4.000 € für den Aktions- und Initiativfonds sowie von 1.000 € für den Jugendfons. Entsprechend verfügt der größte Anteil an Partnerschaften über ein Gesamtbudget in Höhe von 85.000 € (56 %, 123), welches sich in der Regel aus der Höchstfördersumme an Programmmitteln von 80.000 € und kommunalen Mitteln in Höhe von 5.000 € zusammensetzt (72 %, 89).[57]

---

53 Vgl. Tabelle 26 im Anhang.

54 Zum 01.11.2016 hat das BMFSFJ neue Leitlinien für das Bundesprogramm Demokratie leben! veröffentlicht (abrufbar unter: http://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben/partnerschaften-fuer-demokratie.html). In diesem Rahmen wurden die finanziellen Rahmenbedingungen geändert Zukünftig können Bundesmittel in Höhe von bis zu 100.000 € beantragt werden. Zudem wurden bei dem Aktions- und Initiativfonds sowie dem Jugendfonds die Förderhöchstsummen aufgehoben, wodurch eine flexiblere Verteilung der Bundesmittel auf die einzelnen Kostenpositionen möglich ist. Vgl. BMFSFJ 2016.

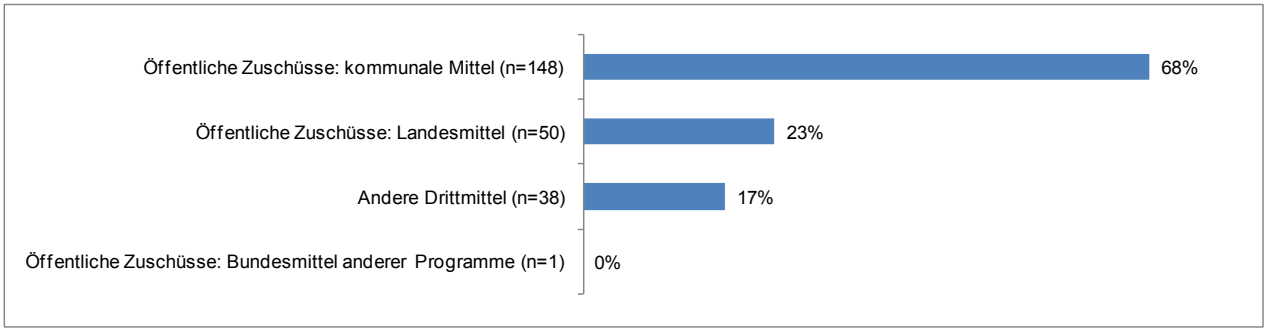
55 2 % (5) der Standorte haben hingegen lediglich Mittel in Höhe von 55.000 €, jeweils 3 % (6) in Höhe von 60.000 € oder 75.000 € abgerufen. Vgl. Tabelle 27 im Anhang.

56 Vgl. BMFSFJ 2015, S. 13.

57 Vgl. Tabellen 28 und 29 im Anhang. In den Stadtstaaten Hamburg und Berlin wird nicht zwischen Landes- und Kommunalhaushalt unterschieden (vgl. hierzu http://kommunalwiki.boell.de/index.php/Stadtstaat). Entsprechend ist eine Differenzierung der öffentlichen Zuschüsse zwischen kommunalen Mitteln und Landesmittel an dieser Stelle nicht möglich. Die aufgewandten Mittel wurden unter der Kategorie „kommunale Mittel“ gefasst.

Während 15 Partnerschaften (7 %) zum Zeitpunkt der Befragung angaben, (noch) keine Drittmittel bzw. weniger als die erforderlichen 5.000 € akquiriert zu haben,[58] weist knapp ein Drittel der Partnerschaften (31 %, 68) ein Drittmittelbudget von mehr als 5.000 € auf.[59] Je nach Umfang der akquirierten Drittmittel variiert das Gesamtbudget der Partnerschaften daher stark und liegt zwischen 58.000 € und 270.000 €.

Abbildung 8: Quellen der Komplementärförderung[60]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218). Mehrfachnennungen sind möglich.

Die Bundesförderung gibt einen finanziellen Rahmen vor, der auf Landesebene weiter ausgestaltet wird.

Von zentraler Bedeutung für die individuelle finanzielle Ausstattung ist die Akquise von Landesmitteln. So existieren in Hessen, Sachsen und Thüringen Landesprogramme, die (u. a.) die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie finanziell weiter unterlegen. Die zugehörigen Mittel werden jeweils von der Mehrheit der Partnerschaften eingeworben (Hessen: 83 %, 15; Sachsen: 88 %, 14; Thüringen: 95 %, 21)[61] und tragen zu erheblichen Differenzen zwischen Standorten der alten (durchschnittlich 84.014 €) und der neuen Bundesländer (103.893 €) bei (Berlin: 85.714 €).[62]

Mit Blick auf die Verwaltungseinheit zeigt sich, dass die Partnerschaften der Landkreise durchschnittlich über ein etwas höheres Budget (97.920 €) verfügen als jene aus Kommunen (88.191 €) und Gebietskörperschaften (90.231 €). Unter Berücksichtigung der regionalen Verortung ergeben sich ebenfalls Unterschiede.[63] Partnerschaften, die in den Landkreisen der neuen Bundesländer verortet sind, können durchschnittlich 106.882 € verausgaben, Partnerschaften, die in den Landkreisen der alten Bundesländern verortet sind hingegen 83.514 €.[64]

Die beschriebenen, teils erheblichen Differenzen tragen sich faktisch in den Einzelbudgets fort. Mit Blick auf die Budgets für die Koordinierungs- und Fachstelle sowie für den Aktions- und Initiativfonds lassen sich hier zunächst Unterschiede zwischen Partnerschaften mit und ohne externer Koordinierungs- und Fachstelle feststellen, die auf die in den Leitlinien festgelegten Un-

58 Bei sieben dieser Partnerschaften handelt es sich um Standorte, die erst seit Juni/Juli 2015 (2. Interessenbekundungsverfahren) gefördert werden. Acht Partnerschaften werden hingegen bereits seit Januar/Februar 2015 (1. Interessensbekundungsverfahren) gefördert. Vgl. Tabelle 32 im Anhang.

59 Vgl. Tabelle 31 und 32 im Anhang.

60 Vgl. Tabelle 33 im Anhang.

61 U.a. handelt es sich um das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ (Sach- und Personalförderung zwischen 8.000 € und 40.000 €) sowie das Thüringer „Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ (Finanzierung von Mitarbeiterstellen in der externen Koordinierungs- und Fachstelle bzw. Förderung von Sach- und Personalausgaben zwischen 21.847,50 € und zu 45.894,00 €). Vgl. Tabelle 34 im Anhang.

62 Unter Ausschluss der Partnerschaften aus den drei genannten Bundesländern fallen diese Unterschiede wesentlich geringer aus (Alte Bundesländer: 83.736 €; Neue Bundesländer: 87.766 €; Berlin: 85.714 €).

63 Vgl. Tabellen 35 bis 37 im Anhang.

64 Ganz ähnlich fallen die Angaben zu den Gesamtbudgets der kommunal verorteten Partnerschaften aus (West: 83.162 €; Ost: 107.627 €). Vgl. Tabellen 38 und 39 im Anhang.

terschiede hinsichtlich der Bundesförderung zurückzuführen sind. So erhalten Partnerschaften, deren Koordinierungs- und Fachstelle intern beim federführenden Amt angesiedelt ist, keine Bundesmittel für die Koordinierungs- und Fachstelle. Stattdessen besteht die Möglichkeit, die Mittel für den Aktions- und Initiativfonds auf bis zu 65.000 € aufzustocken. Entsprechend verfügen Partnerschaften ohne externe Koordinierungs- und Fachstelle durchschnittlich über ein deutlich höheres Budget des Aktions- und Initiativfonds (66.850 €) als Partnerschaften, deren Koordinierungs- und Fachstelle extern angesiedelt ist (31.500 €). Die Differenzen in den Einzelbudgets sind jedoch nicht nur auf die unterschiedlichen Modalitäten der Bundesförderung zurückzuführen. Entscheidend ist vielmehr der Umfang der Komplementärförderung: So zeigen sich auch innerhalb der Gruppe der Partnerschaften mit externer Koordinierungs- und Fachstelle deutliche Unterschiede hinsichtlich des Finanzvolumens des Aktions- und Initiativfonds: Im Maximum umfasst selbiges 178.000 € im Minimum 20.000 €. Auch die Angaben zu den für die externe Koordinierungs- und Fachstelle zur Verfügung stehenden Mitteln variieren stark und liegen zwischen 20.000 € und 70.000 €.[65]

Abbildung 9: Budgets der Partnerschaften im Jahr 2016 differenziert nach Förderbereich und Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstelle

		Mittelwert	Minimum	Maximum
Budget für die externe Koordinierungs- und Fachstelle	Partnerschaften mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=198)*	44.177 €	20.000 €	70.000 €
Budget des Aktions- und Initiativfonds	Partnerschaften mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=198)	31.500 €	20.000 €	178.000 €
	Partnerschaften mit interner Koordinierungs- und Fachstelle (n=20)	66.850 €	45.000 €	120.000 €
	Gesamt (N=218)	34.743 €	20.000 €	178.000 €
Budget des Jugendfonds	Gesamt (N=218)	6.011 €	5.000 €	10.000 €
Budget für Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit	Gesamt (N=218)	9.749 €	5.000 €	19.000 €
Sonstige Budgets/nicht zugewiesene Mittel	Gesamt (N=218)	971 €	0 €	40.000 €

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218). *Im Falle einer Partnerschaft befand sich die externe Koordinierungs- und Fachstelle zum Zeitpunkt der Erhebung bereits im Aufbau (s.o.). Entsprechend wurden hier bereits Programmmittel in Höhe von 20.000 € veranschlagt, die jedoch an dieser Stelle nicht berücksichtigt werden.

4.1.2 Steuerungsgremien und -prozesse

Einen wesentlichen Meilenstein der Implementierungsphase stellt die Einberufung der Begleitausschüsse dar. Sie bilden das zweite Strukturelement der Partnerschaften und fungieren als zentrale Steuerungsgremien. Ihre Mitglieder entscheiden gemeinsam sowohl über die inhaltliche Ausrichtung als auch die faktische Umsetzung der integrierten Handlungsstrategien. In den Begleitausschüssen gestaltet sich darüber hinaus die Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Kommune.

65 Diese Angaben beziehen sich nur auf die 198 Partnerschaften, deren Koordinierungs- und Fachstelle extern bei einem freien Träger angesiedelt ist.

4.1.2.1 Begleitausschüsse

Zum Erhebungszeitpunkt hatten insgesamt 216 der 218 Partnerschaften ihren Begleitausschuss konstituiert. Somit gelang es auch den 61 Förderstandorten, die im Jahr 2015 noch mit der Einrichtung der Gremien befasst waren, diesen Entwicklungsschritt zu vollziehen. In zwei Fällen wurde hingegen das Strukturelement durch ein Steuerungsmodell mit flexibler Mitgliedsstruktur ersetzt.[66]

Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure sind in neun von zehn Begleitausschüssen vertreten und stellen durchschnittlich 26 % der Mitglieder.

In den 216 klassisch organisierten Begleitausschüssen engagieren sich insgesamt 3.797 Personen für eine demokratische politische Kultur. Die Ausschüsse umfassen sieben bis maximal 51 Mitglieder und bestehen aus durchschnittlich 17,6 Personen.[67] Gemäß den Programmleitlinien sind sie mehrheitlich mit lokalen bzw. regionalen Akteuren der Zivilgesellschaft zu besetzen. Dieser Vorgabe entsprechend bestehen die Begleitausschüsse zu durchschnittlich 59 % aus Vertreter/innen dieses Gesellschaftsbereichs.[68]

Dabei gelingt es nicht nur professionell sondern auch ehrenamtlich tätige Personen in hoher Zahl einzubinden. Insgesamt 982 (26 %) **ehrenamtlich tätige Personen** dieser Gruppe sind in 93 % (201) der Begleitausschüsse engagiert. Überwiegend handelt es sich um Vertreter/innen der Jugendforen sowie um Akteure aus Bürgerbündnissen oder Initiativen. Auch Bürger/innen und Personen aus (kleinen) Vereinen ohne entlohntes Personal partizipieren jeweils in mehr als jedem dritten Ausschuss.[69] Rund ein Drittel der Mitglieder (33 %) haben einen **professionellen zivilgesellschaftlichen Hintergrund**. Vertreter/innen von Vereinen/ähnlichen Rechtsformen mit finanzierter Struktur (z. B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe) und Vertreter/innen konfessioneller Strukturen sind hier vergleichsweise häufig aktiv.[70]

36 % der Begleitausschussmitglieder sind schließlich **staatliche bzw. politische Akteure**. Diese Gruppe besteht vorwiegend aus Mitarbeiter/innen der Verwaltung. In etwas mehr als der Hälfte der Partnerschaften sind Personen aus dem Bereich Schule (52 %, 104), in 44 % der Polizei (95) involviert. Unter anderem zur Steigerung der lokalpolitischen Akzeptanz sowie zur Sicherung der Nachhaltigkeit hat es sich als förderlich erwiesen, Schlüsselakteure der Kommunalpolitik in die Begleitausschüsse einzubinden. Entsprechend sind in 39 % (85) Parlamentsangehörige und in 31 % (68) Bürgermeister/innen engagiert.[71]

Unabhängig der jeweiligen Funktion bzw. des jeweiligen Amtes sind nach Angaben der Befragten in 44 % (95) der Steuerungsgremien Vertreter/innen von Parteien eingebunden. Eine weitere Differenzierung zeigt, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in 38 % (81), die Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union in 34 % (74) und das BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN in 28 % (61) der Gremien zugegen sind. Vertreter/innen von DIE

66 Ausgehend von dem Ansatz des „Community organizing“ sollte hier die inhaltliche Auseinandersetzung stärker betont und neue Akteure für die Themen der Partnerschaft gewonnen werden. Zu diesem Zweck entwickelten die Beteiligten eine weniger formalisierte Form der Zusammenarbeit und restrukturierten ihre vorwiegend als Beschlussgremien agierenden Ausschüsse. Regelmäßige niedrigschwellige Austauschrunden dienen nun u.a. der Vernetzung und bilden den Ausgangspunkt weiterer Aktivitäten. Projektentscheidungen werden von einem flexiblen Plenum bestehend aus sämtlichen Projekt- bzw. Antragssteller/innen gebildet, die gemeinsam über die Mittelvergabe entscheiden und durch eine schlank besetzte Steuerungsrunde begleitet werden.

67 Vgl. Tabelle 41 im Anhang.

68 Vgl. Tabelle 42 im Anhang. Nichtsdestoweniger zeigt der Blick auf die Einzelfallebene, dass 41 (19 %) Begleitausschüsse nicht mehrheitlich mit lokalen bzw. regionalen Handlungsträgern aus der Zivilgesellschaft besetzt wurden. Stattdessen stellen staatliche/politische Akteure und Akteure aus der Wirtschaft den größten Anteil.

69 Vgl. Tabelle 43 im Anhang.

70 Vgl. Tabelle 44 im Anhang.

71 Vgl. Tabelle 45 im Anhang.

LINKE sind hingegen in 19 % (41) der Begleitausschüsse aktiv, Freie Demokratische Partei und FREIE WÄHLER in jeweils 11 %. In drei Begleitausschüssen (1 %) ist die Alternative für Deutschland beteiligt. Mehr als die Hälfte der Partnerschaften (56 %, 121) hat bei der Besetzung ihrer Begleitausschüsse hingegen auf die bewusste Einbindung von Parteien verzichtet.[72] In der Vergangenheit wurde diesbezüglich unter anderem die Befürchtung geäußert, dass parteipolitische Auseinandersetzungen in die Steuerungsgremien der Partnerschaften hineingetragen werden.[73]

Nachsteuerungspotentiale zeigen sich u.a. hinsichtlich der Einbindung von Jugendlichen, Migranten(selbst)organisationen sowie den Bereichen Wirtschaft und Sport.

Auch wenn die Analysen darauf hinweisen, dass es vielerorts bereits gelingt zentrale Akteursgruppen für die Mitarbeit in den Begleitausschüssen zu gewinnen, zeichnen sich deutliche Nachsteuerungspotentiale ab. So gelingt u.a. die strukturelle Einbindung wirtschaftlicher Akteure nachwievor in nur jedem vierten Standort (24 %).[74] Ein Befund der sich auch in den vorangegangenen Förderjahren ergeben hat.

In Kapitel 4.1.1.1 wurde zudem auf die Bedeutung von Migranten(selbst)organisationen verwiesen. Diese sind bislang nur in 37 % (79) der Begleitausschüsse repräsentiert. Hier sind jedoch Potentiale erkennbar. So gaben lediglich 50 % (75) derjenigen Koordinator/innen, die entsprechende Organisationen in der jeweiligen Förderregion verorten, an, dass diese Akteursgruppe auch für die Mitarbeit in ihrem Begleitausschuss aktiviert werden konnte.[75] Die quantitativen Befunde zeigen darüber hinaus, dass die institutionelle Einbindung von Jugendlichen bzw. Heranwachsenden nachwievor nicht vollumfänglich realisiert ist. Personen zwischen 18 und 27 Jahren engagieren sich in 170 der 216 Begleitausschüsse (79 %). Im Vergleich zur Erhebung des Vorjahres (67 %) ist damit allerdings ein deutlicher Anstieg zu konstatieren. [76]

Die identifizierten Defizite der (Kern-)Netzwerkgestaltung spiegeln sich in den Einschätzungen der Koordinator/innen. 64 % (139) der Befragten gaben an, dass es nach wie vor Akteursgruppen gebe, die noch nicht ausreichend in den Begleitausschüssen vertreten seien.[77] Dabei werden neben den bereits ausgeführten Gruppen vorwiegend Selbstvertretungen von Geflüchteten/Asylsuchenden und Bürgerbündnisse aber auch die Bereiche Schule und Sport genannt. Speziell die beiden letztgenannten erscheinen ob ihrer Reichweite für eine erfolgreiche Umsetzung der Partnerschaften von zentraler Bedeutung.[78] Die Beteiligung von schulischen Akteuren an den Begleitausschüssen ist seit dem Jahr 2011 stetig von 62 % auf 51 % gesunken.

Begleitausschüsse bilden die Kernnetzwerke der Partnerschaften

Der Begleitausschuss ist das zentrale Steuerungsgremium einer Partnerschaft. Er ist als (Kern-) Netzwerk heterogener Akteure konzipiert (s. o.), die sich gemeinsam für eine demokratische

72 Vgl. Tabelle 47 im Anhang. Zum Teil wurde dabei jedoch darauf hingewiesen, dass die Mitglieder des Gremiums zwar Parteiangehörige sind, jedoch nicht in ihrer politischen Funktion in den Ausschuss berufen wurden.

73 Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S. 35.

74 Vgl. Tabelle 46 im Anhang.

75 Vgl. Tabellen 48 und 49 im Anhang.

76 Diesbezüglich lässt sich ein förderlicher Effekt der Jugendforen erkennen. So weisen Partnerschaften, denen es bereits gelungen ist, ein solches Forum zu etablieren durchschnittlich 2,3 Personen unter 27 Jahren in ihren Begleitausschüssen auf, wohingegen in den Gremien der Partnerschaften ohne Jugendforum durchschnittlich ein Jugendlicher bzw. junger Erwachsener vertreten ist. Vgl. Tabellen 50 und 51 im Anhang.

77 Vgl. Tabelle 52 im Anhang.

78 Vgl. Tabelle 53 im Anhang.

Kultur einsetzen und dabei unterschiedliche Kompetenzen einbringen.[79] Nicht jede Art der Vernetzung ist jedoch dazu in der Lage, die gleiche Erfolgsfähigkeit zu entfalten. Stattdessen hängt sie auch davon ab, ob es gelingt, die Qualität zentraler Prozesse und Strukturen zu gewährleisten. Neugebauer und Beywl folgend entfaltet sich diese Erfolgsfähigkeit entlang von sechs zentralen Merkmalsdimensionen.[80]

- **Komplementarität:** Die Komplementarität eines Netzwerkes beschreibt die Zusammensetzung der Kooperationspartner/innen und genauer das Zusammenspiel der eingebrachten Kompetenzen.
- **Netzwerkvision:** Die Netzwerkvision ist auf die Ziel- bzw. Konzeptebene eines Netzwerkes bezogen. Im Vordergrund steht hier die Frage, ob sich die Mitglieder mit den gemeinsamen Zielen identifizieren können bzw. ob sie sich diesbezüglich einig sind.
- **Interaktionsdichte:** Die Interaktionsdichte meint die Intensität der Kommunikationsprozesse innerhalb des Netzwerkes und fokussiert unter anderem darauf, ob der gemeinsame Austausch als zielführend bzw. hilfreich erlebt wird.
- **Netzwerkkoordination:** Die Netzwerkkoordination bezieht sich vorrangig auf Abstimmungs- und Arbeitsprozesse und die Frage, ob diese effizient gestaltet werden.
- **Nutzen:** Der Nutzen eines Netzwerkes bildet sich in diesem Fall weniger in der Erreichung übergeordneter Zielstellungen allgemein sondern vielmehr in dem individuellen Nutzen der Teilnehmenden ab. Dieser ist nicht nur für die Intensität des Engagements sondern auch für den langfristigen Bestand des Netzwerks relevant.
- **Nachhaltigkeit:** Die Nachhaltigkeit eines Netzwerkes bezeichnet schließlich dessen langfristige Stabilität, u.a. mit Blick auf ein Fortbestehen im Anschluss an die Programmförderung aus „Demokratie leben!“.

Die sechs Dimensionen charakterisieren in ihrem Zusammenspiel auch die Begleitausschüsse der Partnerschaften für Demokratie. Sie wurden jeweils in Form von drei Statements operationalisiert und den Koordinator/innen zur Bewertung vorgelegt. Die Befragten konnten ihre Einschätzungen mittels einer sechsstufigen Skala von 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“ vornehmen.

Die quantitative Analyse erfolgt in zwei Schritten. Zunächst werden die einzelnen Dimensionen deskriptiv anhand der zugehörigen Variablen ausgewertet und so ein erster Überblick ermöglicht. Im Anschluss werden die Partnerschaften mittels multivariater Verfahren in drei Gruppen differenziert und kurz beschrieben.

Die individuellen Ressourcen der Partner/innen werden netzwerkintern zusammengeführt.

Die Komplementarität eines Netzwerkes beschreibt dessen Zusammensetzung entlang der Pole „heterogen“ und „homogen“. Dabei steht nicht nur die Frage im Mittelpunkt, ob sich die Ressourcen der Mitglieder ergänzen, sondern darüber hinaus ob sämtliche relevanten Akteure eingebunden und aktiviert werden können.

Die Befragungsergebnisse[81] lassen diesbezüglich zunächst erkennen, dass die Begleitausschüsse durchschnittlich als eher heterogen besetzt wahrgenommen werden („*Die Mitglieder*

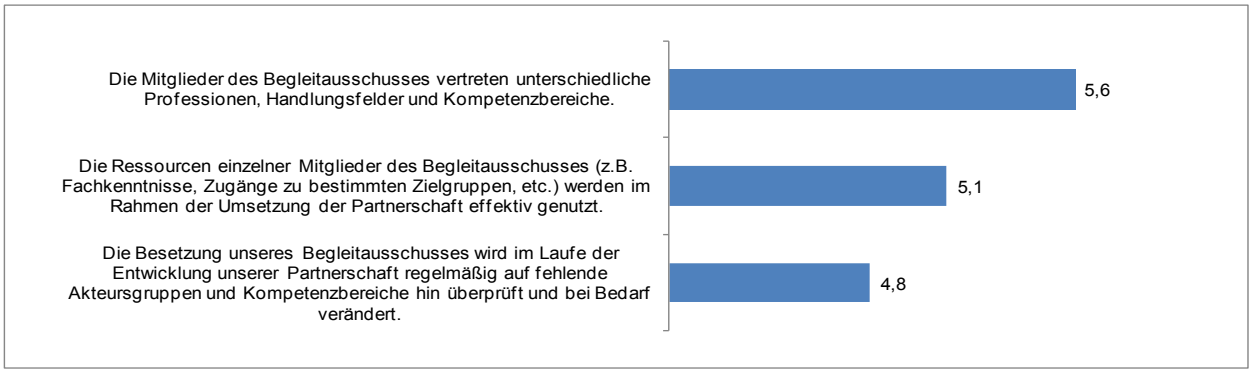
79 Vgl. Strobl/Lobermeier 2012b, S. 4.

80 Die nachfolgende Darstellung orientiert sich vorwiegend an den Überlegungen von Beywl/Neugebauer 2006. Diese wurden ebenfalls durch das Deutsche Jugendinstitut aufgegriffen und im Rahmen des Abschlussberichts der Programmevaluation des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2011 bis 31.12.2014“ operationalisiert.

81 Für die folgenden Berechnungen lagen die Angaben von 212 Partnerschaften vor. Sechs Partnerschaften wurden folglich aus der Analyse ausgeschlossen: In drei Fällen liegen keine Angaben vor, zwei weitere Partnerschaft für Demokratie verfü-

des Begleitausschusses vertreten unterschiedliche Professionen, Handlungsfelder und Kompetenzbereiche.“). Mit einer solchen Heterogenität ist oftmals eine erhöhte Leistungsfähigkeit verbunden.[82] Vorausgesetzt die unterschiedlichen Akteure etablieren eine förderliche Kooperationskultur. So sind heterogen zusammengesetzte Netzwerke in der Tendenz zwar leistungsfähiger, zugleich jedoch störungsanfälliger. Dennoch gelingt es in der Gesamtschau, die Ressourcen der Mitglieder effektiv zu nutzen (MW=5,1). Der optimale Zustand dieser Dimension ist erreicht, wenn sämtliche Kompetenzen, die zur Zielerreichung benötigt werden, vorhanden sind.[83] Die Frage inwiefern es gelingt, relevante Akteure einzubinden, wurde bereits in den vorangehenden Abschnitten thematisiert. Jedoch sind die Ressourcen- und Problemlagen in den jeweiligen Förderregionen keinesfalls statischer Natur, sondern Veränderungsprozessen unterworfen. Entsprechend sollte die Besetzung der Begleitausschüsse regelmäßig auf fehlende Akteursgruppen hin überprüft und bei Bedarf verändert werden. Dies ist in den Partnerschaften weitgehend der Fall.

Abbildung 10: „Komplementarität“ der Begleitausschussmitglieder[84]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen (n=212) 2016. Mittelwerte: 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Es gelingt eine gemeinsame Netzwerkvision zu entwickeln, wenngleich Ausbaupotentiale bzgl. der Entwicklung eines gemeinsamen Selbstverständnisses zu konstatieren sind.

Die zweite Dimension bezieht sich auf das Zielsystem der Netzwerke und die Frage, inwiefern bezüglich der jeweilig gewählten Zielstellungen Einigkeit herrscht. Sie ist u. a. für die Engagementbereitschaft der Mitglieder von Bedeutung. Gerade aufgrund der inhaltlichen Flexibilität der Partnerschaften und der hohen Heterogenität ihrer Mitglieder bergen variierende Problemwahrnehmungen Konfliktpotential. Jedoch nehmen die Koordinator/innen diesbezüglich nur bedingt Probleme wahr und stehen dem zugehörigen Item durchschnittlich eher zustimmend gegenüber („*Die Mitglieder der Begleitausschusses sind sich über Ziele des Steuerungsgremiums einig*“). Darüber hinaus sehen sie die Mitglieder des Begleitausschusses weniger als Vertreter/innen von Partikularinteressen, denn als Netzwerkpartner/innen mit gemeinsamen Zielstellungen. Hierzu kann unter anderem die Entwicklung eines Leitbildes beitragen, welches die Prämissen der Zusammenarbeit fixiert und das Selbstverständnis offen legt. Auch hier ist es vielerorts gelungen, erfolgskritische Merkmale der Netzwerkarbeit in die eigenen Prozesse und Strukturen einzubinden und das Engagement auf ein gemeinsames Ziel hin auszurichten,

---

gen anstelle des Begleitausschusses über ein anderes, flexibles Steuerungsgremium. In einem Fall werden zwei Partnerschaften durch einen gemeinsamen Ausschuss begleitet. Die Angaben dieses Begleitausschusses sind daher nur einfach in die Berechnungen eingegangen.

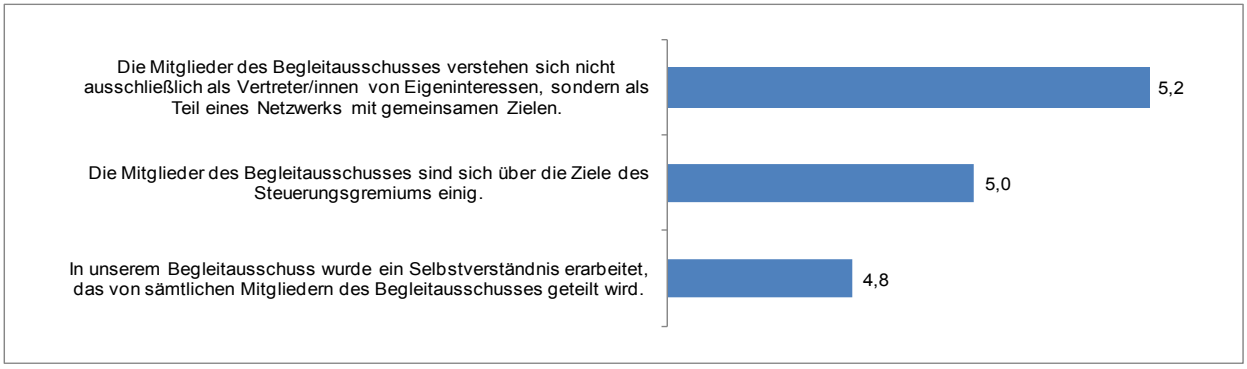
82 Der Überlegung folgend werden hier unterschiedliche Kompetenzbereiche abgedeckt, die jeweils zur Zielerreichung benötigt werden. In eher homogenen Netzwerken besteht zwar potentiell in einem Kompetenzcluster besondere Expertise, jedoch relative Schwächen in weiteren Bereichen.

83 Vgl. Gajo et al. 2013, S. 12.

84 Vgl. Tabelle 54 im Anhang.

wenngleich Ausbaupotentiale hinsichtlich der Erarbeitung eines gemeinsamen Selbstverständnisses zu konstatieren sind.[85]

Abbildung 11: „Netzwerkvision“ der Begleitausschüsse[86]

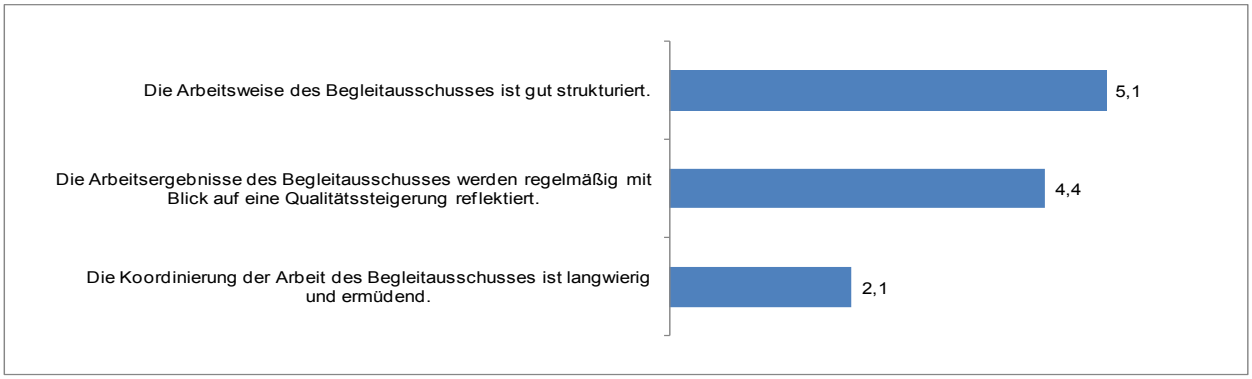


Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen (n=212) 2016. Mittelwerte: 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Abstimmungs- und Arbeitsprozesse werden vorrangig positiv bewertet.

Entscheidend für eine gelingende Zusammenarbeit ist nicht nur, dass die jeweiligen Zielstellungen erreicht werden, sondern auch, dass dies mit einem angemessenen Ressourceneinsatz geschieht. Hier kommt dem Netzwerkmanagement eine wichtige Rolle zu. So sind in den Begleitausschüssen Verhandlungsprozesse aufgrund fehlender Hierarchien und einer gleichberechtigten Zusammenarbeit bei der Entscheidungsfindung von besonderer Bedeutung.[87] Sie bedürfen jedoch der Steuerung bzw. der Strukturierung z.B. in Form formaler Verfahrensregeln. Diese Tätigkeiten fallen in das genuine Aufgabenportfolio der Koordinator/innen, die darüber hinaus die Sitzungen der Begleitausschüsse moderieren. Dabei wird die Koordinierung der Begleitausschussarbeit nur von einer Minderheit als langwierig und ermüdend erlebt. Lediglich 16 % (34) wählten hier einen Wert oberhalb der Skalenmitte (4,5 oder 6). Zugleich wird die Arbeitsweise der Begleitausschüsse als strukturiert wahrgenommen (MW=5,1).

Abbildung 12: „Netzwerkkoordination“ der Begleitausschüsse[88]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen (n=212) 2016. Mittelwerte: 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

85 Vgl. Gaio et al. 2013, S. 11.

86 Vgl. Tabelle 55 im Anhang.

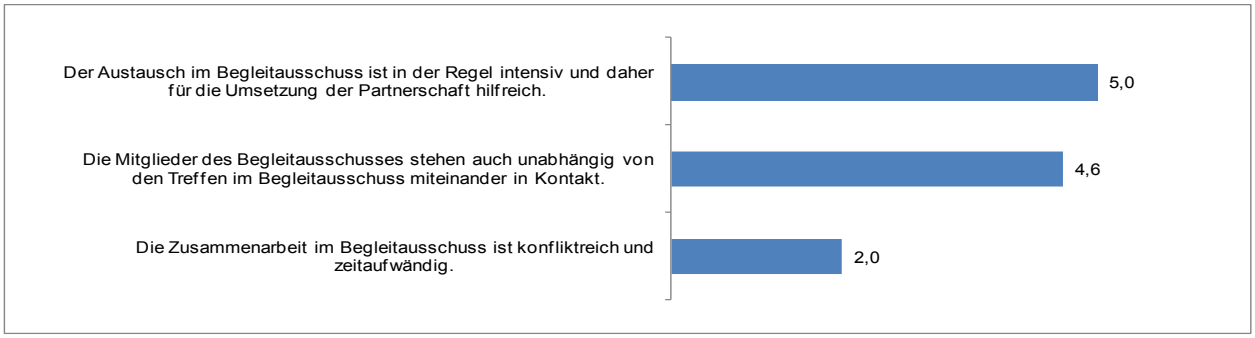
87 Vgl. Strobl/Lobermaier 2012a, S. 160.

88 Vgl. Tabelle 56 im Anhang.

Nur in Ausnahmefällen wird die Zusammenarbeit als konfliktreich und zeitaufwändig erlebt.

Die Interaktionsdichte ist auf der Prozessebene zu verorten und sowohl auf Quantität als auch die Qualität der Kommunikation bezogen. Dabei zeigt sich, dass die Mitglieder der Begleitausschüsse auch abseits der regulären Treffen miteinander in Kontakt stehen und entsprechend eng miteinander kooperieren. „*Damit die Akteure über einen längeren Zeitraum im Netzwerk mitarbeiten, muss ein Engagement […] auch Spaß machen […].*“[89] In diesem Sinne erleben die Befragten die Zusammenarbeit als der Problemlösung zuträglich, und nur vereinzelt als konfliktreich bzw. zeitaufwändig.

Abbildung 13: „Interaktionsdichte“ der Begleitausschüsse[90]

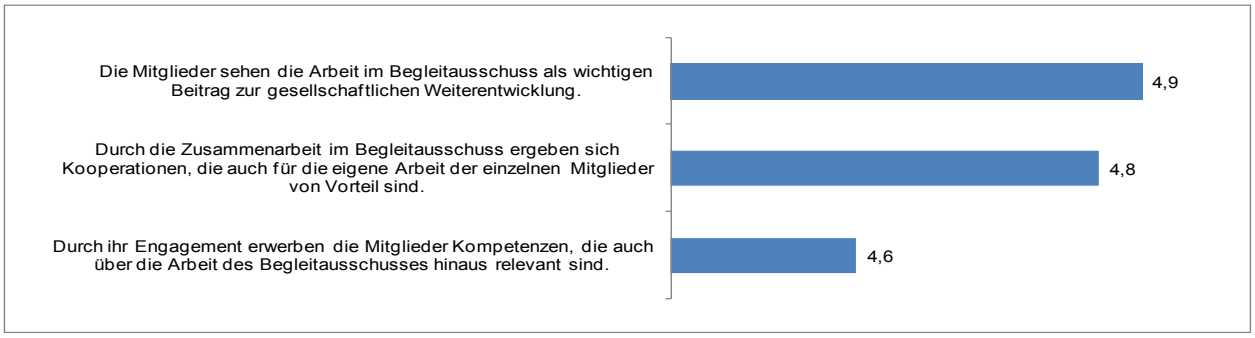


Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen (n=212) 2016. Mittelwerte: 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Das Engagement in den Begleitausschüssen birgt einen individuellen Nutzen für die Beteiligten.

Eine von Engagement und Dauerhaftigkeit geprägte Zusammenarbeit hängt schließlich auch davon ab, ob und inwiefern mit der Beteiligung ein Mehrwert für die einzelnen Partner/innen einhergeht.[91] Dieser kann sich z.B. aufgrund persönlicher Überzeugungen auf die allgemeine Zielerreichung bzw. die gemeinsame Gestaltung des lokalen Kontextes beziehen. Er kann darüber hinaus die Entwicklung von Sozialkapitel im Sinne einer Erweiterung des persönlichen Netzwerkes oder auch einen allgemeinen Kompetenzerwerb (z.B. Fähigkeiten des Projektmanagements) umfassen. Zwischen diesen möglichen Partizipationsvorteilen zeigen sich in der Gesamtschau nur geringe Differenzen.

Abbildung 14: „Netzwerknutzen“ für die eingebunden Akteure



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen (n=212) 2016. Mittelwerte: 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

89 Strobl/Lobermeier 2012b, S. 8.

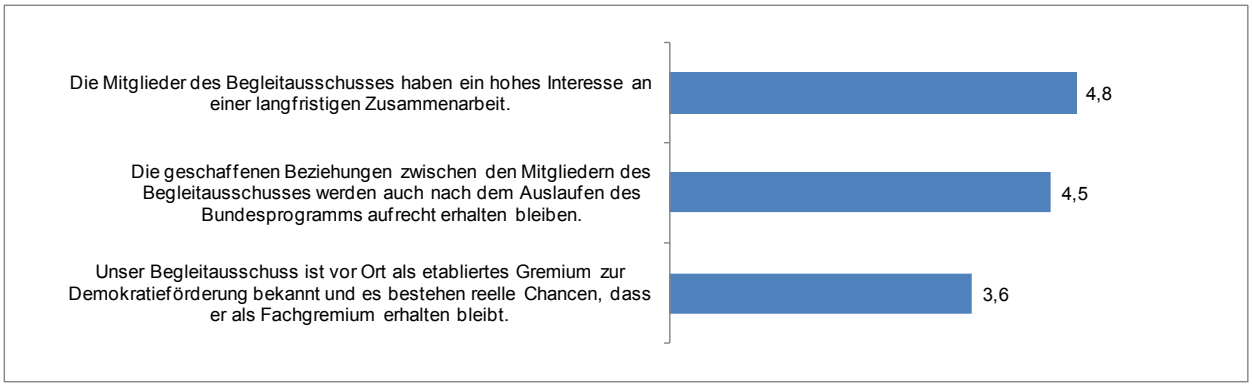
90 Vgl. Tabelle 58 im Anhang.

91 Vgl. Strobl/Lobermeier 2012a, S. 165.

Die Chancen, dass die Begleitausschüsse als etablierte Fachgremien langfristig erhalten bleiben, werden bislang eher zurückhaltend eingeschätzt.

Sozialpolitische Programme sehen sich in der Regel mit der Forderung ihrer Nachhaltigkeit konfrontiert.[92] Entsprechend konzipieren die Leitlinien des Bundesprogramms Partnerschaften für Demokratie als ein *„nachhaltig zu entwickelndes Bündnis […].“*[93] Bezogen auf die Begleitausschüsse ist hier zunächst ein Mindestmaß an personeller Stabilität von Bedeutung. Derart wird vermieden, dass das Steuerungsgremium *„immer wieder in einen Findungsprozess gestoßen wird, noch sich aus anderen Gründen vor allem mit sich selbst beschäftigt.“*[94] Vor diesem Hintergrund ist es positiv zu werten, dass die Mitglieder der Begleitausschüsse aus Sicht der Koordinator/innen in der Gesamtschau an einer langfristigen Zusammenarbeit interessiert sind (MW=4,8). Jedoch sehen die Koordinator/innen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur bedingt reelle Chancen, dass die Begleitausschüsse als etablierte Fachgremien erhalten bleiben. 107 der 212 Angaben entfallen hier auf Werte zwischen eins und drei und somit auf die untere Skalenhälfte.

Abbildung 15: „Nachhaltigkeit“ der Netzwerke[95]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen (n=212) 2016. Mittelwerte: 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Eine kontinuierliche Begleitung durch die Koordinator/innen fördert die Netzwerkqualität.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die durchschnittlichen Einschätzungen vergleichsweise positiv ausfallen. Jedoch bildet sich die Qualität eines Netzwerkes nicht entlang einzelner Aspekte, sondern in deren Zusammenspiel ab. Entsprechend wurde im Rahmen multivariater Verfahren die gemeinsame Ausprägung der Variablen fokussiert und die Begleitausschüsse der Partnerschaften auf diesem Weg in drei Gruppen differenziert.

85 (40 %) Steuerungsgremien sind Typ 1 zugehörig. Hier weisen die sechs konstituierenden Dimensionen auf eine insgesamt gut gelungene Gestaltung der Kooperationsbeziehungen hin, so dass sie als „Begleitausschüsse von hoher Netzwerkqualität“ bezeichnet werden können.[96] Begleitausschüsse dieser Gruppe sind weitgehend proportional zur regionalen Verortung der Partnerschaften zu 53 % (45) in den alten, zu 41 % (35) in den neuen Bundesländern und zu 8 % (7) in Berlin lokalisiert.[97]

---

92 Vgl. Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S. 119.

93 BMFSFJ 2014, S. 5.

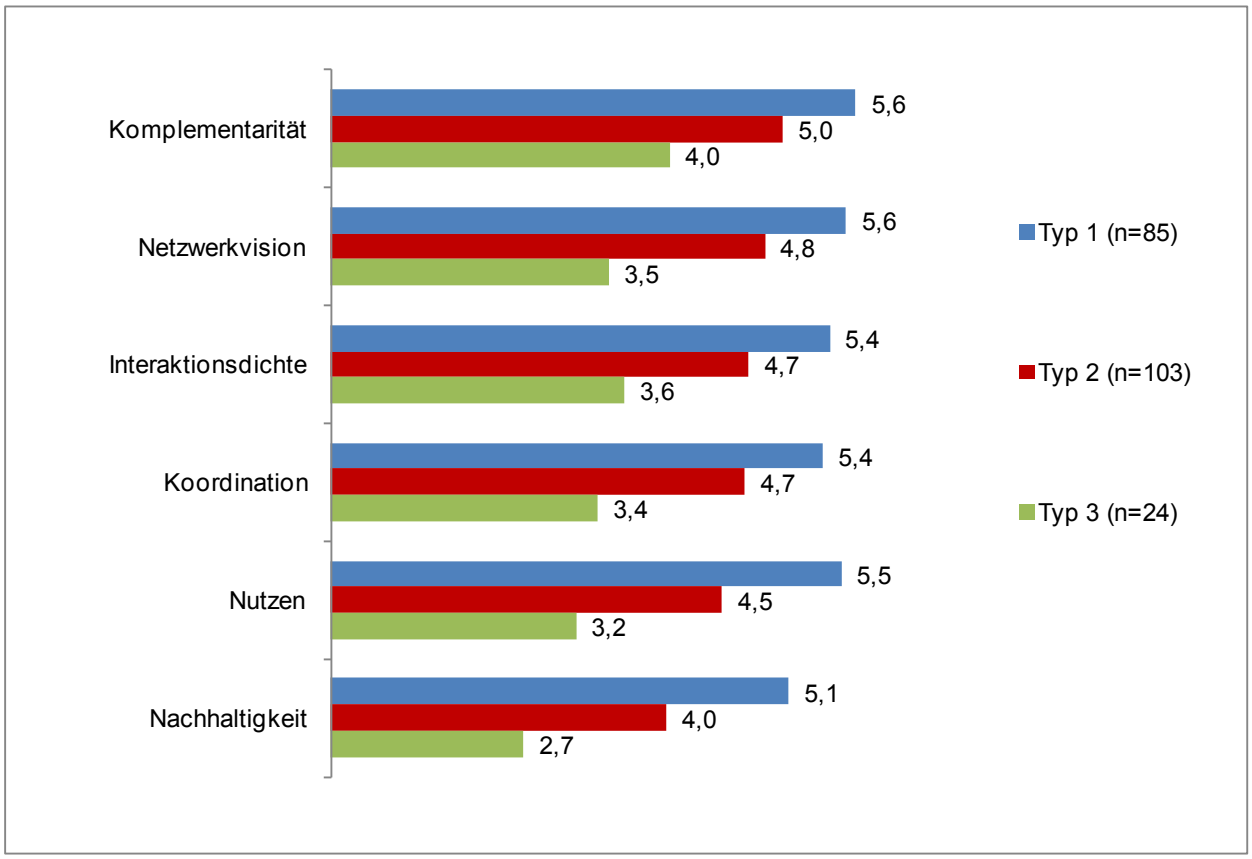
94 Gajo 2013 et al., S. 12.

95 Vgl. Tabelle 59 im Anhang.

96 Dargestellt sind Durchschnittsindizes, die in zwei Schritten gebildet wurden. Zunächst wurden die drei Werte der drei Items je Dimension addiert. Anschließend wurde der resultierende Wert durch die Anzahl der Items dividiert, so dass der Index erneut einen Wert zwischen eins und sechs annimmt. Die beiden negativ gepolten Items aus den Bereichen „Interaktionsdichte“ und „Netzwerkkoordination“ wurden hierzu recodiert.

97 Vgl. Tabellen 60 und 61 im Anhang.

Abbildung 16: (Kern-)Netzwerkqualität – Drei Begleitausschusstypen[98]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen (n=212) 2016. Mittelwerte: 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Zwei von drei Begleitausschüsse weisen Entwicklungspotentiale auf.

Auffällig ist, dass in diesen Fällen die Partnerschaften über einen leicht überdurchschnittlichen Zeitraum durch ihre Koordinator/innen begleitet werden (4,2 Jahre gegenüber 3,9 Jahre). Die Relevanz einer kontinuierlichen Betreuung tritt im Gruppenvergleich nochmals deutlicher hervor. Partnerschaften des zweiten und dritten Typs machen knapp 60 % der Förderstandorte aus. Ihnen gelingt es in der Gesamtschau (etwas) weniger gut ihre Kooperationsbeziehungen zu gestalten. Sie schneiden durchschnittlich in jeder Dimension (Komplementarität, Netzwerkvision, Interaktionsdichte, Koordination, Nutzen, Nachhaltigkeit) und darüber hinaus in jedem zugehörigen Item schlechter ab. „Begleitausschüsse von mittlerer Netzwerkqualität“ (Typ 2) und „Begleitausschüsse von geringer Netzwerkqualität“ (Typ 3) werden entsprechend dem beschriebenen Zusammenhang durchschnittlich seit einem kürzeren Zeitraum von ihrer/m dienstältesten Koordinator/in betreut (Typ 2: 3,9 Jahre; Typ 3: 2,8 Jahre).[99]

Über diese Kontinuität hinaus zeigen sich bemerkenswerter Weise keine weiteren charakteristischen Merkmale (Regionale Verortung, Ansiedlung Koordinierungs- und Fachstellen etc.). Entsprechend naheliegend erscheint der Schluss, wonach die Entwicklung der Netzwerkqualität auch unter heterogenen Rahmenbedingungen möglich ist und vor allem von Akteuren und weniger von Strukturen bedingt wird.

98 Vgl. Tabelle 62 im Anhang.

99 Vgl. Tabelle 63 im Anhang.

Eine geringe Netzwerkqualität geht mit geringerem Engagement einher und steht der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Themenstellungen der Partnerschaften entgegen.

Wenig überraschend variiert schließlich die durchschnittliche Zufriedenheit mit der Umsetzung der Partnerschaft zwischen den Typen. Koordinator/innen, die „Begleitausschüsse von geringer Netzwerkqualität" betreuen, bewerten diese auf einer Skala von 1=„sehr unzufrieden" bis 10=„sehr zufrieden" durchschnittlich mit einem Wert von 6,0[100], jene des ersten Typs mit 7,3.[101]

Die praktische Relevanz der (Kern-)Netzwerkqualität zeigt sich in den Unterschieden der wahrgenommenen Intensität des Engagements. „Begleitausschüsse von geringer Netzwerkqualität" setzen sämtliche in Abbildung 17 dargestellten Aufgabenbereiche (durchschnittlich) mit weniger Engagement um, als dies bei den Begleitausschüssen der ersten beiden Typen der Fall ist.[102] Dabei wird deutlich, dass inhaltliche Themen eher im Hintergrund stehen, die Partnerschaften also vermutlich stärker mit sich selbst und der Entwicklung einer gelingenden Zusammenarbeit, denn ihren genuinen Aufgaben befasst sind.[103] Mit Blick auf die gezielte Entwicklung der Netzwerkqualität kommt den Koordinator/innen besondere Bedeutung zu. Diese fungieren als Netzwerkmanager/innen und tragen im Idealfall zur Entwicklung einer förderlichen Kooperationskultur bei. Hierfür benötigen sie jedoch spezifische Kompetenzen (s. Kapitel 4.3.5), die es gezielt zu entwickeln gilt. Zu nennen sind u.a.:

- Netzwerkwissen sowohl bzgl. lokaler Kontexte und den ihnen zugehörigen Akteuren als auch im Sinne allgemeinen Handlungswissen (Netzwerkmanagement);
- Moderations- und Präsentationskompetenzen;
- Kompetenzen im Bereich der Gesprächsführung, der Konfliktvermittlung sowie ein gefestigten Selbst- und Rollenbild;
- Fachlich-inhaltliche Wissensbestände, um Arbeitsprozesse vorbereiten zu können.

Die Mitglieder der Begleitausschüsse engagieren sich vorwiegend bei der Bewilligung von Projekten.

Waren in den vorangehenden Abschnitten vorwiegend die beteiligten Akteure, bzw. die Netzwerkqualität Gegenstand der Betrachtung, stehen nachfolgend die Tätigkeitsbereiche bzw. die Intensität des Engagements der Begleitausschussmitglieder im Fokus. Den Leitlinien folgend legen sie u.a. die Eckpunkte der Gesamtstrategie fest, organisieren die Einbindung lokaler bzw. regionaler Unterstützungsmöglichkeiten, beraten die Koordinierungs- und Fachstelle bzw. das federführende Amt u.a. zu den Themen Fortschreibungen und Nachhaltigkeit und entscheiden über Einzelmaßnahmen. Im Sinne der Funktion eines programmmanagenden Gremiums schätzen die Koordinator/innen die Intensität des Engagements vor allem in der Entscheidungsfindung bzgl. zu fördernder Projekte als hoch ein, etwas geringer hingegen bzgl. der (Fort-)Entwicklung der Handlungsstrategie.

---

100 Vgl. Tabelle 64 im Anhang.

101 Dass die (Kern-)Netzwerke vor allem in der dritten Gruppe als defizitär erlebt werden, lassen zudem die geäußerten Unterstützungsbedarfe erkennen. Koordinator/innen, die entsprechende Begleitausschüsse betreuen, geben überproportional häufig an, Hilfestellungen hinsichtlich der „Aktivierung des Begleitausschusses als strategisch arbeitendes Gremium" (75 %, 18 gegenüber 50 %, 107 insgesamt) sowie der „Aktivierung/Gewinnung neuer/zentraler Akteure" zu benötigen (71 %, 17 gegenüber 58 %, 125 insgesamt). Vgl. Tabelle 65 im Anhang.

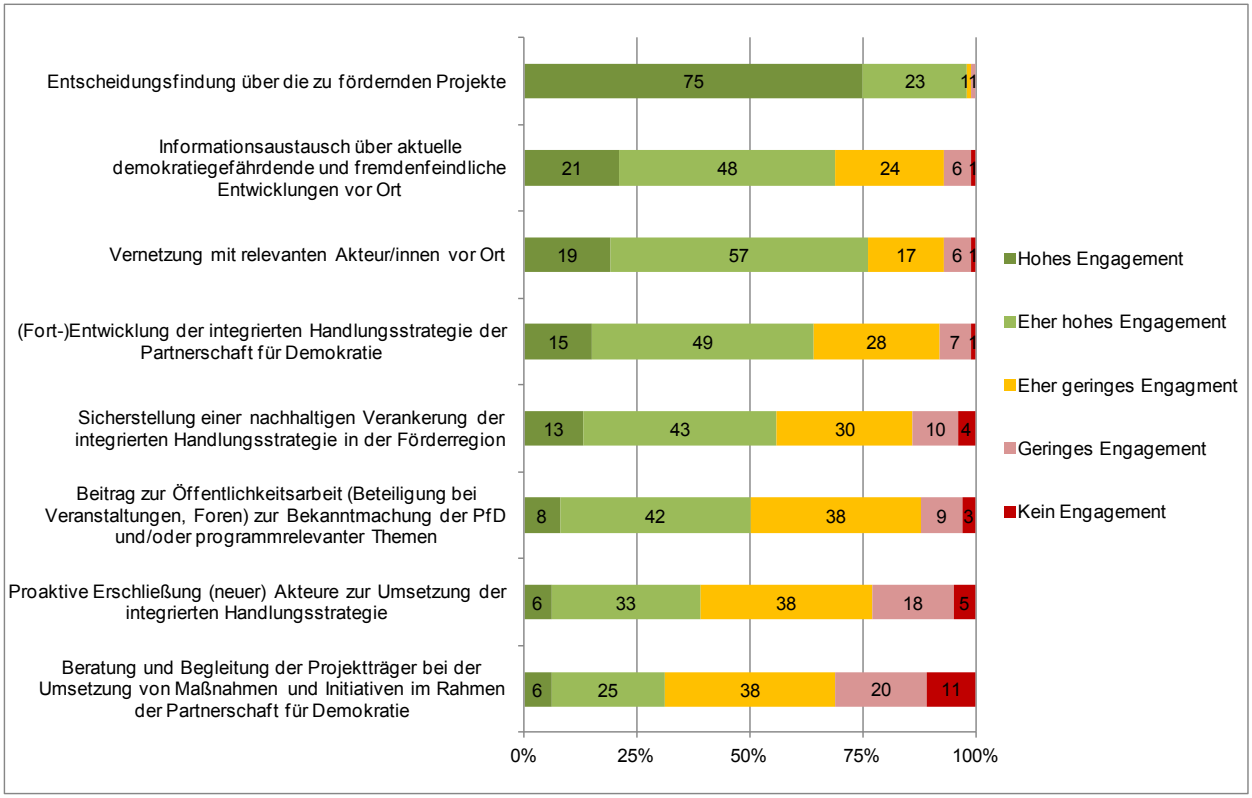
102 Vgl. Tabelle 66 im Anhang.

103 86 % der Koordinator/innen, die einen Begleitausschuss des ersten Typs betreuen, gaben an, dass bereits ein Konzept für die integrierte Handlungsstrategie (fort-)entwickelt werden konnte. Hinsichtlich des dritten Typs trifft dies auf 71% zu. Vgl. Tabelle 67 im Anhang.

Das Engagement der Begleitausschussmitglieder im Bereich des aktiven Vertretens der Partnerschaft und ihrer Anliegen nach außen erweist sich als ausbaufähig.

Obwohl mit 64 % (139) die deutliche Mehrheit der Koordinator/innen Bedarfe an neuen Akteuren für die Mitarbeit im Begleitausschuss äußerte (s.o.), erweist sich das Engagement der Gremienmitglieder diesbezüglich als eher gering. So wird die Erweiterung des Netzwerkes in Form einer proaktiven Erschließung (neuer) Akteure für die Umsetzung der integrierten Handlungsstrategie von mehr als der Hälfte der Begleitausschüsse (56 %, 121) nur mit (eher) geringem Engagement und in 5% (11) gar nicht verfolgt. Auch die aktive Öffentlichkeitsarbeit in Form der Beteiligung bei Veranstaltungen und Foren etc. ist in vielen Begleitausschüssen von nachrangiger Priorität. Angesichts der Tatsache, dass ein Großteil der Koordinator/innen den Bekanntheitsgrad ihrer Partnerschaft eher kritisch beurteilt,[104] lassen sich hier durchaus Nachsteuerungspotentiale bzw. Aktivierungsbedarfe erkennen.

Abbildung 17: Engagement der Begleitausschüsse in den verschiedenen Aufgabenbereichen[105]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2016 (n=216).

4.1.2.2 Demokratiekonferenzen

Zur zielgerichteten Steigerung des Bekanntheitsgrades sowie zur Mobilisierung relevanter Akteursgruppen ist die regelmäßige Durchführung von Demokratiekonferenzen vorgesehen. In der ersten Jahreshälfte 2016 setzten 55 % (120) der Förderstandorte solche Veranstaltungen

104 Der Mittelwert auf einer Skala von 1=niedrig bis 10=hoch liegt mit 5,6 nur knapp über der Skalenmitte. Vgl. Tabelle 69 im Anhang.

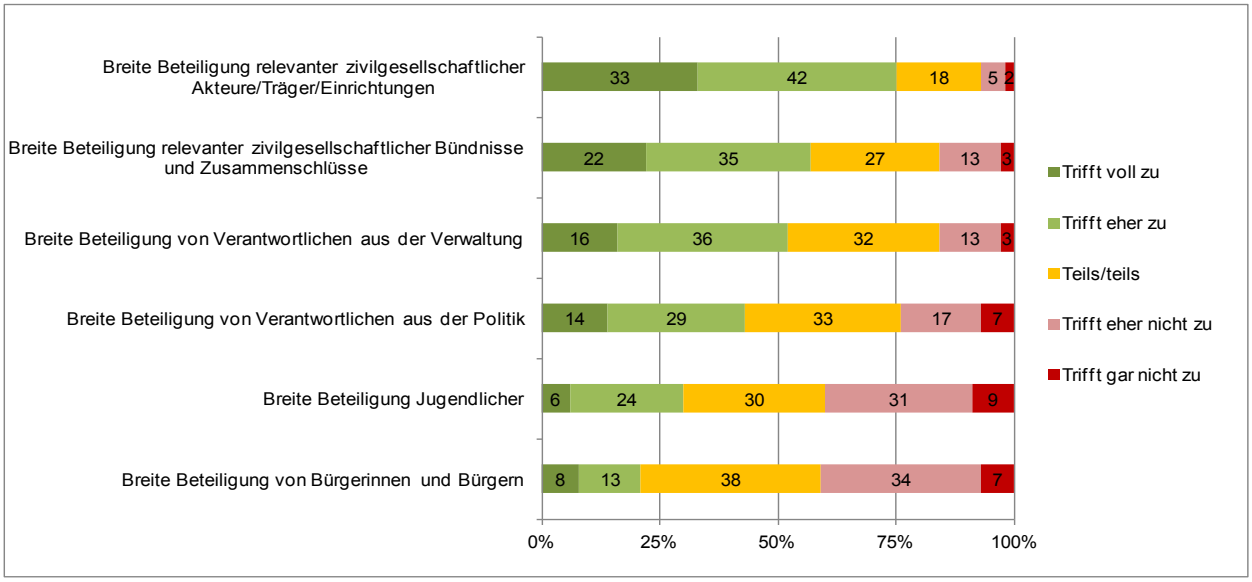
105 Vgl. Tabelle 68 im Anhang.

um und konnten 6.986 Personen zur Teilnahme aktivieren. Die Anzahl der Teilnehmenden variierte dabei stark und lag im Maximum bei 400 Besuchern.[106]

Demokratiekonferenzen stellen ein geeignetes Format der Beteiligungsförderung dar, mit dem ca. 7.000 Personen erreicht werden konnten.

Wie im Vorjahr ist es den Partnerschaften gelungen, mit diesem Format zentrale Akteursgruppen zu erreichen. In der überwiegenden Mehrheit berichteten die Koordinator/innen demnach von einer breiten Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Akteure/Träger/Einrichtungen. Auch zivilgesellschaftliche Bündnisse und Zusammenschlüsse sowie Verantwortliche aus der Verwaltung konnten in mehr als der Hälfte der Regionen zu einer Teilnahme aktiviert werden. Gleichzeitig lässt sich jedoch festhalten, dass eine breite Beteiligung von Bürger/innen und von Jugendlichen allgemein eher die Ausnahme ist.

Abbildung 18: Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen[107]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die im Jahr 2016 bereits eine Demokratiekonferenz umgesetzt haben 2016 (n=120).

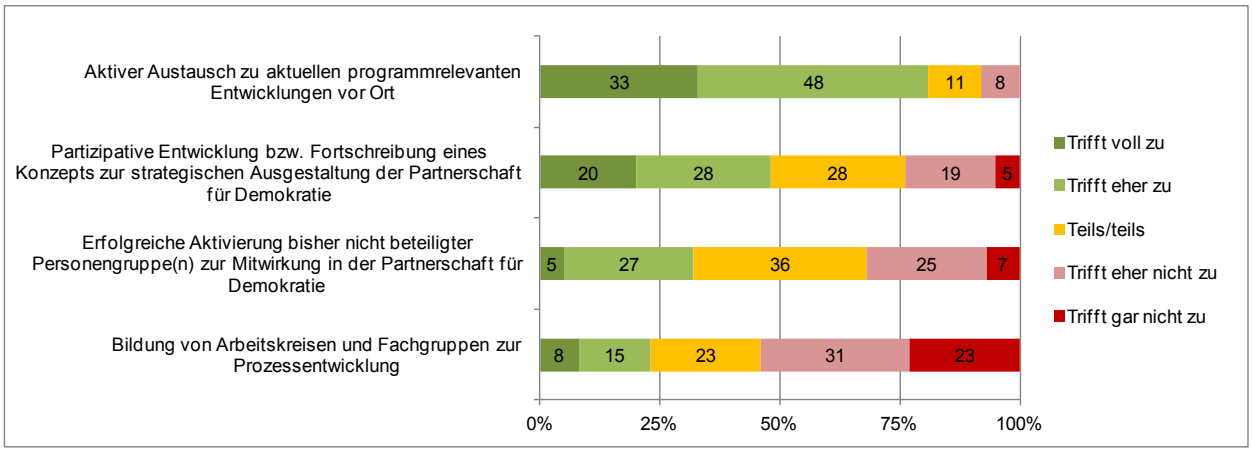
Demokratiekonferenzen werden nicht flächendeckend als Ort der Strategieentwicklung genutzt.

Neben der Mobilisierung und der Steigerung des Bekanntheitsgrades stellt die partizipative Reflektion und Bestimmung des aktuellen Stands sowie der Ausrichtung der weiteren Arbeit der Partnerschaften ein drittes Ziel der Demokratiekonferenzen dar. Dieses soll auf Grundlage eines aktiven Austauschs zu programmrelevanten Entwicklungen vor Ort erreicht werden. Die hierauf aufbauende konkrete inhaltliche Arbeit in Form der gemeinsamen Entwicklung bzw. Fortschreibung eines Konzepts zur strategischen Ausgestaltung der Partnerschaft erfolgte in knapp der Hälfte Standorte (48 %, 58). Dabei ist in den Leitlinien die Bildung von Arbeitsgruppen und Fachgruppen zur Prozessentwicklung ausdrücklich erwünscht. Diese Form der gemeinsamen Bearbeitung relevanter Themenstellungen wurde wie schon im Vorjahr allerdings eher selten genutzt.

106 Knapp die Hälfte der Partnerschaften (49 %, 107) plant für das Jahr 2016 die Umsetzung einer solchen Demokratiekonferenz, in 103 (47 %) Förderregionen sind zwei, in sieben Partnerschaften drei oder mehr Veranstaltungen angedacht. Vgl. Tabellen 70 und 71 im Anhang.

107 Vgl. Tabelle 72 im Anhang.

Abbildung 19: Umsetzung der Demokratiekonferenzen[108]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016, die im Jahr 2016 bereits eine Demokratiekonferenz umgesetzt haben 2016 (n=120).

Mit Blick auf die Teilnehmer/innenzahlen bzw. die Einschätzungen der Koordinator/innen können Demokratiekonferenzen also grundsätzlich als geeignetes Format zur Beteiligungsförderung bewertet werden. Sie stellen jedoch nur bedingt eine Plattform der weiterführenden und partizipativen Ausgestaltung von Konzepten dar. Angesichts des (eher) hohen Engagements ihrer Mitglieder sowohl bezüglich der Aufarbeitung aktueller Geschehnisse vor Ort, als auch der konkreten Strategieentwicklung kommt hier den Begleitausschüssen besondere Bedeutung zu.

4.1.2.3 Aktivierungspotentiale

Die vorangehenden Abschnitte machen deutlich, dass es vielerorts gelungen ist, relevante zivilgesellschaftliche Akteure, Bündnisse, Zusammenschlüsse und Träger zu aktivieren. Hiermit korrespondiert die Einschätzung der tatsächlichen Beteiligungskultur vor Ort.

Es werden nach wie vor Aktivierungspotentiale in der Förderregion wahrgenommen.

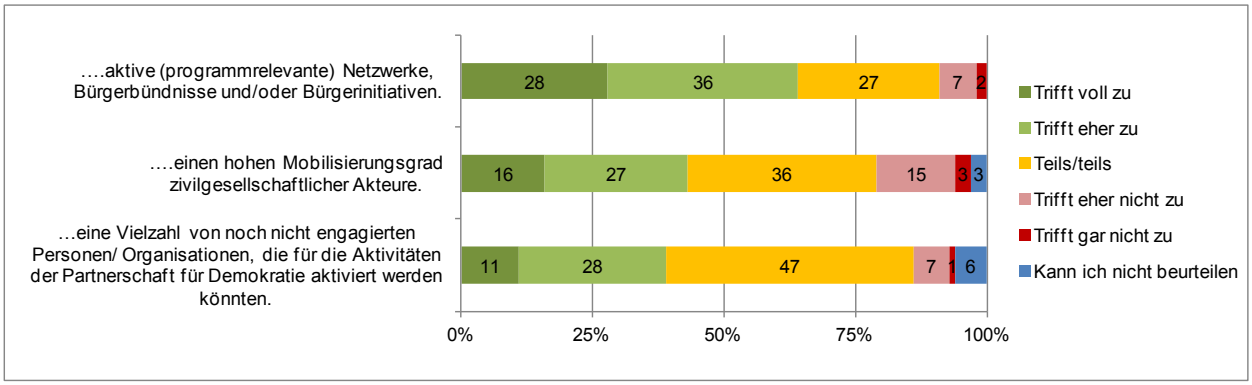
Trotz dieser Einschätzung erkennen die Koordinator/innen Nachsteuerungsbedarfe bzgl. der Einbindung spezifischer Akteursgruppen (s. Kapitel 4.1.2.1). Diesbezüglich sehen 39 % (84) der Befragten Aktivierungspotentiale.[109] Zwar schätzen zugleich 8 % (19) die Aktivierungspotentiale in ihrer Förderregion (eher) skeptisch ein. Die Mehrzahl (11 Nennungen) gibt als Grund hierfür jedoch an, dass es bereits gelungen ist, die zentralen Personen/Organisationen in die Aktivitäten der Partnerschaften einzubinden.[110]

108 Vgl. Tabelle 73 im Anhang.

109 Für eine vollständige Auflistung der genannten Aktivierungspotentiale siehe Tabelle 75 im Anhang.

110 Vgl. Tabelle 76 im Anhang.

Abbildung 20: Beurteilung des Mobilisierungsgrades und des Aktivierungspotentials: „In unserer Förderregion gibt es…“[111]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Lediglich sieben Koordinator/innen beschreiben Probleme dahingehend, dass strukturelle Bedingungen den Zugang zu potentiell relevanten Personen und/oder Organisationen erschweren (z. B. das große Einzugsgebiet der Partnerschaft, eine hohe Heterogenität der Personen/Organisationen in der Förderregion oder überalterte hierarchische Vereinsstrukturen) oder nicht engagierte Personen/Vereine nur schwer für ein dauerhaftes Engagement gewonnen werden können, so dass sich in der Gesamtschau ein durchaus positives Bild ergibt.

4.1.2.4 Kurzzusammenfassung

Im nunmehr zweiten Förderjahr haben sämtliche Partnerschaften für Demokratie ihre Steuerungsgremien implementiert. Dabei wurden vielerorts neben professionell tätigen auch ehrenamtlich engagierte Akteure der Zivilgesellschaft für die Mitarbeit gewonnen.

Nachsteuerungspotentiale zeigen sich vor allem hinsichtlich der Einbindung von Migranten(selbst)organisationen, Jugendlichen sowie von Vertreter/innen der Bereiche Wirtschaft, Schule und Sport. Ausgenommen der Wirtschaft weisen Koordinator/innen in sämtlichen Bereichen auf bestehende Aktivierungspotentiale hin, wenngleich mit Blick auf die Restriktionen der Fördergebiete vor allem hinsichtlich der Migranten(selbst)organisationen eine flächendeckende Einbindung kaum realisierbar ist.

Es fällt zudem auf, dass Akteursgruppen, die nur eingeschränkt für die kontinuierliche Mitarbeit in den Steuerungsgremien gewonnen werden können, oftmals als Projektträger/innen in Erscheinung treten und sich demnach in alternativer Form beteiligen. So finden sich in 54 % (112) der Partnerschaften Schulvereine/Fördervereine von Schulen, in 40 % (83) Jugendverbände[112] und in 37 % (77) Sportvereine/Sportverbände unter den Antragsteller/innen von Projekten. Zwar trift dies wesentlich seltener auf Migranten(selbst)organisationen (24 %, 49) und muslimische Gemeinden zu (10 %, 20), jedoch sind hier im Vergleich zum Vorjahr positive Tendenzen erkennbar.[113]

Trotz der Akteurs- und Perspektivenvielfalt gelingt es aus Sicht der meisten Koordinator/innen, die Begleitausschüsse als Kernnetzwerke entlang zentraler Qualitätsmerkmale zu entwickeln. Allerdings engagieren sich deren Mitglieder im Sinne eines Planungs- und Bewilligungsgremiums. Entgegen bestehender Bedarfe sowohl hinsichtlich Bekanntheit und Einbindung neuer Akteure in die Steuerungsgremien, fällt die Engagementintensität diesbezüglich bislang eher gering aus.

111 Vgl. Tabelle 74 im Anhang.

112 10 Koordinator/innen gaben an, die Antragssteller/innen der Projekte noch nicht benennen zu können.

113 Schulvereine/Fördervereine von Schulen: plus 13 Prozentpunkte; Migranten(selbst)organisationen: plus 8 Prozentpunkte; Muslimische Gemeinden: plus 4 Prozentpunkte. Vgl. Tabelle 77 im Anhang.

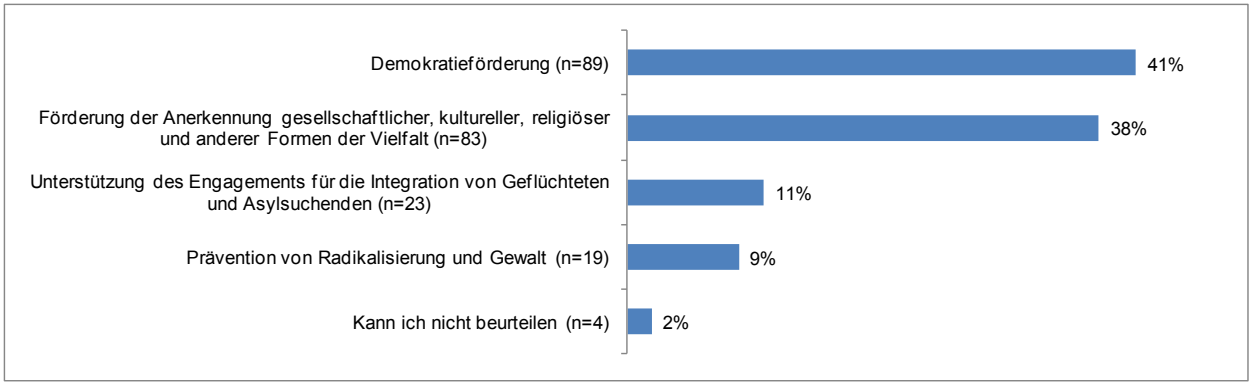
4.1.3 Inhaltliche Ausrichtung der Partnerschaften für Demokratie

Konzipiert als integrierte Handlungsstrategie kooperieren in den Partnerschaften kommunale und zivilgesellschaftliche Akteure. In einem partizipativ angelegten Prozess entwickeln sie unter Bezug auf die regionale Ausgangslage konkrete Lösungsansätze und engagieren sich gemeinsam für eine demokratische politische Kultur. Dabei richtet sich die konkrete inhaltliche Ausgestaltung nach den individuellen Bedarfen vor Ort. Die Leitlinien des Bundesprogramms stellen deshalb zwar einen übergeordneten Orientierungsrahmen für die Wahl möglicher Arbeitsschwerpunkte dar, dieser bleibt jedoch relativ weit gefasst. Derart soll die nötige Flexibilität gewährt werden, um standortspezifische Erfordernisse wie auch aktuelle Entwicklungen angemessen berücksichtigen zu können. Die weitere Konkretisierung der inhaltlichen Ausrichtung erfolgt dann klassischerweise auf Grundlage von drei zentralen Elementen – Problemanalyse bzw. Bestimmung der Ausgangslage, Zielbestimmung und strategische Planung.

4.1.3.1 Ausgangslage vor Ort

In den Leitlinien werden die Förderung von Demokratie und Vielfalt sowie die Prävention von Radikalisierung und Gewalt als rahmende Zielstellungen des Bundesprogramms expliziert, die auch als Richtschnur für die Bewertung der regionalen Ausgangslage herangezogen werden können. Konkrete Handlungsbedarfe sehen die befragten Koordinator/innen vor allem in Bezug auf die beiden erstgenannten. Die Prävention von Radikalisierung und Gewalt wird hingegen nur in knapp jedem zehnten Fall als prioritärer Gegenstandsbereich wahrgenommen.

Abbildung 21: Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion[114]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Die Problemlagen vor Ort sind vielfältig und gehen mit unterschiedlichen Herausforderungen einher.

Die weiterführende Analyse der Ausgangslagen zeichnet ein Bild vielfältiger Herausforderungen, die entlang der einzelnen Problembereiche variieren. So zeigen die Einschätzungen zur lokalen Situation im Bereich **„Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext von Flucht und Asyl/Rechtspopulismus“**, dass die Partnerschaften häufig mit öffentlich präsenten rechtspopulistischen Bewegungen konfrontiert sind. Dabei fehle es in vielen Förderregionen an abgestimmten Verfahren der öffentlichen Gegenrede, um fremdenfeindlichen und wohlstandschauvinistischen Äußerungen, Positionierungen und Übergriffen zu begegnen. Neben der Setzung normativer Grenzen komme es auch darauf an, eine offene Grundhaltung und die Akzeptanz gegenüber Geflüchteten und Asylsuchenden zu entwickeln und schließlich deren Partizipation zu stärken. Sie seien vielerorts nur zum Teil in lokale Vereine und Organisationen eingebunden

114 Vgl. Tabelle 78 im Anhang.

und selten in der Lage, ihre Belange zu artikulieren und aktiv zu vertreten.[115] Bezogen auf die verwandten Problemlagen im Bereich **„Demokratiedistanz“** bewerten die Befragten sowohl die strukturellen Voraussetzungen zum Erlernen und Einüben demokratischer Prozesse als auch Aspekte der Beteiligungskultur kritisch. Diskursive Aushandlungsformen würden nicht vollumfassend als Bestandteil demokratischer Praxis verstanden und von Politik und Bürgerschaft entsprechend respektvoll geführt.[116]

Koordinator/innen, deren Partnerschaften Situationsveränderungen im Themenfeld **„Rechtsextremismus“** anstreben (78 %, 170), machen Herausforderungen vor allem im Umgang mit manifesten Erscheinungsformen aus. An 72 % (123) der zugehörigen Förderstandorte seien demnach Akteure des extrem rechten Spektrums (mindestens) teilweise im öffentlichen Raum präsent. Zwar zeigen sich u.a. bezüglich der Kontinuität in der Auseinandersetzung mit dem Phänomenbereich Verbesserungspotentiale, die Reaktionsfähigkeit in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Erscheinungsformen wird jedoch zumindest im Vergleich zu den weiteren Problemlagen eher positiv eingeschätzt (z.B. Situationskenntnis, Kooperation, Öffentliche Positionierung deutungsmächtiger Akteure etc.).[117] Sehr kritisch wird die Situation hingegen mit Blick auf den Bereich **„Linke Militanz“** beschrieben. So würden linksextrem motivierte Vorfälle zwar öffentlich thematisiert und verurteilt, dennoch erführen Opfer von Übergriffen nur bedingt Solidarität. Auch könnten staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure nur eingeschränkt auf themenfeldspezifische Kompetenzen im Umgang mit Erscheinungsformen und Strategien des Linksextremismus zurückgreifen.[118] Koordinator/innen, deren Partnerschaft im Bereich **„Islamistische Orientierungen und Handlungen“** Verbesserungen anstreben, sehen Herausforderungen stärker im präventiven Bereich u.a. in der Bereitschaft zur kommunalen Auseinandersetzung mit Desintegrationsprozessen muslimischer Bevölkerungsgruppen und auch die Einbindung von Muslimen und islamischen Organisationen in die Präventionsarbeit wird insgesamt zurückhaltend bewertet.[119]

Mangelnde Sensibilität und Einbindung in das gesellschaftliche bzw. politische Leben vor Ort beschreiben Problemlagen in den Bereichen der Fremdgruppenabwertung.

Im Kontext **„Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit“** wird insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Phänomenbereich und seinen Kernthemenstellungen problematisiert. Sie finde in 81 % (101) der zugehörigen Regionen nicht oder nur teilweise in öffentlichaufklärender Form statt. Dies drücke sich vielerorts in einer mangelhaften Aufklärung relevanter Zielgruppen bzgl. islamischer Diversität und einer entsprechenden Sensibilisierung gegenüber pauschalisierenden Zuschreibungen aus. Letztlich könne islamische Religion und Kultur in 57 % (71) der Förderstandorte nicht oder nur teilweise öffentlich wahrnehmbar und von der Bevölkerung respektiert gelebt werden.[120] Ganz ähnlich gestaltet sich die Wahrnehmung der Situation in Bezug auf **„Antisemitismus“**. Zwar existiere in der überwiegenden Mehrheit der entsprechenden Förderregionen eine lebendige Erinnerungskultur, dennoch sei die Bevölkerung vielerorts nur teilweise bezüglich historischer und aktueller Formen von Antisemitismus sensibilisiert. Dass Herausforderungen nicht nur hinsichtlich der Einstellungsebene sondern auch konkret im

115 Vgl. Tabelle 80 im Anhang.
116 Vgl. Tabelle 81 im Anhang.
117 Vgl. Tabelle 82 im Anhang.
118 Vgl. Tabelle 83 im Anhang.
119 Vgl. Tabelle 84 im Anhang.
120 Vgl. Tabelle 85 im Anhang.

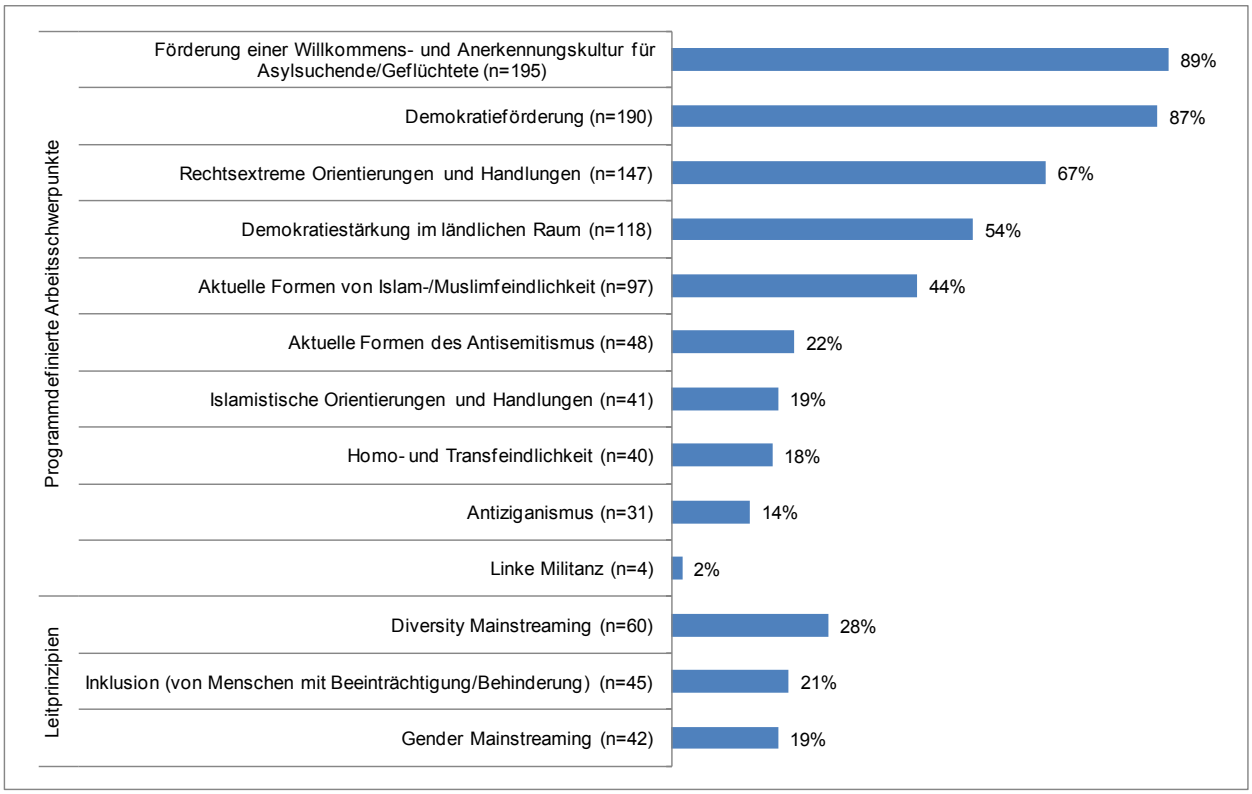
gesellschaftlichen wie politischen Leben bestehen zeigt, dass aus Perspektive einiger Befragter sogenannte Angsträume existierten. [121]

Mit Blick „**Homo- und Transfeindlichkeit“** konstatieren die Befragten schließlich u.a. eine mangelhafte themenspezifische Aufklärung der Bevölkerung sowie fehlende Kompetenzen sowohl staatlicher als auch zivilgesellschaftlicher Akteure in der aktiven Eindämmung von Vorurteilen.[122] Auch im Vergleich mit der Situationsbeschreibung in den übrigen Themenbereichen fällt die Einschätzung im Feld **„Antiziganismus“** besonders skeptisch aus. Zwar werden auch hier Herausforderungen im Bereich Sensibilisierung genannt, diese werden jedoch deutlich kritischer bewertet. Herausforderungen bestünden zudem in der aktiven Beteiligung von Sinti und/oder Roma bei der Bewältigung etwaiger Konflikte, ihrer Einbindung in das gesellschaftliche und politische Leben und der Entwicklung eines selbstbewussten Umgangs mit ihrem ethnischen Hintergrund.[123]

4.1.3.2 Arbeitsschwerpunkte

Ausgehend von Problem- und Ressourcenanalyse werden im Rahmen der Strategieentwicklung konkrete Arbeitsschwerpunkte bestimmt, entlang derer die weitere Ausrichtung einer Partnerschaft erfolgt. Die Ergebnisse der quantitativen Befragung lassen in dieser Hinsicht zunächst Präferenzen für die konventionellen Gegenstandsbereiche der Bundesförderung erkennen. So engagiert sich im Jahr 2016 eine deutliche Mehrheit der Partnerschaften im Themenfeld „Demokratieförderung“ (87 %, 190) und auch „Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen“ (67 %, 147) werden vergleichsweise häufig als Schwerpunkt gewählt.

Abbildung 22: Programmschwerpunkte, die im Jahr 2016 bearbeitet werden[124]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218). Mehrfachnennungen sind möglich.

121 Vgl. Tabelle 86 im Anhang.
122 Vgl. Tabelle 87 im Anhang.
123 Vgl. Tabelle 88 im Anhang.
124 Vgl. Tabelle 89 im Anhang.

Neun von zehn Partnerschaften fokussieren die Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur.

Angesichts der auf inhaltliche Flexibilität bedachten Konzeption des Förderinstruments sind die Akteure vor Ort zudem dazu in der Lage, auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zu reagieren. Dieses responsive Potential drückt sich in der umfassenden Ausrichtung auf die in den vergangenen Jahren stark gestiegene Anzahl von Asylsuchenden und Geflüchteten aus. Entsprechend fokussieren neun von zehn Partnerschaften (89 %, 195) die Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur. Darüber hinaus bilden „aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit" in 44 % (97) der Standorte einen Arbeitsschwerpunkt. „Antiziganismus" (14 %, 31) und „Linke Militanz" (2 %, 4) sind demgegenüber eher selten bis gar nicht Gegenstand des Engagements. Grundsätzlich bleibt dabei die Wahl eines einzelnen Bereichs die Ausnahme (1 %, 2). Die Mehrheit der Partnerschaften (61 %,133) bearbeitet zwischen drei und fünf Themen.[125]

Jugendliche und ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure sind zentrale Zielgruppen.

Eine bedeutende Zielgruppe der Bemühungen stellen mit Blick auf das Alter Jugendliche (97 %, 211) dar. Kinder sollen in zwei (63 %, 138), Senior/innen in einem von drei Förderstandorten (33 %, 72) schwerpunktmäßig erreicht werden.[126] In Anbetracht der Dominanz des Themas „Flucht und Asyl" wenig überraschend, werden darüber hinaus in 72 % (157) der Partnerschaften Asylsuchende/Geflüchtete als Zielgruppen benannt, Menschen mit Migrationshintergrund in 79 % (172). Eine Differenzierung nach sektoraler Zugehörigkeit verdeutlicht schließlich die starke Ausrichtung auf ehrenamtliche (Bürgerbündnisse, Bürger/innen) (95 %, 207) und professionelle zivilgesellschaftliche Akteure (75 %, 164). Wirtschaftsvertreter/innen werden hingegen nur in jeder vierten Region fokussiert und sind darüber hinaus nur schwer erreichbar. Gleiches gilt auch für Senior/innen. 51 % (32) der Koordinator/innen, die diese Personengruppe als Zielgruppe benannt haben, gaben an, dass die Erreichung (eher) schlecht gelingt.[127]

Jede/s dritte Projekt/Initiative widmet sich der „Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete".

Die Umsetzung der integrierten Handlungsstrategien geschieht in Form mehrerer Einzelprojekte, welche unter anderem auf Grundlage der gewählten Arbeitsschwerpunkte bzw. der jeweiligen Zielgruppen durch den Begleitausschuss bewilligt werden. Die quantitativen Analysen der Angaben zur inhaltlichen Ausrichtung dieser Projekte bestätigen zunächst den Befund, wonach die Partnerschaften zwar weiterhin konventionelle Programmziele fokussieren, die Förderung einer Willkommenskultur jedoch einen wesentlichen Bestandteil derzeitigen Engagements darstellt. Insgesamt jede dritte der 2.478 in diesem Förderjahr (Stichtag 1. Juni) durch die Partnerschaften bewilligten Maßnahmen (32 %, 797) wird diesem Arbeitsschwerpunkt zugeordnet. Demgegenüber wurden 537 Projekte/Initiativen im Bereich Demokratieförderung und 211 im Bereich „Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen" gefördert. [128]

125 Vgl. Tabelle 90 im Anhang.

126 Vgl. Tabelle 91 im Anhang.

127 Vgl. Tabelle 92 im Anhang.

128 Vgl. Tabelle 93 im Anhang.

Auch auf Ebene der Projekte zeigt sich eine deutliche Ausrichtung auf Jugendliche.

Schon hinsichtlich der Personengruppen, die im Rahmen des Engagements für eine demokratische Kultur schwerpunktmäßig erreicht werden sollen, hat sich eine grundsätzliche Ausrichtung der Partnerschaften auf Jugendliche abgezeichnet. Diese trägt sich auch auf die Handlungsebene fort und bildet sich in den Zielgruppen der Einzelmaßnahmen ab. 83 % (174) der Koordinator/innen[129] gaben an, dass sich die Einzelmaßnahmen zur Übersetzung der integrierten Handlungsstrategie in die Praxis an „Kinder/Jugendliche mit Migrationshintergrund" richten, 82 % (173) an „Kinder/Jugendliche in Schulen" und 82 % (172) an „Kinder/Jugendliche in außerschulischen Einrichtungen".[130]

4.1.3.3 Handlungsansätze

Die Partnerschaften für Demokratie wählen unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte und setzen diese über eine Vielzahl von Projekten und Einzelmaßnahmen mit variierenden Zielen und Zielgruppen um (s. o.). Damit ergibt sich hinsichtlich der fachlich-inhaltlichen Praxis eine solch ausgeprägte Heterogenität, dass für ihre empirische Analyse zunächst eine weitergehende Systematisierung erforderlich ist.

Um die Handlungsansätze in der kommunalen Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit zu rekonstruieren und sichtbarzumachen, wurden auf der Grundlage qualitativer Interviews die Wirkungsannahmen der an den Co-Governance-Arrangements beteiligten Akteure erfasst. Unter Rückgriff auf Forschungsarbeiten zur politischen Sozialisation und zur politischen Kultur wurde derart ein Strukturmodell der Wirkungserwartungen entwickelt, welches das Handlungsrepertoire lokaler Partnerschaften für Demokratie abbildet.

Im Ergebnis lassen sich vier übergeordnete strategische Ziele unterscheiden, die sich wechselseitig ergänzen und auf die Beförderung unterschiedlicher Prozesse politischer Sozialisation fokussieren. Sie sind der Prävention von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit zuträglich und manifestieren sich in jeweils zwei Handlungsdimensionen. Damit ergibt sich insgesamt das nachfolgend abgebildete Strategiequadrat:

129 Bezogen auf die Anzahl gültiger Nennungen (210).

130 Vgl. Tabelle 94 im Anhang.

Abbildung 23: Das Strategiequadrat – Strategische Zielstellungen der Partnerschaften für Demokratie

Quelle: Eigene Darstellung.

Die vier Zielstellungen und ihre zugehörigen Dimensionen schließen sich gegenseitig nicht aus, sondern beschreiben jeweils Teilaspekte der komplexen Ansätze lokaler Partnerschaften für Demokratie. In der Regel fokussieren diese mehrere strategische Ziele und entwickeln ihre fachliche Praxis entlang unterschiedlicher Dimensionen:

- Ein erstes Ziel bezieht sich auf die Stärkung demokratischer Grundwerte wie z.B. Gleichheit und Menschenwürde. Bezugspunkt dieser Zielstellung ist es, möglichst viele Personen hinter Werten zu versammeln, die als ein gemeinsamer normativer Kern des Zusammenlebens verstanden und gelebt werden. Sie soll erreicht werden, indem die **Anerkennung** sowohl **sozialer Konventionen** als auch der **Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform** gezielt gefördert wird.
- Die Präsenz demokratischer Werte allein stellt jedoch nicht sicher, dass Individuen im Sinne einer Bürgergesellschaft mündig auftreten können. Stattdessen bedarf es personaler Kompetenzen, um die internalisierten Werte auch in selbstbestimmtes Handeln umzusetzen. Diese Kompetenzen tragen u.a. zur Entwicklung einer kritischen Urteilsfähigkeit bei und immunisieren gegenüber demokratiefeindlicher Einflussnahme. Sie werden durch eine gezielte **Unterstützung von Sozialisationsprozessen** und **Wissensvermittlung** (fort-)entwickelt.
- Hieran schließt die Annahme an, dass die individuelle Aneignung von Handlungskompetenzen unzureichend bleibt, solange die lokale Gemeinschaft nicht auch Gelegenheiten gesellschaftlicher Teilhabe schafft. Entsprechend gilt es **Partizipation anzuregen** und **Integration zu stärken**.

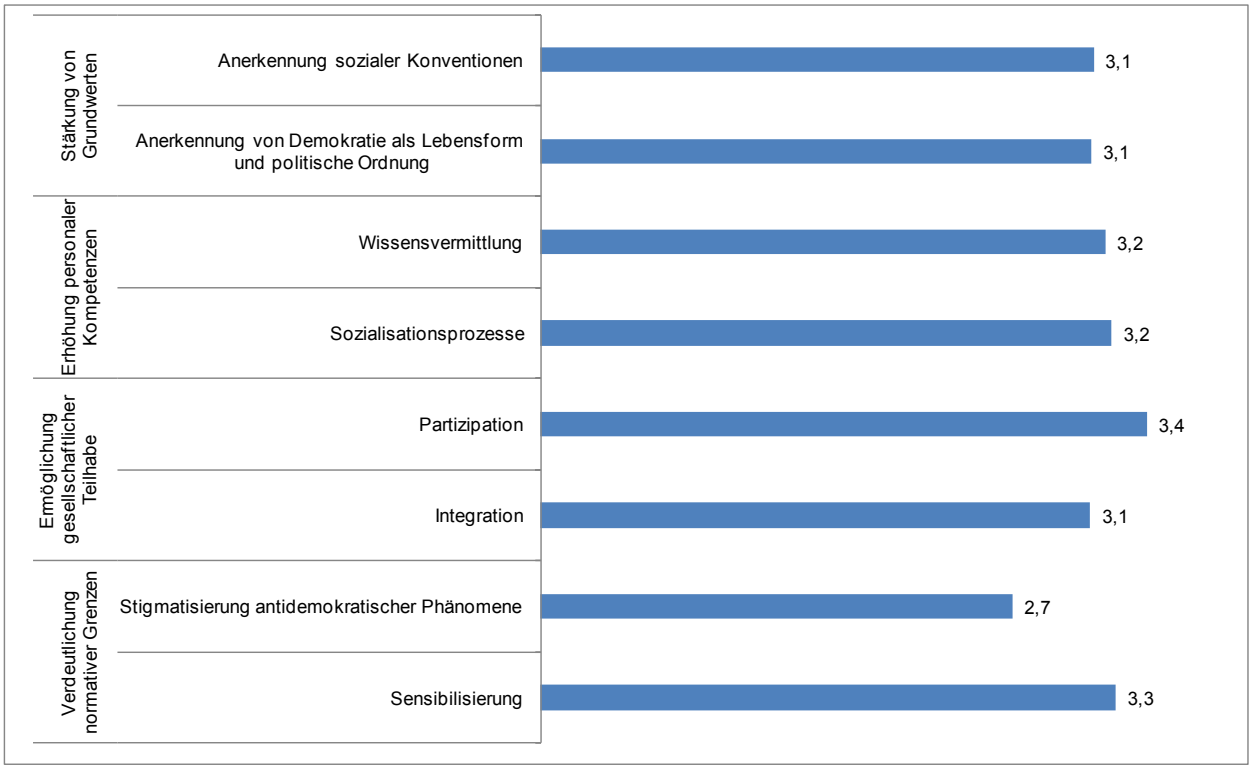
- Ein viertes strategisches Ziel, bezieht auf die Verdeutlichung normativer Grenzen. Es beinhaltet im Kern die Forderung, Missachtungen demokratischer Normen zu thematisieren und Antworten zu formulieren. Neben der deutlichen und öffentlichen Markierung von Grenzen (**stigmatisieren)** gelte es auch, lokale Akteure dazu zu befähigen, entsprechende Erscheinungsformen erkennen und deuten zu können (**sensibilisieren)**.

Von dieser empirisch entwickelten Systematisierung ausgehend soll es nachfolgend zunächst um die allgemeine Passung der Handlungsdimensionen auf die Ansätze der Partnerschaften gehen. Die weiterführende Analyse möglicher Strategietypen und die Beantwortung der Frage, ob sich in der Kombination der Handlungselemente typische Muster nachzeichnen lassen, wird Gegenstand künftiger Berichte sein.

Sensibilisierung ist ein Kernbestandteil normativer Grenzziehungen.

Die empirische Betrachtung verdeutlicht, dass es sich bei den Ansätzen weniger um vereinzelt vorkommende Besonderheiten, denn um häufige Zugänge handelt, die in unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten Anwendung finden. So lassen sich zwar Unterschiede in der Passung einzelner Dimensionen zu den jeweiligen Handlungskonzepten der Partnerschaften finden, insgesamt zeigt sich jedoch eine eher breite Zustimmung. Dabei charakterisieren Sensibilisierung und Partizipation vergleichsweise häufig die Konzepte der Partnerschaften (s. Abbildung 24).

Abbildung 24: Passung der Handlungsdimensionen auf die Ansätze der Partnerschaften für Demokratie[131]



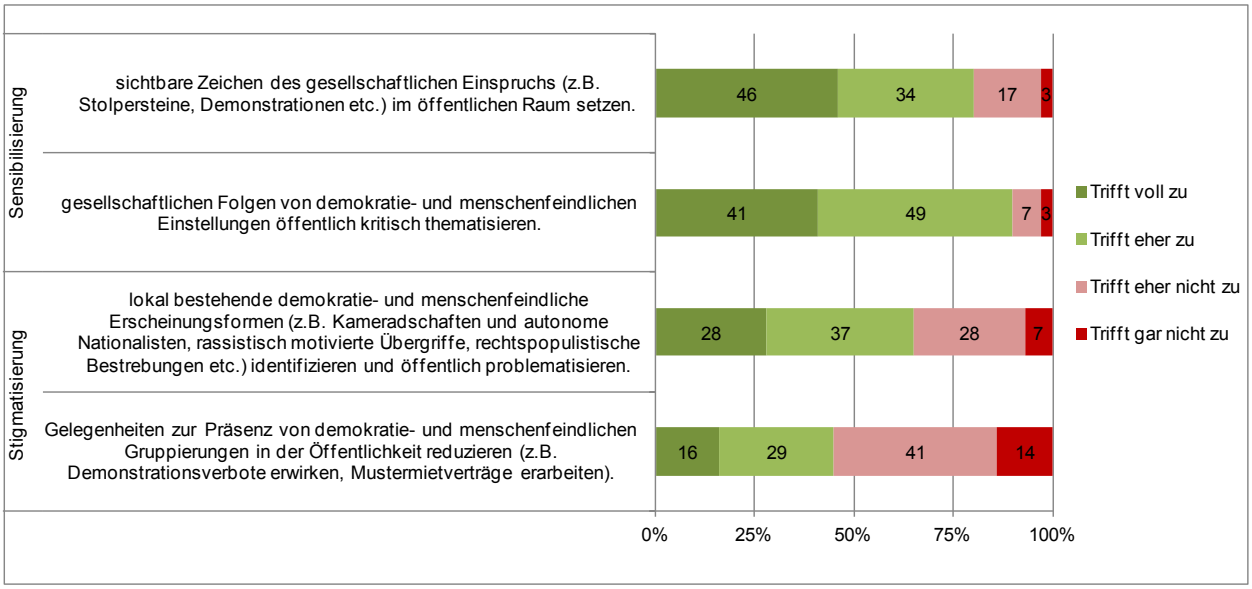
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218). Mittelwerte: 1 „trifft überhaupt nicht zu“ bis 4 „trifft voll und ganz zu.“

Neben einer in Hinblick auf das Gesamtprogramm weitgehend gleichgewichtigen Umsetzung der Handlungsdimensionen lässt sich eine relative Distanz der Partnerschaften zur Stigmatisierung antidemokratischer Phänomene erkennen. Die weiterführende Analyse der zugehörigen

131 Vgl. Tabelle 95 im Anhang.

Handlungselemente (s. Abbildung 24) zeigt, dass vor allem die Reduktion von Gelegenheiten zur Präsenz von demokratie- und menschenfeindlichen Gruppierungen eher selten fokussiert wird. Lediglich 16 % (34) der Koordinator/innen bewerten dieses Element als auf ihre Handlungsstrategie voll zutreffend. Stattdessen sollen lokale Akteure verstärkt für entsprechende Normbrüche sensibilisiert werden. Dabei fassen die qualitativ befragten Personen unter „Sensibilisierung" zunächst die Aufklärung bezüglich der Phänomenologie sowie des Gefahrenpotentials einschlägiger Bestrebungen und zielen auf die Schärfung der Problemwahrnehmung unter anderem von Multiplikator/innen ab. Sensibilisierung wird dabei als Ausgangspunkt weiterführender Bemühungen beschrieben. So soll mit ihrer Hilfe die Basis für eine bewusste Auseinandersetzung mit den jeweiligen Problembereichen geschaffen werden, welche in Kombination mit der gezielten Stärkung personaler Kompetenzen zu Handlungssicherheit bzw. einem aktiven Engagement beitragen kann. Damit verbindet sich die Hoffnung, dass einschlägige Aktivitäten vor Ort nicht unwidersprochen bleiben und zeitnahe Reaktionen demokratischer Akteure hervorrufen.

Abbildung 25: Handlungselemente zur Verdeutlichung normativer Grenzen. „In diesem Sinne wollen wir…"[132]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Vernetzung und Unterstützung von Engagierten stellen zentrale Handlungselemente vieler Partnerschaften dar.

Ähnlich häufig vertreten wie auf Sensibilisierung ausgerichtete Ansätze, ist die Handlungsdimension der „Partizipation". Um die gesellschaftliche Teilhabe unterschiedlicher Gruppen zu fördern werden hier zunächst engagierte Akteure miteinander vernetzt, in Austausch gebracht sowie beraten und unterstützt (s. Abbildung 26).

Die entsprechenden Handlungselemente sind vor allem für die Ansätze solcher Partnerschaften charakterisierend, die die „Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete" als Arbeitsschwerpunkt gewählt haben. So wiesen die qualitativ befragten Personen in diesen Kontexten auf das stark ausgeprägte zivilgesellschaftliche Engagement als auch auf eine mangelnde Koordinierung der Aktiven hin. Entsprechend müssten Netzwerke gebildet und die Kooperation Engagierter gefördert werden. Darüber hinaus gelte es, Hel-

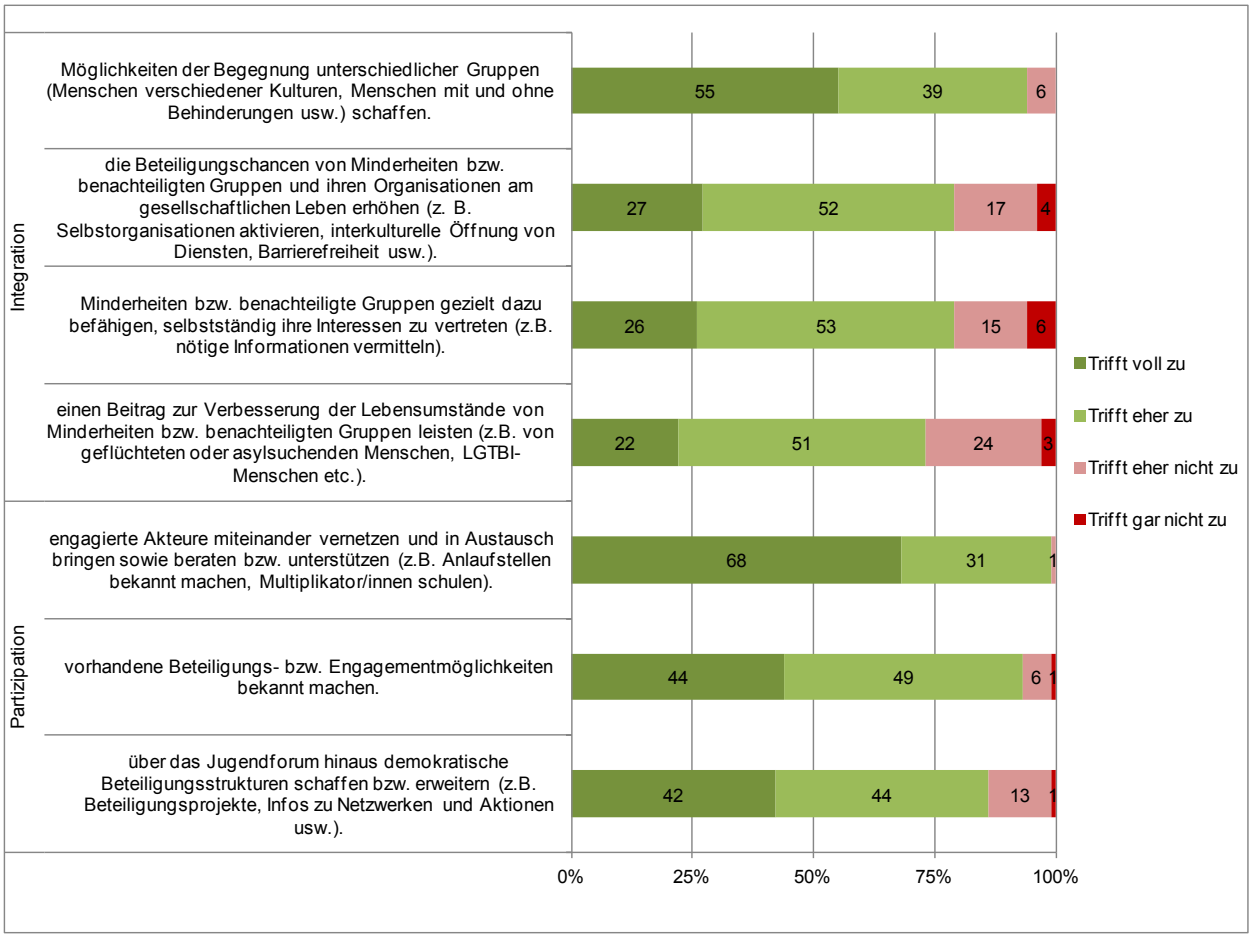
132 Vgl. Tabelle 96 im Anhang.

fer/innen gezielt in Form von Workshops und Fortbildungen zu qualifizieren und Interessierte an geeignete Engagementmöglichkeiten zu vermitteln.

Benachteiligte Personen/Gruppen werden gezielt bei der Integration unterstützt und gesellschaftliche Teilhabe durch die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten gefördert.

Ebenfalls häufig werden Ansätze verfolgt, die sich unmittelbar an Geflüchtete und Asylbewerber/innen richten und z. B. in Form von Sprach- oder Berufserprobungskursen auf eine Steigerung der Selbständigkeit und eine Befähigung zur Integration abzielen. Dies trifft auch auf die Förderung von Begegnungsmöglichkeiten unterschiedlicher Gruppen zu. Im Rahmen von Austauschformaten sollen Diskussionen über interkulturelle Differenzen geführt und zur Auseinandersetzung mit Fremdheit angeregt werden – ein Handlungselement, welches durchaus auch in anderen Arbeitsschwerpunkten aufgegriffen wird und entsprechend 55 % (120) der Handlungsansätze vor Ort charakterisiert (s. Abbildung 26).

Abbildung 26: Handlungselemente zur Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe. „In diesem Sinne wollen wir…“[133]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Die Vermittlung von Wissensbeständen dient sowohl dem Abbau von Vorurteilen als auch der Entwicklung einer Erinnerungskultur.

Die Erhöhung personaler Kompetenzen als dritte übergeordnete Zielstellungen erfolgt vor allem in Form der Vermittlung von Wissen über Minderheiten, aber auch kritische Reflexionsfähigkeit

133 Vgl. Tabelle 97 im Anhang.

und Kompetenzen zur Positionierung gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit werden diesbezüglich geschult und eingeübt. Beide Dimensionen flankieren häufig die Ansätze von Partnerschaften, die sich mit der Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur befassen. Hier sollen Vorurteile und Vorurteilsbereitschaft im Sinne einer offenen Grundhaltung durch die Vermittlung von Wissensbeständen sowohl über kulturelle Hintergründe als auch konkrete Fluchtursachen gezielt abgebaut und derart Aspekte einer Willkommenskultur gestärkt werden.

Die Vermittlung von Wissen über Minderheiten stellt darüber hinaus ein Handlungselement dar, welches in vielfältiger Hinsicht und Form Anwendung findet. In Bezug auf „Antisemitismus“ etwa sollen Vorurteile z. B. mittels Zeitzeugenprojekten abgebaut und eine Erinnerungskultur etabliert werden. Im Sinne historisch-politischer Bildung und Forschung zur regionalspezifischen Geschichte werden zudem Heranwachsende an das Thema herangeführt und deren kritische Reflexionsfähigkeit gefördert.

Die Stärkung von Grundwerten erweist sich einerseits als weit verbreitetes Ziel, andererseits stehen die zugehörigen Handlungsdimensionen kaum mit spezifischen Arbeitsschwerpunkten in Verbindung. Dennoch wird die Anerkennung sozialer Konventionen eher von Partnerschaften als charakteristisches Element ihrer Handlungsansätze benannt, die sich mit interkulturellen oder interethnischen Problemlagen befassen („Islamistischen Orientierungen und Handlungen“ und/oder „Islam-/Muslimfeindlichkeit).

4.1.3.4 Kurzzusammenfassung

In den vorangehenden Kapiteln hat sich gezeigt, dass die Partnerschaften für Demokratie mit vielfältigen Problemlagen konfrontiert sind. Diese Heterogenität drückt sich einerseits in den gewählten Schwerpunkten aus, andererseits ist ein deutlicher und gemeinsamer Fokus auf die Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur erkennbar. Hiermit reagieren die entsprechenden Akteure auf den Umstand, dass an sämtlichen Standorten Geflüchtete/Asylsuchende aufgenommen worden sind. Auf Projektebene führt diese thematische Ausrichtung wenig überraschend zu einer hohen Zahl geförderter Maßnahmen und der Fokussierung entsprechender Zielgruppen, wobei Jugendliche nach wie vor die Hauptadressaten darstellen (s. Kapitel 4.1.3.2).

Die weitere Systematisierung der Handlungsansätze führt die beschriebenen Erkenntnisse fort und spezifiziert, dass das mit diesem Themenfeld vorrangig verbundene Ziel der Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe durch die Vernetzung Interessierter sowie die Stärkung Engagierter verfolgt und u.a. mit Begegnungsansätzen sowie der gezielten Erhöhung von Beteiligungschancen von Minderheiten flankiert wird.

Im Gesamtüberblick zeichnet sich dabei eine breite Bezugnahme auf die jeweiligen Handlungsdimensionen bzw. die zugehörigen Handlungselemente ab, so dass diese weniger als wechselseitig ausschließende Alternativen, denn eher als Bausteine eines umfassenden Handlungsrepertoires zu verstehen sind. Eine gewisse Zurückhaltung zeigt sich zwar hinsichtlich der Verdeutlichung normativer Grenzen bzw. genauer der Stigmatisierung antidemokratischer Phänomene. Jedoch legen die Untersuchungen nahe, dass hier pragmatische Erwägungen eine gewichtige Rolle spielen. So ist nicht jede Förderregion in gleichem Maße mit manifesten Grenzüberschreitungen einschlägiger Akteursgruppen konfrontiert, weshalb Sensibilisierung als weiter verbreitetes Handlungselement naheliegend ist.

4.1.4 Die Jugendforen der Partnerschaften für Demokratie

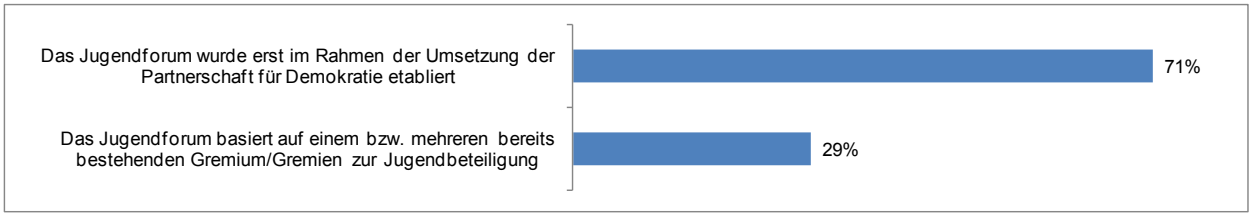
Entsprechend der Vorgaben des Bundesprogramms, können die Jugendforen sowohl aus vorhandenen Beteiligungsstrukturen heraus konzeptionell erweitert als auch strukturell neu aufgebaut werden. Im Jahr 2015 gelang die Etablierung von Jugendforen insbesondere in den Stan-

dorten, in denen auf bereits bestehenden Strukturen zurückgegriffen werden konnte oder eine kraftvolle Initiative von Jugendlichen existierte.

Im Jahr 2016 gingen vom Programm „Demokratie leben!“ deutliche Impulse zur Ausweitung des Engagements von Jugendlichen in den Jugendforen aus.

Die Partizipation von Jugendlichen konnte im Jahr 2016 wesentlich ausgebaut werden, insbesondere auch dort, wo bislang keine analogen Beteiligungsstrukturen existierten. In 166 (76%) Partnerschaften für Demokratie existiert nunmehr ein Jugendforum,[134] in 118 dieser Standorte wurde das Forum erst im Zuge der Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie eingerichtet.

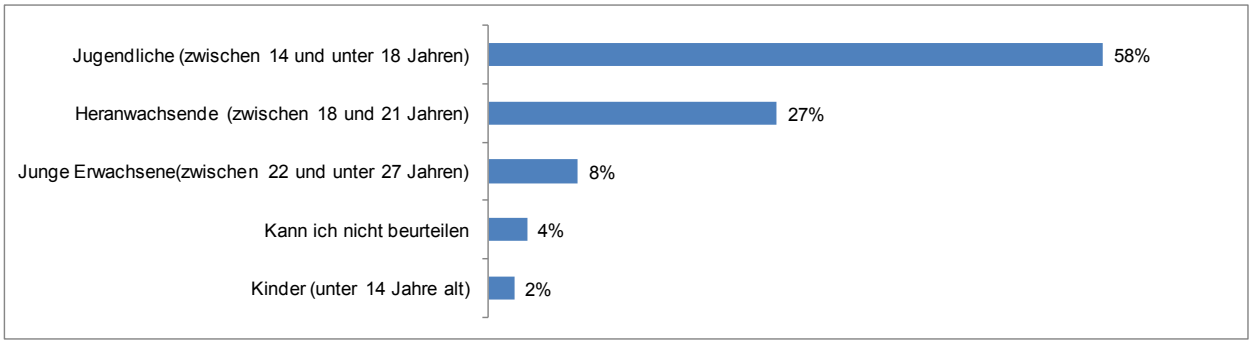
Abbildung 27: Etablierungskontext der Jugendforen[135]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit etabliertem Jugendforum 2016 (n=166).

Nach Angaben der Koordinator/innen engagieren sich insgesamt 2.566 Jugendliche in den Jugendforen.[136] Das kleinste Forum ist aktuell mit zwei Personen, das größte mit 150 Jugendlichen besetzt. Die engagierten Jugendlichen sind in der Mehrzahl zwischen 14 und 18 Jahren alt.

Abbildung 28: Altersgruppen der in den Jugendforen aktiven Kinder und Jugendlichen[137]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=166).

In etwa jeder vierten Partnerschaft für Demokratie existierte aufgrund von räumlichen, strukturellen und zielgruppenbedingten Hindernissen auch bis Mitte des Jahres 2016 kein etabliertes Jugendforum.

In 49 Partnerschaften gelang der Aufbau eines Jugendforums auch bis zum Juli 2016 nicht, drei bereits gegründete Jugendforen wurden wieder aufgelöst, ohne durch ein neues ersetzt worden zu sein.[138]

134 Vgl. Tabelle 98 im Anhang.
135 Vgl. Tabelle 99 im Anhang.
136 Vgl. Tabelle 100 im Anhang.
137 Vgl. Tabelle 101 im Anhang.
138 Vgl. Tabelle 98 im Anhang.

4.1.4.1 Entwicklungslinien beim Aufbau der Jugendforen

Die Schwierigkeiten, die die Akteure in den Partnerschaften für Demokratie beim Aufbau der Jugendforen zu bewältigen haben, sind unterschiedlich und können als räumlich, zielgruppen- sowie strukturell bedingt beschrieben werden.

In den Landkreisen führen die Koordinator/innen an, dass es nur schwer gelingt, Jugendliche für ein überlokales Engagement zu motivieren. Den Jugendlichen, die lokal durchaus aktiv seien, fehle das gemeinsame und verbindende Interesse für ein kreisweites Engagement. Zudem seien die langen Anfahrtswege und der hohe Zeitaufwand, der für die Treffen aufgebracht werden müssten, hohe Hürden. Die Jugendlichen, die sich in der Regel nicht gegenseitig kennen würden, fänden weder zügig Kontakt zueinander, noch einen gemeinsamen Anlass, um über einen längeren Zeitraum hinweg aktiv werden zu wollen.

> *„Genau, also überhaupt auch erst mal so Kontakt und Beziehungen herzustellen, so Kontaktpunkte, also dass die sich auch gegenseitig kennen und Gesichter kennen und nicht nur eine Einladung kriegen, ja die Kinder und Jugendbeiräte treffen sich, sondern, ach ja, da sind ja auch Menschen, die hab ich schon getroffen, mit denen mach ich gerne Dinge, mit denen tausche ich mich gerne aus. Die nehme ich so wahr als sehr wichtig […].“ (Jint1_56)*

In mehreren Partnerschaften für Demokratie befinden sich die Jugendforen noch im Aufbau, da Jugendliche erst niedrigschwellig aktiviert werden müssen. So wurden z.B. zunächst Kinderjurys eingerichtet, um das Interesse der Jugendlichen zu wecken und mögliche selbstgestaltete Verfahrenswege für eine Weiterarbeit als Jugendforum auszuloten und zu erproben. Andere Partnerschaften für Demokratie wiederum setzten auf schrittweise aufeinander aufbauende Beteiligungsprozesse und führten Befragungen, Zukunftswerkstätten oder z.B. breit angelegte Delegiertentreffen durch. Die Etablierung eines Jugendforums ist in diesen Standorten eher als Prozess der Aktivierung bzw. mittelfristiges Ziel zu verstehen, auf das hingearbeitet würde.

Einige wenige Akteure wiederum berichten, dass sie Verfahrenswege der Aktivierung erprobt, aber dann wieder verwerfen mussten. So zeigt die Erfahrung einzelner Koordinator/innen, dass die Beteiligung insbesondere von Jugendlichen in stark von Zuwanderung geprägten Stadtteilen nur punktuell gelingt oder dass sehr heterogene Jugendgruppen manchmal keine gemeinsame Arbeitsgrundlage finden und auseinanderfallen.

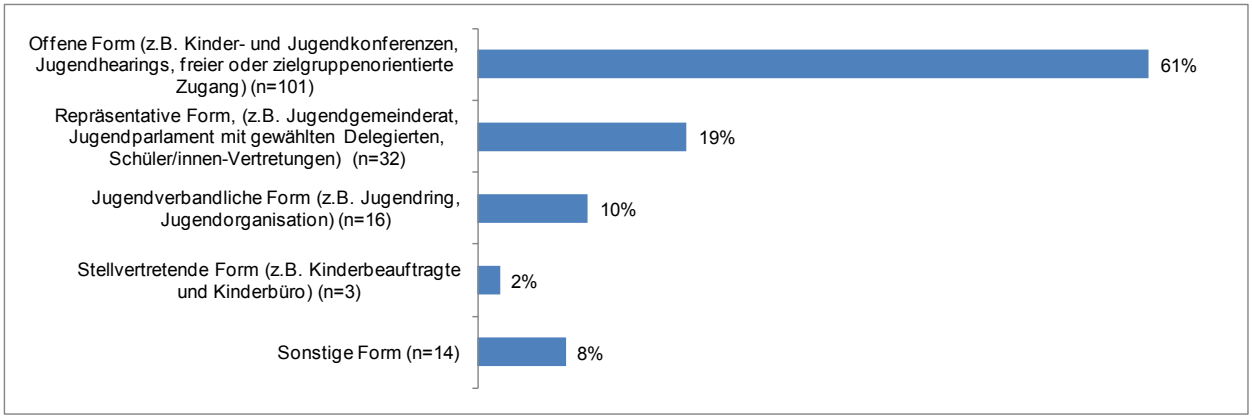
Schließlich waren aber auch strukturelle Faktoren ausschlaggebend dafür, dass die Jugendforen noch nicht installiert werden konnten. Die Koordinator/innen führen z.B. an, dass die Aktivierung von Jugendlichen einen hohen Zeitaufwand erfordere, den sie aus Kapazitätsgründen nicht eigenständig leisten könnten, dass sie erst im ersten Halbjahr 2016 ihre Arbeit aufgenommen haben, so dass sie noch nicht tätig werden konnten bzw. andere Aufgaben prioritär waren, oder dass vor Ort erst geeignete Träger gefunden werden müssen, die den Jugendfond verwalten und die Jugendlichen aktiv begleiten können. In Einzelfällen mussten auch Kooperationsbarrieren zwischen der Koordinierungs- und Fachstelle sowie der Verwaltung überwunden werden und führten unklare Zuständigkeiten sowie mangelhafte Absprachen zu Verzögerungen.

Die Mehrzahl der Partnerschaften für Demokratie setzt offene Formen der Jugendbeteiligung um.

61 % (101) der in den Partnerschaften für Demokratie umgesetzten Jugendforen werden als offene Partizipationsformate umgesetzt. Repräsentative Formen existieren in 19% (32) der Partnerschaften, die ein Jugendforum etablieren konnten. Damit zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr eine Verschiebung hin zu offenen Beteiligungsformaten. Dies zeigt wiederum auf, dass die verantwortlichen Akteure vor Ort, die nicht auf bestehende Gremien zurückgreifen könnten,

Zeit und angepasste Verfahren benötigten, um die Jugendlichen anzusprechen und zu aktivieren.

Abbildung 29: Aktuelle Organisationsform der Jugendforen[139]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=166).

Die Wege und Verfahren der Gründung und Ausgestaltung der offenen Jugendforen mussten sich zwangsläufig aus den Aktivitäten, Vorstellungen und Kapazitäten der Jugendlichen sowie den vor Ort existierenden bzw. fehlenden Strukturen heraus ausbilden. In Prinzip lassen sich zwei Verfahren der Generierung von offenen Jugendforen in den Standorten unterscheiden, das Trichter- bzw. das Keimzellenmodell.

Die Initiierung der neuen Jugendforen gelang entweder mittels eines Trichter- oder eines Keimzellenmodells.

Beim Trichtermodell wurden zunächst jugendkulturelle Events, Jugendkonferenzen bzw. Aktionstage oder Zukunftswerkstätten umgesetzt, die alle Kinder- und Jugendlichen angesprochenen haben und aus denen sich dann eine im Jugendforum aktive Gruppe bildete. Wichtige Partner/innen bei der Ansprache der Jugendlichen waren hierbei die Jugendverbände, professionelle Jugend(sozial)arbeiter/innen und Schulen bzw. Schülervertretungen sowie auch kirchliche Vereinigungen. Beim Keimzellenmodell wurden zunächst Schülervertreter/innen, verbandlich organisierte junge Menschen bzw. auch lose Initiativen von Jugendlichen wie z.B. Arbeitskreise von Jugendlichen gegen Rechts oder Rassismus aktiviert und dann um weitere organisierte oder auch nicht organisierte Jugendliche ergänzt.

Dort, wo auf solche Strukturen nicht zurückgegriffen werden konnte, wurden über Multiplikator/innen, die Zugang zu Jugendlichen haben, also Jugendwarte in z.B. Sport- und Feuerwehrvereinen, Streetworker/innen, Jugendpfleger/innen etc., einzelne Jugendliche angesprochen und zu einer aktiven Gruppe zusammengeführt. In einzelnen Standorten wird eine besondere Form der peer-to-peer Aktivierung gewählt, hier werden Jugendliche als Agenten, die von Sozialarbeiter/innen betreut werden, eingesetzt oder werden Touren durch Jugendeinrichtungen umgesetzt, bei denen andere Jugendliche angesprochen und für eine Beteiligung aktiviert werden sollen.

Solchermaßen entstandene Foren engagieren sich als lokale Arbeitskreise, die sich je nach Kapazitäten und Engagementbereitschaft der Jugendlichen monatlich bis zwei Mal jährlich treffen und Initiativen bzw. Aktionen planen. Als Herausforderung hat sich in der Konstitutionsphase der offenen Jugendforen herausgestellt, dass sich die Gremien eine Verfahrensordnung geben müssen, um als Jugendforum verantwortlich die Projekte bewilligen zu können. Dies erfor-

139 Vgl. Tabelle 102 im Anhang.

derte nach Angaben der Koordinator/innen eine Form der intensiven Begleitung, die oftmals auch durch Workshops oder z.B. gemeinsame themenorientierten Jugendfahrten unterlegt wurde. In der Regel sind offene Jugendforen vom Selbstverständnis her keine geschlossene Gruppen. Interessierte Jugendliche können jederzeit hinzukommen und sich engagieren. Faktisch berichten die Koordinator/innen aber, dass sich ein Kern von engagierten Jugendlichen herausbildet, der sich nicht stetig erweitert.

Repräsentative Jugendforen stehen hingegen als gewählte Gremien nicht vor der Notwendigkeit, eine Legitimierungsgrundlage für ihre Entscheidungsbefugnisse erarbeiten zu müssen. In der Mehrzahl der Partnerschaften für Demokratie sind repräsentative Jugendforen entweder Jugendparlamente bzw. -beiräte oder Zusammenschlüsse aus Schüler/innenvertretungen. In ländlichen Räumen bzw. großen Städten werden oftmals übergeordnete Netzwerke aus solchen Gremien angeregt bzw. auch etabliert. In diesen Gremien besteht die Herausforderung insbesondere entweder darin, eine gemeinsame überlokale Arbeitsbasis zu finden oder aber auch die Anliegen des Programms „Demokratie Leben!“ in die kommunalpolitischen Initiativen der Jugendparlamente zu integrieren.

Wichtige förderliche Kriterien für die Initiierung von Jugendforen in Standorten, in denen bislang keine Initiativen für eine Jugendbeteiligung vorhanden waren, sind eine intensive Begleitung der Jugendlichen, die Einbindung unterstützender Strukturen sowie die Aktivierung verschiedener lokaler Kleingruppen.

Dort, wo eine frühzeitige Initiierung von Jugendforen gelang, war die lokale Ausgangslage dadurch gekennzeichnet, dass Jugendliche selbst Wünsche formuliert haben, ein hohes Interesse an der Realisierung ihrer Initiativen hatten, Handlungsbereitschaft signalisierten und z.T. auch politischen Druck für das Zustandekommen von Jugendparlamenten entwickeln konnten. Auf der anderen Seite gab es in den Fördergebieten sowohl bereits etablierte Beteiligungsverfahren, auf die zurückgegriffen werden konnte, als auch unterstützende Strukturen, d.h. dass die Jugendlichen Ansprechpartner/innen hatten, die sie bei der Umsetzung ihrer Initiativen begleiten, beraten und fördern konnten.

In Standorten, in denen die Jugendforen nicht aus einer bestehenden Initiative von Jugendlichen heraus entwickelt werden konnten, mussten die Koordinator/innen bzw. die Träger der Jugendforen aktivierend vorgehen. Hierzu wurden vielerorts Aktionstage, Auftaktwochenenden oder Events, die Jugendliche auf unterschiedliche Weise ansprachen, umgesetzt. Hierzu gehörten Jugendkonferenzen zu kommunalpolitischen Themen ebenso wie Kunst- und Musikprojekte, Sportevents oder jugendkulturelle Workshops.

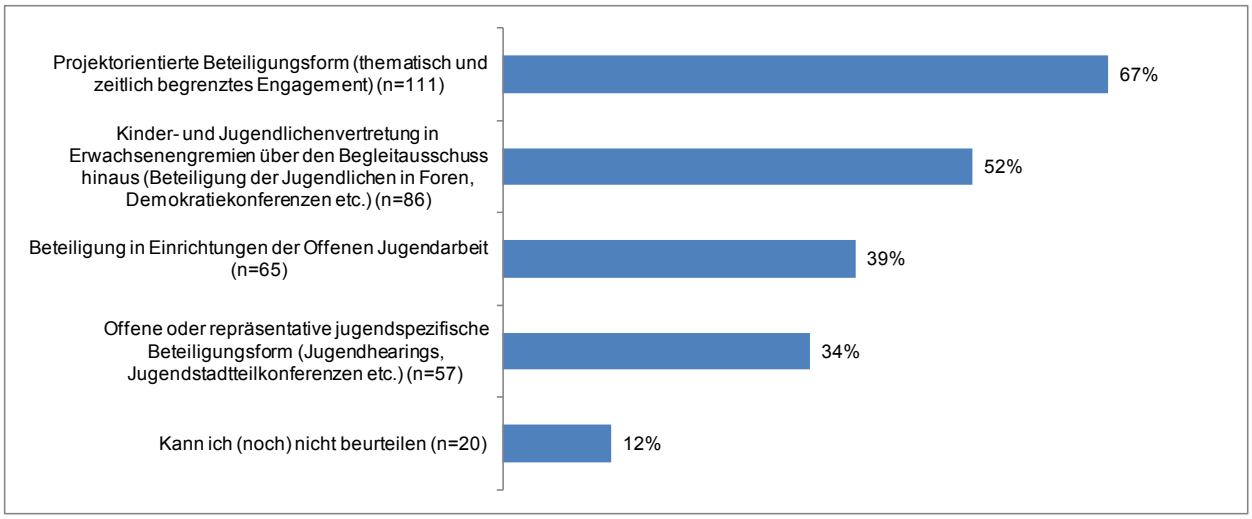
Aus Sicht der Koordinator/innen war es hierbei wichtig, nicht nur isolierte Impulse zu setzen, sondern den Schwung der Jugendlichen mitzunehmen und regelmäßig aktive Gruppen formieren zu können. Um dies leisten zu können war und ist es aus Sicht der Koordinator/innen unerlässlich, über ausreichende personelle Kapazitäten zu verfügen, um die Jugendlichen zu begleiten. Hierzu wurden in den Standorten in der Regel drei unterschiedliche Wege beschritten. In manchen Standorten haben die Koordinator/innen selbst oder eingesetzte Honorarkräfte die Jugendlichen unterstützt. In anderen Standorten wurden Träger involviert, die einen guten Zugang zu Jugendlichen verfügen, wie z.B. die Jugendverbände aber auch Jugendeinrichtungen freier Träger oder Vereine mit Jugendabteilungen. Schließlich gab es aber auch Standorte, die auf vor Ort existierende Projekte und Organisationen zurückgegriffen haben, um die Arbeit der Jugendforen zu stützen. So wurden z.B. Bündnisse für Familien, engagierte Gruppen der Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage oder aber auch Freiwilligenagenturen und die Youth Bank in die Begleitung der Jugendlichen eingebunden. So konnten die Jugendlichen von den Erfahrungen und der Anleitung anderer Initiativen profitieren.

Dort, wo es trotz der Organisation von Workshops, Jugendkonferenzen und Aktionstagen nicht gelang, eine ausreichend große Zahl an Jugendlichen anzusprechen, oder bereits im Vorfeld ein solches Vorgehen als nicht realistisch eingeschätzt wurde, hat es ist also förderlich erwiesen, lokale Kleininitiativen von Jugendlichen in Jugendeinrichtungen, in Vereinen oder in losen Gruppen zu befördern und mit den Möglichkeiten, die das Programm „Demokratie leben!“ eröffnet, vertraut zu machen. Die Idee hinter diesem Konzept ist, dass sich bei einer erfolgreichen Verstetigung der Initiativen dieser Kleingruppen mittelfristig die Möglichkeit eröffnet, ein gemeinsames Gremium einzurichten.

Jugendpartizipation wird vorrangig, aber nicht ausschließlich, über punktuelle Beteiligungsformate realisiert

Insofern zeigt sich über alle Partnerschaften für Demokratie hinweg, die Jugendforen eingerichtet haben, dass punktuelle, also projektorientierte Beteiligungsformen mit 67 % (111) die am häufigsten umgesetzten Partizipationsverfahren sind. In 52 % (86) der Standorte existieren Jugendvertretungen in Erwachsengremien. Jugendliche können aktiv an den Demokratiekonferenzen teilnehmen und leisten dort z. T. eigenständige Inputs, sind z. B. Mitglieder in Unterarbeitsgruppen der Jugendhilfeausschüsse oder arbeiten in vor Ort bestehenden Planungsgruppen mit. In 39 % (65) der Partnerschaften für Demokratie werden Jugendliche im Rahmen der offenen Kinder- und Jugendarbeit beteiligt, hier werden sie insbesondere dabei befördert und unterstützt, lokale Initiativen für sich und andere Jugendliche zu initiieren und umzusetzen. Offene oder repräsentative jugendspezifische Beteiligungsformen werden hingegen lediglich in 34 % (57) der Standorte umgesetzt. Hier handelt es sich zumeist entweder um existierende Partizipationsforen wie Jugendbeiräte in Stadtteilen und Gemeinden, die nunmehr auch im Rahmen des Bundesprogramms aktiv werden, oder um Formate wie Jugendkonferenzen oder -hearings, die z. B. im jährlichen Rhythmus wiederholt werden und alle Jugendlichen vor Ort ansprechen.

Abbildung 30: Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung[140]



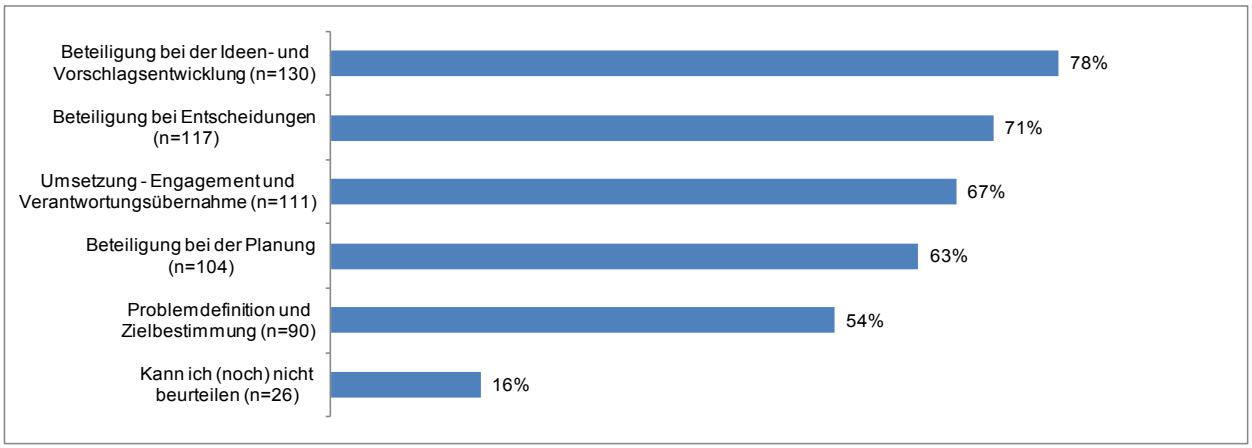
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=166). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

In Hinblick auf die Beteiligung von Jugendlichen in den unterschiedlichen Phasen politischer Prozesse vor Ort, die in den Partnerschaften für Demokratie mit einem existierenden Jugendforum realisiert werden können, zeigt sich weiterhin, dass die Jugendlichen zwar die Möglichkeit zur Beteiligung bei der Ideen- und Vorschlagsentwicklung und bei Entscheidungen haben, sie

140 Vgl. Tabelle 103 im Anhang.

aber an der vorgelagerten Phase der Problemdefinition und Zielbestimmung deutlich seltener involviert sind. Insofern stellt die Beteiligung der Jugendlichen an der Arbeit der Begleitausschüsse zwar ihre formale Partizipation bei Willensbildungsprozessen sicher, dennoch ist damit nicht zwangsläufig garantiert, dass die Sicht von Jugendlichen auf die lokalen Problemlagen, die ja Ausgangspunkt der integrierten Handlungsstrategien sind, ausreichend Berücksichtigung findet.

Abbildung 31: Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses[141]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=166). Mehrfachnennungen sind möglich.

Trotz dieser Tatsache sehen Akteure einen entscheidenden Mehrwert der Jugendbeteiligung darin, dass aus den Gremien der Jugendpartizipation heraus Themen formuliert und stetig auf der Agenda bleiben, die in den kommunalen Prozessen gar nicht oder lediglich anlassorientiert thematisiert werden.

> *„Also, was ich total spannend finde, ist dieses große, große Engagement in Bezug auf die Themen Projekte gegen Rassismus, gegen Fremdenfeindlichkeit und so. […] Da merkt man auch politische Überzeugung, […] Klar spielt das Thema […] immer mal eine Rolle, wenn es hier in XXX [Ort, Anm. d. Verf.] brennt, ne? Und wenn es irgendwelche Anlässe gibt. Aber im Jugendparlament ist das ein kontinuierliches Thema. Und das finde ich total klasse. Also es macht mir auch ganz ehrlich gesagt Mut für diese Gesellschaft.“ (JInt3_171)*

4.1.4.2 Jugendfondsgeförderte Initiativen und Projekte

Ein innovatives Element des aktuellen Förderarrangements ist die finanzielle Ausstattung der Jugendforen mit einem Jugendfonds, um jungen Menschen die Gelegenheit zu geben, sich verstärkt selbstorganisiert und aktiv gestaltend in die kommunale Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Demokratiedistanz einzubringen.

Im Zeitraum eines Jahres wurden mit den Mitteln der Jugendfonds 304 Projekte umgesetzt.

Vom 01. Juli 2015 bis zum 31. Juni 2016 sind 304 jugendfondsgeförderte Projekte umgesetzt worden. Bei dieser Zahl gilt es zu bedenken, dass es bis Mitte des Jahres 2015 lediglich 51 Partnerschaften für Demokratie gelungen war, Jugendforen einzurichten. Insofern ist die Zahl der Projekte nicht auf das laufende Förderjahr übertragbar.

18 % der Projekte (54) hatten zum Ziel, den Aufbau, die Bewerbung und Begleitung der Jugendforen selbst sicherzustellen. Die Mittel wurden zweckgebunden dafür eingesetzt,

141 Vgl. Tabelle 104 im Anhang.

- die Jugendforen zu einem aktiven Gremium herauszubilden;
- die Handlungsbasis der Jugendforen zu erarbeiten sowie
- die Jugendforen öffentlich bekannt zu machen.

Um Jugendliche für ein Engagement in den Jugendforen zu gewinnen und zu aktivieren, war es in einzelnen Standorten notwendig, junge Menschen z.B. in Jugendeinrichtungen, Schulen aufzusuchen oder auch gezielt einzelne Zielgruppen wie z.B. Streitschlichter/innen oder Mitmachen-Ehrensache-Botschafter/innen anzusprechen. Hierzu wurden Organisationen oder geeignete Einzelpersonen beauftragt, die dann oftmals auch die erste pädagogische Betreuung der Jugendlichen übernahmen und mit oftmals kreativen Methoden Gruppenprozesse anleiteten. Insbesondere heterogen zusammengesetzte Jugendforen benötigten Unterstützung bei der Herausbildung einer gemeinsamen Idee und Struktur für das Engagement.

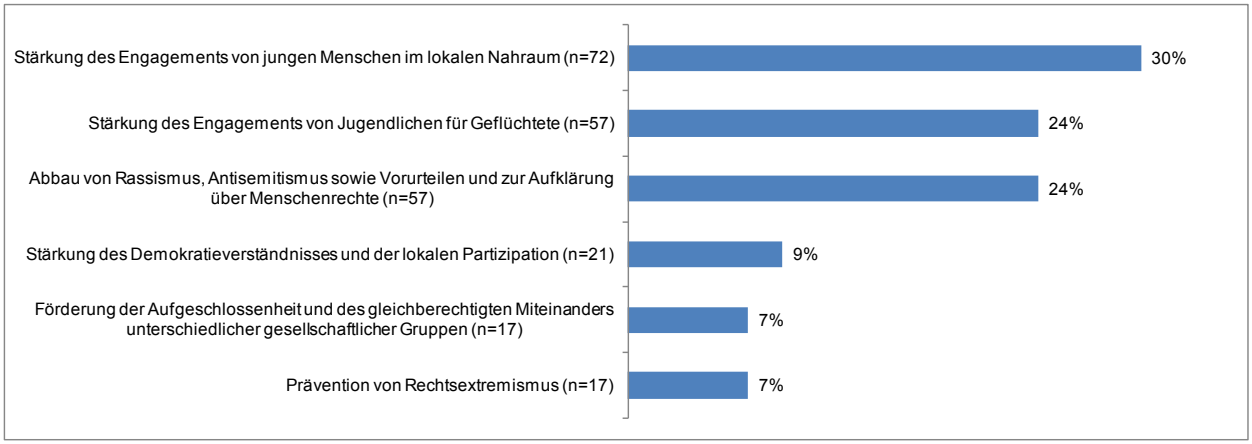
Mit Mitteln der Jugendfonds wurden auch Maßnahmen gefördert, die die aktiven Jugendlichen dabei unterstützten, als Team zusammenzuwachsen, eine Verständigung zu Verfahren der Meinungsbildung und Bewilligung der Projektgelder zu treffen sowie ein tieferes Verständnis für demokratische Prozesse und Verfahren zu entwickeln. Hierzu wurden mit den Jugendlichen pädagogisch begleitete Auftaktwochenende, Fahrten und Workshops aber auch z.B. Landtagsbesuche, moderierte Gespräche mit Kommunalpolitiker/innen oder Demokratieworkshops mit externer Anleitung durchgeführt.

Schließlich war es auch wichtig, die Arbeit des Jugendforums nach außen sichtbar zu machen und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zu gestalten. Hierzu gehörte die Gestaltung von Logos, das Bedrucken von T-Shirts, die Erstellung von Web-Seiten und Flyern sowie in manchen Standorten auch das Drehen von Kurzfilmen.

Mit 250 Projekten setzten sich Jugendliche zu sechs inhaltlichen Schwerpunkten auseinander.

82 % der jugendfondsgeförderten Projekte (250) wurden für die Aktiven in den Jugendforen und andere jugendliche Zielgruppen durchgeführt, d.h. dass sowohl die engagierten Jugendlichen als auch außerhalb der Jugendforen aktive Gruppen, Personen oder Organisationen die Projekte entwickelt, geplant und durchgeführt haben. Über alle Initiativen hinweg lassen sich insgesamt sechs inhaltliche Schwerpunkte der Aktivitäten identifizieren.

Abbildung 32: Schwerpunkte der aus den Jugendfonds realisierten Projekte[142]



Quelle: Projektdatenbank der Regiestelle (n=241), Kategorisierung durch das ISS-Frankfurt a.M.

142 Vgl. Tabelle 105 im Anhang.

Neun weitere Projekte haben einen Sonderstatus. Sie umfassen die Beantragung des Jugendfonds als Ganzes oder sind Initiativen, mit denen Spenden für Organisationen im In- und Ausland gesammelt wurden. Zwei Projekte bereiteten Informationen zum Salafismus auf und waren für ein breites Publikum und Multiplikator/innen im Bereich der Jugendarbeit erstellt worden.

Jugendliche gestalten den sozialen Nahraum und führen über gemeinsame Aktivitäten distanzierte Milieus zusammen.

Die Initiativen und Projekte der Jugendlichen zur Stärkung des Engagements junger Menschen im lokalen Nahraum (72) greifen sehr unterschiedliche Ansätze auf. Es wurden Projekte zur Gestaltung des Wohn- und Schulumfeldes umgesetzt, d.h. gemeinschaftlich Sitzbänke gebaut, Grünflächen gestaltet, Bauzäune mit Grafittis besprüht und Grillplätze angelegt oder Initiativen umgesetzt, die die Bedarfe von Jugendlichen in Hinblick auf die Lebensraumgestaltung erhoben.

Zahlreiche Projekte hatten weiterhin zum Ziel, über gemeinsame Aktivitäten wie Kunst- und Musikevents und insbesondere auch über Trendsportarten sowie gesellige Anlässe, Jugendliche und Erwachsene unterschiedlicher kultureller und sozialer Milieus zusammenzubringen. Mit den Projektmitteln wurden ferner auch Initiativen gefördert, die zu einem besseren Verständnis spezifischer Zielgruppen beitragen sollen. So führten Jugendliche z.B. Interviews mit Obdachlosen und Straffälligen durch oder wurden Begegnungen und Aktionen mit Roma organisiert. In einem Standort entschieden sich Jugendliche dafür, einen Social Day in Einrichtungen umzusetzen.

Jugendliche setzen sich vielfach für Geflüchtete ein.

Das Engagement für Geflüchtete nimmt einen großen Anteil an den umgesetzten Initiativen der Jugendlichen ein (57) und lässt sich als face-to-face Engagement und als Initiativen zur Aufklärung über die Lage geflüchteter Menschen beschreiben.

Jugendliche initiierten in Jugendeinrichtungen oder bei Jugendcamps Gesprächskreise zum Thema Flucht und Asyl und haben hierzu sowohl Jugendliche als auch Erwachsene aus der Nachbarschaft eingeladen. Es wurden Interviews mit Passant/innen und Geflüchteten gefilmt und Vorführungen mit Diskussionsabenden organisiert. Ziel dieser Veranstaltungen war, über die Fluchtursachen und die aktuelle Lebenslage von Geflüchteten aufzuklären und Vorurteile abzubauen.

Bei den face-to-face Initiativen setzten viele Jugendliche auf Sport- und Kochevents. Sie luden Geflüchtete zum gemeinsamen Zubereiten der Mahlzeiten und Essen in die Jugendclubs oder Schulen ein und nutzen die Zeit, um ins Gespräch zu kommen und Berührungsängste abzubauen. Zu den sportlichen Events zählen z.B. Fußballturniere aber häufig auch Aktionen, auf denen geflüchtete Jugendliche Trendsportarten wie Skaten und Parcour kennenlernen konnten. In Einzelfällen wurden diese Events dazu genutzt, Spenden einzusammeln, mit denen die Vereinsmitgliedschaft von Geflüchteten finanziert werden konnte. Wie kreativ die Jugendlichen bei der Planung und Umsetzung der Events waren, zeigt das Beispiel einer Badminton Veranstaltung, die im Schwarzlicht stattfand, so dass Herkunft und Hautfarbe der Spieler/innen keine Rolle spielte. Viele junge Menschen haben sich zudem bei Freizeitprojekten mit Geflüchteten engagiert. Sie haben Wanderungen durchgeführt, mit geflüchteten Kindern Nachmittage auf Stadtteilbauernhöfen verbracht oder Kino- und Theaterveranstaltungen besucht.

Die Jugendlichen engagieren sich aber auch kontinuierlich in der Betreuung von Geflüchteten, sie begleiten Spielgruppen und unterstützen geflüchtete Schüler/innen z.B. beim Spracherwerb und engagieren sich als Buddies oder Paten.

Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit begegnen Jugendliche mit einer Vielfalt kreativer Aktionen.

Jugendliche setzen sich mit ihren Projekten und Initiativen sehr engagiert für gesellschaftliche Vielfalt ein, hinterfragen Vorurteilsstrukturen und positionieren sich gegen Rassismus und Antisemitismus (57). Sie haben Vorträge z.B. zu Islamfeindlichkeit oder zum NSU an Schulen, Bücherlesungen und Filmabende zum historischen und modernen Antisemitismus oder Gesprächskreis mit von Rassismus Betroffenen organisiert. Sie haben mit Kampagnen an der internationalen Woche gegen Rassismus teilgenommen und Seminare z.B. zur Aufklärung über den alltäglichen Gebrauch rassistischen Vokabulars abgehalten.

Die Auseinandersetzung mit Rassismus und Intoleranz gestalteten die Jugendlichen jedoch auch mit einer Vielzahl kreativer Aktionen. Sie nahmen einen Rapsong zum Thema „Fremdsein im eigenen Land" auf, drehten Videointerviews z.B. zu rassistischen Kommentaren bei facebook und erstellten eine CD, organisierten „Kunst kennt keine Grenzen" Festivals und gestalteten Plakate. In einem Standort erarbeiteten Jugendliche Postkarten und Plakate mit „Ich bin ja kein Rassist, aber …" Aussagen und Gegenargumenten, die aus ihrer Sicht wichtig sind. Die Plakate wurden an Schulen, auf Veranstaltungen, in der Fußgängerzone und schließlich auch entlang der Bahntrasse öffentlich ausgehängt und auf facebook beworben.

Schließlich rundeten auch „bunte" Sportevents die Aktionen der Jugendlichen ab. In einem Standort organisierten Jugendliche ein Training für Menschen, die sich öffentlich z.B. auf Demonstrationen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einsetzen wollen und übten den Umgang mit Anfeindungen.

Auf Workshops, Konferenzen und Lernwerkstätten werden Jugendliche für demokratische Partizipation fit gemacht.

Initiativen der Jugendlichen zur Stärkung des Demokratieverständnisses und der lokalen Partizipation (21) richteten sich vielfach an engagierte Schülervertreter/innen. Es wurden Workshops und Thementage umgesetzt auf denen sich die Jugendlichen vernetzen konnten, Beteiligungsmöglichkeiten kennenlernten, Ideen entwickelten und auf denen sie durch verschiedene Trainingseinheiten Handlungssicherheit einüben konnten.

Um Teilhabeoptionen am kommunalpolitischen Leben kennenzulernen, Verständnis für das kommunalpolitische Geschehen zu entwickeln und Berührungsängste abzubauen, wurden Jugendkonferenzen durchgeführt, haben sich Jugendliche mit Kommunalpolitiker/innen getroffen oder wurden Workshops umgesetzt, bei denen sich Jugendliche über die kommunalen Förderstrategien in der Jugendarbeit informieren konnten.

Schließlich haben Jugendliche auch Projekte umgesetzt, mit denen sie die Meinung von Jugendlichen zu Politik eingefangen und diskutiert haben. In einzelnen Standorten fanden unter Anleitung von geschultem Personal beteiligungsorientierte Initiativen statt, die das Ziel hatten, mit den Jugendlichen demokratische Aushandlungsverfahren einzuüben und zu reflektieren. Auf diese Weise sollte auch einer rechtsextremen Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen in Schule und im Freizeitbereich entgegengewirkt werden.

Jugendliche thematisieren Homo- und Transfeindlichkeit und setzen sich für die Gleichstellung von Frauen und Männern ein.

Jugendliche zeigen Interesse an Genderfragen und setzen sich in unterschiedlichen Projekten sowohl für die Gleichstellung der Geschlechter als auch für die Themen Homo- und Transidentität ein (17). So organisierten Jugendliche auf einer jährlich stattfindenden Großveranstaltung einen Informationsweg zu unterschiedlichen Lebenslagen von Trans*Menschen oder sie setzten sich auf Veranstaltungen mit dem Zusammenhang zwischen und Homo- und Transphobie

als Teil der Argumentation rechtspopulistischer/extremistischer Gruppen auseinander und lernten, sich diesen argumentativ entgegenzustellen. Zudem wurden auch Begegnungsmöglichkeiten und gemeinsame Fahren mit homo- und heterosexuellen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund organisiert.

Oftmals griffen Projekte der Jugendlichen aber auch Themen auf, die aktuell öffentlich polarisieren. Sie führten Straßeninterviews zur kulturellen Prägung von Frauenbildern durch und fragten danach, warum Frauen manchmal als Menschen „zweiter Klasse" gesehen werden, sie thematisierten das Thema Zwangsehe, Beschneidung und auch Gewalthandeln gegen Frauen. Hierbei ging es ihnen um Aufklärung, um eine kritische Auseinandersetzung und um die Sensibilisierung anderer Jugendlicher.

Schließlich wurden auch Initiativen umgesetzt, die gezielt Mädchen stärken sollten und sie für sexistische Haltungen sensibilisieren sollten. Es wurde z.B. eine feministische Bibliothek aufgebaut und es wurden Leseabende veranstaltet. Mädchen beschäftigten sich mit Rap-Musik und analysierten deren sexistischen, frauenfeindlichen und gewaltverherrlichenden Inhalte um dann selbstbewusst eigene Musiksongs aufzunehmen. In anderen Initiativen lernten sie sich zur Wehr zu setzen und ihre Rechte einzufordern.

Auf Initiative der Jugendlichen findet Aufklärung über Rechtsextremismus und den Nationalsozialismus statt.

Mit unterschiedlichen von Expert/innen angeleiteten Projekten zur persönlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, Gedenkstättenfahrten, Zeitzeugengesprächen wurden Jugendliche für die Gefahren rechten Gedankenguts sensibilisiert (17). Sie setzten sich mit der lokalen Geschichte auseinander, führten Fahrten auf den Spuren von Anne Frank durch oder organisierten Ausstellungen und passende Rahmenprogramme sowie Vortragsreihen.

Zu spezifischen Gedenktagen oder lokalen Anlässen planten und gestalteten Jugendliche Musikveranstaltungen und Festivals gegen Rechts, um Kontrapunkte zu setzen und ihre Haltung sichtbar zu machen. Ihr Anliegen war es, niedrigschwellige Zugänge zur Themenstellung zu schaffen und Jugendliche für eine klare Haltung sowie Engagement zu motivieren.

Jugendgruppen boten aber auch selbst Workshops in Schulen und Jugendclubs an, die über die Gefahren durch Rechtsextremismus aufklären, um Strategien für den Umgang mit rechtem Gedankengut zu entwickeln und den Teilnehmer/innen aufzuzeigen, wie sie sich verhalten können, wenn sie mit rechtsextremen Parolen konfrontiert sind.

Die Koordinator/innen nehmen die Förderung von Jugendpartizipation als stetige Herausforderung wahr.

In der Gesamtschau zeigt sich, dass es den Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2016 gelungen ist, die Partizipation Jugendlicher wesentlich auszubauen und neue Beteiligungsstrukturen zu implementieren. Jedoch nehmen die Koordinator/innen die hiermit einhergehenden Aufgaben weniger als punktuelle, denn als stetige Herausforderung wahr, deren Bewältigung eines kontinuierlichen Engagements bedarf und sich auf künftig fortsetzt.

So wird in Förderregionen, in denen nicht an bereits existierende Strukturen angeknüpft werden konnte, bereits die erstmalige Etablierung eines Jugendforums als mehrstufiger Prozess der Aktivierung bzw. mittelfristiges Ziel beschrieben. Zweitens stelle die Einbindung von Jugendlichen insbesondere dann eine anhaltende Herausforderung dar, wenn vor Ort keine Tradition der Beteiligung verankert sei und entsprechende Aktivierungsbemühungen nicht als isolierte Impulse sondern in Gestalt einer regelmäßigen Begleitung aktivierter Gruppen angebracht erscheinen. So bedürfe es kontinuierlicher Bemühungen nicht nur bei der Strukturentwicklung

sondern darüber hinaus auch um Jugendpartizipation angesichts steter Fluktuation aufrechtzuerhalten.

Es werden konkrete Unterstützungsbedarfe und Interesse an Austausch und Vernetzung formuliert.

Im Zuge dieser fortgesetzten Herausforderung formulieren die Koordinator/innen mehrere Unterstützungsbedarfe, die sich zunächst auf einen Austausch zu grundlegenden bzw. bewährten Ansätzen der Initiierung eines Jugendforums beziehen. Hier ist insbesondere die anfängliche Entwicklung kleinerer (Keim-)Zellen engagierter junger Menschen als Ausgangspunkt breiterer Beteiligung von Interesse (s.o.). Neben Fragen im Kontext Implementierung äußern die Befragten Bedarfe auch hinsichtlich der Einbindung erweiterter Strukturen vor Ort, wie z.B. Ehrenamtsagenturen oder Sport- und Feuerwehrvereine. Zudem werden nicht nur für die Einrichtung sondern auch für die Begleitung der Foren teils erhebliche (personelle) Kapazitäten und Ressourcen aufgewendet und hiermit einhergehend Fragen nach weiteren Optionen der Begleitung formuliert.

Herausforderungen werden auch mit Blick auf den ländlichen Raum geschildert. Lange Anfahrtswege und besondere Erfordernisse der Aktivierung (s.o.) stellen Hürden dar, die einer kreisweiten Einbindung Jugendlicher allgemein und speziell im Sinne der in den Leitlinien formulierten Repräsentationsvorgabe entgegenstehen. Hier ist zu überlegen ob den mit der Nicht-Erfüllung einhergehenden Unsicherheiten durch eine Lockerung dieser Anforderung, ggf. über die Formulierung als mittelfristig zu erreichendes Ziel entgegengewirkt werden kann.

Neben den grundsätzlichen Themen Strukturentwicklung, Aktivierung und Begleitung lassen sich auch auf der Prozessebene Unterstützungsbedarfe erkennen. So werden ebenso konkrete Informationen zur Abrechnung der Jugendfondsprojekte in Form einer Handreichung nachgefragt, wie Hinweise zu einer regelmäßigen Einspeisung der Sichtweisen Jugendlicher in die Begleitausschüsse und Demokratiekonferenzen der Partnerschaften.

Mit der zunehmenden Etablierung von Jugendforen entsteht bzw. wächst schließlich das Interesse an Vernetzung und Austausch untereinander. Hier wünschen die Beteiligten in Form überregionaler Veranstaltungen („Jugendkonferenz“) in Austausch gebracht zu werden und derart neue Anregungen für ihr Engagement vor Ort zu erhalten. Ein solches Format könnte zudem dazu beitragen, Jugendliche auch auf Programmebene sichtbar werden zu lassen und mittels programmübergreifender Veranstaltungen die Identifikation mit den zugehörigen Zielen zu stärken.

4.1.5 Lokales Klima der Bedrohung in den Partnerschaften für Demokratie

Gewalt und Einschüchterungsstrategien der extremen Rechten sind nicht erst seit der Eskalation rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalt nach der Wiedervereinigung Teil der gesellschaftlichen Realität in Deutschland. Die Anschläge in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und auch Solingen Anfang der 1990er Jahre markierten allerdings den Auftakt zu einer bis dahin unbekannten Form der Eskalation von Fremdenfeindlichkeit, die sich bis heute in einer stetig andauernden und aktuell wieder zuspitzenden Serie von Gewalt gegen Migrant/innen und Asylsuchende fortsetzt, für die aktuell beispielhaft die Vorfälle und Übergriffe in Tröglitz, Freital und Heidenau genannt werden können. Die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2015 weist einen Anstieg der Straftaten an Flüchtlingseinrichtungen und Geflüchteten um das Fünffache – auf insgesamt 1031 Fälle – aus. Von den 10.373 für das Jahr 2015 registrierten Delikten im Bereich der Hasskriminalität sind 90 % fremdenfeindliche und rassistische Straftaten aus dem

rechten Spektrum.[143] Der Trend der Gewalt gegen Asylunterkünfte und Asylbewerber/innen setzt sich laut Angaben des Bundeskriminalamtes auch im Jahr 2016 fort.[144]

Auch die Opferberatungsstellen und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen weisen auf einen anhaltenden Trend zur Radikalisierung sowohl der öffentlichen Diskurse als auch gesellschaftlicher Milieus hin. Aufrufe zur sowie Androhungen von Gewalt gegen Asylbewerber/innen und Migrant/innen, aber insbesondere auch gegen Asylbefürworter/innen, Engagierte aus Politik und Zivilgesellschaft sowie politisch Andersdenkende und gesellschaftliche Teilgruppen nahmen im Jahr 2015 ebenso zu wie der Trend zur Verbreitung rechtsextremer und menschenfeindlicher Ideologien in den sozialen Medien.[145]

4.1.5.1 Proteste gegen Zuwanderung und Anfeindung von Geflüchteten

Die bundesweiten Entwicklungen und vereinzelte Rückmeldungen von Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen, selbst Opfer von Bedrohungen, Beleidigungen und Übergriffen geworden zu sein, veranlassten das ISS-Frankfurt a.M. dazu, im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung Daten zur aktuellen Situation hinsichtlich der Bedrohungslage in den Partnerschaften für Demokratie zu erheben und diese im aktuellen Bericht schwerpunktmäßig auszuwerten. Grundlage der vorliegenden Auswertung ist einerseits die quantitative Befragung aller 218 Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie und andererseits sechs qualitative Interviews, die mit Koordinator/Innen geführt wurden, in deren Fördergebieten Bedrohungen, Anfeindungen und/oder Übergriffe stattgefunden haben.

Polarisierte öffentliche Auseinandersetzungen und Proteste gegen Zuwanderung prägen das öffentliche Klima und die Diskurse in sozialen Medien in drei von vier Partnerschaften für Demokratie.

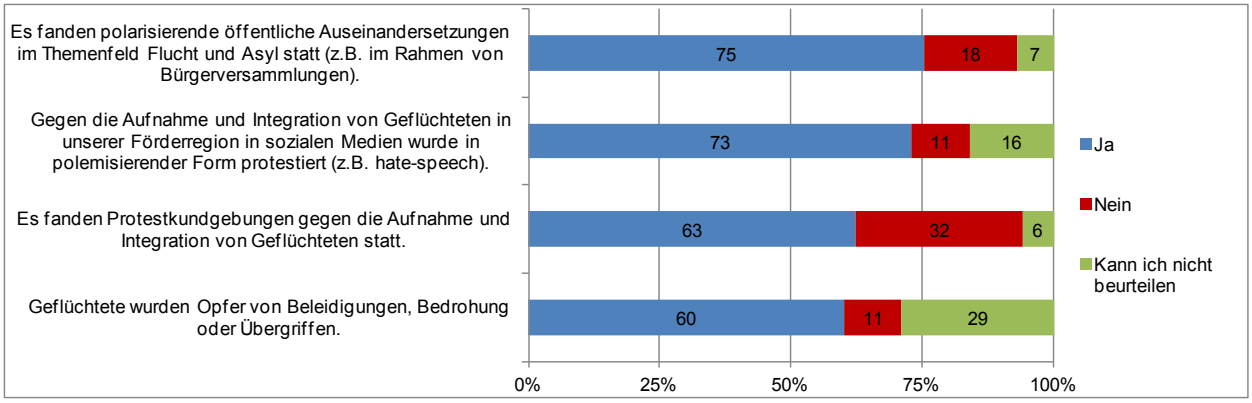
Analog zu den bundesweiten Entwicklungen lässt sich auch für die Partnerschaften für Demokratie feststellen, dass Themenstellungen zu Flucht und Asyl in hohem Maß öffentlich präsent sind und in konfrontativer Weise ausgetragen werden. 75% der Koordinator/innen (164) melden zurück, dass polarisierende öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Flucht und Asyl stattgefunden haben, in 73% der Förderregionen (159) wurde in sozialen Medien gegen die Aufnahme und Integration von Geflüchteten in polemisierender Form protestiert und es wurden zudem in 63% (137) der Standorte Protestkundgebungen durchgeführt.

143 Vgl. BMI 2016.

144 Vgl. Bundeskriminalamt 2016, S. 8.

145 Vgl. Verband BRG 2016 und Amadeo Antonio Stiftung 2016, S. 19.

Abbildung 33: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation des Protestes gegen den Zuzug und der Bedrohung von Geflüchteten in ihrem Fördergebiet für die Jahre 2015/2016[146]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Polarisierende Auseinandersetzungen fanden nach Angaben der Koordinator/innen in unterschiedlicher Form und auch in unterschiedlichen Konfrontationsgraden statt. Hierzu gehören aufgeheizte Debatten auf Bürgerversammlungen, Störungen von Aufklärungsveranstaltungen durch einschlägige Gruppen wie auch die Konstituierung von Bürgerinitiativen, die sich z.B. mit Plakataktionen und Unterschriftensammlungen gegen die Ansiedlung von Geflüchteten zur Wehr setzen, Bürgerwehrauftritte in einschlägigen Outfits oder gar gezielt provozierende Initiativen. In einem Standort wurde gegenüber einer sozialen Einrichtung kostenloses Essen ausschließlich für Deutsche ausgegeben und schließlich während des Ramadans demonstrativ ein Schwein gegrillt und ausgeteilt. Ein/e Koordinator/in berichtete ferner von der folgenden Aktion:

> *„Der allerjüngste Fall heute ist, dass es dazu gekommen ist, dass […] in der Stadt […] Kreideumrisse von Personen, so wie es an Tatorten geschieht, gezeichnet wurden mit roten Farbspritzern und kleine Zettel darüber verstreut, auf denen steht ‚Multikulti tötet!'" (DFInt49_77)*

Die lokalen Auseinandersetzungen werden auf der Emotions- statt auf der Sachebene ausgetragen, polarisierende Zuschreibungen nehmen zu.

Kennzeichen der Mehrzahl der lokalen Auseinandersetzungsszenarien ist, dass sie von Vorurteilen, diffusen Bedrohungsszenarien und pauschalen Abwertungsideologien gegenüber Geflüchteten und Migrant/innen genährt und hoch emotional aufgeladen vollzogen werden. Die Diskurse von Teilen der Bürger/innen – so die Koordinator/innen – seien oft von Unkenntnis und undifferenzierten Vorverurteilungen geprägt und reichten von der Ansicht, Geflüchtete seien alle kriminell bis hin zur Skizzierung einer kollektiven Bedrohungslage durch fallende Grundstückspreise oder Mobilitätseinschränkungen für Frauen und Kinder. Sachbezogene Diskurse, und das sei durchaus eine Veränderung gegenüber früher, so die Akteure vor Ort, scheinen in solchen Kontexten nur bedingt durchsetzbar, auch, wenn z.B. Bürgerversammlungen gezielt vorbereitet werden und auch deutungsmächtige Akteure und politisch Verantwortliche sich positionieren, sachlich argumentierten und Gegenrede übten.

> *„Man hat aber gemerkt, wenn dann Argumente der Verwaltung kamen, sehr sachlich, die kamen dann auch nicht rüber, das hat man gesehen bei einem bestimmten Teil. Die waren so verbohrt." (DFInt20_241)*

146 Vgl. Tabelle 106 im Anhang.

Insgesamt sei die lokale Situation vielfach durch massive Wortergreifungsstrategien von Asylgegner/innen und organisierten rechtsextremen sowie rechtspopulistischen Szenen geprägt und fremdenfeindlich aufgeladen. In Einzelfällen berichten Koordinator/innen, dass es rechtsextremen Akteuren durchaus auch gelungen sei, das Zepter in Bürgerversammlungen zu übernehmen, weil die Akteure aus Politik und Verwaltung nicht vorbereitet bzw. nicht ausreichend in der Lage waren Widerspruch zu formulieren und sich durchzusetzen.

Zudem berichten die Koordinator/innen, dass in öffentlichen Diskursen polarisierende Zuschreibungen zunehmen und zeitgleich die Bereitschaft zur Beteiligung an diskursiven Aushandlungsprozessen abnehme. Akteure würden schnell in rechts/links Kategorien eingeordnet und die Gespräche eingestellt. Auf diese Weise verändere sich die Diskussionskultur vor Ort in entscheidender und sog. postfaktischer Form:

> *„Also im Vorfeld war es so, dass man länger sachlicher diskutiert hat und nicht so schnell emotional geworden ist. Jetzt ist es schon so, dass, wenn man so Diskussionen wahrnimmt, sehr schnell geguckt wird, wer ist dafür und wer ist dagegen? Und dass es dann sehr schnell wieder aufgeheizt wird und […] Leute sehr schnell dann […] in eine Ecke gestellt werden. So, das heißt der typische Gutmensch oder im Gegenpart der Nazi. So ist es. […] Also die Diskussion wird weniger, die Emotionen werden mehr." (DFInt32_89)*

Proteste gegen Geflüchtete werden in sozialen Medien verbreitet, die Anonymität ermöglicht eine diskursive und aggressive Enthemmung.

Akteure vor Ort berichten zudem von ihrer Wahrnehmung, dass die sozialen Medien die Bereitschaft von Teilen der Bevölkerung verstärken, ablehnende und abwertende Ansichten über Geflüchtete zu äußern und z.T. auch gezielt Falschmeldungen zu verbreiten. Über anonyme Messenger wie z.B. „Jodel" würden Positionen ergriffen, die sich in den öffentlichen und realen Diskursen nicht immer widerspiegeln würden:

> *„Aber gerade im Kontext Geflüchtete oder der derzeitigen Politik […] ist es nicht so, dass hier auf einmal eine Welle von Hass ist. Woran man das schon sieht ist, wenn man ins Internet geht und auf die Seite unserer Zeitung guckt. Dann ist es schon so, dass sich recht schnell Leute melden, die sich auch aufregen und gleichzeitig in einem anderen Format [posten, Anm. d. Verf.], das jetzt ja erst sehr neu ist, dieses Jodel. […] Das spielt man sich aufs Handy und dann kann man anonym schreiben." (DFInt46_33)*

Gleichzeitig verleite diese Anonymität im Netz zu einer erhöhten Bereitschaft, konfrontative Diskurse zu führen und zu einer Verrohung der Umgangsformen. Personen, die sich für Geflüchtete positionieren würden, dürften im Gegenzug durchaus mit Kommentaren rechnen, die Freude darüber zum Ausdruck bringen, wenn *„die Freundin in einem Flüchtlingswohnheim mehrfach vergewaltigt würde"*.

Koordinator/innen berichten, dass sie bei Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte und Zuwanderung eine Vermischung von rechten Szenen und Teilen der asylablehnenden Bevölkerung wahrnehmen.

Protestkundgebungen gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften prägten neben der vielfach dargebotenen Hilfe und Unterstützung sowohl bundesweit als auch in Standorten der Partnerschaften für Demokratie das sich entwickelnde Klima der manifesten Ablehnung von Zuwanderung. Akteure, die einen guten Einblick in das Zustandekommen der Protestkundgebungen haben, berichten, dass sie bei diesen Protestformen eine Vermischung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen wahrnehmen. Rechtsextreme Akteure seien sowohl bei direkten Aktionen vor Flüchtlingsunterkünften als auch auf breit angelegten Protestkundgebungen in

Kommunen aktive Teilnehmer/innen. So wären z.B. Beteiligte an rechtspopulistischen Manifestationen durchaus auch zu lokalen Pegida Aktionen dazu gestoßen, deren Aktivisten vorrangig als rechtsextreme Akteure einzuordnen waren. Diese Entwicklung sei durchaus problematisch, weil sie eine pauschale Identifizierung der Akteure als Rechtsextreme und somit z.T. auch eine klare öffentliche Positionierung und Ablehnung erschwere:

> *„Es gibt einen zunehmenden Aktionismus der Rechten auch seit zwei, drei Jahren mindestens. XXX [Ort, Anm. d. Verf.] ist sowieso immer ein großes Aktions- und Aufmarsch-Gebiet in verschiedener Hinsicht. Aber das hat sich verändert und hat sich verbreitert und hat dazu geführt, dass so eine Art Bürgerinitiativen gegründet wurden, die sich dann in pegida-artigen […] und verschiedenen anderen Gruppen zusammengefunden haben. Und die haben dann sehr stark vor Ort, also so im Kleinklein bis hin über Facebook und dann auch allgemeine Medienkampagnen, die Situation noch mal zugespitzt mit ihren Argumenten." (DFInt35_65)*

> *„Bei der [rechtspopulistischen Organisation, Anm. d. Verf.], wo ganz viele unterschiedliche Positionen vertreten sind von eher konservativ bis hin zu rechtsextrem, fällt auch die Abgrenzung einigen Leuten einfach schwerer." (DFInt51_165)*

Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffe gegen Geflüchtete sind nur bedingt öffentlich wahrnehmbar.

60% der Koordinator/innen (131) geben an, dass in ihren Standorten Geflüchtete Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen geworden sind. Solche aggressiven Anfeindungen kommen sowohl als Gewalttaten vor, d.h. dass Geflüchtete direkt angegriffen und physisch verletzt werden bzw. Brandanschläge auf Unterkünfte verübt werden, als rassistische Anfeindungen gegen Mitglieder und Leiter islamischer Gemeinden, als religiös unterlegte Provokationen oder als alltägliche Formen von Provokationen und Abwertungen durch Sprüche und Pöbeleien, von denen nicht selten insbesondere Jugendliche betroffen sind.

Akteure argumentieren, dass insbesondere das Maß der Betroffenheit von zum Ausdruck gebrachter Formen des Alltagsrassismus öffentlich nicht wahrgenommen wird, weil die Opfer u.a. angesichts ihrer rechtlich unsicheren Situation davor zurückschrecken, diese Anfeindungen und Beleidigungen zur Anzeige zu bringen:

> *„Und die Hemmschwelle von geflüchteten Menschen darüber zu erzählen, dass sie rassistisch diskriminiert werden, ist unglaublich hoch, weil, natürlich möchtest du nicht, dass das vielleicht Einfluss darauf hat, wie dein Verfahren abläuft. Du möchtest keine polizeiliche Anzeige stellen, weil, du weißt nicht, was passiert." (DFInt38_261)*

Zudem wird aus einzelnen Standorten berichtet, dass das Bewusstsein für die Einordnung rassistischer Anfeindungen als menschenfeindliche und intolerable Haltungen zunehmend schwinde. Insbesondere in ländlichen Milieus hätten sich fremdenfeindliche und abwertende Einstellungen als „Mainstream" etabliert, so dass wenig Anstoß an diesen genommen würde, aufklärende Angebote wirkungslos blieben und andere, insbesondere kritische, Einstellungen kaum vermittelbar seien:

> *„[…] Ich [bekomme, Anm. der Verf.] immer wieder rückgespiegelt, dass es gerade in den jüngeren Generationen, fünfte Klasse und so weiter, komplette Ausländer- und Geflüchteten-Ablehnung gibt. Also rassistische Tendenzen kann man es gar nicht nennen, also einen eigentlich tief verwurzelten Rassismus […] innerhalb von ganzen Klassenstrukturen. […] Wenn diese Träger […] aus einer Klasse herausgehen und sagen, wir haben nichts erreicht, dann zeigt es eigentlich auch eher weiter eine Verschärfung sozusagen. (DFInt49_77/89)*

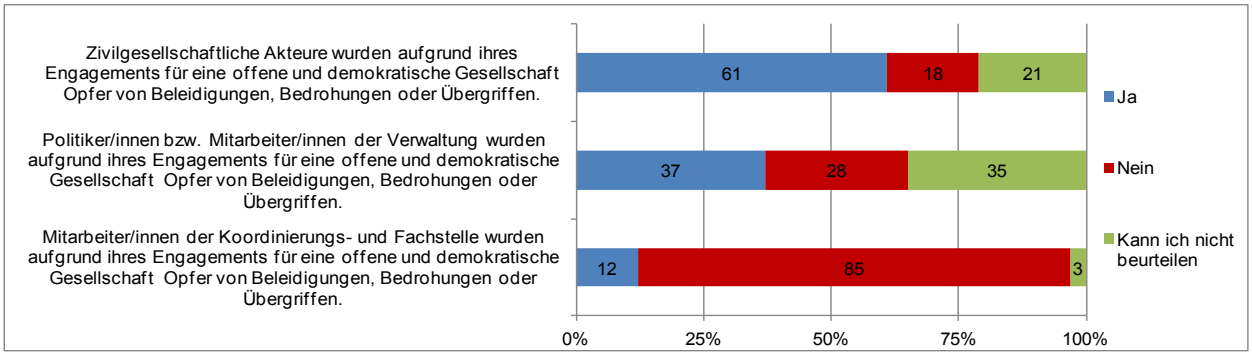
4.1.5.2 Anfeindung von engagierten zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren sowie Politiker/innen

Offene Anfeindungen, Bedrohungen und Übergriffe gegen Akteure, die sich aktiv für eine offene und demokratische Gesellschaft positionieren und engagieren, sind Phänomene, die von den Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt bereits seit ihrer Gründung berichtet und z.T. auch dokumentiert werden.[147] Während aber in der Vergangenheit, neben insbesondere Migrant/innen, vor allem Jugendliche aus alternativen Szenen und Personen, die sich aktiv gegen rechtsextreme Organisationen und Aktivitäten engagiert haben, also sog. politische Gegner/innen, Opfer rechter Gewalt wurden, verändern sich aktuell die Bedrohungskontexte in entscheidender Weise. Im November 2015 wiesen die Mitgliedsorganisationen des Verbandes der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt darauf hin, dass das Gewaltpotential zunehme und dass nunmehr auch Helfer/innen, Menschen, die mit der Unterbringung von Geflüchteten befasst sind, Politiker/innen und auch Journalist/innen Bedrohungen und Anfeindungen ausgesetzt sind.[148]

Engagierte Akteure aus der Zivilgesellschaft sind ebenso häufig von Anfeindungen und Übergriffen betroffen wie Geflüchtete.

Aus den Partnerschaften für Demokratie melden 61% der Koordinator/innen (133) zurück, dass in ihrem Standort zivilgesellschaftliche Akteure aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen wurden. Diese Zahlen machen deutlich, dass demokratisch engagierte Akteure ebenso häufig von Anfeindungen und Übergriffen betroffen sind wie Geflüchtete und dass sie in der Mehrzahl der Standorte stattgefunden haben. Werden die Daten hinsichtlich der Anfeindungen von Geflüchteten und Engagierten zusammen ausgewertet (n=96), so zeigt sich, dass nur neun Prozent der Partnerschaften keine Vorkommnisse zurückmelden.[149] Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung waren in 37% der Standorte (81) Betroffene und aus 12 % (25) der Partnerschaften für Demokratie melden die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen zurück, selbst Opfer geworden zu sein.

Abbildung 34: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von Engagierten in ihrem Fördergebiet für die Jahre 2015/2016[150]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

147 Vgl. u.a. RAA Sachsen 2015; LOBII 2016; Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt 2016; ezra 2016; Projekt GegenPart 2016.

148 Vgl. Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt 2016.

149 Die Werte beziehen sich auf die Standorte, in denen die Koordinator/innen die Angabe „kann ich nicht beurteilen“ zu allen vier Gruppen (Geflüchtete, zivilgesellschaftliche und staatliche sowie politische Akteure) ausgeschlossen haben. Vgl. Tabelle 106 im Anhang.

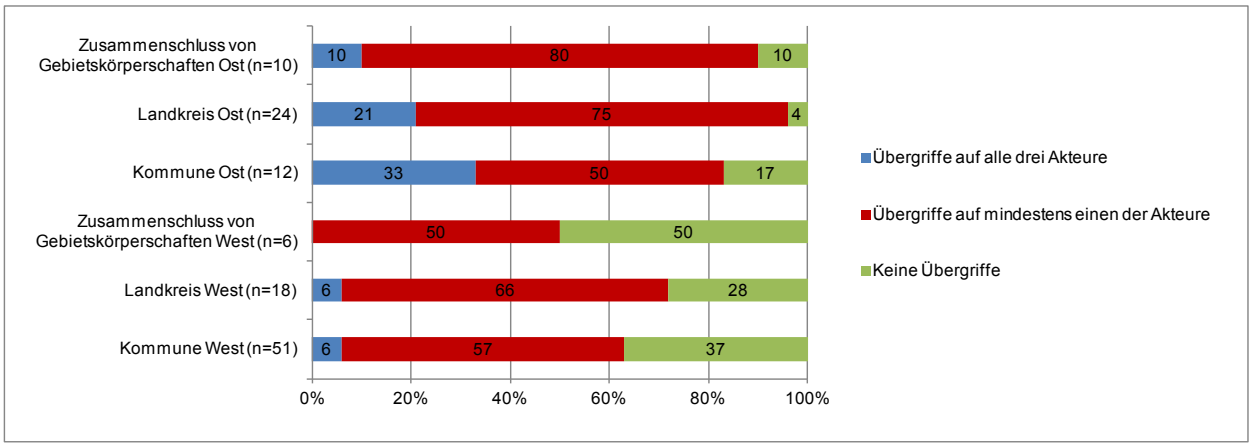
150 Vgl. Tabelle 108 im Anhang.

Engagierte Akteure in den neuen Bundesländern sind häufiger von Anfeindungen und Übergriffen betroffen als Akteure in den alten Bundesländern.

Nicht alle Koordinator/innen können verlässlich die Situation von Bedrohung vor Ort einschätzen. So gaben in Berlin 9 (64%), in den neuen Bundesländern 37 (45%) und in den alten Bundesländern 46 (38%) Mitarbeiter/innen an, keine Beurteilung zu Übergriffen treffen zu können. Am Beispiel Berlins zeigt sich, dass die Überschaubarkeit des Standortes hierbei eine große Rolle spielt.[151]

Werden aber die Angaben der Akteure, welche die Situation vor Ort hinsichtlich der Übergriffe auf alle engagierten Akteursgruppen nach eigenem Bekunden beurteilen können (121), regional ausgewertet, so zeigt sich, dass aus den Standorten in den neuen Bundesländern häufiger Übergriffe gegenüber Engagierten zurückgemeldet werden. Mit 96 % (24) liegt der Anteil von Koordinator/innen, die von Anfeindungen und Übergriffen berichten, in den ländlichen Regionen in den neuen Ländern mit Abstand am höchsten.

Abbildung 35: Einschätzung der Koordinator/innen, die gesicherte Angaben zur lokalen Situation der Anfeindung und Bedrohung von Engagierten machen können, nach Förderregion für die Jahre 2015/2016[152]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 ohne Berlin (n=121).

Diese Standorte beschreiben die Koordinator/innen in den qualitativen Interviews als immer schon in besonderer Weise durch eine lokale Kultur geprägte Regionen, in denen nunmehr eine Projektion aller Probleme und Unzufriedenheit auf das Thema Zuwanderung erfolgt ist und sich – auch unter dem Einfluss der extremen Rechten – eine nahezu geschlossene Ablehnung von Geflüchteten formiert hat.

> *„Ich würde mal sagen, dass speziell bei dem Thema Flucht und Asyl es immer eine Abgrenzung und auch eine Ablehnung gegenüber den Geflüchteten gab oder Menschen mit Fluchterfahrung, anderen Fremdsprachigen sage ich mal einfach ganz schlicht. Aber das spielte nicht so eine große Rolle. Und die Verschärfung liegt darin, dass im Verlauf der letzten zwei Jahre […] über Medienmobilisierungsversuche von der extremen Rechten auch über […] Gerüchte und allerlei Dies- und Das-Erzählungen tatsächlich eine regelrechte Distanzierung stattgefunden hat. Eine Ausgrenzung und auch eine Klarheit für die eigene Position, dass man das nämlich nicht will. Und dieser Prozess ist also sehr gut ablesbar. Das heißt nicht, dass dann alle zu Rassisten geworden sind, aber die Vorurteile oder na ja die Schwierigkeiten,*

151 Aufgrund der Tatsache, dass in Berlin die Mehrzahl der Koordinator/innen keine gesicherten Angaben machen konnten, wird die Hauptstadt von der regionalen Auswertung ausgenommen.

152 Vgl. Tabelle 109 im Anhang.

die wir mit verschiedenen Fragen hatten, wurden tatsächlich dann auch vor Ort den Flüchtlingen angelastet, was dann eben verschiedene Ausdrucksformen gefunden hat, ganz praktisch. Das gab es vorher so, in einer öffentlichen Bewegung, sage ich mal […] nicht." (DFInt25_53)

Die Abwertungsprozesse der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit weiten sich auf Engagierte aus.

Damit liegt aktuell eine Abwertungs- und Bedrohungslage vor, die sich weit über die bekannten Phänomene der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit hinaus erstreckt und nunmehr auch Personen mit einschließt, die demokratische Werte offen vertreten, leben und für diese beruflich aktiv sind. Diese Dimension der Einschüchterung kann als besorgniserregend eingestuft werden.

So zeigen die Ergebnisse der qualitativen Befragung, dass die Einschüchterung nicht nur ihren Ausdruck darin findet, dass ein Klima entsteht, in dem Engagierte sich – eher diffus – davor fürchten, dass ihr Einsatz sich für sie negativ auswirkt, über sie geredet wird und sie ausgegrenzt werden, sondern dass auch massive Übergriffe erfolgen, die manifest bedrohlich sind.

Beleidigungen und Pöbeleien gegen Engagierte werden inzwischen als alltägliche Phänomene wahrgenommen.

Pöbeleien und Beleidigungen erleben Engagierte in vielen Situationen. Sie kommen vor bei Bürgerversammlungen, auf denen sie bestenfalls als „*ahnungslose Gutmenschen*" oder „*Linke*" tituliert werden, in Form von Müll, der vor ihren Wohnungen abgeladen wird, aber auch in face-to-face Situationen, also dann z.B., wenn sie auf der Straße als Begleiter/innen von Geflüchteten oder auf Kundgebungen als Verräter/innen beschimpft werden. Aus Sicht der Koordinator/innen sei es alltäglich, dass sich Engagierte Anfeindungen ausgesetzt sehen und es sei inzwischen ein Gewöhnungseffekt eingetreten insbesondere auch gegenüber Formen der verbalen Verrohung und respektloser Umgangsformen:

„Augen verschließen glaube ich nicht, eher abgebrüht und so die Wahrnehmung, das ist Teil der Normalität." (DFInt88_109)

„Also da gibt es auch so eine Verrohung der Sprache […], wie man miteinander umgeht, wie man auch mit Amtsträgern umgeht" (DFInt57_133)

Bedrohungen erfolgen online, öffentlich oder im persönlichen Kontakt und schaffen ein Klima von Ermüdung und Angst, aktivieren aber auch Gegenwehr.

Engagierte, sei es in der Flüchtlingshilfe, in Bürgerinitiativen, in Projekten oder als politisch Verantwortliche werden nicht nur angefeindet, sondern auch persönlich bedroht. Sie erhalten Drohmails oder werden auf Facebook bzw. auf einschlägigen Online-Portalen attackiert. So wurde einer Person mit körperlicher Gewalt gedroht, falls sie ein Projekt übernehme. Es fanden sich in Standorten Aufkleber mit der Aufschrift *„Linke haben Namen und Adressen"*. Der Name eines Abgeordneten wurde auf ein Schaufenster unter einen Galgen gesprüht, über den die Aufschrift „*Volksverräter*" angebracht war. In anderen Fällen wurden Engagierten Böller in den Briefkasten gelegt bzw. das Fahrzeug in Brand gesetzt.

Solche Situationen der direkten Bedrohung, aber auch die stetigen verbalen Konfrontationen, lösen aus Sicht der Koordinator/innen zum einen Ermüdungserscheinungen, aber auch Angst und Unsicherheit aus und auch bei Übergriffen wird ein Gewöhnungseffekt konstatiert.

„Engagierte, die immer wieder bedroht werden, die werden einfach müde und kriegen Angst. Das sieht man und eine andere Auswirkung ist […] je öfter man mit die-

sen Angriffen und Vorfällen konfrontiert ist, desto weniger schockieren sie einen." (DFInt29_209)

Hinsichtlich der Ermüdungserscheinungen beschreiben Koordinator/innen die Situation dahingehend, dass es eine zusätzliche Belastung sei, bei allen Aktionen mit Gegenwind, Störungen, Anfeindungen und Bedrohungen zu rechnen und entsprechende Maßnahmen bzw. Sicherungsvorkehrungen planen zu müssen, sowie dass Akteure zunehmend danach fragen, welche Reichweite ihr Handeln angesichts eines sich stetig verschärfenden gesellschaftlichen Klimas hat. Es sei ferner für Menschen eine weitaus größere Herausforderung, sich angesichts von möglichen Bedrohungen offensiv zu positionieren.

„Ich glaube, dass es für Leute eine größere Hemmschwelle ist, sich dann auch explizit hinzustellen und zu sagen, ja aber ich stehe für die gute Sache ein." (DFInt74_113)

Situationen von Angst werden beschrieben als stetiges Bedrohungsgefühl, das dadurch entsteht, dass Engagierte sich beobachtet fühlen, dass für sie wahrnehmbar ist, dass sie mit persönlichen Konsequenzen für ihr Engagement zu rechnen haben. Dies gelte mittlerweile nicht nur für einschlägig aktive Menschen, die solche Situationen der Bedrohung durchaus schon seit geraumer Zeit kennen, sondern auch für z.B. Mitglieder demokratischer Parteien oder Organisationen.

„Es gibt manchmal so eine Anspannung dann einfach hier in der Stadt […]. Ich rechne damit, dass es Leute gibt, die mir zeigen, dass sie mich nicht mögen." (DFInt54_413)

„[Es wurde, Anm. d. Verf.] das XXX [Partei, Anm. d. Verf.]-Büro nebenan zerstört. Was veranschaulicht, dass an diesem Ort […] es nicht möglich ist, auch für demokratische Parteien wie die XXX [Partei, Anm. d. Verf.], öffentliche Sitzungen abzuhalten, ohne draußen dann möglicherweise auf einen Pulk von acht bis zwölf neonazistisch beseelten Menschen zu treffen, die dann mal richtig loslegen und die Leute dann auch richtig bis nach Hause verfolgen. Das ist so eine Form. Dazu gehört auch, dass einzelne Aktive auch zu Hause bedroht werden. Ich glaube, als Koordinator kann man sich daran gewöhnen, dass man seltsame Mails kriegt oder ständig abfotografiert wird, das, was flächendeckend mittlerweile passiert ist, dass Leute, die der extremen Rechten unangenehm auffallen, sich damit abfinden müssen, dass sie zu Hause besucht werden, dass sie dann die entsprechenden Aufkleber auf ihrem Briefkasten, auf ihrem Auto finden." (DFInt68_129)

Auf der anderen Seite lösen aus Sicht der Koordinator/innen Übergriffe und Bedrohungsszenarien durchaus auch eine verstärkte Motivation zur Gegenwehr aus. Sie berichten, dass dies insbesondere dann der Fall ist, wenn Betroffene nicht isoliert seien und sich vor Ort Solidarisierungs- und Unterstützungseffekte einstellten.

„Es gibt so ein ‚Jetzt-erst-recht', eine große Solidarität, so, jetzt müssen wir gemeinsam agieren […]." (DFInt79_153)

Je breiter ausdifferenziert die Unterstützung ausfällt, je öffentlich erkennbarer sie durch eine Positionierung der politisch verantwortlichen Spitzen und je besser sie durch eine Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden gestützt ist, desto geringer fallen die Belastungen aus Sicht der Koordinator/innen für die Betroffenen aus. Zudem spielt die gute Zusammenarbeit mit den Mobilen Beratungen und Opferberatungen eine wichtige Rolle. Sie dient der Einschätzung der Problem- und Gefährdungslage vor Ort, der Erlangung von Handlungssicherheit auch in Fragen der Strafverfolgung und der psychischen Entlastung.

Von den 87[153] Akteuren, die Übergriffe auf mindestens eine der vier Akteursgruppen (ehrenamtlich engagierte, Politiker/innen, externe Koordinator/innen, Geflüchtete) berichten, gaben 61 (70 %) an, mit mobilen Berater/innen zusammen zu arbeiten bzw. eine solche Zusammenarbeit für das Jahr 2016 vorzusehen. Mit Opferberater/innen kooperiert nur etwas mehr als die Hälfte dieser Partnerschaften (55 %, 48).[154] Hierbei gilt es jedoch zu berücksichtigen, dass nicht alle Bundesländer etablierte Opferberatungsstellen aufweisen. Vielmehr existieren diese nur in den neuen Bundesländern, in Berlin sowie in Nordrhein-Westfahlen. In den westdeutschen Bundesländern sind Opferberatungsstellen zwar zum Teil vorhanden, diese sind jedoch noch nicht entsprechend etabliert. Erwartungsgemäß liegt der Anteil der Partnerschaften, die mit Opferberater/innen kooperieren, in Bundesländern, die eine solche Beratungsstelle aufweisen (61 %, 34) zwar höher als in Bundesländern ohne etablierte Beratungsstelle (45 %, 14).[155] Jedoch zeigt sich auch hier, dass eine Zusammenarbeit nicht vollumfänglich stattfindet.

Akteure aus den Partnerschaften für Demokratie werden bei der Umsetzung von Projekten und Initiativen gezielt behindert, Koordinator/innen erlebten in 25 Fällen Formen der persönlichen Bedrohung u.a. auch mit dem Ziel, sie von ihrer Arbeit abzubringen.

25 Koordinator/innen meldeten zurück, dass sie persönlich Opfer unterschiedlicher Formen der persönlichen Bedrohung wurden. In den qualitativen Befragungen wird davon berichtet, dass Namen und Fotos in sozialen Medien verbreitet wurden und in verleumderischer Form mit seinen/ihren Aussagen umgegangen wurde. Es wurde u.a. gezielt Einfluss auf das familiale Umfeld ausgeübt. Einer anderen Person wurde sehr konkret der Besuch von mehreren Personen angedroht, um sie/ihn *„platt zu machen“*. Diese Person hatte bereits in der Vergangenheit einen Übergriff mit Waffengewalt erlitten. In einem anderem Fall berichtete ein/e Koordinator/innen, von einer Vielzahl an Morddrohungen. Im Gegensatz zu erstmals bedrohten Personen, verfügen Koordinator/innen in der Regel über gute Netzwerke, die ihnen dabei helfen, mit den Belastungen umzugehen.

> *„Und wenn ich dann im Beratungsnetzwerk […] Rückendeckung brauche, dann ist das überhaupt kein Thema. Die habe ich. Ich bin einfach breit aufgestellt und kenne auch die Leute vom Verfassungsschutz hier oder so, wo ich direkt anrufen kann bei dem Leiter und sagen kann, hier, wie schätzt du das ein, muss ich weg oder nicht? Daher, durch das große Netzwerk und durch diese Öffentlichkeit, die ich schon habe, ist das nicht so problematisch.“ (DFInt13_281)*

Die Übergriffe auf Koordinator/innen verweisen aber auch auf ein weiteres Problem, nämlich, dass es in lokalen Kontexten gezielte Bemühungen und Aktivitäten gibt, die Arbeit von Akteuren der Partnerschaften für Demokratie mindestens zu behindern, wenn nicht gar vollständig zu verhindern. Zu solchen Aktivitäten gehören z.B. das Zerstören von Plakaten, die im Rahmen von Projekten erstellt und öffentlich ausgehängt wurden, oder von Materialien der Öffentlichkeitsarbeit der Partnerschaft, Störungsversuche bei Informationsveranstaltungen wie auch Klageandrohungen bzw. Klagen gegen die Bewerbung oder Durchführung von Projekten, z.B. solchen, die einen Umgang mit rechtspopulistischen Strömungen im kommunalen Kontext thematisieren. Hierzu sind ferner Maßnahmen zu fassen, die eine grundlegende Infragestellung und Diffamierungen der Arbeit betreiben, so z.B. wenn in Pressemeldungen die Gremien und Träger der Partnerschaft für Demokratie als „*staatswidrige Parallelinstitutionen, die sich der demokratischen Kontrolle entziehen*“ beschrieben und angegriffen werden oder Anzeigen gegenüber Finanzämtern erfolgen, die dazu auffordern, die Rechtmäßigkeit der Gemeinnützigkeit von Trä-

153 In diese Auswertungen sind nur die Angaben der 96 Koordinator/innen eingeflossen, die zu allen vier Akteursgruppen Angaben hinsichtlich der stattgefundenen Übergriffe gemacht haben.

154 Vgl. Tabelle 110 im Anhang.

155 Vgl. Tabelle 111 im Anhang.

gern, die sich im Rahmen der Partnerschaft engagieren, zu prüfen. Einzelne Koordinator/innen berichten, dass in ländlichen Räumen öffentliche Plätze vor Aktionen der Partnerschaft für Demokratie systematisch von rechten Organisationen besetzt werden und polizeiliche Unterstützung benötigt wird, um ihre Realisierung sicherzustellen. Schließlich berichten Koordinator/innen auch, dass die Umsetzung von Aktions- und Informationstagen an Schulen behindert wird, indem in sozialen Netzwerken zu einem Boykott aufgerufen wird.

> *„Es gab Aufrufe von Eltern in den sozialen Medien, die Kinder der antifaschistischen Gehirnwäsche nicht zu unterziehen und an diesem Tag freizustellen." (DFInt17_85)*

Insgesamt zeigt sich demnach, dass eine bisher wenig breit thematisierte und aus Sicht der Koordinator/innen auch „neue" Dimension der lokalen Auseinandersetzung um demokratische Werte konstatiert werden kann. Lokale Partnerschaften werden bei ihrer Arbeit systematisch eingeschränkt und exponierte Akteure sollen durch Bedrohungen zum Rückzug aus ihrem Engagement bewegt werden.

Die Partnerschaften benötigen Unterstützung bei der Bewältigung der Herausforderungen.

Die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen bzw. Personen, die sich für eine demokratische politische Kultur engagieren, sehen sich mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert, bei deren Bewältigung sie konkrete Unterstützung benötigen. Die Bedarfe beziehen sich dabei u.a. auf konkretes Vernetzungs- und Methodenwissen sowie die Ermöglichung kollegialen und fachlichen Austausches.

Koordinator/innen formulieren Bedarf nach direkter Unterstützung in Krisensituationen.

In Fällen, in denen sich die Akteure mit Situationen persönlicher Bedrohung konfrontiert sehen, wird vor allem auf die Bedeutung von Unterstützer/innennetzwerken (insbesondere der Opferberatungsstellen) verwiesen. Sind diese etabliert, beugen sie einer anfänglichen Orientierungslosigkeit im Ernstfall vor, helfen ggf. die Situation angemessen einschätzen zu können und fördern u.a. die Handlungssicherheit. Solche Netzwerke/Partner/innen erlauben es Koordinator/innen einerseits vermittelnd zu agieren, andererseits bei Betroffenheit der eigenen Person niedrigschwellig Hilfe/Rückhalt zu erfahren. In der Konsequenz werden eine engere Vernetzung/Zusammenarbeit der Partnerschaften mit den Opferberatungsstellen angeregt und allgemeine Bedarfe nach Vernetzungswissen geäußert.

Koordinator/innen sehen Bedarfe bei der Stärkung der Öffentlichkeitswirksamkeit des Bundesprogramms.

Neben Unterstützer/innenstrukturen kommt deutungsmächtigen Akteuren in Fällen der Bedrohung/Übergriffen eine besondere Bedeutung zu. Es ist wichtig, dass sie sich öffentlich positionieren, solidarisieren und zugleich normative Grenzen ziehen. Geschieht dies nicht, besteht die Gefahr, dass sich Ohnmachtsgefühle verstärken und Übergriffe als legitim, da nicht verurteilt, erlebt werden. Die Befragten betonen hier neben der Lokalpolitik nicht zuletzt die Rolle von Programmakteuren der Landesebene und weisen darauf hin, dass sowohl die Wahrnehmung und Anerkennung der jeweiligen Situationen, persönliche Solidaritätsbekundungen als auch die Präsenz vor Ort Formen der Unterstützung darstellen könnten. Zugleich wird es als wichtig erachtet, die Öffentlichkeitswirksamkeit des Bundesprogramms zu stärken. Dies könne dazu beitragen, dass engagierte Personen weniger als allein agierend wahrgenommen, denn vielmehr mit einem „offiziellen" Programm assoziiert werden. Dadurch werden den Engagierten und deren Anliegen erstens eine gewisse Legitimität und ob des „offiziellen" Rückhaltes zweitens auch

Schutz und Rückhalt gewährt. Grundsätzlich gelte es, Werte, die mit „Demokratie leben!“ gefördert würden, auch nach außen hin sichtbar zu vertreten.

Koordinator/innen wünschen sich eine gute Vorbereitung auf mögliche lokale Konflikte.

In präventiver Hinsicht wird Bedarf nach entsprechenden Fortbildungen formuliert. Hiermit verbindet sich der Wunsch, in Bedrohungsstituationen angemessen (re)agieren zu können und an Handlungssicherheit zu gewinnen. Auch einen unkomplizierten Zugang zu Informationsmaterialen/Handreichungen, die zum Beispiel rechtliche Aspekte im Umgang mit oder das Stellen von Anzeigen thematisieren oder Vernetzungs- und Methodenwissen beinhalten, werden genannt. Hier biete die offizielle Online-Präsenz des Bundesprogramms eine geeignete und bereits etablierte Plattform.

Koordinator/innen benötigen fachlichen Austausch.

Aus den vielfältigen Herausforderungen, mit denen sich die Koordinator/innen konfrontiert sehen, resultieren schließlich klar konturierte Bedürfnisse nach Austausch, Absprache und Beratung. Sei es bezüglich konkreter Erlebnisse, einem angemessenen Umgang mit diesen oder einer ersten allgemeinen Situationseinschätzung. So wird betont, dass kollegialer Austausch von großer Bedeutung sei und zudem eine Stärkung der Vernetzung auf Länderebene angeregt. Auch Formen, die eine kontinuierliche und professionelle Begleitung beinhalten, insbesondere Supervision, werden nachgefragt.

4.1.6 Coaching und weitere Unterstützungsbedarfe

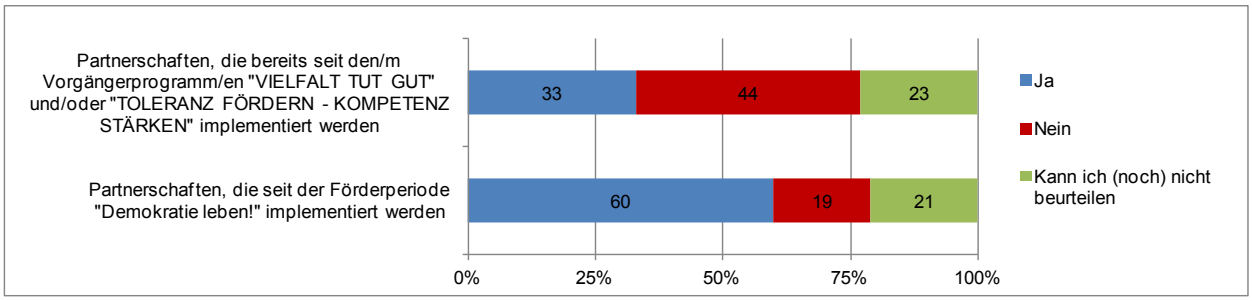
Die an der Umsetzung einer Partnerschaft für Demokratie beteiligten Akteure sehen sich mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert, die neben der Implementierung zentraler Strukturen, der inhaltliche Ausrichtung und der Einwerbung finanzieller Mittel u.a. auch die Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Akteuren umfassen (s. o.). Entsprechend werden durch das Bundesprogramm sowohl eine Weiterbildungsreihe als auch bedarfsspezifische Coachingangebote vorgehalten.[156]

42 % der Förderregionen werden durch einen Coach begleitet.

Die Coachingangebote waren zunächst an Partnerschaften gerichtet, die erstmals im Zuge von „Demokratie leben!“ implementiert worden sind. Seit Dezember 2015 können jedoch sämtliche Standorte auf Basis eines festgestellten Unterstützungs- und Beratungsbedarfs entsprechende Leistungen in Anspruch nehmen. Den Angaben der Koordinator/innen folgend wurden/werden im Jahr 2016 42 % (91) der Förderregionen durch einen Coach begleitet. Hiervon setzen sich 49 (54 %) bereits seit den Vorgängerprogrammen für eine demokratische politische Kultur ein.

156 Die Ergebnisse zur Evaluation der Weiterbildungsreihe sind Gegenstand eines alleinstehenden Berichts und werden an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt.

Abbildung 36: Begleitung durch Coaches differenziert nach Förderperiode[157]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Dabei werden insbesondere der Wunsch nach inhaltlicher (Fort-)Entwicklung (77 %, 70) sowie der Reflexion von strukturellen Anpassungsprozessen (74 %, 67) als Beweggründe der Antragsstellung genannt. An diesen Bedarfen orientiert, erhalten die Partnerschaften Unterstützung vor allem bezüglich der Einrichtung von Beteiligungsstrukturen und -prozessen vor Ort, bei der Entwicklung des strategischen Handelns zentraler Steuerungsgremien sowie der Klärung von Aufgabenstellungen und Zuständigkeiten.[158]

Die Befragten sind mit den Beratungs- und Unterstützungsleistungen der Coaches äußerst zufrieden und beschreiben positive Effekte u.a. in Bezug Rollenfindung.

Die Inanspruchnahme des Coachings wirkt sich aus Sicht der Befragten Koordinator/innen in vielfältiger und positiver Art und Weise auf die Umsetzung der Partnerschaften aus. So ermögliche das angeleitete Coaching eine „*andere Tiefe in der Selbstreflexion von Verfahren, Methoden, Zielvorstellungen und notwendigen Umsetzungsschritten*“ und befördere einen „*Blick über den Tellerrand*“. Darüber hinaus erfuhren die Akteure durch den/die Coach/in Unterstützung bei der Rollen- und Aufgabenklärung zwischen federführendem Amt und der externen Koordinierungsstelle sowie Hilfestellungen bei der Gestaltung bzw. Stärkung der Kooperation zwischen diesen beiden Instanzen.[159] Dieser positiven Wahrnehmung entsprechend, zeigen sich die Koordinator/innen mit den Beratungs- und Unterstützungsleistungen äußerst zufrieden. Auf einer Skala von 1 „sehr unzufrieden“ bis 10 „sehr zufrieden“ liegt die mittlere Bewertung bei 8,8. Insgesamt 33 Koordinator/innen bewerteten das Coaching mit dem Höchstwert (10).[160]

Über das Coaching hinaus zeigen sich Bedarfe hinsichtlich Austausch, Vernetzung und spezifischen Wissensbeständen.

Über das Coaching hinaus äußern die Koordinator/innen konkrete Bedarfe an Veranstaltungsformaten, die sie in ihrer fachlichen Kompetenz stärken, den kollegialen Austausch ermöglichen und die Vernetzung untereinander fördern. 83 % der Betagten (180) formulierten demnach Interesse an Fachaustauschen, weitere 78 % (170) gaben Fortbildungsbedarfe an. Zertifizierte Weiterbildungen wünschen knapp 60 % (128).[161]

Mit Blick auf Fachaustausche wird vor allem eine Auseinandersetzung mit der Arbeits- und Wirkungsweise lokaler Partnerschaften für Demokratie nachgefragt. Gemeinsam mit Kolleg/innen sollten unter Bezugnahme auf Best-Practice-Beispiele spezifische Herausforderungen der Pro-

157 Vgl. Tabelle 112 im Anhang.
158 Vgl. Tabelle 113 im Anhang.
159 Für weitere Wirkbereiche siehe Tabellen 114 und 115 im Anhang.
160 Vgl. Tabelle 116 im Anhang.
161 Vgl. Tabelle 117 im Anhang.

jektarbeit reflektiert und die Veranstaltung im Sinne eines Vernetzungstreffens genutzt werden. Auf inhaltlicher Ebene bestehen Austauschbedarfe

- zu Partizipationsmöglichkeiten Jugendlicher bzw. der Gestaltung, Umsetzung und Etablierung der Jugendforen und/oder der Einbindung und Aktivierung von Jugendlichen;
- zu Möglichkeiten der Steigerung des Bekanntheitsgrades/Öffentlichkeitswirksamkeit;
- hinsichtlich der Themen Netzwerkarbeit und -entwicklung;
- zu Strategien im Umgang mit Rechtspopulismus oder -extremismus, der Demokratiestärkung im ländlichen Raum und der Demokratieförderung/-entwicklung und schließlich
- zu neueren Möglichkeiten und Formen der aktiven Bürgerbeteiligung.[162]

Die Nachfrage nach konkreten Fortbildungsinhalten gestaltet sich ähnlich. Auch hier stehen Themen wie der Umgang mit Rechtspopulismus, Strategien im Umgang mit latenten und manifesten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, (innovative) Strategien und Methoden der Öffentlichkeitsarbeit sowie Partizipationsmöglichkeiten Jugendlicher im Mittelpunkt.[163]

Die Themen „Aktivierung", „Jugendbeteiligung" und Ressourcenaufwand stellen auch mit Blick auf das Thema „Demokratiestärkung im ländlichen Raum" besondere Herausforderungen dar.

Querschnitthaft und unabhängig dieser Veranstaltungsformate benötigen die Koordinator/innen vor allem mit Blick auf die Sicherstellung der Jugendbeteiligung, der Aktivierung neuer/zentraler Akteure sowie der Aktivierung des Begleitausschusses (weitere) Unterstützung seitens der Programmakteure. Schon in den vorangehenden Abschnitten wurde zudem auf die besonderen Herausforderungen der Partnerschaften hingewiesen, die sich im ländlichen Raum für eine demokratische politische Kultur einsetzen.[164] Um den zugehörigen Arbeitsschwerpunkt „Demokratieförderung im ländlichen Raum" angemessen bearbeiten zu können, wünschen die Koordinator/innen Handreichungen und Best-Practice-Beispiele zur Aktivierung von Heranwachsenden aber auch der Zivilgesellschaft (17 %, 20) sowie zur Arbeit im ländlichen Raum allgemein (6 %, 7).[165] Über den in sämtlichen Themenbereichen hinweg präsenten Bedarf nach (Fach-)Austausch und Vernetzung, werden auch mit den Besonderheiten der Förderregion (lange Fahrtwege, eingeschränkter ÖPNV etc.) einhergehende Ressourcenbedarfe angemerkt (13 %, 15). Vereinzelt (6 %, 7) weisen die Befragten schließlich darauf hin, dass es der (Fort-) Entwicklung eines Grundverständnisses für die Anforderungen einer dezentralen und regional orientierten Arbeit bedürfe, welches sich z. B. in den Programmleitlinien niederschlage.[166]

4.1.7 Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion

Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion (GDI) stellen leitende Prinzipien des Bundesprogramms dar und sind auch für die Umsetzung der Partnerschaften maßgeblich. Ziel ist es, „*die Entwicklung, Organisation, Implementierung und Evaluierung von Entscheidungsprozessen, Beteiligungsformen und Maßnahmen so zu betreiben, dass in jedem Bereich und auf allen Ebenen die Ausgangsbedingungen und deren Auswirkungen für jede und jeden Einzelnen berücksichtigt werden*."[167]

---

162 Für eine Gesamtübersicht der gewünschten Inhalte für einen Fachaustausch siehe Tabelle 118 im Anhang.

163 Für eine Gesamtübersicht der gewünschten Inhalte für eine Fort- und Weiterbildung siehe Tabellen 119 und 120 im Anhang.

164 Vgl. Tabelle 121 im Anhang.

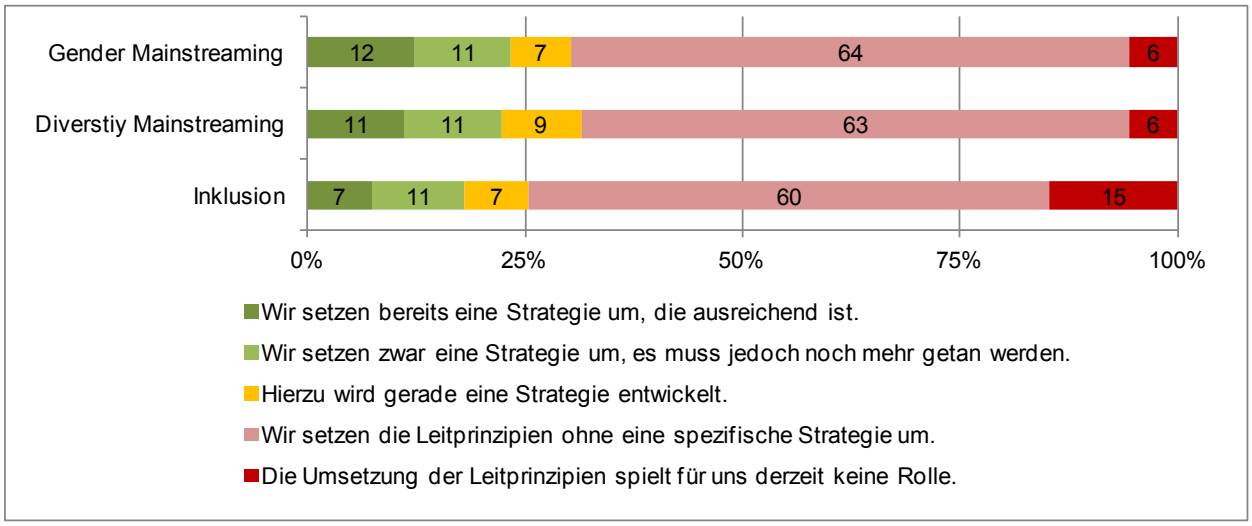
165 Die Prozentuierungsbasis bezieht sich hier auf die 118 Partnerschaften, die den Schwerpunkt „Demokratiestärkung im ländlichen Raum" gewählt haben.

166 Vgl. Tabelle 122 im Anhang.

167 BMFSFJ 2014, S. 7.

Mit Blick auf die **konzeptionelle Ebene** zeigt sich diesbezüglich, dass die drei Leitprinzipien in der Mehrheit der Partnerschaften nicht strategisch verankert sind. So gaben jeweils ca. 60 % der Koordinator/innen an, die Prinzipien ohne spezifische Strategien umzusetzen. Nichts desto weniger werden sie von einem Teil der Partnerschaften als Arbeitsschwerpunkte benannt, die im Rahmen der integrierten Handlungsstrategie fokussiert werden. So engagieren sich 28 % (60) der Partnerschaften (u. a.) im Bereich Diversity Mainstreaming und jeweils etwa jede fünfte in den Bereichen Gender Mainstreaming (19 %, 42) und/oder Inklusion (21 %, 45).

Abbildung 37: Strategische Verankerung der GDI-Leitprinzipien[168]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Die Besetzung der Begleitausschüsse zeigt, dass auf **struktureller Ebene** vorrangig das Leitmotiv des Gender Mainstreamings Anwendung findet, sich jedoch hinsichtlich sämtlicher Prinzipien deutliche Nachsteuerungspotentiale erkennen lassen. So waren zum Zeitpunkt der Erhebung 45 % der Begleitausschussmitglieder weiblich und in etwa jedes dritten Steuerungsgremium (29 %, 62) Vertreter/innen eines Gleichstellungsbüros oder Genderbeauftragte eingebunden. In 16 (7 %) Fällen wurden zudem LGBTI-(selbst)Organisationen involviert. Die Realisierung von Diversity Mainstraming und Inklusion gelingt demgegenüber nur sehr eingeschränkt. In 37 % der Begleitausschüsse (77) wies zum Befragungszeitpunkt kein Mitglied einen Migrationshintergrund auf, Migranten(selbst-)Organisationen engagierten sich lediglich an 79 (37 %) Standorten. Auch Personen mit Beeinträchtigung/Behinderung sowie zugehörige (Selbst)Organisationen sind kaum repräsentiert.[169]

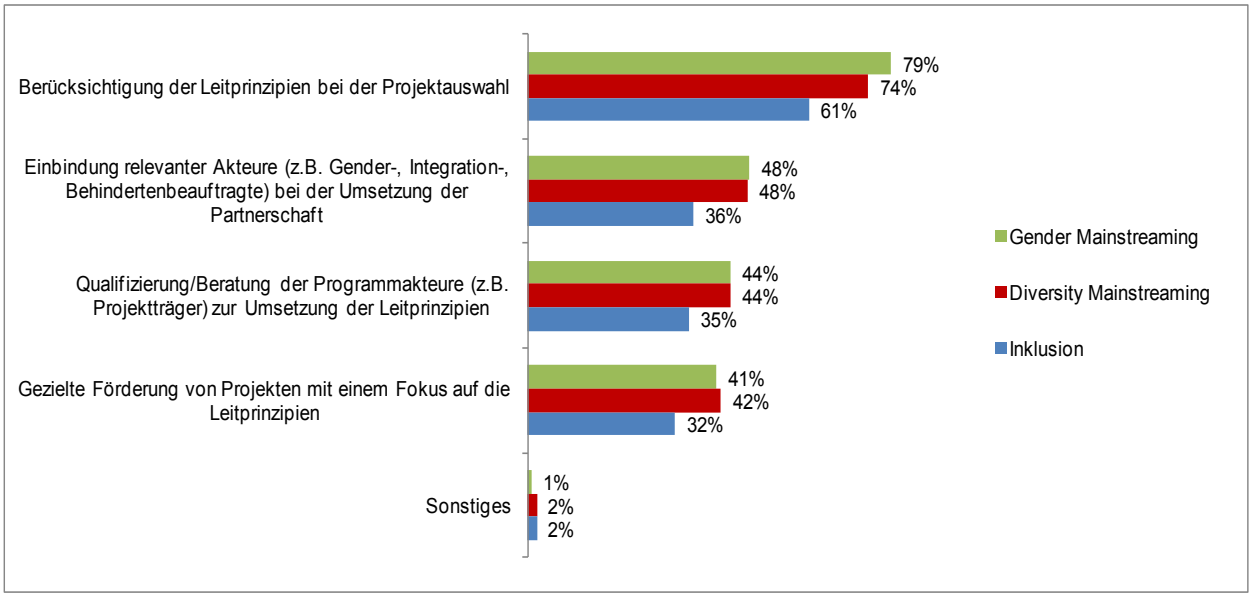
Auf der **Handlungsebene** sind ebenfalls Nachsteuerungspotentiale erkennbar, wenngleich sich positive Entwicklungen abzeichnen. Während im Jahr 2015 im Themenbereich Inklusion in 15 %, im Bereich Gender Mainstreaming in 13 % und im Bereich Diversity Mainstreaming in 28 % der Partnerschaften gezielt Projekte gefördert wurden,[170] haben sich die entsprechenden Anteile im Jahr 2016 zum Teil mehr als verdoppelt (Gender Mainstreaming: 41 %, Diversity Mainstreaming: 42 %, Inklusion: 32 %). Darüber hinaus wird in 79 % (172) der Partnerschaften bereits bei der Projektauswahl auf eine gendersensible Ausrichtung geachtet, 74 % (162) bzw. 61 % (133) berücksichtigen in diesem Prozess die Leitprinzipien Diversity Mainstreaming und/oder Inklusion.

168 Vgl. Tabelle 123 im Anhang.

169 In 27 Gremien (13 %) sind Personen mit Beeinträchtigung/Behinderung zugegen. (Selbst-)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung sind in 23 Ausschüssen (11 %) repräsentiert.

170 Vgl. Tabelle 124 im Anhang.

Abbildung 38: Umsetzung der GDI-Leitprinzipien[171]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218). Mehrfachnennungen sind möglich.

In der Gesamtschau bleibt festzuhalten sich, dass die drei Leitprinzipien zwar zunehmend bedacht werden, ihre Realisierung jedoch nach wie vor als Entwicklungsaufgabe zu bezeichnen ist. So ist mehrheitlich keine strategische Verankerung erkennbar und auch die Umsetzung auf der strukturellen Ebene gelingt nur eingeschränkt. Entsprechend skeptisch bewerten die Koordinator/innen den Stand der Umsetzung. Auf einer Skala von 1 (entwicklungsbedürftig) bis 10 (umfassend realisiert) liegen die durchschnittlichen Werte der Prinzipien Gender Mainstreaming (5,4) und Diversity Mainstreaming (5,1) im Bereich der Skalenmitte. Der Stand der Umsetzung des Leitprinzips Inklusion wird mit 4,3 am schlechtesten bewertet.[172]

Geflüchtete/asylsuchende Menschen werden zwar adressiert, eine aktive Einbindung erfolgt jedoch nur in Ausnahmefällen.

Ein zusammenfassender Blick auf die Rolle geflüchteter/asylsuchender Menschen zeigt, dass die strukturelle Einbindung bislang nur in Einzelfällen realisiert werden konnte. Asylsuchende/Geflüchtete wurden an 8 Standorten (4 %) für eine Mitarbeit in den Steuerungsgremien gewonnen, entsprechende Selbstvertretungen an 7 (3 %). Stärker im Fokus steht bislang das Engagement *für* diese Personengruppe. Die überwiegende Mehrheit der Partnerschaften benennt asylsuchende/geflüchtete Menschen als Zielgruppe (72 %, 152) und/oder die Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für geflüchtete/asylsuchende Menschen als Arbeitsschwerpunkt (89 %, 195). In lediglich 7 % (14) der Partnerschaften traten Personen mit entsprechenden Hintergründen als Antragssteller/innen auf Projektebene auf. In Gesamtschau zeigt sich also, dass Geflüchtete/Asylsuchende zwar adressiert werden, eine aktive Einbindung bislang jedoch nur eingeschränkt erfolgt

4.2 Demokratische Qualität in der kommunalen Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit

Demokratie- und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stellen in Deutschland nach wie vor gesamtgesellschaftlich relevante Problemlagen dar. In Anbetracht ihrer sozialstrukturellen Verortung sind sie zudem keine Randerscheinungen. Zwar verfestigte sich nach den Anschlägen

171 Vgl. Tabelle 125 im Anhang.

172 Vgl. Tabelle 126 im Anhang.

auf Asylbewerberheime in den 1990er Jahren das Stereotyp junger Modernisierungsverlierer. In der fachpolitischen Diskussion besteht jedoch Einigkeit darüber, dass Facetten der Einstellungsmuster regional übergreifend und auch in Bevölkerungsteilen verankert sind, die der vermeintlichen „Mitte“ angehören.

Dabei betonen Expert/innen des Themenfeldes bereits seit längerem die Bedeutung einer demokratischen politischen Kultur[173] und verweisen auf die Notwendigkeit ihrer regionalspezifischen Förderung. So verfolgen Akteure des rechten Spektrums zunehmend Strategien der lokalen Verankerung und knüpfen geschickt an örtliche Gegebenheiten an.[174] Das Interesse der Bevölkerung sich im eigenen Nahraum zu engagieren, spricht ebenfalls dafür, Aspekte der demokratischen Kultur gezielt lokal zu entwickeln.[175] Studien zeigen den Wunsch, *„im Kleinen mitzuwirken*“ und dabei aktuelle Themen aufzugreifen.[176] Vor diesem Hintergrund haben sich Integrierte Handlungsstrategien als wirksames und konzeptionell flexibles Instrument zur gemeinwesenorientierten Stärkung von Demokratie und Vielfalt etabliert.

Partnerschaften fördern eine demokratische politische Kultur sowohl durch integrierte Handlungsstrategien...

Partnerschaften für Demokratie greifen diesen Ansatz auf. Sie stellen ein gelungenes Kooperationsarrangement zwischen Akteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft dar, dessen Erfolg über die Einwirkung auf Problemlagen hinausgeht. Sie setzen aktuelle Themen auf die Agenda und wirken in lokale Settings hinein, indem sie u.a. Wissen vermitteln und Kompetenzen stärken. Sie fördern derart eine demokratische politische Kultur und beeinflussen die Handlungsebene zudem unmittelbar. Es werden situative Anreize geschaffen, welche demokratieförderliches Verhalten begünstigen, bzw. normative Grenzen verdeutlichen (z. B. Organisation von Gegendemonstrationen).

... als auch durch eine bewusste Gestaltung von Prozessen und Strukturen.

Als Co-Governance-Arrangements stellen sie schließlich selbst Lernorte demokratischer Praxis dar und wirken „nach innen“ auf die unmittelbar beteiligten Akteure. Aus dieser Perspektive ergeben sich konkrete Möglichkeiten insbesondere Heranwachsenden durch eine bewusste Gestaltung von Prozessen und Strukturen, Erfahrungen mit demokratischen Grundprinzipien zu vermitteln. Werden z.B. wesentliche Entscheidungen im Rahmen demokratischer Beschlussfindungsverfahren getroffen und Meinungsverschiedenheiten in Form konstruktiver Aushandlungsprozesse ausgetragen,[177] kann die Entwicklung eines positiven Konfliktbegriffes gestützt werden. Auch ist anzunehmen, dass die themengebundene Zusammenarbeit in demokratisch organisierten Entscheidungsgremien individuelle Handlungskompetenzen fördert und ggf. die politische Selbstwirksamkeitserwartung der Beteiligten steigert.

---

173 Die Etablierung des Konzepts der politischen Kultur geht unter anderem auf die Arbeiten von Almond und Verba zurück, welche bei der Begriffsbestimmung zunächst von „Kultur“ ausgehen. Diese interpretieren sie als ein Set von Einstellungen gegenüber sozialen Objekten und Prozessen. Auf diesem Verständnis aufbauend besteht „Politische Kultur“ für sie aus der Verteilung von Einstellungen zum politischen System und seinen Teilen als auch gegenüber der eigenen Rolle in diesem System. Träger der politischen Kultur einer Gesellschaft sind ihre Mitglieder (vgl. Almond/Verba 1966, S. 13). Der politischen Kultur wird große Bedeutung für die Stabilität des politischen Systems zugeschrieben, da sie als eine Art Bindeglied zwischen dessen Teilen und den Bürger/innen gilt. Negative Einstellungen der Bürger/innen gegenüber dem System als solchem, der eigenen Rolle und dessen Input- oder Outputstrukturen können zu veritablen Legitimationskrisen führen (vgl. u.a. Almond/Verba 1966).

174 Vgl. Molthagen/ Korgel 2009: S. 9ff.

175 Müller 2010: S. 298.

176 Vgl. u.a. Möller 2013: S. 217ff., Strobl/ Lobermeier 2009 oder Molthagen/ Korgel 2009: S. 9ff.

177 Vgl. Scherr 2012, S. 115.

Die Partnerschaften leisten den Überlegungen folgend also insbesondere dann einen Beitrag zur Stärkung des Gemeinwesens, wenn sie demokratische Prinzipien als wünschenswerte Grundlage des Zusammenlebens erfahrbar machen. Jedoch wirken sie nicht nur nach „innen" auf unmittelbar beteiligte Akteure, indem sie *„ihr ‚heimliches Curriculum' […] demokratieverträglich, wenn nicht gar –förderlich"*[178] gestalten. Auch auf Kooperationspartner/innen oder die lokale Öffentlichkeit sind demokratieförderliche Effekte durch eine bewusste Gestaltung der Strukturen und Prozesse denkbar. In Anlehnung an institutionenzentrierte Ansätze der Sozialkapitaltheorie sind die Partnerschaften als politisches Setting und institutionelle Rahmenbedingung bürgerschaftlichen Engagements grundsätzlich dazu geeignet, den Aufbau generalisierten zwischenmenschlichen Vertrauens zu unterstützen.[179] Dies gelingt besonders dann, wenn sie *„Konzepte wie Fairness, Gerechtigkeit, Unbestechlichkeit und auch Wahrheit als zentrale Bezugswerte gemeinschaftlichen Zusammenlebens normieren"*.[180]

Die Entwicklung demokratischer Qualität stellt ein Querschnittsziel dar.

Diese Beispiele machen deutlich, dass eine gelingende Demokratieförderung nicht nur von der Entwicklung integrierter Handlungsstrategien abhängt, sondern auch von der Ausgestaltung zentraler Strukturen und Prozesse. In diesem Zusammenhang hat die Wissenschaftliche Begleitung in der Vergangenheit mehrere sogenannte Querschnittsziele identifiziert. Hierbei handelt sich um Ziele, die sich auf die Arbeitsweisen der Partnerschaften beziehen und deren Erreichung unabhängig ihrer jeweiligen inhaltlichen Ausrichtung zu einer gelingenden Demokratieförderung beitragen.[181] Zu nennen sind etwa die Gewinnung deutungsmächtiger Akteure für die Anliegen der Akteursbündnisse oder auch die Erweiterung der Wissensbestände bezüglich lokaler Problemlagen.

Ausgehend von diesen Befunden richtet das ISS-Frankfurt a. M. nun den Fokus auf die Annahme, dass der Beitrag der Partnerschaften zur Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur auch von ihrer demokratischen Qualität abhängt. Also davon, ob und in welchem Umfang es gelingt, grundlegende demokratische Prinzipien in ihre spezifischen Strukturen und Prozesse einzubinden und über das Alltagshandeln erfahrbar zu machen.

Das „International IDEA Framework" als Ansatzpunkt für eine kommunale Perspektive

Die Bedeutung der Demokratiequalität lässt sich sowohl an ihren potentiellen Wirkungen auf kommunaler Ebene als auch an ihrer Konjunktur festmachen. So ist das Thema im Zuge der fortwährenden Krisendiagnosen zur politischen Beteiligung und den Debatten um Legitimitätsverluste politischer Institutionen seit einiger Zeit im Aufschwung. Die Auseinandersetzung wird allerdings vor allem mit Blick auf Nationalstaaten geführt. Entsprechend sind die analytischen Instrumente, Demokratiequalität auf kommunaler Ebene zu erfassen kaum entwickelt.[182] Der spezifische Zuschnitt von Co-Governance Arrangements und die themenfeldbezogenen Besonderheiten der Prävention menschenfeindlicher Ideologie tragen ebenfalls dazu bei, dass es bislang an systematischen Untersuchungen mangelt. So liegt weder eine allgemein akzeptierte Definition noch ein tragfähiges Indikatorenset vor. Jedoch hat die Forschergruppe um David

178 Roth 2009, S. 43.

179 Vgl. Stolle 2002, S. 407f.

180 Freitag/ Bühlmann 2005, S. 582.

181 Vgl. ISS/Camino 2009, S. 30ff.

182 Vgl. Roth 2013, S. 4.

Beetham einen Ansatz entwickelt, der eine kommunale Perspektive erlaubt und auch auf zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse anwendbar ist.[183]

Die „mediating values" – sieben Dimensionen demokratischer Qualität

In ihrem „International IDEA Framework" stellen sich die Autoren der Frage: *„Wie demokratisch ist das politische Leben in unserem Land?"*. Dabei entwerfen Sie zunächst ein Idealbild der Herrschaftsform und gehen von zwei zentralen demokratischen Prinzipien aus – die Kontrolle staatlichen Handelns durch das Volk und die Gleichheit der Bürger/innen. Beide Grundsätze sind demnach charakteristisch für eine funktionierende Demokratie. Ihre Verwirklichung erfolgt über sieben Dimensionen, die sogenannten „mediating values". Anhand dieser Dimensionen können sich die Prinzipien der Demokratie in der institutionellen Praxis entfalten. Im Einzelnen handelt es sich um

- Partizipation,
- Autorisierung,
- Repräsentation,
- Verantwortlichkeit,
- Transparenz,
- Responsivität und
- Solidarität.

Die demokratische Qualität einer Institution, eines Zusammenschlusses oder eines ganzen politischen Systems ist dann besonders stark ausgeprägt, wenn alle sieben Dimensionen kennzeichnend für die vorherrschenden Prozesse und Strukturen sind. Sie bilden die Basis unseres Ansatzes und das Fundament des quantitativen Erhebungsinstruments. Entsprechend werden sie in den nächsten Abschnitten kurz vorgestellt.

> „Without citizen **participation**, and the rights, the freedoms and the means to participate, the principle of popular control over government cannot begin to be realized."[184]

Es ist unstrittig, dass die politische Partizipation der Bevölkerung ein Kernbestandteil von Demokratien ist.[185] Für Beetham et al. bildet die Teilhabe am politischen Prozess gar den Ausgangspunkt demokratischer Qualität und stellt eine fundamentale Voraussetzung der bürgerlichen Kontroll- und Sanktionsmacht dar. Dabei nehmen Wahlen eine gewichtige Rolle ein. Über die Wahlbeteiligung hinaus kann politische Partizipation jedoch nicht nur eine Methode zur Vergabe von Ämtern und Mandaten darstellen. Vielmehr umfasst sie u.a. auch Protestaktionen, die Teilnahme an öffentlichen Diskussionen oder die Mitarbeit in Bürgerinitiativen. In Anlehnung an partizipatorische Demokratietheorien beschreibt die möglichst umfassende Einbindung der Bürger/innen in jegliche Phasen der Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse den demokratischen Idealzustand dieser Dimension.

> „The starting point of participation is to **authorize** public representatives or officials through free and fair electoral choice, and in a manner which produces a legislature that is representative of the different tendencies of public opinion."

In repräsentativen Demokratien erfolgt die politische Entscheidungsfindung üblicherweise nicht unmittelbar durch die Bürger/innen. Stattdessen werden dritte in Form von Mandaten dazu er-

---

183 Roland Roth betonte bereits im Jahr 2009, dass sich die Bewertung der demokratischen Qualität keineswegs nur auf politische Kerninstitutionen beziehen müsse und verwies in diesem Zusammenhang auf die Anschlussfähigkeit dieses Konzepts (vgl. Roth 2009, S. 4).

184 Beetham/Carvalho/Landman/Weir 2008, S. 24.

185 Vgl. Merkel/Petring 2011, S. 1. Nach Kaase (1995: S. 521) umfasst sie „alle Tätigkeiten […], die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des Politischen Systems zu beeinflussen."

mächtigt, das Volk zu vertreten und Entscheidungen in seinem Namen zu treffen. Repräsentation und die soziale Organisation von Macht verlangt jedoch nach Legitimierung.[186] In Demokratien werden Mandatsträger/innen anhand von Wahlen bestimmt und deren Herrschaft über die Zustimmung des Volkes autorisiert. Das Ausmaß öffentlicher Kontrolle im Sinne der zwei grundlegenden Prinzipien idealer Demokratien wird dann u.a. über die Reichweite der Wahlprozesse, ihrer Inklusivität und ihrer Unabhängigkeit bestimmt.[187]

> „If different groups of citizens are treated on an equal footing, according to their numbers, then the main public institutions will be socially **representative** of the citizen body as a whole."

Wurden Wahlen im vorangehenden Absatz noch überwiegend unter dem Aspekt der Kontrolle betrachtet, kommt ihnen auch bei der Verwirklichung des zweiten Kernelements (Gleichheit) eine bedeutende Rolle zu. In Demokratien sollte nach Dahl das Prinzip der „equal consideration of interest" umgesetzt werden,[188] also trotz der Übertragung von Herrschaftsrechten an Dritte die Interessen der Bevölkerung gleichermaßen im politischen System vertreten sein. Beetham et al. heben zwei Komponenten hervor. Einerseits müssen die Legislative sowie die weiteren gewählten Gremien die Hauptströmungen der öffentlichen Meinung repräsentieren. Andererseits sollte das Personal öffentlicher Institutionen in seiner Zusammensetzung der Sozialstruktur der Bevölkerung entsprechen.[189]

> "The **accountability** of all officials, both to the public directly and through the mediating institutions of parliament, the courts, the ombudsman and other watchdog agencies, is crucial if officials are to act as agents or servants of the people rather than as their masters."

Die vierte Dimension demokratischer Qualität bezieht sich im Kern auf die Möglichkeit Amtsinhaber/innen auch abseits von Wahlen für ihr Handeln zur Verantwortung zu ziehen und idealerweise eine realistische Aussicht auf angemessene Sanktionen im Falle von Normverletzungen zu haben.[190] Dafür Notwendig sind „*klare Hierarchien der rechtlichen, finanziellen und politischen Verantwortlichkeit, um eine effektive und rechtschaffene Leistungserbringung des öffentlichen Dienstes und Integrität der Juristen zu gewährleisten.*"[191]

> "Without openness or **transparency** in government, no effective accountability is possible."

Transparenz beschreibt zunächst schlicht die Absenz von Geheimhaltung und einen Zustand freier Information der auch eine offene Kommunikation zwischen Bürger/innen und Politiker/innen umfasst. Darüber hinaus ist sie ein zentraler Baustein öffentlicher Kontrolle. Denn Transparenz ist grundlegend für den Prozess freier Willensbildung und ermöglicht den Bürger/innen Probleme und Missstände aber auch Erfolge der politischen Repräsentant/innen wahrzunehmen.

> "**Responsiveness** to public needs, through a variety of institutions through which those needs can be articulated, is a key indication of the level of controlling influence which people have over government."

---

186 Vgl. Beetham 1991, S. 56ff.

187 Vgl. Beetham 1994, S. 28.

188 Vgl. Dahl 1998, S. 195, zitiert nach Fuchs/ Roller 2008, S. 23.

189 Vgl. Fuchs/ Roller 2008, S. 23.

190 Vgl. Beetham/Carvalho/Landman/Weir 2008, S. 24.

191 Pickel/ Pickel 2006, S. 204.

Das Prinzip der Volkssouveränität ist maßgeblich für demokratische Systeme.[192] Es bedeutet, dass die politische Herrschaft aus dem Volk hervorgeht und zeitlich befristet durch Wahlen und Abstimmungen an Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt sowie der Rechtsprechung übertragen wird (s.o.). Um die Berücksichtigung des Wähler/innenwillens auch zwischen den Wahlen sicherzustellen, sollte eine enge, „responsive" Beziehung zwischen Mandatsträger/innen und Repräsentierten gegeben sein. Hiermit ist die Fähigkeit gemeint, Erwartungen und Forderungen der Bevölkerung sowie gesellschaftliche Herausforderungen wahr- und in den Entscheidungsfindungsprozess aufzunehmen.

> „While equality runs as a principle through all the mediating values, it finds particular expression in the **solidarity** which citizens of democracies show to those who differ from themselves at home, and towards popular struggles for democracy abroad."

Die Dimension „Solidarität" bezieht sich schließlich auf die politische Gemeinschaft. Hier komme gerade in Anbetracht der wachsenden kulturellen Heterogenität moderner Gesellschaften der Toleranz gegenüber Vielfalt und Andersartigkeit eine große Bedeutung zu. So bilde die Idee, dass menschliches Leben stets von gleichem Wert und ein gesellschaftlicher Ausschluss aufgrund sozialstruktureller Kategorien somit zu vermeiden sei, eine zentrale Prämisse des Prinzips der Gleichheit. Entsprechend gelte es der Bevölkerung nicht nur universelle (Menschen-) Rechte zuzugestehen, sondern sie auch in dieser Hinsicht gezielt zu sozialisieren.[193]

4.2.1 Demokratische Qualität lokaler Partnerschaften für Demokratie

Die „mediating values" bilden die Basis des ISS-Ansatzes zur Erfassung der demokratischen Qualität in der kommunalen Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Sie sind äußerst anschlussfähig und lassen sich sowohl an die Untersuchungsebene als auch den Forschungsgegenstand anpassen. Darüber hinaus sind auf dieser Grundlage Analysen möglich, die über eine schlichte Klassifizierung in demokratische und nicht-demokratische Partnerschaften hinausgehen. So können in Anlehnung an das IDEA-Framework graduelle Unterschiede bestimmt werden. Dies ist insofern von Bedeutung, als dass die komplexen Arbeitszusammenhänge der Co-Governance-Arrangements nicht nur demokratietheoretisch fundiert nachgezeichnet und vergleichend bewertet werden sollen, sondern darüber hinaus der Progress im zeitlichen Verlauf zu konturieren und die hierfür förderlichen, bzw. hinderlichen Faktoren zu benennen sind.

Um sachlich valide Aussagen zur Entwicklung der demokratischen Qualität treffen zu können, wurden unter Bezug auf die themenspezifischen Vorkenntnisse der Wissenschaftlichen Begleitung zunächst mehrere Indikatoren aus der Fachliteratur abgeleitet, in Statements übersetzt und gemeinsam mit Expert/innen des Themenfeldes fortentwickelt. U.a. im Zuge einer Delphi-Befragung reduzierte sich dabei die Anzahl der Dimensionen von ursprünglich sieben auf nunmehr sechs. So wurde festgestellt, dass sich Aspekte der „Transparenz" in den weiteren Dimensionen demokratischer Qualität verorten lassen (z.B. „Verantwortlichkeit") und die zugehörigen Statements entsprechend subsumiert. Auch wurde die Dimension „Solidarität" mit Blick auf den Untersuchungsgegenstand und die dezidierte Programmförderung (der Anerkennung) von Vielfalt durch „Menschenrechtsorientierung" ersetzt. Abbildung 39 stellt die resultierende Dimensionierung demokratischer Qualität dar.

192 Vgl. Geißel 2004, S. 1239.

193 Vgl. Beetham 1998, S. 22.

Abbildung 39: Sechs Dimensionen demokratischer Qualität

Demokratiequalität in der kommunalen Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit	
Sechs Dimensionen	
☑ Partizipation	☑ Verantwortlichkeit
☑ Autorisierung	☑ Responsivität
☑ Repräsentation	☑ Menschenrechtsorientierung

Quelle: Eigene Darstellung.

Jede der oben dargestellten Dimensionen umfasst sechs Komponenten, die sich auf die operative Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie beziehen und erfahrungsgemäß für eine gelingende Arbeit von hoher Bedeutung sind. Sie werden nachfolgend ausgeführt.

Sechs Merkmale partizipativ ausgerichteter Partnerschaften für Demokratie

Ausgehend von den Überlegungen der Forschergruppe um David Beetham sind demokratisch ausgerichtete Partnerschaften zunächst durch eine umfassend partizipative Ausrichtung gekennzeichnet. Sie ermöglichen und fördern eine weitreichende Beteiligung der Bürger/innen und aktivieren derart das kommunale Gemeinwesen. Sechs Komponenten haben sich in der Vergangenheit als förderlich erwiesen.

Um die Zivilgesellschaft für die Anliegen der Partnerschaften zu aktivieren, müssen zunächst geeignete und niedrigschwellige Beteiligungsangebote unterbreitet werden. Diese Angebote erschöpfen sich keinesfalls in der klassischen Projektträgerschaft sondern umfassen u.a. Veranstaltungsteilnahmen z.B. an öffentlichen Sitzungen des Begleitausschusses oder den jährlich stattfindenden Demokratiekonferenzen. Das bloße Vorhalten entsprechender Formate reicht jedoch nicht aus. Vielmehr machen erfolgreiche Partnerschaften ihre Aktivitäten bekannt, werben systematisch um die Beteiligung der Bürger/innen und ermutigen diese zur Einmischung in relevante Themen (1. Komponente). Dies gelingt insbesondere dann, wenn mögliche Teilnahmebarrieren reflektiert und gezielt abgebaut werden (2. Komponente). Derlei Hürden können nicht nur einer umfassenden Partizipation entgegenstehen, sondern auch bestimmte Akteursgruppen ausschließen (z.B. Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung in nicht barrierefreien Veranstaltungsräumen). Um dennoch alle Gesellschaftsbereiche einzubinden, ist es wichtig, pro aktiv um bislang nicht beteiligte Akteure zu werben (3. Komponente). Dies trifft insbesondere auf Heranwachsende zu. Eine Anregung zum Engagement gelingt hier vor allem dann, wenn Formate geschaffen werden, die es den Jugendlichen erlauben, eigene Gestaltungsideen zu realisieren und tatsächlichen Einfluss ausüben zu können (4. Komponente). Grundsätzlich ist zu beachten, dass sich vielerorts schon vor der Implementierung Lokaler Partnerschaften Netzwerke, Bündnisse oder feststehende Strukturen für Demokratie und Vielfalt einsetzten. Hier hat es sich bewährt, die Schaffung von Parallelstrukturen zu vermeiden und stattdessen mögliche Ansatzpunkte weiterführender Kooperationen zu eruieren. Denn die besonderen Potentiale der Partnerschaften liegen u.a. in der Bündelung der Wirkkraft unterschied-

licher Akteursgruppen (5. Komponente). Ist es schließlich gelungen Akteure für die Beteiligung an der Partnerschaft zu gewinnen, empfiehlt es sich, deren Tätigkeiten und Leistungen anzuerkennen und wertzuschätzen (6. Komponente). Derart werden Anreize geschaffen, das Engagement über eine punktuelle Beteiligung hinaus zu verstetigen.[194] Abbildung 40 fasst die sechs Komponenten dieser ersten Dimension demokratischer Qualität zusammen.

Abbildung 40: Partizipation

Demokratiequalität in der kommunalen Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit	
Partizipation	
☑ Die Beteiligung der Bürger/innen ist gewollt	☑ Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements
☑ Aktivierung aller gesellschaftlicher Gruppen	☑ Abbau von Barrieren
☑ Umfassende (echte) Beteiligung von Jugendlichen	☑ Integriertes Netzwerk

Quelle: Eigene Darstellung.

Sechs Merkmale autorisierter Partnerschaften für Demokratie

Erfolgreiche Partnerschaften für Demokratie legitimieren Entscheidungsträger/innen, Konzepte und Aktivitäten, indem sie u.a. beteiligungsorientierte Prozesse und externe Perspektiven ermöglichen. So hat die Vergangenheit gezeigt, dass sich die frühzeitige bzw. weitreichende Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure positiv auf das Engagement und die Identifikation mit der Integrierten Handlungsstrategie auswirkt. Werden also Entscheidungsgremien im Rahmen partizipativer Prozesse besetzt und Bürger/innen bereits in die Entwicklungsphase eingebunden (1. Komponente), fördert dies die Teilnahmebereitschaft und trägt auch dazu bei, dass die Akteursreihen um wichtige Partner/innen ergänzt werden können.[195]

Ob bei der Bestimmung der Problemlagen, der Zielformulierung oder der Entwicklung entsprechender Strategien, in den Partnerschaften sind Akteure mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Hintergründen auf Zusammenarbeit angewiesen. Demnach werden die Integrierten Handlungsstrategien bestenfalls im Rahmen von Aushandlungsprozessen und auf Basis eines Konsenses formuliert (2. Komponente). Von Bedeutung ist dabei vor allem, dass der Prozess möglichst ergebnisoffen und in einer Weise gestaltet wird, die es trotz etwaiger Unstimmigkeiten allen beteiligten Akteuren erlaubt, seine Resultate zu tragen und aktiv für diese einzutreten.

Erfolgreiche Partnerschaften sichern sich überdies die Unterstützung lokaler Spitzen aus Politik und Verwaltung (3. Komponente) und legitimieren sich derart mittelbar über demokratisch autorisierte Volksvertreter/innen. Die entsprechenden Akteure tragen dazu bei, dass die Partnerschaft durch kommunale Strukturen gefördert wird, erweitern ihren Einflussbereich und signali-

194 Vgl. Behn/Bohn/Hirseland/Lüter/Sträter 2014.

195 Vgl. Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S. 37

sieren zugleich, dass die Kommune hinter den jeweiligen Akteuren und Anliegen steht.[196] Dabei hat es sich als hilfreich erwiesen, politischen Gremien regelmäßig über Tätigkeiten und Arbeitsergebnisse Auskunft zu erteilen und derart einerseits Rechenschaft abzulegen, andererseits jedoch Interesse zu wecken (bzw. aufrechtzuerhalten) und themenrelevante Wissensbestände zu vermitteln (4. Komponente).

Die Ermöglichung externer Perspektiven auch über Politik und Verwaltung hinaus trägt schließlich sowohl zur Akzeptanz, als auch zur Qualität der Partnerschaften bzw. ihrer Strategie bei. So können Bürgerbündnisse aber auch Coaches etc. als kritisches Korrektiv auftreten und neue Impulse vermitteln (5. Komponente), die auch durch eine grundsätzliche prozessbezogene Offenheit gefördert werden. Hier gilt es z.B. Entscheidungsergebnisse, Arbeitsgrundlagen etc. regelmäßig der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um dem Eindruck eines „closed-shops" entgegenzutreten (6. Komponente).

Abbildung 41: Autorisierung

Demokratiequalität in der kommunalen Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit	
Autorisierung	
☑ Partizipative Auswahl der Entscheidungsträger/innen	☑ Unterstützung durch lokale Entscheidungsträger/innen
☑ Prozessbezogene Offenheit	☑ Externe Kritik wird ermöglicht
☑ Herstellung eines Konsens bzgl. der Handlungsstrategie	☑ Rechenschaftspflicht

Quelle: Eigene Darstellung.

Sechs Merkmale repräsentativ ausgerichteter Partnerschaften für Demokratie

Repräsentativ ausgerichtete Partnerschaften vertreten möglichst alle relevanten Gruppen vor Ort und vereinen diese im gemeinsamen Anliegen der Förderung einer demokratischen politischen Kultur. So hat sich in der Vergangenheit die Einbindung zentraler Akteure aus sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen als Merkmal erfolgreicher Handlungsansätze herausgestellt. Denn mittlerweile herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass es keine einzelne oder gar exklusiv für die Prävention von Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit zuständige Gruppe bzw. Institution gibt. Vielmehr verfügen unterschiedliche Akteurskreise über vielfältige, sich teils ergänzende Ressourcen, die zum Gelingen der Handlungsstrategien beitragen können. Auch um die Arbeitsfähigkeit der Partnerschaften zu sichern, geht es also darum, möglichst alle relevanten demokratischen Gruppen zu aktivieren und in den Entscheidungsgremien zu repräsentieren (1. und 2. Komponente).

Soll die Demokratieentwicklung auf kommunaler Ebene als gesamtgesellschaftliche Aufgabe[197] verstanden werden, sind nicht nur Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu beteiligen. Auch die Unterstützung der lokalen Wirtschaft ist wichtig. Durch Leitbilder, Betriebsvereinbarungen

196 Vgl. Behn/Bohn/Hirseland/Lüter/Sträter 2014, S. 22.

197 Vgl. Korgel 2009, S. 254.

oder öffentliche Veranstaltungen können Wirtschaftsunternehmen zu einem demokratischen Gemeinwesen und somit einem „attraktiven Standort“ beitragen. Diese nehmen zudem eine gewichtige Rolle für die Nachhaltigkeit der Partnerschaften ein (3. Komponente). Natürlich muss sich das Ziel, die gesellschaftliche Vielfalt in der Umsetzung der Partnerschaft abzubilden, nicht ausschließlich auf die Entscheidungsgremien beziehen. Der inklusive Gedanke kann auch über eine möglichst breite Beteiligung von Bürger/innen aller sozialer, kultureller und religiös geprägter Milieus z.B. auf der ausführenden, also der Projektebene Ausdruck finden (4. Komponente) und sich in der Verwirklichung des Gender-Mainstreamings niederschlagen (5. Komponente).

Die repräsentative Dimension demokratischer Qualität bezieht sich ferner auf ein möglichst breitgeknüpftes themenspezifisches Netzwerk, indem der Koordinierungs- und Fachstelle zentrale Bedeutung zukommt. Diese sollte auch mit Blick auf die Transformation zur Fachstelle zivilgesellschaftlich verankert bzw. umfassend vernetzt sein und als Partner/in der Bürger/innen anerkannt sein (6. Komponente).

Abbildung 42: Repräsentation

Demokratiequalität in der kommunalen Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit	
Repräsentation	
☑ Arbeitsfähigkeit	☑ Abbildung der gesellschaftlichen Vielfalt
☑ Beteiligung aller gesellschaftlichen Bereiche	☑ Vertretung aller jugendkultureller Gruppen
☑ Zivilgesellschaftliche Verankerung der Fachstelle	☑ Reaktionsfähigkeit der Verwaltung

Quelle: Eigene Darstellung.

Sechs Merkmale eigenverantwortlich agierender Partnerschaften für Demokratie [198]

Die Partnerschaften setzen sich aktiv für die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur ein. Dabei stellen Situationskenntnisse, Wissensbestände zu Handlungsmöglichkeiten und themenfeldspezifische Erfahrungen unentbehrliche Ressourcen dar,[199] um die Handlungsstrategie erfolgreich und der Situation angemessen entwickeln bzw. umsetzen zu können. Es ist also wichtig, sich zu programmrelevanten Themen zu informieren oder fortzubilden (1. Komponente), das eigene Handeln sowie die Arbeitsergebnisse der Projekte zu reflektieren und Konzepte sowie Förderstrategien systematisch und entlang regionaler Spezifika weiterzuentwickeln (2.).

198 Beetham entwickelt sein Verständnis von Verantwortlichkeit vor allem vor dem Hintergrund des Prinzips bürgerlicher Kontrolle. Mandatsträger/innen sollten demnach auch abseits von Wahlen für vermeintliches Fehlverhalten zur Rechenschaft gezogen werden können. Angesichts des Untersuchungsgegenstandes erscheint diese Stoßrichtung nur bedingt praktikabel. Zivilgesellschaftliche Akteure übernehmen in den Partnerschaften für Demokratie freiwillig Aufgaben, die auf die Veränderung gesellschaftlicher Zustände abzielen und im allgemeinen Interesse liegen. Hierfür stehen ihnen zweckgebundene staatliche Mittel zur Verfügung. Die Kontrolle der Mittelverwendung ist jedoch für alle Partnerschaften verbindlich geregelt. Auch wird der Fokus auf möglichen Sanktionen dem freiwilligen Engagement nicht gerecht. Im Gegensatz zu Beethams Perspektive bietet es sich an, weniger die negative, rechtliche Lesart (liability) zu betonen, denn eine prospektive Form der Verantwortung. Sie liegt vor, wenn sich jemand aus eigener Initiative um die Vermeidung von Schadensfolgen oder die Verbesserung von Zuständen einsetzt und aus moralischen Prinzipien für die Folgen des eigenen Handelns einsteht.

199 Vgl. Behn/Bohn/Hirseland/Lüter/Sträter 2014, S. 8.

Durch die Sicherstellung der Fachlichkeit im Rahmen regelhafter Verfahren können die Engagierten an Handlungssicherheit gewinnen. Zumal Qualifizierungsangebote oftmals als Wertschätzung der eigenen Tätigkeit wahrgenommen werden. Prozesse und Maßnahmen der Qualitätssicherung beziehen sich im Idealfall auch auf die Handlungsstrategie selbst und können u.a. auch mit Blick auf die Zielgruppenerreichung eine Grundlage für die Weiterentwicklung der Partnerschaft für Demokratie darstellen.

Um die Fachlichkeit zu sichern, hat es sich zudem bewährt externe Perspektiven zu ermöglichen. In der aktiven Auseinandersetzung mit der aktuellen Situation kann gemeinsam reflektiert und gelernt werden. Für die Weiterentwicklung der Partnerschaften ist es daher wichtig, etwaige Misserfolge zu kommunizieren und bestehende Probleme offen zu legen (3. Komponente). Derart kann nicht nur das Wissen und die Kompetenzen vor Ort engagierter Akteure genutzt, sondern das Vertrauen Dritter in die Akteure der Partnerschaft gesteigert und ggf. die Akzeptanz (s. Autorisierung) des eigenen Handelns gefördert werden. Dabei ist es wichtig, eine positive Konfliktkultur zu etablieren, also Meinungsverschiedenheiten und Perspektivenvielfalt zu respektieren bzw. in konstruktiven Aushandlungsprozessen zu verarbeiten (4. Komponente).

Verantwortung in der Auseinandersetzung mit entsprechenden Problemlagen zu übernehmen kann auch bedeuten, dafür Sorge zu tragen, dass die Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit kontinuierlich erfolgt. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass mit nachlassendem Problemdruck auch das Engagement von politischer Seite zurückgeht. Schon aufgrund der zeitlich befristeten Bundesförderung empfiehlt es sich daher, die nachhaltige Verankerung der Partnerschaften frühzeitig zu fokussieren (5. Komponente). Hier ist es hilfreich, wenn die Akteure der Partnerschaft für Demokratie bestehende Beziehungen nutzen und als Multiplikator/innen fungieren, in dem sie in ihren eigenen Organisationen oder sozialen Bezügen für die Belange der Partnerschaft für Demokratie und die Umsetzung der Handlungsstrategie einstehen. Dies erfolgt im Idealfall auch öffentlich, so dass die Reichweite und Wirkkraft der Partnerschaft gezielt gefördert wird (6. Komponente).

Abbildung 43: Verantwortlichkeit

Demokratiequalität in der kommunalen Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit	
Verantwortlichkeit	
☑ Qualifizierung	☑ Einstehen für die Belange der PfD
☑ Integrität, Glaubwürdigkeit, Probleme offen legen	☑ Positive Konfliktkultur
☑ Kontrolle des Handelns	☑ Nachhaltigkeit

Quelle: Eigene Darstellung.

Sechs Merkmale responsiver Partnerschaften für Demokratie

Responsiv ausgerichtete Partnerschaften räumen zivilgesellschaftlichen Anregungen umfassende Realisierungschancen ein und berücksichtigen sowohl neue Akteure als auch innovative

Ansätze. Auf struktureller Ebene geht es dabei nicht um das Ersetzen bestehender Gremien oder Netzwerke, sondern um eine grundsätzliche Bewahrung ihrer Offenheit.[200] Derart wird sichergestellt, dass die bereits aktivierten Akteursreihen punktuell erweitert und um wichtige Partner/innen einschließlich deren Kontakte, Kompetenzen und Perspektiven ergänzt werden können. Auch auf inhaltlicher Ebene ist eine grundlegende Aufgeschlossenheit für neue Ideen geboten. So obliegt es Partnerschaften dem Verständnis der Leitlinien des Bundesprogramms folgend nicht nur ihre Handlungsstrategien jährlich fortzuschreiben sondern auch „*zur (Weiter-) Entwicklung von Strategien und Konzepten der Förderung von Demokratie und Vielfalt […]*“ beizutragen.[201] Die Umsetzung innovativer Projektansätze zur Erprobung fachlicher Neuerungen kann eine Möglichkeit darstellen, diesem Anspruch gerecht zu werden (1. Komponente).[202]

In den Partnerschaften für Demokratie setzen sich staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsam für eine demokratische politische Kultur ein. An Stelle des unverbundenen Nebeneinanders unterschiedlicher Akteursgruppen soll im Sinne des Co-Governance-Ansatzes eine gelingende Zusammenarbeit heterogener Akteure treten. Ziel ist es, die jeweiligen Ressourcen effektiv zu bündeln und für die Bearbeitung komplexer Problemlagen nutzbar zu machen.[203] Damit die partizipativ entwickelten Strategien von allen relevanten Akteuren gemeinsam getragen werden, hat es sich bewährt, ein gleichberechtigtes Miteinander zu fördern und zu vermeiden, dass etwaige Hierarchien z.B. zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung zum Tragen kommen (2. Komponente).

Auch wenn die Zusammenarbeit gleichberechtigt erfolgt, können grundlegende Kommunikationsbarrieren einer Entfaltung der ihr innewohnenden Potentiale entgegenstehen. Um dies zu vermeiden ist es wichtig, dass die beteiligten Akteure ein Verständnis für die unterschiedlichen Handlungslogiken ihrer Kooperationspartner/innen entwickeln (3. Komponente) „*etwa wenn eine ergebnisorientierte Verwaltungslogik dem eher ergebnisoffenen Eigensinn zivilgesellschaftlicher Akteure begegnet*.“[204]

Das Engagement kommunal verantwortlicher Akteure aus der Verwaltung ist für den Erfolg lokaler Partnerschaften von zentraler Bedeutung. Sie übernehmen Anregungs-, Aktivierungs- und Ermöglichungsfunktionen, tragen zum Transfer der Grundanliegen des Kooperationsarrangements in kommunale Strukturen bei und stellen spezifische Wissensbestände unterschiedlicher Amtsbereiche zur Verfügung. Diesbezüglich äußerten sich in der Vergangenheit jedoch einige Akteure skeptisch und verwiesen mitunter auf eine allgemein schwierigere Aktivierung der Verwaltung.[205] In Anbetracht dessen hat es sich als hilfreich erwiesen, wenn kommunalpolitische Spitzen die Anliegen, Aktivitäten und Entscheidungen der Begleitausschüsse offen unterstützen und derart mittelbar die Beteiligung von Verwaltungsmitgliedern legitimieren (4. Komponente).[206]

„Responsivität“ im Rahmen der kommunalen Demokratieförderung heißt also, konkrete Hinweise, Anregungen und Wünsche der Bürgerschaft aufzunehmen und auf aktuelle Vorkommnisse zu reagieren. „Responsiv sein“ kann darüber hinaus bedeuten, vorhandene Sorgen aufzugreifen und in demokratische Diskurse zu überführen (5. Komponente). Mit ihrer Strategie der regionalen Verankerung und des Auftretens als „Kümmerer“ knüpfen antidemokratische Akteure geschickt an die Sorgen der Bevölkerung an und versuchen im Rahmen ihrer Ideologien vermeintliche Lösungsmöglichkeiten anzubieten. Politisch legitime Kanäle zum Ausdruck von Un-

200 Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S. 15.

201 BMFSFJ 2014, S. 4.

202 Vgl. Behn/Bohn/Hirseland/Lüter/Sträter 2014, S. 17.

203 Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S. 11.

204 Ebd., S. 12.

205 Ebd., S. 39f.

206 Behn/Bohn/Hirseland/Lüter/Sträter 2014, S. 10.

zufriedenheit sowie der Kritik an gesellschaftlichen Missständen können in Verbindung mit einer sachkundigen Auseinandersetzung diesem Ansatz entgegenwirken.[207] Die Partnerschaften können mit ihrer Arbeit dazu beitragen, soziale Problemlagen vor Ort zu benennen und vom Ausschluss bedrohte Bevölkerungsgruppen in demokratische Diskussions- und Meinungsbildungsprozesse zu involvieren.

Bislang wurde Responsivität vor allem als Fähigkeit der Partnerschaft verstanden, Anregungen und Erwartungen der Zivilgesellschaft bzw. Entwicklungen in der Förderregion wahrzunehmen und angemessen auf diese zu reagieren. Responsivität kann darüber hinaus bedeuten, Informationen und Erkenntnisse für andere Handlungsfelder nutzbar zu machen (z.B. Politik, Wirtschaft, Sport, Tourismus) (6. Komponente). Derart können dritte Akteure im Umgang mit demokratiefeindlichen Phänomenen bestärkt und von der Partnerschaft überzeugt werden.

Abbildung 44: Responsivität

Demokratiequalität in der kommunalen Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit	
Responsitivtät	
☑ Artikulation sozialer Problemlagen	☑ Realisierungschancen-/potentiale zivilgesellschaftlicher Anregungen
☑ Gleichberechtigte Zusammenarbeit wird sichergestellt	☑ Verständnis für gegenseitige Handlungslogiken
☑ Erkenntnistransfer – hoher Nutzen für alle	☑ Reaktionsfähigkeit der Verwaltung

Quelle: Eigene Darstellung.

Sechs Merkmale menschenrechtsorientierter Partnerschaften für Demokratie

Um Menschenrechtsorientierung[208] auf kommunaler Ebene zu stärken und einer Ideologie der Ungleichwertigkeit entgegen zu treten, ist es wichtig, die Bürger/innen vor Ort durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit für eine vielfältige Gesellschaft zu sensibilisieren. Die hiermit angestrebte bewusste Auseinandersetzung mit dem Themenfeld kann nicht nur zu einer stärkeren Verankerung entsprechender Einstellungen beitragen, sondern sich im Idealfall auch auf der Handlungsebene niederschlagen (1. Komponente). Neben dieser grundsätzlich präventiven Ausrichtung gewinnt Menschenrechtsorientierung im Eintreten für schwach artikulationsfähige Gruppen praktische Bedeutung. Hier können Partnerschaften für Demokratie vorhandene, jedoch nicht zum ausdruckgebrachte Interessen anwaltschaftlich vertreten und so einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse benachteiligter Menschen oder Gruppen leisten (2. Komponente). Zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse beitragen kann zudem die gezielte Veranke-

207 Chantal Mouffe (2010) sieht den Mangel legitimer politischer Kanäle für den Ausdruck von Unzufriedenheit als förderlichen Faktor extremer Bestrebungen und betont die Notwendigkeit eines „demokratischen Ventils".

208 Mit Blick auf den Untersuchungsgegenstand und die inhaltlichen Überschneidungen hat sich das ISS-Frankfurt a.M. dazu entschieden, die im Ansatz Beethams implizite mitschwingende Bedeutung der Menschenrechtsorientierung aufzugreifen und stärker zu betonen. Entsprechend wurde die ursprüngliche Dimension „Solidarität" durch die Dimension „Menschenrechtsorientierung" ersetzt.

rung von themenspezifischen Wissensbeständen in bestehenden institutionellen Strukturen. Dabei geht es einerseits um den Abbau struktureller Diskriminierung in der Verwaltung (3. Komponente), andererseits um die Förderung einer integrativen Ausrichtung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Zusammenschlüsse (4. Komponente).

Die anwaltschaftliche Vertretung ist darüber hinaus im Zuge von Bedrohungsszenarien relevant. Dabei sollte sich die Reaktion an den Interessen der betroffenen Akteure ausrichten und diese bei der Bewältigung der Folgen in ihren individuellen Unterstützungsbedarfen ernst nehmen (5. Komponente).

Grundsätzlich gilt, dass menschenfeindliche Gewalttaten weniger interpersonellen Konflikten entspringen. Personen werden stattdessen aufgrund vermeintlicher Gruppenzugehörigkeiten angegriffen. Entsprechend sind derartige Angriffe auch als Botschaften an ganze Gruppen zu verstehen, denen gemeinschaftlich durch die Partnerschaften für Demokratie widersprochen werden kann (6. Komponente).

Abbildung 45: Menschenrechtsorientierung

Demokratiequalität in der kommunalen Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit	
Menschenrechtsorientierung	
☑ Breitenwirksamkeit	☑ Achtsamkeit gegenüber demokratiegefährdender Übergriffe
☑ Berücksichtigung der Opferperspektive	☑ Interessensvertretung für schwach artikulationsfähige Gruppen
☑ Abbau struktureller Diskriminierung in der Verwaltung	☑ Förderung der integrativen Ausrichtung zivilgesellschaftlicher Organisationen

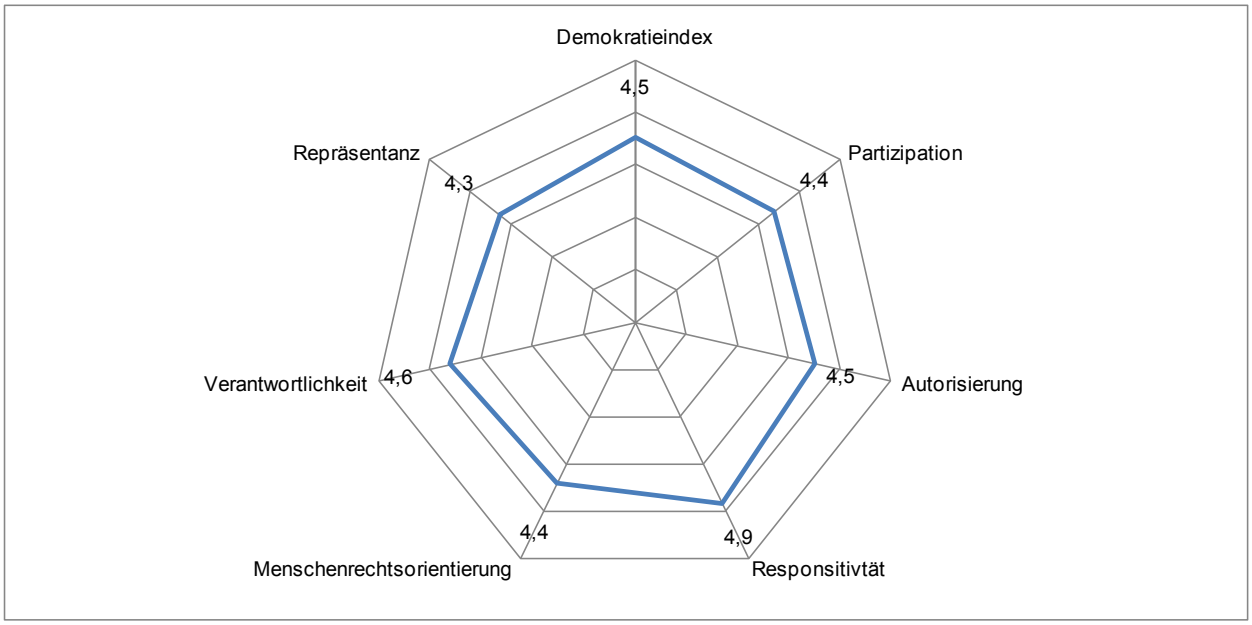
Quelle: Eigene Darstellung.

4.2.2 Befunde – Die Ausprägung der Demokratiequalität lokaler Partnerschaften

In den vorangehenden Abschnitten wurde die theoretische Grundlage des vorliegenden Ansatzes expliziert und Komponenten vorgestellt, welche die demokratische Qualität der Partnerschaften abbilden. Zur Erfassung des Umsetzungsstandes wurden die zugehörigen Statements den Koordinator/innen sowie Mitgliedern der Begleitausschüsse zur Bewertung vorgelegt. Diese konnten die insgesamt 36 Aussagen auf einer Skala von 1 „trifft überhaupt nicht zu“ bis 6 „trifft voll und ganz zu“ einschätzen und somit Angaben zum Ist-Stand machen. Hier wird es insbesondere von Interesse sein, die Entwicklungen in den nächsten Förderjahren nachzuzeichnen.

Eine erste deskriptive Annäherung zeigt, dass sämtliche Dimensionen prägend für die Arbeitsweisen und Prozesse der Partnerschaften sind. Die durchschnittliche Zustimmung auf dieser aggregierten Ebene liegt in keinem der sechs Bereiche unterhalb eines Wertes von 4,3 (s. Abbildung 46). Entsprechend lässt sich weniger ein ausdifferenziertes Modell demokratischer Qualität entlang einzelner Dimensionen erkennen, als vielmehr graduelle Unterschiede, die anhand eines Stärke-Schwächen-Profils mit relativen Bezügen zu beschreiben sind.

Abbildung 46: Ausprägung demokratischer Qualität lokaler Partnerschaften – Sechs Dimensionen[209]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Begleitausschüsse 2016 (N=217), Mittelwerte: 1="Trifft überhaupt nicht zu" bis 6=„ Trifft voll und ganz zu".

Es zeichnen sich Stärken in den Bereichen „Kooperation" und „Vernetzung" ab.

Die Stärken der Partnerschaften für Demokratie liegen demnach vor allem in Bereichen, die sich auf Kooperation und Vernetzung beziehen (s. Abbildung 47). So gelingt es auf dieser übergeordneten Betrachtungsebene gut, eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu entwickeln und Konflikte in konstruktive Aushandlungsprozesse zu übersetzen. Neben diesen grundlegenden Gelingensbedingungen einer erfolgreichen Arbeit des (Kern-)Netzwerkes, zeigen sich darüber hinaus Stärken hinsichtlich der Entwicklung erweiterter Netzwerke. Die Kooperation mit vor Ort existierenden Bündnissen etc. ist aus Perspektive der Befragten ebenso weit fortgeschritten, wie die kommunale Einbettung der Koordinierungs- und Fachstellen.

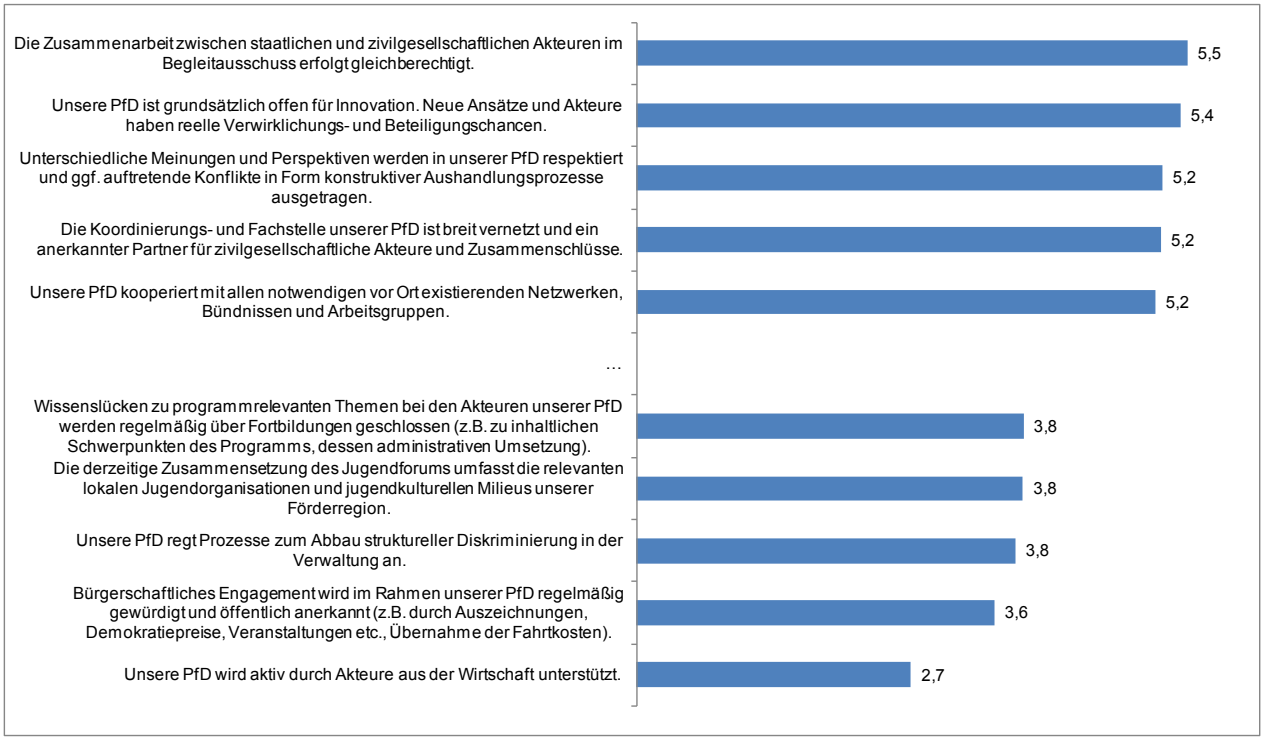
Entwicklungspotentiale zeigen sich unter anderem in der Anerkennung Bürgerschaftlichen Engagements.

Relative Schwächen zeigen sich demgegenüber vor allem in Bereichen, die sich auch schon in den Vorgängerprogrammen als schwer umsetzbar erwiesen haben. Dass die Beteiligung von Wirtschaftsakteuren an den Steurungsgremien gegenwärtig vielerorts eine Herausforderung darstellt, geht aus Kapitel 4.1 hervor. So sind lediglich in 25% der Ausschüsse Vertreter/innen aus Unternehmen bzw. wirtschaftlichen Zusammenschlüssen zugegen. Diese Schwierigkeiten sind nicht nur hinsichtlich der strukturellen Einbindung, sondern auch hinsichtlich einer allgemeineren Form der Unterstützung erkennbar. Lediglich in zwei Förderregionen stimmten die Befragten Personen dem Statement „*Unsere Partnerschaft wird aktiv durch Akteure aus der Wirtschaft unterstützt*" durchschnittlich „voll und ganz zu" (MW=2,7). Ebenfalls zurückhaltend äußern sich die Befragten hinsichtlich der Anregung von Prozessen zum Abbau struktureller Diskriminierung in der Verwaltung. Auch hier lehrt die Erfahrung, dass Erfolge in diesem Bereich intensiver Bemühungen bedürfen.

209 Vgl. Tabellen 127 bis 132 im Anhang.

Überraschender ist demgegenüber der Befund bezüglich der Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements zu werten. So ist die nachhaltige Etablierung der Partnerschaften in besonderer Weise auf Akteure angewiesen, welche zu einem langfristigen Engagement bereit sind. Dies hängt nicht zuletzt von der Zufriedenheit und der Wertschätzung der Aktiven ab. Im Idealfall wird die Beteiligung der Bürger/innen also regelmäßig gewürdigt und öffentlich anerkannt.[210] Dies geschieht aus Sicht der Befragten bislang nur eingeschränkt. So stehen die Akteure der Koordinierungs- und Fachstellen bzw. der Begleitausschüsse dem zugehörigen Statement vergleichsweise skeptisch gegenüber. Dabei erfahren die Engagierten durchaus Wertschätzung. Sie werde jedoch nicht in jedem Fall öffentlichkeitswirksam, sondern eher in privaten Kontexten vermittelt und drückt sich auch in einer professionellen Beratung und Begleitung der Aktiven aus.

Abbildung 47: Bewertung einzelner Komponenten demokratischer Qualität[211]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Begleitausschüsse 2016 (N=217), Mittelwerte: 1="Trifft überhaupt nicht zu" bis 6=„Trifft voll und ganz zu".

4.2.3 Das PfD-Demokratiebarometer

Im Fokus des vorangehenden Abschnitts standen die sechs Teildimensionen demokratischer Qualität. Es konnte herausgearbeitet werden, dass jede einzelne von ihnen für die Strukturen und Prozesse der Partnerschaften prägend ist und sich ein spezifisches Stärke-Schwäche-Profil abzeichnet. Ausgehend von diesen Ergebnissen, sollen nun die Förderregionen entlang eines zusammenführenden Gesamtindexes verortet und neben der allgemeinen Verteilung auch einzelne Gruppen in den Blick genommen werden.

Ein solcher Ansatz birgt erstens den Vorteil der Informationsverdichtung. Es ergibt sich ein besserer Überblick darüber, wie sich der demokratische Gehalt der Partnerschaften in der Gesamtschau darstellt. Denn auch wenn die bisherigen Ergebnisse darauf hinweisen, dass sich die demokratische Qualität bereits auf relativ hohen Niveau befindet, lässt sich daraus nicht folgern,

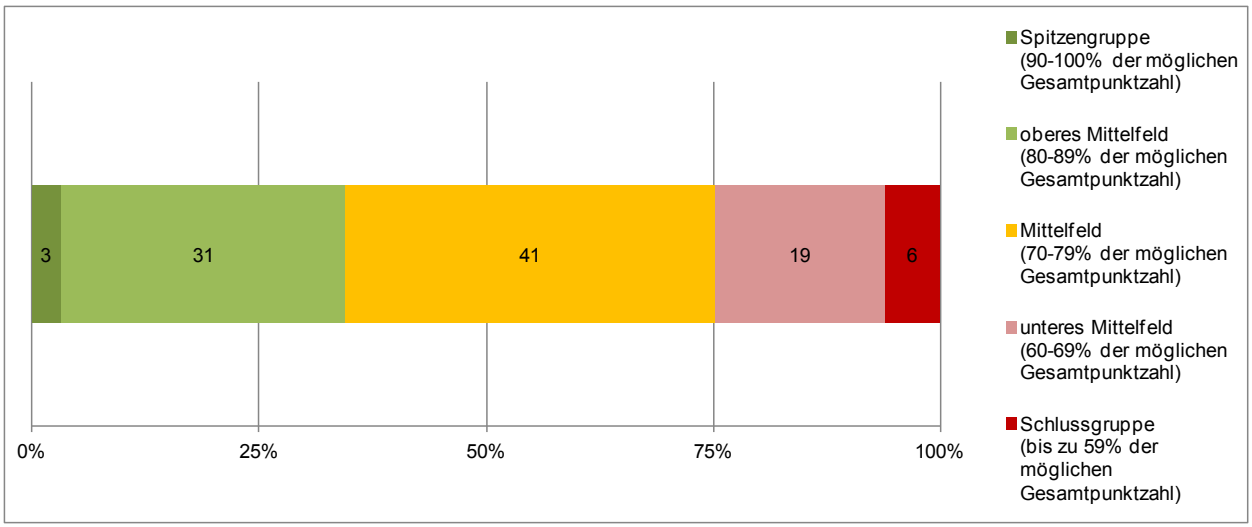
210 Vgl. Strobl/ Lobermeier 2009: S. 23

211 Vgl. Tabelle 133 im Anhang.

dass sämtliche Standorte in dieser Hinsicht gleichermaßen erfolgreich sind. Von Interesse ist es daher zweitens, spezifische Gruppen zu identifizieren, charakteristische Merkmale zu benennen und erste Hinweise auf mögliche Einflussfaktoren zu gewinnen.

Vor diesem Hintergrund hat das ISS-Frankfurt a.M. das PfD-Demokratiebarometer[212] entwickelt. Es quantifiziert die demokratische Qualität der Partnerschaften auf Grundlage der in Kapitel 4.3.3 vorgestellten Statements. Abhängig des Antwortverhaltens der Befragten Akteure wurden für diese 36 Statements Werte von eins bis sechs vergeben und ein Summenindex gebildet. Um eine möglichst eingängige Form der Darstellung zu ermöglichen wurde in einem zweiten Schritt für jede Partnerschaft der prozentuale Anteil an der maximal möglichen Gesamtpunktzahl ermittelt. Diese Anteilswerte bilden die demokratische Qualität der Förderstandorte ab und führen die Angaben zu den sechs Teildimensionen zusammen. Ihre Verteilung ist in Abbildung 48 dargestellt.[213]

Abbildung 48: Demokratische Qualität Lokaler Partnerschaften – PfD-Demokratiebarometer[214]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Begleitausschüsse 2016 (N=217) in Prozent.[215]

Die überwiegende Mehrheit der Partnerschaften erreicht mindestens 70% der maximal möglichen Demokratiequalität – zugleich zeigen sich deutliche Verbesserungspotentiale!

Wie Abbildung 48 zeigt, lassen sich die Partnerschaften mit Hilfe von Schwellenwerten in fünf Gruppen gliedern.[216] Die größte Gruppe bewegt sich dabei im „Mittelfeld“ der Verteilung (88

212 Die Benennung erfolgte in Anlehnung an das Instrument, welches von Marc Bühlmann et al. (2012) zur Messung von Demokratiequalität entwickelt wurde. Es bezieht sich auf die Ebene von Staaten und wurde in der Politischen Vierteljahresschrift vorgestellt.

213 Das Demokratiebarometer bildet den demokratischen Gehalt der Partnerschaften in Form der jeweils erreichten Anteile an der möglichen Gesamtpunktzahl ab. Zunächst wurde hierfür ein Summenindex basierend auf den Angaben zu unseren 36 Statements errechnet. Jeder Partnerschaft wurde in diesem Schritt auf Grundlage der Befragungsergebnisse ein Wert zwischen 36 (=36*1) und 216 (36*6) zugewiesen. Standorte, an denen die Befragten sämtliche 36 Items mit „stimme voll und ganz zu“ beantwortet haben, würden demnach einen Summenwert von 216 und in der Konsequenz einen Anteilswert von 100% erhalten.

214 Vgl. Tabelle 134 im Anhang.

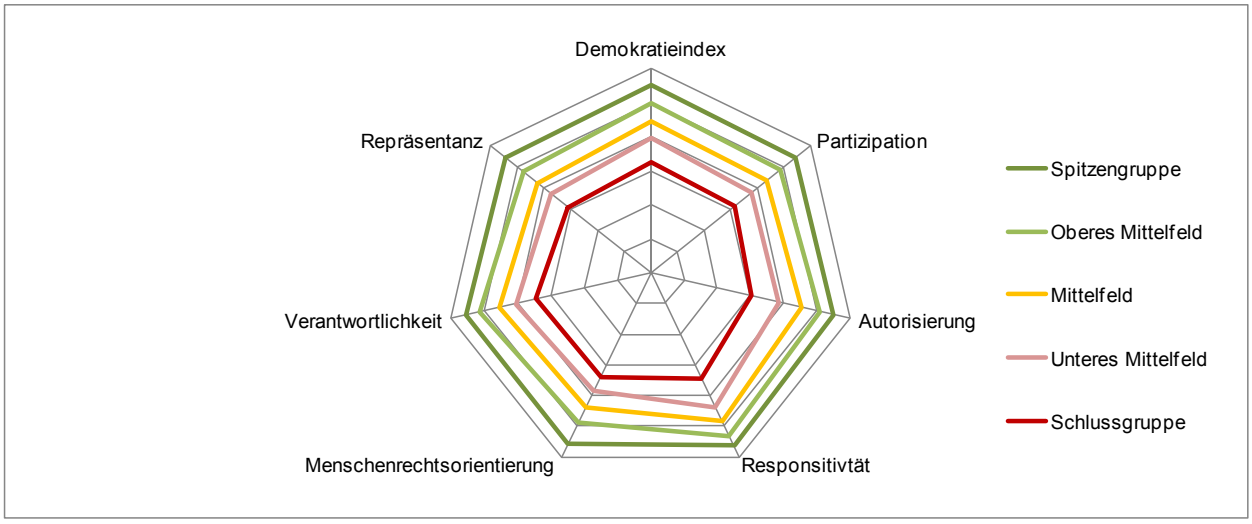
215 Die Benennung der Gruppen wurde (Spitzengruppe, oberes Mittelfeld, Mittelfeld, unteres Mittelfeld, Schlussgruppe) wurde einer Studie der Bertelsmann-Stiftung entnommen (2014, S. 34).

216 Die Abgrenzung zwischen den Gruppen erfolgte mit Hilfe von Schwellenwerten. Da sich aus den theoretischen Vorüberlegungen keine überzeugenden Argumentationslinien für die Festlegung bestimmter Werte ergaben, wurde diese aus forschungspragmatischer Perspektive gesetzt. Wie Abbildung 48 zu entnehmen ist, wurden für die Schwellenwerte gleichförmige Prozentintervalle genutzt. Ausgehend von dem maximal möglichen Anteilswert (100%) wurden die Schwellen entlang

bzw. 41%). Zugehörige Partnerschaften erreichten zum Zeitpunkt der Erhebung zwischen 70 und 79% des Maximalwertes. Die zweitgrößte Gruppe ist dem „oberen Mittelfeld“ zuzuordnen. Sie weisen Summenwerte auf, die zwischen 80 und 89% der möglichen Gesamtpunktzahl liegen. In sieben Standorten ist die demokratische Qualität aus Perspektive der Befragten schließlich besonders stark ausgeprägt (90 bis 100%). Diese „Spitzengruppe“ macht 3% der gesamten Verteilung aus. Zugleich sind bei zwei Dritteln der Partnerschaften deutliche Verbesserungspotentiale auszumachen. Über die im „Mittelfeld“ der Verteilung befindlichen Partnerschaften hinaus (41%) umfassen das „untere Mittelfeld“ und die „Schlussgruppe“ gemeinsam nochmals 25% der Förderstandorte.

Die differenzierte Betrachtung der Demokratiequalität der fünf Gruppen lässt zunächst erkennen, dass zwar deutliche Unterschiede im Niveau, kaum jedoch hinsichtlich des Profils bestehen. So weist die „Spitzengruppe“ in jeder Dimension den höchsten Mittelwert, das „obere Mittelfeld“ den zweithöchsten Mittelwert auf usw. Ein Befund, der sich darüber hinaus auch auf die Differenzen zwischen den Gruppen bezieht. So sind diese von relativer Stabilität. Es ergibt sich in der Konsequenz ein Profil, welches sich in unterschiedlicher Intensität auf jeder Ebene erkennen lässt. Abbildung 49 veranschaulicht diesen Umstand in Form einer schematischen Darstellung.

Abbildung 49: Demokratische Qualität im Gruppenvergleich[217]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Begleitausschüsse 2016 (N=217). Mittelwerte: 1=“Trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„Trifft voll und ganz zu“.

4.2.4 Merkmale demokratischer Partnerschaften für Demokratie

Welche Merkmale für demokratische Partnerschaften kennzeichnend sind, ist Gegenstand der nächsten Abschnitte. Es wird sich zeigen, dass zwischen den Gruppen zentrale Unterschiede hinsichtlich der Kontinuität ihrer Umsetzung weniger jedoch bezüglich struktureller Rahmenbedingungen bestehen. Darüber hinaus werden fünf zentrale Gelingensfaktoren spezifiziert.

Partnerschaften, die der „Spitzengruppe“ bzw. dem „oberen Mittelfeld“ zugehörig sind, setzen ihre Integrierten Handlungsstrategien überproportional häufig bereits seit den Vorgängerprogrammen von „Demokratie leben!“ um. Der für die weiterführende Ausrichtung zentraler Strukturen und Prozesse zur Verfügung stehende Zeithorizont war demnach breiter, als bei jenen

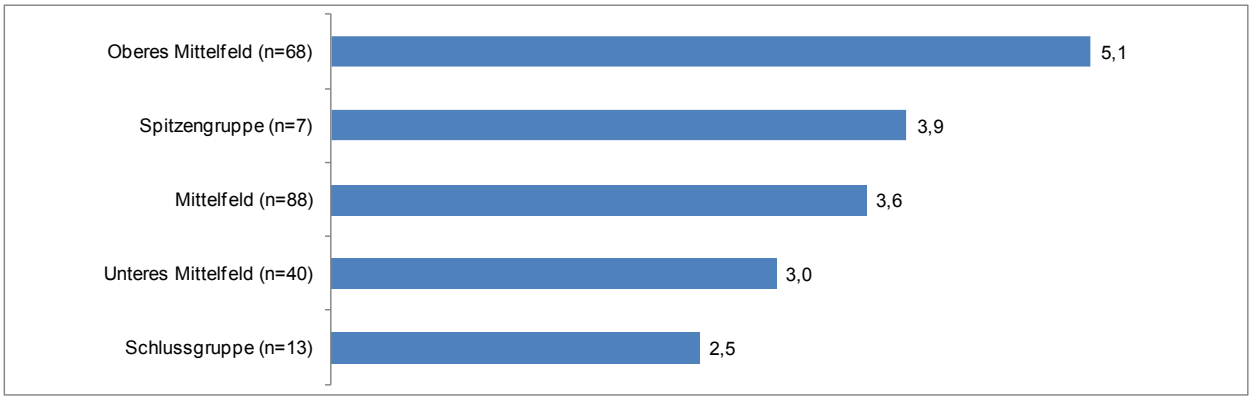
---

von Zehnerschritten bestimmt. Da der niedrigste vorkommende Wert 46% ist und die Kategorie „40-49%“ mit lediglich einem Fall besetzt ist, wurden diese mit der Kategorie „50-59%“ zusammengefasst.

217 Vgl. Tabelle 135 im Anhang.

Partnerschaften, die den weiteren Bereichen des Demokratiebarometers zuzuordnen sind.[218] Neben der Förderdauer kann sich Kontinuität in der kommunalen Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit auch auf personeller Ebene und genauer der Dauer der Begleitung durch die zuständigen Koordinator/innen ausdrücken. Hier ist zu erkennen, dass Partnerschaften der „Spitzengruppe"/des „oberen Mittelfeldes" durchschnittlich über einen längeren Zeitraum von ihren Koordinator/innen betreut werden.

Abbildung 50: Durchschnittliche Dauer der Begleitung durch die/den dienstälteste/n Koordinator/in in Jahren differenziert nach Demokratiequalität[219]



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Begleitausschüsse 2016 (N=217), Mittelwerte.

Darüber hinaus ergeben multivariate Analysen, dass die demokratische Qualität auf der Gesamtebene kaum durch (lokale) Gegebenheiten (Regionale Verortung[220], Verwaltungseinheit[221] etc.), beeinflusst wird. [222] Dieses (Nicht-)Ergebnis ist insofern lehrreich, als dass der bereits in den vorangehenden Abschnitten bemühte Erklärungsansatz, wonach Partnerschaften als flexibles Instrument weitgehend unabhängig ihrer jeweiligen Kontextfaktoren entsprechende Strukturen und Arbeitsweisen entwickeln können, auch hier zutrifft.[223] Vielmehr lassen sich fünf zentrale Gelingensfaktoren benennen, die sich nicht nur förderlich auf die demokratische Gestaltung der Partnerschaften auswirken sondern auch konkret beeinflussbar und somit als Stellschrauben einer gelingenden Entwicklung erscheinen. So hat sich gezeigt, dass Partnerschaften der „Spitzengruppe" bzw. des „oberen Mittelfeldes"

218 Der Gesamtanteil jener Partnerschaften, die bereits vor „Demokratie leben!" einen positiven Förderbescheid erhielt, lag zum Erhebungszeitpunkt bei 68% (148 von 217). Der Anteil dieser Partnerschaften an den (sehr) demokratischen Partnerschaften fällt demgegenüber leicht überproportional aus (76%). 57 der insgesamt 75 Partnerschaften der „Spitzengruppe"/des „oberen Mittelfeldes" sind also seit mehr als einer Förderperiode aktiv. Vgl. Tabelle 136 im Anhang.

219 Vgl. Tabelle 137 im Anhang.

220 Vgl. Tabelle 138 im Anhang.

221 Vgl. Tabelle 139 im Anhang.

222 Genauer wurde geprüft, welche Größen die Entwicklung demokratischer Qualität bestimmen. Hierzu haben wir in Anlehnung an systemtheoretische Überlegungen zunächst mögliche Einflussgrößen aus vier unterschiedlichen Komplexen untersucht. Einen ersten Komplex bilden die Eigenschaften der Systemumwelt, also der Förderregion. Darunter fallen die regionale Verortung, die Verwaltungseinheit aber auch die partizipativen Voraussetzungen vor Ort. Den zweiten Komplex stellen programmbedingte Größen dar. Er wird durch die Förderdauer der Partnerschaften abgebildet. Drittens werden Eigenschaften der Partnerschaften in die Betrachtung aufgenommen. Auf struktureller Ebene sind dies die Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstelle, auf Akteursebene die Kontinuität der Begleitung durch die jeweiligen Koordinator/innen. Um Einblicke in die gemeinsame Erklärungskraft dieser Bereiche zu gewinnen wurden mehrere multiple Regressionen errechnet. Die abhängige Variable bildete dabei stets das (ungruppierte) Demokratiebarometer. Jedoch konnte keines der Modelle einen zufriedenstellen Beitrag zur Varianzaufklärung leisten. Der Blick auf die Beta-Koeffizienten verdeutlichte darüber hinaus, den geringen Einfluss vieler zur Erklärung eingesetzter Variablen. Dies trifft insbesondere auf den Komplex der „Systemumwelt" zu.

223 Dies soll keinesfalls bedeuten, dass strukturelle Kontexte generell ohne Bedeutung für die alltägliche Praxis seien. Dies zeigt sich unter anderem am Beispiel der spezifischen Ausgangslagen von Partnerschaften in Flächenlandkreisen (s. u.a. Kapitel 4.1). Vielmehr betont dieser Befund die Fähigkeit, unter heterogenen Umständen entsprechende Strukturen und Prozesse implementieren und gestalten zu können.

- eine förderliche Kooperationskultur entwickeln,
- die für die Zielerreichung notwendigen Akteure systematisch und planvoll integrieren,
- ihre Co-Governance-Arrangements umfassend zivilgesellschaftlich verankern und

- als Ansprechpartner/in vor Ort etablieren sowie
- Menschenrechtsorientierung als Leitmotiv bestimmen.[224]

Diese fünf Gelingensfaktoren werden nachfolgend weiter ausgearbeitet und ihre Rolle im Kontext Lokaler Partnerschaften für Demokratie spezifiziert. Dabei zeigt sich, dass Koordinator/innen bestimmte Kompetenzen benötigen, um die Co-Governance-Arrangements entlang dieser Größen ausrichten zu können.

4.2.4.1 Kooperationskultur

Ein zentrales Merkmal Lokaler Partnerschaften für Demokratie stellt deren Konzeption als Kooperationsarrangements dar. Ihr Erfolg basiert auf der Grundidee, die Bearbeitung von Problemlagen in die Hände sowohl zivilgesellschaftlicher als auch staatlicher Akteure zu legen „*und Möglichkeitsräume für die aktive Partizipation möglichst vieler und vielfältiger gesellschaftlicher Gruppen zu öffnen*."[225] Dabei ist es nicht nur wichtig, entsprechende Ressourcen, bzw. Kompetenzen zu bündeln, diese müssen darüber hinaus auch aktiviert werden. Dies gelingt insbesondere Partnerschaften der „Spitzengruppe" bzw. des „oberen Mittelfeldes" indem sie eine Haltung zur Kooperation selbst und somit eine positive Kooperationskultur entwickeln.[226] Sie bildet den ersten Faktor demokratischer Qualität und lässt sich im Zusammenspiel von sechs Elementen beschreiben:

- Vertrauen
- Transparenz
- Konfliktfreundlichkeit
- Lösungsorientierung
- Verbindlichkeit und
- Kommunikation.

In den Partnerschaften für Demokratie ist die Zusammenarbeit heterogener Akteure aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen mit abweichenden Handlungslogiken und Perspektiven konzeptionell verankert. Dabei ist mit Blick auf diese Vielfältigkeit die Entwicklung wechselseitigen Vertrauens für eine gelingende Kooperation unverzichtbar. Vertrauen steht hier für die Überzeugung, Kooperationspartner/innen einschließlich deren Motive und Handlungen richtig einschätzen zu können und mit einer optimistischen Grundtendenz davon auszugehen, dass neben den gemeinsamen Zielen keine weiteren verdeckten Interessen verfolgt werden. Demnach ist Transparenz eine wesentliche Voraussetzung für Vertrauen. Sie bezieht sich ebenso auf einen offenen Umgang mit möglichen Partikularinteressen, wie auf einen offenen Umgang mit Misserfolgen und Problemen.

---

224 Angesichts der geringen Erklärungskraft des obigen Modells drängte sich die Frage auf, welche weiteren Faktoren der demokratischen Qualität lokaler Partnerschaften für Demokratie zugrundeliegen. Anhand einer explorativen Faktorenanalyse wurde deshalb geprüft, wie die 36 Komponenten untereinander in Zusammenhang stehen und ob sich bestimmte Variablengruppen abzeichnen, die durch gemeinsame Hintergrundgrößen beeinflusst werden. Genauer wurde eine explorative Hauptachsenanalyse (HSA) durchgeführt und die Faktorwerte einer obliquen Rotation (Promax 4) unterzogen (vgl. Tabelle 138 im Anhang). Die Wissenschaftliche Begleitung entschied sich bewusst für eine HSA, da die resultierenden Faktorwerte inhaltlich interpretiert werden sollten. Zudem erschien es naheliegend, dass die resultierenden „Hintergrundgrößen" miteinander in Verbindung stehen, also korrelieren. Entsprechend sollte eine künstliche Unterdrückung dieser Zusammenhänge mittels orthogonaler Rotation zunächst vermieden werden. Oblique Rotationsmethoden lassen solche Korrelationen zu. U.a. Bühner (2006) spricht sich für ein solches Vorgehen aus. Testweise wurde dennoch eine solch orthogonale Rotation angewendet, jedoch lagen die Faktorwerte der obliquen Version näher an einer Einfachstruktur. Entsprechend kann sowohl aus formaler, als auch aus forschungspragmatischer Perspektive für diese Rotationsmethode argumentiert werden. Auf Grundlage des Kaiser-Kriteriums wurden fünf Faktoren extrahiert und in einem zweiten Arbeitsschritt mittels qualitativer Interviews konkretisiert. Hierzu wurden zehn Partnerschaften ausgewählt, die möglichst hoch auf einen der fünf Faktoren laden, jedoch vergleichsweise gering auf die weiteren vier. So konnte in diesen Fällen davon ausgegangen werden, dass die jeweilig thematisierten Hintergrundgrößen relativ stark ausgeprägt und klar zu konturieren waren.

225 Bohn/Behn/Sträter 2014, S. 2.

226 Dieser Abschnitt orientiert sich an den Ausführungen von Ingo Dammer (2011). Dammer entwickelt und konkretisiert sechs Merkmale einer positiven Kooperationskultur, die sich in den qualitativen Interviews weitgehend wiederfanden.

„Und dass auch der Begleitausschuss da nicht ja von da irgendjemand benutzt wird. Das kann man dann auch auf die Verwaltung ziehen, da, wo ich andere Partnerschaften für Demokratie auch kenne, wo es auch seitens der Verwaltung oder der Stadt oder kommunalen Spitze bestimmte Bemühungen der Einflussnahme gibt, wenn es darum geht, wo die Gelder hin gelenkt werden sollen." (DQInt3_149)

Mit der anzustrebenden heterogenen Besetzung der Begleitausschüsse gehen in der Regel Perspektivenvielfalt und auch Konflikte einher. Diese gilt es jedoch nicht zwingend aufzulösen. Stattdessen können Konflikte essentieller Bestandteil gelingender Kooperationen sein – vorausgesetzt, sie werden konstruktiv und unter der Annahme ausgetragen, dass die konfligierenden Akteure an der Sache orientiert und mit kooperationsförderlichen Absichten argumentieren. Dabei hat es sich als hilfreich erwiesen, Konflikte auf Grundlage fixierter Regelwerke auszutragen (z.B. Regularien zu Abstimmungsverfahren etc.) und sich im Sinne der Arbeitsfähigkeit eine grundsätzliche Lösungsorientierung zu bewahren.

Neben den Elementen Vertrauen, Konfliktfreundlichkeit, Lösungsorientierung und Transparenz wiesen die Befragten Akteure zudem auf die Bedeutung der Verbindlichkeit, also der Intensität, mit der sich die Beteiligten der Partnerschaft und ihren Zielen verbunden fühlen und sich für diese einsetzen, hin. Hier ist es wichtig, einerseits die Motivation gezielt zu fördern, andererseits Akteure einzubinden, die sich aus intrinsischen Motiven für die Sache der Partnerschaft einsetzen möchten. Die Bedeutung der (fortgesetzten) Kommunikation als sechstes Element der Kooperationskultur ist schließlich weitgehend selbsterklärend. Hier ist aus Sicht der Befragten eine Diskussionskultur auf Augenhöhe anzustreben, in der Akteure ihre Meinungen ohne Vorbehalt oder Bevormundung äußern können.

„Eine offene und gleichberechtigte Diskussionskultur. Also dass wirklich die Akteure auch sehen, dass sie an diesem Bundesprogramm teilhaben können ohne bevormundet zu werden von der Fachstelle oder so." (DQInt8_34)

Mit der Entwicklung einer zuträglichen Kooperationskultur gehen aus Perspektive der Koordinator/innen vielfältige Vorteile einher. Zu nennen sind u.a. eine gesteigerte Engagementbereitschaft und die Beschleunigung von Arbeitsprozessen. Demgegenüber wird bei einer defizitären Kooperationskultur von Handlungsunsicherheit im Umgang mit Konflikten, der Vermeidung sensibler Themenstellungen und der bewussten Nichteinbindung relevanter Netzwerkpartner/innen berichtet.

„Na wenn man zum Beispiel solche Sachen gar nicht besprechen kann aus bestimmten Ängsten, dann kann man natürlich auch nicht darauf reagieren oder gemeinsame Strategien entwickeln, nicht?" (DQInt1_353)

Entsprechend wichtig ist es, die Kooperationskultur gezielt zu entwickeln. Dabei kommt dem Netzwerkmanagement, also der/m Koordinator/in große Bedeutung zu. Es gilt u.a. Konflikte zu moderieren, Arbeitsprozesse vorzubereiten und zur Beteiligung zu aktivieren. Hierzu bedarf es neben Moderations- und Präsentationskompetenzen auch eines gefestigten Selbstbildes zum Beispiel im Umgang mit kommunalen Spitzen.

„Aber- also die Koordinierungs- und Fachstelle braucht auf jeden Fall auch schon ein bestimmtes Selbstbewusstsein und eine Expertise." (DQInt1_365)

4.2.4.2 Integration der für die Zielerreichung notwendigen Partner/innen

In den vorangehenden Abschnitten wurde auf die hohe Bedeutung des Netzwerkmanagements verwiesen. Es übernimmt zentrale Steuerungs- bzw. Entwicklungsaufgaben und zu trägt so zur Etablierung einer erfolgreichen Zusammenarbeit bei. Die Ausführungen zur Kooperationskultur bezogen sich dabei vorwiegend auf den Bereich der Prozessqualität und die Frage, wie es gelingen kann, die durch die Akteure eingebrachten Ressourcen zur Entfaltung zu bringen. Die Funktionsfähigkeit des Netzwerkes hängt darüber hinaus davon ab, ob es gelingt sämtliche für

die Zielerreichung notwendigen Partner/innen zu integrieren.[227] Auch hier kommt dem Netzwerkmanagement hohe Bedeutung zu. Es muss über die Prozessebene hinaus mit Blick auf Konzept- und Strukturqualität aktiv werden.

Koordinator/innen übernehmen die Aufgaben einer/s Netzwerkmanagers/in.

Hinsichtlich der Konzeptqualität bedeutet dies, u.a. Zielstellungen in einer Weise zu formulieren, die es ermöglicht alle demokratischen Kräfte einzubinden und interessierte Gruppe nicht von vornherein auszuschließen. Hat sich auf Grundlage der gemeinsamen Zielstellung eine erste Kerngruppe gebildet, gilt es die Netzwerkerweiterung sorgfältig zu planen und ausgehend von den entwickelten Zielen systematisch zu entscheiden, welche Akteure und Institutionen einzubinden sind, bzw. welche Kompetenzen benötigt werden.

> *„Also die Zielsetzung braucht einen bestimmten Weg. Und für jeden Weg gibt es Menschen, die besondere Kompetenzen mitbringen diesen Weg zu gehen. Also man muss sicher zielorientiert sehen, welche Akteure können mich hier am besten unterstützen." (DQInt9_5)*

Dabei hat es sich bewährt, Personen in das Kernnetzwerk zu integrieren, die zu einem dauerhaften Engagement bereit sind und idealerweise in themenrelevante Netzwerke eingebunden sind. Derart können bestehende Beziehungen genutzt werden, um weitere Akteure zu aktivieren. Speziell in Bezug auf schwer erreichbare Zielgruppen hat es sich auch bewährt spezifische Strategien zu entwickeln. Diese können sich z.B. auf die Besetzung des Begleitausschusses selbst beziehen.

> *„Also in der Tat gibt es kein Gemeinderatsmitglied, das im Begleitausschuss ist bedauerlicherweise. Aber es gibt Menschen im Begleitausschuss, die den Gemeinderat oder Akteuren im Gemeinderat, Fraktionsmitgliedern sehr nahestehen oder hier ganz dichte Kooperationen fahren." (DQInt9_101)*

Die Strukturqualität von Netzwerken bezieht sich im Kern auf die Frage, ob der für Aufrechterhaltung und Beziehungsarbeit zu leistende Aufwand in angemessenem Verhältnis zu den Vernetzungsergebnissen steht.[228] Das heißt, dass Vernetzungen auch unter den Beteiligten bewusst zu planen sind um die einzelnen Partner/innen nicht zu überfordern. Vor diesem Hintergrund kann es angemessen sein, Akteure statt in das Kern- in ein erweitertes Unterstützer/innennetzwerk einzubinden, bzw. ein Netzwerk von Netzwerken zu entwickeln. Derart erhöht sich aus Perspektive der Befragten einerseits die Reichweite des Zusammenschlusses, die eher geringe Dichte belastet zugleich die einzelnen Akteure nicht über Gebühr.

Ein/e Netzwerkmanager/in benötigt spezifische Kompetenzen.

Gelingt es nicht, die Partnerschaft entsprechend auszurichten, ergeben sich aus Sicht der Befragten Nachteile, die unmittelbar mit fehlenden Akteursgruppen in Verbindung gebracht werden. Genannt wurden u.a. eine eingeschränkte mediale Präsenz, Schwierigkeiten bei der Zielgruppenrreichung wie auch bei der Sicherung der Nachhaltigkeit.

> *„Und das ist auch ein Problem, weil wir halt auch merken, da bewegt sich auch nichts oder nur sehr punktuell oder nur mit wahnsinnig viel Aufwand, dass wir eine gewisse Nachhaltigkeit herstellen können. Und die Strukturen, die wir hier aufbauen, befürchten wir dann auch wirklich nach fünf Jahren 2020 wieder verloren zu haben." (DQInt4_186)*

227 Vgl. Groß 2006, S. 3.

228 Vgl. Strobl/Lobermeier 2012b, S. 6.

Das Netzwerkmanagement muss also in der Summe auf mehreren Ebenen aktiv werden. Es gilt angemessene und integrative Zielstellungen zu entwickeln, Akteure gezielt zu vernetzen und die Einbindung weiterer Netzwerkpartner/innen auch mit Blick auf sich verändernde Akteurslandschaften zu verfolgen. Insofern ist Netzerkmanagement als herausfordernde Daueraufgabe zu verstehen.

> *„So und das ist nicht im ersten Jahr einmal erledigt, sondern das muss man tatsächlich immer wieder machen, weil immer wieder neue Vereine und neue zivilgesellschaftliche Akteure aus den Reihen erwachsen und da muss man sich dann eben wieder neu zeigen. Also das hat eigentlich eine Daueraufgabe, eine permanente Aufgabe, die die Fach- und Koordinierungsstelle leisten muss [...].“ (DQInt9_65)*

Das Profil eines Netzwerkmanagers umfasst demnach u.a. eine profunde Kenntnis der Akteurslandschaft vor Ort und ein umfassendes Netz sozialer Beziehungen. Darüber hinaus sind persönliche Kompetenzen relevant. Zu nennen sind z.B. Kommunikationsstärke bzw. das Bestreben bislang nicht bekannte Akteure gezielt aufzusuchen. Ferner wurde auf die Bedeutung ressourcenorientierten Denkens sowie des Einfühlungsvermögens bzw. der Perspektivübernahme verwiesen. Beides kann dazu beitragen, gezielt an den Anliegen potentieller Netzwerkpartner/innen anzuknüpfen.

4.2.4.3 Zivilgesellschaftliche Verankerung der Partnerschaften

Die zivilgesellschaftliche Verankerung der Partnerschaften stellt den dritten Faktor demokratischer Qualität dar und bezieht sich im Kern auf die bewusste Gestaltung beteiligungsorientierter Prozesse. Demnach wird Engagement nicht nur als Ressource der Partnerschaft anerkannt, sondern die Partnerschaft als unterstützende Struktur zivilgesellschaftlichen Gestaltungswillens verstanden.

> *„Ich persönlich finde es immer total wichtig, [...] dass es nicht dem Zufall überlassen wird, nicht? Klar, man hat das Glück, dass sich Menschen engagieren, die das vom Herzen aus machen wollen. Das ist natürlich großartig. Aber [...] es [ist] wichtig, dass man so ein bisschen lernt, wie das denn geht.“ (DQInt6_209)*

Eine derartige zivilgesellschaftliche Verankerung kann zunächst entlang unterschiedlicher Einbeziehungsstufen differenziert werden. Hierunter ist das Ausmaß der Mitwirkung zu verstehen, welches durch das Kernnetzwerk zugelassen wird. Zu unterscheiden sind demnach Information (informieren), Konsultation (Meinung einholen) und Kooperation (Mitsprache gewähren). Die Bezugspunkte der Einbeziehungsstufen bilden die unterschiedlichen Beteiligungsgelegenheiten, also v.a. Demokratiekonferenzen, Begleitausschüsse und Projekte. Informieren bedeutet in diesen Kontexten dann u.a. entsprechende Termine zu kommunizieren, Entscheidungsgrundlagen zu veröffentlichen oder Arbeitsergebnisse zu vermitteln. Konsultation geht über eine einseitige Kommunikation hinaus und beinhaltet die Möglichkeit zur aktiven Stellungnahme, also zum Beispiel in Form einer kritischen Reflektion der Arbeit Lokaler Partnerschaften für Demokratie. Kooperation umfasst schließlich die Einräumung von konkreten Mitspracherechten.

Zivilgesellschaftlich verankerte Partnerschaften fördern diesem Schema folgend sämtliche Einbeziehungsstufen und gestalten die Qualität und die Rahmenbedingungen des Beteiligungsprozesses bewusst. Den Ausgangspunkt derartiger Bemühungen bildet neben der gezielten Bekanntmachung der Partnerschaften und ihrer jeweiligen Angebote ein transparenter Umgang mit den Zielstellungen und ihren Vorhaben. Dabei binden erfolgreiche Partnerschaften alle relevanten Gruppen ein und werben gezielt um bislang nicht beteiligte Akteure.

> *„Also das ist so, dass, bevor wir den Begleitausschuss konstituiert haben, haben wir ganz breit mit allen Medien aufgerufen sich zu beteiligen. [...]. Also das heißt, wir haben Anzeigen geschaltet in Printmedien und wir haben ja Homepages und so weiter, also digital [...], hier alle Verteiler, die wir hatten, also die hier in Frage kommen, auch noch mal aufgefordert, nicht?“ (DQInt6_113)*

Damit die Beteiligung gelingt, ist es wichtig, ein glaubhaftes, authentisches Interesse an zivilgesellschaftlichen Perspektiven zu vermitteln (konsultieren) und entsprechende Themenstellungen zu berücksichtigen. Um den Prozess erfolgreich gestalten zu können bedarf es schließlich der „Qualifizierung des Engagements“ und somit einer Vermittlung benötigten Know-Hows bzw. einer Koordinierung entsprechender Bemühungen.

> *„Und ich glaube, von den Rückmeldungen her, also es ist quasi so ein Klima von einer großen Offenheit und ich glaube, das Gefühl, dass die Träger sich wirklich auch bei Schwierigkeiten und Problemen hier jederzeit melden können ist, glaube ich, uns gelungen, das zu vermitteln.“ (DQInt10_93)*

Zivilgesellschaftlich verankerte Partnerschaften öffnen sich also für externe Perspektiven. Zugleich profitieren sie aus Sicht der Koordinator/innen von einer gesteigerten Reichweite, erhöhten Aktivierungspotentialen und hiermit einhergehend auch von einer größeren Wirksamkeit in der Förderregion.

4.2.4.4 Etablierung der Partnerschaften als Netzwerk von Ansprechpartner/innen vor Ort

Ein zentrales Strukturelement der Partnerschaften für Demokratie bilden die Koordinierungs- und Fachstellen. Dabei vollzog sich mit „Demokratie leben!“ eine wesentliche Erweiterung ihres Aufgabenportfolios. Es beinhaltet nun u.a. das Auftreten als Erstansprechpartnerin bei programmrelevanten Problemlagen vor Ort und die Weiterentwicklung der themenbezogenen Arbeit in der Kommune.

Auch wenn diese Bereiche in Teilen schon vor dem aktuellen Bundesprogramm bearbeitet worden sind, ergibt sich damit der Anspruch noch gezielter als bislang in die Förderregion hinein zu wirken und sich bzw. die Partnerschaft als Netzwerk von Ansprechpartner/innen zu etablieren. Dieser Anspruch bildet sich im vierten Faktor demokratischer Qualität ab, der, wie auch die vorigen drei, vor allem für Partnerschaften der „Spitzengruppe“ sowie des „oberen Mittelfeldes“ kennzeichnend ist.

Aus Sicht der Befragten Akteure lässt sich eine solchermaßen etablierte Partnerschaft durch fünf zentrale Charakteristika beschreiben. Sie ist in der Förderregion allgemein und bei relevanten Akteuren im Speziellen bekannt (1), breit vernetzt (2) und aufgrund der fachlichen Expertise (3) ihrer Mitglieder akzeptiert (4). Darüber hinaus ist sie über aktuelle Entwicklungen vor Ort informiert und in der Lage diese angemessen einzuschätzen (5).

> *„Zum einen erst mal die Bekanntheit überhaupt. Es kann sich ja nichts etablieren, was nicht bekannt ist. Dann auch die Kompetenz und dann auch die Realitätsnähe, der Bezug zum Bedarfsfeld. Wenn der nicht gegeben ist, dann nützt alle Bekanntheit und alle Kompetenz nichts, wenn der Bezug nicht herstellbar ist zur Realität.“ (DQInt2_280)*

Mit einer derart ausgerichteten Partnerschaft verbinden die Koordinator/innen im Wesentlichen die Fähigkeiten Engagierte aber auch Opfer von Übergriffen unterstützen und zeitnah sowie angemessen auf demokratiefeindliche Vorfälle reagieren zu können. Darüber hinaus versprechen sie sich von dieser Ausrichtung auch, Engagement fachlich zu unterlegen, nachhaltig werden zu lassen und insgesamt die Einflussfähigkeit demokratischer Kräfte vor Ort zu steigern. Dafür benötigen sie vielfältige Kompetenzen, die es fortzuentwickeln gilt. Zu nennen sind (1) inhaltliche Expertise zu den Themenschwerpunkten der Partnerschaften, (2) auf die Förderregion bezogenes Kontextwissen und (3) Handlungswissen um im Umgang mit demokratiefeindlichen Phänomenen situationsgerecht reagieren zu können.

> *„Ja, eigene Kompetenzen erweitern, [...] ich nehme ja auch an dieser Weiterbildungsmaßnahme für Koordinierungs- und Fachstellen zum Beispiel teil.“ (DQInt1_189)*

4.2.4.5 Menschenrechtsorientierung als Leitbild

Der fünfte Faktor stellt insofern eine Ausnahme dar, als dass er sich nahezu vollumfassend auf eine einzelne Dimension demokratischer Qualität bezieht. Partnerschaften, die sich durch eine hohe Ausprägung dieser Hintergrundgröße auszeichnen, haben Menschenrechtsorientierung als Querschnittsthema verankert. Es bildet sich u.a. in den Zielstellungen, den Projekten, den eingebundene Netzwerkpartner/innen sowie der Berücksichtigung von Teilhabebeschränkungen bei Veranstaltungen ab.

> *„Gut, das ist auf jeden Fall eine Partnerschaft, die versucht, entsprechende Akteure einzubinden, also Institutionen, Wohlfahrtsverbände, Vereine, die in dem Bereich ja Verwirklichung von Menschenrechten sich engagieren und auch Bürgerinitiativen. Ja, also erst mal so eine Bündelung der entsprechenden Akteure. Dann natürlich auf der Projektebene, dass da Einzelprojekte umgesetzt werden, die Menschenrechte jetzt in irgendeiner Form, bei uns war es jetzt insbesondere die Arbeit, also die Sorge für Geflüchtete. Also die diese Ideen verwirklichen." (DQInt7_5)*

Dabei betonen die befragten Akteure vor allem die hohe Anschlussfähigkeit und weisen daraufhin, dass die Themenwahl mit einem breiten Interesse einherging, sich für ein positiv besetztes Thema zu engagieren (Konzeptqualität). Speziell in Verbindung mit aktuellen Kristallisationspunkten zivilgesellschaftlichen Engagements (Thema Flucht und Asyl) hätten sich hier enorme Aktivierungspotentiale ergeben.

> *„Demokratie leben!", wie ich auch eingangs schon gesagt hatte, ist da quasi in so einen Leerraum gestoßen. Also es gab in den Gemeinden, wo Asylbewerberunterkünfte eröffnet wurden, immer sofort auch Ehrenamtliche, die sich engagiert haben. Und es gab [...] da immer schon Institutionen und Organisationen, die sich da ebenfalls starkgemacht haben. Aber es gab keine Plattform. Also da hat „Demokratie leben!" jetzt wirklich dann was geboten, eine Plattform, einen Anziehungspunkt, wo sich all diese Leute sammeln konnten." (DQInt7_165)*

Darüber hinaus bestehe auch innerhalb des Kernnetzwerkes Einigkeit bezüglich dieser querschnitthaften Verankerung, was sich positiv auf die Identifikation mit der Partnerschaft auswirke. Auf inhaltlicher Ebene werden Bekanntheit und Akzeptanz von Menschenrechten als Grundlage des Zusammenlebens gefördert, Menschenrechtsverletzungen thematisiert, zum Abbau struktureller Diskriminierung in der Verwaltung angeregt und versucht, das Thema auch in den Organisationen der Netzwerkpart/innen zu platzieren. Dabei gestalten sich vor allem die beiden letztgenannten Aspekte als Herausforderung.

4.2.5 Kurzzusammenfassung

Nach Auffassung der befragten Akteure gelingt es vielerorts grundlegende demokratische Prinzipien in die spezifischen Strukturen und Prozesse der Partnerschaften einzubinden und über das Alltagshandeln erfahrbar zu machen. So erreicht die überwiegende Mehrheit der Co-Governance Arrangements auf dem PfD-Demokratiebarometer Werte von mindestens 70 % der maximal möglichen Demokratiequalität. Die Umsetzung der übergeordneten Querschnittsziele befindet sich demnach bereits auf insgesamt gutem Niveau.

Dabei zeigt sich, dass die demokratische Ausrichtung der Partnerschaften weitgehend unabhängig regional gegebener Rahmenbedingungen erfolgt. Insofern erweisen sie sich also auch weiterhin als flexibles Instrument der Demokratieförderung, welches besondere Stärken in den Bereichen „Vernetzung" und „Kooperation" entfaltet. Diesbezüglich hat es sich als hilfreich erwiesen, (1) eine förderliche Kooperationskultur zu entwickeln, (2) die für die Zielerreichung notwendigen Akteure planvoll zu integrieren, (3) die Partnerschaften umfassend zivilgesellschaftlich zu verankern, (4) sie als Ansprechpartner/in vor Ort zu etablieren und (5) Menschenrechtsorientierung als Leitmotiv zu bestimmen. Den Koordinator/innen kommt bei der Ausgestaltung

der Strukturen und Prozesse herausgehobene Bedeutung zu. Sie übernehmen u.a. die Rolle einer/s Netzwerkmanager/in, treten als Expert/in im Sinne einer Fachstelle auf und fördern bestenfalls eine Zusammenarbeit, die von Vertrauen, Transparenz etc. geprägt ist. Entsprechend benötigen sie vielfältige Kompetenzen, die sich auf die Funktionsweise von Netzwerken beziehen, Moderations- Präsentationsfähigkeiten umfassen und auch Gesprächsführung und Vermittlung sowie themenspezifische Wissensbestände beinhalten.

4.3 Die Koordinierungs- und Fachstellen

4.3.1 Umfassende Koordinationsleistung

Im Jahr 2016 wurde die finanzielle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen von jährlich 25.000 auf 45.000 Euro erhöht. Der Stellenwert der Koordinierungs- und Fachstellen innerhalb des Programms wurde damit unterstrichen, verbunden wird damit das Anliegen, „die Fachlichkeit und Beratung auf kommunaler Ebene“[229] auf breitere Füße zu stellen. Die Koordinierungs- und Fachstelle soll dazu beitragen, dass in der jeweiligen Förderregion Gelegenheitsstrukturen und Möglichkeitsräume für die Entwicklung von Fachlichkeit geschaffen werden. Dementsprechend besteht die Aufgabe der Koordinierungs- und Fachstelle darin, Impulsgeber zu sein, um einerseits die Vernetzung und Kooperation der relevanten regionalen Akteuren voranzutreiben und auszubauen und andererseits Fachlichkeit in Bezug auf die zu bearbeitenden Problemlagen in der Region aufzubauen.

Bereits im ersten Zwischenbericht der Wissenschaftlichen Begleitung wurden in explorativer Form die Aufgabenfelder und die bisherige Praxis der Koordinierungs- und Fachstellen dargestellt. Im vorliegenden Bericht wird nun gefragt, wie eine umfassende Koordinationsleistung erzielt werden kann und welche Gelingensbedingungen hierzu beitragen.

Bereits im ersten Bericht haben wir festgestellt, dass bei der Betrachtung der Koordinationsleistung auf Ebene der gesamten Partnerschaft für Demokratie die Rolle des federführenden Amtes nicht vernachlässigt werden darf, da dieses in vielen Partnerschaften eine gewichtige Rolle einnimmt.[230] Laut Leitlinien besteht die Aufgabe des federführenden Amtes im Verhältnis zur Koordinierungs- und Fachstelle darin, als „Anlaufstelle und Partner für die einzurichtende Koordinierungs- und Fachstelle“[231] zu agieren. Diese Aufgabenbeschreibung wird in den Partnerschaften verschieden weit ausgelegt. Häufig kommt dem federführenden Amt auch eine inhaltlich gestaltende Rolle zu, die unterschiedlich stark ausgeprägt sein kann.

Koordinierungs- und Fachstellen und federführende Ämter koordinieren und gestalten die Prozesse in den Partnerschaften für Demokratie gemeinsam in verschiedenen Arrangements.

Dies lässt sich auch aus der Programmgeschichte erklären, da in den Vorgängerprogrammen viele der damaligen Lokalen Aktionspläne ausschließlich eine verwaltungsinterne Koordination eingerichtet hatten, deren Kompetenzen nun als federführendes Amt in die Partnerschaft für Demokratie eingebracht werden. Dementsprechend ergeben sich verschiedene Arrangements, mittels derer die jeweilige Koordinierungs- und Fachstelle und das federführende Amt gemeinsam Prozesse der Partnerschaft koordinieren und gestalten.

Daher sollen die Koordinationsleistungen, die für die jeweilige Partnerschaft erbracht werden, nicht auf die Koordinierungs- und Fachstelle verengt betrachtet werden. Stattdessen wird die von Koordinierungs- und Fachstelle und federführendem Amt gemeinsam – und in verschiede-

229 Vgl. „Demokratie leben!“ 2015.

230 Vgl. ISS/Camino 2015, S. 82.

231 Vgl. BMFSFJ 2015, S. 7.

nen Arrangements – erbrachte Leistung im Sinne einer „Verflechtungsstruktur“[232] betrachtet und dafür der Begriff Gesamtkoordination verwendet. Dementsprechend betrachten wir die im Sinne der Partnerschaft für Demokratie erbrachte Koordination als Gesamtleistung beider Akteure.

4.3.2 Begriffsdefinition und Operationalisierung

Von einer umfassenden Koordinationsleistung kann nach unserem Verständnis dann gesprochen werden, wenn (1.) die notwendigen Wissensbestände verfügbar sind, die es ermöglichen, die fachlichen sowie organisatorischen Impulse zur Umsetzung einer Partnerschaft für Demokratie zu geben, und (2.) wenn zweckdienliche Zugänge zu den regional relevanten Strukturen vorhanden sind, um diese im Sinne der Partnerschaft zu aktivieren.

Wir gehen davon aus, dass zunächst die Wissensressourcen der Koordinierungs- und Fachstelle für die inhaltliche Gestaltung der Partnerschaft von besonderer Bedeutung sind. Diese umfassen primär die Wissensbestände, über welche der/die Koordinator/in verfügt, und werden ergänzt durch das Wissen, das ggf. bei dem Träger der Koordinierungs- und Fachstelle bereits vorhanden ist. Um die Wissensbestände der Gesamtkoordination zu bemessen, werden ergänzend die Wissensbestände des federführenden Amtes hinzugezogen.

Bei den Zugängen zu den regionalen Strukturen wird ein Durchschnittswert ermittelt, da davon ausgegangen wird, dass es keinen Unterschied macht, ob nun die Koordinierungs- und Fachstelle oder das federführende Amt Zugänge zu relevanten Akteuren für die Partnerschaft nutzbar machen kann. Eine Ausnahme bildet hier der Zugang zu Netzwerken, da wir davon ausgehen, dass der Koordinierungs- und Fachstelle als externem Träger hier eine gewichtigere Rolle zukommt als der Verwaltung, die häufig den Netzwerkpartnern eher als Geldgeber gegenübertritt.

4.3.2.1 Wissensbestände

Wir differenzieren zwischen drei verschiedenen Wissensbeständen, die für die Gesamtkoordination der Partnerschaft für Demokratie von Relevanz sind:

- Fachlich-inhaltliche Expertise,
- Handlungswissen und
- Kontextwissen.

Im Folgenden wird zunächst dargestellt, welche Wissensbestände bei den Koordinierungs- und Fachstellen, die primär für die fachlich-inhaltliche Arbeit verantwortlich zeichnen, im Einzelnen vorhanden sind. Daran anschließend findet sich eine Übersicht, die den Durchschnitt der vorhandenen Wissensbestände darstellt, der der Gesamtkoordination zur Verfügung steht. Diese umfasst die Wissensbestände der Koordinierungs- und Fachstellen, erweitert durch jene der federführenden Ämter.

Für die Gesamtkoordination einer Partnerschaft sind verschiedene Wissensbestände – fachlich-inhaltliche Expertise, Handlungs- und Kontextwissen – relevant.

Unter fachlich-inhaltlicher Expertise wird subsummiert, auf welche professionelle Erfahrung und fachlichen Kenntnisse die Gesamtkoordination bei der Umsetzung der Partnerschaft zu den von ihr jeweils verfolgten Themenschwerpunkten – wie Rechtsextremismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Demokratieförderung usw. – hinsichtlich der regional relevanten Strukturen zurückgreifen kann. Hierzu wird bewertet, inwieweit erkennbar ist, dass bei der Konzeption von Projekten/Aktivitäten durch die Koordinierungs- und Fachstelle eine inhaltliche Fachberatung stattfindet. Als sehr gute Expertise wird es gewertet, wenn darüber hinaus (Fach-)Veran-

232 Vgl. Schuppert 2015, S. 66.

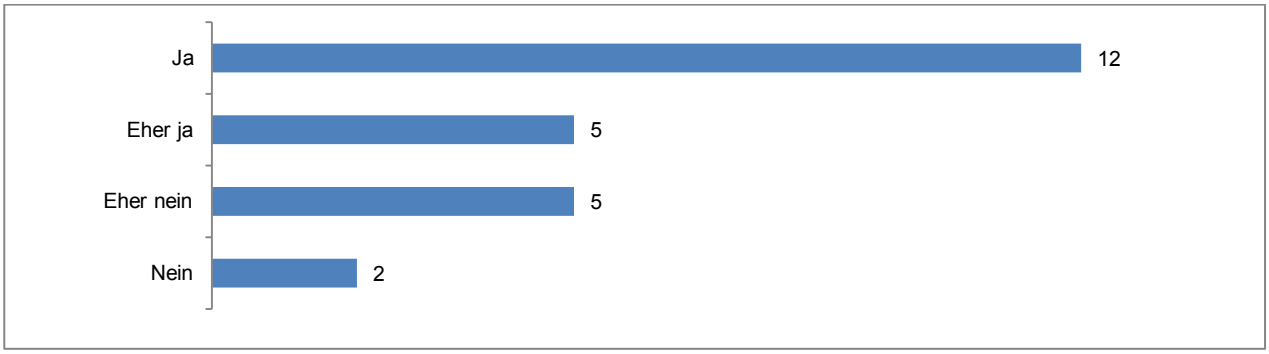
staltungen, Schulungen oder Workshops zu entsprechenden Themen angeboten werden konnten oder die Koordinator/innen für solche angefragt wurden. Bezogen auf das qualitative Sample verfügen 16 der 24 Koordinierungs- und Fachstellen bereits über eine gute fachliche Expertise und können dementsprechend eine inhaltlich fundierte Projektberatung zumindest zu einem der Förderthemen leisten. Hervorzuheben ist, dass von diesen wiederum zehn über sehr gute fachliche Kenntnisse verfügen und über Beratungsleistungen hinaus Fachveranstaltungen anbieten können. Sieben Koordinierungs- und Fachstellen verfügen bisher noch über geringe oder gar keine fachlichen Kenntnisse.

Die Aufgaben der Gesamtkoordination erfordern ein spezifisches Handlungswissen zur Umsetzung einer Partnerschaft für Demokratie. Darunter werden zum Ersten praktische Erfahrungen im Projektmanagement verstanden, die für die administrativ-technische Beratung der Projektträger (Planung, Abrechnung) erforderlich sind. Zum Zweiten sind Erfahrungen in der Netzwerkarbeit und -moderation erforderlich, die auf verschiedenen Ebenen (Begleitausschuss, Demokratiekonferenzen, Trägerkooperation, Zusammenarbeit mit Bündnissen usw.) die gezielte Zusammenarbeit von Akteuren im Rahmen der Partnerschaft befördern. Zur Messung, inwieweit auf solch einen Wissensbestand zurückgegriffen werden kann, wurde abgefragt, inwieweit die Akteure bereits über Sicherheit in der Koordination von Netzwerken, der Moderation von Gruppenarbeitsprozessen und der Steuerung von Projekten verfügen. Als Hinweis darauf wurde geprüft, inwieweit die Akteure an Steuerungs- und Planungsgruppen von Netzwerken beteiligt sind und/oder Instrumente zur Erfassung von Projektergebnissen und der Verbesserung von Projekten nutzen. Hier verfügen 16 der 24 Koordinierungs- und Fachstellen bereits über gutes oder sehr gutes handlungspraktisches Wissen, acht verfügen über geringe oder noch gar keine handlungspraktischen Kenntnisse.

Die Partnerschaften für Demokratie werden in sehr verschieden strukturierten Förderregionen umgesetzt, in der die Gesamtkoordination auf ein spezifisches Kontextwissen angewiesen ist. Hierunter wird insbesondere die Kenntnis der regionalen Ressourcen – etwa der Netzwerke und der Trägerstruktur – verstanden. Zur Bewertung des Kontextwissens wird herangezogen, inwieweit die koordinierenden Akteure auf professionelle Erfahrungen in der Region zurückgreifen können, inwieweit ein unmittelbarer Kontakt zu wichtigen Netzwerken und Trägern der Region besteht und inwieweit die Einbeziehung der vorhandenen und fehlenden Ressourcen als Teil der strategischen Planung zur Bearbeitung der Problemlagen in der Region erkennbar ist. Von den 24 befragten Koordinierungs- und Fachstellen des qualitativen Samples verfügen 15 bereits über ein gutes, davon sieben über ein sehr gutes Kontextwissen. Neun Koordinierungs- und Fachstellen verfügen über ein geringes oder noch über gar kein Kontextwissen.

Betrachtet man die vorhandenen Wissensbestände, die sich aus denen der Koordinierungs- und Fachstellen, erweitert durch jene der federführenden Ämter, ergeben, zeigt sich, dass etwa drei Viertel der Partnerschaften für Demokratie bereits auf hohe bzw. sehr hohe Wissensbestände zurückgreifen können, die für die Gesamtkoordination genutzt werden (vgl. Abbildung 51).

Abbildung 51: Vorhandensein von Wissensbeständen



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen.

Die Kenntnisse zur Realisierung einer geeigneten Öffentlichkeitsarbeit fließen an dieser Stelle nicht in die Bewertung ein, werden aber in den Interviews häufig als verbesserungswürdig hervorgehoben. Dieser Aspekt wird in Kapitel 4.5 zur Öffentlichkeitswirksamkeit vertieft.

4.3.2.2 Zweckdienliche Zugänge

Damit eine Partnerschaft nicht auf der Ebene eines reinen Förderprogramms verbleibt, ist es von hoher Bedeutung, dass sie in die regionalen Strukturen hineinwirkt und auf deren Unterstützung zurückgreifen kann. Hierfür bedarf es Zugänge zu den kommunalen Institutionen, den zivilgesellschaftlichen Strukturen und der Trägerlandschaft vor Ort.

Wir unterscheiden hier drei für die Umsetzung einer Partnerschaft zentrale Bereiche:

- die Verwaltung,
- die lokale Politik und
- Netzwerke, die für die Themenstellung der Partnerschaft von Relevanz sind.

In welchem Umfang der Gesamtkoordination Zugänge zu den genannten Bereichen zur Verfügung stehen, wird daran festgemacht, inwieweit spezifische Leistungen für die Zwecke der Partnerschaft nutzbar gemacht werden können:

- Gibt es einen wechselseitigen Informationsaustausch oder Wissenstransfer?
- Werden durch die genannten Akteure in irgendeiner Form Ressourcen für die Arbeit der Partnerschaft zur Verfügung gestellt?
- Gibt es eine Zusammenarbeit im Rahmen von Projekten oder anderen Aktivitäten der Partnerschaft?
- Wie institutionalisiert ist der Zugang, d.h. gibt es eine regelmäßige und regelhafte Zusammenarbeit, die über punktuelle Kontakte hinausgeht?

Bereits in den Vorgängerprogrammen wurde die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung als wichtiger Bestandteil der kommunalen Handlungsstrategie gesehen. Da eine Zusammenarbeit der Koordinierungs- und Fachstelle und des federführenden Amtes sich bereits aus den Programmvorgaben ergibt, rückt für eine Bewertung in den Fokus, inwieweit darüber hinaus Zugänge zu weiteren Verwaltungsressorts erschlossen werden. Ob ein zweckdienlicher Zugang gegeben ist, wird anhand der Anzahl der verschiedenen Zugangsmöglichkeiten bewertet. Je mehr Zugangsmöglichkeiten gegeben sind, als desto umfassender wird der Zugang bewertet. So wird erhoben, ob ein oder mehrere Verwaltungsressorts im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie eine aktive Rolle bei der Vermittlung ihrer Informationen und Perspektiven einnehmen und Informationen über die Partnerschaft innerhalb der Verwaltung weitertragen. Daneben wird bewertet, inwieweit die Verwaltungen Ressourcen zur Unterstützung der Partnerschaft – etwa in Form von verwaltungsinternen Verteilern oder Räumen – bereitstellen und ob sie an (Projekt-)Aktivitäten der Partnerschaft – sei es als Mitwirkende oder Zielgruppe – beteiligt sind. Beispiele hierfür sind etwa die Zusammenarbeit mit Ordnungsämtern

im Kontext rechtsextremer Demonstrationen oder die Mitwirkung von Verwaltungsvertreter/innen in Projekten mit Geflüchteten. Ein weiterer Aspekt, der zur Bewertung herangezogen wird, ist, ob von Seiten der Koordinierungs- und Fachstelle oder des federführenden Amtes ein institutionalisierter Zugang zu Verwaltungsressorts besteht – etwa durch die regelmäßige Teilnahme an Ämterrunden oder Fachausschüssen, in denen der/die Koordinator/in oder der/die Vertreter/in des federführenden Amtes über die Partnerschaft berichten.

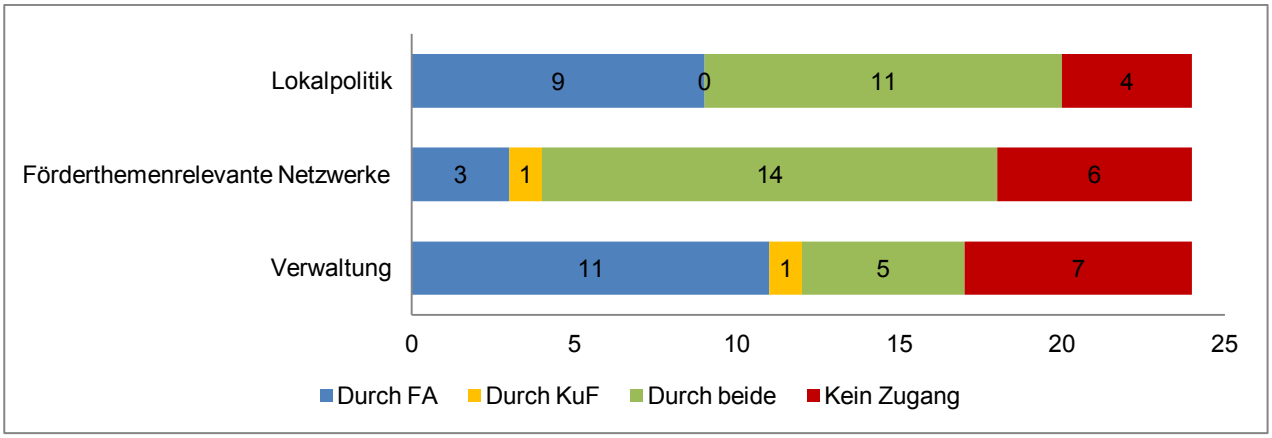
Für die Koordination der Partnerschaften ist es wichtig, sich verschiedene Zugänge zu kommunalen und zivilgesellschaftlichen Strukturen zu erschließen.

Der Zugang zu regionalen förderthemenrelevanten Netzwerken ist für die Gesamtkoordination entscheidend, um inhaltliche Impulse aufzunehmen, Informationen über die Partnerschaft für Demokratie zu verbreiten und ggf. ihre Mobilisierungsstrukturen zu nutzen. Hierbei kann es sich um ganz verschiedene Netzwerkstrukturen handeln: Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Zusammenschlüsse von Jugendsozialarbeiter/innen, ein Unternehmerstammtisch für Diversity usw. Zur Bewertung des Zugangs wurde – ähnlich wie bereits für den Verwaltungsbereich skizziert – erhoben, wie viele Zugangsmöglichkeiten die Gesamtkoordination der Partnerschaft erzielt. Es wird erstens bewertet, inwieweit die Partnerschaft auf Mobilisierungskanäle und Netzwerkverteiler zurückgreifen kann, zweitens ob ein wechselseitiger Informationsaustausch stattfindet, drittens ob das Bündnis in (Projekt-)Aktivitäten der Partnerschaft eingebunden wird und viertens, inwieweit ein institutionalisierter Austausch, sei es im Begleitausschuss oder durch die Teilnahme des/der Koordinator/in oder des/der Ämtervertreter/in an Bündnistreffen, gegeben ist.

Der Zugang der Gesamtkoordination zu lokalpolitischen Amtsträger/innen, Kreistagsabgeordneten, Bürgermeister/innen u.a. ist für die Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie wichtig, um Themen der Partnerschaft in die lokalpolitische Sphäre zu bringen und Unterstützung zu generieren. Als wichtige Zugangsmöglichkeit wird hier betrachtet, inwieweit Fürsprache und Protektion durch lokalpolitische Spitzen, wie Bürgermeister/in oder Landrat/Landrätin, gegeben ist. Daneben werden die Entwicklung eines Informationsaustausches zwischen lokalpolitischen Akteuren und der Koordinierungs- und Fachstelle bzw. dem federführenden Amt sowie die Einbindung von lokalpolitischen Akteuren in (Projekt-)Aktivitäten zur Bewertung herangezogen. Weiterhin wird geprüft, ob ein institutionalisierter Zugang vorliegt, etwa durch regelmäßige Berichterstattung im Lokalparlament, in der Bezirksversammlung oder in politisch besetzten Fachausschüssen.

Bezüglich der Verteilung der Zugänge wird differenziert zwischen Koordinierungs- und Fachstelle und federführendem Amt. Die Erhebung zeigt, zu welchen regionalen Strukturen die Akteure gemeinsam oder exklusiv Zugang haben bzw. bei wie vielen Partnerschaften bisher noch gar kein Zugang zu den drei zentralen regionalen Strukturen erschlossen wurde.

Abbildung 52: Verteilung der Zugänge, differenziert nach Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) und federführendem Amt (FA)



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen.

Das federführende Amt nimmt bei der Erschließung von Zugängen zu regionalen Strukturen eine exponierte Rolle ein.

Die Übersicht zeigt, dass das federführende Amt generell bei der Erschließung von Zugängen eine wichtige Rolle einnimmt. Dies ist eher überraschend für den Bereich der förderthemenrelevanten Netzwerke, bei denen eine exponiertere Position der Koordinierungs- und Fachstelle erwartbar gewesen wäre. Es zeigt sich aber, dass bei 14 Partnerschaften die Koordinierungs- und Fachstelle und das federführende Amt gleichermaßen über Zugangsmöglichkeiten zu förderthemenrelevanten Netzwerken verfügen und bei drei Partnerschaften das federführende Amt bisher sogar über einen exklusiven Zugang zu Netzwerken verfügt (vgl. Abbildung 52).

Weniger überraschend ist, dass das federführende Amt als kommunale Institution in vielen Partnerschaften für den Zugang zur lokalpolitischen Sphäre eine gewichtige Rolle spielt. Bei neun Partnerschaften besteht der Zugang allein über das Amt, bei elf Partnerschaften verfügen sowohl das federführende Amt als auch die Koordinierungs- und Fachstelle über Zugänge zu lokalpolitischen Akteuren.

Es ist aus strukturellen Gründen ebenfalls naheliegend, dass bei vielen Partnerschaften der Kontakt zu weiteren Verwaltungssessorts oft durch das federführende Amt organisiert wird; dies ist bei elf der 24 untersuchten Partnerschaften der Fall. Häufig ist dies auch Ausdruck einer klaren Aufgabenteilung: „*Die interne Kommunikation in der Verwaltung, das macht die interne Koordinierungsstelle*“ (KuF14_299). Bei fünf Partnerschaften haben beide Akteure gemeinsam Zugang, nur bei einer Partnerschaft läuft der Zugang zu den Verwaltungsressorts über die Koordinierungs- und Fachstelle.

Auffällig ist, dass in sieben Fällen bisher noch keine umfassenden Zugänge zu weiteren Verwaltungsressorts bestehen. Hier sind weitere Verwaltungsbereiche – über das federführende Amt hinaus – bisher gar nicht oder nur in sehr geringfügigem Maße erreicht worden. Gründe können bei diesen Partnerschaften darin gesucht werden, dass es noch nicht gelungen ist, gegenüber weiteren Ressorts die Bearbeitung der Themen der Partnerschaft als eine Querschnittsaufgabe der Verwaltung herauszustellen.

In einigen Fällen ist es bisher nicht gelungen, Vertreter/innen aller relevanten Ämter für eine Teilnahme im Begleitausschuss zu gewinnen oder diese nehmen hier keine aktive Rolle ein.

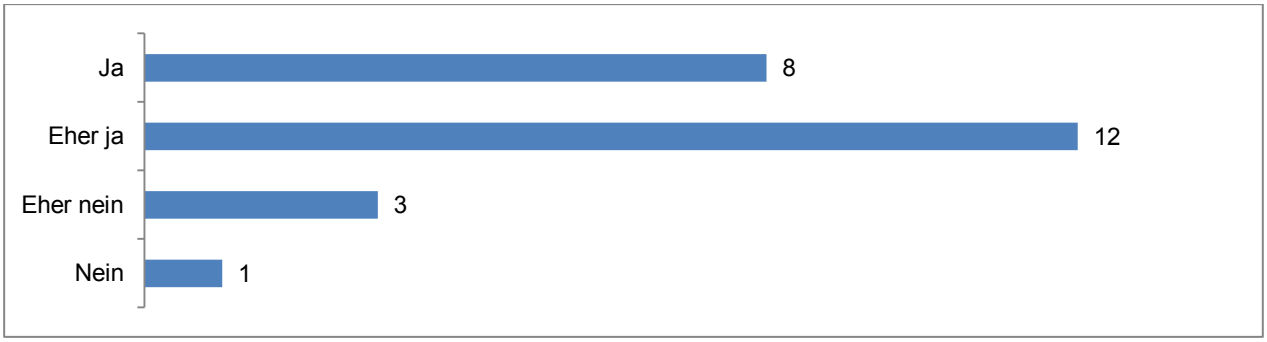
> *„… dass das wünschenswert wäre mit dem Sozialamt zusammen, dass die irgendwie angedockt werden. Gerade jetzt in dem ganzen Bereich Willkommenskultur. War bisher noch nicht so erfolgreich … Also es basiert im Moment eher auf persönlichen zufälligen Kontakten, wenn da Infos dann weitergeben werden, oder so punk-*

tuell, aber nicht so regelmäßig oder wie es vielleicht wünschenswert wäre, dass auch vom Sozialamt jemand bei den Begleitausschusssitzungen dabei wäre oder so. Das haben wir noch nicht geschafft." (FA09_506)

In solchen Settings besteht die Gefahr, dass die Partnerschaften für Demokratie keine Impulse in Kommunalverwaltungsstrukturen hineintragen können und Kooperationspotenziale ungenutzt bleiben.

Es wird davon ausgegangen, dass es bei der Verwaltung und der Lokalpolitik keinen Unterschied macht, ob der Zugang über das federführende Amt, die Koordinierungs- und Fachstelle oder beide erfolgt; wichtig ist nur, dass diese Zugänge erschlossen werden. Für den Zugang zu Bündnissen und Netzwerken kommt der Koordinierungs- und Fachstelle eine gewichtigere Rolle zu, da sie den Netzwerkpartnern, anders als das Amt, nicht als potenzieller Geldgeber, sondern „auf Augenhöhe" entgegentreten kann. Diese Annahmen vorausgesetzt, ergibt sich folgende Verteilung:

Abbildung 53: Zweckdienliche Zugänge



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen.

20 der 24 Partnerschaften verfügen bereits über ausreichende oder gute Zugänge. Nur vier verfügen bisher nur über geringe bzw. nicht ausreichende Zugänge zu den regional relevanten Strukturen. Bei diesen handelt es sich um neue Förderregionen bzw. Förderregionen neuen Zuschnitts.

4.3.3 Verteilung der Partnerschaften, die eine umfassende Gesamtkoordination erzielen

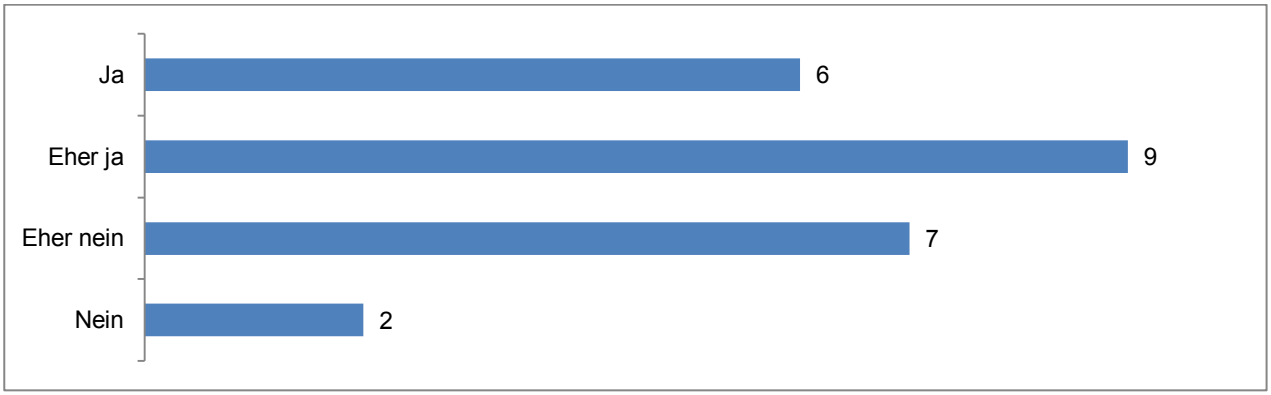
Bei der vorliegenden Bewertung wird davon ausgegangen, dass eine umfassende Koordinationsleistung nur erzielt werden kann, wenn sowohl Zugänge als auch Wissensbestände vorhanden sind. Eine Partnerschaft, die nur über Zugänge, nicht aber über ausreichende Wissensbestände verfügt, erzielt nach diesem Verständnis keine umfassende Koordinationsleistung, da sie nicht in der Lage ist, fachliche Impulse in die regionalen Strukturen zu geben. Andersherum wird auch keine umfassende Koordination erzielt, wenn die koordinierenden Akteure zwar im Sinne des Konzepts über einen hohen Wissensstand verfügen, bisher aber keine oder nur geringe Zugangsmöglichkeiten zu zentralen regionalen Strukturen – Verwaltung, Lokalpolitik und Netzwerken – erschlossen haben.

15 Partnerschaften für Demokratie des qualitativen Samples verfügen über eine umfassende Gesamtkoordination, die fachliche Impulse in die Region gibt. Hierfür bedarf es zweckdienlicher Zugänge und Wissensbestände.

Für die 24 Partnerschaften des qualitativen Samples ergibt sich für die Gesamtkoordination, die sich aus den vorhandenen Wissensbeständen und den zweckdienlichen Zugängen ergibt, folgende Verteilung: In 15 Fällen verfügen die Partnerschaften bereits über eine vollumfassende (sechs) oder umfassende (neun) Koordinationsleistung. In neun Fällen sind die verfügbaren

Wissensbestände oder die Zugänge nicht oder nur teilweise gegeben, sodass für die Partnerschaften bisher keine umfassende bzw. nur eine geringe Koordination im Sinne der beschriebenen Zielstellung erreicht wird.

Abbildung 54: Umfassende Gesamtkoordinationsleistung



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen.

4.3.4 Typen der Gesamtkoordination

Bei den 15 Partnerschaften des qualitativen Samples, die eine umfassende Koordinationsleistung erzielen, können drei Typen unterschieden werden.

Die Partnerschaften des ersten Typs vertreten explizit eine „klassische“ Aufgabenteilung, bei der die Koordinierungs- und Fachstelle eine vorrangig inhaltlich gestaltende Rolle wahrnimmt, während das federführende Amt sich auf die administrativen Aufgaben beschränkt.

> *„Wenn man es ganz grob zusammenfassen würde, würde ich sagen, ... fachinhaltlich in allen Ebenen und operativ, was den Begleitausschuss anbelangt und die Projektträger, das macht die externe Fach- und Koordinierungsstelle. Und alles, was Zuwendungsrecht, Verwendungsnachweisführung und dergleichen ist, und auch sozusagen die interne Kommunikation in der Verwaltung, das macht die interne Koordinierungsstelle.“ (KuF14_299)*

Es handelt sich bei diesem Typ ausschließlich um Partnerschaften mit programmerfahrenen Koordinierungs- und Fachstellen, die aufgrund ihres Wissensbestands im Feld als Fachexperten gelten und über gute Zugänge zu den regionalen Strukturen verfügen. In den durch die Partnerschaft bearbeiteten Themenfeldern nehmen diese Träger über die Koordination der Partnerschaften hinaus weitere Aufgaben und Funktionen wahr, von denen Synergieeffekte für die Gesamtkoordination der Partnerschaft ausgehen. Wir bezeichnen solche Träger als Multifunktionsträger:

> „Einfach weil die Fachexpertise dort ist und weil die Mitarbeiter [des KuF-Trägers] da jetzt umfangreichen Wissensschatz dazu hatten, [und] auch regional schon in diversen Netzwerken ... tätig sind.“ (FA14_33)

Bei den Partnerschaften des zweiten Typs finden sich Koordinator/innen, die bereits über gute Wissensbestände verfügen, um fachliche Impulse zu geben, die aber insbesondere bezüglich Zugängen zu regionalen Strukturen auf die federführenden Ämter angewiesen sind, die im Gegensatz zum ersten Typ auch in höherem Maße inhaltlich gestalten. Hierfür bieten sich zwei Erklärungsansätze an. Erstens haben mehrere dieser Ämter bereits in Vorgängerprogrammen als interne Koordination stark gestaltend gewirkt und betrachten diese Rolle aufgrund dieses inhaltlichen Standings auch weiterhin als selbstverständlichen Teil ihrer Aufgabe. Zweitens sind mehrere der hier tätigen Koordinator/innen zwar inhaltlich gut aufgestellt, verfügen aber über ein geringes Kontextwissen, da sie neu in der Region sind und bei der Erschließung von Zu-

gängen von den federführenden Ämtern unterstützt werden, die in der Region stärker verwurzelt sind:

> *„Im Gegensatz zum [KuF-Träger X] ist mein Netzwerk in Y halt relativ gut, also ich meine, das von X wird auch immer besser.“ (FA04_227])*

Bei den Partnerschaften des dritten Typs verfügen sowohl die Koordinierungs- und Fachstelle als auch das federführende Amt über sehr gute Wissensbestände und Zugänge.

Bei drei dieser Regionen geht der Beteiligung an den Partnerschaften bereits ein breites kommunales Engagement zu einem oder mehreren Themenschwerpunkten voraus. Eine langjährige Netzwerkarbeit ist etabliert und dem Träger der Koordinierungs- und Fachstelle kommt hier bereits im Vorhinein eine zentrale Rolle zu, er wird als „*die Fachstelle überhaupt*“ oder als „*Dreh- und Angelpunkt*“ in dem jeweiligen Themenfeld angesehen. Die Kooperationsbeziehungen zu den federführenden Ämtern sind erprobt. In einem Fall handelt es sich darüber hinaus um eine verwaltungsinterne Koordinierungsstelle, die bereits vor dem Programm als Fachstelle agiert hat. Eher überraschend finden sich auch zwei neue Förderregionen bei diesem Typ. Dies lässt sich damit erklären, dass die neu eingerichteten Koordinierungs- und Fachstellen neben sehr kompetenten federführenden Ämtern über besonders günstige Ausgangsbedingungen verfügten: Der eine Träger gilt in einem spezifischen Themenfeld bereits als etablierter Experte und verfügt über ein breites Beratungsnetz. Der andere Träger wurde direkt an ein professionell agierendes Demokratiebündnis angedockt, das über gute regionale Zugänge und sehr gute Wissensressourcen verfügt.

Bei den Partnerschaften, die noch keine umfassende Koordination erzielen, handelt es sich überwiegend um neue Förderregionen.

Bei den neun Partnerschaften, die im ersten Förderjahr keine umfassende Gesamtkoordination erreicht haben, ergibt sich ein diverses Bild. Nicht überraschend handelt es sich in der Mehrheit um neue, noch unerfahrene Koordinator/innen und neue Förderregionen oder Förderregionen neuen Zuschnitts. Eine dieser Untergruppen enthält drei Partnerschaften, die bereits in den Vorgängerprogrammen gefördert wurden und von programmerfahrenen federführenden Ämtern umgesetzt werden, die das erste Förderjahr dafür nutzen wollten, die bisher noch wenig erfahrenen Koordinator/innen einzuarbeiten, und somit ausdrücklich eine Mentoren-Funktion übernehmen.

> *„Wir arbeiten wirklich jemanden ein, der gar nicht in diesem Bereich gearbeitet hat. Der aber den Willen mitbringt, es tatsächlich zu tun ... Aber sie macht sich immer besser. Und das finde ich in Ordnung. Das heißt, sie sieht jetzt auch die größeren Zusammenhänge.“ (FA_05_842)*

Bei den weiteren Partnerschaften handelt es sich um neue Förderregionen bzw. Förderregionen neuen Zuschnitts. Dementsprechend ist die Mehrzahl der regionalen Zugangsmöglichkeiten noch nicht erschlossen. Außer in zwei Fällen handelt es sich zudem um Koordinator/innen, die über eingeschränkte Wissensbestände verfügen.

4.3.5 Gelingensbedingungen für die Gesamtkoordination

Folgende Gelingensbedingungen haben sich für das Erreichen einer umfassenden Koordinationsleistung als wichtig erwiesen.

Gelingensbedingungen für eine umfassende Gesamtkoordinationsleistung

- *Programmerfahrung der Koordinierungs- und Fachstelle*
  Der Träger der Koordinierungs- und Fachstelle war bereits mit der Koordination des Lokalen Aktionsplans in der gleichen Kommune beauftragt.

- *Multifunktionsträgerschaft des Trägers der Koordinierungs- und Fachstelle*
  Der Träger der Koordinierungs- und Fachstelle übernimmt weitere Aufgaben und hat zusätzliche Funktionen inne, aus denen sich im hohen Maß Synergiepotenziale für die Koordination der Partnerschaft ergeben.
- *Engagementstrukturen*
  Im Fördergebiet der Partnerschaft sind mehrere eigenständige themenrelevante Engagementstrukturen vorhanden. Dies können beispielsweise Bürgerinitiativen oder „Bündnisse gegen Rechts" sein.
- *Geografische Nähe der wichtigsten Akteure*
  Die Aktivitäten der Partnerschaft sind auf ein lokales Gemeinwesen konzentriert.
- *Eindeutigkeit des Problemdrucks*
  Eine Bearbeitung der Problemlagen im Themenfeld der jeweiligen Partnerschaft wird zumindest von lokalen Fachakteuren mehrheitlich als dringlich angesehen.

Förderliche Bedingungen sind zunächst bestimmte strukturelle Ausgangsbedingungen des Trägers, an dem die Koordinierungs- und Fachstelle angedockt wird. Hier spielt es eine Rolle, inwieweit der Träger der Koordinierungs- und Fachstelle in der Anfangsphase bereits auf *Programmerfahrung* zurückgreifen kann. Träger, die bereits in den Vorgängerprogrammen als Koordinierungsstellen agiert haben, verfügen in der Regel bereits über sehr gute Wissensbestände und zudem über bereits erschlossene regionale Zugänge.

Wie bereits bei den oben beschriebenen Typen deutlich wird, ist auch eine *Multifunktionsträgerschaft des Trägers der Koordinierungs- und Fachstelle* von Vorteil, da sie der Gesamtkoordination starke Synergiepotenziale eröffnet und in der Regel mit einer hohen Bekanntheit des Trägers im Handlungsfeld einhergeht.

Des Weiteren haben sich die folgenden Kontextfaktoren als relevant erwiesen:

Eine *geographische Nähe* der Akteure ermöglicht eine „Politik der kurzen Wege", von der insbesondere die Abstimmung zwischen federführendem Amt und Koordinierungs- und Fachstelle profitiert. Zum Teil sind die beiden Akteure gezielt an einen Ort untergebracht:

> *„Also idealerweise brauchen wir ja noch nicht mal zum Hörer zu greifen… Wir werden in Bälde wieder alle unter einem Dach sitzen ... Man braucht eigentlich nur eine Tür weiterzugehen. Das ist der Charme hier. Ob … er die Kollegen nebenan braucht, weil er ein Flüchtlingsprojekt macht, dann die Teamleiterin, die sitzt ein paar Räume weiter von ihm … Also es sind kurze Wege." [FA12_77]*

Gibt es in der Region bereits *Engagementstrukturen* und Plattformen der Bürgerbeteiligung, zeigt sich, dass dies den Partnerschaften zugutekommt. Zugänge durch Kooperation bestehen hier bereits, sodass auch neu konstituierte Partnerschaften für Demokratie zumeist umstandslos anschließen können, da sie etwa auf vorhandenes Kontextwissen unmittelbar zugreifen können:

> *„Und natürlich greifen wir darauf zurück, auf die Erfahrungen [aus der Bündnisarbeit]. Sonst hätten wir auch das, was wir jetzt schon umgesetzt haben, wären wir nie schon so weit." (FA_15_227)*

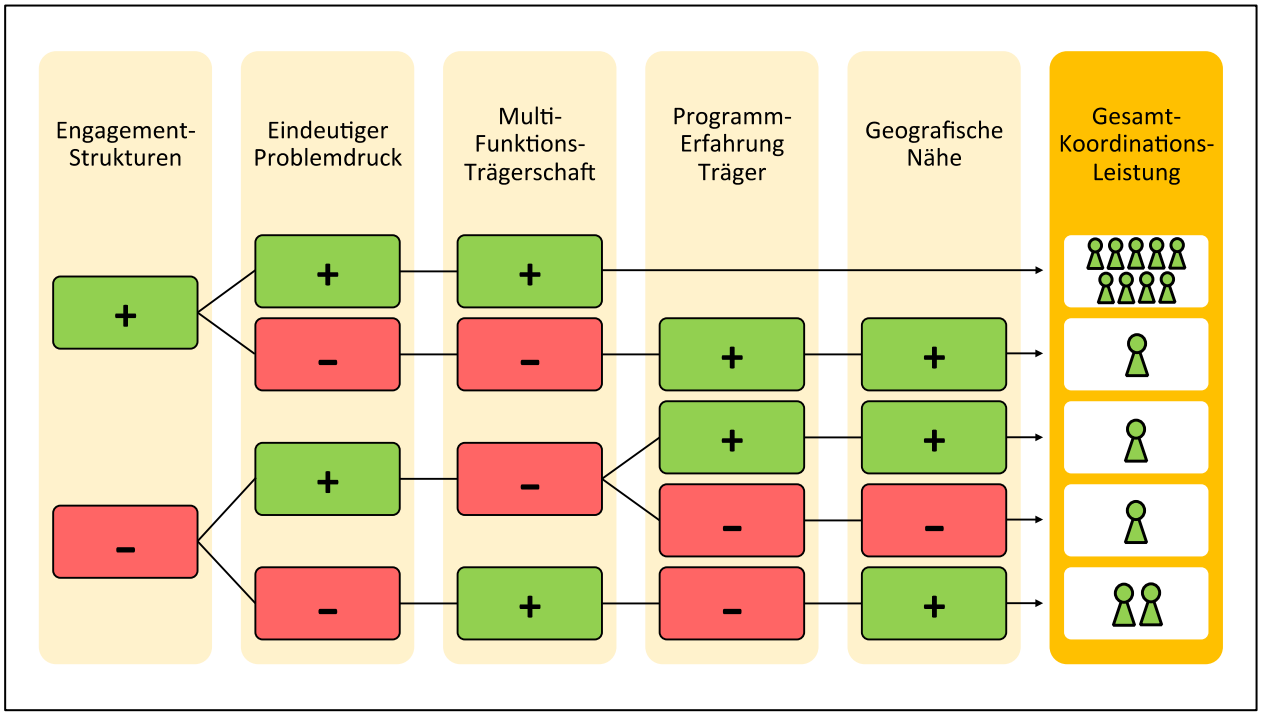
Auch eine *Eindeutigkeit des Problemdrucks* in einer Förderregion kann dazu beitragen, dass eine Koordinationsleistung einfacher zu erzielen ist. Es zeigt sich, dass wenn bei relevanten regionalen Akteuren größere Einigkeit über die Problemlagen besteht, die Bereitschaft vorhanden ist, sich an der Umsetzung einer Partnerschaft zu beteiligen, und dass entsprechende Zugänge für die Gesamtkoordination leichter erschlossen werden können.

4.3.6 Zielführende Pfade zu einer umfassenden Koordinationsleistung

Unter Rückgriff auf die fünf dargestellten Gelingensbedingungen konnten insgesamt fünf Konstellationen identifiziert werden, die jeweils dazu führen, dass eine umfassende Gesamtkoordination gelingt. Diese fünf Konstellationen – wir sprechen von Pfaden – können 14 der 15 erfolgreichen Fälle schlüssig erklären. Ein Fall muss an dieser Stelle außen vor bleiben, da er eine Konstellation von Gelingensbedingungen aufweist, die in der Mehrheit der Fälle nicht zu einer umfassenden Gesamtkoordination geführt hat.

In Abbildung 55 sind die fünf Pfade dargestellt, die zu einer umfassenden Gesamtkoordination geführt haben. Die jeweilige Konstellation der Gelingensbedingungen lässt sich von links nach rechts ablesen. Grüne, mit einem Plus markierte Felder zeigen an, dass die jeweilige Gelingensbedingung im Pfad vorhanden ist, rote, mit einem Minus versehene Felder, dass sie abwesend ist. Wird zu einer Gelingensbedingung keine Angabe gemacht, dann kann sie im vorliegenden Pfad beide Ausprägungen haben. Die Anzahl der Partnerschaften im qualitativen Sample, die auf einem dieser Pfade eine umfassende Gesamtkoordination erreichen, wird durch die Anzahl der grünen Figuren in der letzten Spalte der Grafik angezeigt. Der Hauptpfad an erster Stelle erklärt insgesamt neun Fälle. Die nachfolgenden drei Pfade können jeweils einen Fall und der fünfte Pfad kann zwei Fälle erklären.

Abbildung 55: Pfade zu einer umfassenden Gesamtkoordination



Quelle: Eigene Darstellung.

In der Abbildung wird deutlich, dass es entscheidend ist, dass in der Förderregion Engagementstrukturen vorhanden sind: Die insgesamt 10 der insgesamt 15 erfolgreichen Fälle, die durch die beiden oberen Pfade abgedeckt werden, setzen die Existenz von Engagementstrukturen voraus.

Wie der erste Pfad zeigt, hat sich die Kombination aus Engagementstrukturen, einem eindeutigen Problemdruck und einer vorhanden Multifunktionsträgerschaft des Trägers der Koordinierungs- und Fachstelle bei fast zwei Dritteln der Fälle als förderlich erwiesen. Fehlt eine dieser Gelingensbedingungen, ist es schwierig, eine umfassende Koordinationsleistung zu erzielen.

In zwei Fällen – abgedeckt durch den zweiten und dritten Pfad – kann dies nur ausgeglichen werden, wenn sowohl eine hohe Programmerfahrung des Trägers als auch die geografische Nähe der handelnden Akteure gegeben ist.

Wenn eine dieser drei Erfolgsbedingungen – Engagementstrukturen, eindeutiger Problemdruck und Multifunktionsträgerschaft der Koordinierungs- und Fachstelle – nicht vorhanden ist, dann ist es demnach schwierig, eine umfassende Koordinationsleistung zu erzielen, zumindest in der Anfangsphase.

Die Gelingensbedingungen Multifunktionsträgerschaft und Programmerfahrung des Trägers können gemeinsam als Bedingungen einer stark aufgestellten Koordinierungs- und Fachstelle gelesen werden. Über die frühere Arbeit bzw. aus der parallelen Arbeit im Themenfeld können Koordinator/innen sich Wissensbestände und Zugänge leichter erschließen. Dementsprechend gibt es im untersuchten Sample nur einen Fall, bei dem diese beiden Gelingensbedingungen nicht erfüllt sind und es trotzdem zu einer umfassenden Gesamtkoordinationsleistung gekommen ist.

Dieser Fall lässt sich aus unserer Sicht mit einer Besonderheit des ersten Förderjahres erklären: Durch den starken Zuzug von Geflüchteten in die Förderregion wurde eher unplanmäßig eine hohe Anzahl von Projekten zu diesem Thema umgesetzt. Der Träger der Koordinierungs- und Fachstelle übernahm zugleich die Koordination der Flüchtlingsunterstützung für die Region. Aus diesem Grund konnten eine Vielzahl von Aktivitäten und Projekten synergetisch genutzt werden, sodass der Träger für diesen besonderen Zeittraum eine Schnittstellenfunktion einnahm, die einer punktuellen Multifunktionsträgerschaft nahekommt.

4.3.7 Fazit

Bereits 15 der 24 Partnerschaften erzielen eine umfassende Koordinationsleistung. Eine gelingende Gesamtkoordination ergibt sich aus verschiedenen Arrangements zwischen Koordinierungs- und Fachstellen und den federführenden Ämtern. Angesichts des breiten Aufgabentableaus, für das die Koordinierungs- und Fachstellen verantwortlich sind, ist die Aufstockung der Programmmittel eine wichtige Unterstützung.

Angesichts des Befunds, dass bei den Partnerschaften, die noch keine umfassende Koordination erzielen, häufig auch Defizite bei den Wissensbeständen der Koordinator/innen verantwortlich sind, war die Öffnung der Fortbildung für weitere Koordinator/innen ein wichtiger Schritt. Daher ist es wichtig, dieses Angebot insbesondere für neue Koordinator/innen aufrecht zu erhalten und möglichst vielen die Möglichkeit zur Teilnahme zu bieten.

Es zeigt sich, dass für eine gute Gesamtkoordinationsleistung den federführenden Ämtern häufig eine gewichtige Rolle zukommt. Dies gilt insbesondere bei der Erschließung von Zugängen zu kommunalen Institutionen, d.h. dem lokalpolitischen Bereich und der Kommunalverwaltung.

Bei einigen Partnerschaften, bei denen noch programmunerfahrene Träger und Koordinator/innen die Koordinierungs- und Fachstellen vertreten, übernehmen federführende Ämter Mentoren-Funktionen, um diese einzuarbeiten. Hier ist zu erwarten, dass sich diese Koordinator/innen in Zukunft weiterentwickeln und eine größere Handlungsautonomie erreichen.

Die Einbeziehung weiterer Verwaltungsressorts gelingt noch nicht in allen Partnerschaften. Hier bedürfen die koordinierenden Akteure weiterer Unterstützung, auch um den im Programm angelegten Wissenstransfer in die Verwaltung zu befördern.

4.4 Leistungsfähige Netzwerke

Für ihre Aktivitäten im Rahmen des Bundesprogramms sollen Partnerschaften für Demokratie laut Leitlinie „die zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteurinnen und Akteure“ gegen Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für ein demokrati-

sches Gemeinwesen ermöglichen.[233] „Relevant“ wird dabei durch das Bundesprogramm sehr umfassend ausgelegt. So werden unter anderem Akteure aus „Verwaltungen, Politik, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Vereine, Verbände, Initiativen, Polizei, Migrantenorganisationen, Jugendarbeit, Schulen, Wirtschaft“ als relevant benannt.[234] Die Partnerschaften sollen zudem nicht nur die kurzfristige Zusammenarbeit dieser Akteure ermöglichen, sondern auch „zur nachhaltigen Entwicklung lokaler und regionaler Bündnisse in diesen Themenfeldern beitragen“.[235]

Die Erwartungen an die Netzwerkarbeit der Partnerschaften sind damit sehr hoch. Die Vernetzung der Akteure ist darüber hinaus kein Selbstzweck. Partnerschaften sollen sich nicht auf die „Arbeit am Netzwerk“ beschränken, wie beispielweise die Gewinnung neuer Mitglieder oder den Austausch der Mitglieder untereinander. Sie sollen eindeutig auch „Arbeit im Netzwerk“ umsetzen. Dazu müssen sie ihr Netzwerk als kollektiven Akteur arbeitsfähig machen, um gemeinsam die Ziele der Partnerschaften zu erreichen. Es geht daher im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie nicht nur um eine möglichst umfangreiche und verstetigte Vernetzung der Akteure, sondern auch um den Aufbau der Handlungskapazität des Netzwerks.

Beide Aspekte begründen nach unserem Verständnis gemeinsam die Leistungsfähigkeit eines solchen lokalen Netzwerks: (1.) eine möglichst umfassende Einbindung relevanter Akteure und (2.) die Schaffung der Grundlagen für ihre zielgerichtete Zusammenarbeit. Durch die umfassende Einbindung von Akteuren werden die jeweiligen akteursspezifischen Potenziale für die Netzwerkarbeit erschlossen. Das können beispielsweise Ressourcen, Kontakte zu möglichen Kooperationspartnern und Zielgruppen oder politisches Kapital sein. Ob diese akteursspezifischen Potenziale tatsächlich für die Zielerreichung der Partnerschaften eingesetzt werden können, wird wiederum durch die Grundlagen bestimmt, die die Partnerschaften für die zielgerichtete Zusammenarbeit geschaffen haben. Als wichtige Grundlagen werden hier ein partizipativer Zielentwicklungsprozess und die Etablierung integrativer Arbeitsprozesse gesehen.

Bei der Messung der Leistungsfähigkeit stehen damit die folgenden Fragen im Zentrum: Welche Akteursgruppen sind relevant und inwieweit gelingt den Partnerschaften ihre Einbindung? Ist ein partizipativer Zielentwicklungsprozess mit diesen Akteuren erkennbar? Wie intensiv gestalten sich die Kooperation und Koordination der Akteure untereinander?

Die Erweiterung und die Integration von Netzwerken stehen in der Aufbauphase in einem Spannungsverhältnis; für eine hohe Leistungsfähigkeit muss Netzwerkarbeit aber beides vorantreiben.

Die beiden genannten Dimensionen der Leistungsfähigkeit lokaler Netzwerke können durchaus in einem Spannungsverhältnis stehen – ein kleineres Netzwerk kann unter Umständen schneller zur zielgerichteten Zusammenarbeit finden. Tatsächlich entscheiden sich einige Koordinierungs- und Fachstellen der von uns untersuchten Partnerschaften für Demokratie bewusst dafür, ihr Netzwerk in der Aufbauphase klein zu halten.

> *„Erst im nächsten Jahr wollen wir die Demokratiekonferenz öffentlich machen, weil wir gesagt haben, dieses Jahr ist uns das ein bisschen viel, da jetzt noch alle Bürger dazu zu nehmen, wir sind ja sehr spät gestartet im Jahr. … Und da ist natürlich die Restlaufzeit sehr kurz, um reinzukommen, die Leute kennenzulernen und so weiter.“ (KuF22_217)*

Gleichzeitig kann sich die Nicht-Einbindung relevanter Akteure jedoch als Hypothek für die Zukunft erweisen, wenn die Partnerschaft beispielsweise stellvertretend für die lokale Bürgerschaft

233 BMFSFJ 2015, S. 5.

234 Ebd., S. 6.

235 Ebd., S. 5.

öffentlich Stellung beziehen möchte. Außerdem können durch die Nicht-Einbindung relevanter Akteure Spannungen entstehen, etwa wenn Außenstehende der Partnerschaft mangelnde Transparenz bei der Mittelvergabe vorwerfen oder sich in ihrer Arbeit nicht durch die Kommune wertgeschätzt fühlen.

Wir schätzen deshalb die Leistungsfähigkeit eines lokalen Netzwerks, das umfassend, aber wenig integriert ist, als ebenso niedrig ein wie die Leistungsfähigkeit eines Netzwerks, das integriert, aber wenig umfassend ist. Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass zumindest auf lange Sicht die Leistungsfähigkeit eines lokalen Netzwerks besonders dann als hoch einzuschätzen ist, wenn beides erreicht wird – eine umfassende Einbindung und eine weitreichende Integration der eingebundenen Akteure.

Unter welchen Umständen gelingt es Partnerschaften für Demokratie, ein solch leistungsfähiges Netzwerk herzustellen? Dieser für den Erfolg bzw. Misserfolg von Partnerschaften zentralen Frage wird auf den nächsten Seiten nachgegangen. Zunächst wird jedoch auf Grundlage des qualitativen Samples der derzeitige Entwicklungstand der Netzwerke der Partnerschaften bezüglich ihrer Leistungsfähigkeit dargestellt. Dazu wird die Messung sowohl der umfangreichen Einbindung von relevanten Akteuren als auch der Grundlagen für die zielführende Zusammenarbeit der Akteure vorgestellt. Unter den untersuchten Partnerschaften lassen sich zudem Typen von Netzwerken identifizieren, deren Diskussion erste Hinweise auf die Gründe für die Entwicklung zu leistungsfähigen Netzwerken gibt.

Im Anschluss stellen wir fünf Gelingensbedingungen für die Entwicklung von leistungsfähigen Netzwerken vor. Mittels einer vergleichenden Analyse anhand dieser Gelingensbedingungen lassen sich im qualitativen Sample vier zielführende Pfade identifizieren, die diejenigen Partnerschaften beschritten haben, die bisher leistungsfähige Netzwerke entwickeln konnten. Die vier Pfade zeigen, dass die Partnerschaften, die bereits in der Aufbauphase über ein leistungsfähiges Netzwerk verfügten, einen sehr förderlichen Kontext für ihre Arbeit vorfanden. Der Einfluss strategischer Entscheidungen, wie beispielsweise bezüglich der Zugänglichkeit von Demokratiekonferenzen, Begleitausschüssen und Projektträgerschaften, schlägt sich zum jetzigen Zeitpunkt erst in Ansätzen auf die Netzwerkentwicklung nieder.

4.4.1 Entwicklungsstände leistungsfähiger Netzwerke

Von leistungsfähigen Netzwerken kann unserem Verständnis nach dann gesprochen werden, wenn es Partnerschaften für Demokratie gelungen ist, sowohl die relevanten Akteure des lokalen Gemeinwesens umfassend einzubinden als auch die notwendigen Grundlagen zu entwickeln, um eine zielgerichtete Zusammenarbeit dieser Akteure zu gewährleisten. Wer sind jedoch die relevanten Akteure des lokalen Gemeinwesens, die es einzubinden gilt, und welche Grundlagen sind es, die Partnerschaften für deren Zusammenarbeit schaffen müssen?

Die Antworten auf diese Fragen bilden die Grundlage für die Beurteilung der derzeitigen Entwicklungsstände der Netzwerke bezüglich der Einbindung und der Integration der involvierten Akteure. Die Zusammenschau beider Aspekte ermöglicht es uns, die Leistungsfähigkeit der Netzwerke insgesamt zu beurteilen. Wie sich im Folgenden zeigt, ist es der überwiegenden Mehrheit der von uns untersuchten Partnerschaften bisher noch nicht gelungen, die Voraussetzungen für eine hohe Performanz ihrer Netzwerke zu schaffen.

4.4.1.1 Umfassende Einbindung relevanter Akteure

Die Liste der lokalen Akteure, die in den Leitlinien des Programms als relevant benannt werden, ist lang: Sie umfasst Verwaltungen, Politik, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Vereine,

Verbände, Initiativen, Polizei, Migrantenorganisationen, Jugendarbeit, Schulen und die Wirtschaft.[236]

Wir gehen davon aus, dass es für den Auftrag der Partnerschaften für Demokratie zunächst von größter Relevanz ist, Fachakteure einzubinden. Als Fachakteure bezeichnen wir diejenigen Akteure, die einen fachlichen oder professionellen Bezug zu den Themen der Partnerschaften haben oder einen Bezug zu Zielgruppen, die für die Themenfelder der Partnerschaften relevant sind. Diese Akteure bringen ihre Fachlichkeit in die Partnerschaften ein und verfügen über wichtiges Handlungs- und Kontextwissen. Außerdem stellen sie meist diejenigen zivilgesellschaftlichen Organisationen dar, die im Gemeinwesen bisher öffentlichkeitswirksam für die thematischen Ziele der Partnerschaften für Demokratie eingetreten sind. Ihre Nicht-Einbindung würde ein deutliches Signal senden, dass die jeweilige Partnerschaft ein partikulares Bündnis ist, das nicht für die Kommune als Ganzes sprechen kann.

Eine umfassende Einbindung von Akteuren schließt auch mitgliederstarke zivilgesellschaftliche Akteure und Vertreter/innen der Lokalpolitik ein.

Relevant für den Erfolg einer Partnerschaft für Demokratie können auch mitgliederstarke oder anderweitig deutungsmächtige zivilgesellschaftliche Akteure sein, die bisher nicht öffentlichkeitswirksam zu den Themen der Partnerschaft in Erscheinung getreten sind. Die Einbeziehung solcher Akteure kann anspruchsvoller sein, weil sie häufig eine Sensibilisierung für die Themen der Partnerschaft voraussetzt. Wenn sie allerdings gelingt, werden durch die direkten Zugänge dieser Akteure zur Bürgerschaft wichtige lokale Potenziale für den Erfolg der Partnerschaften erschlossen.

Schließlich kann die Einbindung lokalpolitischer Akteure in die Netzwerke der Partnerschaften deren Potenziale zur Zielerreichung begünstigen. Die Bedeutung der Einbeziehung lokalpolitischer Akteure für den Erfolg der Lokalen Aktionspläne wurde bereits in den Ergebnissen der Evaluation von „VIELFALT TUT GUT“ betont: Die Wissenschaftliche Begleitung stellte fest, dass lokalpolitische Akteure durch ihre Mitwirkung an politischen Beschlüssen zur Förderung lokaler Handlungsstrategien für eine erhöhte Legitimität der Lokalen Aktionspläne sorgten, die Chancen ihrer strukturellen Nachhaltigkeit verbesserten[237] und in ihrer Rolle als deutungsmächtige Akteure zur Veränderung lokaler Deutungskulturen beitrugen.[238]

Unter „Einbindung“ verstehen wir, dass der Akteur bereits mindestens einmal im Rahmen der Aktivitäten der Partnerschaft selbsttätig in Erscheinung getreten ist, das heißt zum Beispiel an Sitzungen des Begleitausschusses oder anderen Veranstaltungen teilgenommen hat, Rückmeldung bei Abstimmungsprozessen gegeben hat, Informationen weitergereicht hat, einen Antrag auf Projektförderung gestellt oder ein Projekt durchgeführt hat. Außerdem sollte es zumindest als möglich erscheinen, dass er für Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaft erneut aktivierbar wäre. Dazu muss ein Akteur, der als eingebunden gelten soll, durch die Partnerschaft gegenwärtig mit Informationen erreicht werden können.

Unserem Verständnis nach überschreitet ein Netzwerk die Grenze zur umfassenden Einbindung relevanter Akteure dann, wenn es gelungen ist, sowohl alle bedeutenden lokalen Fachakteure einzubinden als auch einige mitgliederstarke oder anderweitig deutungsmächtige zivilgesellschaftliche Akteure, die nicht Fachakteure sind. Eine umfassende Einbindung liegt dann eindeutig vor, wenn auch lokalpolitische Akteure durch die Netzwerkarbeit erreicht wurden.

---

236 Ebd., S. 6.

237 ISS/Camino 2014, S. 91.

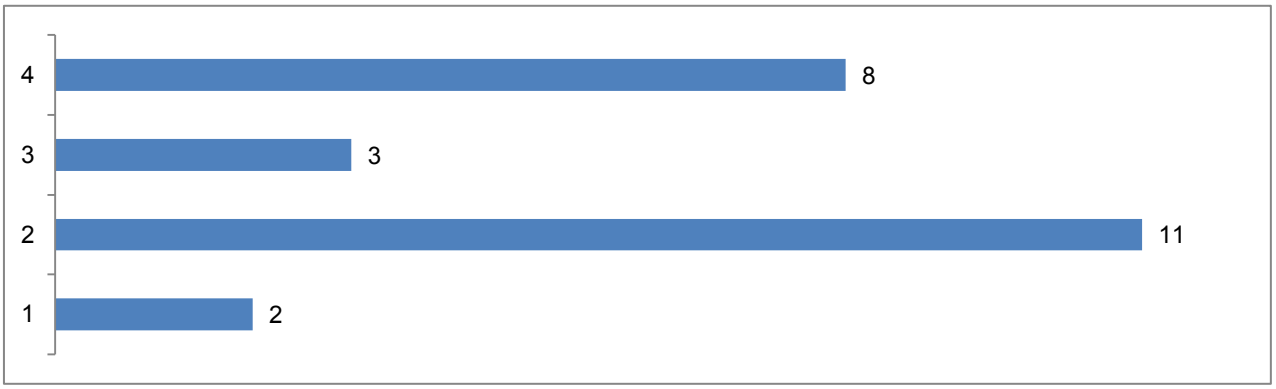
238 Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S. 91.

Stellt das lokale Netzwerk ein reines „Fachnetzwerk“ dar, das heißt sind neben Fachakteuren keine weiteren Akteure in das Netzwerk eingebunden, dann ist eine umfassende Einbindung relevanter Akteure unserer Auffassung nach eher nicht gegeben. Fehlen zudem bedeutende lokale Fachakteure im Netzwerk, kann eindeutig nicht von einer umfassenden Einbindung relevanter Akteure gesprochen werden.

Die Mehrheit der von uns untersuchten Partnerschaften hat bisher noch keine umfassende Einbindung von relevanten Akteuren in ihrem Fördergebiet erreicht.

Es zeigt sich, dass in unserem qualitativen Sample bisher weniger als die Hälfte der Partnerschaften die hochgesteckten Ziele des Bundesprogramms bezüglich der Einbindung von Akteuren erreicht haben. Von den elf Partnerschaften, die bereits ein Netzwerk aufbauen konnten, das über den Kreis der Fachakteure hinausreicht, sind es jedoch bereits acht, die neben mitgliederstarken oder anderweitig deutungsmächtigen Vereinen auch lokalpolitische Akteure aktivieren konnten. 13 Partnerschaften verfügen hingegen über ein reines „Fachnetzwerk“. Darunter sind zwei Partnerschaften, die zudem nicht alle bedeutenden Fachakteure mit ihrer Netzwerkarbeit erreichen konnten.

Abbildung 56: Umfassende Einbindung relevanter Akteure



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen.

4.4.1.2 Grundlagen der zielgerichteten Zusammenarbeit

Zu den entscheidenden Grundlagen für die zielgerichtete Zusammenarbeit im Netzwerk einer Partnerschaft für Demokratie zählen für uns ein partizipativer Zielentwicklungsprozess sowie ein Mindestmaß an Integration bezüglich der Arbeitsprozesse von Netzwerkakteuren untereinander. Ein partizipativer Zielentwicklungsprozess schafft die Voraussetzungen dafür, dass Netzwerkakteure sich mit ihren Anliegen in der Partnerschaft wiederfinden und ihre Zusammenarbeit auf konkrete Ziele ausrichten können. Die Integration der Arbeitsprozesse der Netzwerkakteure ermöglicht es, die Wissensbestände einzelner Akteure zu verknüpfen sowie bei der Entwicklung von Aktivitäten der Partnerschaften von den Ideen vieler Akteure zu profitieren.

Das Maß, in dem sich der *Zielentwicklungsprozess* positiv auf die Zusammenarbeit im Netzwerk auswirken kann, bestimmt sich unserem Verständnis nach durch den erreichten Grad der Konkretisierung der Ziele und der Inklusivität des Zielentwicklungsprozesses. Die Analyse des qualitativen Samples zeigt, dass in der hier untersuchten Aufbauphase der Partnerschaften diese beiden Prinzipien oft noch nicht zu vereinen waren. Elf der 24 Partnerschaften haben bisher entweder einen konkreten Zielkatalog vorzuweisen oder einen partizipativen Prozess gestaltet. Unseren Interviews konnten wir entnehmen, dass eine breite Beteiligung im Zielentwicklungsprozess, beispielsweise über Demokratiekonferenzen, viel Zeit in Anspruch nimmt. Wir nehmen daher an, dass gerade diejenigen, die im Prozess der Zielentwicklung auf die Beteiligung vieler

Akteure gesetzt haben, eine Konkretisierung der Ziele erst zu einem späteren Zeitpunkt erreichen werden.

Abbildung 57: Aspekte des Zielformulierungsprozesses

		Inklusivität des Entwicklungsprozesses	
		Ja	Nein
Konkretisierung der Ziele	Ja	11	2
	Nein	9	2

Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen.

Insgesamt haben dennoch bereits 20 der 24 der von uns untersuchten Partnerschaften einen eher inklusiven Zielentwicklungsprozess gestaltet, der zu relativ konkreten Zielstellungen für die Partnerschaften geführt hat.

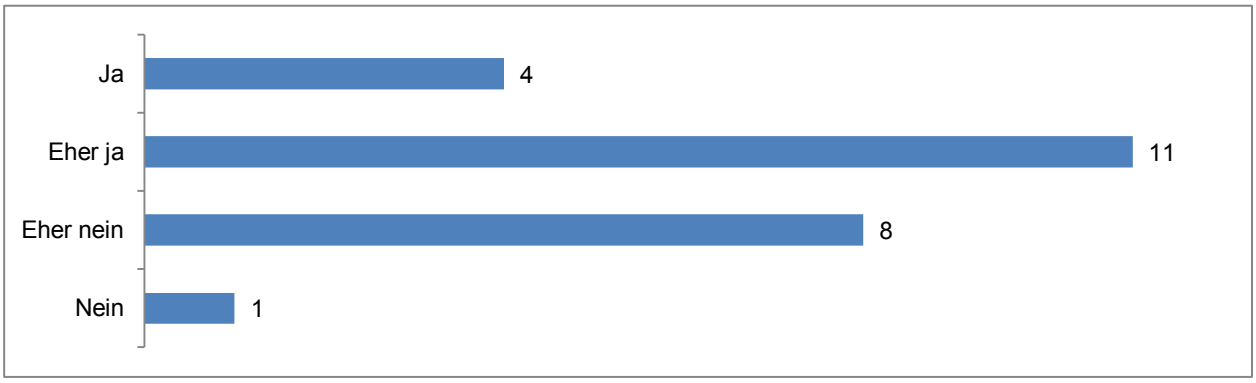
Der *Integrationsgrad des Netzwerks* bemisst sich im Einzelnen (1.) an der Intensität des Wissensaustausches der Netzwerkakteure untereinander, (2.) an der Routine, mit der die Beteiligten Netzwerkarbeit leisten, (3.) an dem Raum, den die gemeinsame Entwicklung von Netzwerkaktivitäten einnimmt, und (4.) an dem Maß, in dem die Netzwerkarbeit auf einer gemeinsamen, aktuellen, lokalen und differenzierten Problemdiagnose fußt.

Die wenigsten Partnerschaften ermöglichen bisher einen regelmäßigen Wissensaustausch ihrer Netzwerkmitglieder.

Als besonders schwierig unter diesen Aspekten der Integration erwiesen sich bisher der Wissensaustausch unter den Netzwerkmitgliedern und die gemeinsame Problemdiagnose. So werden bei der Hälfte der von uns untersuchten Partnerschaften Netzwerkakteure bisher kaum oder gar nicht als Ressourcen für die Wissensvermittlung genutzt. 17 der 24 Partnerschaften verfügen zudem über keine aktuelle, lokale und differenzierte Problemdiagnose oder stützen sich dabei allein auf das Erfahrungswissen der Netzwerkmitglieder. Insgesamt zeigt sich jedoch, dass bereits 18 der 24 Partnerschaften im qualitativen Sample über einen eher hohen Integrationsgrad verfügen.

Aus der Zusammenschau der Qualität des Zielformulierungsprozesses und des Integrationsgrads ergibt sich, dass man zum jetzigen Zeitpunkt bei 15 Partnerschaften eher vom Vorhandensein der notwendigen Grundlagen für eine zielgerichtete Zusammenarbeit ausgehen kann. Vier von ihnen verfügen sogar über besonders gute Grundlagen. Interessanterweise sind dies nicht nur Partnerschaften, die bereits in den Vorgängerprogrammen von „Demokratie leben!“ mit Bundesmitteln gefördert wurden.

Abbildung 58: Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen.

4.4.2 Die Leistungsfähigkeit lokaler Netzwerke

Die Gesamtbewertung der Leistungsfähigkeit lokaler Netzwerke folgt der Idee, dass ein Netzwerk sowohl umfassend als auch hinreichend integriert sein muss, um als leistungsfähig gelten zu können. Konkret bedeutet dies, dass eine Partnerschaft für Demokratie neben allen bedeutenden Fachakteuren auch andere deutungsmächtige zivilgesellschaftliche Akteure in das Netzwerk eingebunden haben muss. Die Kooperation und Koordination dieser Netzwerkmitglieder muss zudem von mehr als der Hälfte der vier angesprochenen Aspekte der Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit gestützt sein. Kommen dazu die Einbindung von lokalpolitischen Akteuren und eine durchweg positive Einschätzung der Routinen der Zusammenarbeit, gehen wir von einer besonders hohen Leistungsfähigkeit des Netzwerks aus.

Erst ein Viertel der untersuchten Partnerschaften kann bei seiner Arbeit auf ein leistungsfähiges Netzwerk zurückgreifen.

Legt man diese Bewertungsmaßstäbe der Analyse unseres qualitativen Samples zugrunde, dann zeigt sich, dass man bisher erst bei sechs der untersuchten Partnerschaften davon ausgehen kann, dass die Voraussetzungen für eine hohe Performanz des Netzwerks geschaffen wurden. Unter diesen Partnerschaften sind es wiederum nur zwei, bei denen diese Voraussetzungen vollumfänglich vorliegen.

Abbildung 59: Leistungsfähigkeit lokaler Netzwerke

Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen.

Die Bezeichnung „leistungsfähiges Netzwerk“ verlangt, dass sowohl das Vorliegen einer umfassenden Einbindung relevanter Akteure als auch das Vorhandensein der Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit bejaht wurden. Wird einer dieser beiden Aspekte der Leistungsfähigkeit negativ bewertet, dann fällt auch die Gesamtbewertung negativ aus.

Wie Abbildung 60 zeigt, führte in neun Fällen eine mangelnde Einbindung relevanter Akteure zu einer negativen Gesamtbeurteilung der Leistungsfähigkeit. In fünf Fällen waren es die fehlenden Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit, die zu einer Abwertung führten. Damit ist es besonders die Reichweite der Netzwerkarbeit, die den Partnerschaften in der Aufbauphase ihrer Netzwerke Probleme bereitet.

Abbildung 60: Aspekte der Leistungsfähigkeit

		Umfassende Einbindung relevanter Akteure	
		Ja	Nein
Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit	Ja	6	9
	Nein	5	4

Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen.

4.4.3 Typen der Leistungsfähigkeit lokaler Netzwerke

Mit den erhobenen qualitativen Daten lassen sich, wie bereits gezeigt, Gesamtbewertungen der Leistungsfähigkeit lokaler Netzwerke vornehmen. So ergab die Analyse der Daten unter anderem, dass bisher nur sechs der von uns untersuchten Partnerschaften für Demokratie ein leistungsfähiges Netzwerk aufgebaut haben. 18 haben dies noch nicht erreicht. Innerhalb der sechs Partnerschaften mit leistungsfähigen Netzwerken und der 18 Partnerschaften mit eher nicht leistungsfähigen Netzwerken lassen sich zudem vier Typen von Leistungsfähigkeit identifizieren.

Der erste Typ könnte als *erweiterter Begleitausschuss* bezeichnet werden. Weder der Umfang des Netzwerks noch die Ausbildung netzwerkeigener Arbeitsroutinen sind hier weit vorangeschritten. Zudem wurden die Netzwerke dieses Typs so ausgestaltet, dass der Zugang für Akteure außerhalb des Begleitausschusses erschwert ist. So wurden beispielsweise Demokratiekonferenzen nur mit geladenen Gästen veranstaltet oder die Möglichkeit, sich um Mittel aus dem Aktions- und Initiativfonds zu bewerben, nur im Netzwerk des Begleitausschusses beworben.

Der Typ „erweiterter Begleitausschuss“ trifft auf die Netzwerke von fünf der 24 Partnerschaften zu, die von uns untersucht wurden. Erfahrungen mit den durch die Programmleitlinien beschriebenen Arbeitsformen sind in diesen Netzwerken kaum vorhanden. Nur eine der fünf Koordinierungs- und Fachstellen dieser Netzwerke hatte bereits einen Lokalen Aktionsplan koordiniert. Darüber hinaus gab es in vier Fällen auch im weiteren Netzwerk keinen zentralen Akteur mit Erfahrungen bezüglich des Aufbaus und der Koordination von Netzwerkstrukturen. Möglicherweise in Folge dieses Wissensdefizits wurden die Mitwirkungsformen bei den Netzwerken dieses Typs so ausgestaltet, dass sie wenig zugänglich sind. Aufgrund der geringen Zugänglichkeit des Netzwerks ist das Potenzial für die Entwicklung eines größeren Netzwerkumfangs als besonders gering einzuschätzen.

Netzwerke von Partnerschaften für Demokratie ähneln häufig Facharbeitskreisen: Akteure ohne fachlichen Bezug fehlen. Die eingebundenen Fachakteure arbeiten jedoch auf Augenhöhe.

Der zweite Typ ähnelt in Umfang und Arbeitsweise einem *Facharbeitskreis*. Die Netzwerke dieses Typs umfassen ausschließlich Akteure mit fachlichem oder professionellem Bezug zu den Themen der Partnerschaften. Allerdings ist beim Typ „Facharbeitskreis“ die Entwicklung von netzwerkeigenen Arbeitsroutinen weit vorangeschritten. So deuten ein inklusiver Zielentwicklungsprozess, eine hohe Handlungsautonomie der Netzwerkmitglieder und regelmäßiger Raum zur Entwicklung von Kooperationsformen auf eine intensive Zusammenarbeit auf Augenhöhe unter den Netzwerkakteuren hin.

Abbildung 61: Typen von Netzwerken

Leistungsfähigkeit gegeben	Typ	Kurzbeschreibung	N
Nein/eher nein	Erweiterter Begleitausschuss	Wenig zugänglich für Außenstehende, wenig umfassend und integriert	5
	Facharbeitskreis	Ausschließlich Fachakteure, intensive Zusammenarbeit auf Augenhöhe	8
	Zentralistisches Netzwerk	Umfassende Einbindung, aber kaum netzwerkeigene Arbeitsroutinen	5
Ja/eher ja	Kommunale Partnerschaft	Umfassende Einbindung, gute Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit	6

Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen.

Im qualitativen Sample entsprechen die Netzwerke von acht der 24 Partnerschaften diesem Typ. Unter ihnen sind sowohl Kommunen, die bereits im Rahmen Lokaler Aktionspläne Förderung durch Vorgängerprogramme von „Demokratie leben!“ erhalten haben, als auch solche, die als Partnerschaft für Demokratie erstmals ein lokales Netzwerk im Rahmen eines Bundesprogramms aufbauen.

Als dritter Typ lassen sich unter den von uns untersuchten Partnerschaften *zentralistische Netzwerke* ausmachen. Bei Netzwerken dieses Typs ist die Einbindung relevanter Akteure weit vorangeschritten. Die Netzwerkmitglieder haben jedoch eine geringe Handlungsautonomie. Es gibt zudem kaum Möglichkeiten zum Wissensaustausch der Netzwerkmitglieder untereinander. Eine strukturierte Problemanalyse wird ebenfalls nicht vorgenommen. Die Einschätzung der Problemlagen und die Priorisierung der Maßnahmen basiert damit vor allem auf dem Erfahrungswissen der zentralen Akteure. Netzwerkakteure können als Ideengeber fungieren, die Entscheidung über die inhaltliche Ausgestaltung der Partnerschaft wird aber nicht in einem Netzwerkgremium gefällt.

> *„Also, [Netzwerkmitglieder] würden dann zu mir kommen, würden mir das vorschlagen oder unterbreiten. Und ja, ich würde mir das auch anhören und würde [mich] dann mit diesem Vorschlag an das federführende Amt wenden und würde sagen: Hier, da gibt es diese und diese Vorschläge. Und dann kann man das dort diskutieren.“ (KuF23_1007)*

Mit anderen Worten: Die Netzwerke dieses Typs werden im besonderen Maße vom Zentrum aus gestaltet. Diese zentrale Steuerung kann sowohl von der Koordinierungs- und Fachstelle als auch vom federführenden Amt maßgeblich ausgehen. Solche *zentralistischen Netzwerke* finden sich bei fünf der 24 von uns untersuchten Partnerschaften.

Der vierte Typ kommt dem Ideal einer *kommunalen Partnerschaft* am nächsten. Hierunter fallen alle sechs Fälle des qualitativen Samples, deren Netzwerke bereits in der Aufbauphase als leistungsfähig eingestuft wurden. Das Netzwerk umfasst hier neben allen wichtigen lokalen Fachakteuren nicht nur mitgliederstarke oder anderweitig deutungsmächtige zivilgesellschaftliche Akteure, sondern insbesondere auch Vertreter/innen der Lokalpolitik. Diese Akteure werden unter anderem regelmäßig in einen Zielformulierungsprozess eingebunden und haben Raum für die gemeinsame Entwicklung von Formen der Zusammenarbeit.

4.4.4 Gelingensbedingungen für die Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke

Bisher wurde untersucht, was die Leistungsfähigkeit von Netzwerken ausmacht und wie diese Aspekte von Leistungsfähigkeit im qualitativen Sample verteilt sind. Schließlich wurden Typen von leistungsfähigen Netzwerken identifiziert und diskutiert.

Dieses Kapitel nähert sich einer Antwort auf die Frage nach der Entwicklung der Leistungsfähigkeit von Netzwerken der Partnerschaften für Demokratie weiter an. Dazu werden die Gelingensbedingungen vorgestellt, die bei Partnerschaften vorlagen, die leistungsfähige Netzwerke bereits in der von uns untersuchten Aufbauphase entwickeln konnten.

Gelingensbedingungen für die Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke

- *Umfassende Gesamtkoordinationsleistung*
  Koordinierungs- und Fachstelle sowie federführendes Amt verfügen gemeinsam über relevante Wissensbestände und zweckdienliche Zugänge zu Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Lokalpolitik.
- *Programmerfahrung der Koordinierungs- und Fachstelle*
  Der Träger der Koordinierungs- und Fachstelle war bereits mit der Koordination des Lokalen Aktionsplans in der gleichen Kommune beauftragt.

- *Verfügbarkeit zusätzlicher finanzieller Mittel*
  Der Koordinierungs- und Fachstelle stehen neben der Programmförderung und der vorgesehenen kommunalen Ko-Finanzierung weitere finanzielle Mittel zur Verfügung.
- *Geografische Nähe der wichtigsten Akteure*
  Die Aktivitäten der Partnerschaft sind auf ein lokales Gemeinwesen konzentriert.
- *Zugänglichkeit des Netzwerks*
  Demokratiekonferenzen und Projektträgerschaften werden für die Öffentlichkeit geöffnet. Um Mitwirkung im Begleitausschuss wird bzw. wurde zumindest in den Netzwerken der derzeitigen Mitglieder geworben.

Die fünf Gelingensbedingungen „Umfassende Gesamtkoordinationsleistung", „Programmerfahrung der Koordinierungs- und Fachstelle", „Verfügbarkeit zusätzlicher finanzieller Mittel", „Geografische Nähe wichtiger Akteure" und „Zugänglichkeit des Netzwerks" reichen aus, um die Partnerschaften mit leistungsfähigen Netzwerken von denen eindeutig zu unterscheiden, die bisher noch keine leistungsfähigen Netzwerke entwickeln konnten. Die Gelingensbedingungen müssen dabei nicht alle gleichzeitig vorliegen. Welche Kombinationen dieser Gelingensbedingungen im Einzelnen zu leistungsfähigen Netzwerken führten, werden wir im nachfolgenden Kapitel zeigen.

Als eine zentrale Gelingensbedingung für die Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke erwies sich das Vorliegen einer *umfassenden Gesamtkoordinationsleistung* durch das federführende Amt und die Koordinierungs- und Fachstelle. Zugänge zu Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und zur Lokalpolitik erlauben es den koordinierenden Akteuren der Partnerschaft, sowohl Informationen über die Aktivitäten der Partnerschaft unter relevanten Akteuren breit zu streuen als auch gezielt einzelne Akteure anzusprechen. Handlungs- und Kontextwissen ermöglichen es, relevante Akteure im Umfeld der Partnerschaft zu identifizieren und deren Einbindung akteursgerecht auszugestalten.

Die *Programmerfahrung der Koordinierungs- und Fachstelle* kann als Indikator für das Vorhandensein der genannten Wissensbestände und zweckdienlichen Zugänge gesehen werden. „Programmerfahrung der Koordinierungs- und Fachstelle" bedeutet jedoch nach unserer Definition immer auch, dass die Kommune bereits in einem der Vorgängerprogramme von „Demokratie leben!" den Aufbau eines lokalen Netzwerks für demokratisches Engagement betrieben hat und dass dafür die Koordinierungs- und Fachstelle der jetzigen Partnerschaft verantwortlich war. Netzwerke und Arbeitszusammenhänge wie beispielsweise der Begleitausschuss können damit in den Fällen, in denen Koordinierungs- und Fachstellen Programmerfahrung haben, an ihre Arbeit im Vorgängerprogramm inhaltlich und personell anknüpfen.

Die *Verfügbarkeit zusätzlicher finanzieller Mittel* kann sich im Prinzip auf verschiedene Weise auf die Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke auswirken, je nachdem für welchen Zweck die zusätzlichen Mittel eingesetzt werden. Unter den sechs Partnerschaften, die ein leistungsfähiges Netzwerk vorweisen können, sind vier, die in der Aufbauphase über zusätzliche finanzielle Mittel verfügten. Diese Mittel stammen unter anderem aus langfristigen Kooperationsvereinbarungen der Koordinierungs- und Fachstellen mit Kommunen, aus thematisch verwandten Landesprogrammen oder aus Finanzierungszusagen für Fachstellen. Ein Vorteil für den Aufbau leistungsfähiger Netzwerke ergibt sich dabei auf mindestens einem von zwei Wegen: Mit den zusätzlichen Mitteln wird der Leistungsumfang der Koordinierungs- und Fachstelle erhöht oder es werden damit mehr Einzelmaßnahmen gefördert.

Kurze Wege für anlassbezogene Treffen und regelmäßige Interaktionen der Akteure außerhalb von Netzwerkaktivitäten sind ein wichtiger Vorteil kleiner Kommunen.

Die *geografische Nähe der wichtigsten Akteure* ist förderlich für die Häufigkeit, mit der sich die potenziellen Netzwerkakteure einer Partnerschaft begegnen. Netzwerkarbeit braucht persönliche Begegnung, unter anderem zum Aufbau von vertrauensvollen Beziehungen und zum regelmäßigen Informationsaustausch. Die Netzwerkarbeit der Partnerschaften kann durch Aktivitäten gezielt Räume für Begegnung schaffen. Dazu gehören die regelmäßigen Treffen des Begleitausschusses, die Demokratiekonferenzen und die Unterstützung öffentlicher Veranstaltungen wie Sport- oder Stadtteilfeste. Dieser Arbeit sind allerdings Grenzen gesetzt, zum einen weil gezielte Vernetzungstreffen zusätzlichen zeitlichen Aufwand für die Akteure bedeuten, zum anderen weil die finanziellen Mittel der Partnerschaften die finanzielle Unterstützung nur weniger öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen erlauben.

Die räumliche Nähe der Netzwerkakteure erleichtert anlassbezogene Treffen durch kurze Wege, sie führt aber auch zu regelmäßigen Begegnungen bei Veranstaltungen, in Arbeitskreisen und in der Freizeit, die nicht durch die Partnerschaften veranlasst werden müssen. Sind die Akteure nah beieinander, ergeben sich Kontakte oft wie von selbst.

> *„Es ist ein Vorteil, dass [das Fördergebiet] überschaubar ist. Man kennt sich, man weiß, wie man die Leute erreichen kann, über welche Wege. Ich bin dieses Jahr erst neu für [das Fördergebiet] zuständig. Und trotzdem merke ich, dass mir das ganz schnell und einfach gefallen ist, die Kontakte herzustellen.“ (FA04_2939)*

Die bisher vorgestellten Gelingensbedingungen sind kontextueller Natur. Sie können durch die Koordinierungs- und Fachstelle in nur geringem Maße zeitnah beeinflusst werden. Anders verhält es sich mit der *Zugänglichkeit des Netzwerks.* Die Zugänglichkeit des Netzwerks bemisst sich an der Ausgestaltung des Zugangs zu Begleitausschuss, Demokratiekonferenzen und der Trägerschaft von Einzelmaßnahmen. Jede weitere Demokratiekonferenz bietet der Koordinierungs- und Fachstelle die Möglichkeit, durch öffentliche Bekanntmachung Bürger/innen anzusprechen, die bisher nicht durch die Partnerschaft erreicht wurden. Jede weitere öffentliche Ausschreibung von Projektmitteln im Rahmen des Aktions- und Initiativfonds kann zur Einbindung neuer Einzelmaßnahmenträger führen. Vier der sechs Partnerschaften, denen es gelungen ist, bereits in der Aufbauphase ein leistungsfähiges Netzwerk aufzubauen, haben über diese Wege für eine hohe Zugänglichkeit der Netzwerkstrukturen gesorgt.

Viele Partnerschaften nutzen Demokratiekonferenzen, Einzelmaßnahmen-Förderung und Begleitausschuss-Arbeit nicht optimal für den Netzwerkaufbau.

Unter den 24 Partnerschaften unseres qualitativen Samples können jedoch nach unserer Definition insgesamt nur zehn Partnerschaften als „offen“ bezeichnet werden. Diese Schwelle ist dann erreicht, wenn (1.) Demokratiekonferenzen öffentlich beworben werden und die Teilnahme allen Bürger/innen offensteht, (2.) die Förderrunden im Rahmen des Aktions- und Initiativfonds öffentlich ausgeschrieben werden und über die Anträge der Begleitausschuss entscheidet und (3.) der Begleitausschuss in den persönlichen Netzwerken der Teilnehmenden wirbt bzw. geworben hat und diese dann kooptiert.

Die 14 Partnerschaften, die nach dieser Definition eher „geschlossen“ sind, gestalten mindestens eine dieser drei Mitwirkungsformen weniger zugänglich als hier beschrieben. Einige der Partnerschaften entscheiden sich dafür, zu Demokratiekonferenzen nur ausgewählte Akteure einzuladen. Andere sehen von einer öffentlichen Ausschreibung der Projektgelder ab und sprechen potenzielle Einzelmaßnahmenträger direkt an.

Am häufigsten finden Abweichungen von der oben beschriebenen Definition einer „offenen“ Netzwerkgestaltung jedoch beim Begleitausschuss statt. Hier entschieden sich elf der 24 Koor-

dinierungs- und Fachstellen für einen eher „geschlossenen“ Begleitausschuss. Dies bedeutete in einigen Fällen, dass der Begleitausschuss auf Beschluss des federführenden Amtes und der Koordinierungs- und Fachstelle unverändert und ohne weitere Absprachen aus dem Vorgängerprogramm übernommen wurde. In anderen Fällen äußerte sich dies so, dass federführendes Amt sowie Koordinierungs- und Fachstelle den Begleitausschuss ausschließlich mit gezielt eingeladenen Akteuren besetzten. Aufgrund der zentralen Stellung des Begleitausschusses für die Projektförderung kann gerade letzteres unter potenziellen Einzelmaßnahmenträgern Misstrauen hervorrufen:

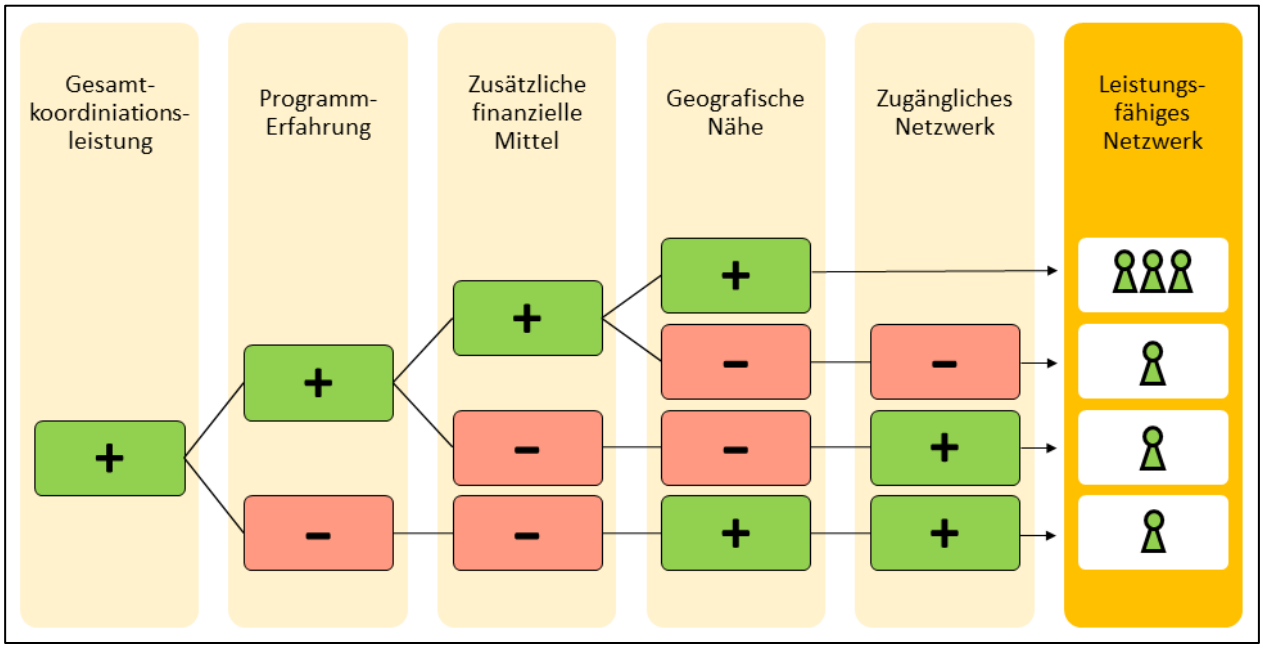
> *„Wir haben momentan durchaus noch ein Legitimationsproblem. Das spüren wir. … Wir sagen, ihr Bündnispartner, mit euch wollen wir das gemeinsam machen und wir haben das Bundesprogramm und haben da Geld. Und dann kommt nämlich die Frage: Ja, wer entscheidet denn, wohin das Geld fließt? … Und da muss man sagen, ja, die sind von uns berufen. Ja, auf welcher Grundlage denn?“ (FA21_1107)*

4.4.5 Pfade zur Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke

Unter welchen Umständen gelingt es den Partnerschaften für Demokratie, ein leistungsfähiges Netzwerk aufzubauen? Die Daten haben gezeigt, dass sich diese Frage in Rückgriff auf fünf Gelingensbedingungen schlüssig beantworten lässt: (1.) das Vorliegen einer umfassenden Gesamtkoordinationsleistung, (2.) Programmerfahrung der Koordinierungs- und Fachstelle, (3.) Verfügbarkeit zusätzlicher finanzieller Mittel, (4.) geografische Nähe der wichtigsten Akteure und (5.) Zugänglichkeit des Netzwerks.

Die qualitative vergleichende Analyse des Samples aus 24 Partnerschaften zeigt, dass nicht alle dieser Gelingensbedingungen vorliegen müssen, damit eine Partnerschaft ein leistungsfähiges Netzwerk entwickeln kann. Wir konnten insgesamt vier Konstellationen von Gelingensbedingungen identifizieren, die gemeinsam eine Erklärung für die sechs Fälle bieten, in denen leistungsfähige Netzwerke bereits in der Aufbauphase entstehen konnten. Diese vier „Pfade“ sind in der untenstehenden Abbildung grafisch dargestellt. In den Erläuterungen zu Abbildung 55 wird näher erklärt, wie die Grafik zu lesen ist.

Abbildung 62: Pfade zu leistungsfähigen Netzwerken



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen.

Eine umfassende Gesamtkoordinationsleistung durch federführendes Amt und Koordinierungs- und Fachstelle ist eine notwendige Bedingung für den Aufbau eines leistungsfähigen Netzwerks.

Die Grafik zeigt zunächst, dass alle Pfade vom Vorliegen einer umfassenden Gesamtkoordinationsleistung ausgehen. Das Vorliegen einer solchen Gesamtkoordinationsleistung stellt damit eine notwendige Bedingung für die Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke dar. Das heißt, dass es in unserem qualitativen Sample keinen Fall gibt, in dem sich ein leistungsfähiges Netzwerk entwickelt hätte, ohne dass eine umfassende Gesamtkoordinationsleistung erbracht worden wäre.

Die Programmerfahrung der Koordinierungs- und Fachstelle spielt eine ähnlich wichtige Rolle. In nur einem Fall konnte eine Partnerschaft ein leistungsfähiges Netzwerk entwickeln, das von einem Träger koordiniert wurde, der nicht bereits in einem der Vorgängerprogramme von „Demokratie leben!“ vor Ort mit dem Aufbau eines lokalen Netzwerks betraut war.

Partnerschaften können nur unter idealen Kontextbedingungen auf eine offene Netzwerkarbeit verzichten, ohne die Leistungsfähigkeit ihrer Netzwerke zu gefährden.

Die vier zielführenden Pfade zeigen außerdem, dass die Partnerschaften nur unter idealen Voraussetzungen auf eine hohe Zugänglichkeit zu den hauptsächlichen Mitwirkungsformen im Netzwerk verzichten können, ohne die Leistungsfähigkeit ihrer Netzwerke zu gefährden. Nur wenn eine umfassende Gesamtkoordinationsleistung erbracht wird, ein programmerfahrener Träger die Partnerschaft koordiniert und zudem zusätzliche finanzielle Mittel vorhanden sind, kann das Netzwerk relativ „geschlossen“ und dennoch leistungsfähig sein. Fehlt die geografische Nähe der wichtigsten Akteure der Partnerschaft untereinander, dann muss dies sogar der Fall sein. Dies könnte darauf hindeuten, dass im Falle einer Verteilung der Netzwerkakteure über mehrere Sozialräume hinweg gerade in der Aufbauphase erst durch die bewusste Auswahl des Teilnehmerkreises eine konzentriertere Zusammenarbeit möglich wird.

Wie bereits angesprochen, ist die Zugänglichkeit des Netzwerks die einzige der fünf Gelingensbedingungen für Netzwerk-Leistungsfähigkeit, die durch die zentralen Akteure der Partnerschaften kurzfristig beeinflusst werden kann. Die übrigen vier Gelingensbedingungen sind eher kontextueller Natur. Dies ist aus unserer Sicht wenig verwunderlich, weil hier die Aufbauphase der Partnerschaften untersucht wird. Wir nehmen an, dass die vorgefundenen Ausgangsbedingungen erst allmählich durch Akteurshandeln verändert werden können. Wer beispielsweise mit dem Aufbau eines Netzwerks neu beginnen muss, wird mehr als einige Monate Zeit brauchen, um durch gute Netzwerkarbeit ein ähnlich leistungsfähiges Netzwerk zu entwickeln wie derjenige, der in seiner Kommune auf ein bereits gewachsenes Netzwerk aus den Vorgängerprogrammen von „Demokratie leben!“ zurückgreifen kann.

Der oberste Pfad in Abbildung 62 beschreibt eine ideale Ausgangslage für die Entwicklung eines leistungsfähigen Netzwerks im derzeitigen Bundesprogramm: Federführendes Amt und Koordinierungs- und Fachstelle verfügen über die notwendigen Wissensbestände und zweckdienlichen Zugänge, um pro-demokratisches Engagement in der Kommune optimal zu fördern. Sie können dabei außerdem auf ihrer Arbeit in den Vorgängerprogrammen von „Demokratie leben!“ aufbauen. Darüber hinaus haben sie zusätzliche Mittel zur Verfügung, um die Arbeit am und im Netzwerk zu fördern. Schließlich sind die Wege zwischen den wichtigsten Akteuren der Partnerschaft kurz und die Wahrscheinlichkeiten für Begegnungen auch jenseits der Netzwerkaktivitäten hoch. Nur unter diesen Umständen scheint es unserer Analyse nach für die Leistungsfähigkeit des Netzwerks unerheblich zu sein, ob die Zugänglichkeit zu den hauptsächlichen Mitwirkungsformen der Partnerschaft hoch oder niedrig ist.

Der dritte und vierte Pfad zeigen die Bedeutung der partizipativen Ausgestaltung des Netzwerks unter weniger idealen Ausgangsbedingungen. Im Falle des dritten Pfads sind die beiden wichtigsten Gelingensbedingungen Gesamtkoordinationsleistung und Programmerfahrung zwar vorhanden, es fehlen aber zusätzliche finanzielle Mittel und die geografische Nähe der zentralen Akteure der Partnerschaft untereinander. Beim vierten Pfad kann die Partnerschaft weder auf zusätzliche finanzielle Mittel noch auf die Programmerfahrung der Koordinierungs- und Fachstelle zurückgreifen.

In beiden Fällen war die Entscheidung, breit zur Partizipation im Netzwerk einzuladen und die Teilnahme offen zu gestalten, ein wichtiger Baustein beim Aufbau von Leistungsfähigkeit im Netzwerk. Demokratiekonferenzen wurden genutzt, um gemeinsam Ziele zu identifizieren und zu priorisieren. Ausschreibungen für den Aktions- und Initiativfonds wurden öffentlich gemacht und über verschiedene Akteure verbreitet, um auch solche zivilgesellschaftlichen Akteure zu erreichen, die vorher nicht für die Partnerschaft aktiv geworden sind.

Im Falle der Kommune, die durch „Demokratie leben!“ erstmals im Rahmen eines Bundesprogramms gefördert wurde, war die breite Bewerbung von Demokratiekonferenz und Projektträgerschaft entscheidend für den späteren Aufbau von Netzwerk-Leistungsfähigkeit.

> *„Also ganz, ganz stark war am Anfang die Befürchtung, es wird niemand einen Projektantrag stellen, also es würde keinen Bedarf geben. Oder es wird kein Interesse geben. Es hat sich gezeigt, dass es ganz anders ist. Also die [Kommune] ist da sehr überrascht. Es ist eine kleine Stadt, das ist sehr überschaubar. Auch die Trägerlandschaft ist dann auch noch irgendwo überschaubar.“ (KuF04_711)*

Den Grundstein für diesen Erfolg legte die erste Demokratiekonferenz, die *„mit 60 Teilnehmern unheimlich gut angenommen wurde“* (FA04_330). Diese Demokratiekonferenz wurde bewusst sehr breit beworben, und das nicht nur auf der Homepage der Partnerschaft und in der lokalen Presse:

> *„Also wir haben alleine bei der ersten Demokratiekonferenz 300 Briefe verschickt und Hunderte E-Mails. Allein darüber, selbst wenn sie es dann nur kurz angeguckt haben und weggeklickt haben, darüber ist schon glaube ich ganz viel präsent geworden.“ (FA04_1532)*

Die Einbindung neuer Akteure ist auch für jene Partnerschaft ein wichtiger Grund für die breite Bewerbung des Aktions- und Initiativfonds gewesen, die bereits auf der Arbeit in den Vorgängerprogrammen von „Demokratie leben!“ aufbauen konnte. Hier wurde die Bekanntmachung durch die gezielte Ansprache einzelner Akteursgruppen flankiert, die bisher im Netzwerk fehlten.

4.4.6 Fazit

Es zeigt sich, dass gerade der Aufbau eines leistungsfähigen Netzwerks eine anspruchsvolle Aufgabe ist. Nur sechs der 24 untersuchten Partnerschaften für Demokratie können bereits in der Aufbauphase ein leistungsfähiges Netzwerk vorweisen. Neun Partnerschaften im qualitativen Sample hatten bisher vor allem mit der vollumfänglichen Einbindung von relevanten Akteuren Schwierigkeiten. Fünf Partnerschaften ist es insbesondere nicht gelungen, die Grundlagen für die zielgerichtete Zusammenarbeit der Netzwerkakteure in ausreichendem Maße herzustellen. Vier weitere Partnerschaften lassen insgesamt noch keine erfolgreichen Ansätze für den Aufbau leistungsfähiger Netzwerke erkennen.

Wenn allerdings Partnerschaften leistungsfähige Netzwerke früh aufbauen, dann gestaltet sich die nachfolgende Arbeit in vielem einfacher. Durch die breite Einbindung von lokalen Akteuren können organisationale Ressourcen, Kontakte zu möglichen Kooperationspartnern oder Zielgruppen und politisches Kapital für die Partnerschaften erschlossen werden. Der Aufbau von

integrierenden Arbeitsroutinen im Netzwerk vereinfacht wiederum die Zusammenarbeit all dieser Akteure zur Zielerreichung.

Unter den sechs Partnerschaften, denen es bisher gelungen ist, ein leistungsfähiges Netzwerk aufzubauen, gibt es nur eine, die nicht bereits durch ein Vorgängerprogramm von „Demokratie Leben!“ gefördert wurde. Dies zeigt, dass gerade Partnerschaften, die im Rahmen des aktuellen Programms neu mit dem Aufbau von Netzwerken in ihrer Kommune beginnen, zusätzliche Unterstützung benötigen.

Es empfiehlt sich, kommunale Ressourcenanalysen zu fördern, um den Aufbau leistungsfähiger Netzwerke zu beschleunigen.

Aufgrund der bisherigen Schwierigkeiten beim Netzwerkaufbau und den zu erwartenden positiven Effekten eines bestehenden leistungsfähigen Netzwerks auf die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie halten wir zusätzliche Investitionen in die Netzwerkarbeit gerade „neuer“ Partnerschaften für sinnvoll.

Dies könnte beispielweise dadurch geschehen, dass den Partnerschaften finanzielle Mittel zur Durchführung von kommunalen Ressourcenanalysen zur Verfügung gestellt werden. Diese haben zum Ziel, die potenziellen Netzwerkpartner in einer Kommune mit ihren verschiedenen Interessen und Ressourcen zu identifizieren und kompakt darzustellen. Sie könnten es damit den Koordinierungs- und Fachstellen schon in der Aufbauphase der Partnerschaften ermöglichen, neben der breiten Öffentlichkeitsarbeit mit Mitwirkungsangeboten gezielt auf zentrale Akteure zuzugehen.

Partnerschaften für Demokratie können den Netzwerkaufbau durch öffentliche Demokratiekonferenzen und öffentliche Ausschreibungen von Projektmitteln befördern.

Eine hohe Zugänglichkeit der Netzwerke konnte bei nur zehn der 24 von uns untersuchten Partnerschaften festgestellt werden. Gleichzeitig haben vier der sechs Partnerschaften, die bereits in der Aufbauphase ein leistungsfähiges Netzwerk vorweisen konnten, die erwähnten Mindestanforderungen für die Zugänglichkeit erfüllt oder sind darüber hinausgegangen. Gerade Demokratiekonferenzen und Projektträgerschaften haben sich als gute Instrumente erwiesen, um relevante Akteure in die Partnerschaften einzubinden. Wir empfehlen daher, diese Möglichkeiten zum Netzwerkaufbau durch eine konsequente breite Bewerbung optimal zu nutzen.

4.5 Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie

4.5.1 Programmanliegen und Fragestellung

In den Leitlinien des Programms „Demokratie leben!“ wird der Anspruch formuliert, dass „durch geeignete Maßnahmen … die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht und für eine Mitwirkung geworben werden [soll]“.[239] Das Bundesprogramm stellt den Partnerschaften für Demokratie für die Öffentlichkeitsarbeit Mittel zur Verfügung. Darüber hinaus wurde den Praktiker/innen eine Broschüre an die Hand gegeben, die sie bei der Umsetzung einer „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ unterstützen soll.[240]

Das Erreichen von Öffentlichkeit ist bereits durch die Wissenschaftliche Begleitung der Vorgängerprogramme als ein Faktor für die erfolgreiche Umsetzung kommunaler Strategien im Bereich Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention benannt worden.[241] Inwiefern die Part-

239 BMFSFJ 2015, S. 9.

240 BMFSFJ 2016.

241 Behn/Bohn/Sträter 2011, S. 18; Behn/Bohn/Karliczek/Lüter/Sträter 2013, S. 90; zusammenfassend ISS/Camino 2015, S. 102f.

nerschaften für Demokratie öffentlichkeitswirksam werden, ist deshalb eine der Fragen, denen die Wissenschaftliche Begleitung nachgeht.

Schon im Zwischenbericht 2015 wurde – zunächst in einer explorativen Form – dargestellt, welche Öffentlichkeiten erreicht werden sollen, welche Ziele damit verfolgt werden und welche Strategien hierfür genutzt werden (sollen).

Kern des folgenden Kapitels ist die Frage, wie diese Ansprüche im laufenden Förderjahr umgesetzt werden konnten. Hierfür wird zunächst die Definition des Begriffs Öffentlichkeit spezifiziert. Um empirisch fundierte Aussagen darüber treffen zu können, ob und inwieweit die Partnerschaften für Demokratie den 2015 formulierten Ansprüchen gerecht werden, ist eine Operationalisierung des Begriffs unabdingbar. Geleitet von kommunikations- und medienwissenschaftlichen Erkenntnissen werden relevante Dimensionen benannt und durch Indikatoren beschrieben. Durch eine qualitative vergleichende Analyse (QCA, zur Methode vgl. Kapitel 3.3.3.1) werden Faktoren identifiziert, die einen Einfluss auf das Erreichen von Öffentlichkeitswirksamkeit durch die Partneschaften für Demokratie haben.

Die Konzepte von Öffentlichkeit, Öffentlichkeitsarbeit und Öffentlichkeitswirksamkeit sind vielfältig. Dem Grundgedanken des Programms mit seiner stark partizipatorischen Ausrichtung entsprechend wird hier das Konzept der „verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit“[242] zugrunde gelegt.

Öffentlichkeit meint einen bestimmten Kreis von Personen, die Zugang zu Informationen haben und über diese miteinander kommunizieren.[243] Um Öffentlichkeit empirisch und analytisch zu betrachten, ist es sinnvoll, zwischen verschiedenen Teil-Öffentlichkeiten zu unterscheiden.[244] Relevante Teil-Öffentlichkeiten für die Partnerschaften für Demokratie sind:

- die allgemeine Öffentlichkeit,
- die Fachöffentlichkeit,
- die lokale politische Öffentlichkeit.

Öffentlichkeitsarbeit ist mehr als Informieren. Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit regt Kommunikationsprozesse an und erzeugt Anschlusshandlungen.

Um diese Teil-Öffentlichkeiten zu erreichen, leisten die Partnerschaften für Demokratie *Öffentlichkeitsarbeit*, in der Kommunikationswissenschaft auch Public Relations genannt. Dabei geht es um das „Management von Informations- und Kommunikationsprozessen zwischen Organisationen einerseits und ihrer internen oder externen Umwelt (Teil-Öffentlichkeiten) andererseits. Funktionen von Public Relations sind Information, Kommunikation, Persuasion,[245] Image-Gestaltung, kontinuierlicher Vertrauenserwerb, Konfliktmanagement und das Herstellen von gesellschaftlichem Konsens[246]„. Es soll mittels Öffentlichkeitsarbeit nicht nur Aufmerksamkeit erregt werden, sondern ebenso Anschlusshandeln, zumindest aber ein Dialog erzeugt werden.[247] Öffentlichkeitsarbeit ist insofern der Weg, auf dem eine Öffentlichkeitswirksamkeit erreicht wird.

Eine Partnerschaft für Demokratie ist dann *öffentlichkeitswirksam*, wenn sie alle drei Teil-Öffentlichkeiten erreicht. Das bedeutet, dass die regionalen Akteure, die diesen Teil-

242 Burkart 2010, S. 17ff.

243 Pöttker 2006, S. 205.

244 Ebd.

245 Persuasion ist eine Form der Kommunikation, deren Ziel eine Einstellungsänderung ist.

246 Gesellschaftlicher Konsens meint eine Übereinkunft über geteilte Werte und Normen. Bentele 1995, S. 12f.

247 Röttger 2006, S. 10.

Öffentlichkeiten zugerechnet werden, über die Ziele der Partnerschaft für Demokratie informiert sind, diese teilen und sich dafür engagieren.

Um eine abgestufte Bewertung der Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie vornehmen zu können, wird die Öffentlichkeitswirksamkeit zunächst in Bezug auf die drei Teil-Öffentlichkeiten bewertet. Diese Bewertungen werden dann zusammengeführt, wobei die Bewertung der Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit höher gewichtet wird als die der Fachöffentlichkeit und der lokalen politischen Öffentlichkeit. Dies hat zur Folge, dass einer Partnerschaft für Demokratie nur dann eine Öffentlichkeitswirksamkeit bescheinigt wird, wenn sie auch die allgemeine Öffentlichkeit erreicht.

4.5.2 Bewertung der Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie

4.5.2.1 Öffentlichkeitswirksamkeit – allgemeine Öffentlichkeit

Der Begriff allgemeine Öffentlichkeit umfasst die Bürger/innen einer Region. Sie sollen über die Ziele der Partnerschaft für Demokratie informiert sein, sie sollen die durch die Partnerschaft formulierten Werte teilen, dafür eintreten und bereit sein, sich zu engagieren.

Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit ist aus Sicht der Interviewpartner/innen bedeutsam, um

- präventiv wirksam zu sein:
  „Informiertheit ist immer wichtig, um auch gerade falschen Denkweisen vorzubeugen, da finde ich Transparenz und Aufklärung immer ganz wichtig.“ (FA01_854),
- Aktivitäten zu ermöglichen:
  „Wichtig ist uns, wenn jemand was machen möchte und aktiv ist, ist es auch eine Sache, dass der [die Partnerschaft] kennt und weiß, an wen er sich wenden muss, und weiß, was er machen kann.“ (FA23_1490),
- Gegenmobilisierung zu erreichen:
  „Angenommen, die Nazis würden hier aufschlagen? Dann würden wir in 14 Tagen zusammen mit dem Netzwerk, dem Bündnis ... Wenn wir das initiieren, kriegen wir 10.000 Leute auf die Straße, in zwei Wochen kein Problem.“ (FA10_1248).

Die Bewertung der Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit durch die Wissenschaftliche Begleitung erfolgt entlang folgender Kategorien:

- Kennen – nach Einschätzung maßgeblicher Akteure der Partnerschaft – wenigstens 20% der Bürger/innen der Region die Partnerschaft für Demokratie und deren Ziele?
- Gibt es in der Region Teilgruppen, z.B. Jugendliche, die – nach Einschätzung maßgeblicher Akteure der Partnerschaft – ganz überwiegend die Partnerschaft und deren Ziele kennen?

Des Weiteren wurde bewertet, inwieweit es den Bürger/innen überhaupt möglich ist, von der Partnerschaft für Demokratie in ihrer Region Kenntnis zu erhalten:

- Verfügt die Partnerschaft über eine Homepage mit aktuellen Informationen?
- Gibt es die Möglichkeit, die Partnerschaft nicht nur punktuell wahrzunehmen, etwa durch häufige Medienberichte oder regelmäßige öffentliche Veranstaltungen?[248]

Der Anspruch, die allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen, stellt für die Partnerschaften für Demokratie eine besondere Herausforderung dar, der sie sich in unterschiedlicher Weise stellen.

248 Ob die Partnerschaften öffentlichkeitswirksam sind, wurde wie folgt bewertet: „ja“ – drei von vier Punkten sind gegeben; „eher ja“ – zwei von vier Punkten sind gegeben; „eher nein“ – einer von vier Punkten ist gegeben und „nein“ – kein Punkt ist gegeben.

Während einige ihre Öffentlichkeitsarbeit gezielt auf die allgemeine Öffentlichkeit ausrichten, vertrauen andere darauf, dass diese durch die Umsetzung von Projekten erreicht wird.

Die allgemeine Öffentlichkeit wird durch die Partnerschaften für Demokratie nur in geringem Umfang erreicht. Besonders in Regionen mit einer hohen Bevölkerungszahl ist es schwierig, Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit zu erzeugen.

Zum jetzigen Zeitpunkt erreicht nur eine Partnerschaft für Demokratie eine sehr hohe und acht weitere eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit in Bezug auf die allgemeine Öffentlichkeit.

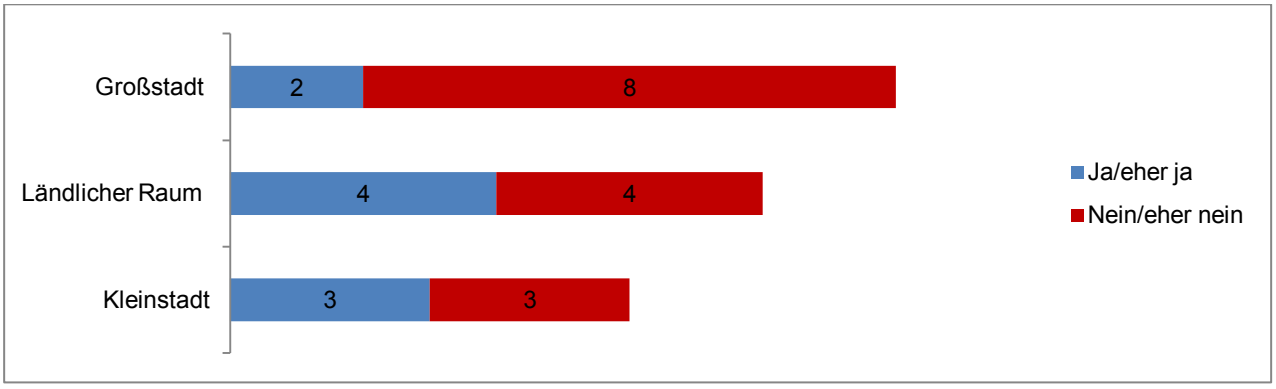
Zwölf der untersuchten 24 Partnerschaften werden als gering öffentlichkeitswirksam in Bezug auf die allgemeine Öffentlichkeit bewertet. Hier ist zumindest die Möglichkeit gegeben, die Partnerschaft öffentlichen wahrzunehmen. Drei Partnerschaften erreichen keine Öffentlichkeitswirksamkeit bei den Bürger/innen.

Begründet wird dies u.a. damit, dass es insbesondere in großen Regionen mit vielen Einwohner/innen schwierig ist, eine Bekanntheit in weiten Teilen der Bevölkerung zu erlangen.

> *„Umso größer das Gebiet, umso schwieriger ist es schon, dass es dann auch an der Basis bei den Bürgern, bei den Leuten auch ankommt. Bei den Trägern ist das noch etwas anderes oder in den Einrichtungen. Aber es sollte ja auch direkt an der Basis, bei den Menschen ankommen. Und das ... da haben wir schon noch einiges zu tun.“ (FA 03_624)*

In den untersuchten Regionen erreichen in Städten mit über 200.000 Einwohner/innen nur zwei Partnerschaften die allgemeine Öffentlichkeit, acht Partnerschaften gelingt dies nicht. In Kleinstädten und ländlichen Regionen sind erfolgreiche und weniger erfolgreiche Partnerschaften hingegen gleichmäßig verteilt (vgl. Abbildung 63).

Abbildung 63: Erreichen der allgemeinen Öffentlichkeit in unterschiedlichen Regionen



Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen.

Nach Einschätzungen der Koordinator/innen und der Vertreter/innen der federführenden Ämter sind den Bürger/innen einer Region oftmals themenbezogene Aktivitäten, einzelne Projekte oder aber auch die Institution der Koordinierungs- und Fachstelle bekannt, ohne dass die allgemeine Öffentlichkeit in nennenswertem Umfang die Partnerschaft als solche wahrnimmt.

> *„Also ich würde sagen, es wird sicherlich … die breite Mehrheit wird sagen, es wird da irgendwas in der Stadt geben, was sich mit diesem Thema beschäftigt. Aber nicht, dass das ‚Partnerschaft für Demokratie‘ heißt oder dass es da ein Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ gibt, das werden die wenigsten wissen.“ (FA14_1801)*

> *„Wenn Sie die Leute fragen, ob die Frau X [Koordinatorin, d. Verf.] kennen, dann wird wahrscheinlich eine positive Antwort kommen.“ (FA05_722)*

In Regionen, in denen es übergreifende Netzwerke gibt, die durch die Partnerschaft weiterentwickelt werden oder in denen die Partnerschaft verankert ist, sind es oft diese Netzwerke, die eine Öffentlichkeitswirksamkeit in der allgemeinen Öffentlichkeit haben.

4.5.2.2 Öffentlichkeitswirksamkeit – Fachöffentlichkeit

Die Fachöffentlichkeit als eine für die Partnerschaften für Demokratie wichtige Teil-Öffentlichkeit umfasst all jene Akteure, die einen fachlichen und/oder professionellen Bezug zu den Themenfeldern einer Partnerschaft für Demokratie bzw. zu den relevanten Zielgruppen haben.

Für die Partnerschaften sind Fachakteure sowohl mit Blick auf die Projektumsetzung relevant – sie ermöglichen den Zugang zur Zielgruppe, sind Projektumsetzende oder Projektberatende – als auch für die inhaltliche und strategische Ausrichtung der Partnerschaft. Sie sind in die Begleitausschüsse eingebunden und nehmen an den Demokratiekonferenzen teil.

Für die Bewertung der Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften im Bereich der Fachöffentlichkeit wurden die Akteure der Fachöffentlichkeit in solche aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich (z.B. freie Träger der Jugendhilfe) und solche aus dem staatlichen Bereich (z.B. Jugendamt, Schulen) unterteilt. Beide sollen erreicht werden. Bewertet wird die Information und Aktivierung beider Bereiche der Fachöffentlichkeit.

Fachakteure sind dann informiert, wenn sie die Partnerschaft für Demokratie und ihre Ziele kennen. Als aktiviert gelten sie dann, wenn sie sich für die Ziele der Partnerschaft für Demokratie engagieren. Öffentlichkeitswirksam im Bereich der Fachöffentlichkeiten sind Partnerschaften für Demokratie dann, wenn die Mehrzahl der Fachakteure aus beiden Gruppen informiert ist und wenn viele Fachakteure aus beiden Gruppen aktiviert sind.

Für die Umsetzung einer kommunalen Strategie ist die Aktivierung von Fachakteuren erforderlich. Den Partnerschaften gelingt es, im Bereich der Fachöffentlichkeit eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit zu erreichen.

Da die Akteure der Fachöffentlichkeit für die Umsetzung einer Partnerschaft für Demokratie unentbehrlich sind, verwundert es nicht, dass die Partnerschaften für Demokratie im Bereich der Fachöffentlichkeit zum aktuellen Zeitpunkt bereits eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit erzielen. Zehn der untersuchten 24 Partnerschaften erreichen hier eine sehr hohe, zehn weitere eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit. Drei Partnerschaften für Demokratie erreichen nur eine geringe Öffentlichkeitswirksamkeit, eine Partnerschaft muss nach den definierten Kriterien für den Bereich der Fachöffentlichkeit als nicht öffentlichkeitswirksam bewertet werden.

Eine geringe Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der Fachöffentlichkeit kann aus Schwierigkeiten resultieren, die staatlichen Fachakteure jenseits des federführenden Amtes zu erreichen.

> *„Wir versuchen, sie immer einzubinden. Aber es ist definitiv so, dass sich das vorwiegend in meinem Terrain [federführendes Amt, d. Verf.] abspielt … aber wir müssen den Anstoß setzen. Also es kommt schon alles aus dem Jugendamt … Und ich würde mir schon mehr Aufmerksamkeitsstrukturen [wünschen], … also dass auch mal von ihnen mal was kommt, mal nachgefragt wird: ‚Könnten wir das nicht in das Programm ‚Demokratie leben!‘ zum Beispiel mit einbeziehen?‘„ (FA01_169)*
>
> *„Und wenn wir das schaffen, so wie ich vorhin sagte, mit so einer Weiterbildung, in so einer Verwaltung den Ton zu verändern oder mit Anti-Bias, also mal ein bisschen sich selber angucken, wie gehe ich mit Fremden um und so was, also das finde ich schon mal viel wichtiger. Aber so ganz viele zu erreichen, das schafft man nicht.“ (FA17_1773)*

4.5.2.3 Öffentlichkeitswirksamkeit – lokale politische Öffentlichkeit

Eine weitere für die Partnerschaften für Demokratie bedeutsame Teil-Öffentlichkeit ist die lokale politische Öffentlichkeit. Diese umfasst die lokalen politischen Spitzen – Bürgermeister/innen, Dezernent/innen, Beigeordnete usw. – sowie die Vertreter/innen der regionalen Parlamente und der demokratischen Parteien. Die politischen Spitzen sind für die Partnerschaften für Demokratie bedeutsam, weil sie eine Verbindung zwischen Legislative und Exekutive herstellen und einerseits die Umsetzung politischer Entscheidungen durch die Verwaltung initiieren, andererseits aber auch selbst über ein hohes Maß an faktischer Gestaltungmacht verfügen. Die Vertreter/innen der regionalen Parlamente und Parteien prägen das Wertesystem einer Kommune, sie formulieren kommunale Handlungsziele und entscheiden über Haushaltsmittel und damit auch über die Förderung einer Partnerschaft (vgl. hierzu auch Kapitel 4.3.2.2).

Die Partnerschaften für Demokratie sehen in den politischen Akteuren darüber hinaus wichtige Multiplikatoren, die durch ihr Engagement dazu beitragen, die Partnerschaft zu stärken.

> *„Das ist für uns ein sehr wichtiger Arm in die Bevölkerung hinein. Letztendlich sind diese Stadtteilparlamente und die Bürgermeister dieser kleinen Stadtteile für uns sehr wichtige Multiplikatoren. Und aber auch Informationsbeschaffer, weil die [sich] einfach in ihren Strukturen sehr gut [aus]kennen. Das sind schon wichtige Ansprechpartner für uns." (FA11_825)*

Wie auch die Fachakteure sollen sowohl die lokalen politischen Spitzen als auch die Vertreter/innen der regionalen Parlamente und Parteien informiert sein, also die Partnerschaft und ihre Ziele kennen. Sie sollen aber auch aktiviert sein, also für die Partnerschaft und ihre Ziele eintreten. Die Bewertung der Öffentlichkeitswirksamkeit richtete sich danach, ob Akteure aus beiden Gruppen informiert und aktiviert sind.

Dass die Partnerschaften für Demokratie im Bereich der lokalen politischen Öffentlichkeit ähnlich öffentlichkeitswirksam sind wie im Bereich der Fachöffentlichkeit, zeigt, dass es ihnen gelingt, auch von deutungsmächtigen Akteuren wahrgenommen zu werden.

Die Partnerschaften für Demokratie sind im Bereich der lokalen politischen Öffentlichkeit bereits in einem hohen Maß öffentlichkeitswirksam. Die Befunde sind mit denen für die Fachöffentlichkeit vergleichbar: Zehn der 24 untersuchten Partnerschaften erreichen eine sehr hohe Öffentlichkeitswirksamkeit, neun eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit. Nur von vier Partnerschaften wird eine lediglich geringe Öffentlichkeitswirksamkeit erreicht, eine Partnerschaft ist im Bereich der lokalen politischen Öffentlichkeit nicht öffentlichkeitswirksam.

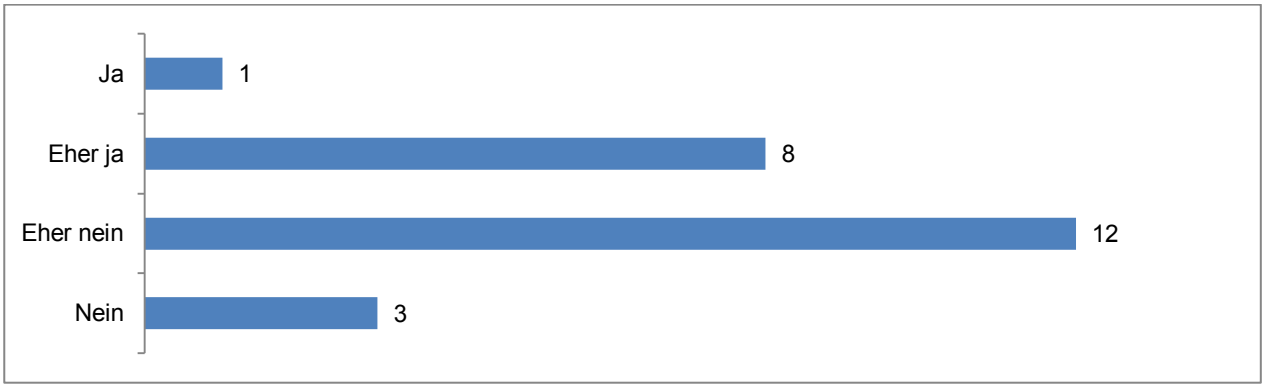
Die Information der lokalen Parlamente über eine Partnerschaft für Demokratie erfolgt häufig über Berichte oder über Informationen in Ausschüssen (z.B. Jugendhilfeausschuss), während die lokalen politischen Spitzen oft direkt angesprochen werden. Anders als Akteure der Fachöffentlichkeit, die sowohl im Rahmen der Projektumsetzung als auch in strategischen Gremien aktiv werden, äußert sich die Aktivierung der lokalen politischen Akteure zumeist in einer Beteiligung an strategischen Gremien, wie Begleitausschuss, Demokratiekonferenz und Netzwerken.

4.5.2.4 Öffentlichkeitswirksamkeit insgesamt

Für die Bewertung der Öffentlichkeitswirksamkeit wurden die Befunde für alle drei Teil-Öffentlichkeiten zusammengeführt. Die Bewertung nutzt die Mittelwerte der Befunde zu Fachöffentlichkeit und lokaler politischer Öffentlichkeit sowie den stärker gewichteten zur allgemeinen Öffentlichkeit, die damit zur Grundvoraussetzung für Öffentlichkeitswirksamkeit wird.

Aus dem untersuchten qualitativen Sample von 24 Partnerschaften für Demokratie erreichen neun Partnerschaften nach den beschriebenen Kriterien Öffentlichkeitswirksamkeit. Allerdings ist nur eine darunter, die eine sehr hohe Öffentlichkeitswirksamkeit aufweist. 15 Partnerschaften erreichen nur eine geringe oder keine Öffentlichkeitswirksamkeit (vgl. Abbildung 64).

Abbildung 64: Öffentlichkeitswirksamkeit insgesamt



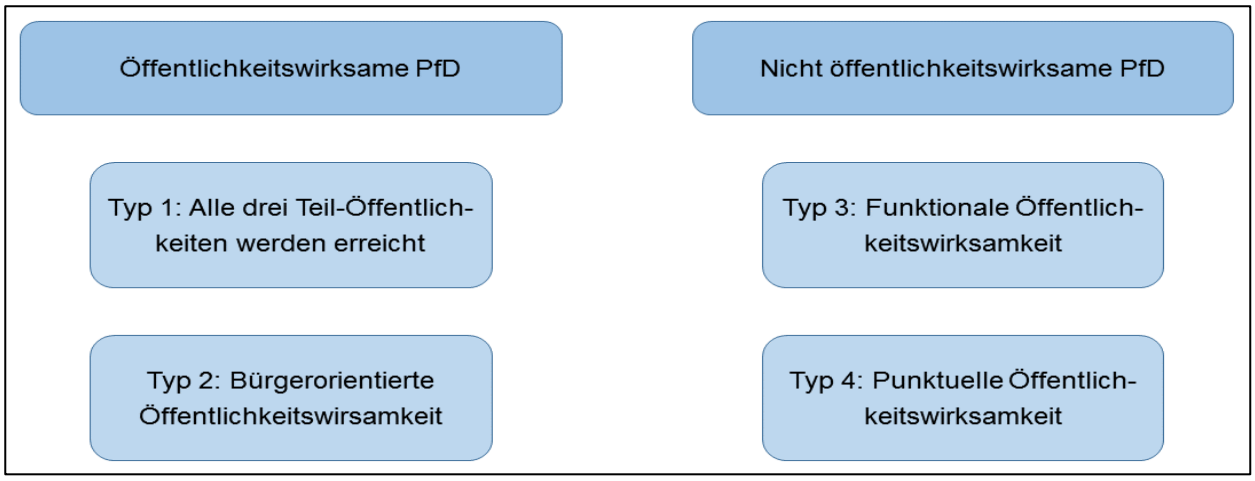
Quelle: Qualitative Interviews mit Koordinierungs- und Fachstellen und federführenden Ämtern in 24 Regionen.

Das eher schlechte Abschneiden der Partnerschaften für Demokratie in Bezug auf Öffentlichkeitswirksamkeit zum jetzigen Programmzeitpunkt verwundert nicht. Öffentlichkeitswirksamkeit ist ein anspruchsvolles Ziel, welches über das „Bekanntsein" der Partnerschaften hinausgeht. Öffentlichkeitswirksamkeit gehört in aller Regel nicht zu den primären Zielstellungen der Partnerschaften für Demokratie; auch wenn durch die Programmgestaltung das Erreichen von Öffentlichkeit als wichtige Voraussetzung für Beteiligungsprozesse gesehen und deren Erreichung unterstützt wird, ist „Demokratie leben!" nicht als Kampagnenproramm angelegt.

4.5.3 Typen von Öffentlichkeitswirksamkeit

Eine nach den relevanten Teil-Öffentlichkeiten differenzierte Betrachtung der Öffentlichkeitswirksamkeit ermöglicht es, Typen zu unterscheiden:

Abbildung 65: Typen von Öffentlichkeitswirksamkeit



Quelle: Eigene Darstellung.

Alle drei Teil-Öffentlichkeiten werden erreicht: Diesem Typ entsprechen fünf Partnerschaften unseres qualitativen Samples. Es handelt es sich um Partnerschaften, die eine Öffentlichkeitswirksamkeit in allen drei Teil-Öffentlichkeiten erreichen. Vier dieser fünf Partnerschaften bestehen in Regionen, in denen bereits seit mehreren Jahren Netzwerke für Toleranz und Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit aktiv sind und die Akteure aus ganz unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft zusammenbringen. Die Partnerschaften sind Teil dieses Netzwerks und beteiligen sich zum Teil aktiv an dessen Koordination. Die Netzwerke bieten eine strukturelle Voraussetzung, um unterschiedliche Akteure zu erreichen, über die Themen und Ziele der Partnerschaft zu informieren und sie zu aktivieren.

Vier Partnerschaften für Demokratie, deren *Öffentlichkeitswirksamkeit bürgerorientiert* ist, erzielen eine positive Bewertung im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit und eine positive Bewertung im Bereich der lokalen politischen Öffentlichkeit bzw. in einem Fall im Bereich der Fachöffentlichkeit.

Eine *funktionale Öffentlichkeitswirksamkeit* erreichen zehn Partnerschaften für Demokratie. Sie erreichen keine Öffentlichkeitswirksamkeit im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit und sind deswegen insgesamt nicht als öffentlichkeitswirksam einzuschätzen. Gleichwohl erreichen sie eine hohe bzw. sehr hohe Öffentlichkeitswirksamkeit in den Bereichen der Fachöffentlichkeit und der lokalen politischen Öffentlichkeit. Auch wenn diese Partnerschaften unter den Bürger/innen der Region nur wenig bekannt sind, erreichen sie doch Akteure, deren Fachwissen die Partnerschaft für Demokratie für eine Problembearbeitung braucht, deren Kompetenzen für die Strategieentwicklung gefragt sind und die das Entstehen nachhaltiger Strukturen unterstützen können.

Eine nur *punktuelle Öffentlichkeitswirksamkeit* erreichen fünf Partnerschaften. Sie sind ebenfalls nicht öffentlichkeitswirksam. Öffentlichkeitswirksamkeit erreichen sie lediglich im Bereich der Fachöffentlichkeit bzw. in einem Fall nur im Bereich der lokalen politischen Öffentlichkeit. Auffällig ist, dass sich mehrere dieser Partnerschaften in Stadtstaaten befinden.

4.5.4 Gelingensbedingungen für Öffentlichkeitswirksamkeit

Auch für die Öffentlichkeitswirksamkeit konnten mit Hilfe eines vergleichenden Verfahrens Gelingensbedingungen identifiziert werden, aus denen sich zielführende Pfade ergeben.

Gelingensbedingungen für Öffentlichkeitswirksamkeit

- *Eindeutigkeit des Problemdrucks*
  Eine Bearbeitung der Problemlagen im Themenfeld der jeweiligen Partnerschaft wird zumindest von lokalen Fachakteuren mehrheitlich als dringlich angesehen.
- *Zielgerichtete Zusammenarbeit*
  Die Zusammenarbeit in einem Netzwerk ist von klar formulierten Zielen geleitet und durch integrierte Arbeitsprozesse geprägt.
- *Umfassende Gesamtkoordinationsleistung*
  Koordinierungs- und Fachstelle sowie federführendes Amt verfügen gemeinsam über relevante Wissensbestände und zweckdienliche Zugänge zu Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Lokalpolitik.
- *Öffentliche Unterstützung durch politische Akteure*
  Die öffentliche Unterstützung durch politische Akteure ist dann gegeben, wenn politisch Verantwortliche öffentlich sichtbar für die Ziele einer Partnerschaft eintreten.
- *Kompetente Öffentlichkeitsarbeit*
  Öffentlichkeitsarbeit ist dann kompetent, wenn sie mehrere der folgenden Merkmale erfüllt: Sie ist durch eine Strategie geleitet, nutzt unterschiedliche Ebenen der Kommunikation, kann auf professionelle Unterstützung zurückgreifen und setzt Soziale Medien ein.

Von einem *eindeutigen Problemdruck* wird ausgegangen, wenn die politischen Akteure, die Fachakteure und die Bürger/innen der Region die für die Partnerschaft für Demokratie relevanten Problemlagen als solche anerkennen und als nicht nur episodenhaft wahrnehmen, insofern einen Handlungsbedarf sehen und ein Interesse daran haben, innovative Lösungswege zu finden und umzusetzen.[249] Hier gibt es eine Bereitschaft der regionalen Akteure, die Partnerschaft für Demokratie, die mit ihrer Strategie solche Lösungsansätze anbietet, wahrzunehmen.

> *„Da ist es so wie mit jeder Thematik, die Leute kennen nur das, was sie wirklich auch kennen wollen.“ (FA05_715)*

Für die Öffentlichkeitswirksamkeit ist eine *umfassende Gesamtkoordinationsleistung*, also das Vorhandensein von Wissensbeständen und von Zugängen in unterschiedliche Bereiche (vgl. Kapitel 4.3.2.1), in zweierlei Hinsicht als Gelingensbedingung bedeutsam: Durch das vorhandene Kontextwissen der Koordinierungs- und Fachstelle und/oder des federführenden Amtes ist bekannt, welche Akteure es in der Region gibt und wie sie erreicht werden können. Dies erleichtert es, insbesondere im Bereich der Fachöffentlichkeit öffentlichkeitswirksam zu sein. Durch ihre Zugänge zu Verwaltung, zu politischen Akteuren und zu Netzwerken können die Koordinierungs- und Fachstelle und/oder das federführende Amt mit unterschiedlichen Akteuren in eine direkte Kommunikation treten, die darüber hinaus als Multiplikatoren kommunikationsverstärkend wirksam sein und so die Öffentlichkeitswirksamkeit erhöhen können.

Der Faktor *Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit* ist ein Teilelement des Konzepts „leistungsfähiges Netzwerk“ (vgl. Kapitel 4.4.1.2). Vom Vorhandensein der Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit wird dann gesprochen, wenn die Zusammenarbeit innerhalb des Netzwerks der Partnerschaft für Demokratie von klar formulierten Zielen geleitet und durch integrierte Arbeitsprozesse geprägt ist. Je deutlicher die Ziele einer Partnerschaft benannt werden, umso besser gelingt es, die Akteure aus den drei Teil-Öffentlichkeiten darüber zu informieren und sie für diese Ziele zu aktivieren.

> *„… wo dann auch klar drin steht, wer macht was, wer ist für was der Ansprechpartner. Hier gibt es diese Partnerschaft, die macht das und das. Und wenn Sie Lust*

249 Glock 2006, S. 200ff.

haben, hier an den können Sie sich wenden. Das es auch wirklich klar nach draußen kommuniziert ist." (FA 23_849)

Der Austausch innerhalb eines Netzwerks erleichtert darüber hinaus die Verbreitung von Informationen. Ein Netzwerk schafft eine organisatorische Voraussetzung, um in Kontakt mit den relevanten Teil-Öffentlichkeiten zu treten.[250]

Eine weitere Gelingensbedingung für die Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie ist die *öffentlich sichtbare Unterstützung durch die politischen Spitzen* einer Region. Diese ist beispielsweise dann gegeben, wenn Bürgermeister/in oder Landrat/Landrätin die Schirmherrschaft für die Partnerschaft übernehmen oder bei öffentlichen Veranstaltungen für die Ziele der Partnerschaft eintreten. Sie demonstrieren damit ihr Interesse an der Arbeit der Partnerschaft für Demokratie, erhöhen so deren mediale Wahrnehmung und tragen zur Akzeptanz ihrer Arbeit bei.

„Also es ist immer noch anders, wenn jetzt zum Beispiel die Vertreter der externen Fach- und Koordinierungsstelle in den Medien informieren, als wenn unser Oberbürgermeister sagt: ‚Hört mal zu, liebe Leute in [X], das und das ist, könnt ihr euch nicht aufraffen, dagegen vorzugehen'. Und ebenso ist es, wenn man den Stadtrat darüber informiert. Auch hier im Hause, in gewissen Ausschüssen." (FA14_1113)

„Und dann wurde aufgerufen öffentlich und der Oberbürgermeister hat informiert – das geht ja an den vielen Leuten nicht vorbei." (FA14_1810)

Ein weiterer Gelingensfaktor ist – naheliegenderweise – die *Umsetzung einer kompetenten Öffentlichkeitsarbeit*. Dazu gehört es zunächst, dass es eine Strategie der Öffentlichkeitsarbeit gibt, dass also Klarheit darüber besteht, welche Akteure erreicht werden sollen, was ihnen vermittelt werden soll und zu welchem Zweck.[251] Bedeutsam für die Entwicklung einer Strategie der Öffentlichkeitsarbeit ist auch das Wissen darüber, dass es unterschiedliche Ebenen der Kommunikation gibt, für die jeweils unterschiedliche Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden und die die jeweiligen Teil-Öffentlichkeiten unterschiedlich gut erreichen.[252]

„Also wir haben einfach die Erfahrung gemacht, dass wir einladen und auch Kontakte knüpfen wollen und dass aber beispielsweise über so etwas wie eine E-Mail ganz oft gar kein Kontakt entsteht … Für eine Bezirksvertretung oder andere Akteure ist das total klar, da gibt es eine Mail. ... Und wir hatten zum Beispiel die Geschäftsleute in X angemailt, die kommen nicht. Und dann hat die Frau Z aber persönlich einen Geschäftsmann angesprochen, der anscheinend derjenige ist, der da so ein bisschen den Kontakt zu allen hat. Und dann hat sie gesagt: ‚So und so', er hat dann gesagt: ‚Ja, kein Problem, können wir machen', und dann bin ich dahin gekommen und ja, dann stand [da] wirklich der Friseur noch in seinem Friseurkittel, der hatte die Schere noch in der Hand, und dann wurde über ‚Demokratie leben!' gesprochen." (FA 20_880)

Nicht nur die strategische Planung der Öffentlichkeitsarbeit, sondern auch deren inhaltliche Ausgestaltung erfordert eine gewisse Professionalität, über die nur wenige Koordinierungs- und Fachstellen verfügen. Insofern ist es auch Merkmal einer kompetenten Öffentlichkeitsarbeit, dass sich die Partnerschaft hierfür Unterstützung sucht. Diese Unterstützung sollte sich nicht nur auf ein Produkt der Öffentlichkeitsarbeit beziehen, sondern kontinuierlich verfügbar sein. Einige Partnerschaften nutzten die Mittel für die Aufstockung der Koordinierungs- und Fachstelle, um dies zu gewährleisten.

250 Burkhart 2010, S. 29.

251 Vgl. hierzu auch BMFSFJ 2016, S. 7f.

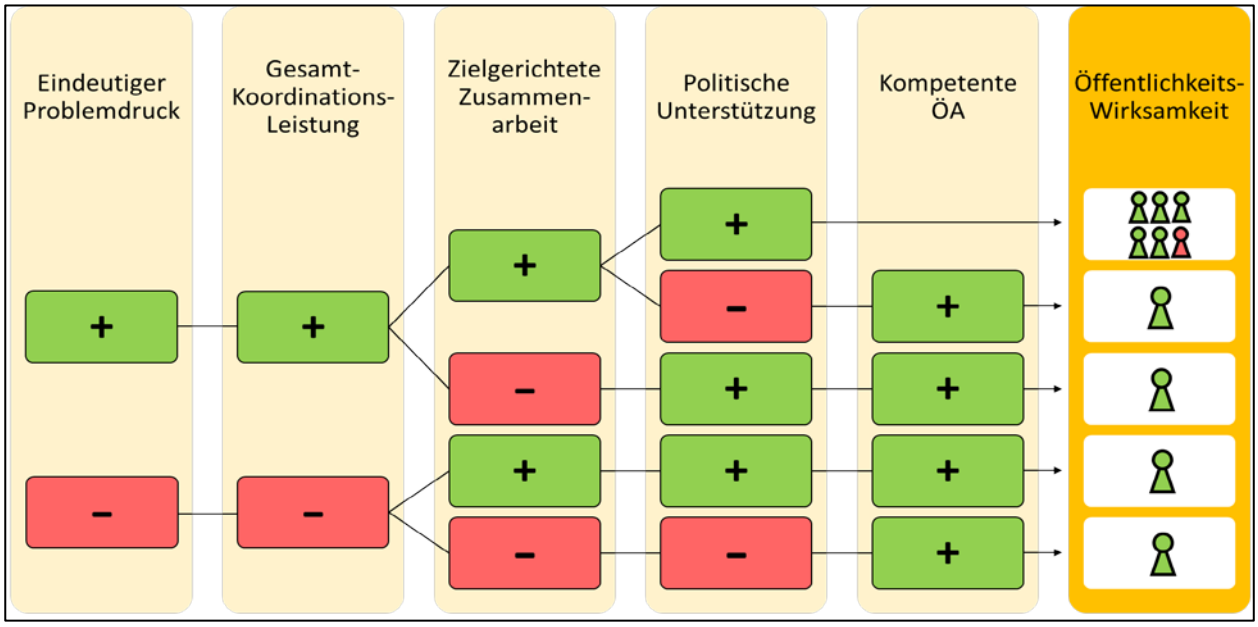
252 Ausführlich ISS/Camino 2015, S. 104.

Aufgrund der kontinuierlich wachsenden Bedeutung Sozialer Medien werden diese im Rahmen einer kompetenten Öffentlichkeitsarbeit auch genutzt. Soziale Medien haben eine hohe Reichweite – immerhin 81% aller Personen unter 35 in Deutschland und immerhin noch 39% der über 35-Jährigen nutzen Soziale Medien[253] – und können so insbesondere dazu beitragen, die allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen.

4.5.5 Pfade zum Erreichen von Öffentlichkeitswirksamkeit

Die genannten Gelingensbedingungen haben jeweils für sich einen Einfluss auf das Erreichen von Öffentlichkeitswirksamkeit. Ihre Erklärungskraft wird aber noch deutlicher, wenn sie miteinander verknüpft werden. Durch die Kombination der Gelingensbedingungen können Pfade abgebildet werden, die zu einer Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie führen und so als Vorlage für künftige Entscheidungen dienen können.

Abbildung 66: Pfade der Öffentlichkeitswirksamkeit


Eindeutiger Problemdruck
Gesamt-Koordinations-Leistung
Zielgerichtete Zusammen-arbeit
Politische Unterstützung
Kompetente ÖA
Öffentlichkeits-Wirksamkeit
+
+
+

Auffällig ist, dass es sich um den einzigen Pfad handelt, der keine kompetente Öffentlichkeitsarbeit als Gelingensbedingung voraussetzt – diese ist bei einem Teil der sechs Partnerschaften vorhanden, die diese Kombination von Gelingensbedingungen aufweist, bei anderen aber nicht. Öffentlichkeitswirksam werden Partnerschaften für Demokratie demnach in Regionen,

- in denen die Problemlagen vor Ort durch die relevanten Akteure anerkannt werden und diese einen Handlungsbedarf sehen,
- es eine positive Gesamtkoordinationsleistung gibt,
- eine zielgerichtete Zusammenarbeit stattfindet
- und die Partnerschaft durch die politischen Spitzen öffentlich sichtbar unterstützt wird.

Dort, wo diese Faktoren nicht gegeben sind, ist eine kompetente Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit zwingende Voraussetzung für die Erreichung von Öffentlichkeitswirksamkeit. Die Pfade verdeutlichen aber auch, dass bei Vorhandensein einer kompetenten Öffentlichkeitsarbeit die anderen Faktoren nur noch nachgeordnet relevant sind.

4.5.6 Fazit

Im Ergebnis bleibt festzustellen, dass die Partnerschaften für Demokratie bereits erfolgreich im Erreichen der Fachöffentlichkeit und der lokalen politischen Öffentlichkeit sind. Im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit wird jedoch noch in zu geringem Maße eine Öffentlichkeitswirksamkeit erzielt.

Die allgemeine Öffentlichkeit wird dort gut erreicht, wo Problemlagen anerkannt werden, es eine umfassende Gesamtkoordination gibt, zielgerichtet zusammengearbeitet wird und die Partnerschaften für Demokratie durch die politischen Spitzen sichtbar unterstützt werden. Sie wird auch dort gut erreicht, wo eine kompetente Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt wird. Hier werden durch die Koordinierungs- und Fachstellen jedoch deutliche Defizite benannt. Zum Teil wurden die zusätzlichen Mittel für die Koordinierungs- und Fachstellen genutzt, um eine Verbesserung zu erreichen.

Neben einer strategischen Planung, der Nutzung heterogener Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit sowie einer professionellen Unterstützung gehört auch die Nutzung Sozialer Medien zu einer kompetenten Öffentlichkeitsarbeit; ist jedoch oft mit Unsicherheiten verbunden.

4.6 Der Aktions- und Initiativfonds

Um auf Problemlagen vor Ort zu reagieren und Lösungsansätze zu finden, setzen die Partnerschaften für Demokratie Projekte um. Diese sind somit Teil der Gesamtstrategie der Partnerschaften.

Für die Unterstützung der Umsetzung solcher Einzelmaßnahmen stehen den Partnerschaften für Demokratie jährlich 20.000 Euro durch das Programm zur Verfügung. Zusätzlich war es ihnen 2015 möglich, themenbezogene Sondermittel zu beantragen. Laut Programmleitlinien können damit gemeinnützige Organisationen gefördert werden. Auch Initiativen und Bürgerbündnisse haben die Möglichkeit, eine Förderung zur Umsetzung von Projekten zu erhalten. Dazu ist es erforderlich, dass der Träger, dem die Verwaltung der Fördermittel obliegt (oftmals ist dies die Koordinierungs- und Fachstelle), als Empfänger der Bundesmittel die zweckentsprechende Verwendung verantwortet.[254]

Dieses Kapitel geht zum einen der Frage nach, wie die Partnerschaften für Demokratie den Aktions- und Initiativfonds nutzen: Was kennzeichnet die umgesetzten Projekte, welchen Umfang haben sie und durch wen werden sie umgesetzt? Weiterhin interessiert, wie sich die Pro-

254 BMFSFJ 2015, S. 13.

jekte in die Strategien der Partnerschaft für Demokratie einfügen, welche Kooperationen entstehen bzw. wie Kooperationen genutzt werden. Ein weiterer Aspekt bei der Auswertung der Projektebefragung ist, wie Gender- und Diversity-Mainstreaming als leitende Prinzipien des Programms umgesetzt werden.[255]

In einem zweiten Teil werden insbesondere die Projekte betrachtet und qualitativ beschrieben, die sich der Thematik Rechtspopulismus zuwenden und hierfür unterschiedliche Arbeitsansätze verfolgen.

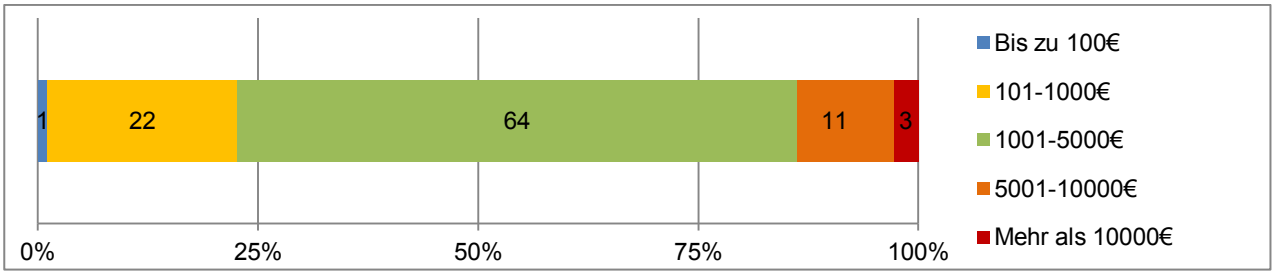
4.6.1 Merkmale der Projekte der Partnerschaften für Demokratie

Grundlage der folgenden Darstellungen ist eine Befragung von Einzelmaßnahmenträgern, die 2015 zur Umsetzung ihrer Projekte Mittel aus den Aktions- und Initiativfonds jener Partnerschaften für Demokratie erhielten, die im Programm „Demokratie leben!“ erstmals gefördert wurden.

Die Maßgaben des Programms wirken sich auf den Umfang und die Dauer der geförderten Projekte aus: Durch die Partnerschaften werden überwiegend kleine Projekte gefördert.

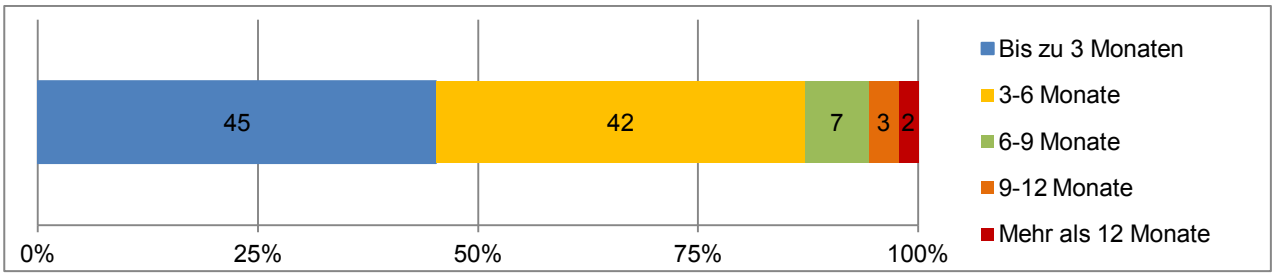
In Anbetracht der Mittel, die den Partnerschaften für Demokratie zur Verfügung stehen, verwundert es nicht, dass die umgesetzten Projekte zumeist nur ein geringes Budget und eine kurze Laufzeit haben. Der überwiegende Teil aller Projekte (87%) hat eine Laufzeit von unter sechs Monaten, die meisten (64%) verfügen über 1.001 bis 5.000 Euro (vgl. Abbildung 67).

Abbildung 67: Gesamtbudget der Projekte im Jahr 2015[256]



Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 181).

Abbildung 68: Dauer der Projektumsetzung im Jahr 2015[257]



Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 179).

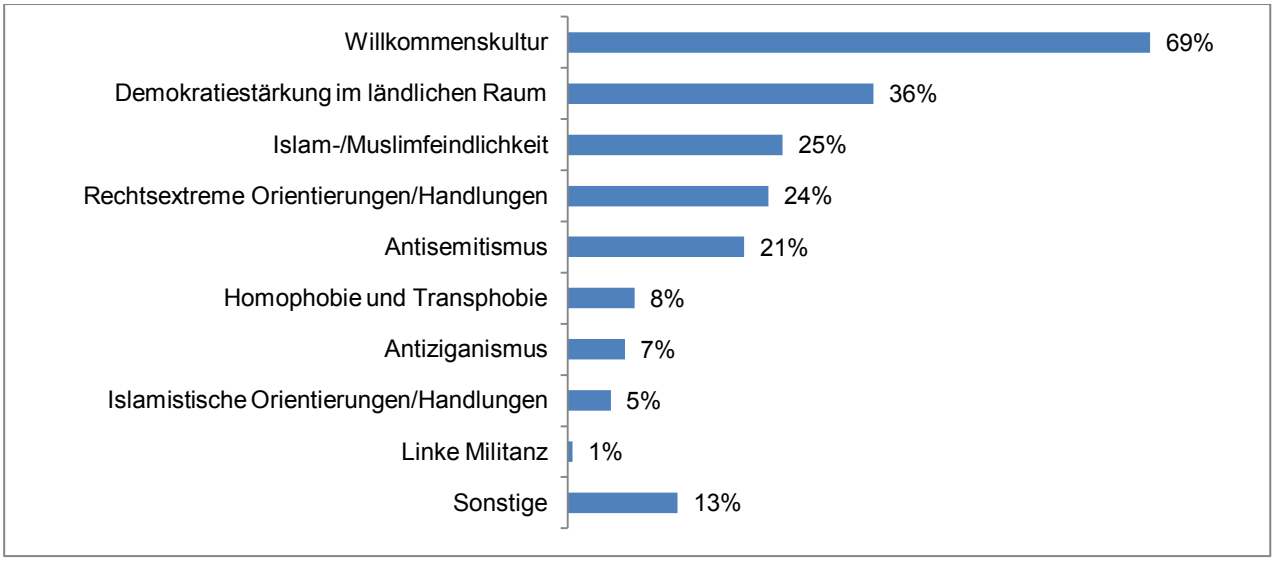
Umgesetzt werden Projekte in allen Themenfeldern des Programms, allerdings haben die Themen eine unterschiedliche Relevanz. Viele Projekte bearbeiten eine Themenkombination. In unserer Befragung konnten die Einzelmaßnahmenträger jeweils bis zu drei Themenfelder benennen, mit denen sich ihr Projekt befasste.

255 Ebd., S. 15.
256 Vgl. Tabelle 141 im Anhang.
257 Vgl. Tabelle 142 im Anhang.

Willkommenskultur ist im Jahr 2015 das am häufigsten bearbeitete Themenfeld, gefolgt von Demokratiestärkung im ländlichen Raum.

Am häufigsten (69%) bearbeiten Projekte Themen im Bereich der Willkommenskultur. Im Jahr 2015 stellt diese damit das wichtigste Thema für die Partnerschaften für Demokratie dar. Weitere häufig bearbeitete Themen sind Demokratiestärkung im ländlichen Raum (36%), Islam-/Muslimfeindlichkeit (25%) und rechtsextreme Orientierungen/Handlungen (24%; vgl. Abbildung 69).

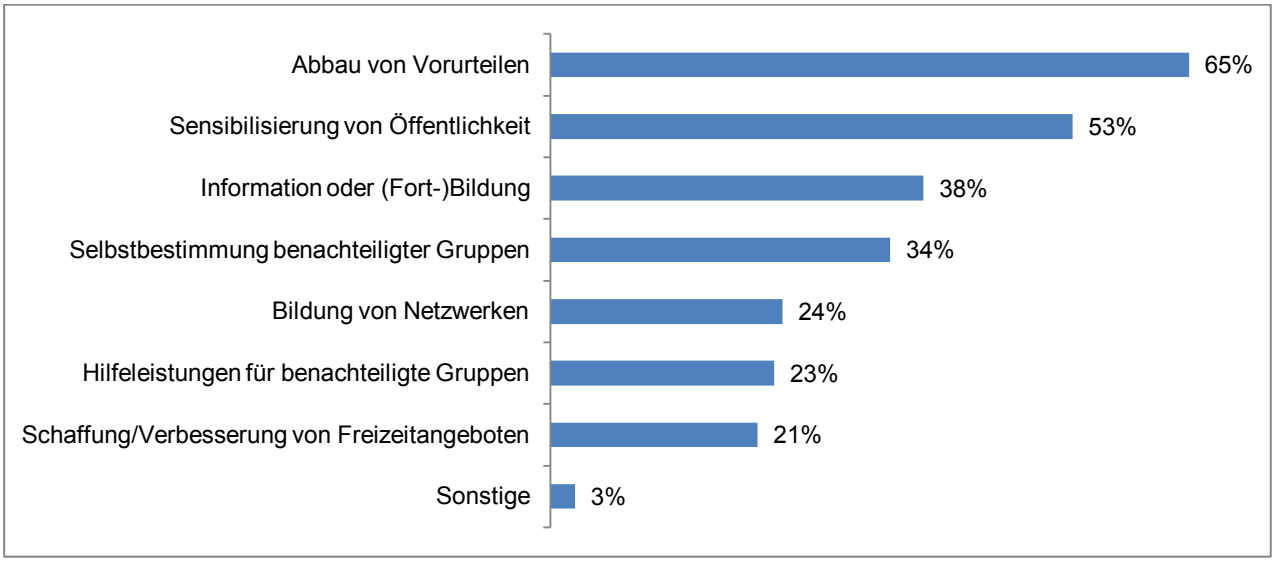
Abbildung 69: Themen, die 2015 durch die Projekte bearbeitet werden[258]



Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 177). Mehrfachnennungen sind möglich.

Projekte, die im Themenfeld Willkommenskultur umgesetzt werden, verfolgen insbesondere die Ziele Abbau von Vorurteilen und Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Aber auch die Stärkung der Selbstbestimmung benachteiligter Gruppen sowie Information und Fortbildung sind wichtige Ziele, die durch diese Projekte verfolgt werden (vgl. Abbildung 70).

Abbildung 70: Ziele von Projekten aus dem Themenbereich Willkommenskultur[259]



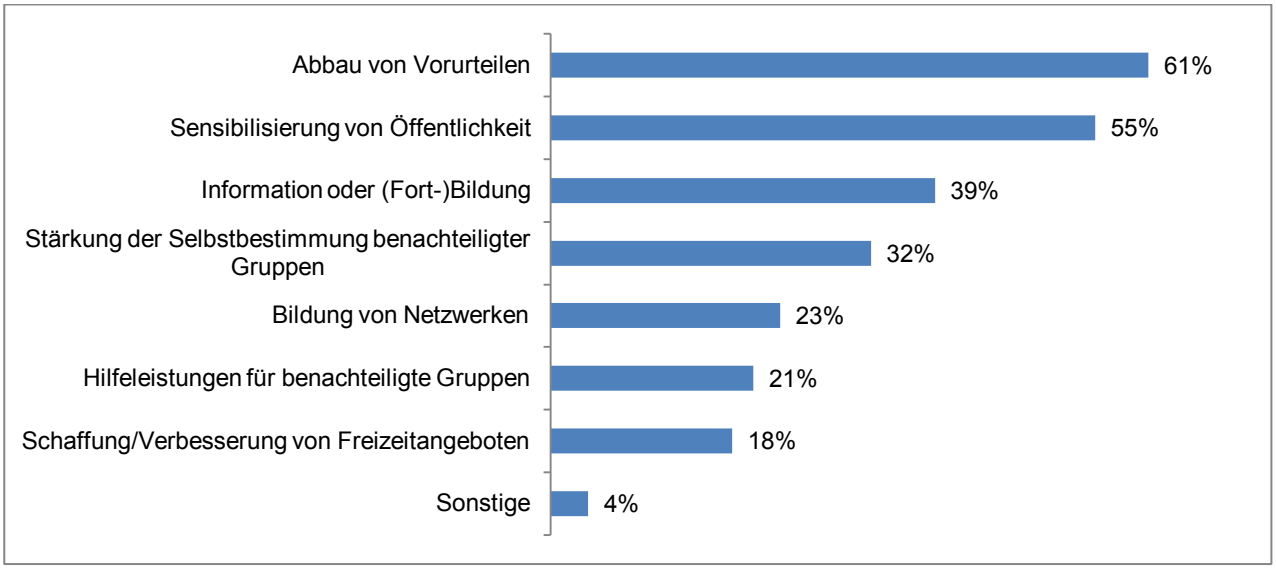
Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 119). Mehrfachnennungen sind möglich.

258 Vgl. Tabelle 143 im Anhang.
259 Vgl. Tabelle 144 im Anhang.

Ein weiterer wichtiger Themenschwerpunkt der Projekte war die Demokratiestärkung im ländlichen Raum (36%). Auch hier verfolgen die Projekte insbesondere die Ziele Sensibilisierung von Öffentlichkeit, Abbau von Vorurteilen und Information oder (Fort-)Bildung. Zusätzlich wird die Bildung von Netzwerken von fast der Hälfte der Projekte in diesem Themenfeld als Zielstellung benannt und hat somit, anders als in den anderen Themenfeldern, eine herausgehobene Bedeutung (vgl. Abbildung 142 im Anhang). Dies mag daran liegen, dass es gerade in dünn besiedelten Regionen gesonderter Aktivitäten bedarf, um Akteure zusammenzubringen, und die Partnerschaften deshalb bewusst gerade solche Projekte initiieren.

Die Zielsetzungen Sensibilisierung von Öffentlichkeit, Abbau von Vorurteilen sowie Information oder (Fort-)Bildung sind auch für die Bearbeitung aller anderen Themenfelder eine Herausforderung, der sich die Projekte stellen.

Abbildung 71: Ziele der Projekte[260]



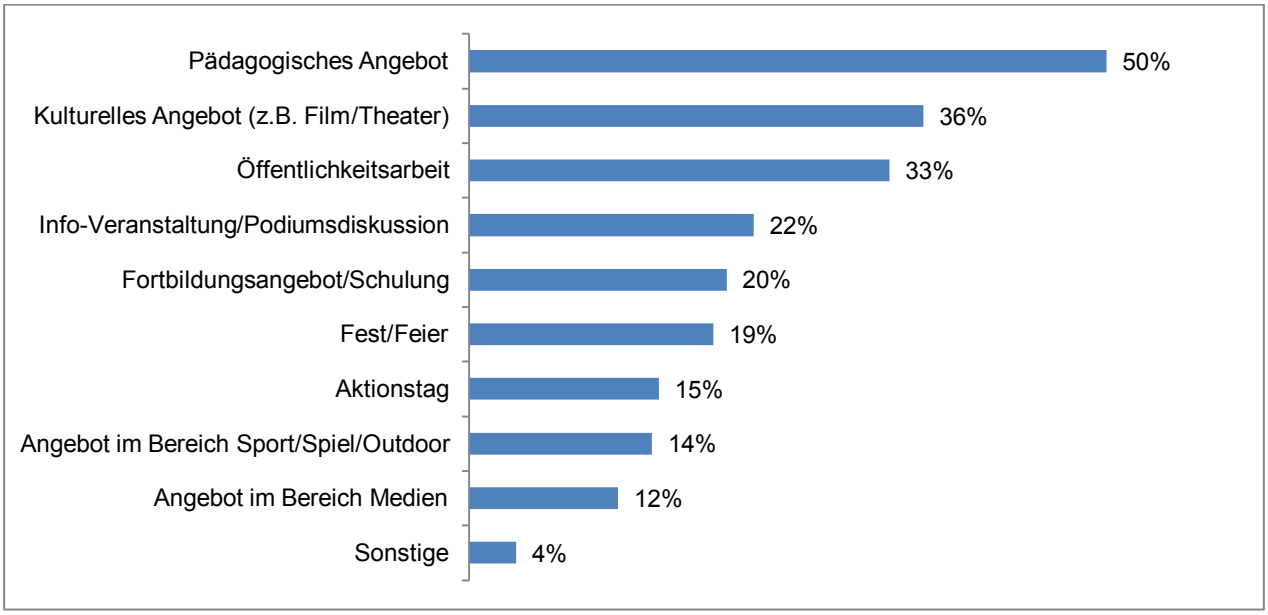
Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 185). Mehrfachnennungen sind möglich.

Der Abbau von Vorurteilen, die Sensibilisierung von Öffentlichkeit sowie Information oder (Fort-) Bildung sind Zielstellungen, die Projekte insgesamt besonders häufig verfolgen (vgl. Abbildung 71).

Für die Erreichung ihrer Ziele nutzen die Projekte unterschiedliche Angebotsformate, die zum Teil miteinander gekoppelt sind. Pädagogische Angebote werden von der Hälfte der Projekte unterbreitet. Die hohe Anzahl von Projekten, die kulturelle Angebote, wie beispielsweise Theater, unterbreiten oder Öffentlichkeitsarbeit oder Informationsveranstaltungen umsetzen, deutet darauf hin, dass die Öffentlichkeitswirksamkeit für die Partnerschaften für Demokratie auch bei der Auswahl der Projekte ein bedeutsames Kriterium ist.

260 Vgl. Tabelle 145 im Anhang.

Abbildung 72: Projektformate[261]



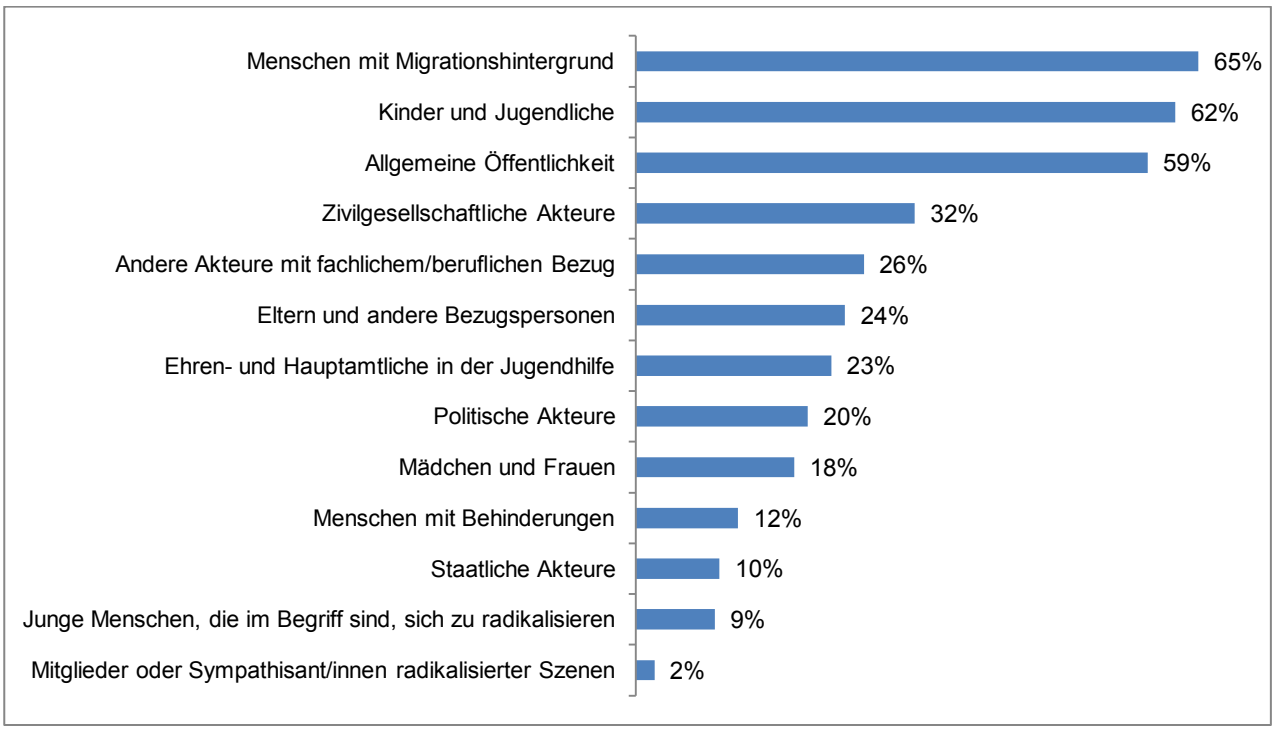
Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 188). Mehrfachnennungen sind möglich.

Auch in den Angaben zu den Zielgruppen der Projekte spiegelt sich die Bedeutung des Themas Willkommenskultur im Jahr 2015 wider: 65 % der Projekte richten sich an Menschen mit Migrationshintergrund. Es gibt allerdings nur sieben Projekte (4 %), für die diese die einzige Zielgruppe darstellen. Alle anderen wollen neben Menschen mit Migrationshintergrund auch andere Gruppen ansprechen.

Eine weitere in der Projektumsetzung bedeutsame Zielgruppe sind, wie zu erwarten, Kinder und Jugendliche (62%). Es überrascht allerdings, dass die allgemeine Öffentlichkeit als Zielgruppe mit 59% für die Projekte fast ebenso bedeutsam ist (vgl. Abbildung 73). Lediglich 2% aller Projekte wenden sich an Mitglieder oder Sympathisant/innen radikalisierter Szenen, 9% an junge Menschen, die im Begriff sind, sich zu radikalisieren (vgl. Abbildung 73).

261 Vgl. Tabelle 146 im Anhang.

Abbildung 73: Ausdrücklich benannte Zielgruppen der Projekte im Jahr 2015[262]



Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 186). Mehrfachnennungen sind möglich.

Die Projekte erreichen ihre Zielgruppen zum einen durch die Möglichkeit, am Projekt selbst teilzunehmen, aber auch über Produkte wie zum Beispiel Ausstellungen, Theateraufführungen oder Broschüren.

Nach eigener Einschätzung geht mehr als die Hälfte der befragten Projekte davon aus, dass sie mehr als 100 Personen erreichten, 19% glauben, mehr als 500 Menschen erreicht zu haben.[263]

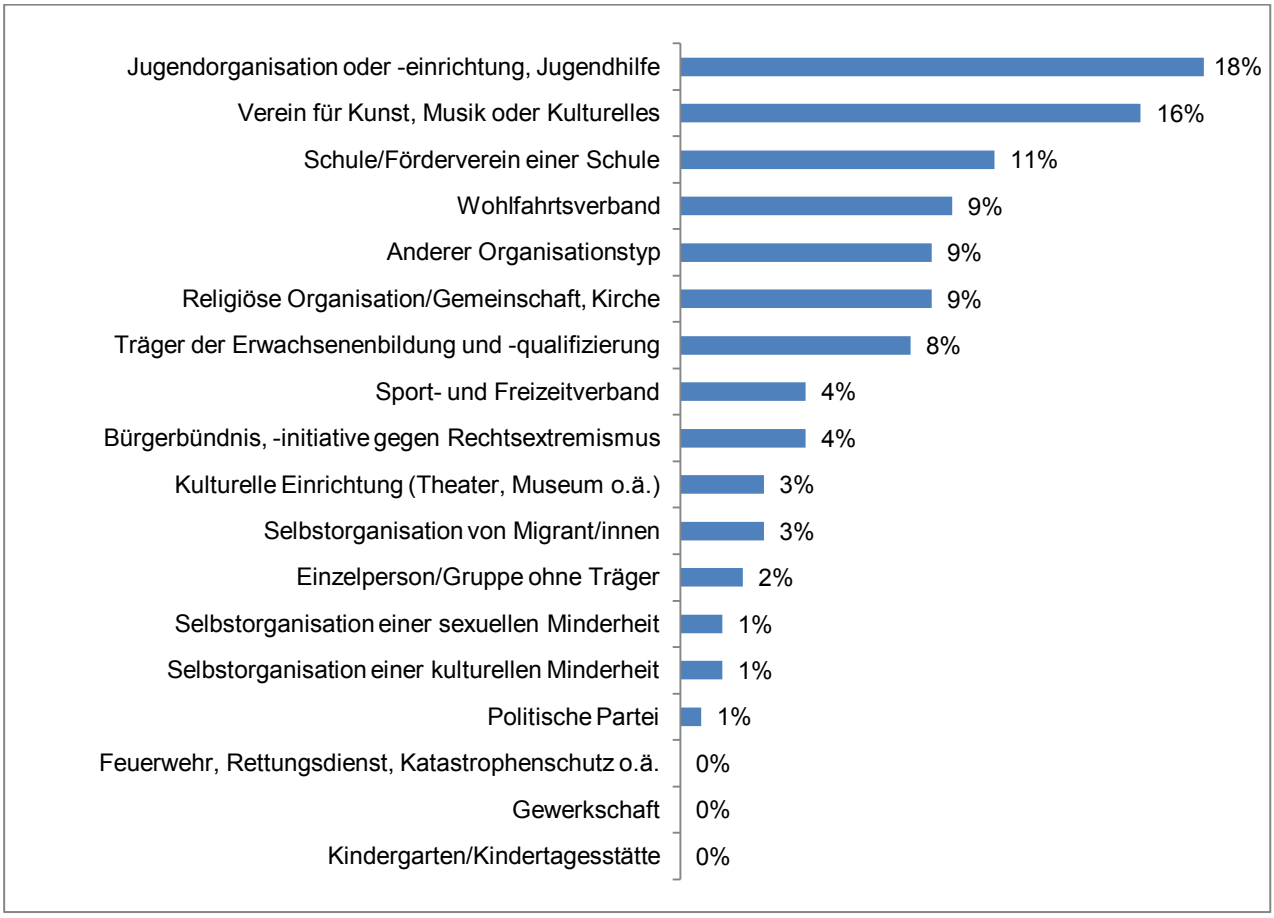
4.6.2 Trägerschaft der Projekte

Bei den häufigsten Organisationsformen der durch den Aktions- und Initiativfonds geförderten Träger handelt es sich um Träger der Jugendarbeit. Sie machen insgesamt etwas weniger als ein Fünftel der geförderten Projektträger aus (18%), wobei es sich hauptsächlich um anerkannte Träger der Jugendhilfe sowie Jugendverbände/Jugendringe handelt. An zweiter Stelle folgen verschiedene Vereine für Kunst, Musik und Kulturelles (16%). Als ein wichtiges Handlungsfeld der Partnerschaften für Demokratie erweist sich die Schule (11%). Hier werden Projekte u.a. von Schulfördervereinen umgesetzt (vgl. Abbildung 74).

262 Vgl. Tabelle 147 im Anhang.

263 Vgl. Tabelle 148 im Anhang.

Abbildung 74: Organisationsform der Projektträger[264]



Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 138).

Die hinteren Plätze belegen Selbstorganisationen von kulturellen Minderheiten (1%), Selbstorganisationen von sexuellen Minderheiten (ebenfalls 1%) und Migrantenselbstorganisationen (3%).

Auch eher fachfremde, mitgliederstarke Vereine sind bisher nur gering vertreten: Nur wenige Sport- und Freizeitverbände (4%) haben Projekte umgesetzt. Freiwillige Feuerwehren waren gar keine vertreten. Diese Akteure, die in ihrer bisherigen Arbeit oder ihrem bisherigen Selbstverständnis keinen oder nur wenig Bezug zu den Themenstellungen der Partnerschaften aufweisen, einzubinden, stellt offensichtlich eine besondere Herausforderung dar, deren Bedeutung von den befragten Koordinator/innen häufig unterstrichen wird:

> *„Wenn wir die Sportvereine und Jugendfeuerwehren vor Ort drin hätten, das wäre sinnvoll. Die Schützenverbände, also mit denen haben wir auch schon zusammengearbeitet. Aber als Träger haben wir die bisher noch nicht gehabt. Aber das wäre sinnvoll, weil das einfach die Verbände sind, die auf den Dörfern unterwegs sind und [die] auch in einem sozialen Milieu, wo Rassismus ja durchaus Nährboden findet, agieren. Also die stärker mit einzubinden, das ist, denke ich, eine Grundlage, um im ländlichen Raum auch erfolgreich gegen Rassismus vorzugehen.“ (KuF 24_1511)*

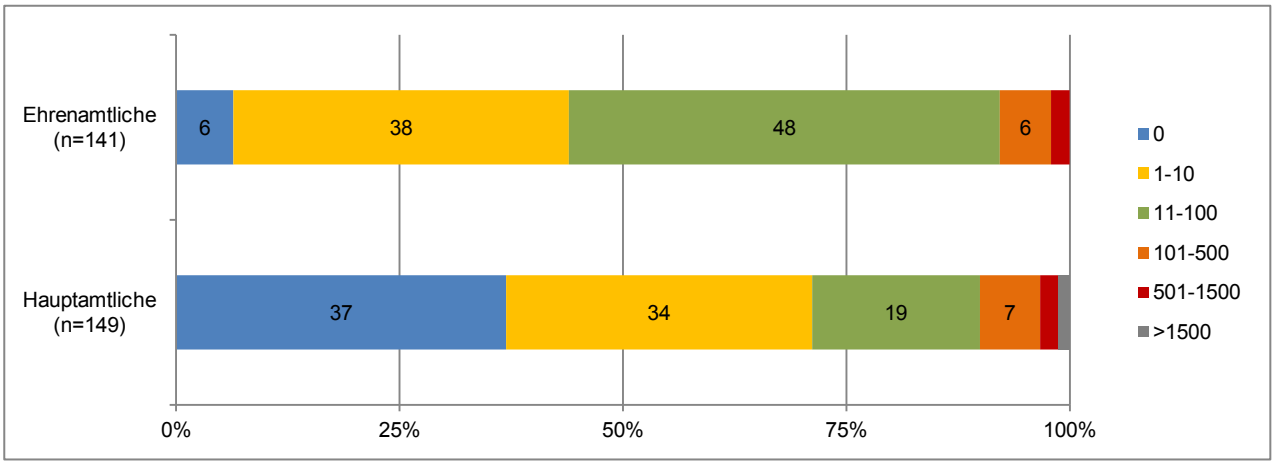
So können gerade fachfremde Akteure als Türöffner fungieren, um weitere lokale Potenziale zu erschließen, und eine gelingende Einbindung ist daher insbesondere, aber nicht nur in Regionen von Bedeutung, die über eine gering entwickelte Trägerlandschaft verfügen.[265]

264 Vgl. Tabelle 149 im Anhang.

Es zeigt sich, dass dem Ehrenamt eine hohe Bedeutung bei der Förderung zukommt. Ein Drittel der geförderten Träger hat keine hauptamtlichen Mitarbeiter/innen und weniger als ein Zehntel der Träger verfügt ausschließlich über hauptamtliche Mitarbeiter/innen.

Es lässt sich daher ersehen, dass die Projektförderung zu einem Großteil ehrenamtlich organisierten Vereinen zugutekommt. Zu einem Drittel kommt sie sogar rein ehrenamtlich getragenen Strukturen zugute. Hierbei ist zu vermuten, dass für diese hohe Zahl auch das vielfältige Aufkommen zivilgesellschaftlich organisierter Flüchtlingsinitiativen und Willkommensbündnisse in der Anfangsphase des Programms eine Rolle spielt. Daher bleibt abzuwarten, ob sich diese Tendenz fortsetzt oder ob sie stark von dieser historischen Ausnahmesituation bestimmt ist.

Abbildung 75: Ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiter/innen der Projektträger[266]



Quelle: Befragung der Projektträger 2016.

Insgesamt haben 38% der Träger bis zu zehn ehrenamtliche Mitarbeiter/innen und nahezu die Hälfte zwischen elf und 100 ehrenamtliche Mitarbeiter/innen. Etwa ein Drittel verfügt über bis zu zehn hauptamtliche Mitarbeiter/innen. Etwa ein Fünftel verfügt über elf bis 100 hauptamtliche Mitarbeiter/innen; nur ein Zehntel verfügt über mehr Hauptamtliche.

Bei der Umsetzung der Projekte wurde vorwiegend in kleinen Projektteams gearbeitet. 59% der Projektteams bestanden aus bis zu fünf Beteiligten in verantwortlicher Rolle. 26% umfassten bis zu zehn Beteiligte und nur 15% hatten mehr Beteiligte aufzubieten.[267]

Die Mehrheit der Projektumsetzenden scheint während der Projektumsetzung eng in die Trägerstrukturen eingebunden zu sein: 85% trafen sich während der Projektphase zumindest einmal im Monat zur Absprache mit anderen Vertreter/innen des jeweiligen Trägers. Nur 15% trafen sich seltener mit anderen Trägervertreter/innen.[268]

4.6.3 Verhältnis der Projektumsetzenden zu den Partnerschaften für Demokratie

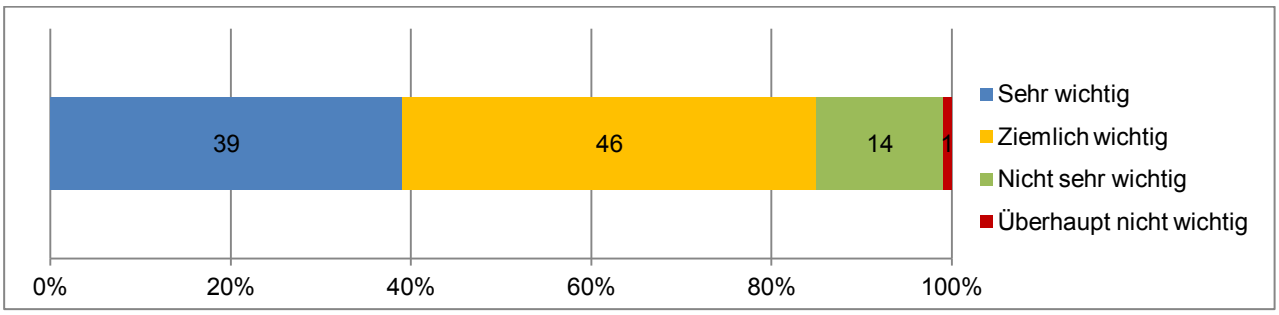
Die Projektförderung zielt darauf, eine lokale Handlungsstrategie zu realisieren. Unter diesem Gesichtspunkt ist interessant, inwieweit bei den Projektträgern jenseits der Förderung eine Beteiligung an und eine Identifikation mit der Partnerschaft als Gesamtstrategie stattfindet.

Eine deutliche Mehrheit der befragten Projektumsetzenden (85 %) gibt an, dass es ihnen sehr wichtig bzw. ziemlich wichtig ist, mit ihrem Engagement im Rahmen des Projekts ihre Verbun-

265 Vgl. Sträter 2016.
266 Vgl. Tabellen 150 und 151 im Anhang.
267 Vgl. Tabelle 152 im Anhang.
268 Vgl. Tabelle 153 im Anhang.

denheit mit der Partnerschaft für Demokratie zum Ausdruck zu bringen. Nur für 15% der Projektumsetzenden ist dies nicht wichtig bzw. überhaupt nicht wichtig (vgl. Abbildung 76).

Abbildung 76: Verbundenheit der Projektumsetzenden mit der Partnerschaft für Demokratie[269]



Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 181).

Die Projektträger geben an, dass es mit den Koordinierungs- und Fachstellen in der Umsetzungsphase eine relativ hohe Besprechungsdichte gibt, was auf eine starke Einbindung verweist. 44% der Träger geben an, dass sie sich mehrmals im Monat mit der Koordinierungs- und Fachstelle getroffen haben. 28% der Träger besprechen sich nur einmal im Monat mit der Koordinierungs- und Fachstelle. Nur bei 28% der Projektumsetzenden finden noch seltener entsprechende Termine statt.[270]

Dabei scheint der Schwerpunkt mit 80% deutlich auf der Beratung bei der Projektorganisation und -abwicklung zu liegen.[271] 66% der Träger geben an, dass sie von den Koordinierungs- und Fachstellen zu den Projektinhalten beraten wurden.[272] Insofern kann hier von einer inhaltlichen Klammer zwischen den Projektträgern und den Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaft ausgegangen werden.

Bei den Projektverantwortlichen ist ein relativ hoher Grad der Beteiligung an den Aktivitäten der Partnerschaft festzustellen. So haben an den großen, öffentlichen Veranstaltungen der Partnerschaft für Demokratie, z.B. den Demokratiekonferenzen, nahezu 81% teilgenommen.[273] An anderen Veranstaltungen oder anderen durch die Partnerschaft geförderten Projekten haben 76% bzw. 70% der Projektverantwortlichen teilgenommen.[274] Mehr als die Hälfte der Verantwortlichen geförderter Projekte (56%) sind zudem Mitglied im Begleitausschuss.[275]

4.6.4 Gender- und Diversity-Mainstreaming und Inklusion im Rahmen der Umsetzung von Projekten

Das Bundesprogramm benennt Gender-Mainstreaming, Diversity-Mainstreaming und Inklusion als Leitprinzipien, die es auf allen Ebenen zu berücksichtigen gilt.

Um Aussagen darüber treffen zu können, inwieweit diese Prinzipien in der Umsetzung der Projekte eine Rolle spielen, wurde die Merkmale Geschlecht, Migrationshintergrund und Behinderung auf unterschiedlichen Ebenen erfasst: auf der strukturellen Ebene, die sich auf die Organi-

269 Vgl. Tabelle 154 im Anhang.
270 Vgl. Tabelle 155 im Anhang.
271 Vgl. Tabelle 156 im Anhang.
272 Vgl. Tabelle 157 im Anhang.
273 Vgl. Tabelle 158 im Anhang.
274 Vgl. Tabelle 159 im Anhang.
275 Vgl. Tabelle 160 im Anhang.

sationsstruktur der Träger bezieht, auf der Ebene der Zielstellungen der Projekte und auf der Handlungsebene, die die Form der Projektumsetzung meint.[276]

Die erhobenen Daten leisten einen Beitrag zur deskriptiven Beschreibung der Berücksichtigung von Gender- und Diversity-Mainstreaming sowie zu Inklusionsansätzen in der Programmumsetzung. Aussagen darüber, inwieweit das Programm dazu beiträgt, dass Strukturen (z.B. Zugangsmöglichkeiten) oder gesellschaftliche Bewertungen und Zuschreibungen (z.B. die Wahrnehmung der genannten Gruppen) verändert werden oder Effekte auf der personellen Ebene erreicht werden (z.B. Empowerment),[277] können auf der Basis dieser Daten nicht getroffen werden.

Bei der Betrachtung der Befunde ist zu beachten, dass eine Beschreibung, die entlang der Merkmale Geschlecht, Migrationshintergrund und Behinderung vorgenommen wird, eine Vereinfachung der Realität bedeutet: Personen werden auf ein Merkmal reduziert, ohne dass weitere berücksichtigt werden. Letztlich sind aber Mädchen auch Schülerinnen, Menschen mit Migrationshintergrund gehören der allgemeinen Öffentlichkeit an und Menschen mit Behinderung können politische Akteure sein.

Als ausdrücklich benannte Zielgruppe der Projekte fallen insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund ins Gewicht, während Mädchen und Frauen sowie wie Menschen mit Behinderung als ausdrücklich anvisierte Zielgruppen der Projekte weniger häufig genannt werden.

Unter den befragten Projekten nennen 12% Menschen mit Behinderung, 18% Frauen und Mädchen und 65% Menschen mit Migrationshintergrund als ausdrücklich benannte Zielgruppen.[278] Es gibt keine Projekte, die ausschließlich Frauen und Mädchen oder ausschließlich Menschen mit Behinderung als Zielgruppe angeben. Nur 4% der Projekte wenden sich ausschließlich an Menschen mit Migrationshintergrund.

Unabhängig davon, ob Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen mit Behinderung explizit als Zielgruppe benannt werden, können diese durch die Projekte erreicht werden, sind also Teilnehmer/innen oder kommen mit dem Projekt in anderer Weise in Kontakt, beispielsweise als Zuschauer/innen eines Theaterstücks.

Mädchen und Frauen werden durch die Projekte gut erreicht: Ein großer Teil der befragten Projekte (69%) gibt an, dass von den erreichten Personen 41% oder mehr Mädchen oder Frauen waren.[279]

Weniger ausgewogen ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, der durch die Projekte erreicht wird: Bei 38% der Projekte beträgt dieser unter 20%. Allerdings geben auch 17% der Projekte an, dass die Teilnehmenden zu 81 bis 100% einen Migrationshintergrund hatten.[280]

Menschen mit Behinderung werden durch die Projekte kaum erreicht.

23% der Projekte erreichten keine Menschen mit Behinderung, bei 71% der Projekte lag der Anteil der erreichten Menschen mit Behinderung unter 20%.[281]

276 Vgl. Camino/DJI/ISS 2016, S. 7.

277 Ebd.

278 Vgl. Tabelle 161 im Anhang.

279 Vgl. Tabelle 162 im Anhang.

280 Vgl. Tabelle 163 im Anhang.

281 Vgl. Tabelle 164 im Anhang.

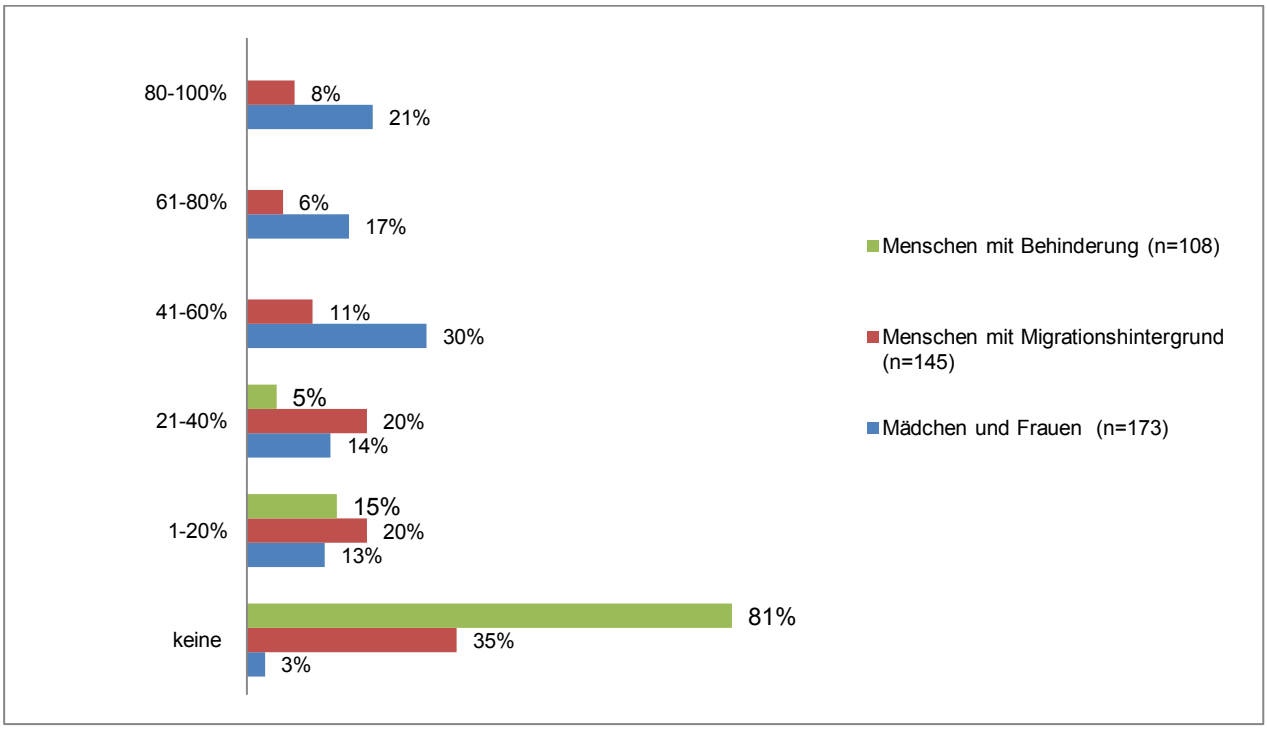
Abbildung 77: Anteil der erreichten Personen

	Mädchen und Frauen (n = 166)		Menschen mit Migrations-hintergrund (n = 163)		Menschen mit Behinderung (n = 122)	
	Zahl der Projekte	Prozent	Zahl der Projekte	Prozent	Zahl der Projekte	Prozent
0%	1	1%	4	2%	28	23%
1 – 20%	12	7%	**58**	**36%**	**87**	**71%**
21 – 40%	38	23%	21	13%	2	2%
41 – 60%	**87**	**52%**	24	15%	4	3%
61 – 80%	17	10%	29	18%	1	1%
81 – 100%	11	7%	27	17%	0	0

Quelle: Befragung der Projektträger 2016.

Mit Blick auf Gender- und Diversity-Mainstreaming ist nicht nur relevant, ob die Projekte bestimmte Personengruppen erreichen, sondern auch, welche Personengruppen an der Planung und Umsetzung eines Projekts beteiligt sind.

Abbildung 78: Anteil der an der Planung und Umsetzung von Projekten Beteiligten[282]



Quelle: Befragung der Projektträger 2016.

Hier fällt auf, dass zwar viele Projekte Menschen mit Migrationshintergrund explizit als Zielgruppe benennen, gleichwohl aber bei 35% der Projekte keine Menschen mit Migrationshintergrund in die Planung und Umsetzung eingebunden sind und in weiteren 20% der Anteil der bei Planung und Umsetzung einbezogenen Menschen mit Migrationshintergrund unter 20% liegt. Menschen mit Behinderung sind ganz überwiegend nicht in die Planung und Umsetzung von Projekten einbezogen.

282 Vgl. Tabellen 162 bis 164 im Anhang.

4.6.5 Exkurs: Einordnung der Befunde zur inhaltlichen Ausrichtung der Projekte

Ein Großteil der Partnerschaften für Demokratie hat, so das Ergebnis der Projektebefragung, im Jahr 2015 Projekte im Themenfeld Willkommenskultur umgesetzt. Damit ordnen sie sich in die inhaltliche Ausrichtung der Partnerschaften für Demokratie ein, die im Folgenden anhand der 24 Partnerschaften unseres qualitativen Samples kurz ausgeführt wird.

Im Jahr 2015 hat ein Großteil der Partnerschaften für Demokratie des qualitativen Samples sich im Bereich Willkommenskultur engagiert, z.B. indem Projekte initiiert, Akteure unterstützt und konkrete Unterstützung geleistet wurde. Bei mehreren Partnerschaften ging dieser neue Aufgabenbereich über die ursprünglich geplanten Handlungsziele hinaus und wurde teilweise innerhalb kurzer Zeit umgesetzt, sodass die notwendigen Entscheidungsprozesse nicht immer so gestaltet werden konnten, dass sie den formulierten Ansprüchen an Partizipation gerecht wurden. Auch zeigte sich in manchen Partnerschaften, dass die geförderten Projekte im Bereich Willkommenskultur sich nicht immer nahtlos in das bereits erarbeitete und beschlossene Handlungskonzept einordnen ließen und manchmal stark in Richtung Flüchtlingsunterstützung bis hin zu Flüchtlingssozialarbeit tendierten, sodass das Ziel, einer „rechtspopulistischen und rechtsextremen Mobilisierung gegen die Unterbringung von geflüchteten Menschen entgegenzuwirken“,[283] etwas aus den Augen geriet.

Im Jahr 2016 lässt sich feststellen,[284] dass die Mehrzahl der Koordinierungs- und Fachstellen des qualitativen Samples den Umgang mit dem Aufgabenbereich Willkommenskultur deutlich strategischer angeht: Die Rolle der Partnerschaft für Demokratie im Umgang mit Geflüchteten wird definiert, und dementsprechend werden Projekte gefördert (oder eben nicht). Folgende Formen der Ausgestaltung von Willkommenskultur lassen sich unterscheiden:

- Partnerschaften für Demokratie, die Willkommenskultur als eine zentrale Zielstellung ansehen und auf verschiedenen Ebenen aktiv werden. Die Koordinierungs- und Fachstelle übernimmt hier eine koordinierende Funktion in Bezug auf den Umgang mit Geflüchteten in der jeweiligen Kommune bzw. dem Landkreis. Eine Sensibilisierung für die Flüchtlingsthematik im Sinne der Prävention von Rechtsextremismus nimmt eine zentrale Rolle ein.
- Partnerschaften für Demokratie, die im Bereich der Willkommenskultur Projekte fördern, die entweder Ehrenamtliche unterstützen und entsprechende Netzwerke fördern oder die auf die Sensibilisierung der aufnehmenden Gesellschaft setzen. Auch Begegnungs- und Austauschprojekte werden umgesetzt. Auch hier spielt die Zielsetzung, Rechtspopulismus entgegenzuwirken, eine Rolle. Die Koordinierungs- und Fachstelle übernimmt im Normalfall keine zentrale Funktion in Bezug auf Willkommenskultur.
- Partnerschaften für Demokratie, die Projekte fördern, die direkt mit Flüchtlingen arbeiten und diese in unterschiedlichen Belangen unterstützen. Teils liegt der Fokus stark auf Flüchtlingssozialarbeit.
- Partnerschaften für Demokratie, die nicht (mehr) im Bereich Willkommenskultur tätig sind: Meist wird dies damit begründet, dass die Partnerschaft für Demokratie andere Aufgaben habe und dass es andere Programme gebe, deren Aufgabe die Unterstützung der Geflüchteten sei.

Die Partnerschaften für Demokratie des qualitativen Samples verteilen sich relativ gleichmäßig auf diese vier Typen.

Aufgabe der Wiederholung der Projektebefragung im Jahr 2018 wird es sein, zu prüfen, inwieweit sich die Veränderung der Haltung der Partnerschaften für Demokratie auf die Projektförderung auswirkt.

---

283 Schreiben der Regiestelle „Demokratie leben!“ an die Programmpartner vom 10.07.2015.

284 Anhand der Interviews mit den federführenden Ämtern.

4.6.6 Projektarbeit in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus

Im folgenden Abschnitt wird beschrieben, wie und mit welchen Arbeitsansätzen Projekte sich mit dem Themenfeld Rechtspopulismus auseinandersetzen. Grundlage ist eine Auswertung der Projekte, die die Partnerschaften für Demokratie aus dem qualitativen Sample der Wissenschaftlichen Begleitung umgesetzt haben. Diese wurde anhand der Einträge in die Einzelmaßnahmenträger-Datenbank der Regiestelle vorgenommen. Sie bezieht sich auf Projekte, die in den Jahren 2015 und 2016 durchgeführt wurden und bis zum 30.06.2016 abgeschlossen waren.

Rechtspopulistische Bewegungen haben gerade in den letzten Jahren stark an Bedeutung zugenommen. Sie sind in vielen Orten anzutreffen und erhalten zum Teil einen beträchtlichen Zulauf. Auch dort, wo sich keine rechtspopulistischen Bewegungen etablieren konnten, werden rechtspopulistische Argumentationen vielfach genutzt, um sich gegen Veränderungen im Gemeinwesen zu wehren. In vielen der Regionen, in denen Partnerschaften für Demokratie ins Leben gerufen wurden, sind rechtspopulistische Gruppen und/oder Bewegungen aktiv. Vor diesem Hintergrund ist es nur folgerichtig, dass in vielen der Partnerschaften für Demokratie Projekte gefördert werden, die sich entweder mit vorhandenem Rechtspopulismus auseinandersetzen oder präventive Angebote unterbreiten, um zu verhindern, dass rechtspopulistische Bewegungen Fuß fassen können. Da eine Mehrzahl der rechtpopulistischen Argumentationen sich auf den Zuzug von Geflüchteten bezieht, ist es nicht verwunderlich, dass ein großer Teil der im Bereich Rechtspopulismus aktiven Projekte diese Thematik aufgreift und versucht, den rechtspopulistischen Diskursen etwas entgegenzusetzen.

Dieser Zusammenhang wird von vielen Partnerschaften für Demokratie deutlich formuliert:

> *„Das heißt im letzten Jahr, dadurch, dass auch ganz viele Flüchtlinge hier nach X gekommen sind und sich hier … im Prinzip alles konzentriert hat. Wir haben also doch mehr ganz große Unterbringungen, weil eben ein gewisser Leerstand vorhanden war, für Geflüchtete hier bekommen. Und das hat schon ganz viele Gegenreaktionen hervor gebracht, sodass wir also fast jede Woche auch Demonstrationen hatten von NPD-Anhängern und auch von anderen Mitläufern, vielen, vielen Mitläufern auch normal aus der Bevölkerung, wo man schon deutlich gemerkt hat, dass schon noch ein ganz schöner Alltagsrassismus hier vorhanden ist. Und deshalb sind die Themenfelder nach wie vor ähnlich. Ist hier wirklich richtig, viel weiterhin zu tun, um darauf ein Miteinander auf den Weg zu bringen, sodass da erst einmal auch eine große Akzeptanz erreicht wird. Das war schon nicht ganz so ohne.“ (FA 03_275)*

Überträgt man die Strategien gegen Rechtspopulismus, die Bauer[285] in Bezug auf demokratische Parteien zusammengestellt und beschrieben hat – Aneignung, Ausgrenzung, Entschärfung, inhaltliche Auseinandersetzung, Engagement an der Basis und Interaktion –, auf die Arbeit zivilgesellschaftlicher Träger und Initiativen, so wird deutlich, dass bei den im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie geförderten Projekten die Strategien der inhaltlichen Auseinandersetzung, des Engagements an der Basis und der Interaktion überwiegen. Gerade die beiden letztgenannten sind diejenigen, die laut Goodwin[286] bessere Erfolgsaussichten haben als die anderen. Strategie des Engagements meint, dort anzusetzen, wo Rechtspopulisten ihre Erfolge feiern, also bei der „normalen“, nicht oder wenig sensibilisierten und möglicherweise vorurteilsbehafteten Bevölkerung. Interaktion bedeutet, Begegnung und Dialog zwischen unterschiedlichen – ethnischen, religiösen, kulturellen – Gruppen zu befördern, aufbauend auf der Erfah-

285 Bauer 2014.

286 Nach Bauer 2014, S. 1.

rung, dass persönliche Kontakte Toleranz, gegenseitigen Respekt und perspektivisch ein Miteinander stärken.[287]

Ein Fünftel der Projekte der Partnerschaften unseres qualitativen Samples sind in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus tätig, überwiegend im präventiven Bereich.

Die Auswertung der Projektdaten ergibt, dass von den 285 erfassten Projekten, die die Partnerschaften für Demokratie des qualitativen Samples umgesetzt haben, 58 im Bereich Rechtspopulismus tätig sind. Diese Projekte lassen sich folgenden Arbeitsansätzen zuordnen:

- Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Positionen/Bewegungen/Gruppierungen: Mobilisierung gegen rechtspopulistische Demonstrationen (Typ *gida), Veranstaltungen usw., aber auch Aufklärung über rechtspopulistische Bewegungen und Parteien,
- Sensibilisierung für und Informierung über die Situation von Geflüchteten,
- Aktivitäten gegen Alltagsrassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Etwas mehr als ein Drittel der Projekte nutzt verschiedene Aktivitäten und Formate, um für die Situation und das Schicksal von Geflüchteten zu sensibilisieren und somit Rechtspopulismus präventiv zu begegnen. Fast genauso viele Projekte setzen Aktivitäten gegen Alltagsrassismus und Fremdenfeindlichkeit um und legen hierbei einen Fokus auf die Prävention von rechten Einstellungen und Verhaltensweisen. Die weiteren Projekte lassen sich im Bereich der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Positionen und der entsprechenden Mobilisierung verorten. Deutlich wird hier, dass die Mehrzahl der Projekte eher im präventiven Bereich angesiedelt ist und der kleinere Teil sich direkt mit rechtspopulistischen Bewegungen auseinandersetzt und dagegen mobilisiert.

Im Folgenden werden die o.g. Arbeitsansätze in Hinblick auf ihre Umsetzung durch die Projekte genauer beschrieben.

Wichtige Arbeitsansätze in der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Positionen und Bewegungen sind Mobilisierung und Aufklärung.

Projektansätze, die sich dieser Strategie zuordnen lassen, gehen davon aus, dass es wichtig ist, rechtspopulistische Äußerungen und Positionierungen nicht totzuschweigen, sondern in die kritische Auseinandersetzung zu gehen. Hier ist es auch wichtig, Argumente und Informationen nicht auf allgemeiner, übergeordneter Ebene im Sinne des gesellschaftlichen Interesses zu liefern, sondern auf die lokale Ebene herunterzubrechen.[288] Vor diesem Hintergrund erarbeiten die hier aktiven Projekte beispielsweise Materialien, die anlässlich eines lokalen Gedenktags zur Mobilisierung der Bürger/innen vor Ort geeignet sind, oder Dokumentationen zu lokalen rechtspopulistischen Aktivitäten. Ein anderes Projekt klärt Kultur- und Gastronomiebetriebe über rechte Aktivitäten vor Ort auf und sensibilisiert sowohl Veranstalter als auch Besucher/innen für die Problematik der rechten Popkultur. Weitere Projekte informieren detailliert über die Beteiligung der örtlichen Rechtspopulisten oder Rechtsextremen an Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte.

Stärker als das Moment der Aufklärung fällt bei den Projekten dieser Strategie jedoch das Moment der Mobilisierung ins Gewicht. Einhergehend mit dem Ansatz der „offensiven Eindämmung“, der laut aktueller Diskurse am meisten Erfolg verspricht,[289] werden Aktionstage und Protestaktionen veranstaltet, die sich gegen rechtspopulistische Aufmärsche wie die *gida-Bewegungen richten. Diese Aktionen haben zumeist einen konkreten Anlass und richten sich an die in den lokalen Netzwerken aktiven Akteure bzw. an die Bevölkerung allgemein. Ergän-

287 Vgl. Rieker 2009, S. 75.

288 Vgl. Krause-Vilmar 2006.

289 Bertelsmann Stiftung 2009, S. 16; Bauer, S. 15.

zend zu solchen konkreten Aktionen ist ein gutes Beispiel für gelungene Projektarbeit eine Veranstaltung mit Fortbildungscharakter, die sich zum Ziel setzt, die vergangenen durchgeführten Aktionstage auszuwerten und die gewählte Strategie zu überprüfen und ggf. zu modifizieren.

Die Erfahrungen zeigen, dass es strategisch wichtig ist, solche Aktivitäten auf Projektebene zu begleiten durch den Aufbau einer institutionalisierten Gegenöffentlichkeit, die auch Verwaltung und Behörden einbezieht und eine aktive Kultur des Hinsehens im öffentlichen Dienst begünstigt.[290] Dies geht natürlich über die Ebene der Projekte hinaus; hier ist die ganze Partnerschaft für Demokratie gefragt. Einzelne Partnerschaften sehen die Schaffung einer solchen institutionalisierten Gegenöffentlichkeit auch als ihre Aufgabe an und zielen darauf ab, unterschiedliche Verwaltungsbereiche, Behörden und politische Gremien zu sensibilisieren und zu aktivieren. Wichtig hierfür ist häufig ein engagiertes federführendes Amt.

Konsens besteht darüber, dass ein zentrales Medium, das für die Verbreitung von Rechtspopulismus an Bedeutung zunimmt, das Internet mit seinen Sozialen Netzwerken ist. Wenngleich manche Partnerschaften für Demokratie hier entsprechende Projekte umsetzen – beispielsweise Workshops oder Kurz-Fortbildungen, die interaktive Medienarbeit in den virtuellen Netzwerken zum Thema haben und Handlungssicherheit im Umgang mit Hate Speech im Internet stärken –, ist auffällig, dass es dennoch relativ wenige Projekte gibt, die in diesem Feld aktiv sind: Dieses Defizit gilt es, in Angriff zu nehmen.

Viele Projekte haben die Sensibilisierung für und die Informierung über die Situation von Geflüchteten als zentrale Anliegen, um Rechtspopulismus präventiv zu begegnen.

Wie eingangs skizziert, ist der Zuzug von Geflüchteten ein bedeutender Ansatzpunkt für rechtspopulistische Bewegungen und Parteien. Rechtspopulisten argumentieren zumeist menschenverachtend, beschwören angstbesetzte Szenarien – Stichworte sind hier beispielsweise „das Boot ist voll“, eine steigende Gefahr terroristischer Übergriffe, eine angebliche Zunahme der Kriminalität – und sprechen Geflüchteten den Anspruch auf grundlegende Rechte ab. Die zentrale Aufgabe der Projekte wird angesichts dessen darin gesehen, die Bedeutung dieser grundlegenden Rechte für jedermann zu vermitteln und Gegeninformationen zu den Vorurteilen, Klischees und Behauptungen der Rechtspopulisten zu verbreiten. Dabei folgen viele Projekte den Grundideen der Menschenrechtspädagogik und vermitteln menschenrechtliche Prinzipien wie das Recht auf Asyl, auf Schutz vor Verfolgung und Krieg und auf politische, religiöse und kulturelle Selbstbestimmung. Damit dies nicht abstrakt und lebensfern bleibt, werden konkrete Ausprägungen von Menschenrechtsfragen bzw. Menschenrechtsverletzungen und deren „situative Verankerung“ thematisiert.[291]

Die Formate, die im Rahmen der Projektarbeit umgesetzt werden, reichen von Begegnungsprojekten[292] über kulturelle Veranstaltungen wie Lesungen oder Filmvorführungen bis hin zu Informationsveranstaltungen und Workshops. Als Ziele werden Sensibilisierung, Aufklärung und inhaltliche Auseinandersetzung sowie die Dekonstruktion von Vorurteilen genannt, aber auch die emotionale Berührung der Teilnehmenden wird in mehreren Projekten als Anliegen formuliert. Insbesondere die am häufigsten umgesetzten Formate – Begegnungsprojekte und kulturell ausgerichtete Projekte – sollen, so die Absicht der Träger, auf verschiedenen Ebenen wirken: Die Informierung über die Situation von Geflüchteten, aber auch die Förderung von Empathie mit deren Schicksalen und die daraus resultierende Engagementbereitschaft sind

290 Bertelsmann Stiftung 2009, S. 7f.

291 Vgl. Rieker 2009, S. 55.

292 Begegnungsprojekte mit Geflüchteten nehmen im Rahmen der Projektebefragung einen großen Raum ein. Hier wurden nur diejenigen Projekte in die Auswertung einbezogen, die einen Bezug zur Sensibilisierung der aufnehmenden Gesellschaft und/oder zur Prävention von Rechtspopulismus herstellen.

Ziel. Insbesondere den Projektansätzen, die Geflüchteten eine Plattform geben, um ihre Erfahrungen mittels Ausstellungen, Theater, Film, Fotografie oder Lesungen zu verarbeiten und zu kommunizieren, wird dabei entsprechende Wirkungskraft zugeschrieben. Begegnungsprojekte mit Geflüchteten – die beispielsweise in Schulen, im Umfeld von Asylunterkünften, in Stadtteiltreffs oder bei der Durchführung von kulturellen Aktivitäten umgesetzt werden – dienen auf Basis des gegenseitigen Kennenlernens der Stärkung gegenseitiger Achtung und Toleranz und sollen dazu beitragen, dass die aufnehmende Bevölkerung positive Erfahrungen mit Flüchtlingen macht – dies gilt als ein wichtiger Faktor für die Entwicklung einer zuversichtlichen Perspektive im Hinblick auf die langfristige Integration der neu Zugewanderten.[293]

Auch Aktivitäten gegen Alltagsrassismus und Fremdenfeindlichkeit sind ein wichtiger Ansatz der Projektarbeit gegen Rechtspopulismus.

Die Projekte, die sich diesem Bereich zuordnen lassen, umfassen zum einen Trainings wie beispielsweise zum Umgang mit Rechtspopulismus und Rassismus oder zur Stärkung von Zivilcourage, zum anderen unterschiedliche Aktivitäten – beispielsweise pädagogische Bildungsprojekte, aber auch Filmprojekte und Plakataktionen –, die die Teilnehmenden anregen, sich mit verschiedenen Formen von (Alltags-)Rassismus auseinanderzusetzen.

Mehrere Projekte knüpfen an die Grundsätze des interkulturellen Lernens und des interreligiösen Austauschs an – dies vor dem Hintergrund, dass Rechtspopulisten pauschal Gruppen bebzw. verurteilen und ausgrenzen und interkulturelles Lernen die Individuen sichtbar macht. Somit ermöglicht es interkulturelles Lernen, den für rechtspopulistische Positionen typischen Abwertungen unterschiedlicher Gruppen ein eigenes Erleben korrigierend entgegenzusetzen und den differenzierten und reflektierten Umgang im sozialen Miteinander in den Fokus zu stellen.[294] Zielgruppe der Aktivitäten sind überwiegend Jugendliche.

Mehrere Partnerschaften für Demokratie fördern Projekte, deren Aufgabe darin besteht, Trainings zum Umgang mit Stammtischparolen, mit alltäglichen rassistischen Sprüchen und mit Vorurteilen unterschiedlichster Art umzusetzen. Weiterhin werden auch Trainings zur Stärkung von Zivilcourage angeboten. Zielgruppen sind häufig Schüler/innen, aber in manchen Projekten auch Mitarbeiter/innen aus der Kinder- und Jugendhilfe oder Stadtteilzentren.

4.6.7 Fazit

Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass eine hohe Zahl von Projekten sich „ihrer“ Partnerschaft für Demokratie verbunden fühlen und sich wahrscheinlich – so die daraus folgende Annahme – in die Gesamtstrategie der Partnerschaft einordnen. Betrachtet man die Projektumsetzenden genauer, ist festzustellen, dass die Bedeutung des Ehrenamtes hoch ist: Die Projektförderung kommt zu einem Großteil ehrenamtlich organisierten Vereinen oder gar rein ehrenamtlich getragenen Strukturen zugute. Vor diesem Hintergrund sollten die Thematik des Ehrenamtes und die damit verbundenen Fragen auch in die Fortbildungen und Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch aufgenommen werden.

Betrachtet man die im Bundesprogramm festgeschriebenen Leitprinzipien Gender-Mainstreaming, Diversity-Mainstreaming und Inklusion, wird deutlich, dass Migrant/innen eine wichtige Zielgruppe vieler Projekte sind, Frauen und Mädchen hingegen deutlich seltener explizit als Zielgruppe genannt werden. Menschen mit Behinderung haben kaum Zugang zu Projekten.

293 Vgl. Ahrens 2016, S. 26.

294 Vgl. Rieker 2009, S. 37.

Willkommenskultur ist ein wichtiges Thema vieler Projekte, häufig auch verbunden mit der Zielstellung, Rechtspopulismus präventiv entgegenzuwirken, indem für die Situation von Geflüchteten sensibilisiert wird. Andere Projekte zur Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Positionen, Bewegungen und Gruppierungen setzen auf die Mobilisierung gegen rechtspopulistische Demonstrationen und Veranstaltungen sowie auf die Aufklärung über rechtspopulistische Bewegungen und Parteien. Im Bereich Rechtspopulismus im Web bzw. in den Sozialen Netzwerken werden trotz des festgestellten hohen Handlungsdrucks nur wenige Projekte umgesetzt; hier besteht Handlungsbedarf. Generell lässt sich festhalten, dass spezifische Formate zur Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus ausgebaut bzw. weiterentwickelt werden sollten.

5 Empfehlungen

Kernbefund der wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2016 ist, dass sich in den Fördergebieten in Folge des Zuzugs von Asylsuchenden und Geflüchteten verstärkt die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit einem angespannten und konfrontativen gesellschaftlichen Klima ergibt. Proteste und z.T. auch Übergriffe werden aus einer Vielzahl von Partnerschaften für Demokratie zurückgemeldet und richten sich gegen Zugewanderte, aber insbesondere auch gegen ihre Unterstützer/innen und Akteure, die sich für demokratische Werte einsetzen und aktiv gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zur Wehr setzen.

Es besteht Bedarf an gezielten Unterstützungsmaßnahmen bei der Bewältigung der konfrontativen Ausgangslagen in den Partnerschaften für Demokratie.

Koordinator/innen melden zurück, dass die lokalen Auseinandersetzungen, Anfeindungen und z.T. auch Übergriffe zum einen ein Klima der Ermüdung, Entmutigung und auch Angst bei den engagierten Akteuren zur Folge hat und dass es zum anderen von Seiten rechtsextremer und rechtspopulistischer Organisationen zu gezielten Störungen bei der Umsetzung von Projekten und Aktionen der Partnerschaften kommt, auf die sowohl juristisch als auch handlungsorientiert reagiert werden muss.

Die Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie bedürfen daher einer gezielten Unterstützung ihrer Arbeit in Form von

- Know-How zur Einschätzung der Bedrohungslagen vor Ort, zur juristisch korrekten Einordnung von Straftatbeständen sowie zu möglichen Handlungsoptionen der Gegenwehr. Die Koordinator/innen der Partnerschaften für Demokratie sollten im Falle von Übergriffen und Bedrohungen Zugang zu einer Beratung durch die Opferberatungsstellen haben und/oder auf schriftliches Material zurückgreifen können, dass ihnen in den ersten erforderlichen Schritten Handlungssicherheit vermittelt. Da auch Träger von Projekten durch Anzeigen oder Boykottaufrufe an ihrer Arbeit behindert werden, sollten deren Bedarfe an Unterstützung eruiert und entsprechende Informationen zur Verfügung gestellt werden.
- Austausch und Vernetzung mit überlokal betroffenen Akteuren, um zum einen Erfahrungen zu transferieren und Ansatzpunkte für eine Neuausrichtung lokaler Handlungsstrategien zu identifizieren, die insbesondere die postfaktischen Wortergreifungs- und Mobilisierungsstrategien in den Blick nehmen. Zum anderen wird der Austausch auch als ein Forum benötigt, bei dem das persönliche Erleben der Koordinator/innen zur Sprache kommen kann und eine gegenseitige Unterstützung erfahrbar wird.
- Supervision, um akute Belastungssituationen bearbeiten zu können. Es sollte geprüft werden, ob im Bedarfsfall das Coachingangebot als Supervision in Anspruch genommen kann bzw. ob es eines zusätzlichen Angebots bedarf.
- Monitoring der lokalen Konflikt- und Bedrohungslagen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie, um Bedarfe systematisch in den Blick zu nehmen und um Entwicklungen nachzeichnen zu können.

Benötigt werden ferner ein enger landesweiter Austausch aller im Themenfeld aktiven Institutionen und Organisationen und eine gezielte Unterstützung bei Anfeindungen, Bedrohungen und Störungen betroffener Partnerschaften für Demokratie durch die verantwortlichen Akteure auf Landesebene. Dass die Koordinierungs- und Fachstellen laut Leitlinien als Erstansprechpartner bei Problemlagen agieren, ist sehr voraussetzungsreich vor dem Hintergrund limitierter Kapazitäten und sehr unterschiedlich verteilter Expertise. Insbesondere für diejenigen Koordinierungs- und Fachstellen, die nicht über entsprechende Wissensbestände verfügen, ist die Zusammenarbeit mit den Landesdemokratiezentren, Mobilen Beratungen und Opferberatungsstellen uner-

lässlich und sollte daher ausgebaut werden, damit beide Seiten das vorhandene Know-how besser nutzen und die vorhandenen Strukturen besser zusammengeführt werden können.

Die Befunde der wissenschaftlichen Begleitung verweisen darauf, dass die Partnerschaften für Demokratie sowohl über die Arbeit der Koordinierungs- und Fachstellen als Netzwerkmanager/innen als auch über die Begleitausschüsse und Demokratiekonferenzen einen stabilen und durchaus auch komplementären Vernetzungsgrad erreichen. Dennoch zeichnet sich ab, dass in der Mehrzahl der Partnerschaften für Demokratie Mobilisierungspotenziale vorhanden sind, die noch nicht vollständig erschlossen sind, dass das Engagement der Netzwerkpartner/innen in Bezug auf eine aktive Vertretung der Anliegen der Partnerschaften für Demokratie gegenüber Institutionen, Organisationen und der Öffentlichkeit intensiviert werden könnte und dass insbesondere politische Vertreter/innen, Mitarbeiter/innen der Verwaltung sowie Bürger/innen noch nicht vollumfänglich an den Demokratiekonferenzen beteiligt sind. Gerade angesichts der kommunalen Entwicklungen sehen Koordinator/innen es als notwendig an, dass die Aufgaben der Demokratieförderung und des Einstehens für eine von Vielfalt und Respekt getragene Gesellschaft nicht ausschließlich an die professionellen Akteure der Partnerschaften für Demokratie delegiert werden, sondern als Aufgabe aller relevanten Akteure vor Ort wahrgenommen werden, die über die Strukturen der Partnerschaften koordiniert und unterstützt werden.

Es besteht Bedarf an Maßnahmen zur Aktivierung noch nicht ausreichend eingebundener Akteursgruppen sowie zur Fortentwicklung der Zusammenarbeit der Netzwerkpartner/innen und der Koordination ihrer kommunalen Aktivitäten.

Angesicht der Rückmeldungen aus den Partnerschaften für Demokratie, dass rechtspopulistische Aktivitäten und polarisierte Auseinandersetzungen sowie Bedrohungslagen zunehmender Aufmerksamkeit und der Entwicklung neuer Handlungsansätze bedürfen, ist es von Bedeutung, dass alle verfügbaren Partner/innen vor Ort mobilisiert werden und das Commitment der Akteure hinsichtlich der Ziele und Handlungserfordernisse gestärkt wird. Da sich die Begleitausschüsse zu Arbeitsgremien mit einer anerkannt hohen Demokratiequalität entwickelt haben, sollte ihre strategische Bedeutung als Kern des Netzwerks, u.a. auch hinsichtlich ihres Umweltbezugs und ihrer Außenwirkung, gezielt gefördert werden. Es zeigt sich zudem, dass Demokratiekonferenzen und die Förderung durch den Aktions- und Initiativfonds, wenn sie breit beworben werden, wichtige Zugänge zu den Netzwerken der Partnerschaften darstellen können. Für beide Aufgaben werden personelle Kapazitäten und spezifische Kompetenzen benötigt.

Es zeichnet sich somit folgender differenzierter Bedarf ab:

- Im Kontext der Arbeit der Begleitausschüsse sollte eine Revision der lokalen Zielstellungen erfolgen, insbesondere um über solche Prozesse den Grad ihrer Verbindlichkeit für die relevanten Akteure zu überprüfen, die Wirksamkeit der Wahrnehmung des gemeinsamen Auftrags zu konsolidieren und die Breitenwirksamkeit zu erhöhen.
- Um die Entwicklung leistungsfähiger Netzwerke über die Begleitausschüsse hinaus zu unterstützen, sollten Netzwerkanalysen und Verfahren der Weiterentwicklung der Netzwerkarbeit verstärkt durch das Coaching angeleitet werden, dabei sollten auch die Aufgaben der einzelnen Netzwerkpartner/innen über binnenrelevante Aktivitäten deutlicher als bisher konturiert werden.
- Um ein umfassendes Bild der in der Region relevanten Akteure sichtbar zu machen und kommunale Potenziale aktivieren zu können, haben sich Ressourcenanalysen in der Vergangenheit als Instrumente bewährt. Sie sollten in der Etablierungsphase von Partnerschaften für Demokratie verstärkt Anwendung finden und in den Leitlinien als Empfehlung Erwähnung finden. Sie sollten aber auch in bereits langjährig arbeitenden Partnerschaften für Demokratie Anwendung finden, insbesondere um die Qualität der Kooperationen zu

bewerten und angesichts neuer Herausforderungen vor Ort mögliche Potenziale besser zu erschließen.

- Die Einbeziehung von Verwaltungsressorts jenseits des federführenden Amtes gelingt noch nicht in allen Partnerschaften. Hier bedürfen die koordinierenden Akteure weiterer Unterstützung, auch um den im Programm angelegten Wissenstransfer in die Verwaltung zu befördern. Es wird für wichtig erachtet, unter den Partnerschaften einen Good-Practice-Austausch darüber zu ermöglichen, wie weitere Verwaltungsbereiche über das federführende Amt hinaus einbezogen werden können und wie der Wissenstransfer in die Verwaltung institutionalisiert werden kann.
- Da Koordinator/innen erstmalig wieder die Einbindung von Schulen exponiert als nicht ausreichend gewährleistet sehen und diese aber zentrale und unverzichtbare Institutionen im kommunalen Setting sind, sollte die Kooperation mit Schulen in einem Fachaustausch reflektiert und gezielt thematisiert werden. Ebenso bedarf es einer gezielten Befassung mit Optionen und Hindernissen der Beteiligung von Migrantenselbstorganisationen, da diese bislang auch noch unzureichend gewährleistet ist.
- Damit die Koordinator/innen ihre Aufgaben hinsichtlich der Förderung von Netzwerken wahrnehmen können, benötigen sie insbesondere in der Anfangszeit, aber auch fortlaufend Qualifizierung. Hierzu gehören generelles Wissen zur Funktionsweise von Netzwerken, Moderations- und Präsentationsfähigkeiten sowie insbesondere Kompetenzen im Bereich der Gesprächsführung und der Konfliktvermittlung. Zudem könnte von Interesse sein, die Fachaustausche nicht auf die Koordinator/innen zu beschränken, sondern auch für weitere lokale Akteure, wie z.B. politisch Verantwortliche, zu öffnen.
- Eigenständige themenrelevante Engagementstrukturen vor Ort und deren Einbeziehung in die Partnerschaft für Demokratie sind ein wichtiger Gelingensfaktor für den Aufbau leistungsfähiger Netzwerke. Es hat sich hierbei gezeigt, dass die Kooperation mit solchen Strukturen Fingerspitzengefühl braucht, um das richtige Maß zwischen Einbeziehung und Abgrenzungsbedürfnis der Bürgernetzwerke zu finden. Hier gilt es, Beispiele guter Praxis zu sammeln und einen PfD-übergreifenden Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.

Angesichts der Ansprüche des Programms, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen und für eine Mitwirkung zu werben, ist es unerlässlich, dass die Partnerschaften für Demokratie eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit erreichen. Es hat sich gezeigt, dass dies in Bezug auf die lokale politische Öffentlichkeit und die Fachöffentlichkeit gut gelingt. Die allgemeine Öffentlichkeit wird dahingegen nur in geringem Umfang erreicht. Insbesondere in Regionen mit einer hohen Bevölkerungszahl fällt es den Partnerschaften schwer im Bereich der allgemeinen Öffentlichkeit sichtbar zu werden.

Es besteht Bedarf an Maßnahmen, die die Öffentlichkeitswirksamkeit der Partnerschaften für Demokratie erhöhen.

- Für das Erreichen von Öffentlichkeitswirksamkeit ist es wichtig, konkrete realistische Ziele der Öffentlichkeitsarbeit zu formulieren und entsprechende Strategien zu erarbeiten. Dies sollte durch entsprechende Fortbildungs- und Beratungsangebote an die Koordinierungs- und Fachstellen befördert werden.
- Flankiert werden sollten diese Fortbildungs- und Beratungsangebote durch die Erarbeitung und Bereitstellung von Handreichungen, die neben der Entwicklung von Strategien der Öffentlichkeitsarbeit spezielle Bereiche behandeln, z.B. die Arbeit in Sozialen Netzwerken und den Einsatz von Sozialen Medien.

- Da die sozialen Medien für die Verbreitung von Informationen einen immer höheren Stellenwert einnehmen, sollte der Einsatz Sozialer Medien gefördert werden, beispielsweise durch eine aktive Präsenz des Bundesprogramms auf Twitter und Facebook.
- Zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der einzelnen Partnerschaften für Demokratie sollte die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit im Rahmen des Bundesprogramms mittels einer zentralen Kampagne bekannt gemacht werden. Eine solche Kampagne sollte so aufgebaut sein, dass sie auf konkrete Möglichkeiten zur Mitwirkung hinweist und Anknüpfungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort bietet.

Bezüglich der Etablierung von Jugendforen haben die Partnerschaften für Demokratie im Jahr 2016 gute Fortschritte erzielen können. In der Mehrzahl der Standorte wurden, u.a. auch mit Unterstützung durch Honorarkräfte, die mit der Aufstockung der Fördermittel finanziert werden konnten, Gremien der Jugendpartizipation aufgebaut. Trotz dieser Fortschritte berichten die Koordinator/innen bzw. Träger die Jugendforen, dass die Aufrechterhaltung des Engagements stetige Begleitung und Unterstützung benötigt, nicht nur weil in Formen der Jugendbeteiligung Fluktuation eine stetige Konstante ist, sondern auch, um die zunächst aus einer Kerngruppe von Jugendlichen entstandenen Initiativen zu verstetigen und weitere Engagierte gewinnen zu können. Der Anspruch einer repräsentativen Besetzung der Jugendforen erweist sich ferner – nicht ausschließlich, aber insbesondere – in den Landkreisen als hoher Anspruch, der sich oftmals nur über eine Einbindung der Schülervertretungen realisieren lässt.

Es besteht Bedarf an einem kontinuierlichen Austausch zu kommunalen Optionen der kontinuierlichen Förderung und Unterstützung von Jugendpartizipation.

In der Mehrzahl der Partnerschaften für Demokratie wurden die Jugendforen erst im Zuge der Umsetzung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ aufgebaut. Dementsprechend gestalten sich die realisierten Formate aus den jeweiligen kommunalen Settings heraus und formulieren die Koordinator/innen häufig den Wunsch, andere Vorgehensweisen kennenzulernen. Auch die engagierten Jugendlichen sind an einem feedback zu ihrem Engagement und an Anregungen aus anderen Standorten interessiert.

Es besteht daher Bedarf an:

- regelmäßigen Fachaustauschen, auf denen sich nicht nur die Koordinator/innen, sondern auch die Träger der Jugendforen und ggf. auch Jugendliche zu aktuellen Entwicklungen austauschen können. Aktuell sind insbesondere Fragen der Verstetigung und Erweiterung des Jugendengagements von Interesse sowie Modelle der Einbindung vorhandener kommunaler Strukturen bei der Betreuung der Foren.
- Informationen bzw. Handreichungen bezüglich der finanziellen Abrechnung der jugendfondsfinanzierten Projekte, da diesbezüglich bei den Trägern der Jugendforen noch immer Unsicherheiten bestehen und dies auch gelegentlich zu Unstimmigkeiten führt.
- Sichtbarmachung des Jugendengagements im Rahmen des Bundesprogramms, mit dem engagierte Jugendliche auch eine Anerkennung ihres Einsatzes verbinden. Hierzu würde sich eine Fachtagung der Jugendforen anbieten sowie entsprechende Publikationen.

Die Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung haben gezeigt, dass die Wissensbestände der Koordinierungs- und Fachstellen eine hohe Bedeutung für eine erfolgreiche Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie haben, gleichzeitig jedoch sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Festhalten lässt sich somit, dass dem Angebot weiterer Qualifizierung kontinuierlich eine hohe Bedeutung zukommt.

Es besteht Bedarf an einem Ausbau von Qualifizierungsangeboten und Austauschforen für die Koordinierungs- und Fachstellen.

Folgende Themen erweisen sich aus Sicht der Wissenschaftlichen Begleitung als sinnvoll:

- Der Umgang mit rechtspopulistischen Wortergreifungsstrategien und postfaktischen, emotionsorientierten öffentlichen Diskursen ist eine zentrale Fragestellung für die Arbeit der Partnerschaften für Demokratie, daher sollte es zu diesem Themenkomplex zeitnah sowohl Fortbildungen als auch Austauschforen geben. Relevant sind ferner auch neuere Entwicklungen in rechtsextremen Szenen und die Verschränkung von rechtsextremen Organisationen und rechtspopulistischen Strömungen.
- Da dem Internet als Medium der Kommunikation, aber auch der Hetze hohe Bedeutung zukommt, sind Fortbildungen zum Umgang mit Hate Speech in den Sozialen Netzwerken und ähnlichen Themen ausgesprochen wichtig, um die Handlungssicherheit der Partnerschaften für Demokratie zu stärken.
- Das Thema Öffentlichkeitsarbeit wird immer wieder als wichtig benannt, um die genuinen Aufgaben einer Partnerschaft für Demokratie bewältigen zu können. Hier geht es um unterschiedliche Strategien der Erzeugung von Öffentlichkeit sowie um Fortbildung und Unterstützung im Bereich des Umgangs mit Sozialen Medien.
- In Bezug auf rechtliche Fragen lassen sich bei vielen Koordinator/innen Handlungsunsicherheiten feststellen, beispielsweise wenn es um die Frage der Abgrenzung zu Parteien oder Organisationen mit rechtspopulistischen Positionen geht. Hier wäre ein Fortbildungsangebot, das die rechtlichen Grundlagen vermittelt, hilfreich.
- In Anbetracht der zunehmenden Zahl ehrenamtlicher Akteure, die sich mit Projekten in die Partnerschaften einbringen, sollten auch das Thema Ehrenamt und die damit einhergehenden Erfordernisse in der Fortbildung eine Rolle spielen.
- Grundsätzlich besteht weiterhin auch der Wunsch, zusätzliche Möglichkeiten und Formen der aktiven Bürgerbeteiligung und aktivierende Anspracheformate kennenzulernen.

Klare und frühzeitige Kommunikation zur Projektförderung und -abrechnung

Die Koordinierungs- und Fachstellen haben weiterhin Unsicherheiten in der Projektförderung und der Abrechnung. Hier wäre es wichtig, von Beginn an klar zu kommunizieren, welche Angaben beispielsweise zu den geförderten Projekten für die zentrale Datenbank erhoben werden müssen. Auch eine entsprechende Handreichung, die Klarheit über die Förderpraxis schafft, wäre eine Hilfe für viele Koordinator/innen.

6 Anhang

6.1 Gelingensbedingungen und weitere Fallbewertungskriterien für die QCA

Der qualitativen vergleichenden Analyse (QCA) von 24 ausgewählten Partnerschaften liegen detaillierte Fallstudien zugrunde, die aus mehr als 40 Bewertungen einzelner Fallcharakteristika bestehen. Alle diese Bewertungen basieren auf Konzepten, die jeweils mithilfe von vier definierten Stufen eine graduelle Einschätzung eines Fallcharakteristikums ermöglichen.

Unter den 40 definierten Fallcharakteristika finden sich Kontextbedingungen, Eigenschaften von federführenden Ämtern und Koordinierungs- und Fachstellen sowie strategische Handlungen dieser Akteure. Außerdem wurden auf diese Weise die Fallcharakteristika definiert, die zu den Zielstellungen „umfassende Gesamtkoordinationsleistung", „Öffentlichkeitswirksamkeit" und „leistungsfähige Netzwerke" zusammengefasst wurden.

Die Zielstellungen „umfassende Gesamtkoordinationsleistung", „Öffentlichkeitswirksamkeit" und „leistungsfähige Netzwerke" wurden bereits in den entsprechenden Kapiteln näher besprochen. Auf Nachfrage können hierzu auch die Definitionen der einzelnen Fallcharakteristika zur Verfügung gestellt werden, die zu diesen komplexen Konzepten zusammengeführt wurden.

Im Folgenden stellen wir die Kurzdefinitionen der Gelingensbedingungen dar, die sich in den drei qualitativen vergleichenden Analysen zu den genannten Zielstellungen als wichtige Erklärungsfaktoren erwiesen haben. Auch hierzu gibt es ausführlichere vierstufige Konzeptdefinitionen, die auf Nachfrage zur Verfügung gestellt werden können.

Eindeutigkeit des Problemdrucks

Eine Bearbeitung der Problemlagen im Themenfeld der jeweiligen Partnerschaft wird zumindest von lokalen Fachakteuren mehrheitlich als dringlich angesehen.

Zielgerichtete Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit in einem Netzwerk ist von klar formulierten Zielen geleitet und durch integrierte Arbeitsprozesse geprägt. Entspricht dem Teilaspekt „Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit" der Zielstellung „leistungsfähiges Netzwerk", der im entsprechenden Berichtskapitel detailliert besprochen wird.

Umfassende Gesamtkoordinationsleistung

Koordinierungs- und Fachstelle sowie federführendes Amt verfügen gemeinsam über relevante Wissensbestände und zweckdienliche Zugänge zu Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Lokalpolitik. Entspricht der Zielstellung „umfassende Gesamtkoordinationsleistung", die im entsprechenden Berichtskapitel detailliert besprochen wird.

Programmerfahrung der Koordinierungs- und Fachstelle

Der Träger der Koordinierungs- und Fachstelle war bereits mit der Koordination des Lokalen Aktionsplans in der gleichen Kommune beauftragt.

Verfügbarkeit zusätzlicher finanzieller Mittel

Der Koordinierungs- und Fachstelle stehen neben der Programmförderung und der vorgesehenen kommunalen Ko-Finanzierung weitere finanzielle Mittel zur Verfügung.

Geografische Nähe der wichtigsten Akteure

Die Aktivitäten der Partnerschaft sind auf ein lokales Gemeinwesen konzentriert.

Zugänglichkeit des Netzwerks

Demokratiekonferenzen und Projektträgerschaften werden für die Öffentlichkeit geöffnet. Um Mitwirkung im Begleitausschuss wird bzw. wurde zumindest in den Netzwerken der derzeitigen Mitglieder geworben.

Öffentliche Unterstützung durch politische Akteure

Die öffentliche Unterstützung durch politische Akteure ist dann gegeben, wenn politisch Verantwortliche öffentlich sichtbar für die Ziele einer Partnerschaft eintreten.

Kompetente Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeitsarbeit ist dann kompetent, wenn sie mehrere der folgenden Merkmale erfüllt: Sie ist durch eine Strategie geleitet, nutzt unterschiedliche Ebenen der Kommunikation, kann auf professionelle Unterstützung zurückgreifen und setzt Soziale Medien ein.

Engagementstrukturen

Im Fördergebiet der Partnerschaft sind mehrere eigenständige themenrelevante Engagementstrukturen vorhanden. Dies können beispielsweise Bürgerinitiativen oder „Bündnisse gegen Rechts“ sein.

Multifunktionsträgerschaft

Der Träger der Koordinierungs- und Fachstelle übernimmt weitere Aufgaben und hat zusätzliche Funktionen inne, aus denen sich im hohen Maß Synergiepotenziale für die Koordination der Partnerschaft ergeben.

6.2 Qualität des Samples der Befragung von Einzelmaßnahmenträgern

Die Grundgesamtheit der Befragung umfasst die Einzelmaßnahmenträger, die 2015 zur Umsetzung ihrer Projekte Mittel aus dem Aktions- und Initiativfonds derjenigen Partnerschaften für Demokratie erhielten, die unter dem Programm „Demokratie leben!“ erstmals gefördert wurden (Details siehe Kapitel 3.3.1.2). Die Datengrundlage für die Identifizierung der Einzelmaßnahmenträger bildeten Eintragungen in die Datenbank der Regiestelle. Diese Eintragungen wurden von den Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie im Rahmen des Verwendungsnachweises für das Förderjahr 2015 vorgenommen. Eine Kopie dieser Datenbank wurde Camino in regelmäßigen Abständen aktualisiert zur Verfügung gestellt.

Wie bei jeder Befragung, insbesondere, wenn die Stichprobenziehung auf prozessgenerierte Listen zurückgreift, weicht sowohl die Auswahlgesamtheit als auch die letztlich realisierte Inferenzpopulation von der angestrebten Grundgesamtheit ab. Wir untersuchen im Folgenden, welche Verzerrungen sich durch Einschränkungen der Datengrundlage zur Grundgesamtheit und durch Nicht-Beantwortung des Fragebogens ergeben haben.

Einschränkung der Auswahlgesamtheit

Stichtag für die Erfassung der Einzelmaßnahmen war der 1. Juli 2016. Um etwaige Nachzügler aufzunehmen, griffen wir für die Identifizierung der Einzelmaßnahmen auf eine am 25.07.2016 letztmals aktualisierte Datenbank-Kopie zurück. Von den 75 Partnerschaften, die unter „Demokratie leben!“ erstmals gefördert wurden, hatten zu diesem Zeitpunkt 41 Partnerschaften geförderte Einzelmaßnahmen für das Jahr 2015 vollständig eingetragen. Wir untersuchten deshalb zunächst, ob durch das Fehlen von Daten zu 34 der „neuen“ Partnerschaften systematische Verzerrungen in unserem Sample entstanden sind. Dazu verglichen wir die Partnerschaften, zu denen am zum 25.07.2016 keine Informationen über Einzelmaßnahmenträger vorlagen, mit denen, deren Einzelmaßnahmenträger wir zur Befragung einladen konnten. Die Grundlage für den Vergleich bildeten Daten aus Anträgen der Partnerschaften zur Programmförderung.

Mittels dieser Daten konnten die beiden Gruppen anhand der folgenden Charakteristika verglichen werden: neue/alte Bundesländer, Stadt-/Flächenstaaten, rurales/urbanes Fördergebiet, Arbeitslosenquote, Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund sowie Menge der Zuwendungsmittel für die Koordinierungs- und Fachstelle. Für keine dieser Charakteristika ließ sich ein signifikanter Unterschied zwischen den beiden Gruppen nachweisen. Wir gehen daher davon aus, dass sich die Gruppen nicht systematisch voneinander unterscheiden. Daraus schließen wir, dass Aussagen über die Grundgesamtheit der Einzelmaßnahmenträger „neuer" Partnerschaften auf Grundlage unseres Samples durch das Fehlen von Daten zu einigen dieser Partnerschaften nicht signifikant verzerrt werden.

Abweichung der Inferenzpopulation von der Auswahlgesamtheit

Bei den 41 „neuen" Partnerschaften, die Angaben zu Einzelmaßnahmenträgern gemacht haben, wurden 264 Organisationen und Gruppen identifiziert, die im Förderjahr 2015 mindestens eine Einzelmaßnahme aus dem Aktions- und Initiativfonds umgesetzt haben. Alle diese Organisationen und Gruppen wurden zur Befragung eingeladen. Von ihnen öffneten 198 den Fragebogen. 34 unter ihnen füllten ihn nicht im ausreichenden Maße aus, um verwertbare Datensätze zu generieren. 164 lieferten weitgehend vollständige Antworten. Dies entspricht einer Ausschöpfungsquote von 61%. Durch die Antworten dieser 164 Organisationen und Gruppen liegen Angaben zu 201 von 322 Einzelmaßnahmen der „neuen" Partnerschaften vor. Hier liegt die Ausschöpfungsquote damit bei 62%.

Auf der Ebene der Einzelmaßnahmen konnten wir mittels der Daten aus der Einzelmaßnahmenträger-Datenbank unsere Stichprobe auf systematische Verzerrungen hin untersuchen. Wir verglichen dazu die Datenbankeinträge zu den Gruppen der Einzelmaßnahmen und Einzelmaßnahmenträger, die unsere Umfrage beantworteten, mit Einträgen zu denen, die nicht an ihr teilnahmen. Bei diesem Vergleich wurden die folgenden Variablen berücksichtigt: Art und Organisationsform des Trägers, Art der Maßnahme, durch die Maßnahme bearbeitetes Themenfeld, Zielgruppe der Einzelmaßnahme, Anzahl der Teilnehmenden, Laufzeit der Maßnahme, finanzieller Umfang der Maßnahme sowie Anteil der Bundes- und Ko-Finanzierung.

Die Untersuchung ergab, dass Einzelmaßnahmen der Art „Informationsveranstaltungen/Podiumsdiskussion" unter den Projekten in unserer Stichprobe signifikant unterrepräsentiert sind (14% zu 18% in der Auswahlgesamtheit). Darüber hinaus ergaben sich keine signifikanten Unterschiede zwischen Stichprobe und Auswahlgesamtheit. Vorbehaltlich dieser systematischen Verzerrung kann davon ausgegangen werden, dass unser Sample valide Aussagen über die Verteilung von Merkmalen der Einzelmaßnahmen und Einzelmaßnahmenträger der neuen Partnerschaften zulässt.

6.3 Literatur

Ahrens, Petra-Angela (2016): Skepsis oder Zuversicht? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen zwischen November 2015 und August 2016, Hannover. www.ekd.de/si/download/Fluechtlinge_(27.1.16).pdf, 06.10.2016.

Almond, Gabriel A./Verba, Syndney (1966): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton, New Jersey.

Amadeo Antonio Stiftung (2016): Monitoringbericht 2015/16: Rechtsextreme und menschenverachtende Phänomene im Social Web. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/monitoringbericht-2015.pdf. (Letzter Zugriff: 10.11.2016).

Atteslander, Peter (2000): Methoden der empirischen Sozialforschung, München.

Bauer, Werner T. (2014): Strategien gegen rechte Populisten – gibt es die? Österreichische Gesellschaft für Politik und Politikentwicklung. www.politikberatung.or.at/studien/rechtspopulismus, (Letzter Zugriff 23.09.2016).

Beetham, David (1991): The Legitimation of Power. Houndmills, Basingstoke, Hampshire and London: MacMillan Education Ltd.

Beetham, David (1994): Key Principles and Indices for a Democratic Audit, in: David Beetham (Hrsg.): Defining and Measuring Democracy, London: Sage, S. 25-43.

Beetham, David (1998): Democracy: Key Principles, Institutions and Problems, in: The Inter-Parliamentary Union: Democracy: Its Principles and Achievement. Geneva: The Inter-Parliamentary-Union, S. 21-30.

Beetham, David (1999): Democracy and Human Rights. Polity Press: Cambridge.

Beetham, David/Carvalho, Edzia/Landman, Todd/ Weir, Stuart (Hg) (2008): Assessing the Quality of Democracy. A practical Guide, http://www.idea.int/publications/aqd/loader.cfm?csModule=security/getfile&pageid=28399 (Letzter Zugriff : 13.11.2015).

Beetham, David/ Carvalho, Edzia/ Landman, Todd/ Weir, Stuart (2000): Assessing the Quality of Democracy. A Practical Guide, Stockholm: International Idea Institute for Democracy and Electoral Assistance.

Behn, Sabine/Bohn, Irina/Sträter, Till (2011): Förderliche Kriterien für die Entwicklung und Umsetzung Lokaler Aktionspläne zur Förderung von Demokratie und Toleranz. Handreichung, Berlin.

Behn, Sabine/Bohn, Irina/Karliczek, Kari-Maria/Lüter, Albrecht/Sträter, Till (2013): Lokale Aktionspläne für Demokratie. Zivilgesellschaft und Kommune in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Ergebnisse der Evaluation des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“, Weinheim/Basel.

Behn, Sabine/Bohn, Irina/Sträter, Till (2014): Qualitätskriterien für die Arbeit von Begleitausschüssen Lokaler Aktionspläne, https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Wissen/QualikriterienBegleitausschuesse_pdf-Datei.pdf (Letzter Zugriff: 10.11.2016).

Behn, Sabine/Bohn, Irina/Hirseland, Aline-Sophia/Lüter, Albrecht/Sträter, Till (2014): Wirkungen Lokaler Aktionspläne. Eine Handreichung. Berlin/Frankfurt a. M..

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2005): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven, Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2014): Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Messen was verbindet, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. http://www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de/fileadmin/Inhalte/Radar_Deutschlandstudie_2014_web.pdf (Letzter Zugriff 14.11.2016)

Beywl, Wolfgang (2006): Evaluationsmodelle und qualitative Methoden. In: Flick, Uwe (Hg.): Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte, Methoden, Umsetzung. Reinbek bei Hamburg, S. 92-116.

Beywl, Wolfgang/ Neugebauer, Uwe (2006): Methoden zur Netzwerkanalyse. In: Zeitschrift für Evaluation, 2, S. 249-286.

Blaschke, Ronald (2006): Das Ende der notwendenden Arbeit und bürgerschaftliches Engagement. Plädoyer für eine moderne Sozialpolitik, in: Susann Mühlpfordt (Hrsg.): Ehrenamt und Erwerbsarbeit. München und Mehring: Rainer Hampp Verlag, S. 82-92.

Budde, David (2013): Formen der Repräsentation und ihre Legitimation. Die voraussetzungsvolle Anerkennung von Repräsentanten in der Politik, Berlin: Freie Universität Berlin (http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/ab_ideengeschichte/mitarbeiter_innen/roth/Working_Papers/Working_Paper_Budde.pdf)

Bühlmann, Marc/Müller, Lisa/Giebler, Heiko/Weßels, Bernhard (2012): Demokratiebarometer: ein neues Instrument zur Messung von Demokratiequalität. In Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 6/1, S. 115-159.

Bundeskriminalamt (2016): Kernaussagen „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ 2/2016, Wiesbaden.https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/K

ernaussagenZuKriminalitaetImKontextVonZuwanderung/kernaussagenZuKriminalitaetImKontextVonZuwanderung_2-2016.html (Letzter Zugriff: 10.11.2016)

Bundesministerium des Innern (2016): Pressemitteilung 05/2016 : PMK 2015 Straftaten gegen Asylunterkünfte. http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Nachrichten/Pressemitteilungen/2016/05/pmk-2015-straftaten-gegen_asylunterkuenfte.pdf?__blob=publicationFile. (Letzter Zugriff 11.11.2016)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2014): Toleranz fördern – Kompetenz stärken. Abschlussbericht des Bundesprogramms, Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2015): Bundesprogramm Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit, Bundesweite Förderung lokaler „Partnerschaften für Demokratie“, Leitlinien. Fassung vom 21.12.2015. Berlin, http://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben/partnerschaften-fuer-demokratie.html) (Letzter Zugriff 10.11.2016)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016): Bundesprogramm Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit, Bundesweite Förderung lokaler „Partnerschaften für Demokratie“, Leitlinien. Fassung vom 01.11.2016. Berlin, http://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben/partnerschaften-fuer-demokratie.html) (Letzter Zugriff 10.11.2016)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016): PR-Handbuch für das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. Berlin. https://portal.demokratie-leben.de/arbeitshilfendokumentationen/handreichungen-fuer-die-projektarbeit/#c506, 07.10.2016

Burkart, Roland (2010): Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit, in: Hömberg, Walter/Hahn, Daniela/Schaffer, Timon B. (Hg.): Kommunikation und Verständigung. Theorie – Empirie – Praxis, Wiesbaden, S. 17 – 38.

Camino/DJI/ISS (2016): Kurzdarstellung der Wissenschaftlichen Programmbegleitung von „Demokratie leben!“ (unveröffentlicht).

Camino/ISS (2015): Erster Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015 – 31.12.2015 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschen-feindlichkeit“ (unveröffentlicht).

„Demokratie leben!“ (2015): Presseerklärung. www.demokratie-leben.de/aktuelles/aufstockung-des-bundesprogramms-auf-505-mio-euro-beschlossen.html, 06.10.2016

Dahl, Robert A. (1998): On Democracy. New Haven/ London: Yale University.

Dammer, Ingo (2011): Gelingende Kooperation („Effizienz“). In: Becker, Thomas/Dammer, Ingo/Howaldt, Jürgen/Loose, Achim (Hrsg.), Netzwerkmanagement. Mit Kooperation zum Unternehmenserfolg, 3. Auflage, Heidelberg, Dordrecht, London, New York, S. 37-47.

Esser, Hartmut (1993): Soziologie. Allgemeine Grundlagen, Frankfurt am Main/New York.

Ezra – Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (2016): Rechte Gewalt in Thüringen – 2016. http://www.ezra.de/chronik/, http://www.lobbi-mv.de/chronik-rechter-gewalt/. (Letzter Zugriff: 10.11.2016).

Freitag, Markus/ Bühlmann, Marc (2005): Politische Institutionen und die Entwicklung generalisierten Vertrauens. Ein internationaler Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift, 46(4): S. 575-601.

Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud (2008): Die Konzeptualisierung der Qualität von Demokratie. Eine kritische Diskussion aktueller Ansätze“. In: Brodocz, André/Llanque, Marcus/Schaal, Gary S. (Hrsg.), Bedrohungen der Demokratie, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: S. 77-96.

Gajo, Michael/Schönfeld, Annika/Sülzer, Rolf/Longmuss, Jörg/Teller, Matthias/Neugebauer, Uwe (2013): Netzwerkevaluierung. Ein Leitfaden zur Bewertung von Kooperation in Netzwerken, Eschborn.

Geißel, Brigitte (2004): Responsivität und Responsivitätswahrnehmung – Thesen zu einem undurchsichtigen Verhältnis, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 14, 4, S. 1239-1259.

Giel, Susanne (2013): Theoriebasierte Evaluation. Konzepte und methodische Umsetzungen, Münster.

Giel, Susanne (2015): Wirkungen auf der Spur mit Programmtheorien, in: Giel, Susanne, Klockgether, Katharina/Mäder, Susanne (Hg.): Evaluationspraxis. Professionalisierung – Ansätze – Methoden. Münster, S. 111–129.

Glock, Birgit (2006): Stadtpolitik in schrumpfenden Städten. Duisburg und Leipzig im Vergleich, Wiesbaden.

Glock, Birgit (2014): Projekte, Programme und Maßnahmen der Gewaltprävention in Berlin. Meta-Evaluation und Evaluationssynthese von Berliner Evaluationen (2006 bis 2014), Berlin.

Groß, Dirk (2006): Determinanten erfolgreicher Netzwerkarbeit. In: Univation Institut für Evaluation (Hrsg.): Evaluation von Netzwerkprogrammen – Entwicklungsperspektiven einer Evaluationskultur, Köln, S. 57-65.

Gutknecht-Gmeiner, Maria (2015): Developmental Evaluation nach Michael Patton. Begriffsbestimmung und Reflexion der praktischen Anwendung, in: Giel, Susanne/Klockgether, Katharina/Mäder, Susanne (Hg.): Evaluationspraxis. Professionalisierung – Ansätze – Methoden. Münster, S. 131–153.

ISS-Frankfurt a.M. (2014a): Bericht zur Umsetzung der WB des Programmbereichs „Entwicklung, Implementierung und Umsetzung integrierter lokaler Strategien (Lokaler Aktionspläne)“ im Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ im zweiten Halbjahr 2014 (unveröffentlicht).

ISS-Frankfurt a.M. (2014b): „Ja, wie gehe ich damit um? Das ist immer wieder die gleiche Frage.“ Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.05 bis 31.12.2014. Qualifiziertes Monitoring des BIKnetzes – Bundesweites Informations- und Kompetenznetz zur Unterstützung der präventiv-pädagogischen Arbeit gegen Rechtsextremismus (unveröffentlicht).

ISS-Frankfurt a. M./Camino (2014): Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.07.2011 – 31.12.2013 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Entwicklung, Implementierung und Umsetzung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) im Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ (unveröffentlicht).

ISS-Frankfurt a. M./Camino (2015): Erster Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015 – 31.12.2015 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ (unveröffentlicht).

Kaase, Max (1995): Partizipation. In: Dieter Nohlen (Hg.), Wörterbuch Staat und Politik. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 521-527.

Karliczek, Kari-Maria (2004): Vom Nutzen qualitativer Forschung in der Kriminologie, in: Karliczek, Kari-Maria (Hg.): Kriminologische Erkundungen. Münster, S. 210–225.

Karliczek, Kari-Maria (2012): Zur Nachhaltigkeit zivilgesellschaftlicher Projekte: Begriffsbestimmung und Operationalisierungsmöglichkeit in einem zivilgesellschaftlichen Handlungsfeld, in: Sozialwissenschaften und Berufspraxis, H. 2, S. 249–261.

Korgel, Lorenz (2009): Zivilgesellschaftliche Gegenwehr stärken: Gemeinwesenentwicklung und (Re-)Demokratisierung des öffentlichen Raums, in: Dietmar Molthagen, Lorenz Korgel (Hrsg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin, S. 251-267.

Krause-Vilmar, Dietfrid (2006): Rechtspopulismus als Herausforderung, in: Bernhardt, Markus (Hg.): Bilder – Wahrnehmungen – Konstruktionen. Reflexionen über Geschichte und historisches Lernen, Schwalbach, S. 24 – 33.

Lamnek, Siegfried (2010): Qualitative Sozialforschung, Weinheim/Basel.

Landman, Todd (2008): Assessing the Quality of Democracy. An Overview of the International IDEA Framework, Stockholm.

LOBBI - Landesweite Opferberatung Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern (2016): Dokumentation rechter Übergriffe in Mecklenburg-Vorpommern. http://www.lobbi-mv.de/chronik-rechter-gewalt/ (Letzter Zugriff: 10.11.2016).

Luhmann, Niklas (1990): Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven, Opladen.

Meinhold-Henschel, Sigrid/Schack, Stephan (2007): Situation und Handlungsansätze zur Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. http://www.b-b-e.de/uploads/media/nl23_meinhold-henschel_schack.pdf (Letzter Zugriff: 10.11.2016).

Merkel, Wolfgang (2011): Steckt die Demokratie in einer Krise? In: Caroline Y. Robertson-von Trotha (Hrsg.): Herausforderung Demokratie. Demokratisch, parlamentarisch, gut? Baden-Baden: Nomos, S. 13-27.

Mouffe, Chantal (2010): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Möller, Kurt (2013): Unsere Jugend – Aspekte kommunaler Verantwortlichkeit bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, in: Reiner Becker, Kerstin Pallocks (Hrsg.): Jugend an der roten Linie. Analysen und Erfahrungen mit Interventionsansätzen zur Rechtsextremismusprävention, Schwalbach/Ts.: Wochenschauverlag, S.213-222.

Molthagen, Dieter/Korgel, Lorenz (Hg.) (2009): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin. http://library.fes.de/pdf-files/do/06431.pdf (Letzter Zugriff: 10.11.2106)

Müller, Heinz (2010): Wertebildung und kommunale Bildungslandschaften. In: Wilfried Schubarth, Karsten Speck, Heinz Lynen von Berg (Hrsg.): Wertebildung in Jugendarbeit, Schule und Kommune. Bilanz und Perspektiven, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 265-288.

Olk, Thomas/Roth, Roland (2008): Mehr Partizipation wagen – Handlungsempfehlungen auf einen Blick, https://www.wegweiser-kommune.de/documents/10184/28627/HE_Partizipation_wagen_Roth.pdf/d5c00775-7448-419d-821b-3cb847ac3f50 (Letzter Zugriff: 13.11.2015).

Pateman, Carole (1970): Participation and Democratic Theory. Cambridge: University Press.

Pew Research Center (2016): Smartphone Ownership and Internet Usage Continues to Climb in Emerging Economies www.pewglobal.org/files/2016/02/pew_research_center_global_technology_report_final_february_22__2016.pdf, 05.10.2016.

Pickel, Susanne/ Pickel, Gert (2006): Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Pöttker, Horst (2006): Öffentlichkeit, in: Bentele, Günter/Brosius, Hans-Bernd/Jarren, Otfried (Hg.): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft, Wiesbaden, S. 205 – 206.

Projekt GegenPart (2016): http://www.projektgegenpart.de/chronik/index17f1.html?option=com. (Letzter Zugriff 12.10.2016).

RAA Sachsen (2015): Jahresstatistik der ostdeutschen Bundesländer 2014. http://www.raa-sachsen.de/index.php/statistik-detail/jahresstatistik-der-ostdeutschen-bundeslaender-2014.html. (Letzter Zugriff: 10.11.2016).

Reach Out – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus (201): Chronik 2016. http://reachoutberlin.de/de/chronik. (Letzter Zugriff: 10.11.2016).

Rieker, Peter (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf, Weinheim.

Roth, Roland (2009): Handlungsoptionen zur Vitalisierung der Demokratie. Expertise für die Bertelsmann Stiftung, http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/09/nl20_bertelsmann_vitalisierung.pdf (Letzter Zugriff: 10.11.2016).

Roth, Roland (2013): Demokratiereformen. Handlungsmöglichkeiten auf Länderebene, Skizze für die Heinrich-Böll-Stiftung, https://www.boell.de/sites/default/files/201303_studie_demokratiereformen_roland_roth.pdf (Letzter Zugriff: 10.11.2016).

Röttger, Ulrike (2006): Campaigns (f)or a better world?, in: Röttger, Ulrike (Hg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit, Wiesbaden, S. 9 – 24.

Scherr, Alber (2012): Jugendarbeit und Rechtsextremismus. Was kann und was sollte Jugendarbeit zur Aneignung menschenrechtlicher und demokratischer Überzeugungen beitragen? in: Bundschuh, Stephan/ Drücker, Ansgar/ Scholle, Thilo (Hrsg.): Wegweiser Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Motive, Praxisbeispiele und Handlungsperspektiven, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 107-121.

Schuppert, Gunnar Folke (2015): Governance-Perspektiven für Demokratie und Selbstverwaltung, in: Cancik, Pascale (Hg.) Demokratie und Selbstverwaltung – Selbstverwaltung in der Demokratie. 25. Bad Iburger Gespräche, Göttingen, S. 53 – 72.

Stange, Waldemar (2008): Qualitätskriterien und Standards kommunaler Kinder- und Jugendpartizipation. Materialien für einen Qualitätsdialog „Partizipation“, Baustein A 3.8, http://www.kinderpolitik.de/images/downloads/Beteiligungsbausteine/b/Baustein_B_0_0.pdf (Letzter Zugriff: 10.11.2016).

Stark, Birgit/Magin, Melanie/Jandura, Olaf/Maurer, Marcus (2012): Methodische Herausforderungen komparativer Forschungsansätze, Köln.

Sträter, Till (2016): Nicht die üblichen Verdächtigen? – Zur Aktivierung vielfältiger Akteure in den Partnerschaften für Demokratie, in: Dokumentation Fachaustausch der Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ „Demokratie vor Ort stärken – vielfältiges Zusammenleben gestalten“ 29. und 30. Juni 2016 in der Alten Börse Marzahn, Berlin. Berlin, S. 14 (unveröffentlicht).

Stolle, Dietlind (2002): Trusting Strangers – The Concept of Generalized Trust in Perspective, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 31, S. 397-412.

Strobl, Rainer/ Lobermeier, Olaf (2009): Die Problemstellung: Rechtsextremismus in der Kommune, in: Dietmar Molthagen, Lorenz Korgel: Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung, S. 15-28.

Strobl, Rainer/Lobermaier, Olaf (2012a): Aufbau und Evaluation von Netzwerken für eine demokratische Kultur. In: Strobl, Rainer/Lobermeier, Olaf/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Evaluation von Programmen und Projekten für eine demokratische Kultur. Wiesbaden, S. 155-178.

Strobl, Rainer/Lobermaier, Olaf (2012b): Gelingensfaktoren für eine gute Netzwerkarbeit. https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Wissen/Aufsatz_Strobl_Lobermeier_final.pdf (Letzter Zugriff: 10.11.2016).

Verband BRG (2016): Presseerklärung vom 09.03.2016: 1747 Fälle politisch rechts motivierter Gewalt in Ostdeutschland, Berlin und NRW - Unabhängige Opferberatungsprojekte veröffentlichen gemeinsame Statistik für 2015. http://www.verband-brg.de/index.php/presse/48-09-03-2016-pressemitteilung-1747-faelle-politisch-rechts-motivierter-gewalt-in-ostdeutschland-berlin-und-nrw-unabhaengige-opferberatungsprojekte-veroeffentlichen-gemeinsame-statistik-fuer-2015 (Letzter Zugriff 10.11.2016)

6.4 Tabellen

Tabelle 1: Partnerschaften für Demokratie differenziert nach ihrer Förderperiode

	Absolut	In Prozent
Partnerschaft für Demokratie wurde bereits im Rahmen der Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT“ und/oder „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ gefördert	148	64 %
Partnerschaft für Demokratie wird seit der Förderperiode „Demokratie leben!“ implementiert	85	36 %
Gesamt	233	100 %

Quelle: Angaben der Regiestelle 2016 (N=233).

Tabelle 2: Partnerschaften für Demokratie, die seit der Förderperiode „Demokratie leben!“ implementiert werden, differenziert nach ihrer regionalen Verortung

	Absolut	In Prozent
Alte Bundesländer	59	69 %
Neue Bundesländer	23	27 %
Berlin	3	4 %
Gesamt	85	100 %

Quelle: Angaben der Regiestelle 2016 (n=85).

Tabelle 3: Partnerschaften für Demokratie, die seit der Förderperiode „Demokratie leben!“ implementiert werden, differenziert nach ihrer Ansiedlung in Kommunen, Landkreisen und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften

	Absolut	In Prozent
Kommune	53	62 %
Landkreis	25	29 %
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	7	8 %
Gesamt	85	100 %

Quelle: Angaben der Regiestelle 2016 (n=85).

Tabelle 4: Partnerschaften für Demokratie differenziert nach ihrer regionalen Verortung

	Absolut	In Prozent
Alte Bundesländer	131	56 %
Neue Bundesländer	88	38 %
Berlin	14	6 %
Gesamt	233	100 %

Quelle: Angaben der Regiestelle 2016 (N=233).

Tabelle 5: Partnerschaften für Demokratie differenziert nach ihrer Ansiedlung in 16 Bundesländern

	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg	15	6 %
Bayern	21	9 %
Berlin	14	6 %
Brandenburg	15	6 %
Bremen	3	1 %
Hamburg	5	2 %
Hessen	23	10 %
Mecklenburg-Vorpommern	17	7 %
Niedersachsen	17	7 %
Nordrhein-Westfalen	26	11 %
Rheinland-Pfalz	12	5 %
Saarland	5	2 %
Sachsen	16	7 %
Sachsen-Anhalt	18	8 %
Schleswig-Holstein	4	2 %
Thüringen	22	9 %
Gesamt	233	100 %

Quelle: Angaben der Regiestelle 2016 (N=233).

Tabelle 6: Partnerschaften für Demokratie differenziert nach ihrer Ansiedlung in Kommunen, Landkreisen und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften

	Absolut	In Prozent
Kommune	131	56 %
Landkreis	75	32 %
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	27	12 %
Gesamt	233	100 %

Quelle: Angaben der Regiestelle 2016 (N=233).

Tabelle 7: zu Abbildung 2: Regionale Verteilung der Lokalen Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungsform

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Kommune	90	69 %	27	31 %	14	100 %
Landkreis	30	23 %	45	51 %	0	0 %
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	11	8 %	16	18 %	0	0 %
Gesamt	131	100 %	88	100 %	14	100 %

Quelle: Angaben der Regiestelle 2016 (N=233).

Tabelle 8: zu Abbildung 3: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung

In unserer Förderregion gibt es…	Neue Bundesländer (n=121)	Alte Bundesländer (n=83)	Berlin (n=14)	Gesamt (n=218)
... vielfältige Angebote an Vereinen.	4,4	4,0	4,6	4,3
…eine vielfältige Angebotsstruktur in der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendbildung.	3,5	3,0	3,1	3,3
…vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche.	3,3	2,9	3,2	3,2
…vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Erwachsene.	4,0	3,6	3,8	3,8

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 9: zu Abbildung 3: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung

In unserer Förderregion gibt es…	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/Teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
... vielfältige Angebote an Vereinen.	96	44 %	80	37 %	32	15 %	5	2 %	1	0 %	4	2 %
…eine vielfältige Angebotsstruktur in der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendbildung.	47	22 %	96	44 %	55	25 %	18	9 %	1	0 %	1	0 %
…vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche.	26	12 %	51	23 %	71	33 %	60	27 %	8	4 %	2	1 %
…vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Erwachsene.	22	10 %	55	25 %	87	40 %	46	21 %	4	2 %	4	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 10: zu Abbildung 4: Infrastrukturelle Voraussetzungen differenziert nach regionaler Verortung der Partnerschaften

In unserer Förderregion…		Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin		Gesamt	
		Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
…gibt es muslimische Gemeinden.	Ja	113	93 %	23	28 %	6	43 %	142	65 %
	Nein	8	7 %	60	72 %	8	57 %	76	35 %
…gibt es Migrantenselbstorganisationen.	Ja	100	83 %	41	49 %	10	71 %	151	69 %
	Nein	21	17 %	42	51 %	4	29 %	67	31 %
…wurden/werden Asylsuchende/Geflüchtete aufgenommen.	Ja	121	100 %	83	100 %	14	100 %	218	100 %
	Nein	0	0 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 11: Infrastrukturelle Voraussetzungen differenziert nach Verwaltungsform und regionaler Verortung der Partnerschaften

In unserer Förderregion…			Absolut	In Prozent
…gibt es muslimische Gemeinden.	Alte Bundesländer	Kommune	78	95 %
		Landkreis	25	90 %
		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	10	91 %
	Neue Bundesländer	Kommune	13	57 %
		Landkreis	8	18 %
		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	2	13 %
	Berlin		6	43 %
…gibt es Migrantenselbstorganisationen.	Alte Bundesländer	Kommune	76	93 %
		Landkreis	16	57 %
		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	8	73 %
	Neue Bundesländer	Kommune	14	61 %
		Landkreis	21	47 %
		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	6	40 %
	Berlin		10	71 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 12: Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen

	Absolut	In Prozent
Bei einem freien Träger	195	90 %
Im federführenden Amt der Partnerschaft für Demokratie	20	9 %
Sowohl verwaltungsintern im federführenden Amt, als auch bei einem freien Träger	3	1 %
Gesamt	218	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 13: Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen

	Absolut	In Prozent
Bildungsträger	55	28 %
Träger der Kinder- und Jugendhilfe	64	32 %
Träger der sozialen Arbeit	33	17 %
Träger der kulturellen Arbeit	5	3 %
Träger der Kinder- und Jugendarbeit	3	2 %
Sonstiges	37	19 %
Gesamt	197	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=197). In einer Partnerschaft für Demokratie war die externe Koordinierungs- und Fachstelle zum Zeitpunkt der Befragung vorübergehend nicht besetzt.

Tabelle 14: Rechtsform der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen

	Absolut	In Prozent
Eingetragener/gemeinnütziger Verein ohne Bindung an einen Wohlfahrtsverband	100	51 %
Eingetragener/gemeinnütziger Verein mit Bindung an einen Wohlfahrtsverband	40	20 %
Gemeinnützige Gesellschaft (gGmbH)	26	13 %
Stiftung	10	5 %
Privat-gewerbliche Organisationsform	1	1 %
Sonstiges	11	6 %
Gesamt	197	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=197). In einer Partnerschaft für Demokratie war die externe Koordinierungs- und Fachstelle zum Zeitpunkt der Befragung nicht besetzt.

Tabelle 15: Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen in den Verwaltungsstrukturen

	Absolut	In Prozent
Fachreferat im Jugendamt (auch in gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung mit anderen Geschäftsbereichen)	11	46 %
Referat in einem anderen Amt	1	4 %
Beauftragte/r (z.B. Integrationsbeauftragte/r, Gleichstellungsbeauftragte/r)	5	21 %
Sonstiges	7	29 %
Gesamt	24	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=24).

Tabelle 16: Personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Modus
Anzahl der Personen	1,8	1	6	1
Prozent eines VZÄ	79,2	25	150	100

Quelle: Angaben der Partnerschaften für Demokratie 2016 (n=217). In einer Partnerschaft war die Koordinierungs- und Fachstelle zum Zeitpunkt der Befragung nicht besetzt.

Tabelle 17: Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle

		Mittelwert	Minimum	Maximum	Modus
Anzahl der Personen	Im federführenden Amt	1,5	1	5	1
	In der KuF beim freien Träger	1,7	1	4	1
	Gesamt	3,2	2	6	2
Prozent eines VZÄ	Im federführenden Amt	48,7	10	150	50
	In der KuF beim freien Träger	76,8	25	150	100
	Gesamt	125,0	50	225	100

Quelle: Angaben der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle 2016 (n=194). Die Koordinierungs- und Fachstelle einer Partnerschaft war zum Zeitpunkt der Befragung nicht besetzt.

Tabelle 18: Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie ohne externe Koordinierungs- und Fachstelle

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Modus
Anzahl der Personen	2,4	1	6	2
Prozent eines VZÄ	95	50	146	100

Quelle: Angaben der Partnerschaften für Demokratie ohne externe Koordinierungs- und Fachstelle 2016 (n=20).

Tabelle 19: Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit geteilter Koordinierungs- und Fachstelle

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Modus
Anzahl der Personen	3,3	2	4	4
Prozent eines VZÄ	131,7	100	150	100

Quelle: Angaben der Partnerschaften für Demokratie ohne externe Koordinierungs- und Fachstelle 2016 (n=20).

Tabelle 20: Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungsform und regionaler Verortung

		n	Anzahl der Personen (Mittelwert)	Prozent eines VZÄ (Mittelwert)
Alte Bundesländer	Kommune	82	1,9	72,6
	Landkreis	28	2,0	71,8
	Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	11	1,8	68,9
Neue Bundesländer	Kommune	23	1,7	95,8
	Landkreis	44	1,5	84,2
	Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	15	1,4	82,9
Berlin		14	2,1	93,8
Gesamt		217	1,8	79,2

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 und 2016 (n=217). Die Koordinierungs- und Fachstelle einer Partnerschaft war zum Zeitpunkt der Befragung nicht besetzt.

Tabelle 21: zu Abbildung 6: Verwendung der zusätzlichen Bundesmittel für die Umsetzung der externen Koordinierungs- und Fachstelle

	Absolut	In Prozent
Zeitliche Aufstockung des Stellenvolumens der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	117	59 %
Einstellung einer weiteren Fachkraft in der Koordinierungs- und Fachstelle	84	42 %
Höhere Gehaltseinstufung der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	33	17 %
Finanzierung von Honorarkräften	18	9 %
Sonstiges	7	4 %
Keine Angabe	8	4 %

Quelle: Angaben der extern angesiedelten Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=198).

Tabelle 22: zu Abbildung 7: Einschätzung der Koordinator/innen zum vorhandenen Stellenvolumen in der Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach Verwaltungsform

	Halten Sie das Stellenvolumen in der Koordinierungs- und Fachstelle für die Umsetzung Ihrer Partnerschaft für Demokratie für ausreichend?					
	Ja		Nein		Keine Angabe	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Kommune	63	53 %	52	44 %	4	3 %
Landkreis	32	44 %	38	52 %	3	4 %
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	12	46 %	12	46 %	2	8 %
Gesamt	107	49 %	102	47 %	9	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 23: Einschätzung der Koordinator/innen zum vorhandenen Stellenvolumen in der Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach regionaler Verteilung und Verwaltungsform

		Halten Sie das Stellenvolumen in der Koordinierungs- und Fachstelle für die Umsetzung Ihrer Partnerschaft für Demokratie für ausreichend?					
		Ja		Nein		Keine Angabe	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Alte Bundesländer	Kommune	47	57 %	32	39 %	3	4 %
	Landkreis	10	36 %	16	57 %	2	7 %
	Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	5	45 %	6	55 %	0	0 %
Neue Bundesländer	Kommune	10	43 %	13	57 %	0	0 %
	Landkreis	22	49 %	22	49 %	1	2 %
	Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	7	47 %	6	40 %	2	13 %
Berlin		6	43 %	7	50 %	1	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 und 2016 (N=218).

Tabelle 24: Einschätzung der Koordinator/innen zum vorhandenen Stellenvolumen in der externen Koordinierungs- und Fachstelle in den Jahren 2013 und 2016

	Halten Sie das Stellenvolumen in der externen Koordinierungs- und Fachstelle für die Umsetzung Ihrer Partnerschaft für Demokratie für ausreichend?			
	2013		2016	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Ja	18	41 %	96	49 %
Nein	24	55 %	92	47 %
Keine Angabe	2	5 %	10	5 %
Gesamt	44	100 %	198	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungsstellen Lokaler Aktionspläne zur Sicherung der Nachhaltigkeit mit externer Koordinierungs- und Fachstelle 2013 (n=44) sowie der extern angesiedelten Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=198).

Tabelle 25: Bildungsniveau der Mitarbeiter/innen in der Koordinierungs- und Fachstelle

	Absolut	In Prozent
(Abgeschlossenes bzw. laufendes) Studium	311	83 %
(Abgeschlossene bzw. laufende) berufliche Ausbildung	55	15 %
Sonstiges	4	1 %
Kann ich nicht beurteilen	4	1 %
Gesamt	374	100 %

Quelle: Angaben der Partnerschaften für Demokratie 2016 (n=217). In einer Partnerschaft war die Koordinierungs- und Fachstelle zum Zeitpunkt der Befragung nicht besetzt.

Tabelle 26: Zeitraum der Begleitung durch den/die derzeitige/n Koordinator/in differenziert nach Förderdauer

	Förderung seit Demokratie leben!		Förderung seit VTG/TFKS		Gesamt	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Bis zu einem Jahr	8	11 %	16	11 %	24	11 %
Bis zu zwei Jahre	47	67 %	47	32 %	94	43 %
Mehr als zwei bis zu sechs Jahre	8	12 %	24	16 %	32	15 %
sechs Jahre oder mehr	7	10 %	60	41 %	67	31 %
Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt	0	0 %	1	0 %	1	0 %
Gesamt	70	100 %	148	100 %	218	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 27: Summe der erhaltenen Bundesmittel des Programms „Demokratie leben!“

	Absolut	In Prozent
55.000 €	5	2 %
60.000 €	6	3 %
66.000 €	1	0 %
68.000 €	1	0 %
70.000 €	2	1 %
70.630 €	1	0 %
72.500 €	1	0 %
75.000 €	6	3 %
75.500 €	1	0 %
76.250 €	1	0 %
77.400 €	1	0 %
79.527 €	1	0 %
80.000 €	191	88 %
Gesamt	218	100 %

Quelle: Angaben der Regiestelle 2016 (N=218).

Tabelle 28: Gesamtbudget der Partnerschaften

	Absolut	In Prozent
Weniger als 85.000 €	33	15 %
85.000 €	123	56 %
Mehr als 85.000 €	62	29 %
Gesamt	218	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 29: Zusammensetzung des Budgets der Partnerschaften mit einem Gesamtbudget in Höhe von 85.000 €

	Absolut	In Prozent
Höchstförderung an Bundesmitteln und kommunale Mittel	89	72 %
Höchstförderung an Bundesmitteln und andere Drittmittel	21	17 %
Höchstförderung an Bundesmitteln und Landesmittel	10	8 %
Sonstiges	3	2 %
Gesamt	123	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften mit einem Gesamtbudget in Höhe von 85.000 € 2016 (n=123).

Tabelle 30: Komplementärförderung

	Absolut	In Prozent
Weitere Finanzierungsquellen vorhanden (kommunale Mittel, Landesmittel, Bundesmittel anderer Programme und/oder andere Drittmittel)	205	94 %
Keine weiteren Finanzierungsquellen vorhanden	13	6 %
Gesamt	218	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 31: Höhe der Komplementärförderung

	Absolut	In Prozent
Keine Drittmittel	13	6 %
weniger als 5000 €	2	1 %
5000 €	135	62 %
mehr als 5000 €	68	31 %
Gesamt	218	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 32: Höhe der Komplementärförderung differenziert nach Förderdauer

	Förderung seit Januar/Februar 2015 (1. Interessenbekundungsverfahren)		Förderung seit Juni/Juli 2015 (2. Interessenbekundungsverfahren)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Keine Drittmittel	7	4 %	6	13 %
weniger als 5000 €	1	1 %	1	2 %
5000 €	102	59 %	33	72 %
mehr als 5000 €	62	36 %	6	13 %
Gesamt	172	100 %	46	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 33: zu Abbildung 8: Quellen der Komplementärförderung

	Ja		Nein	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Öffentliche Zuschüsse: kommunale Mittel*	148	68 %	70	32 %
Öffentliche Zuschüsse: Landesmittel	50	23 %	168	77 %
Öffentliche Zuschüsse: Bundesmittel anderer Programme	1	0 %	217	100 %
Andere Drittmittel	38	17%	180	83 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218). *Im Falle der Stadtstaaten Berlin und Hamburg ist eine Differenzierung in kommunale Mittel und Landesmittel nicht möglich. Daher wurden die öffentlichen Zuschüsse dieser Stadtstaaten unter „kommunale Mittel“ gefasst.

Tabelle 34: Anteile der Partnerschaften, die Mittel aus Landesförderprogrammen erhalten, differenziert nach Bundesländern

	Landesmittel erhalten		Keine Landesmittel erhalten	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Hessen	15	83 %	3	17 %
Sachsen	14	88 %	2	12 %
Thüringen	21	95 %	1	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen in Bundesländern mit Landesförderprogrammen 2016 (n=74).

Tabelle 35: Durchschnittliches Budget der Partnerschaften differenziert nach Förderquellen

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Modus
Gesamtbudget	91.692 €	58.000 €	270.000 €	85.000 €
davon Programmmittel	78.398 €	55.000 €	80.000 €	80.000 €
davon öffentliche Zuschüsse: kommunale Mittel	5.476 €	0 €	149.000 €	5.000 €
davon öffentliche Zuschüsse: Landesmittel	6.466 €	0 €	45.894 €	0 €
davon andere Drittmittel	1.341 €	0 €	40.000 €	0 €

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 36: Durchschnittliches Gesamtbudget der Partnerschaften differenziert nach regionaler Verortung

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum
Alte Bundesländer	121	84.014 €	58.000 €	125.000 €
Neue Bundesländer	83	103.893 €	65.000 €	270.000 €
Berlin	14	85.714 €	85.000 €	90.000 €
Gesamt	218	91.692 €	58.000 €	270.000 €

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 37: Durchschnittliches Gesamtbudget der Partnerschaften differenziert nach regionaler Verortung ohne Partnerschaften mit Landesförderung

	n	Mittelwert	Minimum	Maximum
Alte Bundesländer	107	83.736 €	58.000 €	125.000 €
Neue Bundesländer	48	87.766 €	65.000 €	135.000 €
Berlin	14	85.714 €	85.000 €	90.000 €
Gesamt	169	85.044 €	58.000 €	135.000 €

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die keine Landesfördermittel erhalten 2016 (n=169).

Tabelle 38: Durchschnittliches Gesamtbudget der Partnerschaften differenziert nach Verwaltungseinheit

	N	Mittelwert	Minimum	Maximum
Kommune	119	88.191 €	58.000 €	270.000 €
Landkreis	73	97.920 €	60.000 €	229.000 €
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	26	90.231 €	66.000 €	125.000 €
Gesamt	218	91.692 €	58.000 €	270.000 €

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 39: Durchschnittliches Gesamtbudget der Partnerschaften differenziert nach Verwaltungseinheit

		N	Mittelwert	Minimum	Maximum
Alte Bundesländer	Kommune	82	83.162 €	58.000 €	104.307 €
	Landkreis	28	83.514 €	60.000 €	90.000 €
	Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	11	91.636 €	85.000 €	125.000 €
Neue Bundesländer	Kommune	23	107.627 €	65.000 €	270.000 €
	Landkreis	45	106.883 €	75.000 €	229.000 €
	Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	15	89.200 €	66.000 €	124.500 €
Berlin		14	85.714 €	85.000 €	90.000 €
Gesamt		218	91.692 €	58.000 €	270.000 €

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 40: Budgets der Partnerschaften im Jahr 2016 differenziert nach Förderbereich und Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstelle

		Mittelwert	Minimum	Maximum
Budget für die externe Koordinierungs- und Fachstelle	Partnerschaften mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=198)*	44.177 €	20.000 €	70.000 €
Budget des Aktions- und Initiativfonds	Partnerschaften mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=198)	31.500 €	20.000 €	178.000 €
	Partnerschaften mit interner Koordinierungs- und Fachstelle (n=20)	66.850 €	45.000 €	120.000 €
	Gesamt (N=218)	34.743 €	20.000 €	178.000 €
Budget des Jugendfonds	Gesamt (N=218)	6.011 €	5.000 €	10.000 €
Budget für Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit	Gesamt (N=218)	9.749 €	5.000 €	19.000 €
Sonstige Budgets/nicht zugewiesene Mittel	Gesamt (N=218)	971 €	0 €	40.000 €

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218). *Im Falle einer Partnerschaft befand sich die externe Koordinierungs- und Fachstelle zum Zeitpunkt der Erhebung bereits im Aufbau (s.o.). Entsprechend wurden hier bereits Programmmittel in Höhe von 20.000 € veranschlagt.

Tabelle 41: Anzahl der Mitglieder in den Begleitausschüssen 2015 und 2016

	Minimum	Maximum	Durchschnitt
Anzahl der Mitglieder in den Begleitausschüssen	7	51	17,6

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=216).

Tabelle 42: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe	In Prozent an der Gesamtanzahl
Gesamtanzahl der Mitglieder	17,6	7	51	3.797	100 %
davon professionelle zivilgesellschaftliche Akteure	5,8	0	19	1.248	36 %
davon ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure	4,5	0	19	9.82	33 %
davon staatliche/politische Akteure	6,3	0	19	1.357	26 %
davon Wirtschaftsakteure	0,3	0	4	73	2 %
davon Akteure aus sonstigen Bereichen	0,6	0	16	138	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2016 (n=216).

Tabelle 43: Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich ehrenamtlicher zivilgesellschaftlicher Akteure

	Begleitausschüsse, in denen die Akteursgruppe vertreten ist		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen	Minimum	Maximum	Summe
	Absolut	In Prozent				
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure	201	93 %	4,5	0	19	982
und zwar…						
Bürger/innen	84	39 %	1,0	0	17	216
Bürgerbündnisse, Initiativen	122	57 %	1,1	0	9	232
Vertreter/innen der Jugendforen	143	66 %	1,3	0	10	289
(Kleine) Vereine ohne entlohntes Personal	82	38 %	0,8	0	11	173
Konfessionell organisierte Strukturen	50	23 %	0,3	0	4	72

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2016 (n=216).

Tabelle 44: Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich professioneller zivilgesellschaftlicher Akteure

	Begleitausschüsse, in denen die Akteursgruppe vertreten ist		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen	Minimum	Maximum	Summe
	Absolut	In Prozent				
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteure	210	97 %	5,8	0	19	1248
und zwar…						
Vereine/ähnliche Rechtsformen mit finanzierter Struktur (z.B. Träger der Kinder- u. Jugendhilfe etc.)	195	90 %	3,0	0	17	657
Staatliche finanzierte Bildungs- und Hilfseinrichtungen (z.B. KiTas, VHS, Universitäten, etc.)	98	45 %	0,8	0	10	164
Professionelle Zusammenschlüsse (z.B. AK Migration etc.)	85	39 %	0,6	0	5	125
Konfessionelle Strukturen	136	62 %	1,1	0	6	227
Stiftungen	17	8 %	0,1	0	2	18
Gewerkschaften	50	23 %	0,3	0	3	57

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2016 (n=216).

Tabelle 45: Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich staatlicher/ politischer Akteure

	Begleitausschüsse, in denen die Akteursgruppe vertreten ist		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen	Minimum	Maximum	Summe
	Absolut	In Prozent				
Staatliche/politische Akteure	211	98 %	6,3	0	19	1357
und zwar…						
Verwaltung	199	92 %	3,2	0	12	685
Schulen	112	52 %	0,8	0	5	175
Polizei	95	44 %	0,5	0	3	104
Justiz	7	3 %	0,0	0	1	7
Parlamentsangehörige	85	39 %	1,3	0	8	288
Bürgermeister/in (auch ehrenamtliche Gemeindebürgermeister/in)	68	31 %	0,5	0	5	98

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2016 (n=216).

Tabelle 46: Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich der Wirtschaftsakteure

	Begleitausschüsse, in denen die Akteursgruppe vertreten ist		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen	Minimum	Maximum	Summe
	Absolut	In Prozent				
Wirtschaftsakteure	52	24 %	0,3	0	4	73
und zwar…						
Unternehmensvertreter/innen	27	13 %	0,2	0	4	34
Wirtschaftliche Zusammenschlüsse	32	15 %	0,2	0	3	39

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2016 (n=216).

Tabelle 47: Vertretung verschiedener Parteien in den Begleitausschüssen

	Absolut	In Prozent
SPD	81	38 %
CDU/CSU	74	34 %
Grüne	61	28 %
DIE LINKE	41	19 %
FDP	24	11 %
FREIE WÄHLER	23	11 %
Sonstige	14	7 %
Piratenpartei	8	4 %
AfD	3	1 %
NPD	0	0 %
Es ist keine Partei im Begleitausschuss vertreten	121	56 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2016 (n=216). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Es ist keine Partei im Begleitausschuss vertreten“.

Tabelle 48: Vertretung verschiedener Organisationen in den Begleitausschüssen

	Absolut	In Prozent
Jugendvertretungen/Jugendorganisation	158	73%
Migranten(selbst)organisationen	79	37%
Ausländerbeirat	69	32%
Gleichstellungsbüro/Genderbeauftragte/r	62	29%
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	23	11%
Senioren(selbst)organisation/Seniorengruppen	21	10%
LGBTI-(selbst)Organisation	16	7%
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	15	7%
Medien	11	5%
Selbstvertretungen von Geflüchteten/Asylsuchenden	7	3%
Männer(selbst)organisation/Männerverband	1	0%
Keine der genannten Akteursgruppen	27	13%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2016 (n=216). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Akteursgruppen".

Tabelle 49: Bedarf an Personen/Akteuren, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschuss vertreten sind differenziert nach Verwaltungsform

	Im Fördergebiet gibt es Migranten(selbst)organisationen			
	Ja		Nein	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Migranten(selbst)organisationen sind im BgA vertreten	75	50 %	75	50 %
Es sind keine Migranten(selbst)organisationen im BgA vertreten	4	6 %	62	94 %
Gesamt	137	63 %	79	37 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2016 (n=216).

Tabelle 50: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Personengruppen

Mitglieder in den Begleitausschüssen	Begleitausschüsse, mit mindestens einem/r Vertreter/in der jeweiligen Personengruppe“		Durchschnittliche Anzahl an Vertreter/innen der jeweiligen Personengruppe	Anteil der jeweiligen Personengruppe an der Gesamtanzahl der Begleitausschussmitglieder
	Absolut	In Prozent		
Frauen	215	100 %	7,9	45 %
Ehrenamtlich engagierte Personen	189	88 %	6,0	34 %
Personen mit Migrationshintergrund	139	64 %	1,9	11 %
Jugendliche (bis 18 Jahre)	98	45 %	0,8	5 %
Junge Erwachsene (19 bis 27 Jahre)	131	61 %	1,1	7 %
Senior/innen (ab 65 Jahre)	94	44 %	0,8	4 %
Personen mit Beeinträchtigung/ Behinderung	23	11 %	0,1	1 %
Asylsuchende/Geflüchtete	8	4 %	0,0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2016 (n=216).

Tabelle 51: Anzahl der Jugendlichen in den Begleitausschüssen differenziert nach dem Vorhandensein eines Jugendforums in den Partnerschaften für Demokratie

	n (Anzahl der Partnerschaften)	Mittelwert (Anzahl der Jugendlichen in den Begleitausschüssen)	Begleitausschüsse, in denen mindestens ein/e Jugendliche/r vertreten ist	
			Absolut	In Prozent
Partnerschaften für Demokratie mit einem etablierten Jugendforum	166	2,3	141	85 %
davon erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert	118	2,0	97	82 %
davon basierend auf einem bzw. mehreren bereits bestehenden Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung	48	2,9	44	92 %
Partnerschaften für Demokratie (noch) ohne ein Jugendforum	50	1,0	29	58 %
Gesamt	216	2,0	170	79 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2016 (n=216).

Tabelle 52: Bedarf an Personen/Akteuren, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschuss vertreten sind differenziert nach Verwaltungsform

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Kommune	67	57 %	17	15 %	33	28 %
Landkreis	55	75 %	5	7 %	13	18 %
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	17	65 %	5	19 %	4	15 %
Gesamt	139	64 %	27	13 %	50	23 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2016 (n=216).

Tabelle 53: Personen/Akteure, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschuss vertreten sind

	Absolut	In Prozent
Migranten(selbst)organisationen	60	43 %
Selbstvertretungen von Geflüchteten/Asylsuchenden	60	43 %
Wirtschaft	55	40 %
Jugendvertretungen/Jugendorganisationen	53	38 %
Bürgerbündnisse	43	31 %
Einzelne Bürger/innen	35	25 %
Sport	35	25 %
Selbstorganisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	32	23 %
Schule	30	22 %
Feuerwehr	28	20 %
religiöse Vereinigungen	27	19 %
Gleichstellungsbüro/Genderbeauftragte/r	24	17 %
Medien	24	17 %
Senioren(selbst)organisation/Seniorengruppen	22	16 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	22	16 %
Sonstige Bereiche	21	15 %
LGBTI-(selbst)organisationen	19	14 %
Polizei	17	12 %
Wissenschaft	14	10 %
Wohlfahrtsverbände	14	10 %
Ämter	9	7 %
Politik	9	7 %
Männer(selbst)organisation/Männerverband	8	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die Bedarfe an weiteren Personen/Akteuren identifizieren (n=139) 2016. Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 54: zu Abbildung 10: „Komplementarität“ der Begleitausschussmitglieder

	Mittelwert
Die Besetzung unseres Begleitausschusses wird im Laufe der Entwicklung unserer Partnerschaft regelmäßig auf fehlende Akteursgruppen und Kompetenzbereiche hin überprüft und bei Bedarf verändert.	4,8
Die Ressourcen einzelner Mitglieder des Begleitausschusses (z.B. Fachkenntnisse, Zugänge zu bestimmten Zielgruppen, etc.) werden im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft effektiv genutzt.	5,1
Die Mitglieder des Begleitausschusses vertreten unterschiedliche Professionen, Handlungsfelder und Kompetenzbereiche.	5,6

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen im Rahmen der Demokratie-Index-Erhebung (n=212) 2016. Sechs Partnerschaften wurden aus der Analyse ausgeschlossen: In drei Fällen liegen keine Angaben vor, zwei weitere Partnerschaft für Demokratie verfügen anstelle des Begleitausschusses über ein anderes, flexibles Steuerungsgremium. In einem Fall werden zwei Partnerschaften durch einen gemeinsamen Ausschuss begleitet. Mittelwerte von 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Tabelle 55: zu Abbildung 11: „Netzwerkvision“ der Begleitausschüsse

	Mittelwert
In unserem Begleitausschuss wurde ein Selbstverständnis erarbeitet, das von sämtlichen Mitgliedern des Begleitausschusses geteilt wird.	4,8
Die Mitglieder des Begleitausschusses sind sich über die Ziele des Steuerungsgremiums einig.	5,0
Die Mitglieder des Begleitausschusses verstehen sich nicht ausschließlich als Vertreter/innen von Eigeninteressen, sondern als Teil eines Netzwerks mit gemeinsamen Zielen.	5,2

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen im Rahmen der Demokratie-Index-Erhebung (n=212) 2016. Sechs Partnerschaften wurden aus der Analyse ausgeschlossen: In drei Fällen liegen keine Angaben vor, zwei weitere Partnerschaft für Demokratie verfügen anstelle des Begleitausschusses über ein anderes, flexibles Steuerungsgremium. In einem Fall werden zwei Partnerschaften durch einen gemeinsamen Ausschuss begleitet. Mittelwerte von 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Tabelle 56: zu Abbildung 12: „Netzwerkkoordination“ der Begleitausschüsse

	Mittelwert
Die Koordinierung der Arbeit des Begleitausschusses ist langwierig und ermüdend.	2,1
Die Arbeitsergebnisse des Begleitausschusses werden regelmäßig mit Blick auf eine Qualitätssteigerung reflektiert.	4,4
Die Arbeitsweise des Begleitausschusses ist gut strukturiert.	5,1

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen im Rahmen der Demokratie-Index-Erhebung (n=212) 2016. Sechs Partnerschaften wurden aus der Analyse ausgeschlossen: In drei Fällen liegen keine Angaben vor, zwei weitere Partnerschaft für Demokratie verfügen anstelle des Begleitausschusses über ein anderes, flexibles Steuerungsgremium. In einem Fall werden zwei Partnerschaften durch einen gemeinsamen Ausschuss begleitet. Mittelwerte von 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Tabelle 57: zu Abbildung 13: „Interaktionsdichte“ der Begleitausschüsse

	Mittelwert
Die Zusammenarbeit im Begleitausschuss ist konfliktreich und zeitaufwändig.	2,0
Die Mitglieder des Begleitausschusses stehen auch unabhängig von den Treffen im Begleitausschuss miteinander in Kontakt.	4,6
Der Austausch im Begleitausschuss ist in der Regel intensiv und daher für die Umsetzung der Partnerschaft hilfreich.	5,0

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen im Rahmen der Demokratie-Index-Erhebung (n=212) 2016. Sechs Partnerschaften wurden aus der Analyse ausgeschlossen: In drei Fällen liegen keine Angaben vor, zwei weitere Partnerschaft für Demokratie verfügen anstelle des Begleitausschusses über ein anderes, flexibles Steuerungsgremium. In einem Fall werden zwei Partnerschaften durch einen gemeinsamen Ausschuss begleitet. Mittelwerte von 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Tabelle 58: zu Abbildung 14:„Netzwerknutzen“ für die eingebunden Akteure

	Mittelwert
Durch ihr Engagement erwerben die Mitglieder Kompetenzen, die auch über die Arbeit des Begleitausschusses hinaus relevant sind.	4,6
Durch die Zusammenarbeit im Begleitausschuss ergeben sich Kooperationen, die auch für die eigene Arbeit der einzelnen Mitglieder von Vorteil sind.	4,8
Die Mitglieder sehen die Arbeit im Begleitausschuss als wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung.	4,9

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen im Rahmen der Demokratie-Index-Erhebung (n=212) 2016. Sechs Partnerschaften wurden aus der Analyse ausgeschlossen: In drei Fällen liegen keine Angaben vor, zwei weitere Partnerschaft für Demokratie verfügen anstelle des Begleitausschusses über ein anderes, flexibles Steuerungsgremium. In einem Fall werden zwei Partnerschaften durch einen gemeinsamen Ausschuss begleitet. Mittelwerte von 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Tabelle 59: zu Abbildung 15: „Nachhaltigkeit“ der Netzwerke

	Mittelwert
Unser Begleitausschuss ist vor Ort als etabliertes Gremium zur Demokratieförderung bekannt und es bestehen reelle Chancen, dass er als Fachgremium erhalten bleibt.	3,6
Die geschaffenen Beziehungen zwischen den Mitgliedern des Begleitausschusses werden auch nach dem Auslaufen des Bundesprogramms aufrecht erhalten bleiben.	4,5
Die Mitglieder des Begleitausschusses haben ein hohes Interesse an einer langfristigen Zusammenarbeit.	4,8

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen im Rahmen der Demokratie-Index-Erhebung (n=212) 2016. Sechs Partnerschaften wurden aus der Analyse ausgeschlossen: In drei Fällen liegen keine Angaben vor, zwei weitere Partnerschaft für Demokratie verfügen anstelle des Begleitausschusses über ein anderes, flexibles Steuerungsgremium. In einem Fall werden zwei Partnerschaften durch einen gemeinsamen Ausschuss begleitet. Mittelwerte von 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Tabelle 60: Begleitausschusstypen

	Absolut	In Prozent
Typ 1	85	40 %
Typ 2	103	49 %
Typ 3	24	11 %
Gesamt	212	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen im Rahmen der Demokratie-Index-Erhebung (n=212) 2016. Sechs Partnerschaften wurden aus der Analyse ausgeschlossen: In drei Fällen liegen keine Angaben vor, zwei weitere Partnerschaft für Demokratie verfügen anstelle des Begleitausschusses über ein anderes, flexibles Steuerungsgremium. In einem Fall werden zwei Partnerschaften durch einen gemeinsamen Ausschuss begleitet. Mittelwerte von 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Tabelle 61: Begleitausschusstypen differenziert nach regionaler Verortung

	Typ 1		Typ 2		Typ 3	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Alte Bundesländer	45	53 %	63	61 %	12	50 %
Neue Bundesländer	35	41 %	36	35 %	9	37 %
Berlin	5	6 %	4	4 %	3	13 %
Gesamt	85	100 %	103	100 %	24	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen im Rahmen der Demokratie-Index-Erhebung (n=212) 2016. Sechs Partnerschaften wurden aus der Analyse ausgeschlossen: In drei Fällen liegen keine Angaben vor, zwei weitere Partnerschaft für Demokratie verfügen anstelle des Begleitausschusses über ein anderes, flexibles Steuerungsgremium. In einem Fall werden zwei Partnerschaften durch einen gemeinsamen Ausschuss begleitet.

Tabelle 62: zu Abbildung 16: (Kern-)Netzwerkqualität – Drei Begleitausschusstypen

	Komplementarität	Netzwerkvision	Interaktionsdichte	Koordination	Nutzen	Nachhaltigkeit
Typ 1 (n=85)	5,6	5,6	5,4	5,4	5,5	5,1
Typ 2 (n=103)	5,0	4,8	4,7	4,7	4,5	4,0
Typ 3 (n=24)	4,0	3,5	3,6	3,4	3,2	2,7
Insgesamt (n=212)	5,2	5,0	4,9	4,8	4,7	4,3

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen im Rahmen der Demokratie-Index-Erhebung (n=212) 2016. Sechs Partnerschaften wurden aus der Analyse ausgeschlossen: In drei Fällen liegen keine Angaben vor, zwei weitere Partnerschaft für Demokratie verfügen anstelle des Begleitausschusses über ein anderes, flexibles Steuerungsgremium. In einem Fall werden zwei Partnerschaften durch einen gemeinsamen Ausschuss begleitet. Mittelwerte von 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Tabelle 63: Begleitausschusstypen differenziert nach Erfahrung des dienstältesten Koordinators

	Absolut	Mittelwert (Erfahrung in Jahren)
Typ 1	84*	4,2
Typ 2	103	3,9
Typ 3	24	2,8
Gesamt	211	3,9

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen im Rahmen der Demokratie-Index-Erhebung (n=211) 2016. Sechs Partnerschaften wurden aus der Analyse ausgeschlossen: In drei Fällen liegen keine Angaben vor, zwei weitere Partnerschaft für Demokratie verfügen anstelle des Begleitausschusses über ein anderes, flexibles Steuerungsgremium. In einem Fall werden zwei Partnerschaften durch einen gemeinsamen Ausschuss begleitet. *Die Koordinierungsstelle einer Partnerschaft ist derzeit nicht besetzt.

Tabelle 64: Durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Umsetzungsstand der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Begleitausschusstypen

	Absolut	Mittelwert
Typ 1	85	7,3
Typ 2	103	6,7
Typ 3	24	6,0
Gesamt	212	6,8

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen im Rahmen der Demokratie-Index-Erhebung (n=211) 2016. Sechs Partnerschaften wurden aus der Analyse ausgeschlossen: In drei Fällen liegen keine Angaben vor, zwei weitere Partnerschaft für Demokratie verfügen anstelle des Begleitausschusses über ein anderes, flexibles Steuerungsgremium. In einem Fall werden zwei Partnerschaften durch einen gemeinsamen Ausschuss begleitet. Mittelwerte von 1=„Sehr unzufrieden“ bis 10=„Sehr zufrieden“.

Tabelle 65: Unterstützungsbedarfe differenziert nach Begleitausschusstypen

	Typ 1	Typ 2	Typ 3	Gesamt
Jugendforen implementieren und Jugendbeteiligung sicherstellen	60%	61%	54%	60%
Umgang mit Bedrohung engagierter Akteure	16%	13%	4%	13%
Aktivierung des Begleitausschusses als strategisch arbeitendes Gremium	40%	52%	75%	50%
Umgang mit einem polarisiertem öffentlichen Diskurs	34%	37%	13%	33%
Umgang mit hate-speech in sozialen Medien	39%	32%	13%	33%
Entwicklung/Umsetzung einer Strategie der öffentlichen Gegenrede	24%	44%	25%	33%
Schärfung des Aufgabenprofils der Partnerschaft im Rahmen der Flüchtlingshilfe	20%	30%	13%	24%
Umgang mit Parlamentsanfragen	6%	3%	17%	6%
Aktivierung/Gewinnung neuer/zentraler Akteure	48%	64%	71%	58%
Umgang mit und Moderation von Konflikten innerhalb der Partnerschaft für Demokratie	15%	26%	29%	22%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen im Rahmen der Demokratie-Index-Erhebung (n=211) 2016. Sechs Partnerschaften wurden aus der Analyse ausgeschlossen: In drei Fällen liegen keine Angaben vor, zwei weitere Partnerschaft für Demokratie verfügen anstelle des Begleitausschusses über ein anderes, flexibles Steuerungsgremium. In einem Fall werden zwei Partnerschaften durch einen gemeinsamen Ausschuss begleitet. Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 66: Durchschnittliche Beurteilung des Engagements der Mitglieder der Begleitausschüsse in den verschiedenen Aufgabenbereichen differenziert nach Begleitausschusstypen

	Mittelwerte			
	Typ 1 (n=85)	Typ 2 (n=103)	Typ 3 (n=24)	Insgesamt (n=121)
Entscheidungsfindung über die zu fördernden Projekte	3,8	3,8	3,5	3,7
(Fort-)Entwicklung der integrierten Handlungsstrategie der Partnerschaft für Demokratie	2,9	2,7	2,0	2,7
Beratung und Begleitung der Projektträger bei der Umsetzung von Maßnahmen und Initiativen im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie	2,4	1,7	1,6	2,0
Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit (Beteiligung bei Veranstaltungen, Foren) zur Bekanntmachung der Partnerschaft für Demokratie und/oder programmrelevante Themen	2,7	2,4	1,8	2,4
Vernetzung mit relevanten Akteur/innen vor Ort	3,2	2,7	2,3	2,9
Informationsaustausch über aktuelle demokratiegefährdende und fremdenfeindliche Entwicklungen vor Ort	3,1	2,7	2,0	2,8
Sicherstellung einer nachhaltigen Verankerung der integrierten Handlungsstrategie in der Förderregion	2,9	2,3	1,5	2,5
Proaktive Erschließung (neuer) Akteure zur Umsetzung der integrierten Handlungsstrategie	2,5	2,0	1,5	2,2

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen im Rahmen der Demokratie-Index-Erhebung (n=212) 2016. Sechs Partnerschaften wurden aus der Analyse ausgeschlossen: In drei Fällen liegen keine Angaben vor, zwei weitere Partnerschaft für Demokratie verfügen anstelle des Begleitausschusses über ein anderes, flexibles Steuerungsgremium. In einem Fall werden zwei Partnerschaften durch einen gemeinsamen Ausschuss begleitet. Mittelwerte von 0=„Kein Engagement“ bis 4=„Hohes Engagement“.

Tabelle 67: Partnerschaft für Demokratie mit einem Konzept für eine Integrierte Handlungsstrategie differenziert nach Begleitausschusstypen

	Wurde in Ihrer Partnerschaft für Demokratie ein Konzept für eine integrierte Handlungsstrategie entwickelt bzw. fortgeschrieben?			
	Ja		Nein	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Typ 1	73	86 %	12	14 %
Typ 2	78	76 %	35	24 %
Typ 3	17	71 %	7	29 %
Gesamt	168	79 %	44	21 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen im Rahmen der Demokratie-Index-Erhebung (n=211) 2016. Sechs Partnerschaften wurden aus der Analyse ausgeschlossen: In drei Fällen liegen keine Angaben vor, zwei weitere Partnerschaft für Demokratie verfügen anstelle des Begleitausschusses über ein anderes, flexibles Steuerungsgremium. In einem Fall werden zwei Partnerschaften durch einen gemeinsamen Ausschuss begleitet.

Tabelle 68: Engagement der Begleitausschüsse in den verschiedenen Aufgabenbereichen

	Hohes Engagement		Eher hohes Engagement		Eher geringes Engagement		Geringes Engagement		Kein Engagement	
	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
Beratung und Begleitung der Projektträger bei der Umsetzung von Maßnahmen und Initiativen im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie	14	6 %	54	25 %	82	38 %	43	20 %	0	0 %
Proaktive Erschließung (neuer) Akteure zur Umsetzung der integrierten Handlungsstrategie	12	6 %	72	33 %	83	38 %	38	18 %	3	1 %
Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit (Beteiligung bei Veranstaltungen, Foren) zur Bekanntmachung der PfD und/oder programmrelevanter Themen	18	8 %	90	42 %	81	38 %	20	9 %	23	11 %
Sicherstellung einer nachhaltigen Verankerung der integrierten Handlungsstrategie in der Förderregion	27	13 %	92	43 %	65	30 %	23	10 %	7	3 %
(Fort-)Entwicklung der integrierten Handlungsstrategie der Partnerschaft für Demokratie	33	15 %	106	49 %	60	28 %	14	7 %	2	1 %
Vernetzung mit relevanten Akteur/innen vor Ort	42	19 %	123	57 %	36	17 %	13	6 %	3	1 %
Informationsaustausch über aktuelle demokratiegefährdende und fremdenfeindliche Entwicklungen vor Ort	45	21 %	103	48 %	52	24 %	13	6 %	9	4 %
Entscheidungsfindung über die zu fördernden Projekte	163	75 %	50	23 %	2	1 %	1	1 %	11	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2016 (n=216).

Tabelle 69: Einschätzungen der Koordinator/innen hinsichtlich des Bekanntheitsgrades ihrer Partnerschaft für Demokratie

	Absolut	In Prozent
1 (=niedrig)	2	1 %
2	5	2 %
3	21	10 %
4	26	12 %
5	37	17 %
6	57	26 %
7	49	23 %
8	20	9 %
9	0	0 %
10 (=hoch)	1	0 %
Gesamt	218	100 %
Mittelwert = 5,6		

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 70: Anzahl der geplanten Demokratiekonferenzen für das Jahr 2016

	Absolut	In Prozent
1	107	49 %
2	103	47 %
3	4	2 %
4	1	0 %
5	2	1 %
Keine Angabe möglich*	1	0 %
Gesamt	218	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218). *Hierbei handelt es sich um eine Partnerschaft, deren externe Koordinierungs- und Fachstelle längere Zeit unbesetzt war. Daher waren zum Zeitpunkt der Befragung noch keine Demokratiekonferenzen geplant.

Tabelle 71: Anzahl der Teilnehmer/innen an den Demokratiekonferenzen

	N	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe
Anzahl der Teilnehmer/innen an den Demokratiekonferenzen	120	58	8	400	6.986

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die bereits eine Demokratiekonferenz durchgeführt haben 2016 (n=120).

Tabelle 72: zu Abbildung 18: Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
Breite Beteiligung Jugendlicher	7	6 %	29	24 %	36	30 %	37	31 %	11	9 %
Breite Beteiligung von Verantwortlichen aus der Verwaltung	19	16 %	43	36 %	38	32 %	17	13 %	3	3 %
Breite Beteiligung von Verantwortlichen aus der Politik	17	14 %	35	29 %	39	33 %	21	17 %	8	7 %
Breite Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern	10	8 %	15	13 %	46	38 %	41	34 %	8	7 %
Breite Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Bündnisse und Zusammenschlüsse	26	22 %	42	35 %	33	27 %	16	13 %	3	3 %
Breite Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Akteure/Träger/Einrichtungen	40	33 %	50	42 %	22	18 %	6	5 %	2	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=120).

Tabelle 73: zu Abbildung 19: Umsetzung der Demokratiekonferenzen

	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
Bildung von Arbeitskreisen und Fachgruppen zur Prozessentwicklung	9	8 %	18	15 %	28	23 %	37	31 %	28	23 %
Partizipative Entwicklung bzw. Fortschreibung eines Konzepts zur strategischen Ausgestaltung der Partnerschaft für Demokratie	24	20 %	34	28 %	34	28 %	23	19 %	5	5 %
Aktiver Austausch zu aktuellen programmrelevanten Entwicklungen vor Ort	40	33 %	58	48 %	13	11 %	9	8 %	0	0 %
Erfolgreiche Aktivierung bisher nicht beteiligter Personengruppe(n) zur Mitwirkung in der Partnerschaft für Demokratie	6	5 %	32	27 %	43	36 %	30	25 %	9	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=120).

Tabelle 74: zu Abbildung 20: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung

„In unserer Förderregion gibt es…“	Trifft voll zu		Trifft eher zu		Teils/teils		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
….aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen	62	28 %	78	36 %	58	27 %	15	7 %	4	2 %	1	0 %
….einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteure	34	16 %	60	27 %	78	36 %	33	15 %	7	3 %	6	3 %
…eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/ Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden könnten.	23	11 %	61	28 %	103	47 %	16	7 %	3	1 %	12	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 75: Aktivierungspotentiale in den Förderregionen

	Anzahl der Nennungen
Sportvereine	18
Schulen	14
Migrant/innen(selbst)organisationen	11
Feuerwehr	9
Jugendgruppen/-verbände und -zentren	9
Ehrenamtliche/Initiativen in der Flüchtlingsarbeit	8
Jugendliche	8
Zivilgesellschaftliche Akteure allgemein	8
Wirtschaft, Unternehmen	7
Vereine und Verbände im gesamten Landkreis	6
Menschen mit Migrationshintergrund	5
Religiöse Gemeinden/Gruppen, Glaubensgemeinschaften	5
Kitas	4
Kulturelle Organisationen / Vereine	4
Sozial stark benachteiligte Personengruppen	3
Ehrenamt (allgemein)	3
Akteure aus Verwaltung und Politik	3
Menschen/ Organisationen im ländlichen Raum	2
Rentner / Senioren	2
Selbsthilfeorganisationen/-gruppen	2
Studierende	2
Sonstiges	9

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 aus Förderregionen mit hohem Aktivierungspotential (n=85). Kodierung offener Angaben. Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 76: Erläuterungen der Koordinator/innen zu den Gründen für geringe Aktivierungspotentiale in der Förderregion

	Anzahl der Nennungen
Geringes Aktivierungspotential durch eine geringe Anzahl an relevanten Akteuren/Organisationen in der Förderregion	1
Geringes Aktivierungspotential durch strukturelle Hindernisse (Förderregion ist ein Flächenland, hohe Heterogenität der Personen/Organisationen in der Förderregion erschwert eine Aktivierung; vorhandenes Engagement eher kleinteilig und auf einzelne Events bezogen; überalterte hierarchische Vereinsstrukturen erschweren den Zugang)	4
Geringes Aktivierungspotential, da die Mehrzahl der Personen/Organisationen bereits eingebunden ist (z.T. durch langjährige etablierte Netzwerke, die bereits im Rahmen der Vorgängerprogramme etabliert wurden)	11
Grundsätzlich (hohes) Aktivierungspotential vorhanden, nicht engagierte Personen/Vereine sind jedoch nur schwer oder nur vereinzelt für längerfristige Arbeit zu gewinnen	3

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 aus Förderregionen mit geringem Aktivierungspotential (n=19). Kodierung offener Angaben.

Tabelle 77: Antragsteller der geförderten Projekte/Initiativen

	2015		2016	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Schulvereine/Fördervereine von Schulen	41	41 %	112	54 %
Sonstige Vereine (Tourismusvereine, Kulturvereine etc.)	46	46 %	107	51 %
Bildungs- /Qualifizierungsträger	32	32 %	97	47 %
Bürgerbündnisse, -initiativen zu programmrelevanten Themen	47	47 %	95	46 %
Freier Träger der Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft	*		85	41 %
Jugendverbände	22	22 %	83	40 %
Jugendring	24	24 %		
Einzelpersonen oder Gruppen ohne Vereinsstatus	31	31 %	77	37 %
Sportvereine/Sportverbände	30	30 %	77	37 %
christliche Gemeinschaften	27	27 %	73	35 %
Wohlfahrtsverband	22	22 %	50	24 %
Migranten(selbst)organisationen	16	16 %	49	24 %
Netzwerke	20	20 %	48	23 %
Kulturelle Einrichtungen (Museen, Theater usw.)	19	19 %	43	21 %
Träger der kulturellen Jugendbildung (Kunstwerkstätten, Jugendkunstschulen u. ä.)	15	15 %	39	19 %
Sonstiges	23	23 %	30	14 %
muslimische Gemeinschaften	6	6 %	20	10 %
Schulen	15	15 %	18	9 %
Träger aus dem Bereich Rettungsdienste, Katastrophenschutz (Freiwillige Feuerwehr, THW, usw.)	7	7 %	16	8 %
Kindertagesstätten	5	5 %	12	6 %
jüdische Gemeinschaften	1	1 %	10	5 %
Stiftungen	6	6 %	9	4 %
Gewerkschaften	1	1 %	7	3 %
Wirtschaftsverband	1	1 %	2	1 %
LGBTI-(Selbst-)Organisationen	*		15	7 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	*		15	7 %
Geflüchtete/Asylsuchende und/oder deren Selbstvertretungen	*		14	7 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	*		11	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (n=101) und 2016 (N=218). Mehrfachnennungen sind möglich.
*Kategorie wurde im Jahr 2015 nicht abgefragt.

Tabelle 78: zu Abbildung 21: Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion

	Absolut	In Prozent
Demokratieförderung	89	41 %
Förderung der Anerkennung gesellschaftlicher, kultureller, religiöser und anderer Formen der Vielfalt	83	38 %
Unterstützung des Engagements für die Integration von Geflüchteten und Asylsuchenden	23	11 %
Prävention von Radikalisierung und Gewalt	19	9 %
Kann ich nicht beurteilen	4	2 %
Gesamt	218	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 79: Bereiche, in denen durch die Arbeit in der Partnerschaft für Demokratie Verbesserungen bzw. Fortschritte angestrebt werden

	Absolut	In Prozent
Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl/Rechtspopulismus	204	94 %
Demokratiedistanz	187	86 %
Rechtsextremismus	170	78 %
Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit	125	57 %
Antisemitismus	75	34 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	66	30 %
Homo- und Transfeindlichkeit	58	27 %
Antiziganismus	38	17 %
Linke Militanz	5	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218). Mehrfachnennungen möglich.

Tabelle 80: Aktuelle Situation in der Förderregion im Handlungsfeld „Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl/Rechtspopulismus“

	Trifft voll zu	Trifft eher zu	Teils/ teils	Trifft eher nicht zu	Trifft gar nicht zu
Ehrenamtliche Unterstützung von Geflüchteten wird als bürgerschaftliches Engagement für Offenheit, Toleranz und Vielfalt wertgeschätzt und umfassend gestärkt.	40 %	44 %	13 %	3 %	0 %
Politische und weitere deutungsmächtige Akteure stehen mit ihrer Haltung öffentlich für eine vielfältige und menschenrechtsorientierte gesellschaftliche Ausrichtung ein.	32 %	42 %	20 %	6 %	0 %
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure führen einen öffentlich zugänglichen und konstruktiven Dialog im Umgang mit Zuwanderung.	21 %	41 %	30 %	6 %	2 %
Bürger/innen nehmen Gelegenheiten zu Begegnungen, die zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten beitragen, umfassend wahr.	12 %	27 %	50 %	11 %	0 %
Der Verbreitung von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten wird regelmäßig durch eine faktenbasierte Information der Bürger/innen begegnet.	10 %	36 %	38 %	13 %	3 %
Fremdenfeindlichen und wohlstandschauvinistischen Äußerungen, Positionierungen und Übergriffen wird mit einem abgestimmten Verfahren der öffentlichen Gegenrede und Solidarisierung begegnet.	8 %	22 %	44 %	23 %	3 %
Geflüchtete sind in lokale Vereine und Organisationen eingebunden.	7 %	28 %	51 %	13 %	1 %
Rechtspopulistische Bewegungen sind im öffentlichen Raum nicht präsent.	4 %	16 %	32 %	32 %	16 %
Geflüchtete artikulieren und vertreten ihre Belange.	3 %	13 %	41 %	37 %	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich „Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl/Rechtspopulismus“ anstreben 2016 (n=204).

Tabelle 81: Aktuelle Situation in der Förderregion im Handlungsfeld „Demokratiedistanz“

	Trifft voll zu	Trifft eher zu	Teils/teils	Trifft eher nicht zu	Trifft gar nicht zu
Multiplikator/innen/deutungsmächtige Akteure in Vereinen und Organisationen verfügen über ausreichendes Know-how zu Demokratieentwicklung und zur Gestaltung partizipativer Prozesse.	6 %	37 %	44 %	13 %	1 %
Diskursive Aushandlungsprozesse werden als Bestandteil der demokratischen Praxis verstanden und von Politik und Bürgerschaft entsprechend respektvoll geführt.	7 %	26 %	47 %	17 %	3 %
Es erfolgt eine kontinuierliche Information und sachliche Auseinandersetzung zu demokratischen Werten und Menschenrechten.	7 %	40 %	40 %	12 %	1 %
Es existieren vielfältige Gelegenheitsstrukturen zum Erlernen und Einüben demokratischer Praxis.	10 %	34 %	40 %	15 %	1 %
Politik und Verwaltung setzen sich aktiv für die Senkung der Hürden und Vorbehalte politischer Partizipation von Bürger/innen ein (z.B. Bürgerkonsultationen, Bürgerdialoge, Bürgersprechstunden).	12 %	38 %	35 %	14 %	1 %
Eine Vielzahl von Bürger/innen zeigt Interesse und nimmt aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens (z.B. Nutzung Dorfgemeinschaftshäuser, Projekte mit Geflüchteten etc.) teil.	16 %	38 %	37 %	8 %	1 %
Bürgernetzwerke, Vereine etc. vitalisieren als Gelegenheitsstrukturen bürgerschaftlichen Engagements die lokale politische Kultur.	16 %	46 %	31 %	5 %	1 %
Das Spektrum der demokratisch engagierten Akteursgruppen ist vielfältig.	19 %	37 %	31 %	12 %	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich „Demokratiedistanz“ anstreben 2016 (n=187).

Tabelle 82: Aktuelle Situation in der Förderregion im Handlungsfeld „Rechtsextremismus“

	Trifft voll zu	Trifft eher zu	Teils/teils	Trifft eher nicht zu	Trifft gar nicht zu
Rechtsextreme Akteure sind im öffentlichen Raum nicht präsent.	4 %	24 %	29 %	22 %	21 %
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind im Umgang mit Erscheinungsformen und Strategien des Rechtsextremismus kompetent.	10 %	40 %	40 %	9 %	1 %
Opfer rechtsextremer Übergriffe erfahren Solidarität, der Verbreitung einer Kultur der Angst wird aktiv entgegengewirkt.	12 %	42 %	39 %	5 %	1 %
Die Mobilisierungsfähigkeit bei rechtsextremen Vorfällen ist hoch.	18 %	32 %	36 %	13 %	1 %
Die kommunale Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus erfolgt kontinuierlich und nicht nur reaktiv auf Vorfälle.	21 %	32 %	29 %	14 %	4 %
Ordnungsämter, Polizei etc. und zivilgesellschaftliche Akteure kooperieren bei rechtsextrem motivierten Vorfällen.	24 %	41 %	30 %	6 %	0 %
Relevante Akteure verfügen über profunde und aktuelle Situationskenntnis zu rechtsextremen Strukturen, Erscheinungsformen und Aktivitäten vor Ort.	24 %	44 %	26 %	5 %	1 %
Rechtsextrem motivierte Vorfälle werden weder verschwiegen noch als Teil der gesellschaftlichen Normalität akzeptiert, sondern öffentlich thematisiert und verurteilt.	27 %	36 %	29 %	6 %	2 %
Deutungsmächtige Akteure üben Gegenrede und positionieren sich wahrnehmbar gegen Rechtsextremismus.	32 %	31 %	28 %	9 %	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich „Rechtsextremismus“ anstreben 2016 (n=170).

Tabelle 83: Aktuelle Situation in der Förderregion im Handlungsfeld „Linke Militanz“

	Trifft voll zu	Trifft eher zu	Teils/teils	Trifft eher nicht zu	Trifft gar nicht zu
Opfer linksextremer Übergriffe erfahren Solidarität, der Verbreitung einer Kultur der Angst wird aktiv entgegengewirkt.	0 %	0 %	25 %	75 %	0 %
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind im Umgang mit Erscheinungsformen und Strategien des Linksextremismus kompetent.	0 %	0 %	25 %	75 %	0 %
Die kommunale Auseinandersetzung mit Linksextremismus erfolgt kontinuierlich und nicht nur reaktiv auf Vorfälle.	0 %	25 %	0 %	50 %	25 %
Deutungsmächtige Akteure positionieren sich wahrnehmbar gegen Linksextremismus für Gewaltfreiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.	0 %	25 %	25 %	50 %	0 %
Relevante Akteure verfügen über profunde und aktuelle Situationskenntnis zu linksmilitanten Strukturen, Erscheinungsformen und Aktivitäten vor Ort.	0 %	25 %	25 %	50 %	0 %
Ordnungsämter, Polizei etc. und ggf. auch zivilgesellschaftliche Akteure kooperieren bei linksextrem motivierten Vorfällen.	25 %	25 %	50 %	0 %	0 %
Linksextrem motivierte Vorfälle (Sachbeschädigungen, Gewalttaten, Bedrohungen) werden weder verschwiegen noch als Teil der gesellschaftlichen Normalität akzeptiert, sondern öffentlich thematisiert und verurteilt.	25 %	25 %	50	0 %	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich „Linke Militanz“ anstreben 2016 (n=5).

Tabelle 84: Aktuelle Situation in der Förderregion im Handlungsfeld „Islamistische Orientierungen und Handlungen“

	Trifft voll zu	Trifft eher zu	Teils/teils	Trifft eher nicht zu	Trifft gar nicht zu
Lokale Organisationen und Institutionen verfügen über ausreichend Know-How, um Kenntnisse zur islamischen Religion und Kultur zu vermitteln.	2 %	20 %	53 %	24 %	2 %
Muslime und islamische Organisationen sind umfassend in die Prävention von Islamismus eingebunden.	3 %	23 %	44 %	29 %	2 %
Die Bereitschaft zur kommunalen Auseinandersetzung mit Desintegrationsprozessen muslimischer Bevölkerungsgruppen ist hoch.	2 %	27 %	44 %	27 %	0 %
Relevante Akteure kennen und kooperieren mit den vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangeboten im Themenfeld Islamismus.	5 %	33 %	48 %	12 %	2 %
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind über lokale islamistische Akteure und gängige Rekrutierungswege informiert.	6 %	32 %	48 %	12 %	2 %
Multiplikator/innen (z.B. Jugendarbeiter/innen, Lehrer/innen, Eltern, Imame etc.) sind für die Anzeichen und Hintergründe islamistischer Radikalisierung bei Heranwachsenden sensibilisiert.	8 %	24 %	48 %	20 %	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ anstreben 2016 (n=66).

Tabelle 85: Aktuelle Situation in der Förderregion im Handlungsfeld „Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit“

	Trifft voll zu	Trifft eher zu	Teils/teils	Trifft eher nicht zu	Trifft gar nicht zu
Es findet eine aufklärende öffentliche Auseinandersetzung mit Islamfeindlichkeit und ihren Kernthemenstellungen (z.B. Terrorangst, Unterdrückung von Frauen, Parallelgesellschaften) statt.	0 %	19 %	47 %	30 %	4 %
Relevante Zielgruppen sind über islamische Diversität informiert und sensibilisiert gegenüber pauschalisierenden Zuschreibungen.	2 %	18 %	51 %	26 %	3 %
Muslime und islamische Organisationen engagieren sich für die Prävention und den Abbau von Islamfeindlichkeit.	5 %	30 %	36 %	22 %	7 %
Muslime bzw. deren Zusammenschlüsse und Organisationen nehmen aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben teil.	6 %	33 %	33 %	21 %	8 %
Islamische Religion und Kultur kann von Muslimen öffentlich wahrnehmbar gelebt werden und wird von der Bevölkerung respektiert.	9 %	34 %	39 %	13 %	5 %
Anfeindungen oder Übergriffe gegenüber Menschen muslimischen Glaubens werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	12 %	27 %	38 %	18 %	5 %
Deutungsmächtige Akteure (z.B. Personen des öffentlichen Lebens, Politiker/innen etc.) positionieren sich für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe von Muslimen.	22 %	34 %	32 %	9 %	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich „Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit“ anstreben 2016 (n=125).

Tabelle 86: Aktuelle Situation in der Förderregion im Handlungsfeld „Antisemitismus“

	Trifft voll zu	Trifft eher zu	Teils/teils	Trifft eher nicht zu	Trifft gar nicht zu
Relevante Zielgruppen sind zum Israel-Palästina-Konflikt und aktuellen Formen des Antisemitismus aufgeklärt.	0 %	16 %	53 %	21 %	9 %
Die Bevölkerung ist bezüglich historischer und aktueller Formen von Antisemitismus sensibilisiert.	5 %	28 %	53 %	13 %	0 %
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind in der Eindämmung antisemitischer Vorurteile kompetent.	8 %	31 %	48 %	13 %	0 %
Menschen jüdischen Glaubens können frei von Angst vor Anfeindungen und/oder Übergriffen leben.	11 %	32 %	40 %	16 %	1 %
Jüdische Organisationen nehmen am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv teil.	12 %	23 %	27 %	24 %	15 %
Es existiert eine gesellschaftliche Akzeptanz der Auseinandersetzung mit Antisemitismus.	13 %	39 %	40 %	8 %	0 %
Anfeindungen oder Übergriffe gegenüber Menschen jüdischen Glaubens werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	21 %	29 %	32 %	13 %	4 %
Es existiert eine lebendige Erinnerungskultur an die (lokale) Geschichte antisemitischer Verfolgung.	43 %	33 %	23 %	1 %	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich „Antisemitismus“ anstreben 2016 (n=75).

Tabelle 87: Aktuelle Situation in der Förderregion im Handlungsfeld „Homo- und Transfeindlichkeit“

	Trifft voll zu	Trifft eher zu	Teils/teils	Trifft eher nicht zu	Trifft gar nicht zu
Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind in der Eindämmung von Vorurteilen gegenüber LGBTI-Personen kompetent.	3 %	19 %	52 %	22 %	3 %
Die Bevölkerung ist bezüglich Homo- und Transfeindlichkeit aufgeklärt.	3 %	17 %	45 %	31 %	3 %
LGBTI-Personen erhalten in ihren Belangen umfassende Unterstützung.	5 %	21 %	53 %	19 %	2 %
Anfeindungen oder Übergriffe gegen LGBTI-Personen werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	7 %	21 %	47 %	19 %	7 %
Gendervielfalt ist im öffentlichen Raum sichtbar.	7 %	28 %	36 %	24 %	5 %
Staatliche Organisationen (Verwaltung, Schule etc.) sind bezüglich genderspezifischer Diskriminierung sensibilisiert.	9 %	29 %	47 %	14 %	2 %
LGBTI-Organisationen, Zusammenschlüsse und Netzwerke nehmen am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv teil.	17 %	24 %	29 %	24 %	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich „Homo- und Transfeindlichkeit“ anstreben 2016 (n=58).

Tabelle 88: Aktuelle Situation in der Förderregion im Handlungsfeld „Antiziganismus“

	Trifft voll zu	Trifft eher zu	Teils/teils	Trifft eher nicht zu	Trifft gar nicht zu
Die Bevölkerung ist bezüglich historischer und aktuelle Vorkommnisse antiziganistischer Diskriminierung und Verfolgung aufgeklärt.	0 %	3 %	32 %	53 %	13 %
Konflikte (z.B. sozialräumlich bedingte Belastungen) werden unter aktiver Beteiligung von Sinti und/oder Roma bearbeitet.	0 %	5 %	32 %	47 %	16 %
Sinti und/oder Roma können im lokalen Raum offen und selbstbewusst mit ihrem ethnischen Hintergrund umgehen.	0 %	8 %	39 %	42 %	11 %
Sinti und/oder Roma bzw. deren Zusammenschlüsse und Organisationen nehmen aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben teil.	3 %	11 %	26 %	47 %	13 %
Gelegenheiten zur konfliktfreien Begegnung zwischen Sinti und/oder Roma und weiteren Bevölkerungsgruppen werden regelmäßig wahrgenommen.	0 %	13 %	37 %	45 %	5 %
Anfeindungen oder Übergriffe gegenüber Sinti und/oder Roma werden öffentlich thematisiert und verurteilt.	5 %	13 %	39 %	34 %	8 %
Staatliche Organisationen (z.B. Verwaltung, Schule, Polizei etc.) sind bezüglich der Diskriminierung von Sinti und Roma sensibilisiert.	0 %	18 %	50 %	26 %	5 %
Zivilgesellschaftliche Akteure setzen sich aktiv für die Belange von Sinti und /oder Roma ein.	5 %	29 %	45 %	18 %	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die Verbesserungen bzw. Fortschritte im Bereich „Antiziganismus“ anstreben 2016 (n=38).

Tabelle 89: zu Abbildung 22: Programmschwerpunkte, die im Jahr 2016 bearbeitet werden

		Absolut	In Prozent
Programmdefinierte Arbeitsschwerpunkte	Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	195	89 %
	Demokratieförderung	190	87 %
	Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	147	67 %
	Demokratiestärkung im ländlichen Raum	118	54 %
	Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	97	44 %
	Aktuelle Formen des Antisemitismus	48	22 %
	Islamistische Orientierungen und Handlungen	41	19 %
	Homo- und Transfeindlichkeit	40	18 %
	Antiziganismus	31	14 %
	Linke Militanz	4	2 %
Leitprinzipien	Diversity Mainstreaming	60	28 %
	Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	45	21 %
	Gender Mainstreaming	42	19 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218). Mehrfachnennungen möglich.

Tabelle 90: Anzahl der gewählten Prorgammschwerpunkte, die im Jahr 2016 bearbeitet werden

Anzahl der Arbeitsschwerpunkte	Absolut	In Prozent
1	2	1 %
2	17	8 %
3	40	18 %
4	49	22 %
5	44	20 %
6	27	12 %
7	17	8 %
8	10	5 %
Mehr als 8	12	6 %
Gesamt	218	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 91: Zielgruppen, die im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie schwerpunktmäßig erreicht werden sollen

	Absolut	In Prozent
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteure (z.B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen, etc.)	164	75 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure (z.B. Bürgerbündnisse, Bürger/innen, etc.)	207	95 %
Staatliche Akteure (z.B. Verwaltung, Polizei, etc.)	121	56 %
Wirtschaftsakteure (z.B. Unternehmen)	52	24 %
Kinder	138	63 %
Jugendliche	211	97 %
Erwachsene	183	84 %
Senior/innen	72	33 %
Menschen mit Migrationshintergrund	172	79 %
Asylsuchende/Geflüchtete	157	72 %
Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderung	59	27 %
LGBTI-Personen	36	17 %
Sonstige	11	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218). Mehrfachnennungen möglich.

Tabelle 92: Einschätzung der Koordinator/innen zur Erreichung der Zielgruppen

	(Eher) gut		(Eher) Schlecht	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Professionelle zivilgesellschaftliche Akteure (z.B. Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Stiftungen, etc.) (n=164)	152	93 %	12	7 %
Ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Akteure (z.B. Bürgerbündnisse, Bürger/innen, etc.) (n=207)	188	91 %	19	9 %
Staatliche Akteure (z.B. Verwaltung, Polizei, etc.) (n=121)	88	72 %	33	28 %
Wirtschaftsakteure (z.B. Unternehmen) (n=52)	12	23 %	40	77 %
Kinder (n=138)	99	72 %	39	28 %
Jugendliche (n=211)	163	77 %	48	23 %
Erwachsene (n=183)	161	88 %	22	12 %
Senior/innen (n=72)	35	49 %	37	51 %
Menschen mit Migrationshintergrund (n=172)	113	66 %	59	34 %
Asylsuchende/Geflüchtete (n=157)	121	77 %	36	23 %
Menschen mit Beeinträchtigungen/Behinderung (n=59)	27	46 %	32	54 %
LGBTI-Personen (n=36)	19	53 %	17	47 %
Sonstige Zielgruppen (n=11)	8	73 %	3	27 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 93: Bewilligte Projekte/Initiativen im aktuellen Förderjahr bis zum Stichtag 1. Juni 2016 differenziert nach Schwerpunkten

	Anzahl der Partnerschaften für Demokratie, die Projekte/Initiativen in diesem Themenfeld umsetzen	Gesamtanzahl der geförderten Projekte/Initiativen	Anteil in Prozent an der Gesamtanzahl der geförderten Projekte/Initiativen
Anzahl der bewilligten Projekte/Initiativen insgesamt	212	2.478	100 %
davon im Themenfeld „Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete“	178	797	32 %
davon im Themenfeld „Demokratieförderung“	157	537	22 %
davon im Themenfeld „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“	103	366	15 %
davon im Themenfeld „Sonstiges“	73	230	9 %
davon im Themenfeld „Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen“	100	211	9 %
davon im Themenfeld „Aktuelle Formen des Antisemitismus“	51	76	3 %
davon im Themenfeld „Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit“	53	76	3 %
davon im Themenfeld „Diversity Mainstreaming“	29	53	2 %
davon im Themenfeld „Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)“	32	47	2 %
davon im Themenfeld „Islamistische Orientierungen und Handlungen“	20	26	1 %
davon im Themenfeld „Gender Mainstreaming“	17	23	1 %
davon im Themenfeld „Homo- und Transfeindlichkeit“	19	22	1 %
davon im Themenfeld „Antiziganismus“	13	13	1 %
davon im Themenfeld „Linke Militanz“	1	1	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=212). Sechs Partnerschaften konnten zum Zeitpunkt der Befragung keine Angaben zu den bewilligten Projekten machen.

Tabelle 94: Zielgruppen der geförderten Projekte

	Absolut	In Prozent
Kinder in Kindertagesstätten	39	19 %
Kinder/Jugendliche in Schulen	173	82 %
Kinder/Jugendliche in außerschulischen Einrichtungen	172	82 %
Kinder/Jugendliche mit Migrationshintergrund	174	83 %
Kinder/Jugendliche aus bildungsfernen Milieus	140	67 %
Radikalisierungsgefährdete Kinder/Jugendliche	69	33 %
Ehrenamtlich engagierte Kinder/Jugendliche	118	56 %
Eltern bzw. Erziehungsberechtigte	109	52 %
Pädagogische Fachkräfte (Erzieher/innen, Lehrer/innen, Mitarbeiter/innen in der Jugendarbeit, etc.)	137	65 %
Erwachsene mit Migrationshintergrund	175	83 %
Erwachsene ohne Migrationshintergrund	156	74 %
Zivilgesellschaftlich engagierte Erwachsene (z.B. Ehrenamtliche in Vereinen/Verbänden, etc.)	177	84 %
Menschen mit Behinderung	51	24 %
Geflüchtete, Asylsuchende	175	83 %
Staatliche Akteure (z.B. Mitarbeiter/innen in der Verwaltung)	75	36 %
Breite Öffentlichkeit/Bürger/innen	185	88 %
Sonstiges	2	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=210). Acht Partnerschaften konnten zum Zeitpunkt der Befragung keine Angaben zu den Zielgruppen der geförderten Projekte machen. Mehrfachnennungen möglich.

Tabelle 95: zu Abbildung 24: Passung der Handlungsdimensionen auf die Ansätze der Partnerschaften für Demokratie

		Mittelwert
Stärkung von Grundwerten	Anerkennung sozialer Konventionen	3,1
	Anerkennung von Demokratie als Lebensform und politische Ordnung	3,1
Erhöhung personaler Kompetenzen	Wissensvermittlung	3,2
	Sozialisationsprozesse	3,2
Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe	Partizipation	3,4
	Integration	3,1
Verdeutlichung normativer Grenzen	Stigmatisierung antidemokratischer Phänomene	2,7
	Sensibilisierung	3,3

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218). Mittelwerte: 1 „trifft überhaupt nicht zu“ bis 4 „trifft voll und ganz zu.“

Tabelle 96: zu Abbildung 25: Handlungselemente zur Verdeutlichung normativer Grenzen. „In diesem Sinne wollen wir…“

		Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
		Abso-lut	In %	Abso-lut	In %	Abso-lut	In %	Abso-lut	In %
Stigmati-sierung	Gelegenheiten zur Präsenz von demokratie- und menschen-feindlichen Gruppierungen in der Öffentlichkeit reduzieren (z.B. Demonstrationsverbote erwirken, Mustermietverträge erarbeiten).	34	16 %	64	29 %	90	41 %	30	14 %
	lokal bestehende demokratie- und menschenfeindliche Er-scheinungsformen (z.B. Kame-radschaften und autonome Nationalisten, rassistisch moti-vierte Übergriffe, rechtspopulis-tische Bestrebungen etc.) iden-tifizieren und öffentlich proble-matisieren.	62	28 %	81	37 %	60	28 %	15	7 %
Sensibili-sierung	gesellschaftlichen Folgen von demokratie- und menschen-feindlichen Einstellungen öffent-lich kritisch thematisieren.	89	41 %	107	49 %	16	7 %	6	3 %
	sichtbare Zeichen des gesell-schaftlichen Einspruchs (z.B. Stolpersteine, Demonstrationen etc.) im öffentlichen Raum setzen.	100	46 %	75	34 %	36	17 %	7	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 97: zu Abbildung 26: Handlungselemente zur Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe. „In diesem Sinne wollen wir…“

		Trifft voll zu		Trifft eher zu		Trifft eher nicht zu		Trifft gar nicht zu	
		Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
Integration	Möglichkeiten der Begegnung unterschiedlicher Gruppen (Menschen verschiedener Kulturen, Menschen mit und ohne Behinderungen usw.) schaffen.	120	55 %	86	39 %	12	6 %	0	0 %
	die Beteiligungschancen von Minderheiten bzw. benachteiligten Gruppen und ihren Organisationen am gesellschaftlichen Leben erhöhen (z. B. Selbstorganisationen aktivieren, interkulturelle Öffnung von Diensten, Barrierefreiheit usw.).	60	27 %	113	52 %	37	17 %	8	4 %
	Minderheiten bzw. benachteiligte Gruppen gezielt dazu befähigen, selbstständig ihre Interessen zu vertreten (z.B. nötige Informationen vermitteln).	56	26 %	115	53 %	34	15 %	13	6 %
	einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände von Minderheiten bzw. benachteiligten Gruppen leisten (z.B. von geflüchteten oder asylsuchenden Menschen, LGTBI-Menschen etc.).	49	22 %	111	51 %	52	24 %	6	3 %
Partizipation	engagierte Akteure miteinander vernetzen und in Austausch bringen sowie beraten bzw. unterstützen (z.B. Anlaufstellen bekannt machen, Multiplikator/innen schulen).	147	68 %	68	31 %	3	1 %	0	0 %
	vorhandene Beteiligungs- bzw. Engagementmöglichkeiten bekannt machen.	97	44 %	106	49 %	13	6 %	2	1 %
	über das Jugendforum hinaus demokratische Beteiligungsstrukturen schaffen bzw. erweitern (z.B. Beteiligungsprojekte, Infos zu Netzwerken und Aktionen usw.).	91	42 %	96	44 %	28	13 %	3	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 98: Umsetzungsstand der Jugendforen

Wurde in Ihrer Partnerschaft für Demokratie bereits ein Jugendforum eingerichtet?	Absolut	In Prozent
Ja, dieses Forum existiert bis heute	157	72 %
Ja, dieses Forum wurde jedoch aufgelöst	3	1 %
Ja, dieses Forum wurde jedoch durch ein Neues ersetzt	9	4 %
Nein	49	23 %
Gesamt	218	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 99: zu Abbildung 27: Etablierungskontext der Jugendforen

	Absolut	In Prozent
Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert	118	71 %
Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren bereits bestehenden Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung	48	29 %
Gesamt	166	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit etabliertem Jugendforum 2016 (n=166).

Tabelle 100: Besetzung der Jugendforen

	Mittelwert	Minimum	Maximum	Summe
Anzahl junger Menschen (bis 27 Jahre), die sich derzeit aktiv im Jugendforum der Partnerschaft für Demokratie engagieren	15,6	2	150	2.566

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit etabliertem Jugendforum 2016 (n=165). Eine Partnerschaft konnte hierzu keine Angaben machen.

Tabelle 101: zu Abbildung 28: Altersgruppen der in den Jugendforen aktiven Kinder und Jugendlichen

	Absolut	In Prozent
Kinder (unter 14 Jahre alt)	4	2 %
Jugendliche (zwischen 14 und unter 18 Jahren)	96	58 %
Heranwachsende (zwischen 18 und 21 Jahren)	45	27 %
Junge Erwachsene(zwischen 22 und unter 27 Jahren)	14	8 %
Kann ich nicht beurteilen	7	4 %
Gesamt	166	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit etabliertem Jugendforum 2016 (n=166).

Tabelle 102: zu Abbildung 29: Aktuelle Organisationsform der Jugendforen

	Absolut	In Prozent
Offene Form (z.B. Kinder- und Jugendkonferenzen, Jugendhearings, freier oder zielgruppenorientierte Zugang)	101	61 %
Repräsentative Form, (z.B. Jugendgemeinderat, Jugendparlament mit gewählten Delegierten, Schüler/innen-Vertretungen)	32	19 %
Jugendverbandliche Form (z.B. Jugendring, Jugendorganisation)	16	10 %
Stellvertretende Form (z.B. Kinderbeauftragte und Kinderbüro)	3	2 %
Sonstige Form	14	8 %
Gesamt	166	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit etabliertem Jugendforum 2016 (n=166).

Tabelle 103: zu Abbildung 30: Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung

	Absolut	In Prozent
Projektorientierte Beteiligungsform (thematisch und zeitlich begrenztes Engagement)	111	67 %
Kinder- und Jugendlichenvertretung in Erwachsenengremien über den Begleitausschuss hinaus (Beteiligung der Jugendlichen in Foren, Demokratiekonferenzen etc.)	86	52 %
Beteiligung in Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit	65	39 %
Offene oder repräsentative jugendspezifische Beteiligungsform (Jugendhearings, Jugendstadtteilkonferenzen etc.)	57	34 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	20	12 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit etabliertem Jugendforum 2016 (n=166). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 104: zu Abbildung 31: Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses

	Absolut	In Prozent
Beteiligung bei der Ideen- und Vorschlagsentwicklung	130	78 %
Beteiligung bei Entscheidungen	117	71 %
Umsetzung - Engagement und Verantwortungsübernahme	111	67 %
Beteiligung bei der Planung	104	63 %
Problemdefinition und Zielbestimmung	90	54 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	26	16 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit etabliertem Jugendforum 2016 (n=166). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 105: zu Abbildung 32: Schwerpunkte der aus den Jugendfonds realisierten Projekte

	Absolut	In Prozent
Stärkung des Engagements von jungen Menschen im lokalen Nahraum	72	30 %
Stärkung des Engagements von Jugendlichen für Geflüchtete	57	24 %
Abbau von Rassismus, Antisemitismus sowie Vorurteilen und zur Aufklärung über Menschenrechte	57	24 %
Stärkung des Demokratieverständnisses und der lokalen Partizipation	21	9 %
Förderung der Aufgeschlossenheit und des gleichberechtigten Miteinanders unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen	17	7 %
Prävention von Rechtsextremismus	17	7 %

Quelle: Projektdatenbank der Regiestelle (n=241), Kategorisierung durch das ISS-Frankfurt a.M.

Tabelle 106: zu Abbildung 33: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation des Protestes gegen den Zuzug und der Bedrohung von Geflüchteten in ihrem Fördergebiet für die Jahre 2015/2016

	Ja		Nein		Kann ich (noch) nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Es fanden polarisierende öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Flucht und Asyl statt (z.B. im Rahmen von Bürgerversammlungen).	164	75 %	39	18 %	15	7 %
Gegen die Aufnahme und Integration von Geflüchteten in unserer Förderregion wurde in sozialen Medien in polemisierender Form protestiert (z.B. hate-speech).	159	73 %	24	11 %	35	16 %
Es fanden Protestkundgebungen gegen die Aufnahme und Integration von Geflüchteten statt.	137	63 %	69	32 %	12	5 %
Geflüchtete wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohung oder Übergriffen.	131	60 %	24	11 %	63	29 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 107: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von Engagierten und Geflüchteten in ihrem Fördergebiet für die Jahre 2015/2016

	Absolut	In Prozent
Alle vier Akteursgruppen (Geflüchtete, Zivilgesellschaftliche Akteure, Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung sowie Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle) wurden Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	16	7 %
Mindestens eine der Akteursgruppen (Geflüchtete, Zivilgesellschaftliche Akteure, Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung sowie Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle) wurde Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	71	74 %
Keine Übergriffe auf die Akteursgruppen	9	9 %
Gesamt	96	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=96). Die Werte beziehen sich auf die Standorte, in denen die Koordinator/innen die Angabe „kann ich nicht beurteilen“ zu allen vier Gruppen (Geflüchtete, zivilgesellschaftliche und staatliche sowie politische Akteure) ausgeschlossen haben.

Tabelle 108: zu Abbildung 34: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von Engagierten in ihrem Fördergebiet für die Jahre 2015/2016

	Ja		Nein		Kann ich (noch) nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Zivilgesellschaftliche Akteure wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	133	61 %	40	18 %	45	21 %
Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	81	37 %	62	28 %	75	35 %
Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen.	25	12 %	186	85 %	7	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 109: zu Abbildung 35: Einschätzung der Koordinator/innen, die gesicherte Angaben zur lokalen Situation der Anfeindung und Bedrohung von Engagierten machen können, nach Förderregion für die Jahre 2015/2016

	Übergriffe auf alle drei Akteure		Übergriffe auf mindestens einen der Akteure		Keine Übergriffe	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Kommune West	3	6 %	29	57 %	19	37 %
Landkreis West	1	6 %	12	66 %	5	28 %
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften West	0	0 %	3	50 %	3	50 %
Kommune Ost	4	33 %	6	50 %	2	17 %
Landkreis Ost	5	21 %	18	75 %	1	4 %
Zusammenschluss von Gebietskörperschaften Ost	1	10 %	8	80 %	1	10 %
Berlin	2	40 %	3	60 %	0	0 %
Gesamt	16	13 %	79	63 %	31	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 110: Zusammenarbeit mit Opferberatungsstellen

	Übergriffe auf mind. eine der Akteursgruppen (Politiker/innen, zivilgesellschaftliche Akteure, Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle, Geflüchtete)		Keine Übergriffe	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Zusammenarbeit im Jahr 2016 vorgesehen	61	70 %	0	0 %
Keine Zusammenarbeit im Jahr 2016 vorgesehen	26	30 %	9	100 %
Gesamt	87	100 %	9	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die Einschätzungen zu den Bedrohungen/Übergriffen auf Politiker/innen, zivilgesellschaftliche Akteure, Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen sowie Geflüchtete in ihrer Förderregion abgegeben haben 2016 (n=96).

Tabelle 111: Zusammenarbeit mit Opferberater/innen differenziert nach Vorhandensein einer etablierten Opferberatungsstelle im Bundesland

		Übergriffe auf mindestens eine der Akteursgruppen (Politiker/innen, zivilgesellschaftliche Akteure, Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle, Geflüchtete)		Keine Übergriffe	
		Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Alle Partnerschaften	Zusammenarbeit im Jahr 2016 vorgesehen	48	55 %	1	11 %
	Keine Zusammenarbeit im Jahr 2016 vorgesehen	39	45 %	8	89 %
	Gesamt	87	100 %	9	100 %
Partnerschaften in Bundesländern mit etablierten Opferberatungsstellen (n=57)	Zusammenarbeit im Jahr 2016 vorgesehen	34	61 %	0	0 %
	Keine Zusammenarbeit im Jahr 2016 vorgesehen	22	39 %	1	100 %
	Gesamt	56	100 %	1	100 %
Partnerschaften in Bundesländern ohne (etablierte) Opferberatungsstellen (n=39)	Zusammenarbeit im Jahr 2016 vorgesehen	14	45 %	1	12 %
	Keine Zusammenarbeit im Jahr 2016 vorgesehen	17	55 %	7	88 %
	Gesamt	31	100 %	8	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die Einschätzungen zu den Bedrohungen/Übergriffen auf Politiker/innen, zivilgesellschaftliche Akteure, Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen sowie Geflüchtete in ihrer Förderregion abgegeben haben 2016 (n=96).

Tabelle 112: zu Abbildung 36: Begleitung durch Coaches differenziert nach Förderperiode

	Ja		Nein		Kann ich (noch) nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Partnerschaften für Demokratie, die seit der Förderperiode „Demokratie leben!“ implementiert werden	42	60 %	13	19 %	15	21 %
Partnerschaften für Demokratie, die seit der Förderperiode „VIELFALT TUT GUT“ und/oder „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ implementiert werden	49	33 %	65	44 %	34	23 %
Gesamt	91	42 %	78	36 %	49	22 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 113: Gründe für die Inanspruchnahme des Coachings

	Absolut	In Prozent
Der Wunsch nach inhaltlicher (Fort-)Entwicklung	70	77 %
Der Wunsch strukturelle Anpassungsprozesse zu reflektieren	67	74 %
Der Wunsch Ergebnisse zu reflektieren	55	60 %
Der Wunsch Konflikte/Reibungsverluste zu beseitigen	43	47 %
Sonstiges	6	7 %
Keine Angabe möglich	1	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die ein Coaching in Anspruch genommen haben 2016 (n=91). Mehrfachnennungen sind möglich

Tabelle 114: Bereiche in denen die Partnerschaften bereits Unterstützung/Beratung durch den/die Coach/in erfahren haben

	Absolut	In Prozent
Einrichtung und Reflexion der Beteiligungsstrukturen und Prozesse vor Ort (z.B. Begleitausschüsse, Demokratiekonferenzen)	62	68 %
Entwicklung und Reflexion des strategischen Handelns von Begleitausschuss und ggf. Jugendforum	59	65 %
Klärung der Aufgabenstellungen und Zuständigkeiten von Begleitausschuss, Koordinierungs- und Fachstelle, federführendem Amt sowie Jugendforum	57	63 %
Beratung zur nachhaltigen Verankerung der Ziele, Themen und Verfahren der Partnerschaft für Demokratie in Verwaltungsbereichen/politischen Gremien vor Ort	40	44 %
Information über den Nutzen von Ergebnissicherung (Selbst-) Reflexion und Evaluation	34	37 %
Beratung bei der Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit	34	37 %
Aktivierung/Gewinnung neuer/zentraler Akteure	23	25 %
Beratung zum Thema Kofinanzierung	17	19 %
Beratung zur Umsetzung von Gender-, Diversity-Mainstreaming und Inklusion	12	13 %
Sonstiges	2	2 %
Inhalte noch nicht geklärt bzw. Coaching hat noch nicht begonnen	8	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen, die ein Coaching in Anspruch genommen haben 2016 (n=91). Mehrfachnennungen sind möglich

Tabelle 115: Wirkbereich des Coachings

	Anzahl der Nennungen
Reflexion der (eigenen) Arbeit	24
Rollenklärung in und Gestaltung bzw. Stärkung der Kooperation zwischen federführendem Amt und der Koordinierungs- und Fachstelle	15
Unterstützung und Beratung bei Vorbereitung und Durchführung der Demokratiekonferenzen und BgA-Sitzungen	13
allgemeine Prozessbegleitung	12
Inhaltliche/konzeptionelle/fachliche Unterstützung und Beratung	9
strategische Beratung und Begleitung / strategische Planung	8
Weiterentwicklung des Begleitausschusses	7
Identifikation von Entwicklungspotentialen	7
Anregungen zur Strukturierung der Arbeit (z.B. Prioritätensetzung)	6
Entschärfung von/Hilfe bei Konflikten	6
Etablierung und Konsolidierung der PfD	6
Projektentwicklung/ -konzeption /-auswahl	5
Strukturelle Entwicklung	5
Entwicklung und Fortschreibung der Handlungsstrategie	5
Unterstützung bei Aufbau und Etablierung des Jugendforums	5
Vermittlung von Partnern / Vernetzung	5
„Dritte Meinung“, qualifizierte Instanz	4
Informationsweiterleitung/-vermittlung	4
Beratung mit regionalem/lokalem Hintergrundwissen	3
Unterstützung bei Öffentlichkeitsarbeit	3
Finanzierung / Drittmittelakquise	3
Coaching-Prozess befindet sich noch in der Vorbereitung / hat gerade erst begonnen	15
Kann ich nicht beurteilen	2

Quelle: Angaben der Partnerschaften für Demokratie, die durch eine/n Coach/in begleitet wurden 2016 (n=91). Kodierung offener Angaben. Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 116: Zufriedenheit mit der Beratung/Unterstützung durch den/die Coach/in

Bewertung der Zufriedenheit (Skala von 1 bis 10)	Absolut	In Prozent
3	1	1 %
5	1	1 %
6	1	1 %
7	10	11 %
8	17	19 %
9	18	20 %
10	33	36 %
Noch keine Bewertung möglich	10	11 %
Gesamt	91	100 %
Mittelwert 8,8		

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen die ein Coaching in Anspruch genommen haben 2016 (n=91).

Tabelle 117: Bedarfe der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen an Qualifizierungs- und Veranstaltungsangeboten

Bedarf an…	Ja		Nein		Weiß nicht/Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Fachaustausch	180	83 %	19	9 %	19	9 %
Fortbildung	170	78 %	24	11 %	24	11 %
Zertifizierte Weiterbildung	128	59 %	54	25 %	36	17 %
allen drei Angeboten	112	51 %				
keinem der drei Angebote	22	10 %				
ein bis zwei Angeboten	84	39 %				

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 118: Gewünschte inhaltliche Themenstellungen für einen Fachaustausch

	Anzahl der Nennungen
Austausch über die Arbeits- und Wirkungsweise der Partnerschaften für Demokratie (z.B. Best-Practice Beispiele, Vergleich zwischen Projekten im ländlichen und urbanen Raum, Austausch über Herausforderungen und Lösungsstrategien; Vernetzungstreffen)	34
Praxis, Gestaltung und Etablierung der Jugendforen	26
Strategien zum Umgang mit Rechtspopulismus/ Rechtsextremismus	25
Einbindung, Partizipation und Aktivierung von Jugendlichen	24
Öffentlichkeitsarbeit (innovative Formen, Gelingensfaktoren)	22
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	21
Formen der aktiven Bürgerbeteiligung, Partizipationsmöglichkeiten, Einbindung der Zivilgesellschaft	18
Demokratieförderung/ -entwicklung	14
Vernetzung, Netzwerkarbeit und –entwicklung	15
Einbeziehung einer größeren Vielfalt an Menschen (Integration von Minderheiten) / Beteiligungsmöglichkeiten schwer erreichbarer/bisher nicht aktivierter Zielgruppen	13
alle Themenfelder des Programms	9
Antragsberatung, Formalia des Programms	9
Organisations- und Projektmanagement	9
Nachhaltigkeit der Partnerschaft für Demokratie	7
Öffnung und Aktivierung von Migranten(selbst)organisationen	7
Aktivierung des Begleitausschusses für „gemeinsame“ Prozesse / Arbeit des BgA	7
Aktivierung von und Zusammenarbeit mit Verwaltung und Politik	6
Austausch über die Bedrohungslage für die Koordinator/innen, Projektpartner/innen, etc. (Umgang mit Übergriffen)	5
Entwicklung von Jugendforen im ländlichen Raum	5
Umgang mit AfD (in Kommunalparlamenten)	5
Austausch über spezielle Projektideen	5
(Rechts-)Extremismusprävention	5
Umgang mit hate-speech	4
Einbindung von Migrant/innen / Geflüchteten	4
Regionaler Erfahrungsaustausch	4
Islamfeindlichkeit	3
Gewinnung Ehrenamtlicher	3
Salafismus	3
Sonstiges	26
Kann ich nicht beurteilen	5

Quelle: Angaben der Partnerschaften für Demokratie, die durch eine/n Coach/in begleitet wurden 2016 (n=91). Kodierung offener Angaben. Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 119: Gewünschte inhaltliche Themenstellungen für eine Fortbildung

	Anzahl der Nennungen
Umgang mit Rechtspopulismus	20
Verwaltungs- und Zuwendungsrecht (Verwendungsnachweise, förderrechtliche Fragen)	20
Projektmanagement, professionelle Projektbegleitung/-betreuung	18
(Innovative) Strategien und Methoden der Öffentlichkeitsarbeit/ öffentlichkeitswirksames Arbeiten	17
Moderationstechniken und -methoden sowie Anwendungsmöglichkeiten	14
Strategien gegen/ Informationen zu rechtsextreme/n Strukturen und Einstellungen	13
Jugendbeteiligung (Ansprache, Partizipationsmöglichkeiten)	12
Aktivierung weiterer Bevölkerungsgruppen/ schwer erreichbarer Milieus	12
Aufbau/ fachliche Begleitung der Jugendforen	9
Inhaltliche/ fachliche Fortbildung zu allen Themenstellungen des Programms	9
Strategien der Demokratieförderung/-entwicklung	9
Argumentations- und Kommunikationstraining	8
Inklusion, Gender und Diversity als Handlungsstrategie	6
Islamismus/ Islamphobie	6
Konfliktlösungsstrategien und –management	6
Netzwerkbildung/ Vernetzungsstrategien	6
Umgang mit hate-speech	6
Aktivierung von Verwaltung und Politik, interkulturelle Öffnung	6
interreligiöse/-kulturelle Kenntnisse und Kompetenzen	5
Akquise zusätzlicher Fördermittel; Fundraising	5
Integration und Partizipation von Geflüchteten	4
Aktuelle Rechtsgrundlagen (z.B. Asylrecht, Rechtliche Rahmenbedingungen ehrenamtlicher Arbeit)	4
Beratungsmethoden	4
Qualitätsmanagement, Möglichkeiten der (Selbst-) Evaluation	4
Radikalisierungsprävention	4
Demokratieförderung in KiTas und/oder Schulen	3
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	3
Einbindung von Migrant/innenselbstorganisationen	3
Salafismus	3
Entwicklung von Jugendforen/ Jugendbeteiligung im ländlichen Raum	2
Antiziganismus	2
Umgang mit Beleidigungen und Bedrohungssituationen der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen und der aktiven Zivilgesellschaft	2
Sonstiges	18
Keine Angabe	8

Quelle: Angaben der Partnerschaften für Demokratie, mit Bedarf an Fortbildung/en 2016 (n=170). Kodierung offener Angaben. Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 120: Gewünschte inhaltliche Themenstellungen für eine Weiterbildung

	Anzahl der Nennungen
Moderationstechniken / Gesprächsführung	22
Öffentlichkeitarbeit	17
Projekt- und Organisationsmanagement	12
Umgang mit Rechtspopulismus	10
Förder- und Zuwendungsrecht	10
Jugendpartizipation, -beteiligungsprozesse	9
Beratungsmethoden/-kompetenz	9
Ansätze, Theorien, Methoden zur Demokratieförderung	7
Vernetzungsstrategien	6
Rechtsextremismus(-prävention)	6
Aktivierung/Mobilisierung/Stabilisierung des Jugendforums	5
interkulturelle Kommunikation, Kompetenz, Öffnung	5
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	5
Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion	5
Mediation / Konfliktmanagement	5
Bürgerbeteiligung	5
Demokratiebildung in Schulen und Kitas	4
Zeitmanagement	4
Rhetorik	3
Rechtliche Grundlagen	3
systemische Beratung/ Coaching	3
alle Arbeitsschwerpunkte des Programms	3
Regionalentwicklung	3
Integration von Geflüchteten, Kooperation mit Geflüchteten-Selbstorganisationen	3
Gewinnung neuer Kooperationspartner	2
Coaching	2
Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie	2
Anleitung/Supervision Ehrenamt	2
Rassismus	2
Stärkung des Begleitausschusses	2
Gewaltfreie Kommunikation	2
Umgang mit Bedrohungen und Gewalt	2
Sonstiges	24
Keine Angabe	7

Quelle: Angaben der Partnerschaften für Demokratie, mit Bedarf an Weiterbildung/en 2016 (n=128). Kodierung offener Angaben. Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 121: Unterstützungsbedarfe der Koordinator/innen seitens der Programmakteure für eine zufriedenstellende Umsetzung der Partnerschaft

	Absolut	In Prozent
Jugendforen implementieren und Jugendbeteiligung sicherstellen	132	61 %
Aktivierung/Gewinnung neuer/ zentraler Akteure	128	59 %
Aktivierung des Begleitausschusses als strategisch arbeitendes Gremium	109	50 %
Entwicklung/Umsetzung einer Strategie der öffentlichen Gegenrede	73	34 %
Umgang mit einem polarisiertem öffentlichen Diskurs	72	33 %
Umgang mit hate-speech in sozialen Medien	70	32 %
Schärfung des Aufgabenprofils der Partnerschaft im Rahmen der Flüchtlingshilfe	52	24 %
Umgang mit und Moderation von Konflikten innerhalb der Partnerschaft für Demokratie	50	23 %
Umgang mit Bedrohung engagierter Akteure	30	14 %
Umgang mit Parlamentsanfragen	12	6 %
Sonstiges	15	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (n=218). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 122: Unterstützungsbedarfe der Koordinator/innen seitens der Programmgestalter/innen zur angemessenen Bearbeitung des Schwerpunkts Demokratiestärkung im ländlichen Raum

	Absolut	In Prozent
Best-practice-Beispiele (z.B. zur Aktivierung der Bevölkerung, Aktivierung von Jugendlichen, Fragen der Erreichbarkeit etc.)	20	17 %
Ausweitung der personellen und finanziellen Ressourcen (Aufstockung des Personals der Koordinierungs- und Fachstelle und/oder der Mittel des Aktions- und Initiativfonds)	15	13 %
(Fach-)Austausch	14	12 %
(Fort-)Entwicklung eines Grundverständnis für die Anforderungen einer dezentralen und regional orientierten Arbeit (z. B. fehlende Infrastrukturen, regionale Spezifika des „ländlichen Raumes“),	7	6 %
Handreichungen, Infomaterialien und/oder Leitfäden speziell für die Arbeit im ländlichen Raum	7	6 %
Unterstützung beim Aufbau dauerhafter stabiler Strukturen (außerhalb Projektfinanzierung) für eine nachhaltige Demokratiestärkung	6	5 %
Unterstützung hinsichtlich der Aktivierung von lokaler Politik und Verwaltung/deutungsmächtiger Akteure	6	5 %
Unterstützung hinsichtlich der Mobilisation und Gewinnung neuer Teilnehmer/innen/Akteure des Zivilgesellschaft / Aktivierung von Projektträgern im ländlichen Raum	5	4 %
Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit (u.a. speziell für Jugendliche)	4	3 %
Konkretisierung der Zielformulierung in den Programmleitlinien	3	3 %
Verbesserung der Bekanntheit des Programms durch eine bundesweite Öffentlichkeitskampagne	3	3 %
Umgang mit Rechtspopulismus / demokratiegefährdenden Entwicklungen	2	2 %
Sonstiges	9	8 %
Kein konkreter Unterstützungsbedarf	5	4 %
Bereits ausreichend Unterstützung vorhanden durch erfahrene/n Coach/in / Programmberater/in	2	2 %
Keine Angabe	23	19 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit dem Arbeitsschwerpunkt „Demokratieförderung im ländlichen Raum“ 2016 (n=118). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 123: zu Abbildung 37: Strategische Verankerung der GDI-Leitprinzipien

	Gender Mainstreaming		Diversity Mainstreaming		Inklusion	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Wir setzen bereits eine Strategie um, die ausreichend ist.	27	12 %	24	11 %	16	7 %
Wir setzen zwar eine Strategie um, es muss jedoch noch mehr getan werden.	24	11 %	24	11 %	23	11 %
Hierzu wird gerade eine Strategie entwickelt.	15	7 %	20	9 %	16	7 %
Wir setzen die Leitprinzipien ohne eine spezifische Strategie um.	140	64 %	136	63 %	129	60 %
Die Umsetzung der Leitprinzipien spielt für uns derzeit keine Rolle.	12	6 %	12	6 %	32	15 %
Keine Angabe	0	0 %	2	1 %	2	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218).

Tabelle 124: Berücksichtigung der GDI-Leitprinzipien bei der Projektauswahl 2015

	Ja		Nein	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Gezielte Förderung von Projekten mit einem Fokus auf Diversity (Mainstreaming)	61	28 %	157	72 %
Gezielte Förderung von Projekten mit einem Fokus auf Inklusion	32	15 %	186	85 %
Gezielte Förderung von Projekten mit einem Fokus auf Gender (Mainstreaming)	28	13 %	190	87 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 (N=218).

Tabelle 125: Umsetzung der GDI-Leitprinzipien

	Gender Mainstreaming		Diversity Mainstreaming		Inklusion	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Berücksichtigung der Leitprinzipien bei der Projektauswahl	105	48%	104	48%	79	36%
Einbindung relevanter Akteure (z.B. Gender-, Integration-, Behindertenbeauftragte) bei der Umsetzung der Partnerschaft	172	79%	162	74%	133	61%
Qualifizierung/Beratung der Programmakteure (z.B. Projektträger) zur Umsetzung der Leitprinzipien	96	44%	96	44%	77	35%
Gezielte Förderung von Projekten mit einem Fokus auf die Leitprinzipien	89	41%	91	42%	69	32%
Sonstiges	3	1%	4	2%	5	2%

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2016 (N=218). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 126: Beurteilung der Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion

	2015		2016	
	n	Mittelwert	n	Mittelwert
Gender Mainstreaming	172	6,4	204	5,4
Diversity Mainstreaming	164	5,7	198	5,1
Inklusion	155	5,0	190	4,3

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2015 und 2016 (N=218). Mittelwerte: 1=entwicklungsbedürftig bis 10=umfassend realisiert.

Tabelle 127: zu Abbildung 46: Ausprägung demokratischer Qualität lokaler Partnerschaften – Sechs Dimensionen

	Mittelwerte
Demokratieindex	4,5
Partizipation	4,4
Autorisierung	4,5
Responsivität	4,9
Menschenrechtsorientierung	4,4
Verantwortlichkeit	4,6
Repräsentanz	4,3

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Begleitausschüsse 2016 (N=217). Mittelwerte: 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Tabelle 128: Demokratische Qualität Lokaler Partnerschaften: Partizipation

	Mittelwerte
Gesamt-Index Partizipation	4,4
Beteiligung der Bürger/innen an den Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie	4,4
Reflektion und gezielter Abbau von Partizipationshürden	4,3
Ansprache und Ermutigung bisher unbeteiligter gesellschaftlicher Gruppen	4,4
Gestaltungsmacht von Jugendlichen	4,5
Kooperation mit allen notwendigen vor Ort existierenden Netzwerken, Bündnissen und Arbeitsgruppen	5,1
Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement	3,5

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Begleitausschüsse 2016 (N=217). Mittelwerte: 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Tabelle 129: Demokratische Qualität Lokaler Partnerschaften: Autorisierung

	Mittelwerte
Gesamt-Index Autorisierung	4,5
Besetzung der Entscheidungsgremien erfolgt/e im Rahmen eines beteiligungsorientierten Prozesses unter Mitwirkung von Akteuren aus der Zivilgesellschaft	4,7
Konzept und Aktivitäten unserer Partnerschaft für Demokratie werden durch lokale Entscheidungsträger/innen aktiv und öffentlich wahrnehmbar unterstützt	4,6
Der Begleitausschuss erteilt politischen Gremien regelmäßig Auskunft über Tätigkeiten und Arbeitsergebnisse der Partnerschaft für Demokratie	4,3
Die integrierte Handlungsstrategie ist das Ergebnis eines offenen Aushandlungsprozesses pluraler Meinungen	4,8
Möglichkeit für eine kritische Reflektion der Arbeit durch externe Akteure	4,3
Zugänglichkeit von Arbeitsgrundlagen, Verfahrensregeln und Ergebnissen der Entscheidungsprozesse der Partnerschaft für Demokratie für die Öffentlichkeit	4,4

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Begleitausschüsse 2016 (N=217). Mittelwerte: 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Tabelle 130: Demokratische Qualität Lokaler Partnerschaften: Repräsentation

	Mittelwerte
Gesamt-Index Repräsentation	4,3
Die derzeitige Besetzung des Begleitausschusses umfasst alle relevanten zivilgesellschaftlichen Akteure, Entscheidungsträger/innen auf der Leitungsebene der Verwaltung bzw. Lokalpolitiker/innen	4,8
Aktive Unterstützung der Partnerschaft für Demokratie durch Akteure aus der Wirtschaft	2,7
Zusammensetzung des Jugendforums umfasst die relevanten lokalen Jugendorganisationen und jugendkulturellen Milieus unserer Förderregion	3,8
Beteiligung von Akteuren und Bürger/innen aus allen sozial, kulturell, gender und religiös geprägten Milieus unserer Förderregion an der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie	4,5
Die Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie ist breit vernetzt und ein anerkannter Partner für zivilgesellschaftliche Akteure und Zusammenschlüsse	5,2
Systematische Beachtung geschlechtsspezifischer Anliegen und Erfahrungen bei der Planung, Durchführung und Auswertung der Maßnahmen	4,6

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Begleitausschüsse 2016 (N=217). Mittelwerte: 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Tabelle 131: Demokratische Qualität Lokaler Partnerschaften: Verantwortlichkeit

	Mittelwerte
Gesamt-Index Verantwortlichkeit	4,6
Akteure handeln als Multiplikator/innen und setzen sich in ihren eigenen Organisationen und/oder anderen Bezügen aktiv für die Umsetzung der Handlungsstrategie ein	5,0
Schließung von Wissenslücken zu programmrelevanten Themen bei den Akteuren der Partnerschaft für Demokratie über Fortbildungen	3,8
Systematische Reflektion und Bewertung der Arbeitsergebnisse geförderter Projekte/Initiativen durch die Mitglieder des Begleitausschusses zum Zweck der Weiterentwicklung des Handlungskonzepts und der Förderstrategie	4,6
Umsetzung der integrierten Handlungsstrategie auch nach dem Auslaufen des Bundesprogramms wird durch frühzeitige Vorkehrungen sichergestellt	4,0
Unterschiedliche Meinungen und Perspektiven werden in der Partnerschaft für Demokratie respektiert und ggf. auftretende Konflikte in Form konstruktiver Aushandlungsprozesse ausgetragen	5,2
Offenlegung von Problemen und Misserfolgen bei der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie	5,0

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Begleitausschüsse 2016 (N=217). Mittelwerte: 1=„stimme überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Tabelle 132: Demokratische Qualität Lokaler Partnerschaften: Responsivität

	Mittelwerte
Gesamt-Index Responsivität	4,9
Offenheit für Innovation. Neue Ansätze und Akteure haben reelle Verwirklichungs- und Beteiligungschancen	5,4
Gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Begleitausschuss	5,5
Gegenseitige positive Beeinflussung im eigenen Handeln von Verwaltung und Zivilgesellschaft	4,9
Entscheidungen des Begleitausschusses werden von der Politik respektiert und bestmöglich gefördert	4,7
Aktuelle gesellschaftliche Themen, Unzufriedenheiten und Kritik an sozialen und politischen Verhältnissen im Wirkungsfeld der Partnerschaft für Demokratie werden aufgegriffen und öffentlich thematisiert	4,6
Aufbereitung der Erkenntnisse aus der Partnerschaft für Demokratie für andere lokale Handlungsfelder (z. B. Politik, Wirtschaft, Sport, Tourismus)	4,1

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Begleitausschüsse 2016 (N=217). Mittelwerte: 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Tabelle 133: zu Abbildung 47: Bewertung einzelner Komponenten demokratischer Qualität

	Mittelwerte
Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Begleitausschuss erfolgt gleichberechtigt.	5,5
Unsere PfD ist grundsätzlich offen für Innovation. Neue Ansätze und Akteure haben reelle Verwirklichungs- und Beteiligungschancen.	5,4
Unterschiedliche Meinungen und Perspektiven werden in unserer PfD respektiert und ggf. auftretende Konflikte in Form konstruktiver Aushandlungsprozesse ausgetragen.	5,2
Die Koordinierungs- und Fachstelle unserer PfD ist breit vernetzt und ein anerkannter Partner für zivilgesellschaftliche Akteure und Zusammenschlüsse.	5,2
Unsere PfD kooperiert mit allen notwendigen vor Ort existierenden Netzwerken, Bündnissen und Arbeitsgruppen.	5,2
Die Akteure in unserer PfD handeln als Multiplikator/innen und setzen sich in ihren eigenen Organisationen und/oder anderen Bezügen aktiv für die Umsetzung der Handlungsstrategie ein.	5,0
Probleme und Misserfolge bei der Umsetzung unserer PfD werden offen gelegt.	5,0
In unserer PfD beeinflussen sich Verwaltung und Zivilgesellschaft gegenseitig positiv im eigenen Handeln.	4,9
In unserer PfD werden demokratiegefährdende und gruppenfeindliche Aktivitäten und Übergriffe vor Ort wahrgenommen und es wird zeitnah auf diese reagiert.	4,8
Die integrierte Handlungsstrategie ist das Ergebnis eines offenen Aushandlungsprozesses pluraler Meinungen.	4,8
Die derzeitige Besetzung des Begleitausschusses umfasst alle relevanten zivilgesellschaftlichen Akteure, Entscheidungsträger/innen auf der Leitungsebene der Verwaltung bzw. Lokalpolitiker/innen.	4,8
In unserer PfD wird sichergestellt, dass Anliegen und Interessen von schwach artikulationsfähigen Gruppen (z.B. ethnische, religiöse, kulturelle und soziale Minderheiten, Asylsuchende, etc.) zum Ausdruck gebracht und vertreten werden.	4,7
Die (Neu-)Besetzung der Entscheidungsgremien unserer PfD (Begleitausschuss, Jugendforum) erfolgte/erfolgt im Rahmen eines beteiligungsorientierten Prozesses unter Mitwirkung von Akteuren aus der Zivilgesellschaft.	4,7
Die Entscheidungen des Begleitausschusses werden von der Politik respektiert und bestmöglich gefördert.	4,7
Bei der Umsetzung unserer PfD wird sichergestellt, dass aktuelle gesellschaftliche Themen, Unzufriedenheiten und Kritik an sozialen und politischen Verhältnissen im Wirkungsfeld der PfD aufgegriffen und öffentlich thematisiert werden.	4,6
Bei der Umsetzung unserer PfD werden geschlechtsspezifische Anliegen und Erfahrungen systematisch bei der Planung, Durchführung und Auswertung der Maßnahmen beachtet.	4,6
Konzept und Aktivitäten unserer PfD werden durch lokale Entscheidungsträger/innen aktiv und öffentlich wahrnehmbar unterstützt.	4,6
Die Mitglieder des BGA reflektieren und bewerten zum Zweck der Weiterentwicklung des Handlungskonzepts und der Förderstrategie systematisch die Arbeitsergebnisse von geförderten Projekten und Initiativen.	4,6
An der Umsetzung der PfD beteiligen sich Akteure und Bürger/innen aus allen sozial, kulturell, gender und religiös geprägten Milieus unserer Förderregion.	4,5
Es wird sichergestellt, dass Jugendliche sowohl bei der Planung, bei Entscheidungen als auch bei der Umsetzung unserer PfD Gestaltungsmacht haben.	4,5
Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit werden die Bürger/innen vor Ort für eine vielfältige Gesellschaft sensibilisiert.	4,5
Arbeitsgrundlagen, Verfahrensregeln und Ergebnisse der Entscheidungsprozesse unserer PfD werden regelmäßig in aktueller Form der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.	4,4

Unsere PfD trägt systematisch zur integrativen Ausrichtung zivilgesellschaftlicher Organisationen/Zusammenschlüsse bei.	4,4
In unserer PfD werden bisher unbeteiligte gesellschaftliche Gruppen gezielt angesprochen und zum Engagement ermutigt.	4,4
Die Beteiligung der Bürger/innen an den Aktivitäten der PfD (z.B. den Demokratiekonferenzen, öffentlichen Sitzungen des Begleitausschusses etc.) wird systematisch und aktiv gefördert.	4,4
In unserer PfD werden Partizipationshürden regelmäßig reflektiert und gezielt abgebaut (z.B. Tagungszeiten, Barrierefreiheit etc.).	4,3
Der Begleitausschuss erteilt politischen Gremien regelmäßig Auskunft über Tätigkeiten und Arbeitsergebnisse der PfD.	4,3
In unserer PfD ist eine kritische Reflektion der Arbeit durch externe Akteure erwünscht und wird regelmäßig ermöglicht (z.B. durch Bürgerbündnisse, politische Gremien, Wissenschaftler/innen, Coaches, etc.).	4,3
Der Schutz von Opfern politisch motivierter Gewalt und Hasskriminalität sowie die Berücksichtigung ihrer Perspektive sind in unserer PfD umfassend gewährleistet.	4,2
Erkenntnisse aus unserer PfD werden so aufbereitet, dass sie auch in anderen lokalen Handlungsfeldern (z.B. Politik, Wirtschaft, Sport, Tourismus) Eingang finden können.	4,1
In unserer PfD werden frühzeitig Vorkehrungen getroffen, um die Umsetzung unserer integrierten Handlungsstrategie auch nach dem Auslaufen des Bundesprogramms sicher zu stellen.	4,0
Wissenslücken zu programmrelevanten Themen bei den Akteuren unserer PfD werden regelmäßig über Fortbildungen geschlossen (z.B. zu inhaltlichen Schwerpunkten des Programms, dessen administrativen Umsetzung).	3,8
Die derzeitige Zusammensetzung des Jugendforums umfasst die relevanten lokalen Jugendorganisationen und jugendkulturellen Milieus unserer Förderregion.	3,8
Unsere PfD regt Prozesse zum Abbau struktureller Diskriminierung in der Verwaltung an.	3,8
Bürgerschaftliches Engagement wird im Rahmen unserer PfD regelmäßig gewürdigt und öffentlich anerkannt (z.B. durch Auszeichnungen, Demokratiepreise, Veranstaltungen etc., Übernahme der Fahrtkosten).	3,6
Unsere PfD wird aktiv durch Akteure aus der Wirtschaft unterstützt.	2,7

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Begleitausschüsse 2016 (N=217). Mittelwerte: 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Tabelle 134: zu Abbildung 48: Demokratische Qualität Lokaler Partnerschaften – PfD-Demokratiebarometer

	Absolut	In Prozent
Spitzengruppe (90-100% der möglichen Gesamtpunktzahl)	7	3 %
Oberes Mittelfeld (80-89% der möglichen Gesamtpunktzahl)	68	31 %
Mittelfeld (70-79% der möglichen Gesamtpunktzahl)	88	41 %
Unteres Mittelfeld (60-69% der möglichen Gesamtpunktzahl)	41	19 %
Schlussgruppe (bis zu 59% der möglichen Gesamtpunktzahl)	13	6 %
Gesamt	217	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Begleitausschüsse 2016 (N=217).

Tabelle 135: zu Abbildung 49: Demokratische Qualität im Gruppenvergleich

Demokratiebarometer	Demokratieindex	Partizipation	Autorisierung	Responsitivät	Menschenrechtsorientierung	Verantwortlichkeit	Repräsentanz
Spitzengruppe	5,5	5,4	5,5	5,7	5,6	5,6	5,4
Oberes Mittelfeld	5,0	4,9	5,1	5,3	4,9	5,1	4,8
Mittelfeld	4,5	4,4	4,5	4,8	4,4	4,6	4,2
Unteres Mittelfeld	4,0	3,8	3,9	4,4	3,8	4,1	3,7
Schlussgruppe	3,3	3,1	3,0	3,4	3,4	3,5	3,1

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Begleitausschüsse 2016 (N=217). Mittelwerte: 1=„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6=„trifft voll und ganz zu“.

Tabelle 136: Demokratiequalität differenziert nach Förderdauer

	Seit Demokratie leben! gefördert		Seit VTG/TFKS gefördert	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Spitzengruppe (90-100% der möglichen Gesamtpunktzahl)	2	3 %	5	3 %
Oberes Mittelfeld (80-89% der möglichen Gesamtpunktzahl)	16	23 %	52	35 %
Mittelfeld (70-79% der möglichen Gesamtpunktzahl)	29	42 %	59	40 %
Unteres Mittelfeld (60-69% der möglichen Gesamtpunktzahl)	17	25 %	24	16 %
Schlussgruppe (bis zu 59% der möglichen Gesamtpunktzahl)	5	7 %	8	5 %
Gesamt	69	100 %	148	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Begleitausschüsse 2016 (N=217).

Tabelle 137: zu Abbildung 50: Durchschnittliche Dauer der Begleitung durch die/den dienstälteste/n Koordinator/in in Jahren differenziert nach Demokratiequalität

	Absolut	Mittelwert (Erfahrung in Jahren)
Oberes Mittelfeld (80-89% der möglichen Gesamtpunktzahl)	68	5,1
Spitzengruppe (90-100% der möglichen Gesamtpunktzahl)	7	3,9
Mittelfeld (70-79% der möglichen Gesamtpunktzahl)	88	3,6
Unteres Mittelfeld (60-69% der möglichen Gesamtpunktzahl)	40	3,0
Schlussgruppe (bis zu 59% der möglichen Gesamtpunktzahl)	13	2,5

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Begleitausschüsse 2016 (N=217). Mittelwerte.

Tabelle 138: Demokratische Qualität Lokaler Partnerschaften differenziert nach ihrer regionalen Verortung

	Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Berlin	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Spitzengruppe (90-100% der möglichen Gesamtpunktzahl)	3	2 %	3	4 %	1	7 %
Oberes Mittelfeld (80-89% der möglichen Gesamtpunktzahl)	38	31 %	26	32 %	4	29 %
Mittelfeld (70-79% der möglichen Gesamtpunktzahl)	50	41 %	33	40 %	5	36 %
Unteres Mittelfeld (60-69% der möglichen Gesamtpunktzahl)	23	19 %	14	17 %	4	29 %
Schlussgruppe (bis zu 59% der möglichen Gesamtpunktzahl)	7	6 %	6	7 %	0	0 %
Gesamt	121	100 %	82	100 %	14	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Begleitausschüsse 2016 (N=217).

Tabelle 139: Demokratische Qualität Lokaler Partnerschaften differenziert nach Verwaltungsform

	Kommune		Landkreis		Zusammenschluss von Gebietskörperschaften	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Spitzengruppe (90-100% der möglichen Gesamtpunktzahl)	5	4 %	1	1 %	1	4 %
Oberes Mittelfeld (80-89% der möglichen Gesamtpunktzahl)	39	33 %	17	24 %	12	46 %
Mittelfeld (70-79% der möglichen Gesamtpunktzahl)	46	39 %	35	49 %	7	27 %
Unteres Mittelfeld (60-69% der möglichen Gesamtpunktzahl)	22	18 %	15	21 %	4	15 %
Schlussgruppe (bis zu 59% der möglichen Gesamtpunktzahl)	7	6 %	4	6 %	2	8 %
Gesamt	119	100 %	72	100 %	26	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Begleitausschüsse 2016 (N=217).

Tabelle 140: In verschiedene Zieldimensionen eingegangene Items mit den durch die Faktorenanalyse berechneten Faktorladungen (Extraktionsmethode: Hauptachsen-Faktorenanalyse. Rotationsmethode: Promax mit Kaiser-Normalisierung)

	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4	Faktor 5
Unterschiedliche Meinungen und Perspektiven werden in unserer PfD respektiert und ggf. auftretende Konflikte in Form konstruktiver Aushandlungsprozesse ausgetragen.	0,9				
Unsere PfD ist grundsätzlich offen für Innovation. Neue Ansätze und Akteure haben reelle Verwirklichungs- und Beteiligungschancen.	0,7	0,3			
Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Begleitausschuss erfolgt gleichberechtigt.	0,7				

	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4	Faktor 5
Probleme und Misserfolge bei der Umsetzung unserer PfD werden offen gelegt.	0,7			0,3	
Die Mitglieder des BGA reflektieren und bewerten zum Zweck der Weiterentwicklung des Handlungskonzepts und der Förderstrategie systematisch die Arbeitsergebnisse von geförderten Projekten und Initiativen.	0,5				
Die integrierte Handlungsstrategie ist das Ergebnis eines offenen Aushandlungsprozesses pluraler Meinungen.	0,4	0,3			
In unserer PfD beeinflussen sich Verwaltung und Zivilgesellschaft gegenseitig positiv im eigenen Handeln.	0,4				0,4
Es wird sichergestellt, dass Jugendliche sowohl bei der Planung, bei Entscheidungen als auch bei der Umsetzung unserer PfD Gestaltungsmacht haben.	0,3				
Bürgerschaftliches Engagement wird im Rahmen unserer PfD regelmäßig gewürdigt und öffentlich anerkannt (z.B. durch Auszeichnungen, Demokratiepreise, Veranstaltungen etc., Übernahme der Fahrtkosten).		0,8			
In unserer PfD ist eine kritische Reflektion der Arbeit durch externe Akteure erwünscht und wird regelmäßig ermöglicht (z.B. durch Bürgerbündnisse, politische Gremien, Wissenschaftler/innen, Coaches, etc.).		0,6			
Arbeitsgrundlagen, Verfahrensregeln und Ergebnisse der Entscheidungsprozesse unserer PfD werden regelmäßig in aktueller Form der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.		0,6			
Wissenslücken zu programmrelevanten Themen bei den Akteuren unserer PfD werden regelmäßig über Fortbildungen geschlossen (z.B. zu inhaltlichen Schwerpunkten des Programms, dessen administrativen Umsetzung).		0,5			
Die Beteiligung der Bürger/innen an den Aktivitäten der PfD (z.B. den Demokratiekonferenzen, öffentlichen Sitzungen des Begleitausschusses etc.) wird systematisch und aktiv gefördert.		0,5			
Die (Neu-)Besetzung der Entscheidungsgremien unserer PfD (Begleitausschuss, Jugendforum) erfolgte/erfolgt im Rahmen eines beteiligungsorientierten Prozesses unter Mitwirkung von Akteuren aus der Zivilgesellschaft.	0,4	0,5			
In unserer PfD werden bisher unbeteiligte gesellschaftliche Gruppen gezielt angesprochen und zum Engagement ermutigt.		0,5	0,5		
Der Begleitausschuss erteilt politischen Gremien regelmäßig Auskunft über Tätigkeiten und Arbeitsergebnisse der PfD.		0,4			0,3
In unserer PfD werden Partizipationshürden regelmäßig reflektiert und gezielt abgebaut (z.B. Tagungszeiten, Barrierefreiheit etc.).		0,4			
Die Akteure in unserer PfD handeln als Multiplikator/innen und setzen sich in ihren eigenen Organisationen und/oder anderen Bezügen aktiv für die Umsetzung der Handlungsstrategie ein.		0,4			
In unserer PfD werden frühzeitig Vorkehrungen getroffen, um die Umsetzung unserer integrierten Handlungsstrategie auch nach dem Auslaufen des Bundesprogramms sicher zu stellen.		0,3	0,3		0,3
Bei der Umsetzung unserer PfD wird sichergestellt, dass aktuelle gesellschaftliche Themen, Unzufriedenheiten und Kritik an sozialen und politischen Verhältnissen im Wirkungsfeld der PfD aufgegriffen und öffentlich thematisiert werden.		0,3		0,3	

	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4	Faktor 5
Unsere PfD regt Prozesse zum Abbau struktureller Diskriminierung in der Verwaltung an.			0,7		
In unserer PfD wird sichergestellt, dass Anliegen und Interessen von schwach artikulationsfähigen Gruppen (z.B. ethnische, religiöse, kulturelle und soziale Minderheiten, Asylsuchende, etc.) zum Ausdruck gebracht und vertreten werden.			0,7		
Bei der Umsetzung unserer PfD werden geschlechtsspezifische Anliegen und Erfahrungen systematisch bei der Planung, Durchführung und Auswertung der Maßnahmen beachtet.			0,5		
Der Schutz von Opfern politisch motivierter Gewalt und Hasskriminalität sowie die Berücksichtigung ihrer Perspektive sind in unserer PfD umfassend gewährleistet.			0,5	0,3	
Unsere PfD trägt systematisch zur integrativen Ausrichtung zivilgesellschaftlicher Organisationen/Zusammenschlüsse bei.		0,3	0,5		
Die Koordinierungs- und Fachstelle unserer PfD ist breit vernetzt und ein anerkannter Partner für zivilgesellschaftliche Akteure und Zusammenschlüsse.				0,7	
Unsere PfD kooperiert mit allen notwendigen vor Ort existierenden Netzwerken, Bündnissen und Arbeitsgruppen.				0,6	
In unserer PfD werden demokratiegefährdende und gruppenfeindliche Aktivitäten und Übergriffe vor Ort wahrgenommen und es wird zeitnah auf diese reagiert.				0,6	
Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit werden die Bürger/innen vor Ort für eine vielfältige Gesellschaft sensibilisiert.		0,3		0,4	
Die Entscheidungen des Begleitausschusses werden von der Politik respektiert und bestmöglich gefördert.					0,7
Die derzeitige Besetzung des Begleitausschusses umfasst alle relevanten zivilgesellschaftlichen Akteure, Entscheidungsträger/innen auf der Leitungsebene der Verwaltung bzw. Lokalpolitiker/innen.					0,7
An der Umsetzung der PfD beteiligen sich Akteure und Bürger/innen aus allen sozial, kulturell, gender und religiös geprägten Milieus unserer Förderregion.	0,3		0,4		0,4
Erkenntnisse aus unserer PfD werden so aufbereitet, dass sie auch in anderen lokalen Handlungsfeldern (z.B. Politik, Wirtschaft, Sport, Tourismus) Eingang finden können.		0,3			0,4
Konzept und Aktivitäten unserer PfD werden durch lokale Entscheidungsträger/innen aktiv und öffentlich wahrnehmbar unterstützt.		0,3		0,3	0,4
Unsere PfD wird aktiv durch Akteure aus der Wirtschaft unterstützt.					0,4

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen sowie der Begleitausschüsse 2016 (N=217). (Maß der Stichprobenbereinigung nach Kaiser-Meyer-Olkin 0,942; Barlett-Test auf Sphärizität: ungefähres χ^2=4390,8; df=595; Signifikanz nach Bartlett=0.000). Ladungen mit einem Wert von unter ,3 werden nicht dargestellt.

Tabelle 141: zu Abbildung 67: Gesamtbudget des Projekts

	Absolut	In Prozent
Bis zu 100 €	2	1 %
101 – 1.000 €	39	22 %
1.001 – 5.000 €	115	64 %
5.001 – 10.000 €	20	11 %
10.001 – 15.000 €	2	1 %
Mehr als 15.000 €	3	2 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 181).

Tabelle 142: zu Abbildung 68: Dauer des Projekts (d.h. von der Bewilligung bis zur Abrechnung)

	Absolut	In Prozent
Bis zu 3 Monate	81	45 %
3 – 6 Monate	75	42 %
6 – 9 Monate	13	7 %
9 – 12 Monate	6	3 %
Mehr als 12 Monate	4	2 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 179).

Tabelle 143: zu Abbildung 69: Themen, die durch die Projekte behandelt werden

	Absolut	In Prozent
Antisemitismus	37	21 %
Islam-/Muslimfeindlichkeit	45	25 %
Antiziganismus	12	7 %
Homophobie und Transphobie	14	8 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	64	36 %
Rechtsextreme Orientierungen/Handlungen	42	24 %
Islamistische Orientierungen/Handlungen	9	5 %
Linke Militanz	1	1 %
Willkommenskultur	122	69 %
Sonstige	23	13 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 177). Mehrfachantworten möglich.

Tabelle 144: Ziele und Themen, die von den Projekten behandelt wurden

	Antisemitismus	Islam-/Muslimfeindlichkeit	Antiziganismus	Homophobie und Transphobie	Demokratiestärkung im ländlichen Raum	Rechtsextreme Orientierungen/Handlungen	Islamistische Orientierungen/Handlungen	Linke Militanz	Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerber/innen	Sonstige	Gesamt
Sensibilisierung von Öffentlichkeit	26	26	8	9	37	29	4	1	63	9	93
Bildung von Netzwerken	7	7	3	4	24	8	1	0	28	4	40
Information oder (Fort-)Bildung	26	27	9	9	26	26	4	1	45	10	68
Stärkung der Selbstbestimmung benachteiligter Gruppen	3	9	3	3	14	4	2	0	41	11	56
Hilfeleistungen für benachteiligte Gruppen	5	6	1	0	9	2	3	0	27	5	33
Abbau von Vorurteilen	27	33	9	11	34	32	6	1	77	14	107
Schaffung/ Verbesserung von Freizeitangeboten	2	6	1	0	6	2	0	0	25	2	31
Sonstige	1	3	0	1	3	3	1	0	3	4	7
Gesamt	37	45	12	14	59	42	9	1	119	23	172

Quelle: Befragung der Projektträger 2016.

Tabelle 145: zu Abbildung 71: Ziele der Projekte

	Absolut	In Prozent
Sensibilisierung von Öffentlichkeit	102	55 %
Bildung von Netzwerken	43	23 %
Information oder (Fort-)Bildung	72	39 %
Stärkung der Selbstbestimmung benachteiligter Gruppen	60	32 %
Hilfeleistungen für benachteiligte Gruppen	38	21 %
Abbau von Vorurteilen	112	61 %
Schaffung/Verbesserung von Freizeitangeboten	34	18 %
Sonstige	7	4 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 185), Mehrfachantworten möglich.

Tabelle 146: zu Abbildung 72: Projektformate

	Absolut	In Prozent
Pädagogisches Angebot	94	50 %
Angebot im Bereich Sport/Spiel/Outdoor	27	14 %
Info-Veranstaltung/Podiumsdiskussion	42	22 %
Fest/Feier	36	19 %
Fortbildungsangebot/Schulung	38	20 %
Kulturelles Angebot (z.B. Film/Theater)	67	36 %
Angebot im Bereich Medien	22	12 %
Aktionstag	28	15 %
Öffentlichkeitsarbeit	62	33 %
Sonstige	7	4 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 188). Mehrfachantworten möglich.

Tabelle 147: zu Abbildung 73: Ausdrücklich anvisierte Zielgruppen der Projekte

	Absolut	In Prozent
Allgemeine Öffentlichkeit	110	59 %
Kinder und Jugendliche	116	62 %
Mädchen und Frauen	34	18 %
Menschen mit Migrationshintergrund	121	65 %
Menschen mit Behinderungen	22	12 %
Junge Menschen, die im Begriff sind, sich zu radikalisieren	17	9 %
Mitglieder oder Sympathisant/innen radikalisierter Szenen	4	2 %
Eltern und andere Bezugspersonen	45	24 %
Ehren- und Hauptamtliche in der Jugendhilfe	42	23 %
Andere Akteure mit fachlichem/beruflichem Bezug	49	26 %
Staatliche Akteure	18	10 %
Zivilgesellschaftliche Akteure	60	32 %
Politische Akteure	37	20 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 186), Mehrfachantworten sind möglich.

Tabelle 148: Reichweite des Projekts

	Absolut	In Prozent
Sehr geringe Reichweite (bis zu 50 Menschen)	43	24 %
Geringe Reichweite (51 – 100 Menschen)	43	24 %
Mittlere Reichweite (101 – 500 Menschen)	59	33 %
Große Reichweite (501 – 1.000 Menschen)	18	10 %
Sehr große Reichweite (mehr als 1.000 Menschen)	16	9 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 179).

Tabelle 149: zu Abbildung 74: Organisationsformen der Träger

	Absolut	In Prozent
Einzelperson/Gruppe ohne Träger	3	2 %
Bürgerbündnis, -initiative gegen Rechtsextremismus o.ä.	6	4 %
Religiöse Organisation/Gemeinschaft, Kirche	12	9 %
Selbstorganisation einer kulturellen Minderheit	2	1 %
Selbstorganisation von Migrant/innen	4	3 %
Verein für Kunst, Musik oder Kulturelles	22	16 %
Kulturelle Einrichtung (Theater, Museum o.ä.)	4	3 %
Kindergarten/Kindertagesstätte	0	0 %
Schule	6	4 %
Förderverein einer Schule	9	7 %
Träger der Erwachsenenbildung und -qualifizierung	11	8 %
Sport- und Freizeitverband	6	4 %
Jugendorganisation oder -einrichtung, Jugendhilfe	25	18 %
Wohlfahrtsverband	13	9 %
Gewerkschaft	0	0 %
Politische Partei	1	1 %
Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz o.ä.	0	0 %
Selbstorganisation einer sexuellen Minderheit	2	1 %
Anderer Organisationstyp	12	9 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 138).

Tabelle 150: zu Abbildung 75: Hauptamtliche Mitarbeiter/innen bei Projektträgern

	Absolut	In Prozent
Bis zu 10 hauptamtliche Mitarbeiter/innen	106	71 %
11 – 100 hauptamtliche Mitarbeiter/innen	28	19 %
101 – 500 hauptamtliche Mitarbeiter/innen	10	7 %
501 – 1.500 hauptamtliche Mitarbeiter/innen	3	2 %
Mehr als 1.500 hauptamtliche Mitarbeiter/innen	2	1 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 149).

Tabelle 151: zu Abbildung 75: Ehrenamtlich Aktive bei Projektträgern

	Absolut	In Prozent
Bis zu 10 ehrenamtlich Aktive	62	44 %
11 – 50 ehrenamtlich Aktive	56	40 %
51 – 500 ehrenamtlich Aktive	20	14 %
501 – 1.000 ehrenamtlich Aktive	3	2 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 141).

Tabelle 152: Anzahl der Menschen in verantwortlicher Rolle bei Planung und Umsetzung des Projektes

	Absolut	In Prozent
1 – 2 Beteiligte	31	16 %
3 – 5 Beteiligte	81	43 %
6 – 10 Beteiligte	48	26 %
11 – 20 Beteiligte	21	11 %
Mehr als 20 Beteiligte	7	4 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 188).

Tabelle 153: Wie oft trafen die Projektumsetzenden während der Planung und Umsetzung des Projekts Absprachen mit anderen Vertreter/innen des Projektträgers?

	Absolut	In Prozent
Einmal in der Woche oder häufiger	37	20 %
Mehrmals im Monat	84	45 %
Einmal im Monat	38	20 %
Seltener	24	13 %
Nie	3	2 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 186).

Tabelle 154: zu Abbildung 76: Bedeutung der Verbundenheit mit der Partnerschaft für Demokratie für Projektumsetzende

	Absolut	In Prozent
Sehr wichtig	70	39 %
Ziemlich wichtig	84	46 %
Nicht sehr wichtig	25	14 %
Überhaupt nicht wichtig	2	1 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 181).

Tabelle 155: Häufigkeit der Besprechungen mit der Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie in der Umsetzungsphase des Projekts

	Absolut	In Prozent
Einmal in der Woche oder häufiger	18	10 %
Mehrmals im Monat	64	34 %
Einmal im Monat	53	28 %
Seltener	44	24 %
Nie	7	4 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 186).

Tabelle 156: Die Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft hat das Projekt zu Organisation und Abwicklung beraten.

	Absolut	In Prozent
Ja	119	80 %
Nein	30	20 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 149).

Tabelle 157: Die Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft hat das Projekt zu Projektinhalten beraten.

	Absolut	In Prozent
Ja	97	66 %
Nein	50	34 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 147).

Tabelle 158: Anteil der Menschen in verantwortlicher Rolle an der Planung und Umsetzung des Projekts, die an einer öffentlichen Veranstaltung der Partnerschaft teilgenommen haben

	Absolut	In Prozent
0%	33	19 %
1 – 20%	23	13 %
21 – 40%	36	21 %
41 – 60%	25	15 %
61 – 80%	21	12 %
81 – 100%	34	20 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 172).

Tabelle 159: Anteil der Menschen in verantwortlicher Rolle an der Planung und Umsetzung des Projekts, die an weiteren Veranstaltungen der Partnerschaft teilgenommen haben

	Absolut	In Prozent
0%	42	24 %
1 – 20%	27	16 %
21 – 40%	41	24 %
41 – 60%	23	13 %
61 – 80%	17	10 %
81 – 100%	22	13 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 172).

Tabelle 160: Anteil der Menschen in verantwortlicher Rolle an der Planung und Umsetzung des Projekts, die im Begleitausschuss der Partnerschaft sind

	Absolut	In Prozent
0%	76	44 %
1 – 20%	28	16 %
21 – 40%	35	20 %
41 – 60%	19	11 %
61 – 80%	9	5 %
81 – 100%	7	4 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 174).

Tabelle 161: Anteil der erreichten Personen

	Mädchen und Frauen (n = 166)		Menschen mit Migrationshintergrund (n = 163)		Menschen mit Behinderung (n = 122)	
	Zahl der Projekte	Prozent	Zahl der Projekte	Prozent	Zahl der Projekte	Prozent
0%	1	1 %	4	2 %	28	23 %
1 – 20%	12	7 %	58	36 %	87	71 %
21 – 40%	38	23 %	21	13 %	2	2 %
41 – 60%	87	52 %	24	15 %	4	3 %
61 – 80%	17	10 %	29	18 %	1	1 %
81 – 100%	11	7 %	27	17 %	0	0 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016.

Tabelle 162: Anteil der Mädchen und Frauen in verantwortlicher Rolle bei Planung und Umsetzung des Projekts

	Absolut	In Prozent
0%	6	3 %
1 – 20%	23	13 %
21 – 40%	25	14 %
41 – 60%	52	30 %
61 – 80%	30	17 %
81 – 100%	37	21 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 173).

Tabelle 163: Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in verantwortlicher Rolle bei Planung und Umsetzung des Projektes

	Absolut	In Prozent
0%	51	35 %
1 – 20%	29	20 %
21 – 40%	29	20 %
41 – 60%	16	11 %
61 – 80%	8	6 %
81 – 100%	12	8 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 145).

Tabelle 164: Anteil der Menschen mit Behinderungen in verantwortlicher Rolle bei Planung und Umsetzung des Projektes

	Absolut	In Prozent
0%	87	81 %
1 – 20%	16	15 %
21 – 40%	5	5 %
41 – 60%	0	0 %
61 – 80%	0	0 %
81 – 100%	0	0 %

Quelle: Befragung der Projektträger 2016 (n = 108).

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Untersuchungsdesign der Wissenschaftlichen Begleitung	16
Abbildung 2:	Regionale Verteilung der lokalen Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungsform	28
Abbildung 3:	Beurteilung der strukturellen Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es…“	29
Abbildung 4:	Beurteilung der strukturellen Voraussetzungen: „In unserer Förderregion gibt es…“	30
Abbildung 5:	Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach regionaler Verortung	32
Abbildung 6:	Verwendung der zusätzlichen Bundesmittel für die Umsetzung der externen Koordinierungs- und Fachstelle	33
Abbildung 7:	Einschätzung der Koordinator/innen zum vorhandenen Stellenvolumen in der Koordinierungs- und Fachstelle	34
Abbildung 8:	Quellen der Komplementärförderung	36
Abbildung 9:	Budgets der Partnerschaften im Jahr 2016 differenziert nach Förderbereich und Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstelle	37
Abbildung 10:	„Komplementarität“ der Begleitausschussmitglieder	41
Abbildung 11:	„Netzwerkvision“ der Begleitausschüsse	42
Abbildung 12:	„Netzwerkkoordination“ der Begleitausschüsse	42
Abbildung 13:	„Interaktionsdichte“ der Begleitausschüsse	43
Abbildung 14:	„Netzwerknutzen“ für die eingebunden Akteure	43
Abbildung 15:	„Nachhaltigkeit“ der Netzwerke	44
Abbildung 16:	(Kern-)Netzwerkqualität – Drei Begleitausschusstypen	45
Abbildung 17:	Engagement der Begleitausschüsse in den verschiedenen Aufgabenbereichen	47
Abbildung 18:	Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen	48
Abbildung 19:	Umsetzung der Demokratiekonferenzen	49
Abbildung 20:	Beurteilung des Mobilisierungsgrades und des Aktivierungspotentials: „In unserer Förderregion gibt es…“	50
Abbildung 21:	Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion	51
Abbildung 22:	Programmschwerpunkte, die im Jahr 2016 bearbeitet werden	53
Abbildung 23:	Das Strategiequadrat – Strategische Zielstellungen der Partnerschaften für Demokratie	56
Abbildung 24:	Passung der Handlungsdimensionen auf die Ansätze der Partnerschaften für Demokratie	57
Abbildung 25:	Handlungselemente zur Verdeutlichung normativer Grenzen. „In diesem Sinne wollen wir…“	58
Abbildung 26:	Handlungselemente zur Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe. „In diesem Sinne wollen wir…“	59
Abbildung 27:	Etablierungskontext der Jugendforen	61
Abbildung 28:	Altersgruppen der in den Jugendforen aktiven Kinder und Jugendlichen	61
Abbildung 29:	Aktuelle Organisationsform der Jugendforen	63

Abbildung 30:	Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung	65
Abbildung 31:	Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses	66
Abbildung 32:	Schwerpunkte der aus den Jugendfonds realisierten Projekte	67
Abbildung 33:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation des Protestes gegen den Zuzug und der Bedrohung von Geflüchteten in ihrem Fördergebiet für die Jahre 2015/2016	73
Abbildung 34:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von Engagierten in ihrem Fördergebiet für die Jahre 2015/2016	76
Abbildung 35:	Einschätzung der Koordinator/innen, die gesicherte Angaben zur lokalen Situation der Anfeindung und Bedrohung von Engagierten machen können, nach Förderregion für die Jahre 2015/2016	77
Abbildung 36:	Begleitung durch Coaches differenziert nach Förderperiode	83
Abbildung 37:	Strategische Verankerung der GDI-Leitprinzipien	85
Abbildung 38:	Umsetzung der GDI-Leitprinzipien	86
Abbildung 39:	Sechs Dimensionen demokratischer Qualität	92
Abbildung 40:	Partizipation	93
Abbildung 41:	Autorisierung	94
Abbildung 42:	Repräsentation	95
Abbildung 43:	Verantwortlichkeit	96
Abbildung 44:	Responsivität	98
Abbildung 45:	Menschenrechtsorientierung	99
Abbildung 46:	Ausprägung demokratischer Qualität lokaler Partnerschaften – Sechs Dimensionen	100
Abbildung 47:	Bewertung einzelner Komponenten demokratischer Qualität	101
Abbildung 48:	Demokratische Qualität Lokaler Partnerschaften – PfD-Demokratiebarometer	102
Abbildung 49:	Demokratische Qualität im Gruppenvergleich	103
Abbildung 50:	Durchschnittliche Dauer der Begleitung durch die/den dienstälteste/n Koordinator/in in Jahren differenziert nach Demokratiequalität	104
Abbildung 51:	Vorhandensein von Wissensbeständen	115
Abbildung 52:	Verteilung der Zugänge, differenziert nach Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) und federführendem Amt (FA)	117
Abbildung 53:	Zweckdienliche Zugänge	118
Abbildung 54:	Umfassende Gesamtkoordinationsleistung	119
Abbildung 55:	Pfade zu einer umfassenden Gesamtkoordination	122
Abbildung 56:	Umfassende Einbindung relevanter Akteure	127
Abbildung 57:	Aspekte des Zielformulierungsprozesses	128
Abbildung 58:	Grundlagen zielgerichteter Zusammenarbeit	128
Abbildung 59:	Leistungsfähigkeit lokaler Netzwerke	129
Abbildung 60:	Aspekte der Leistungsfähigkeit	129
Abbildung 61:	Typen von Netzwerken	130
Abbildung 62:	Pfade zu leistungsfähigen Netzwerken	134

Abbildung 63: Erreichen der allgemeinen Öffentlichkeit in unterschiedlichen Regionen 140
Abbildung 64: Öffentlichkeitswirksamkeit insgesamt 143
Abbildung 65: Typen von Öffentlichkeitswirksamkeit 143
Abbildung 66: Pfade der Öffentlichkeitswirksamkeit 147
Abbildung 67: Gesamtbudget der Projekte im Jahr 2015 149
Abbildung 68: Dauer der Projektumsetzung im Jahr 2015 149
Abbildung 69: Themen, die 2015 durch die Projekte bearbeitet werden 150
Abbildung 70: Ziele von Projekten aus dem Themenbereich Willkommenskultur 150
Abbildung 71: Ziele der Projekte 151
Abbildung 72: Projektformate 152
Abbildung 73: Ausdrücklich benannte Zielgruppen der Projekte im Jahr 2015 153
Abbildung 74: Organisationsform der Projektträger 154
Abbildung 75: Ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiter/innen der Projektträger 155
Abbildung 76: Verbundenheit der Projektumsetzenden mit der Partnerschaft für Demokratie 156
Abbildung 77: Anteil der erreichten Personen 158
Abbildung 78: Anteil der an der Planung und Umsetzung von Projekten Beteiligten 158

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Partnerschaften für Demokratie differenziert nach ihrer Förderperiode 178
Tabelle 2: Partnerschaften für Demokratie, die seit der Förderperiode „Demokratie leben!“ implementiert werden, differenziert nach ihrer regionalen Verortung 178
Tabelle 3: Partnerschaften für Demokratie, die seit der Förderperiode „Demokratie leben!“ implementiert werden, differenziert nach ihrer Ansiedlung in Kommunen, Landkreisen und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften 178
Tabelle 4: Partnerschaften für Demokratie differenziert nach ihrer regionalen Verortung 178
Tabelle 5: Partnerschaften für Demokratie differenziert nach ihrer Ansiedlung in 16 Bundesländern 179
Tabelle 6: Partnerschaften für Demokratie differenziert nach ihrer Ansiedlung in Kommunen, Landkreisen und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften 179
Tabelle 7: zu Abbildung 2: Regionale Verteilung der Lokalen Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungsform 179
Tabelle 8: zu Abbildung 3: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung 180
Tabelle 9: zu Abbildung 3: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung 180
Tabelle 10: zu Abbildung 4: Infrastrukturelle Voraussetzungen differenziert nach regionaler Verortung der Partnerschaften 180
Tabelle 11: Infrastrukturelle Voraussetzungen differenziert nach Verwaltungsform und regionaler Verortung der Partnerschaften 181

Tabelle 12:	Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen	181
Tabelle 13:	Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen	181
Tabelle 14:	Rechtsform der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen	182
Tabelle 15:	Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen in den Verwaltungsstrukturen	182
Tabelle 16:	Personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie	182
Tabelle 17:	Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit externer Koordinierungs- und Fachstelle	182
Tabelle 18:	Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie ohne externe Koordinierungs- und Fachstelle	183
Tabelle 19:	Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie mit geteilter Koordinierungs- und Fachstelle	183
Tabelle 20:	Personelle Ausstattung der Partnerschaften für Demokratie differenziert nach Verwaltungsform und regionaler Verortung	183
Tabelle 21:	zu Abbildung 6: Verwendung der zusätzlichen Bundesmittel für die Umsetzung der externen Koordinierungs- und Fachstelle	183
Tabelle 22:	zu Abbildung 7: Einschätzung der Koordinator/innen zum vorhandenen Stellenvolumen in der Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach Verwaltungsform	184
Tabelle 23:	Einschätzung der Koordinator/innen zum vorhandenen Stellenvolumen in der Koordinierungs- und Fachstelle differenziert nach regionaler Verteilung und Verwaltungsform	184
Tabelle 24:	Einschätzung der Koordinator/innen zum vorhandenen Stellenvolumen in der externen Koordinierungs- und Fachstelle in den Jahren 2013 und 2016	184
Tabelle 25:	Bildungsniveau der Mitarbeiter/innen in der Koordinierungs- und Fachstelle	185
Tabelle 26:	Zeitraum der Begleitung durch den/die derzeitige/n Koordinator/in differenziert nach Förderdauer	185
Tabelle 27:	Summe der erhaltenen Bundesmittel des Programms „Demokratie leben!“	185
Tabelle 28:	Gesamtbudget der Partnerschaften	186
Tabelle 29:	Zusammensetzung des Budgets der Partnerschaften mit einem Gesamtbudget in Höhe von 85.000 €	186
Tabelle 30:	Komplementärförderung	186
Tabelle 31:	Höhe der Komplementärförderung	186
Tabelle 32:	Höhe der Komplementärförderung differenziert nach Förderdauer	187
Tabelle 33:	zu Abbildung 8: Quellen der Komplementärförderung	187
Tabelle 34:	Anteile der Partnerschaften, die Mittel aus Landesförderprogrammen erhalten, differenziert nach Bundesländern	187
Tabelle 35:	Durchschnittliches Budget der Partnerschaften differenziert nach Förderquellen	187

Tabelle 36:	Durchschnittliches Gesamtbudget der Partnerschaften differenziert nach regionaler Verortung	188
Tabelle 37:	Durchschnittliches Gesamtbudget der Partnerschaften differenziert nach regionaler Verortung ohne Partnerschaften mit Landesförderung	188
Tabelle 38:	Durchschnittliches Gesamtbudget der Partnerschaften differenziert nach Verwaltungseinheit	188
Tabelle 39:	Durchschnittliches Gesamtbudget der Partnerschaften differenziert nach Verwaltungseinheit	188
Tabelle 40:	Budgets der Partnerschaften im Jahr 2016 differenziert nach Förderbereich und Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstelle	189
Tabelle 41:	Anzahl der Mitglieder in den Begleitausschüssen 2015 und 2016	189
Tabelle 42:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen	189
Tabelle 43:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich ehrenamtlicher zivilgesellschaftlicher Akteure	190
Tabelle 44:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich professioneller zivilgesellschaftlicher Akteure	190
Tabelle 45:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich staatlicher/politischer Akteure	191
Tabelle 46:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse hinsichtlich der Wirtschaftsakteure	191
Tabelle 47:	Vertretung verschiedener Parteien in den Begleitausschüssen	191
Tabelle 48:	Vertretung verschiedener Organisationen in den Begleitausschüssen	192
Tabelle 49:	Bedarf an Personen/Akteuren, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschuss vertreten sind differenziert nach Verwaltungsform	192
Tabelle 50:	Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Personengruppen	192
Tabelle 51:	Anzahl der Jugendlichen in den Begleitausschüssen differenziert nach dem Vorhandensein eines Jugendforums in den Partnerschaften für Demokratie	193
Tabelle 52:	Bedarf an Personen/Akteuren, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschuss vertreten sind differenziert nach Verwaltungsform	193
Tabelle 53:	Personen/Akteure, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschuss vertreten sind	194
Tabelle 54:	zu Abbildung 10: „Komplementarität“ der Begleitausschussmitglieder	194
Tabelle 55:	zu Abbildung 11: „Netzwerkvision“ der Begleitausschüsse	195
Tabelle 56:	zu Abbildung 12: „Netzwerkkoordination“ der Begleitausschüsse	195
Tabelle 57:	zu Abbildung 13: „Interaktionsdichte“ der Begleitausschüsse	195
Tabelle 58:	zu Abbildung 14:„Netzwerknutzen“ für die eingebunden Akteure	195
Tabelle 59:	zu Abbildung 15: „Nachhaltigkeit“ der Netzwerke	196
Tabelle 60:	Begleitausschusstypen	196
Tabelle 61:	Begleitausschusstypen differenziert nach regionaler Verortung	196
Tabelle 62:	zu Abbildung 16: (Kern-)Netzwerkqualität – Drei Begleitausschusstypen	196

Tabelle 63:	Begleitausschusstypen differenziert nach Erfahrung des dienstältesten Koordinators	197
Tabelle 64:	Durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Umsetzungsstand der Partnerschaft für Demokratie differenziert nach Begleitausschusstypen	197
Tabelle 65:	Unterstützungsbedarfe differenziert nach Begleitausschusstypen	197
Tabelle 66:	Durchschnittliche Beurteilung des Engagements der Mitglieder der Begleitausschüsse in den verschiedenen Aufgabenbereichen differenziert nach Begleitausschusstypen	198
Tabelle 67:	Partnerschaft für Demokratie mit einem Konzept für eine Integrierte Handlungsstrategie differenziert nach Begleitausschusstypen	198
Tabelle 68:	Engagement der Begleitausschüsse in den verschiedenen Aufgabenbereichen	199
Tabelle 69:	Einschätzungen der Koordinator/innen hinsichtlich des Bekanntheitsgrades ihrer Partnerschaft für Demokratie	200
Tabelle 70:	Anzahl der geplanten Demokratiekonferenzen für das Jahr 2016	200
Tabelle 71:	Anzahl der Teilnehmer/innen an den Demokratiekonferenzen	200
Tabelle 72:	zu Abbildung 18: Beurteilung der Beteiligung an den Demokratiekonferenzen	201
Tabelle 73:	zu Abbildung 19: Umsetzung der Demokratiekonferenzen	201
Tabelle 74:	zu Abbildung 20: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung	202
Tabelle 75:	Aktivierungspotentiale in den Förderregionen	203
Tabelle 76:	Erläuterungen der Koordinator/innen zu den Gründen für geringe Aktivierungspotentiale in der Förderregion	204
Tabelle 77:	Antragsteller der geförderten Projekte/Initiativen	205
Tabelle 78:	zu Abbildung 21: Prioritärer Handlungsbedarf in der Förderregion	206
Tabelle 79:	Bereiche, in denen durch die Arbeit in der Partnerschaft für Demokratie Verbesserungen bzw. Fortschritte angestrebt werden	206
Tabelle 80:	Aktuelle Situation in der Förderregion im Handlungsfeld „Ablehnung kultureller Vielfalt im Kontext Flucht und Asyl/Rechtspopulismus“	207
Tabelle 81:	Aktuelle Situation in der Förderregion im Handlungsfeld „Demokratiedistanz“	208
Tabelle 82:	Aktuelle Situation in der Förderregion im Handlungsfeld „Rechtsextremismus“	209
Tabelle 83:	Aktuelle Situation in der Förderregion im Handlungsfeld „Linke Militanz“	210
Tabelle 84:	Aktuelle Situation in der Förderregion im Handlungsfeld „Islamistische Orientierungen und Handlungen“	210
Tabelle 85:	Aktuelle Situation in der Förderregion im Handlungsfeld „Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit“	211
Tabelle 86:	Aktuelle Situation in der Förderregion im Handlungsfeld „Antisemitismus“	211
Tabelle 87:	Aktuelle Situation in der Förderregion im Handlungsfeld „Homo- und Transfeindlichkeit“	212
Tabelle 88:	Aktuelle Situation in der Förderregion im Handlungsfeld „Antiziganismus“	212

Tabelle 89:	zu Abbildung 22: Programmschwerpunkte, die im Jahr 2016 bearbeitet werden	213
Tabelle 90:	Anzahl der gewählten Prorgammschwerpunkte, die im Jahr 2016 bearbeitet werden	213
Tabelle 91:	Zielgruppen, die im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie schwerpunktmäßig erreicht werden sollen	214
Tabelle 92:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Erreichung der Zielgruppen	214
Tabelle 93:	Bewilligte Projekte/Initiativen im aktuellen Förderjahr bis zum Stichtag 1. Juni 2016 differenziert nach Schwerpunkten	215
Tabelle 94:	Zielgruppen der geförderten Projekte	216
Tabelle 95:	zu Abbildung 24: Passung der Handlungsdimensionen auf die Ansätze der Partnerschaften für Demokratie	216
Tabelle 96:	zu Abbildung 25: Handlungselemente zur Verdeutlichung normativer Grenzen. „In diesem Sinne wollen wir…“	217
Tabelle 97:	zu Abbildung 26: Handlungselemente zur Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe. „In diesem Sinne wollen wir…“	218
Tabelle 98:	Umsetzungsstand der Jugendforen	219
Tabelle 99:	zu Abbildung 27: Etablierungskontext der Jugendforen	219
Tabelle 100:	Besetzung der Jugendforen	219
Tabelle 101:	zu Abbildung 28: Altersgruppen der in den Jugendforen aktiven Kinder und Jugendlichen	219
Tabelle 102:	zu Abbildung 29: Aktuelle Organisationsform der Jugendforen	220
Tabelle 103:	zu Abbildung 30: Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung	220
Tabelle 104:	zu Abbildung 31: Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses	220
Tabelle 105:	zu Abbildung 32: Schwerpunkte der aus den Jugendfonds realisierten Projekte	221
Tabelle 106:	zu Abbildung 33: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation des Protestes gegen den Zuzug und der Bedrohung von Geflüchteten in ihrem Fördergebiet für die Jahre 2015/2016	221
Tabelle 107:	Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von Engagierten und Geflüchteten in ihrem Fördergebiet für die Jahre 2015/2016	221
Tabelle 108:	zu Abbildung 34: Einschätzung der Koordinator/innen zur Situation der Anfeindung und Bedrohung von Engagierten in ihrem Fördergebiet für die Jahre 2015/2016	222
Tabelle 109:	zu Abbildung 35: Einschätzung der Koordinator/innen, die gesicherte Angaben zur lokalen Situation der Anfeindung und Bedrohung von Engagierten machen können, nach Förderregion für die Jahre 2015/2016	222
Tabelle 110:	Partnerschaften für Demokratie, die seit der Förderperiode „Demokratie leben!“ implementiert werden, differenziert nach ihrer regionalen Verortung	223
Tabelle 111:	Zusammenarbeit mit Opferberater/innen differenziert nach Vorhandensein einer etablierten Opferberatungsstelle im Bundesland	223

Tabelle 112: zu Abbildung 36: Begleitung durch Coaches differenziert nach Förderperiode 224
Tabelle 113: Gründe für die Inanspruchnahme des Coachings 224
Tabelle 114: Bereiche in denen die Partnerschaften bereits Unterstützung/Beratung durch den/die Coach/in erfahren haben 225
Tabelle 115: Wirkbereich des Coachings 226
Tabelle 116: Zufriedenheit mit der Beratung/Unterstützung durch den/die Coach/in 227
Tabelle 117: Bedarfe der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen an Qualifizierungs- und Veranstaltungsangeboten 227
Tabelle 118: Gewünschte inhaltliche Themenstellungen für einen Fachaustausch 228
Tabelle 119: Gewünschte inhaltliche Themenstellungen für eine Fortbildung 229
Tabelle 120: Gewünschte inhaltliche Themenstellungen für eine Weiterbildung 230
Tabelle 121: Unterstützungsbedarfe der Koordinator/innen seitens der Programmakteure für eine zufriedenstellende Umsetzung der Partnerschaft 231
Tabelle 122: Unterstützungsbedarfe der Koordinator/innen seitens der Programmgestalter/innen zur angemessenen Bearbeitung des Schwerpunkts Demokratiestärkung im ländlichen Raum 232
Tabelle 123: zu Abbildung 37: Strategische Verankerung der GDI-Leitprinzipien 233
Tabelle 124: Berücksichtigung der GDI-Leitprinzipien bei der Projektauswahl 2015 233
Tabelle 125: Umsetzung der GDI-Leitprinzipien 233
Tabelle 126: Beurteilung der Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion 234
Tabelle 127: zu Abbildung 46: Ausprägung demokratischer Qualität lokaler Partnerschaften – Sechs Dimensionen 234
Tabelle 128: Demokratische Qualität Lokaler Partnerschaften: Partizipation 234
Tabelle 129: Demokratische Qualität Lokaler Partnerschaften: Autorisierung 235
Tabelle 130: Demokratische Qualität Lokaler Partnerschaften: Repräsentation 235
Tabelle 131: Demokratische Qualität Lokaler Partnerschaften: Verantwortlichkeit 236
Tabelle 132: Demokratische Qualität Lokaler Partnerschaften: Responsivität 236
Tabelle 133: zu Abbildung 47: Bewertung einzelner Komponenten demokratischer Qualität 237
Tabelle 134: zu Abbildung 48: Demokratische Qualität Lokaler Partnerschaften – PfD-Demokratiebarometer 238
Tabelle 135: zu Abbildung 49: Demokratische Qualität im Gruppenvergleich 239
Tabelle 136: Demokratiequalität differenziert nach Förderdauer 239
Tabelle 137: zu Abbildung 50: Durchschnittliche Dauer der Begleitung durch die/den dienstälteste/n Koordinator/in in Jahren differenziert nach Demokratiequalität 239
Tabelle 138: Demokratische Qualität Lokaler Partnerschaften differenziert nach ihrer regionalen Verortung 240
Tabelle 139: Demokratische Qualität Lokaler Partnerschaften differenziert nach Verwaltungsform 240

Tabelle 140: In verschiedene Zieldimensionen eingegangene Items mit den durch die Faktorenanalyse berechneten Faktorladungen (Extraktionsmethode: Hauptachsen-Faktorenanalyse. Rotationsmethode: Promax mit Kaiser-Normalisierung) 240
Tabelle 141: zu Abbildung 67: Gesamtbudget des Projekts 243
Tabelle 142: zu Abbildung 68: Dauer des Projekts (d.h. von der Bewilligung bis zur Abrechnung) 243
Tabelle 143: zu Abbildung 69: Themen, die durch die Projekte behandelt werden 243
Tabelle 144: Ziele und Themen, die von den Projekten behandelt wurden 244
Tabelle 145: zu Abbildung 71: Ziele der Projekte 244
Tabelle 146: zu Abbildung 72: Projektformate 245
Tabelle 147: zu Abbildung 73: Ausdrücklich anvisierte Zielgruppen der Projekte 245
Tabelle 148: Reichweite des Projekts 245
Tabelle 149: zu Abbildung 74: Organisationsformen der Träger 246
Tabelle 150: zu Abbildung 75: Hauptamtliche Mitarbeiter/innen bei Projektträgern 246
Tabelle 151: zu Abbildung 75: Ehrenamtlich Aktive bei Projektträgern 246
Tabelle 152: Anzahl der Menschen in verantwortlicher Rolle bei Planung und Umsetzung des Projektes 247
Tabelle 153: Wie oft trafen die Projektumsetzenden während der Planung und Umsetzung des Projekts Absprachen mit anderen Vertreter/innen des Projektträgers? 247
Tabelle 154: zu Abbildung 76: Bedeutung der Verbundenheit mit der Partnerschaft für Demokratie für Projektumsetzende 247
Tabelle 155: Häufigkeit der Besprechungen mit der Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie in der Umsetzungsphase des Projekts 247
Tabelle 156: Die Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft hat das Projekt zu Organisation und Abwicklung beraten. 248
Tabelle 157: Die Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft hat das Projekt zu Projektinhalten beraten. 248
Tabelle 158: Anteil der Menschen in verantwortlicher Rolle an der Planung und Umsetzung des Projekts, die an einer öffentlichen Veranstaltung der Partnerschaft teilgenommen haben 248
Tabelle 159: Anteil der Menschen in verantwortlicher Rolle an der Planung und Umsetzung des Projekts, die an weiteren Veranstaltungen der Partnerschaft teilgenommen haben 248
Tabelle 160: Anteil der Menschen in verantwortlicher Rolle an der Planung und Umsetzung des Projekts, die im Begleitausschuss der Partnerschaft sind 249
Tabelle 161: Anteil der erreichten Personen 249
Tabelle 162: Anteil der Mädchen und Frauen in verantwortlicher Rolle bei Planung und Umsetzung des Projekts 249
Tabelle 163: Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in verantwortlicher Rolle bei Planung und Umsetzung des Projektes 250
Tabelle 164: Anteil der Menschen mit Behinderungen in verantwortlicher Rolle bei Planung und Umsetzung des Projektes 250